

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Texte 19

Rosa-Luxemburg-Stiftung

MICHAEL BRIE, CORNELIA HILDEBRANDT (HRSG.)

Für ein anderes Europa

Linke Parteien im Aufbruch

Karl Dietz Verlag Berlin

Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.):
Für ein anders Europa. Linke Parteien im Aufbruch
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 19)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2005

ISBN 3-320-02066-8

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2005
Satz: H.M. Heimer, Ellen Glaser, Cornelia Hildebrandt
Umschlag: Heike Schmelter
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung
Printed in Germany

Inhalt

Michael Brie, Cornelia Hildebrandt Die Linke im Umbruch und auf der Suche nach alternativen Strategien	9
--	---

Strategische Herausforderungen

Cornelia Hildebrandt Subjekte der Emanzipation	15
---	----

Christoph Spehr Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute	39
---	----

Mimmo Porcaro Vorbedingungen für die Wirksamkeit der Linksparteien in Europa	60
---	----

Michael Brie Strategische Herausforderungen der Europäischen Linken	86
--	----

Andrea Volkens Politische Positionen linker Parteien im Europäischen Parlament: Programmatische Übereinstimmungen und Unterschiede in der fünften Legislaturperiode	102
--	-----

Die Partei der Europäischen Linken

Helmut Ettinger Zur Gründung der Partei der Europäischen Linken	134
--	-----

Lothar Bisky Rede auf dem Gründungskongress der Partei der Europäischen Linken in Rom, 8. Mai 2004	148
--	-----

Fausto Bertinotti 15 Thesen für eine alternative europäische Linke	151
---	-----

Die radikale Linke in der Europäischen Union

Skandinavien

Stefan Sjöberg
Die Schwedische Linkspartei:
wirtschaftsdemokratische Positionen 155

Peter Birke
Politik der norwegischen Linksparteien:
Sosialistisk Venstreparti und Rød Valgallianc 173

Peter Birke
Geschichte, Programmatik und aktueller Politik
der linkssozialistischen Parteien in Dänemark:
Socialistisk Folkeparti und Enhedsliste 203

Kalevi Soumela
Der Linksbund Finnlands und die Europäische Union –
ein zwiespältiges Verhältnis 245

Das »alte« Europa

Roger Martelli
Linke Parteien in Frankreich 261

Mimmo Porcaro
Die italienische Partei der kommunistischen Neugründung (PRC) 286

Michael Brie
Die PDS zwischen Krise und Kampf um einen Neubeginn 318

Michael Chrapa
Sozialistische Politik in schwierigen Zeiten:
Aufgaben und Probleme der PDS.
Thesen aus dem Jahr 2002 340

Rainer Schulz
Die spanische Vereinigte Linke im Jahre 2004 358

Die erweiterte Europäische Union

Daniel Hough
Die Linke in Zentraleuropa:
Herausforderungen und Möglichkeiten 384

Vladimir Handl
Die Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren
und ihre Beziehung zu den Sozialdemokraten 404

Endre Simó
»Verworrene Beziehungen« zwischen sozialen Bewegungen
und linken Parteien: der ungarische Fall 426

Die Linke in Russland

Ilya Ponomarev
Herausforderungen der russischen Linken 433

AutorInnen 441

Dieses Buch ist Michael Chrapa gewidmet.
Seine Ideen, seine Erkenntnisse, seine Neugierde haben
die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem Gebiet
der Parteienforschung entscheidend geprägt.
Sein Tod im Oktober 2003 hat uns einen
inspirierenden Kollegen, großartigen Freund
und wahrhaften Genossen verlieren lassen.

Michael Brie, Cornelia Hildebrandt

Die Linke im Umbruch und auf der Suche nach alternativen Strategien

Die europäischen Gesellschaften sind vom dramatischsten Umbruchprozess seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erfasst. Dem Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus folgt der Umbau der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verfassung der mittel- und westeuropäischen Länder entsprechend den Leitbildern des Neoliberalismus und den Interessen der herrschenden Eliten. Gegen diese Offensive eines »Klassenkampfes von oben« hat sich in den letzten Jahren ein breiter Widerstand formiert, der soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und zunehmend auch die linken sozialistischen und kommunistischen Parteien erfasst hat.

Gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus vielen europäischen Ländern hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung in den Jahren 2002 bis 2004 einen umfassenden Diskussionsprozess zur Rolle, Strategie und dem Parteienverständnis der radikalen Linken in Europa geführt. Die hier dokumentierte Analyse wird es erlauben, auf soliderem Fundament die nächsten Schritte zu tun. Viele haben zum Entstehen dieses Buches beigetragen. Vor allem aber ist es dem selbstlosen Engagement von Carla Krüger zu verdanken, die die Übersetzung vieler Texte dieses Bandes übernommen hatte.

Die vorgelegten Analysen zeigen, dass die parteipolitische Linke Europas vor drei gemeinsamen Problemen steht – (1) der Herausforderung durch den neoliberalen Umbau von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, (2) der Notwendigkeit gemeinsamen europäischen Handelns und (3) der Aufgabe, ihre eigene Aufgabe, ihr Selbstverständnis und ihre Handlungsformen grundsätzlich neu zu bestimmen. Es sind Gemeinsamkeiten, die die Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Linksparteien nicht aufheben, aber einen anderen Umgang mit diesen Differenzen erfordern.

Die erste Gemeinsamkeit: Die radikale Linke sieht sich in allen Ländern Europas mit einem mehr oder minder deutlichen neoliberalen Umbau von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat konfrontiert. Es war nicht die Linke, sondern die

kapitalorientierten herrschenden Eliten, die die Herausforderungen einer neuen technologischen Revolution, eines umfassenden Individualisierungsschubs, der Krise der Nachkriegssysteme in West und Ost mit einem neuen Projekt zu beantworten vermochte. Der Übergang zu neuen Formen von wirtschaftlicher Akkumulation und gesellschaftlicher Reproduktion, von Regulation und Steuerung, von Kultur und Politik wird unter die Prämisse der Stärkung der Profitdominanz über Wirtschaft und Gesellschaft gestellt. Die Suche nach neuen Formen von regionaler Integration und internationaler Stabilität wird mit der Aufwertung militärischer Formen der Konfliktkontrolle bis hin zu einem offenen Anspruch auf imperiale Vormacht verbunden. Die neuen Regeln der Liberalisierung der Märkte stärken das große Kapital, führen zur Dominanz des Finanzkapitals und zerstören bewusst die Bedingungen der nationalen sozialen Kompromisse früherer Jahrzehnte.

Die Politik des Neoliberalismus hatte ihre Basis in einem Bündnis zwischen den dominanten Gruppen des Großkapitals, den neuen politischen und kulturellen Eliten sowie einem beträchtlichen Teil der Mittelschichten, die in dieser Politik neue Optionen individueller Freiheit sahen und zugleich hofften, die finanzielle »Bürde« sozialer Mitverantwortung abschütteln zu können unter dem Slogan, dass jeder für sich selbst verantwortlich sei. Vor allem aber war es gelungen, eine Ideologie des »Sachzwangs« durchzusetzen, der die neoliberale Politik zwar nicht unbedingt als erfreulich, auf jeden Fall aber als alternativlos erschienen ließ.

Der radikalen Linken ist es bisher weder gelungen, zukunftsfähige Vorstellungen in der Gesellschaft durchzusetzen, die auf eine grundsätzlich andere Beantwortung der neuen Herausforderungen zielen und eine Richtungswechsel im Bewusstsein zentraler gesellschaftlicher Gruppen und im Alltagsbewusstsein der Bevölkerung überzeugend begründen würden. Zu lange blieb es bei der Verteidigung unhaltbar gewordener Zustände in Verbindung mit abstrakter Kritik. Es bedarf einer gemeinsamen Diskussion der europäischen Linken über einen neuen, einen sozialen, einen demokratischen, einen ökologischen, einen zivilen Entwicklungspfad der europäischen Gesellschaften, der EU sowie ganz Europas, der zugleich modern und gerecht ist. Nur so wird die Linke ihren Beitrag dazu leisten, der Barbarisierung der europäischen Gesellschaften und dem Übergang zu einem neuen Zeitalter imperialer Kriege und direkter neokolonialer Ausbeutung eine Alternative gegenüberzustellen.

Die zweite Gemeinsamkeit: Die radikale Linke muss endlich europäisch werden, gerade auch, um ihre Aufgaben auf nationalstaatlicher und regionaler wie kommunaler Ebene wahrnehmen zu können. Zu lange sind die Integration innerhalb der EU und ihre Erweiterung sowie die Zusammenarbeit mit ost- und südosteuropäischen Ländern als Projekt kapitaldominierter Eliten vorangetrieben worden. Es fand seine Unterstützung durch große Teile der Bevölkerung

im Wissen um die Gefahren einer Spaltung Europas sowie – zumindest in den Ländern des früheren sowjetischen Staatssozialismus – in Hoffnung auf mehr wirtschaftliches Wachstum, Sozialstaat und auch Demokratie. Heute wird immer klarer, dass die europäischen Institutionen durch die herrschenden Eliten missbraucht werden, um vor allem ihr eigenes neoliberales Projekt zu befördern und auch die nationalstaatlichen Kräfteverhältnisse zu verändern. Der neue Verfassungsvertrag für die EU erhebt die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik von Lissabon zu einem Grundgesetz und schreibt Grundelemente einer militärisch fundierten gemeinsamen Außenpolitik fest.

Der radikalen Linken ist weder der Rückzug auf die Ebene des Nationalstaats noch die Flucht in die globale Politik erlaubt. Sie braucht eine eigene europäische Dimension, und sie muss dafür auch die institutionellen Formen finden. Dies betrifft zum einen die Stärkung bzw. Neukonstituierung von Akteuren linker Politik in Europa, wofür der Prozess des Europäischen Sozialforums, die Europäische Arbeitsloseninitiative, die Europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, das Europäische Netzwerk gegen Armut, ATTAC, europäische Netzwerke demokratischer Juristen, von Migrantinnen und Migranten, gegen Antisemitismus, der Europäische Gewerkschaftsverbund, und die Partei der Europäischen Linken stehen. Noch ist der Gestaltungsraum Europas aber vor allem von den Kräften des Neoliberalismus besetzt. Zum anderen ist die Entwicklung einer eigenen Strategie der Umgestaltung der europäischen Institutionen gefragt, um den Kräften des Sozialen und der Demokratie und des Friedens Rückhalt zu geben gegenüber den Mächten der Durchkapitalisierung der Gesellschaft.

Die dritte Gemeinsamkeit: Die Zeit unmittelbar vor und lange nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus war eine Zeit der fast völligen Ohnmacht der Linken und des Rückzugs vieler Bürgerinnen und Bürger aus dem politischen Engagement. Zu stark war das Gefühl, dass es nun keine Alternative mehr gäbe. Fast ein ganzes Jahrzehnt hatte die neoliberale Rechte das Heft des Handelns in der Hand. Dort, wo linke Parteien sich einbrachten durch Regierungsbeteiligungen oder auch Tolerierungen von sozialdemokratischen Regierungen waren sie dem Vorwurf ausgesetzt, neoliberale Reformen ihrerseits zu ermöglichen. Teilweise kam es zu einem Aufleben des Rechtspopulismus, des Rechtsextremismus und des aggressiven Demokratieabbaus.

Die großen Demonstrationen gegen die neuen imperialen Kriege sowie gegen die Zerstörung des europäischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates sowie die Herausbildung neuer sozialer Bewegungen und des Prozesses der Sozialforen und die Krise der Sozialdemokratie in vielen Ländern haben diese Situation geändert. Es kommt zu einem Prozess der strategischen Suche

bei den Gewerkschaften und anderen »traditionellen« Akteuren sowie dem Entstehen einer »dritten Kraft«, den neuen sozialen Bewegungen jenseits von Gewerkschaften und linken Parteien. Das Feld politischer Akteure der Linken befindet sich im Umbruch. Alte Gewissheiten sind fragwürdig oder sogar wertlos geworden.

Die Formierung einer politischen Alternative zum Neoliberalismus verlangt die Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft. Nur dann, wenn die Kämpfe um Hegemonie in der Zivilgesellschaft erfolgreich geführt werden können, werden linke Parteien über die Verwaltung des Status quo und den Versuch der Abminderung einiger besonders gravierender sozialer und demokratischer Einschnitte hinaus wieder zur politischen Gestaltung fähig werden und gemeinsam mit anderen Kräfte für einen Richtungswechsel wirken können. *Die radikale Linke muss deshalb ihr Verständnis von Politik und politischem Kampf, von ihrer eigenen Rolle jenseits der Avantgarde und im Diesseits offener politischer Formationen und Bündnisse neu definieren und sich selbst dabei als emanzipative Kraft in der Gesellschaft neu erfinden.*

Die genannten Gemeinsamkeiten sind Gemeinsamkeiten auf der Grundlage von Unterschieden. Nicht die Vereinheitlichung, sondern der produktive Umgang mit den Differenzen wird es ermöglichen, sich den kollektiven Herausforderungen zu stellen. Drei dieser Differenzen seien erwähnt.

Der erste Unterschied: Jedes Land findet seine eigene Zukunft, ausgehend von einer eigenen Vergangenheit. Diese ist in Institutionen, Einstellungen, Kräfteverhältnissen, der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen eingefroren und selbst die heftigsten Umwälzungen werden dieses Erbe und Gedächtnis immer mit sich nehmen müssen. Es gibt deshalb nicht die eine europäische Lösung für den Umbau aller Sozialsysteme oder die hohe Arbeitslosigkeit. Die gleichen Probleme verlangen oft sehr unterschiedliche Antworten. Immer wieder gibt es die Versuchung, in einem anderen Land das Vorbild für den Ausweg aus der eigenen Misere zu suchen. Nur stellt sich bei genauerer Betrachtung heraus, dass diese »Vorbilder« selbst durch ähnliche Probleme geprägt sind, auch wenn die jeweiligen Bedingungen anders sind.

Die europäische Linke ist noch weit davon entfernt, mit den nationalen Unterschieden produktiv umzugehen. Der Kenntnisstand ist gering, der Austausch noch geringer und die Fähigkeit, aus der Verschiedenheit zu lernen, am geringsten. Europäische Strategien bauen auf diesen Unterschieden auf oder sie bleiben wirkungslos. Die praktische Zusammenarbeit auf einzelnen Politikfeldern steht noch ganz am Anfang.

Der zweite Unterschied: Nicht nur die einzelnen Länder, sondern auch die einzelnen Parteien der radikalen Linken haben eine jeweils eigene Geschichte, die im vorliegenden Buch dokumentiert ist. Westeuropäische kommunistische Parteien mit ihrer teilweise bedeutenden Rolle beim Kampf gegen den Faschis-

mus und dem mühseligen Prozess der Abkehr vom Stalinismus, der teilweise zu Neugründungen führte, osteuropäische transformierte kommunistische Staatsparteien, alternative Gründungen der sechziger und siebziger Jahre bzw. der Zeit nach dem Ende des Staatssozialismus, trotzkistische Strömungen, die Verbindung von sozialistischen und kommunistischen Traditionen mit ökologisch ausgerichteten Organisationen und viele andere Traditionen prägen die Kultur, das Selbstverständnis, die Mitgliedschaft und die gesellschaftliche Verankerung der Parteien der radikalen Linken.

Vor allen diesen Parteien steht die Frage der programmatischen, strategischen und organisatorischen Erneuerung. Keine wird bleiben, wenn sie bleibt, wie sie ist. Keine von ihnen ist heute hegemoniefähig. Die Wahlergebnisse bleiben bis auf wenige Ausnahmen unter zehn Prozent. Viele von ihnen sind parlamentarisch nicht oder nur schwach vertreten. *Aber die Erneuerung der linken Parteien wird nicht zu ihrer Vereinheitlichung führen, sondern – wenn überhaupt – zu einer produktiveren Vielfalt.* Die Frage ihrer europäischen Zusammenarbeit in Gestalt der *New European Left*, der Fraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL) oder der Partei der Europäischen Linken (EL) ist unmittelbar mit der Suche nach Formen verbunden, die gemeinsames Handeln nicht trotz, sondern auf der Basis der Unterschiede ermöglichen.

Der dritte Unterschied: Europa und auch die Europäische Union erscheinen in einer sehr unterschiedlichen Gestalt in Abhängigkeit davon, von wo man blickt. Für die großen Aktienfonds mögen sich diese Differenzen auf die unterschiedliche Rendite reduzieren, die jeweils erzielt werden kann. Die Privatisierung aller gewinnträchtigen Bereiche und die Sozialisierung aller Verluste der Durchkapitalisierung der europäischen Gesellschaften steht dann im Vordergrund. Für die Linke in den einzelnen Ländern steht die Frage aber anders. Während »Europäisierung« vom Standpunkt der einen als Erwartung der Anhebung der nationalen Standards erscheint, tritt sie anderen als Versuch der Absenkung dieser Standards gegenüber. Während sich einige Fortschritte bei der Sicherung von demokratischen Grundrechten versprechen, sehen sich andere mit deren Aushöhlung bedroht.

Die Strategien einer alternativen Europäisierung müssen diese Differenzen aufgreifen und Wege finden, auf ihrer Grundlage jene Institutionen in Europa zu stärken, die auch in den Nationalstaaten und Regionen die Bedingungen für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Demokratie, für eine Politik höherer individueller Selbstbestimmung und sozialer Sicherheit gerade auch der unteren Gruppen der Gesellschaft verbessern.

Die radikale Linke in Europa hat sich auf neue Wege begeben. In dem Maße, wie die Ergebnisse neoliberaler Politik im Alltag deutlich werden, wächst aus den Gesellschaften heraus der Druck nach Alternativen. Viele Bürgerinnen und Bürger wollen sich nicht mehr mit der neoliberalen Zerstörung von

Sozialstaat und Demokratie abfinden. In vielen Ländern wird der Protest zum Massenprotest. David fordert Goliath heraus. Eine sich neu formierende emanzipativ-solidarische Linke erhebt gegenüber dem Block neoliberaler Kräfte den Anspruch auf Hegemonie.¹ Noch aber ist sie national wie europäisch mehr gespalten als vereint, mehr in der Krise als im Aufbruch, mehr in der Defensive als in der Offensive, mehr durch die Schatten der Vergangenheit blockiert als geöffnet für gemeinsames Handeln. Noch fehlt ihr das Selbstbewusstsein, um große Teile der Gesellschaft mitreißen zu können.

Die europäische Linke sieht sich deshalb vor die Aufgabe gestellt, die Positionen einer erneuerten sozialen Demokratie gegenüber dem Neoliberalismus in seiner konservativen wie sozialdemokratischen Form zu repräsentieren. Aber bisher kann sich nicht gesellschaftlich auf keine gemeinsame Formation alternativer Kräfte stützen und ist auch parteipolitisch noch schwach. Ohne die Veränderung von Mehrheiten in der Gesellschaft, ohne die Entwicklung einer Tagesordnung von Alternativen, die durch breiteste organisierte Kräfte getragen wird, wird es keinen politischen Richtungswechsel geben. Und ohne stabile Partner in der linken Mitte sind keine wirklichen Veränderungen von Politik durchsetzbar. Genau dafür aber gibt es bei den gegebenen Kräfteverhältnissen und der Hegemonie des Neoliberalismus keine unmittelbaren Voraussetzungen. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen, ist die große Aufgabe einer erneuerten europäischen Linken.

Der Wind beginnt sich zu drehen. Eine Offensive wird möglich, auch wenn ihr Zeithorizont eher auf Jahrzehnte als auf Jahre zu berechnen sein wird. Der lebendige Strom der Weltgeschichte, von dem Rosa Luxemburg immer wieder sprach, kann sich erneut Bahn brechen – in eine andere, in eine menschlichere Welt.

1 So heißt es im Programm der EL: »Für uns bestehen Rolle und Aufgabe der politischen Linken in Europa darin, einen Beitrag zur Herstellung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für eine radikale Veränderung der Politik zu leisten, indem wir konkrete Alternativen und Vorschläge für diese notwendige Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften entwickeln. Darin sehen wir unsere Verantwortung und die Möglichkeit, all jene anzusprechen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben des Individuums einsetzen. Wir wollen linke Politik dauerhaft als selbständiges, selbstbewusstes politisches Projekt etablieren, das zur Durchsetzung von Solidarität und Demokratie, von sozialen und ökologischen Alternativen beiträgt.«

Subjekte der Emanzipation

1. Veränderte Rahmenbedingungen

Die gegenwärtige Welt ist gekennzeichnet von einer Vielzahl von Globalisierungstendenzen, die sich in verschiedenen Teilen der Welt sehr unterschiedlich bemerkbar machen und auf die verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Globalisierungsstrategien reagieren. Eine, den Gesamtprozess prägende Tendenz ist die der neoliberalen Kommodifizierung unter den Bedingungen einer postfordistischen Gesellschaft. Die Welt wird zur Ware, d.h. tendenziell werden alle gesellschaftlichen Bereiche (von Bildung, Kultur und anderen bislang unentgeltlichen oder subventionierten öffentlichen Angeboten und Diensten) bis hin zur Psyche der Subjekte dem Wert- und Kapitalverhältnis unterworfen. Der Prozess der radikalen Durchkapitalisierung der Gesellschaft mit seiner Tendenz eines immer weiter totalisierenden Vergesellschaftungszusammenhangs erfasst auch immer mehr Menschen, die bisher in diesem nicht unmittelbar integriert waren. Zugleich wächst an seinen Rändern die Zahl jener, die von jeglicher Integration ausgeschlossen sind. Die Zahl der abhängig Arbeitenden hat sich zwischen 1970 und 2000 fast verdoppelt; sie umfasst ungefähr die Hälfte der gesamten Weltbevölkerung, eine Dynamik, die insbesondere in Asien (China!) stattfindet. Allein der Anteil abhängig arbeitender Frauen stieg in dieser Zeit von 33 auf 40 Prozent.¹

Gleichzeitig vollziehen sich tief greifende wirtschaftliche, soziostrukturelle, politische, soziokulturelle Umbrüche, die verbunden sind mit gravierenden Umbrüchen von Arbeitsprozessen und -strukturen und der Erosion von Beschäftigungsverhältnissen zugunsten von Deregulierung, Flexibilisierung, Prekarisierung und working poor. Den gegenwärtigen Weltmarktprozessen ist ein Selektionsmechanismus eigen, der die Ungleichheit der Potenziale, Vorteile

1 Vgl. Deppe 2003, S. 71.

und Chancen notwendig verstärkt.² Extreme räumliche und soziale Segregation kann nicht mehr durch Homogenisierung der Lohnarbeiterschaft im Rahmen von Normalarbeitsverhältnissen einer fordistisch geprägten Arbeitsgesellschaft verhindert werden.

Diese löst sich auf und mit ihr kollektivvertraglich geregelte, sozial abgesicherte, abhängige Vollbeschäftigung unter Wahrung eines Mindestniveaus und arbeits- bzw. sozialrechtlich stabilen Rahmenbedingungen. Es kommt zum Verfall arbeitsrechtlicher und tariflicher Standards und zur Erosion der Mechanismen sozialer Sicherung, deren Voraussetzung lebenslange stabile Vollzeitbeschäftigung ist. Fragmentierte und ausdifferenzierte gesellschaftliche und individuelle Entwicklungen werden zur Normalität und führen zur politischen und sozialen Spaltung in den Arbeits- und Lebensbedingungen. Parallel zu all dem vollzieht sich die Auflösung der Kernfamilie, die Entwicklung globaler Metropolen, Heterogenisierung und Pluralisierung der Räume.

Vor allem die Zugehörigkeit zum Erwerbssystem entscheidet über Möglichkeiten politischer, sozialer und wirtschaftlicher Partizipation, über Integration, Verletzbarkeit, Marginalisierung oder Exklusion. Exklusion selbst vollzieht sich über private Informalisierung oder über staatliche Unterstützung. Es entsteht ein neuer, politisch jedoch noch nicht wirksamer Block der Subalternen, zu dem vier Gruppen gehören: An seiner Spitze sind Fraktionen der lohnabhängigen Mittelklasse und aristokratische Facharbeiterschichten mit hohen Qualifikationen, sicheren Arbeitsplätzen und hohem Einkommen. Sie arbeiten in den innovativen Zukunftsbranchen, gehören zu den sogenannten Informationsarbeitern, sie sind Mitglieder neuer sozialer Bewegungen, sind Gewinner des Postfordismus.

Der Zwang zu extremer Flexibilität und Mobilität vergrößert nicht nur ihre Verwendbarkeit als Arbeitskräfte, sondern zugleich ihre Fähigkeit zu politisch-sozialer Selbstbestimmung und Autonomie.³ Unter dem Diktat der Inwertsetzung werden jedoch Selbstorganisation, Selbstkontrolle und Autonomie zu Formen der Selbstentmündigung und Selbstausbeutung. Zudem wird wachsende Individualität auf Funktionalität reduziert.⁴

Eine weitere Gruppe ist der industrielle Kern der Arbeiterklasse, deren untere Schicht die Verlierer des Postfordismus sind. Die Beschäftigungsverhältnisse dieser Gruppe stellen sich zwar als relativ stabil dar, aber gerade sie trifft die Durchsetzung von Flexibilisierung der Arbeits- und Leistungsbereitschaft, die Deregulierung der Arbeitsnormen und -bedingungen, Reallohnneinbußen und die permanente Tendenz der »Freisetzung« von Arbeitskräften. Die damit erzeugte soziale Verunsicherung der noch Beschäftigten schwächt ihre Bereitschaft, For-

2 Vgl. Conert 2001, S. 21.

3 Vgl. Hirsch 2001, S. 276.

4 Vgl. Klein 2003b, S. 97.

derungen zu stellen und in betrieblichen oder gewerkschaftlichen Konflikten durchzusetzen – eine der Ursachen der tiefen Krise der Gewerkschaften.

Als dritte Gruppe entwickelt sich ein Dienstleistungsproletariat mit unterqualifizierten, schlecht bezahlten, oft nur teilzeitbeschäftigten Angestellten. Oft sind es Frauen, oft Farbige, besonders MigrantInnen, die im Dienstleistungssektor unter prekären Bedingungen arbeiten. Prekarisierung ist inzwischen nicht mehr nur das Problem wachsender Randgruppen, sondern ein Phänomen, das alle treffen kann. So ist der Anteil von ungeschützten oder prekären Beschäftigungsverhältnissen an gesamtgesellschaftlicher Erwerbsarbeit inzwischen zu einem Massenphänomen geworden. Selbst im reichen Deutschland erhalten fast 24% aller Vollzeitbeschäftigten einen Arbeitslohn zwischen 50 bis unter 75% des Durchschnittsverdienstes (Prekärlohne), 2,1 Millionen Arbeitnehmer, d.h. ca. 12% aller Vollzeitbeschäftigten, müssen mit einem Lohn von weniger als 50% (Armutslöhne) auskommen.⁵ 15% der Bevölkerung der Europäischen Union sind von Armut bedroht, 17 Millionen Kinder leben in Europa an der Armutsgrenze. Seit Ende der 1970er Jahre, dem Scheitern der auf Wachstum und nachholende Industrialisierung setzenden Entwicklungsstrategien, vollzieht sich die Ausdehnung informeller Arbeitsmärkte, die nicht nur als dauerhaftes Phänomen anerkannt, sondern im entwicklungspolitischen Diskurs sogar zum Hoffnungsträger für wirtschaftliche Dynamik, Wachstum und Beschäftigung erklärt wird. Mit der Arbeit von illegalisierten MigrantInnen und gerade von Frauen hat sich ein völlig neuer Sektor herausgebildet: Hausarbeit im umfassenden Sinn: Sie haben als Hausangestellte ständig zur Verfügung zu stehen. Die vierte Gruppe – die Underclass – ist arbeitslos, unterbeschäftigt, informell und nicht mehr im traditionellen Sinne Lumpenproletariat, sondern Sozialstaatsprodukt. So korrespondiert die sozialpolitische Ausgrenzung von Frauen mit der staatlichen Zuweisung in die Sphäre der Familie mittels familienbezogener Sozialleistungen; eine ihrer Folgen ist der hohe Frauenanteil in der Armutsregulierung. Die Arbeiterklasse erfährt somit nicht mehr die universelle Standardisierung durch den Fordismus, sondern ist gekennzeichnet durch extreme Fragmentierung. Ihre Aufspaltung führt zur Auflösung der Einheitlichkeit der Erfahrungen als Voraussetzung von Klassenbewusstsein und Solidarität. Diese sind geprägt von wachsender Differenzierung, mehrdimensionaler Ungleichheit, von Polarisierung und Exklusion.

Angesichts der Prekarisierung von Arbeit und den daraus erwachsenden Spaltungslinien ist es fraglich, ob eine »proletarische Klasseneinheit« noch ein verbindliches Leitbild progressiver (sozialistischer) Politik sein kann. Zudem ist die Organisierungs-, Integrations- und Gegenmachtsfähigkeit der Arbeiter-

5 Vgl. WSI 2003.

bewegung einem fortschreitenden Erosionsprozess unterworfen.⁶ Statt einer Arbeiterbewegung, die sich der Vergesellschaftungslogik der Produktivkräfte zur Durchsetzung ihrer Ziele bedient, vollzieht sich Produktivkraftrevolution weitgehend abgekoppelt vom sozialen Fortschritt. Die noch bestehenden Bastionen fordristischer Arbeiterbewegung werden als Funktionsbedingungen kapitalistischer Produktion einbezogen. Wie aber lässt sich nun diese »passive Revolution«⁷ im Sinne jener sozialen Gruppen und Klassenfraktionen beeinflussen, deren Lebensgestaltung noch immer an die Verrichtung abhängiger Arbeit gebunden ist? Das normative Korrelat zur Abhängigkeit ist die Forderung der Emanzipation, und es wird keine Emanzipation geben, ohne die aktuellen Arbeitsbeziehungen umzukehren, die weiterhin das umfassende Phänomen sind, das den Großteil der Menschen betrifft.⁸

Marx unterscheidet zwischen politischer und menschlicher Emanzipation. Dabei sieht er die politische Emanzipation als letzte Form der menschlichen Emanzipation innerhalb der bisherigen Weltordnung,⁹ die die anonymen Zwänge, die über Lebensbedingungen und -chancen entscheiden und sie begrenzen, unberührt lässt. Er kennzeichnet diese Fremdbestimmung als Entfremdung und analysiert vor allem die Formen entfremdeter Arbeit, ohne sie ausschließlich auf die Arbeit zu reduzieren. Sie umfasst nach Marx alle Sphären der bürgerlichen Gesellschaft. »Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine ›forces propres‹ als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emancipation vollbracht.«¹⁰

Was sind jedoch Voraussetzungen von Emanzipation? Marx sieht sie in der positiven Aufhebung des Privateigentums als Aneignung menschlichen Lebens und der damit möglichen positiven Aufhebung aller Entfremdung. Er sieht sie in der Organisation und Bewusstseinswerdung des Proletariats, das sich ihrer Diskriminierung und Instrumentalisierung für fremde Zwecke in der Form der Lohnarbeit bewusst geworden ist und daher zum Umbruch gesellschaftlicher Verhältnisse drängt, und in der Fähigkeit, gesellschaftlichen Reichtum zu produzieren. Ohne hohe Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit wird nur der Mangel verallgemeinert, und der Streit um das Notwendige müsste wieder beginnen.¹¹

6 Vgl. Bieling/Dörre/Steinilber/Urban 2001, S. 25.

7 Röttger 2003.

8 Vgl. Sader 2004.

9 Vgl. Marx 1974, S. 150.

10 Ders., S. 162/163.

11 Vgl. Marx/Engels 1969, S. 34f.

Wie aber steht es um diese drei Voraussetzungen: um die positive Aufhebung des Privateigentums als Aneignung menschlichen Lebens, um die Organisation und Bewusstseinswerdung der abhängig Beschäftigten und jenen, die bereits nicht mehr in diese Prozesse integriert werden? Welche Bedingungen sind erforderlich, damit eben nicht jeder Produktivitätsfortschritt mit ansteigender Arbeitslosigkeit die sozialen Probleme nährt, sondern hohe Produktivität gesellschaftlicher Arbeit verbunden ist mit wachsendem gesellschaftlichen Reichtum und gerechter Teilhabe für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit? Vor allem diesen Fragen müssten bei der Analyse sozialer Akteure nachgegangen werden.

Emanzipation ist ein Prozess, in dem die Individuen in den Ausgangs- und Zielpunkt aller Prozesse von Vergesellschaftung verwandelt und alle materiellen und kulturellen Produktions- und Lebensbedingungen in Bedingungen freier Entwicklung jeder und jedes einzelnen umgeformt werden. Die Vorstellung der institutionellen Verwandlung in »Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge« bei gleichzeitiger Zerstörung des Sozialstaates und wachsender Ungleichheit führt zur Zerstörung der wichtigsten Formen sozialer Integration, des gesellschaftlichen Bodens realer Emanzipation.

Die zunehmende Reflektion dieser Prozesse korrespondiert mit der wachsenden Zahl jener, die meinen, dass sich die Gesellschaft grundlegend ändern müsse. Allein in Deutschland sprechen sich 76% Prozent für grundlegende Veränderungen aus.¹² D.h. große Teile der Menschen sehen Handlungsbedarf und erwarten von der Politik einen wesentlichen Beitrag zur deutlichen Verringerung von Arbeitslosigkeit, zu sozialer Gerechtigkeit und vor allem zur Lösung von Zukunftsproblemen, zur Schaffung von Bedingungen für soziale Sicherheit besonders auf dem Gebiet der Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung und Rente. Ihre Erwartungen jedoch sind von pluralisierter, mehrdimensionaler Ungleichheit und daraus resultierender unterschiedlicher Wahrnehmung von zentralen gesellschaftlichen Konflikten geprägt. So artikuliert sich die Ablehnung von bestimmten Herrschafts- und Hierarchieverhältnissen, das Streben nach demokratischer Teilhabe und der Wunsch nach selbstbestimmter, oft alternativer Lebensweise oder das Wirken im Geiste mitmenschlich-humanitärer Ideale völlig unterschiedlich. Wobei die Artikulation von sozialer Ungerechtigkeit, die Sorge um Frauen und Kinder in Bedrängnis, die Ängste in Bezug auf künftige ökologische Gefährdungen oder das Eintreten für Asylsuchende oft auch dann mit Handeln verknüpft wird, wenn die Akteure nicht selbst unter Gefährdung oder unmittelbarer Betroffenheit leiden. Das Ringen um Demokratisierung politischer Entscheidungsstrukturen z.B. geht

12 Vgl. Chrapa 2004, S. 27.

vielfach ebenso auf den Wunsch oder Willen zurück, anderen Menschen zu ermöglichen, ihre Interessen zu artikulieren und zu realisieren. Es hat mit einem Verständnis von Gerechtigkeit zu tun. Die Teilnahme am Marsch der Zapatisten durch Mexiko bis hin zur Entwicklung einer breiten Bewegung der Globalisierungskritiker oder die Aktivitäten zahlreicher Umweltaktivisten stehen für ein solches Engagement.

Subjekte der Emanzipation können jedoch nur vom Individuum her gedacht werden, die für sich und andere Selbstbestimmung und Freiheit einfordern, einschließlich der Konsequenz, dass sowohl der Kreis der Akteure als auch Wege und Schritte des Handelns nicht durch irgendwie geartete Konzepte »planmäßig vorgegeben« werden können. Dabei sind Selbstorganisation und »Offenheit« der Entwicklung kein in Kauf zu nehmendes Beiwerk, sondern konstituierender Bestandteil dieses angestrebten Pfades. Die hierbei (möglicherweise) mobilisierten Akteure und die Formen ihres Zusammenwirkens lassen sich daher auch nicht als fest umrissene Gegenstände erfassen, sondern nur in ihrer Bewegung und Widersprüchlichkeit. Selbstbestimmte Akteursbestrebungen bilden somit ein *grundlegendes Ziel, nicht etwa nur eine Voraussetzung* für Veränderung in der Gesellschaft.¹³

2. Traditionelle Akteure

Wenn Subjekte der Emanzipation vom Individuum her zu denken sind, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis und den Optionen, die für Individuen und Organisationen als gesellschaftliche Akteure zur Verfügung stehen. Mit ihrem Engagement in der Zivilgesellschaft, die Institutionen und Organisationen zwischen Wirtschaft und Staat umfasst, richten sich die einzelnen ebenso in der Gesellschaft ein, wie ihnen Möglichkeiten zuwachsen, auf deren Wandel hinzuwirken.¹⁴ Über welche Potenziale verfügen nun traditionelle gesellschaftliche Akteure wie Parteien und Gewerkschaften, um die angelegten Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Wandels im Sinne eines transformatorischen Projektes auszuschöpfen? In welchem Maße können sie ihr Selbstverständnis, ihre Strategie und ihr politisches Handeln so reformieren, dass sie unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung und einer sich vollziehenden Flexibilisierung, Individualisierung und Pluralisierung (bei gleichzeitiger Polarisierung) der Sozialstrukturen zeitgemäß als Interessenvertreter wirken?

13 Diese und nachfolgende Ausführungen basieren weitestgehend auf dem Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung – vgl. Klein 2003b.

14 Vgl. Klein 2003a, S. 85.

2.1. Linke Parteien

Linke Parteien müssen sich gegenwärtig weltweiten und mit historischen Veränderungen verknüpften Entwicklungsprozessen stellen. Durch kulturelle, politische und wirtschaftliche Umbrüche in den 1980er Jahren sowie durch den endgültigen Zusammenbruch des Staatssozialismus in Europa ist das Parteiensystem auch auf seiner linken Seite in Bewegung gekommen. Prozesse der Entstalinisierung der kommunistischen Parteien in Westeuropa, die Formierung von Grünen und alternativen Parteien und/oder die Entstehung neuer Linksparteien haben zu einer weiteren Pluralisierung des Parteiensystems geführt. Ebenso kam es zur Bildung (und Auflösung) von Regierungskoalitionen zwischen sozialdemokratischen Parteien und den genannten Parteien sowie zur dauerhaften Etablierung von Parteien, die sich weder im Sinne der III. Internationale als kommunistische verstehen und die sich doch (im Unterschied zu vielen Grünen Parteien) in der Tradition sozialistischer Politik sehen. Teilweise werden dabei Positionen reaktiviert, die in die Zeit der Spaltung der sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale zurückreichen. Dies gilt auch für eine Reihe jener Parteien, die sich durch Transformation der kommunistischen Staatsparteien Mittel- und Osteuropas herausbildeten bzw. bei ihrem Zerfall neu entstanden.

Linke Parteien müssen gegenwärtig in der Situation der Auflösung der fordistischen Akkumulations- und Regulationsweise und der Herausbildung neuer Formen von Akkumulation und Regulation im nationalen und internationalen Maßstab sowie unter den Bedingungen neoliberaler Globalisierung agieren. Dieser Umbruch umfasst die Klassen- und Sozialstruktur, gleichermaßen die politischen und rechtlichen Formen und somit auch das politische System und die darin agierenden politischen Parteien, die ebenso einen Prozess der Selbstveränderung durchlaufen.

Das Wesen neuer Parteien wird maßgeblich durch das System der gesellschaftlichen Konfliktlinien geprägt, die klassenspezifischer, religiöser, ethnisch-linguistischer, geographischer, generationsspezifischer oder anderer Natur sein können. D.h. die bisherigen Grundannahmen bzw. die Grundlagen früherer Erfahrungswelten: die führende Rolle der industriellen Arbeiterklasse im Kampf für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, die Umwandlung des Eigentums sowie die Neuverteilung des Einkommens mittels ausgebauter Macht des Nationalstaates und die Rolle der Partei als einzig relevante politische Kraft bei der Eroberung und Umwandlung der Staatsmacht entsprechen nicht mehr gegenwärtigen gesellschaftlichen Konfliktlinien. Wobei der traditionelle Kampf der Arbeiterklasse nicht an Stellenwert verliert, sondern im Gegenteil seine Bedeutung beibehält, zusätzlich aber die wachsende Zahl der bisher untypischen Schichten der Arbeiterklasse hinzukommen, wie Arbeitskräfte in prekären Beschäftigungsverhältnissen, formal Selbständige, jedoch im wesentlichen abhängige Arbeitnehmer und der Kampf von Bewegungen, »in denen sich nicht so

sehr die Initiative des ›produzierenden Individuums‹ als vielmehr die Initiative des ›gesellschaftlichen Individuums‹¹⁵ äußert.«¹⁶

Die parteipolitische Linke steht damit vor der Aufgabe, ihren programmatischen Anspruch zu erneuern und muss, wenn sie an Marxens emanzipativ-solidarischem Anspruch festhalten will, mit dem geschichtsphilosophischen Paradigma des Marxismus brechen und in einem neuen sozialistischen Paradigma aufheben.¹⁷ D.h. die Programmatik der Linken muss auf eingreifendes Handeln gerichtet sein und sich aus dem Kampf aller sozialen Kräfte für Emanzipation und Solidarität, den realen Verhältnissen moderner kapitaldominierter Gesellschaften ableiten. Ihre Strategie von Reformen bis hin zur Formulierung eines transformatorischen Projektes muss sie aus den analytischen Annahmen gegenwärtiger gesellschaftlicher Umbrüche entwickeln. »Der Anspruch jeder Linken war und ist es, derartige Umbrüche im Interesse sozialer Gerechtigkeit und Demokratie zu gestalten und dabei Freiheit und Gleichheit zu verbinden. Ein wichtiger Teil dieser Aufgabe ist es, die grundlegenden Güter der Gesellschaft, die Freiheit garantieren, umfassend zu produzieren und nach unten umzuverteilen, damit sie jeder und jedem zugänglich werden.«¹⁸ Dazu gehörte in der Vergangenheit die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts, der Achtstundentag, allgemeine Schulbildung und Gesundheitsversorgung sowie der Schutz vor Kriminalität, die Beseitigung von Armut und die Herstellung einer europäischen und globalen Friedensordnung. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit ist weltweit deshalb ins Hintertreffen geraten, weil sozialistische Utopien, Modelle und Programme die Gleichheit vor die Vielfalt der Menschen einstuften, die menschliche Individualität und Freiheit als Grundbedürfnis unterbewerteten, dafür aber mit der Überbewertung des Gleichheitspostulats die ideologische Rechtfertigung einerseits für die Unterdrückung der menschlichen Vielfalt und Individualität und andererseits für die Herrschaft bürokratischer Eliten lieferten, die vermeintlich das Gleichheitspostulat durchsetzen sollten. Deshalb muss die Verbindung von sozialer Frage und Emanzipation heute mehr denn je den Kern zukunftsfähiger sozialistischer Visionen bilden – eben im Sinne von Karl Marx oder John Stuart Mill das Ideal eines libertären Sozialismus formulieren, nach dem eine Assoziation anzustreben sei – »in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller« werde.

Solche Visionen werden jedoch erst zur materiellen Gewalt, wenn die Erwartungen, Hoffnungen und Ziele von Millionen von Menschen sich bündeln. Wann und wie wird aus individueller Unzufriedenheit politisches Handeln und

15 Marx 1953, S. 76.

16 Porcaro 2003, S. 10.

17 Vgl. Brie 2003, S. 40.

18 Brie in diesem Band, S. 86.

wie konstituiert sich unter gegenwärtigen Bedingungen kollektives Handeln? Die Aufgabe der politischen Linken besteht vor allem darin, einen Beitrag zur Herstellung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für eine radikale Veränderung der Politik zu leisten, indem konkrete Alternativen und Vorschläge für die notwendige Transformation gegenwärtiger kapitalistischer Gesellschaften entwickelt werden. Dementsprechend sieht die Europäische Linkspartei ihre Verantwortung und Möglichkeit darin, all jene anzusprechen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben des Individuums einsetzen. »Wir wollen linke Politik dauerhaft als selbständiges, selbstbewusstes politisches Projekt etablieren, das zur Durchsetzung von Solidarität und Demokratie, von sozialen und ökologischen Alternativen beiträgt.«¹⁹

Auf der Suche nach erfolgreichen und nachhaltigen Antworten steht die plurale Linke in den einzelnen Ländern noch am Anfang. Die Dritten Wege und Strategien einer neuen Mitte haben sich nicht als dauerhaft erwiesen und konnten mehrheitlich den Tendenzen des Neoliberalismus mit seiner Verstärkung der Ungleichheit und wachsenden Polarisierung der Gesellschaft, der Verunsicherung aller gesellschaftlichen Lebensverhältnisse nicht wirksam widerstehen. Ihre neoliberale Strategie nationalstaatlicher Wettbewerbsfähigkeit und des Umbaus der sozialen Systeme war nicht mehr kompatibel mit einem wie auch immer gearteten Festhalten an sozialer Gerechtigkeit und musste deshalb scheitern. Angesichts dieses orientierungslosen Schlingerns hat die Mehrheitslinke ihr eigenständiges Profil weitgehend verloren. Ihr Scheitern geht einher mit der tiefen Krise der Gewerkschaften und der chronischen Schwäche der radikalen politischen Linken und vieler traditioneller sozialer Bewegungen und ist Teil einer Krise und Auflösung des gesamten historischen Blocks der Linken.

Eine wirkliche Erneuerung der Linken wird nur dann möglich sein, wenn sie ihr eigenständiges Profil entwickelt, strategische Räume besetzt und Prozesse ihrer Selbstveränderung (auch Parteireform) mit der Öffnung in die Gesellschaft verbindet und Voraussetzungen für ein Mitte-Links- und ein Mitte-Unten-Bündnis schafft. Sie muss, wenn sie gesellschaftliche Mehrheiten für einen politischen Richtungswechsel gewinnen will, die gesamte Breite des politisch noch nicht wirksamen Blocks der Subalternen ansprechen und hier insbesondere die Interessen der sozial Schwachen und von Ausgrenzung bedrohten oder schon erfassten Gruppen vertreten. Nur so wird sie in der Lage sein, relevante soziale Kräfte für einen Richtungswechsel der Politik zu formieren und die Entwicklung eines transformatorischen Projektes voranzutreiben. Ein entscheidender Teil dieser Aufgabe ist die Entwicklung einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die

19 Partei der Europäischen Linken 2004.

den Erwartungen nach hoher individueller Selbstbestimmung, den Forderungen nach sozialer Gleichheit und Teilhabe sowie solidarisch-ökologischem Umbau der Gesellschaft entspricht. Dabei sind Lösungen, die Erfordernisse innovativer und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsentwicklung missachten, untauglich und blieben zudem ohne Unterstützung der Bevölkerung. »Produktivität von Sozialpolitik und die Sozialität von Wirtschaftspolitik müssen als zwei Seiten eines emanzipativen Projektes komplementär zueinander entwickelt werden.«²⁰ Dazu muss sie sich erneut mit folgenden Fragen auseinandersetzen: Fragen der Aneignung des Eigentums, der sich neu herausbildenden Widersprüche der Arbeitsgesellschaft, der Verteilung und Regulation auf nationaler und transnationaler Ebene, dem Erhalt und der Reform der sozialen Sicherungssysteme, der grundsätzlichen Rolle des Staates und der Politik unter den Bedingungen des globalisierten flexiblen Kapitalismus und bspw. den aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene, wie den Beschlüssen von Maastricht und Lissabon, die eine Zementierung neoliberaler Wirtschaftsentwicklung anstreben.

»Die Parteien der alternativen Linken müssen heute auf der Grundlage ihrer Fähigkeiten bewertet werden, mit zahlreichen und verschiedenen Mitgliedern der Gesellschaft in Beziehung zu treten, den nationalen Kampf direkt mit dem globalen zu verbinden, gemeinsam mit ... vielfältigen Akteuren die zahlreichen und unterschiedlichen Bereiche der gesellschaftlichen Macht zu verändern ..., die Parteien müssen sich von einer Massen integrierenden zu einer Massen verbindenden Partei entwickeln.«²¹ Damit stellt sich für linke Parteien die Frage nach ihren strategischen Bündnispartnern sowohl gesellschaftspolitisch, also in Bezug zur Zivilgesellschaft, als auch parteipolitisch. D.h. die Strategiebildung linker Parteien muss sich gleichermaßen in Auseinandersetzung mit den strategischen Grundpositionen der neuen sozialen Bewegungen und denen der sozialdemokratischen Parteien vollziehen, die selbst mit am stärksten dem postfordistischen Transformationsprozess der Parteiform unterworfen sind und deren strategische Option eines »Dritten Weges« spätestens seit Ende des letzten Jahrzehnts als zunächst gescheitert betrachtet werden kann. Dementsprechend entwickelte sich auch eine folgenschwere Schlüsseldifferenz in der Einschätzung der Sozialdemokratie: Repräsentiert sie nur noch eine sozial und ideologisch abgefederte Variante des herrschenden Neoliberalismus und kommt daher für auch nur kurze Wege einer gegen den Neoliberalismus gerichteten Transformationspolitik prinzipiell nicht mehr infrage (ist sie also vollständig und gleichsam ohne innere Widersprüche integriert in den Machtblock des Neoliberalismus, wie er sich seit Ende der 1970er Jahre herauszubilden begann) oder kann sie partiell

20 Die Ausführungen stützen sich vor allem auf Brie 2004.

21 Porcaro 2003, S. 9f.

und zeitweise in ein linkes Projekt einbezogen werden? Die erste Sichtweise ist eine Grundlage für den Aufschwung radikalistischer, z.B. trotzkistischer links-radikaler und autonomer Parteien insbesondere in England, Frankreich, Italien und zum Teil auch Spanien.

Völlig unterschiedlich entwickelt sich dementsprechend das Verhältnis linker Parteien in Europa zur Sozialdemokratie und zu den neuen sozialen Bewegungen. Die Öffnung hin zu den sozialen Bewegungen ist für viele Parteien der radikalen Linken u.a. auch wegen ihrer spezifischen Situation schwierig (Fehlen oder relative Schwäche der Bewegungen auf nationaler Ebene) oder aufgrund ideologischer Barrieren, die auf der Idee beruhen, dass die Partei noch immer das Hauptinstrument des Kampfes der unteren Klassen sei und soziale Bewegungen lediglich als Komplemente und Korrektive etablierter politischer Institutionen begriffen werden müssen. Selbst wenn die Schwäche der Bewegungen auf nationaler Ebene mit dem Hinweis auf die globale Bewegung umgangen werden kann, ist die Überwindung ideologischer Barrieren schwieriger, eben weil sich zahlreiche Parteien der radikalen Linken in den letzten Jahren auf der Grundlage von zwei Prinzipien gegründeten bzw. ihre Existenz etablierten: zum einen als Instrument sozialer Emanzipation in Bezug auf den Staat und zum anderen als Garanten für politische und ideologische Unabhängigkeit der unteren Klassen.²² Der zentrale Bezug auf den Staat macht es für diese Parteien z.T. schwierig, die politische Rolle anderer Akteure der Zivilgesellschaft zu verstehen und sie in ihrer Eigenständigkeit und Artikulation von Forderungen gesellschaftlicher Veränderung als gleichrangige Partner anzunehmen. Für die Rifondazione stellte eine enge Beziehung zu den Bewegungen ein strategisches Basiselement der Gründung dar und konnte dies aufgrund der großen Bedeutung dieser Bewegungen in Italien auch sein. Im Unterschied dazu ist in der PDS die Frage nach den strategischen Bündnispartnern trotz programmatischer Formulierung einer Strategie zur Formierung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für den grundlegenden Richtungswechsel heftig umstritten.²³

Sind die sozialdemokratischen, die sozialistischen Parteien strategische Partner der linken Parteien? Ist die parteipolitisch formulierte Mitte-Links-Option

22 Vgl. Porcaro in diesem Band, S. 80.

23 So steht im Programm der PDS: »Auch in den kommenden Jahren ist unser Platz bei den sozialen Bewegungen gegen Kapitalisierung der Gesellschaft, Demokratieabbau und Krieg. Wir verteidigen die Erfolge emanzipatorischer Bewegungen und wollen mithelfen, kapitalistische Profitdominanz zu überwinden und deren patriarchale, autoritäre und militaristische Absicherung zu durchbrechen. Als Sozialistinnen und Sozialisten beabsichtigen wir, zu einem anerkannten Teil des gesellschaftlichen Widerstands gegen den Neoliberalismus zu werden und mit eigenen Vorstellungen und Projekten bei der Kräftigung von starken gesellschaftlichen Reformkräften mitzuwirken. Wir streben politische Bündnisse an, die diesen Zielen gerecht werden.« PDS 2003, S. 32.

noch immer aktuell angesichts der weltweit durchgesetzten neoliberalen Reformen des Demokratie- und Sozialabbaus unter der Ägide sozialdemokratischer Regierungspolitik? Wie verhält es sich dann mit dem Versuch, in Form von Regierungsbeteiligungen auf kommunaler oder regionaler Ebene sich konservativer Politik zu widersetzen, aus Regierungsämtern der Regionen und Länder heraus sich der Durchsetzung und Durchreichung von Sparpolitik und Sozialabbau entgegenzustellen, um Schlimmeres zu verhindern.

Unter den Bedingungen neoliberaler Hegemonie und geringer realer Gestaltungsspielräume setzt sich linke Politik in Regierungsverantwortung vor allem in der Wahrnehmung jener, die von Sozial- und Demokratieabbau betroffen sind und deren Verschlechterung von Lebensbedingungen nur noch abgefedert werden, dem Verdacht aus, auf die Durchsetzung eigener Positionen zu verzichten bzw. das kleinere Übel zum Maßstab des eigenen Handelns zu machen. Unter diesen Bedingungen müssen radikale Maßstäbe an linkes Regierungshandeln zu Glaubwürdigkeitsverlust führen. Die in einzelnen Fragen erstrittene und unter dem Druck der Öffentlichkeit parlamentarisch ausgehandelte wahrnehmbare Abschwächung neoliberaler Politik muss vor dem Hintergrund radikaler neoliberaler Reformen unzureichend erscheinen. D.h. trotz wichtiger Erfolge in Einzelfragen erscheint Regierungshandeln linker Parteien unglaubwürdig. Das ist das strategische Dilemma der Linken.²⁴

Der Ausweg aus diesem Dilemma kann nur im produktiven Umgang mit den zugrunde liegenden Widersprüchen und durch Gewinnung einer historischen Perspektive gesucht werden. Welche Aufgaben muss dazu die parteipolitische Linke lösen?

Erstens kann die Linke an der Entwicklung eigenständiger Strategien mitwirken und Projekte der Demokratisierung der Gesellschaft und der wirksamen Friedenssicherung durch Prävention und friedliche Konfliktlösung formulieren. Ihre Aufgabe ist es, an der Aufstellung einer eigenständigen Reformagenda mitzuwirken, die den Realitäten gerecht wird und zugleich einen Interessensausgleich zugunsten der Lohnabhängigen anstrebt und Perspektiven eröffnet, die sich in Einstiegsprojekten manifestieren. Der Umbau der Sozialsysteme, die auf der Einbeziehung aller beruht, gleiche Grundansprüche formuliert und über ein Steuersystem, das in der Wirtschaft auf Wertschöpfung basiert, mitfinanziert wird. Bisher ist die Formulierung einer alternativen Wirtschaftspolitik kaum über Varianten eines neuen Keynesianismus hinausgekommen.

Zweitens besteht ihre Aufgabe darin, am Aufbau einer sozial und kulturell verankerten Linken mitzuwirken und hierbei ihre spezifischen Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit einzubringen. Dabei geht es nicht einfach nur um

24 Vgl. Michael Brie: Strategische Herausforderungen der Europäischen Linken, S. 86ff in diesem Band.

den parlamentarisch verlängerten Arm, sondern um die Einflussnahme auf staatliche Entscheidungen durch breitest mögliche Bündnisse unter Nutzung der parlamentarischen Möglichkeiten linker Parteien. Die Parteien können und müssen als Teil des politischen Systems über ihre »Schnittstellenfunktion« die Synergieeffekte zwischen den Aktionen der Parteien und denen der Bewegung sichern. Auch, indem sie auf einer zeitgemäßen Grundlage die Privilegien der Parlamente erweitern und Bedingungen einer weit gefassten sozialen Demokratie neu definieren, die nicht mehr ausschließlich auf repräsentative Demokratie beschränkt wird. Das aber verlangt von den Parteien selbst ein Politikverständnis, nach dem der parlamentarische und außerparlamentarische Raum zumindest gleichwertig sind, und ein neuartiges Parteienverständnis: die Absage an die traditionelle Partei, die sich die Massen einverleibt zugunsten einer »konnektiven Massenpartei.«²⁵ Zugleich müssen die Parteien im Unterschied zu sozialen Bewegungen, Gewerkschaften u.a. in den sozialen Kämpfen die Beziehung und das Kräfteverhältnis reflektieren und können daher in stärkerem Maße als die Bewegungen Möglichkeiten der parlamentarischen Einflussnahme und Umsetzung bewirken.

Eine dritte Aufgabe der politischen Linken könnte es sein, für eine neue Kultur sozialer Gerechtigkeit einzutreten. D.h. offensiv für den Wert des Öffentlichen, auch des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Dienstleistungen, des Einsatzes zur Überwindung von sozialer Desintegration und Marginalisierung zu wirken. Das ist jedoch ohne die Neubestimmung der Rolle des Staates und einem veränderten Bezug linker Parteien auf den Staat unmöglich. An Stelle einer neuen Verstaatlichung wäre um die demokratische und emanzipative Aneignung des öffentlichen Raumes zu kämpfen, um eine Demokratisierung und Sozialisierung öffentlicher Aufgaben möglichst unter Einschluss der Verwaltungen eines ansonsten bürokratischen Staates.

2.2. Gewerkschaften

Zu den grundsätzlichen Funktionen von Gewerkschaften gehören im Rahmen der Interessenvertretung abhängig Beschäftigter die Schutz-, Verteilungs- und Partizipationsfunktion. Schutz und Verteilung, d.h. sozialökonomische Absicherung der abhängig Beschäftigten, Schutz vor ungehemmter Konkurrenz, Schutz vor unwürdigen, unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Ihre Kernkompetenz ist, die Bedingungen des Verkaufs (also den Preis) der Ware Arbeitskraft und die Bedingungen seiner Nutzung zu beeinflussen und dabei eine möglichst weitreichende Dekommodifizierung der Arbeitskraft zu erreichen. Was nun

25 Porcaro 2003a, S. 14.

seit über einem Vierteljahrhundert unter neoliberalen Vorzeichen geschieht, ist die Rekommodifizierung der Arbeitskraft, eine Wiederherstellung seines Warencharakters, die sich in der neuen Unmittelbarkeit des Marktes ausdrückt, welche die Arbeitskraft aus den institutionellen und normativen Regulierungen herauslöst, auf die Flexibilisierung von Beschäftigung und Arbeitszeiten setzt und damit eine Entsicherung der Arbeits- und Lebensverhältnisse betreibt. Entgrenzung von Arbeit und Anforderungen an höhere Selbstorganisation und Verantwortung sind die zwei zentralen Veränderungen der Arbeit. Davon betroffen ist auch das politische Instrumentarium, mit dem die Gewerkschaften operierten. Traditionell gehört dazu auch die Aushandlung von Tarifverträgen, in denen klassische Klassenkonflikte in Interessenkonflikte transformiert werden. Je stärker jedoch »ökonomische Sachzwänge« wirken, nationalstaatliche Spielräume durch wirtschaftspolitische Lenkung in der hochintegrierten Weltwirtschaft begrenzt werden, desto stärker entwickelt sich der Druck auf nationale Tarifverträge – insbesondere Flächentarifverträge, die zunehmend grundsätzlich infrage gestellt und mit der Tendenz der Verbetrieblichung tariflicher Aushandlungsprozesse ausgehöhlt werden.

Kollektive Interessen konstituieren sich über Lohnarbeiterexistenz und -risiken. Existenzielle Unsicherheiten, resultierend aus Abhängigkeit vom kapitalistischen Akkumulationsprozess, sind darauf gerichtet, den Verkauf der eigenen Arbeitskraft unter bestmöglichen bzw. günstigsten Bedingungen zu realisieren. Damit wird die Erfahrbarkeit dieses Interesses durch Spaltungen und Fragmentierungen konterkariert, die dem Akkumulationsprozess des Kapitals innewohnen.²⁶ Im Prozess der Tertialisierung des Produktionssektors durch die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Einführung von Produktionstechnologien mit hoher Elastizität vollzieht sich eine neue Qualität von Spaltungen und Fragmentierungen des Produktionsprozesses selbst durch Outsourcing und Neugliederung von Produktionsketten und Bildung von kleineren Produktionseinheiten mit zahlreichen verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten mit unterschiedlicher Bildung, Qualifikation und Einkommen – eine neue Qualität des »Normalzustands« wie ihn Frank Deppe beschreibt.²⁷

Die Entwicklung neuer Technologien hat auch zur Folge, dass einheitliche Bindungen der Produktion nicht mehr an starre Arbeitszeitregelungen von Tarifverträgen oder Arbeitszeitordnungen und an räumliche Konzentration gebunden sind. Die nun mögliche Flexibilisierung der Arbeit führt zu neuen Formen der Arbeitsorganisation und flexibler Arbeitszeitregulierung innerhalb

26 Vgl. Bieling/Dörre/Steinhilber/Urban 2001, S. 25.

27 Schulten 2001, S. 195.

des (männlichen) »Normalarbeitsverhältnisses«, d.h. des bisher tariflich und gesetzlich geschützten und regulierten Beschäftigungsverhältnisses.²⁸ Der damit erhöhte Leistungs- und Flexibilisierungsdruck führt seinerseits zu einer verstärkten Segmentierung der Arbeiterschaft in Kern- und Randbelegschaften. Parallel dazu erhöht sich der Anteil von ungeschützten oder prekären Beschäftigungsverhältnissen an gesamtgesellschaftlicher Erwerbsarbeit und ist inzwischen selbst unter den Normalarbeitsverhältnissen zu einem Massenphänomen geworden. Seit Ende der 70er Jahre entwickelt sich darüber hinaus die Tendenz der »Neuen Selbständigkeit« insbesondere in den südlichen Ländern der Europäischen Union. Ein Fünftel der Erwerbstätigen in Spanien bspw. und bis zu einem Drittel in Griechenland arbeiten als Selbständige. Die Ausdehnung informeller Arbeitsmärkte vollzieht sich vor allem in der Bekleidungsindustrie, im Gaststättengewerbe, der Braubranche und in der Landwirtschaft.

Die Gewerkschaften müssen sich all diesen Herausforderungen stellen und zugleich die Individualisierung von Lebensstilen und -chancen sowie die Auflösung tradierter Milieu-Strukturen berücksichtigen, die mit der Ausprägung einer neuen kollektiven Identität verbunden ist. D.h. kollektives Handeln entwickelt sich unter dem Druck der Prekarisierung von Arbeit und permanenter Standortkonkurrenz sehr viel schwieriger. Kollektive Identität muss diesen Bedingungen und neuen Formen von Fragmentierung, Flexibilität und Mobilität gerecht werden. Wie aber gestaltet sich gewerkschaftliche Interessenvertretung, wenn Arbeitnehmer zunehmend zum Unternehmer ihres Lebens werden, wenn Erfolgsprämien statt tariflicher Bezahlung die Norm ist, die individuelle Vorsorge an Stelle gesellschaftlich vereinbarter Pflichten tritt, Ich-AG's und Patchwork-Identitäten zur allgemeinen Erfahrung werden und Unternehmensmodelle wie der »New Economy« auf individuelle Dispositionen setzen. Gewerkschaften sind auf ein soziokulturelles Umfeld angewiesen, das solidarische/kollektive Werte erzeugt, aber sich gegenwärtig mit der Durchsetzung neuer Formen der Ökonomie auflöst. D.h. ihre soziale Basis verändert sich gleichermaßen wie ihre Wirkungsmöglichkeiten im nationalen Rahmen. Der hier notwendigen Internationalisierung gewerkschaftlicher Arbeit und deren Entwicklung zu einem global handelnden Akteur wirkt deren gegenläufige Tendenz – die internationale Standortkonkurrenz – entgegen, so dass sich die Herausbildung und Wirksamkeit der Gewerkschaften zu einem europäischen bzw. globalen Akteur als widersprüchlicher Prozess vollzieht. Einerseits wird dieser durch internationale Entwicklungen, durch fortschreitende Verflechtung des europäischen Kapitals forciert, andererseits wird er durch das Verständnis der Gewerkschaften als Interessenvertreter

28 Vgl. Bischoff 2003.

innerhalb der Nationalstaaten geprägt. Damit stecken sie in einem Dilemma, was sie national und international in die Defensive geraten lässt. Sie müssen auf nationaler Ebene unterschiedlichste politische, wirtschaftliche und soziale Systeme unter dem Druck der Standortkonkurrenz bedienen. Zudem stützen sich wichtige gewerkschaftliche Bereiche wie Mitbestimmungsrechte, oder Rechte, die die Einflussnahme der ArbeitnehmerInnenvertreter sichern, auf nationales Arbeitsrecht bzw. vertragliche Abmachungen und sind somit national völlig unterschiedlich verankert. Die gravierenden Unterschiede zwischen den Gewerkschaften hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen, ihrer jeweiligen Mitbestimmungssysteme, Tradition und politischen Kultur machen gegenwärtig eine Tarifpolitik über die nationalen Grenzen hinaus unmöglich, so dass auch die Formulierung eines europäischen Tarifvertrages, der auch soziale Mindeststandards, EU-weite Normsetzungen, die Formulierung eines europäischen Arbeitsgesetzes zusammenfassen könnte, in den Reihen der Gewerkschaften selbst umstritten ist²⁹ und damit keine Unterstützung erfährt. Im Gegenteil, die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Unternehmen und die Sicherung des eigenen Standortes ist auch unter den Gewerkschaften das gemeinhin anerkannte prioritäre Anliegen.³⁰

Ein weiteres, die Gewerkschaft entscheidend schwächendes Problem ist die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Zunahme von Teilzeit- und prekärer Beschäftigung. 8,9% der Menschen in Europa sind arbeitslos, 13,4% haben nur eine befristete Beschäftigung. Der Anteil von Frauen mit befristeten Arbeitsverhältnissen, an Leih- oder Gelegenheitsarbeitnehmerinnen liegt 30% über denen der Männer. Europaweit vollzieht sich der Zwang zur Aufnahme von Arbeit durch Absenkung sozialer Leistungen für Arbeitslose und der Kopplung an die Bereitschaft, auch niedrig qualifizierte Arbeit aufzunehmen, und dem Druck zum Abbau des Kündigungsschutzes.

Vor diesem Hintergrund muss die Herausbildung eines neuen Internationalismus der sozialen Bewegungen, der an Stelle traditionellen solidarischen Handelns eine Option auch für gewerkschaftliches Handeln werden kann, von besonderem Interesse sein. Der diesem Internationalismus zugrunde liegende kooperative Raum einschließlich seiner Widersprüche zwischen den beteiligten Gruppen ist auf eine politische Kultur von Toleranz und Pluralismus angewiesen, die es erlaubt, die Kooperation über politische

29 Der Direktor des Europäischen Gewerkschaftsinstitutes, Reiner Hoffmann, spricht daher nicht mehr von dem Ziel eines europäischen Tarifvertrages, sondern von einer angestrebten »Koordination der Tarifpolitik«, die sich auf die sektorale Ebene und die Vielfalt regionaler und europäischer ökonomischer und sozialer Strukturen und Traditionen bezieht, die produktiv zu vernetzen sind, »statt sie nach alten Forderungsmustern zu vereinheitlichen.« Hoffmann, S. 4.

30 Vgl. Hürtgen 2003, S. 6.

Meinungsunterschiede hinweg demokratisch zu organisieren.³¹ Das heißt für die Gewerkschaften, die verbliebenen Reste eines aus der historischen Arbeiterbewegung stammenden theoretischen Deutungsmonopols und politischen Führungsanspruchs ad acta zu legen, sich in einen offenen Dialog mit anderen sozialen Bewegungen und Organisationen zu begeben und das unmittelbar auf ökonomische Mitgliederinteressen fixierte Konzept des »Business Unionism« zugunsten eines umfassenderen politischen Selbstverständnisses im Sinne eines »Social Movement Unionism« zu überwinden. Seit Mitte der 1990er Jahre versuchen US- und andere Gewerkschaften mit diesem Konzept nach dessen Hochzeit in den 1960er und 1970er Jahren erneut eine basisbestimmte Alternative zu den korporativen Apparaten aufzubauen. Durch Verankerung in der lokalen Alltagswelt, durch ein »social movement trade unionism« soll der allgegenwärtigen Praxis des »Outsourcing«, einem wachsenden Geflecht von Sub-Unternehmen und dem in den USA stark ausgeprägten Gefälle zwischen »union cities« wie Boston, Chicago, New York oder Seattle mit langen Traditionen gewerkschaftlicher Organisation und einem weitgehend »gewerkschaftsfreien« Süden begegnet und gewerkschaftliche Gestaltungsmacht in der Gesellschaft wiedergewonnen werden.

Verbunden damit sind neue »Paradigmen« der Kooperation, Mobilisierung und Organisation, die nicht mehr allein auf die Interessenvertretung der (Kern)Belegschaften beschränkt bleiben, sondern als ein eigenes »gesellschaftliches Projekt« formuliert werden soll. D.h. sie müssen sich auch weiterhin auf die Beschäftigten als Kern ihrer Mitgliedschaft beziehen. Sie müssen sich jedoch darüber hinaus zusammen mit anderen sozialen Bewegungen für die Interessen der »Schwächeren« der gesamten Gesellschaft einsetzen und erweitern damit ihr politisches Mandat. Übergreifende Solidarisierung wird zum zentralen Maßstab der Beurteilung von sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen. Dazu bedarf es einer engen und gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den anderen sozialen Bewegungen bis hin zu gemeinsamen Entscheidungsprozessen über gemeinsame Aktionen einschließlich Streiks.

Offen ist die Frage, inwieweit sich dieser Ansatz wirklich radikal von den herkömmlichen Modellen unterscheidet, oder ob nur die linkssozialdemokratische Variante einer neuen Regulierung der Arbeit ist. »Die Notwendigkeit, notfalls durch Protektionismus »US-amerikanische« Arbeitsplätze zu erhalten, wird ebenso wenig hinterfragt wie die strenge Abschottung des Arbeitsmarkts. Dennoch lohnt allein die unglaubliche Vielfalt an Initiativen, Kontroversen und Projekten die Auseinandersetzung mit einer Bewegung, die sich mit den zentralen Themen der Migration, Multikulturalität und Transna-

31 Vgl. Schulten 2001, S. 193ff.

tionalität schon jetzt wesentlich umfassender beschäftigt hat als ihre vielleicht zahlenmäßig beeindruckenderen Pendants in Europa.³²

2.3. *Neue soziale Bewegungen*

Soziale Bewegungen, als Netzwerkverbund von Personen, Gruppen und Organisationen sind Produkte moderner Gesellschaften, die autonom und Bedürfnisorientiert in letzter Konsequenz auf die Grundlagen von Gesellschaft zielen. Ihr Wirken vollzieht sich im Kontext der sozial und politisch erkämpften Öffnung des sozialen Raums und ist verbunden mit Prozessen der Individualisierung, mit politischen und kulturellen Verhaltenserweiterungen, die weit bis in die Alltagskulturen von Gesellschaft hineinreichen. Sie lassen sich fassen als Kompetenzerweiterung auf der Grundlage erfolgter Bildungsreformen und erweiterter kultureller Erfahrungshorizonte, als partizipatorische Revolution im Kontext gewachsener Bereitschaft zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in Bürgerinitiativen und in direkter Politik bei gleichzeitigem Misstrauen gegenüber institutioneller Politik, und sie lassen sich fassen als Selbstverwirklichung bzw. als emanzipatorische Entwicklung der Person.³³ Im Unterschied zu Parteien und Gewerkschaften organisieren sie sich in den Sphären der Lebenswelt, machen gesellschaftliche Konflikte sinnlich erfahrbar und haben daher für Individuen und soziale Gruppen einen spezifischen Platz zur Formulierung von Lebensstrategien und Strategien zur Lösung konkreter gesellschaftlicher Konflikte, wie sie sich beispielsweise in den Forderungen der Frauen-, Ökologie-, schwarzen Bürgerrechts- und anderer sozialer Bewegungen manifestieren. Gerade die konkret artikulierten Forderungen ermöglichen ein Maß an Radikalität und Realismus, das neue soziale Bewegungen, die von vornherein allgemeinere Themen in den Mittelpunkt stellten, nie erreichen konnten. Das gilt sowohl für den engeren Trägerkreis als auch erst recht für die Massenaktionen.

Soziale Bewegungen entwickeln sich vor allem in Phasen gesellschaftlicher Umbrüche: Während in den 1960er Jahren die Konflikte um individuelle und gesellschaftliche Emanzipation die Basis ihres Entstehens waren, waren es in den 1970er Jahren Auseinandersetzungen um ökologische und alternative Modernisierungspolitik und in den 1980er Jahren Kämpfe gegen das Wettrüsten.

Ihre Wirkungsräume konnten sie vor allem im Dritten Sektor der sozialen Arbeit entwickeln. Mit der Institutionalisierung sozialer Bewegungen seit den 1970er Jahren und dem Zerfall der Sozialstaatlichkeit und der formalen Ökonomie haben Menschenrechts- und Entwicklungs-NGOs, Non-Profit-Unter-

³² Vgl. Zehle 2004.

³³ Vgl. Geiling 1995.

nehmen, kommunale, politische, religiöse oder karitative Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit, aber auch grassroots-Selbstorganisationen quasi-staatliche Funktionen übernommen. Offen ist dabei, ob und inwieweit NGOs die Rolle von »erweiterten Staatsapparaten« (Gramsci) oder von Knotenpunkten organisierter gesellschaftlicher Gegenmacht spielen. Gegenwärtig ist beides der Fall und das nicht selten im Praxisfeld ein und derselben NGO. Welche Option sich durchsetzt, ergibt sich zum einen aus den Machtverhältnissen in und zwischen den NGOs und zum anderen aus ihrem Verhältnis zu Staatlichkeit und Kapital. Sie sind in diesem Spannungsfeld »ein ewig bewegliches, wechselndes Meer von Erscheinungen.«³⁴

Wo Spaltungen und Ausgrenzungen zum Anlass einer Politisierung in emanzipativer Tendenz werden, können Keimformen neuer sozialer Bewegungen entstehen, deren politische Artikulationen auf die fragile Verbindung zwischen einem »real life economics«, der gesellschaftlichen Linken des Dritten Sektors und sozialen Massenprotesten gestützt ist. Ausdruck hierfür sind die Bauernbewegungen des indischen Subkontinents, die Bewegung der Landlosen in Brasilien, die grassroots-Organisationen südafrikanischer townships oder die nicht zufällig von FeministInnen bestimmten NGO-Zusammenschlüsse beispielsweise des postsandinistischen Nicaraguas. Im fragilen Bündnis mit einzelnen Gewerkschaften praktizieren diese Bewegungen jenen neuartigen Typ eines lokal organisierten und zugleich global vernetzten sozialen Widerstands.

Dieser Typ sozialer Bewegungen formuliert – anders als bisherige soziale Bewegungen – eine umfassende Kritik bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse. So beinhaltet die Strategie der Zapatistas einer »permanenten Rebellion« in logischer Konsequenz den Verzicht auf die Eroberung der Staatsmacht und auf parlamentarisch-repräsentative Teilhabe. Ihre Strategie verbindet die *real life economics* der lokalen, gesellschaftlich autonomen Gruppen mit den Gewerkschaften und den Institutionen der Zivilgesellschaft in landesweiten und internationalen Mobilisierungen. Sie zielt auch dann nicht auf die Beteiligung an der Staatsmacht, wenn sie auf den Staat einwirken und Gesetze, Abkommen, administrative Maßnahmen oder institutionelle Veränderungen bewirken. Angesichts der Erfolge der Zapatistas zeigt sich, wie die erreichten subjektiven und lokalen Autonomien für sich offen gehalten und untereinander frei assoziiert werden können und über nationale Grenzen hinaus neue Formen des Widerstandes erschließen. Ihr Aufstand 1994 in Chiapas, Mexiko, gegen das Freihandelsabkommen NAFTA zwischen USA, Kanada, und Mexiko gilt als die Geburtsstunde der neuen sozialen – globalisierungskritischen – Bewegungen. Dem folgten das interkontinentale Treffen für Humanismus und

34 Luxemburg 1972, S. 124.

gegen Neoliberalismus in Chiapas 1996 und 1997 in Spanien, der Kampf gegen das Multilaterale Abkommen unter den Schutz von Investitionen (MAI), 1996 die Euromärsche gegen Arbeitslosigkeit und ungeschützte Beschäftigung, das 1998 gegründete Netzwerk Peoples Global Action, die Gründung von ATTAC in Frankreich, der Protest gegen die WTO-Tagung 1999 in Seattle und der seit dem eingeleitete Zyklus von militanten Protesten. Es ging dabei nicht mehr nur um den Ausdruck von Protest. Das neoliberale Projekt wird grundsätzlich infrage und ihrer proklamierten Alternativlosigkeit der einfache, klare Satz »Eine andere Welt ist möglich« entgegengestellt.

3. Die »neuen« Subjekte der Emanzipation

3.1. Neue Bündnisse – der WSF-Prozess

Das erste Weltsozialforum war zunächst als Gegenforum zum Wirtschaftstreffen in Davos konzipiert. Der Entstehung neuer globaler Institutionen der Macht, der neoliberalen Kommodifizierung auch von Frauen, der Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit, der Konkurrenzideologie, der ökologischen Krise und dem sich wieder weltweit durchsetzenden Militarismus sollte eine neue globalisierte Kraft entgegengesetzt werden. Diese versteht sich im Unterschied zu früheren sozialen Bewegungen als ein horizontales, plurales, heterogenes, nicht konfessionelles Netzwerk von Bewegungen, das sich egalitär, dezentralisiert, offen und vertrauensbasiert organisiert und auf der Grundlage des Konsensprinzips notwendige Entscheidungen trifft. Diversität ist nicht mehr Schwäche, sondern gilt als Zeichen der Stärke, die es erlaubt, in verschiedenen Bereichen des Lebens Gegenpart zu sein,³⁵ und zu einer neuen Qualität des Zusammenwirkens alter und neuer Akteure beiträgt: The movement of movements can create a position of hegemony here, even over the unions. »The trade unions defends partial interests whereas the movement can represent the general interests of all who work; the union represents the interests of a limited class, whereas the movements can express the action of the entire multitude. Perhaps this is the moment of the end of the historical cycle of social democracy and the beginning of the democracy of the multitude.«³⁶

Gemäß den Prinzipien des WSF versteht sich dieses Forum als »ein Raum« für Organisationen und soziale Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich gegen Neoliberalismus und gegen die Weltherrschaft des Kapitals sowie gegen jede Form des Imperialismus wenden. Ausgeschlossen sind jene, die Gewalt

35 Nachfolgende Ausführungen beziehen sich insbesondere auf Wahl.

36 Ponniah/Fisher 2003, S. 14.

anwenden oder militärisch operieren. Außerdem positioniert sich das Forum gegen alle totalitären und reduktionistischen Sichtweisen der Wirtschaft, der Entwicklung und der Geschichte sowie gegen Gewalt als Mittel sozialer Kontrolle durch den Staat. In diesem Sinne hat sich seit 2001 – festgehalten in der Charta des WSF – eine gemeinsam definierte Pluralität gegen neoliberale Globalisierung herausgebildet, die in sich widersprüchlich bleibt: »that this movement is in danger to be locked in the same traps as movements of emancipation in the past. Thomas Ponniah, identifying ›six key divergences‹ inside the World Social Forum, put the contradiction of ›revolution versus reform‹ on the top of the list.«³⁷ Darüber hinaus werden die zentralen Widersprüche Umwelt versus Wirtschaft, Menschenrechte versus Protektionismus artikuliert und die verschiedenen Ebenen und Formen des Politischen unterschiedlich gewichtet.

Eine der zentralen Fragen und Probleme ist die Formulierung zweier gegensätzlicher Ziele innerhalb des Forums: »one is the desire of some civil society groups to be part of the global governance process; the other is the determination of many groups to protest and resist.« Entscheidend für die Entwicklung der Foren wird sein, ob es die Balance zwischen beiden Polen halten und das in dieser Frage steckende Spannungsverhältnis mit einer übergreifenden und sich selbst einschließenden Forderung zur »reinvention of democracy« kompensieren kann. Ein solches breitest mögliche Bündnis ist die Voraussetzung für: »the reinvention of society such that the mode of economic production, the structures of political governance, the dissemination of scientific innovation, the organization of the media, social relations and the relationships between society and nature, are subjected to a radical, participatory and living democratic process.« Das verlangt auch »the radical transformation of the existing class, gender and racialized relations of power that prohibit the full functioning of democracy.«³⁸

In diesem Zusammenhang stellt sich auch immer wieder die Frage nach dem Verhältnis von sozialen Bewegungen, NGO's, Gewerkschaften und Parteien und nach deren unterschiedlichen Ansätzen und deren politischer Praxis. Die Stärke sozialer Bewegungen liegt in ihrer Fähigkeit, neue Ideen aufzugreifen und zu entwickeln. Dafür aber ist ihre Autonomie unverzichtbar. Zugleich besteht umgekehrt ihre Schwäche darin, dass sie direkt keine Rechte garantieren können, vor allem nicht im Hinblick auf schwächere Bevölkerungsteile wie Indigene und Landlose, sondern hierbei auf den Staat und die Interessen vermittelnde Rolle der Parteien angewiesen sind. Auch in den Zeiten der Globalisierung zeigt sich, dass die nationalstaatlichen Kontexte nicht an Bedeutung verlieren, sondern

37 J. Sen, A. Anand, A. Escobar, P. Waterman, S. 178

38 Ebenda.

maßgeblich das Verhältnis von Parteien, NGO's und sozialen Bewegungen bestimmen. Wo der Staat nicht in der Lage ist, zentrale Verantwortlichkeiten zu erfüllen, übernehmen dies NGO's und können so auch zu einem Instrument neoliberaler Politik werden.

3.2. Der offene Raum der Sozialforen

Die Bedeutung des offenen Raumes der Sozialforen ergibt sich aus der Zwischenstation der Auflösung fordristischer Sozialstrukturen und Akteurskonstellationen, ohne dass ein neuer Raum bereits gefunden wurde. Zugleich ist er die Antwort auf die Reduktion der öffentlichen Räume in Folge neoliberaler Entwicklungen.

Es ist kein hierarchiefreier Raum, aber es gibt darin »keine Pyramide der Macht«. Es gibt keinen Eigentümer neben allen, aber die Verantwortung aller. Er ist nicht einfach nur ein Raum für Events, sondern ein Raum, der Prozesse ermöglicht, Akteure verbindet, mit der Absicht, gemeine Ziele zu realisieren, dafür Strategien zu entwickeln, Schritte zu formulieren und Handlungsrollen in einer Organisation zu verteilen, darunter die der Führung. Der Raum dagegen ist führungslos, er hat keinen Sinn außer sich. Es ist dennoch kein neutraler Raum, sondern ein Inkubator für Bewegungen und ihre Vernetzung und ihr politisches Handeln. Politische Aktionen selbst, die über diesen Handlungszweck hinausgehen, sind kein Ziel des Forums. Auch nicht, wenn es sich um Positionierungen oder Aktionen gegen den Irak-Krieg handelt.

Es ist ein Raum, dessen Autonomie, wie sie etwa die feministische Bewegung als politisches Verfahren konzipierte, zur Herausbildung einer Gegenhegemonie beiträgt. Der Raum selbst bewegt sich im Feld, im Verhältnis zur Macht und kann somit Raum für Bewegungen sein. Es ist nicht nur ein Raum für Politik, sondern ein Raum, der politisch konstruiert und schon deshalb ein *locus politicus* ist. Er existiert im Namen einer organischen sozialen Bewegung, einer globalen Bewegung und führt verschiedene Akteure auf seinen Podien, Konferenzen und in seinen Workshops zusammen. Unterschiedliche lokale, regionale oder weltweite Organisationen, Gruppen, Initiativen, Basisgruppen, Vereine und Verbände nutzen diesen Raum für identitätsstiftende Symbolpolitik und für die Suche nach konkreten Alternativen, nach Projekten in lokalen, regionalen und globalen Zusammenhängen.

Der Prozess der Formierung von Kräften gegen die neoliberale Globalisierung ist nicht abgeschlossen. Noch ist unklar, ob die Ressourcen traditioneller Akteure ausreichen, ihre Defensive zu überwinden, und ob die Potenziale neuer sozialer Bewegungen in einem dynamischen Prozess weiterentwickelt werden können. Offen bleibt, ob es gelingen kann, einen politisch wirksamen neuen historischen Block (Gramsci) zu formieren.

Literatur

- Bieling, Hans-Jürgen/Dörre, Klaus/ Steinhilber, Jochen/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2001): *Flexibler Kapitalismus. Analysen – Kritik – Politische Praxis*, Hamburg.
- Bischoff, J. (2003): *Worüber streitet die IG-Metall?*. Kommentar vom 11.8.2003, Redaktion Sozialismus, über: <http://www.sozialismus.de>.
- Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter (2003): *Sozialismus als Tagesaufgabe*, Manuskripte 36 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Chrapa, Michael (2004): *Politische Landschaften im Meinungsbild*. PoliLand. Soziologisch-empirische Kurzstudie zu Problembewusstsein, Veränderungspotenzialen und Einstellungen zur Zukunft im Meinungsbild der Bevölkerung. Eine empirische Studie. (unveröffentlichtes Manuskript)
- Conert, Hannsgeorg (2001): *Kapitalistische Entwicklung und politisch-emanzipatives Handeln heute*, in: *Z - Zeitschrift für Marxistische Erneuerung* 12. Jahrgang Heft 45, S. 6-26.
- Deppe, Frank (2003): *Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert*, in: *Z - Zeitschrift für Marxistische Erneuerung* 14. Jahrgang Heft 54, S. 71ff.
- Geiling, Heiko (1995): *Politische Kultur und soziale Bewegungen*. <http://www.agis.uni-hannover.de/agisinfo/info3/pokulbe.htm>.
- Hirsch, Joachim (2001): *Wo bleibt das Subjekt für einen radikalen Reformismus?*, in: Bieling, Hans-Jürgen/Dörre, Klaus/ Steinhilber, Jochen/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Flexibler Kapitalismus. Analysen – Kritik – Politische Praxis*, Hamburg.
- Hoffmann, R. (2001): *Europäische Perspektiven*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 52. Jahrgang Heft 4-5, S. 4-5.
- Hürtgen, Stefanie (2003): *Gestaltung des Anpassungsdrucks, Rückkehr zu bewährter Gewerkschaftspolitik oder »Kampf um soziale Transformation«?* Gewerkschaftliche Positionen zur Globalisierung in Deutschland und Frankreich, in: *Prokla* 33. Jahrgang Heft 130.
- Klein, Dieter (2003a): *Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt*. Ein Beitrag zur Programmdiskussion der PDS, in: Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter: *Sozialismus als Tagesaufgabe*, Manuskripte 36 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 65-111.
- Klein, Dieter (Hrsg.) (2003b): *Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit*. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 38 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Luxemburg, Rosa (1972): *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*, in: *Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke*, Bd.2, Berlin.
- Marx, Karl (1953): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, in: *MEW* Bd. 42, Berlin.

- Marx, Karl (1974): Zur Judenfrage, in: MEW, Bd. 2, Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1969): Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, Berlin.
- Partei der Europäischen Linken (2004): Programm, <http://sozialisten.de/sozialisten/el/programm.htm>
- PDS (2003): Programm der PDS, <http://sozialisten.de/partei/grundsatzdokumente/programm/index.htm>
- Ponnhah, Thomas/Fisher, William F. (2003): Another world is possible, London/New York.
- Porcaro, Mimmo (2003): Die Partei der kommunistischen Neugründung, Tradition, Innovation, Perspektiven, in: Michael Brie (Hrsg.): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien, Manuskripte 41 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 9-44.
- Röttger, Bernd (2003): Arbeit – Emanzipation – passive Revolution, in: Kurswechsel (Wien) 18. Jahrgang Heft 3.
- Sader, Emir (2004): Subjekte der Emanzipation, http://www.rls.org.br/publique/media/ALPAC_Emir_deutsch.pdf
- Schulten, Thomas (2001): Barrieren und Perspektiven eines »neuen Internationalismus« der Gewerkschaften, in: Bieling, Hans-Jürgen/Dörre, Klaus/Steinhilber, Jochen/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Flexibler Kapitalismus. Analysen – Kritik – Politische Praxis, Hamburg.
- Sen, Jai/Anand, Anita/Escobar, Arturo/Waterman, Peter (2003): World Social Forum. Challenging Empires, New Delhi; vgl. die deutsche Ausgabe: Eine andere Welt. Das Weltsozialforum, Berlin, S. 243ff.
- Wahl, Joachim (2004): Die Sozialforen – eine politische Innovation oder eine Bewegung ohne Zukunft? Betrachtungen zur Entwicklung des Weltsozialforums, <http://weltsozialforum.org/meldungen/news.2004.59/>
- WSI (2003): Ein Drittel der westdeutschen Vollzeitbeschäftigten arbeitet im Niedriglohnsektor, Pressemitteilung vom 04.08.2003, http://www.boeckler.de/rde/xchg/SID-3D0AB75F-20F58334/hbs/hs.xml/512_29179.html
- Zehle, Söhnke (2004): Was tun – social movement unionism, <http://wastun.org/tapestry?article=21>.

Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute

Teil I: Formen des Politischen

1. Soziale Bewegung, politische Grundströmung, Partei

Der Ansatz, Formen des Politischen zu untersuchen, geht davon aus, dass jede zielgerichtete Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse der langfristigen, kollektiven Aktivität bedarf. Diese langfristige, kollektive Aktivität sozialer Akteure nimmt unterschiedliche Formen an – je nach Art der Zielsetzung und Aufgabe und je nach Art und Weise des Zusammenwirkens, der Breite und der inhaltlichen Übereinstimmung der kooperativen politischen Anstrengung.

Diese Formen des Politischen – soziale Bewegungen, politische Grundströmungen, Parteien usw. – existieren nebeneinander und müssen in ihrer Eigengesetzlichkeit und ihren spezifischen Fähigkeiten und Grenzen begriffen werden. Eine Annäherung an den Charakter dieser unterschiedlichen Formen des Politischen ist wesentlich, weil sich nur darüber »normale Konflikte«, die zwischen diesen Formen notwendig entstehen und produktiv sein können, von spezifischen Problemen unterscheiden lassen, die anders angegangen werden müssen. Sie ist auch deshalb notwendig, weil es keine privilegierte Form des Politischen gibt, die den anderen »überlegen« wäre oder »vorausgeht«, sondern nur ein Zusammenwirken der verschiedenen Formen, mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten, gesellschaftliche Transformation möglich macht.

These 1: Gesellschaftliche Transformation ist nur möglich, wenn sie von einem breiten Spektrum an sozialen Akteuren betrieben wird, das tendenziell alle Formen des Politischen und alle politischen Formationen umfasst und in sich plural ist. Die Fähigkeit, sich in einem solchen Spektrum unterschiedlicher Formen und Formationen zu bewegen, sie in ihrer Eigengesetzlichkeit zu respektieren und gleichzeitig eine fordernde Haltung ihnen gegenüber einzunehmen, ist die Schlüsselfähigkeit gesellschaftlicher Transformation.

Tabelle 1: Übersicht über die verschiedenen Formen des Politischen

Soziale Bewegung	Politische Grundströmung	Partei	Linke	politisches Projekt
Forderung	Vision gesellschaftlicher Transformation	soziales Bündnis	Werte-, Erfahrungs- und Prinzipien-gemeinschaft	Gesellschaftliche Problem-analyse
Consciousness	Muster individueller und politischer Handlungsfähigkeit	Instrument gesellschaftlicher Transformation	Sprache der Kritik	ökonomische Formel
Organisation	Organisationslandschaft	Ort der Selbstvergesellschaftung	Kontinuum	globales Netzwerk

1.1. Soziale Bewegung

Soziale Bewegungen sind nicht neu, es hat sie immer schon gegeben. Soziale Bewegungen sind eine Form des Politischen, die sich durch eine *zentrale Forderung* konstituiert. Die Forderung, auf die sie sich richten, steht einerseits in einem Gegensatz zu grundlegenden Regeln der herrschenden Gesellschaft. Zum anderen haftet ihr aber auch eine gewisse Unabweisbarkeit an, d.h. es ist auch innerhalb des bestehenden Systems schwer, diese Forderung rundheraus abzuweisen oder für illegitim zu erklären. Aus diesem Widerspruch heraus entwickeln soziale Bewegung ihre Kraft, die in vielen Fällen dazu führt, dass sie über einen Prozess von oft mehreren Jahrzehnten hinweg diese Forderung durchsetzen.

Diese Forderung ist relativ konkret, und sie beinhaltet nicht die umfassende Umwälzung der bestehenden Gesellschaft. Sie ist meistens explizit in der Bewegung vorhanden, mitunter aber auch nicht, sondern muss als kleinster gemeinsamer Nenner innerhalb der Bewegung erschlossen werden. Z.B. richtete sich die Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika auf die Forderung »one man, one vote«, d.h. die Abschaffung der politischen Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung; die Schwulen- und Lesbenbewegung auf die Abschaffung rechtlicher

Diskriminierungen auf der Grundlage sexueller Präferenz; die antikolonialen Befreiungsbewegungen auf die staatliche Souveränität der kolonisierten Gesellschaften. Einzelne und Teile der Bewegung wollten mehr und anderes, aber dies war der gemeinsame Nenner, die Forderung der Bewegung. Genau diese Forderung wurden letztlich auch meist erreicht. Soziale Bewegungen zielen nicht umfassend auf die Revolution, den Sozialismus oder die generelle Abschaffung von Herrschaft, Dominanz und entfremdetem Eigentum. Ihr Erfolg bemisst sich daran, ob sie ihre jeweilige Forderung durchsetzen.

Das zweite Element, das soziale Bewegungen notwendig aufweisen müssen, ist etwas, was im Englischen »*consciousness*« heißt, also politisches Bewusstsein. Da ihre grundsätzliche Forderung im Gegensatz zu den Strukturen der herrschenden Gesellschaft steht, d.h. zu deren Praktiken, Diskursen, Interessen, Machtverhältnissen, muss innerhalb der Bewegung und durch sie in der Gesellschaft, in der sie kämpft, begründet, verankert, gezeigt werden, dass die Verwirklichung der Forderung wirklich möglich ist. Alle gesellschaftlichen Diskurse und Praktiken, in denen die Haltung reproduziert wird, dass eine solche Veränderung zwar an sich wünschenswert, aber (aus politischen, wirtschaftlichen, naturphilosophischen etc. Gründen) leider nicht möglich sei, müssen aufgerollt werden. Eine soziale Bewegung besitzt keine einheitliche politische Theorie, ihre Formen der Weltinterpretation sind plural. Dennoch erarbeitet sie sich gemeinsam eine Art ideologisches Grundsubstrat, eben diese *Consciousness*, die zwischen der Forderung und der Welt vermittelt.

Als drittes Element bedarf soziale Bewegung der *Organisation*. Sie zerfällt, kann nicht lernen und keine Kontinuität erreichen, wenn es innerhalb der Bewegung nicht Organisationen gibt, die Erfahrungen aufheben, weitergeben, systematisch verbreitern. Dies ist notwendig, weil innerhalb der langen Dauer ihres Kampfes Phasen starker Aktivität mit Phasen geringer Aktivität, starker Rückschläge oder gesellschaftlicher Isolierung abwechseln. Über ihre Organisationskerne kann die Bewegung jedoch überdauern und sich ihre Geschichte aneignen und fortschreiben. Um handlungsfähig zu sein, ist es entscheidend, ob es einer sozialen Bewegung gelingt, eine zentrale Organisationsstruktur aufzubauen, über die sie ihr Handeln koordiniert und ihre Erfahrungen bewahrt – entweder als erklärte gemeinsame Koordinationsstruktur (Dachgewerkschaften, Koordinierungsrat der Friedensbewegung usw.) oder als Rolle, die de facto von bestimmten Organisationen innerhalb der Bewegung wahrgenommen wird (ANC, möglicherweise Attac).

Das Bedeutsame ist, dass jedenfalls im 20. Jahrhundert erstaunlich viele soziale Bewegungen ihre Ziele letztlich erreicht haben. Häufig war dies von Enttäuschungen begleitet, dass damit keine umfassend freie und gleiche Gesellschaft

erreicht wurde. Dies ist aber ein Missverständnis – umfassende Veränderung gesellschaftlicher Grundregeln ist nicht Gegenstand sozialer Bewegungen. Gerade der Fokus auf die zentrale, konkrete Forderung ermöglicht es, dass soziale Bewegungen in alle Klassen, Schichten, Gruppen und Bereiche der Gesellschaft reichen und dort mobilisieren.

These 2: Soziale Bewegungen erreichen in der Regel ihr Ziel, wenn auch nur in einem sehr langfristigen Prozess, sofern sie ihre drei Grundfaktoren (Forderung, Consciousness, Organisation) nicht verlieren.

Tabelle 2: Soziale Bewegungen im Vergleich

	Forderung	Consciousness	Organisation (z.B.)
Anti-Apart- heid-Bewegung	one man, one vote	black consciousness	ANC, PAC, internationale Solida- ritätsbündnisse
Lesben- und Schwulen- bewegung	keine rechtliche Diskriminierung gleichge- schlechtlicher sexueller Orien- tierung	Kritik des Zwangs- heterosexismus und der Naturalisierung	nationale Schwulen- verbände, lesbische Organisationen meist innerhalb der Frauenbewegung
schwarze Emanzipa- tionsbewe- gung	keine rechtliche Diskriminie- rung/gezielte Anti- Diskriminierung	black power, soziale Kritik	Black Panther
koloniale Emanzipa- tionsbewe- gung	staatliche Souveränität der kolonisierten Gesellschaften und Bevölkerungen	Antikolonia- lismus, Authen- tizität, Natio- nalismus	nationale Bündnisse oder Befreiungs- bewegungen
Umwelt- bewegung	Begrenzung der naturzerstörerischen Auswirkungen der industriellen Produktionsweise	»Grenzen des Wachstums«	BUND, NABU u.a.

	Forderung	Consciousness	Organisation (z.B.)
Friedensbewegung	Ächtung militärischer Konfliktlösung	Antimilitarismus, Friedensforschung	Aktionsrat
Zweite Frauenbewegung	Individuelle Gleichstellung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen und in der Gesellschaft insgesamt	Patriarchatskritik, consciousness raising, Trennung von sex und gender	NWC, ansonsten nur Organisationslandschaft
Arbeiterbewegung	Beendigung der bedingungslosen Abhängigkeit der Beschäftigten vom Kapital	Marxismus, Sozialismus	Internationale
Gewerkschaftsbewegung	Etablierung der abhängig Beschäftigten als starkem sozialen Akteur neben dem Kapital	Arbeiterbildung, gewerkschaftliche Bildungsarbeit	Nationale Gewerkschaftsbünde
Internationale Solidaritätsbewegung	gerechte Weltwirtschaftsordnung, Abschaffung neokolonialer Dominanz		BUKO, Bündnis blockfreier Staaten
Globalisierungskritische Bewegung	Die gesellschaftliche Gestaltung von Leben, Wirtschaft und Gesellschaft soll nicht von Weltmarkt und TNCs diktiert werden.	Alternativen zum Neoliberalismus	Attac, People's Global Action

Aus der Tabelle ergibt sich auch, dass verschiedenen soziale Bewegungen ihre Ziele in unterschiedlichem Maße erreicht haben. Nichterreichen dieser Ziele ist

häufig bedingt durch ein Aufgeben der zentralen Forderung, durch eine Unfähigkeit, auf Dauer eine ihr entsprechende Consciousness zu entwickeln, oder durch das Fehlen übergreifender Organisationen. Das Erreichen des zentralen Ziels dagegen führt zu einer »Identitätskrise«, die mit der Neukonstituierung oder dem Ende der Bewegung enden kann. Gerade in der Phase der Konstituierung einer sozialen Bewegung ist häufig nicht unbedingt klar, was die zentrale Forderung eigentlich ist, die den Kern dieser Bewegung ausmacht. Das gilt heute für die globalisierungskritische Bewegung (GKB). Die in der Tabelle angegebene Forderung stellt m.E. diesen Kern dar. Daraus ist auch erklärbar, dass die GKB anschlussfähig zu den Gewerkschaften ist, denn diese Forderung ist auch für sie wichtig. Umgekehrt bestanden und bestehen Spannungen zwischen GKB und internationaler Solidaritätsbewegung (mit sozialen Kräften in der »Dritten Welt«), weil häufig unterschätzt wird, dass beide Bewegungen zwar anschlussfähige, aber nicht identische Forderungen fokussieren.

These 3: Die konstitutive Forderung der globalisierungskritischen Bewegung lautet: »Die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, der Ökonomie, der Gesellschaft soll nicht der Entscheidungsgewalt des Weltmarkts oder der Transnationalen Konzerne unterworfen sein, sondern in die Entscheidungsmacht der jeweiligen lokalen, regionalen oder nationalen Gesellschaften (zurück-)gelegt werden.«

Strategische These 1: Soziale Bewegungen müssen durch politische Grundströmungen informiert sein, da sie selbst keine umfassenden Visionen gesellschaftlicher Transformation entwickeln können. Das Problem der globalisierungskritischen Bewegung ist derzeit, dass es keine Etablierung politischer Grundströmungen auf globaler Ebene gibt.

1.2. Politische Grundströmung

Politische Grundströmungen sind ein gängiger Begriff, etwa in der bundesdeutschen Parteistiftungs-Förderung. Die hier gewählte pragmatische Definition – wonach eine langfristige politische Grundströmung existiert, wenn eine ihr zugehörige Partei Fraktionsstatus im Bundestag hat – erscheint allerdings einigermmaßen willkürlich. Die Unsinnigkeit dieser Definition wird schon daraus deutlich, dass politische Grundströmungen – wie auch soziale Bewegungen – ein globales Phänomen sind.

Konstitutiv für eine politische Grundströmung ist eine *Vision gesellschaftlicher Transformation*, ein Bild von einer Gesellschaft, deren Regeln in grundlegender Weise andere sind als die derzeit vorherrschenden. *Alle politischen Grundströmungen sind transformatorisch*. Auch konservative oder liberale

Grundströmungen streben eine Gesellschaft an, die von der herrschenden grundlegend abweicht. Politische Grundströmungen sind nicht definiert durch eine bestimmte politische Theorie, sie sind in sich durchaus plural; es ist die Vision der anzustrebenden Gesellschaft oder gesellschaftlichen Veränderung, die sie zusammenhält. Diese Vision kann bei den Menschen, Gruppierungen, Zusammenhängen innerhalb dieser Strömung aus sehr unterschiedlichen ideologischen Hintergründen gespeist sein – so finden sich innerhalb des demokratischen Sozialismus religiöse Zugänge wie die Theologie der Befreiung ebenso wie atheistische, marxistische ebenso wie wertkonservative, gewerkschaftliche ebenso wie kulturrevolutionäre usw.

Der Bedeutung der »Consciousness« innerhalb sozialer Bewegungen entsprechen innerhalb politischer Grundströmungen bestimmte *Muster individueller und politischer Handlungsfähigkeit*. Grob gesagt: Welcher politischen Grundströmung jemand zugehört, lässt sich daran erkennen, wie er oder sie sich verhält – ganz gleich in welchem Bereich, in welcher sozialen Kooperation. Die einen sind fürs Abstimmen, die anderen machen erst mal eine wissenschaftliche Analyse; die einen denken zuerst an Gegenmacht, die anderen daran, wie man alle überzeugen kann; die einen wollen das Dach in Eigenregie reparieren, wenn es in der Schule reinregnet, die anderen wollen den Staat nicht aus seiner Verantwortung entlassen und behalten lieber nasse Füße. Das beinhaltet, dass jemand eine Disposition für eine bestimmte politische Grundströmung zeigen kann, ohne sich dieser bewusst zuzuordnen. In ähnlicher Weise können wir jemand aus seinem Alltagsverhalten als Vertreter einer konservativen oder liberalen Grundströmung identifizieren, ohne seine expliziten politischen Ansichten zu kennen. (Jurek Becker: »Wie manche Leute ein Ei aufschlagen, macht einen schon krank.«)

Politische Strömungen handeln nicht zentral koordiniert, da sie in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen agieren, und es kann auch keine einzelne Organisation beanspruchen, die Erfahrungen der Strömung stellvertretend aufzubewahren und zu entwickeln. Politische Grundströmungen entwickeln sich in und durch eine *Organisationslandschaft* – ein Feld von Vereinen, Zentren, Clubs, Initiativen, Stiftungen etc., das in seiner Breite und unterschiedlichen Skalierung für die Existenz der Strömung notwendig ist. Durch die Organisationslandschaft führt die Strömung einen gemeinsamen Diskurs, der zwischen alltagspolitischen Handlungsmustern und transformatorischer Vision immer wieder neu vermittelt und beides konzeptionalisiert.

These 4: Politische Parteien sind nicht notwendig »strömungsrein«. Meist umfassen sie eine hegemoniale politische Grundströmung und Teile anderer Strömungen. Dies ist für das Wirken der Partei nützlich und sinnvoll, da sie ein Stück der notwendigen äußeren Koordination bereits intern vorwegnimmt und die gesellschaftliche Kraft der Partei so erhöht.

Im Unterschied zu sozialen Bewegungen kommen politische Grundströmungen nie »ans Ziel«. Ihre Vision bleibt den gesellschaftlichen Verhältnissen stets voraus. Wenn die Gesellschaft eine Transformation durchläuft, die Teile der transformatorischen Vision der Strömung verwirklicht, entwickelt diese Vision sich weiter und antizipiert, worauf sie unter den neuen Verhältnissen zielt.

Tabelle 3: Linke Grundströmungen im Vergleich

	Vision gesellschaftlicher Transformation	Muster individueller und politischer Handlungsfähigkeit	Organisationslandschaft
Sozialdemokratie	gleichberechtigte Integration der arbeitenden Bevölkerung	Mitbestimmung, sozialer Ausgleich, ökonomische Umverteilung	soziales (proletarisches) Milieu
Kommunismus	rationale Gestaltung durch Staatseigentum & gesellschaftliche Planung	Bruch mit der alten Gesellschaft, Effizienz, Kontrolle, »Logik«	ideologisches (partei-politisches) Umfeld
demokratischer Sozialismus	freie & gleiche Selbstbestimmung, Selbstentfaltung	Selbstorganisation, Zurückdrängen von Herrschaft, »Übernahme«, »Verhandeln«	politisch-gesellschaftliche Organisationskerne
grün-alternative Strömung	nachhaltige & friedliche Gesellschaft, soziale Harmonie	Überprüfung, Folgen-Kritik, Überzeugen aller	soziales (post-modernes) Milieu, Basisbewegungen

These 5: Eine politische Grundströmung des demokratischen Sozialismus existiert seit den Revolutionen des frühen 20. Jahrhunderts, insbesondere seit der Russischen Revolution. Eine parteibegründende Wirkung wurde jedoch meist unterbunden durch den sozialdemokratisch-kommunistische Konflikt der ersten Jahrhunderthälfte und den Kalten Krieg in der zweiten Jahrhunderthälfte.

Strategische These 2: Die Vision des demokratischen Sozialismus ist häufig als (sozialdemokratisch-kommunistischer) Mix aus Weg und Ziel (demokratische Transformation, sozialistische Gesellschaft) oder aus Form und Inhalt (demokratisches Institutionensystem, sozialistische Ökonomie) konzeptionalisiert worden. Dies ist nicht hinreichend. Es bedarf einer Konzeptionalisierung, welche den eigenständigen Charakter der angestrebten Gesellschaft und der angestrebten Ökonomie deutlich macht.

1.3. Partei

So heftig über konkrete Parteien, ihre Programmatik und ihr Verhältnis zu Bewegungen gestritten wird und so intensiv über ihre Programmatik diskutiert wird, so wenig Überlegung wird häufig der Frage geschenkt, was eine Partei überhaupt ist. Die Antwort darauf kann nicht dem herrschenden politischen System entnommen werden (das Parteien einerseits als Wahlvereinigungen, andererseits als Transmissionsriemen herrschender Ideologie über das Medium der politischen Bildung definiert und privilegiert). Ansonsten würde eine Partei buchstäblich zu existieren aufhören, wenn sie z.B. verboten wird – was der historischen Erfahrung linker illegalisierter Parteien ebenso widerspricht wie der Tatsache, dass sich Parteien oft bilden, um die demokratischen Rechte erst zu erkämpfen, die sie dann später haben. Auch bestehen Parteien fort, auch wenn sich das politische System ändert.

Als Form des Politischen ist eine Partei die Form, die man annimmt, um die grundlegenden Regeln einer bestehenden Gesellschaft zu verändern – über deren derzeitige verfassungsmäßige, ökonomische, institutionelle etc. Form hinaus. Im Unterschied zur sozialen Bewegung ist sie nicht fokussiert auf eine bestimmte Forderung, und im Unterschied zur politischen Grundströmung ist sie auf optimale Koordinierung und effektive Durchsetzungskraft orientiert. Die Partei ist die Form des Politischen, die »ernst macht« mit der Transformation, mit aller Attraktivität und allen Gefahren, die einem solchen Vorhaben eigen sind. (In diesem Sinne verwendet z.B. auch Gramsci den Begriff der »Partei«.)

Entgegen der Ideologie der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« sind auch Parteien allesamt transformatorisch. Konstitutiv für die Partei ist jedoch nicht ihre Programmatik. Programme ändern sich, z.T. sogar radikal, ohne dass dadurch eine neue Partei entsteht: Die SPD hat weder durch das Erfurter Programm noch durch die Wende zum Neoliberalismus aufgehört zu existieren. Was Parteien konstituiert, ist ein spezifisches Bündnis sozialer Kräfte. Transformation, Änderung grundlegender Regeln der bestehenden Gesellschaft übersteigt die Kraft einzelner sozialer Kräfte und erzwingt prinzipielle Bündnisse. Das begründet Parteien; und ohne das kann die Partei nicht

existieren. Parteigründungen ohne ein effektives Bündnis sozialer Kräfte sind nicht stabil, und auch große Parteien kollabieren, wenn das soziale Bündnis zerfällt oder sich von der Partei zurückzieht (so etwa im Zusammenbruch der DC in Italien).

Wesentlich für Parteien ist ferner nicht die Herausbildung von »Consciousness« oder von Mustern individueller oder kollektiver Handlungsfähigkeit, denn Parteien sind nicht strömungshomogen. Wesentlich jenseits der sozialen Bündniskonstellation ist der spezifische Charakter der Partei als transformatorisches Element – die Antwort auf die Frage, wie die Partei Macht erhalten will. Dieser Instrumentcharakter kann als Wahlverein gefasst sein, als Mobilisierungsinstrument, als kulturevolutionärer Zusammenschluss oder als institutionelles »Backbone«, das den Aktivitäten anderer Formen des Politischen Schutz und Spielräume verschafft. Die letztere Auffassung ist die neueste, die einem Charakter als »Bewegungspartei« entspricht. Die Haltung zur Übernahme politischer Mandate oder zu Regierungsbeteiligungen kann dagegen nie prinzipiell sein; die Entscheidung ist zu treffen auf Grundlage der Einschätzung, ob dies zum aktuellen Zeitpunkt, unter konkreten Umständen, zum grundsätzlichen Instrumentcharakter der Partei passt.

Parteien sind schließlich ein Element der Selbstvergesellschaftung ihrer Angehörigen. Die Individuen und sozialen Kräfte, welche die Partei bilden, sind von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses so überzeugt, dass sie bereit sind, sich gegenseitig zu verändern, über die spezifische Prägung ihrer jeweiligen Klasse, Schicht oder sozialen Erfahrung hinaus. Dies gehört zum Charakter des »Ernstmachens«, der Parteien innewohnt, und ist Teil ihrer besonderen Kraft wie auch Gefährlichkeit. Der Charakter der Partei als Element der Selbstvergesellschaft, d.h. der Veränderung ihrer Angehörigen, ist heute umstritten, er findet aber ganz offensichtlich statt und ist das, was den Unterschied zwischen Angehörigen und Umfeld macht.

Angehörige einer Partei werden nie mit sämtlichen Programmpunkten übereinstimmen, und Programme lassen sich nicht objektiv, wissenschaftlich, durch Analyse und Herleitung machen. Angesichts des grundlegenden Bündnischarakters ist weniger wichtig, ob ein Programm alle Angehörigen der Partei positiv ausdrückt, als vielmehr, dass das Programm nichts enthalten darf, was eine bestimmte soziale Kraft oder Fraktion ausschließt oder abstößt. Programme konditionieren keine Eintritte, nur Austritte oder verhinderte Eintritte.

These 6: Parteien sind eine eigenständige Form des Politischen, deren Existenz nicht an ein bestimmtes politisches System gebunden ist. Sie definieren sich nicht durch die Vorgaben des jeweiligen politischen Systems, sondern selbst.

Tabelle 4: Linke Parteien im Vergleich

	soziales Bündnis	transformato- risches Instrument	Element der Selbstvergesell- schaftung
sozialdemo- kratische Parteien	qualifizierte Arbeiterschaft (Facharbeiter- schaft) + Intellek- tuelle	Wahlverein, Repräsentation	Selbsterzie- hung, Bildung
kommunis- tische Parteien	Bewegungen gegen alte Auto- ritäten und an- nationaler Sou- veränität interes- sierte Gruppen	Mobilisierung, Verteidigung gegen Konter- revolution	Disziplin, Einsicht, soziale Grenzüber- schreitung
demokra- tisch-soziali- stische Partei- en	für Emanzipation Kämpfende + an realer Problem- lösung Interes- sierte	Schutz & Spiel- räume, solidari- sche Ermögli- chung	verhandelter Gemeinwille, positive Spannung
grün-alterna- tive Parteien	neue soziale Bewegungen + nicht-aggressive Teile der Gesell- schaft	Kulturrevolution, symbolische Kritik	institutionelle Einlassung, »Erziehung der Bewegung«

Strategische These 3: Demokratisch-sozialistische Parteien müssen heute die Eigenständigkeit ihres Instrumentcharakters deutlich machen, der auf der Flankierung anderer Akteure beruht, um nicht zwischen Realpolitik und weitergehendem Transformationsanspruch zerrieben zu werden. Sie bedürfen einer besonders intensiven, sensiblen Kommunikation mit ihrem Umfeld, mit Bewegungen und der Linken, wenn sie Regierungsbeteiligungen eingehen, und müssen dafür eigene institutionalisierte Formen von Kommunikation und Verpflichtung entwickeln.

2. Linke

Neben sozialen Bewegungen, politischen Grundströmungen und Parteien existieren noch andere Formen des Politischen, von denen zwei hier der Betrachtung unterzogen werden sollen: die Linke und das politische Projekt. Für »die Linke« und »die Rechte« existiert kein adäquater zusammenfassender Begriff. »Gesellschaftliches Lager« ist ebenso unzutreffend wie »politische Grundausrichtung«, wie sich aus der näheren Beschreibung der Linken (und dem Vergleich zur Rechten) ergibt.

Die Linke, als Form des Politischen, konstituiert sich als eine Werte-, Erfahrungs- und Prinzipiengemeinschaft. Die Linke bewahrt die Erfahrungen mit den Versuchen gesellschaftlicher Veränderung kritisch auf, ebenso die Erfahrungen mit der Macht von Staat und Kapital (z.B. dass man Regierungen nicht trauen darf, dass im Krieg immer gelogen wird, dass gesellschaftliche Projekte unter den Aspekten von Macht und Herrschaft betrachtet werden müssen, dass gute Absichten der Mächtigen kein Ersatz für den Abbau von Machtstrukturen sind, usw.).

Die Linke kann nicht organisiert werden, da sie sich in verschiedenen Parteien, Bewegungen, Strömungen etc. organisiert und diesen verpflichtet ist. Sie existiert häufig latent, d.h. tritt in ihrer Gemeinsamkeit nicht sichtbar in Erscheinung. Sie tritt in Erscheinung, wenn gesellschaftliche Entscheidungen über linke Partei- und Organisationsgrenzen hinweg gemeinsam von der Linken kritisiert oder gefordert werden. Man kann an die Linke appellieren, da sie ein Substrat gemeinsamer Werte und Prinzipien bewahrt, das sich aus ihren Erfahrungen ergibt. (All das gilt umgekehrt für die Rechte auch.)

Wesentlich für die Linke ist außer dieser Werte-, Erfahrungs- und Prinzipiengemeinschaft die Herausbildung einer übergreifenden *Sprache der Kritik* gegenüber gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie bildet sich im Zusammenspiel mit gemeinsamem linken Handeln in der Gesellschaft. Bündnisse zwischen linken Parteien z.B. (die nie vollständig Teil der Linken sind!) haben nur Bestand und Erfolg, wenn sie von der Verständigung der jeweiligen Parteilinken getragen sind.

Die Linke ist ein *Kontinuum* – das heißt, sie hat keine scharfen Ränder, Menschen und Gruppierungen können ihr teilweise angehören, können sich »gespalten« sehen zwischen ihrer Praxis und ihrem »linken Gewissen«. Die Linke als Kontinuum ist ein hochaktives Medium globalen horizontalen Lernens. Politische Aktionsformen und Symbole, alltagsweltliche Verhaltensmuster und Sprachformen werden von anderen Kämpfen übernommen, ausprobiert, schließlich angeeignet. In diesem Medium globalen horizontalen Lernens gibt es häufig ausgeprägte geographische Vektoren: soziale Kämpfe, an denen bevorzugt angeknüpft wird und die in einer bestimmten historischen Phase als *role models* von Emanzipation fungieren.

Die Linke regiert nie, da die Verpflichtung auf eine gemeinsame Ordnungspolitik sie sprengen würde. Die Wirkung und Bedeutung der Linken wird dennoch notorisch unterschätzt. So war es für den Regierungswechsel 1998 wesentlich, dass Rot-Grün – bei aller Kritik – innerhalb der Linken als ungeliebte, aber historisch notwendige nächste Option angesehen würde und dass eine rot-grüne Regierung einen realen, positiven Unterschied zu schwarz-gelb machen würde. Die grundsätzliche Wählbarkeit von rot-grün von links konnte 2002 über die Friedensfrage noch einmal aktiviert werden. Inzwischen ist sie verspielt. Obwohl zahlenmäßig begrenzt, ist die Linke stark vernetzt und ein wesentlicher Faktor der gesellschaftlichen Meinungsbildung. Die Linke allein ist zu schwach, Transformation herbeizuführen; aber Transformation mit progressiven Ansprüchen (selbst nur als »kleineres Übel«) ist ohne grundsätzliche Akzeptanz bei der Linken nicht möglich.

These 7: Es ist nicht möglich, eine abschließende Definition der Linken anzugeben, denn diese unterliegt dem historischen Wandel. »Links ist, was innerhalb der Linken als links gilt« – diese scheinbar paradoxe Definition trägt der Tatsache Rechnung, dass die Linke eine historisch bestimmte Größe ist.

Tabelle 5: Linke im historischen Wandel

	Werte-, Erfahrungs- und Prinzipiengemeinschaft	Sprache der Kritik	Kontinuum hinsichtlich Vektoren und role models
Traditionelle Linke	Sozialismus, Erfahrung der Spaltung, Solidarität – mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung	Klassischer Marxismus, gewerkschaftlich orientierte Kritik	Sowjetunion
Neue Linke	Antiautoritär, Erfahrung der »Arbeiteraristokratie« und des Stalinismus, Solidarität mit Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt«	Dritte-Welt-Marxismus, Antikolonialismus, Kritische Theorie, Herrschaftskritik	Vietnam
Postmoderne Linke	Selbstorganisation, Erfahrung der Globalisierung und des Zusammenbruchs der sozialistischen Staaten, Solidarität mit Selbstbestimmung und Grassroot-Bewegungen	Postkolonialismus, Triple Oppression, Fortschrittskritik, Dominanzkritik	Chiapas

Die obige Tabelle ist nicht als historische Abfolge zu verstehen. Die Linke entwickelt sich in Schichten; ältere Werte und Erfahrungen bleiben vorhanden, wirksam und »abrufbar«, können jedoch im Laufe der Zeit verblassen und in den Hintergrund treten.

Aus der schematischen Übersicht erschließt sich z.B. die Bedeutung, die die Antisemitismus-Auseinandersetzung in der BRD als Element des Übergangs von der Neuen Linken zur Postmodernen Linken spielt(e). Es erschließt sich auch daraus, dass die Linke bis heute zwar von bestimmten sozialen Bewegungen informiert ist, aber beileibe nicht von allen – insbesondere feministische und antirassistische Grundwerte sind bis heute kein Teil der allgemeinen linken Grundüberzeugung.

Strategische These 4: Es kann nicht »die linke Partei« geben, da dies der Geschichte und Wirkungsweise der Linken widerspricht und ihre Unabhängigkeit gefährden würde. Eine linke Partei ist eine Partei, die für die Linke grundsätzlich wählbar ist, und das ist schwer genug. Eine linke Partei in diesem Sinne kann auch einzelne Entscheidungen fällen, die von der Linken nicht gutgeheißen werden; sie darf aber nicht versuchen, die Linke zu diskriminieren, zu diskreditieren oder zu disziplinieren. Fehler in diesem Bereich haben einen Wirkungshorizont von ca. 10 Jahren.

3. Entwicklungspfade und politisches Projekt

Der im Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung dargelegte und von Dieter Klein, Michael Chrapa und Rainer Land entwickelte Begriff des »Entwicklungspfades« ist heute der ambitionierteste und leistungsfähigste Versuch, die klassischen Dilemmata von Reform und Revolution, Klassenkampf und demokratischer Transformation, Fundamentalkritik und Realpolitik etc. zu bearbeiten (auch etwa die Problematik, dass z.B. im Kapitalismus jede partielle Veränderung entweder systemimmanent funktional wirkt oder scheitern muss, so dass jede graduelle Transformation unmöglich erscheint).

Das Konzept der Entwicklungspfade geht davon aus, dass gesellschaftliche Entwicklung sich nicht bruchlos-evolutionär vollzieht, dass sich diese Entwicklung aber nicht in ein teleologisches Raster pressen lässt (wie in der klassischen marxistischen Formationstheorie) und dass der Übergang zu einem gesellschaftlichen Strukturmodell Gegenstand einer Wahl ist, also weder zwangsläufig noch vorgegeben. Zum gleichen historischen Zeitpunkt und zum gleichen Stand der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung kann es unterschiedliche Entwicklungspfade geben, wie etwa den des demokratischen Wohlfahrtskapitalismus und den der staatssozialistischen Gesellschaften nach

dem Zweiten Weltkrieg. Ein Entwicklungspfad ist »the next big thing« – ein kollektiver Versuch, die Widersprüche und Dysfunktionen des bisherigen gesellschaftlichen Strukturmodells zu überwinden und sich dafür neue einzuhandeln. Ein Entwicklungspfad hat eine Jugend, eine vollentwickelte Phase, schließlich altert er. Ein Entwicklungspfad bleibt dynamisch und voller Widersprüche, aber solange er funktioniert, bleiben diese Widersprüche und Dynamiken innerhalb seines gesellschaftlichen Strukturmodells. Die Zukunft ist nicht festgelegt, sie ist machbar, aber sie tritt nur ein in Gestalt eines neuen, möglichen Entwicklungspfades – und dass er möglich ist, ist sowohl eine ökonomische als auch eine politische Frage, eine objektive wie eine subjektive, eine Frage von Alltagshandeln wie von wirtschaftlichen Regulatorien.

Auf der Ebene der Formen des Politischen entspricht dem Entwicklungspfad das »politische Projekt« – ein breites gesellschaftliches Bündnis für einen bestimmten Entwicklungspfad. Das politische Projekt ist eine Koalitionsbildung, die bewusstes wie unbewusstes Zusammenwirken beinhaltet, Elemente ideologischer Übereinstimmung wie das Zusammenspiel unterschiedlich interessengeleiteten Handelns – es ist das Angebot eines möglichen Kompromisses, auf dem ein neues Strukturmodell gegründet sein kann. Die Breite dieser Koalitionsbildung übersteigt Bewegungen, Strömungen, Parteien; sie übersteigt auch Klassen und Eliten, baut verschiedene Fraktionen und Teilgruppen zusammen, usw. Das politische Projekt ist der Gegenstand von gesellschaftlicher Hegemoniebildung.

Das idealtypische Modell eines politischen Projekts ist das neoliberale Projekt, welches das keynesianische Projekt abgelöst hat. Ein politisches Projekt konstituiert sich durch drei Elemente:

Erstens gehört dazu eine gesellschaftliche Problemanalyse, und zwar eine sehr einfache, die sich in zwei Sätzen ausdrücken lässt. Die Problemanalyse benennt, was (angeblich) der Grund der allgemein empfundenen Probleme des aktuellen gesellschaftlichen Strukturmodells ist. (Beispiele siehe Tabelle 5)

Zweitens gehört dazu eine ökonomische Formel, die (vermeintliche) Antwort auf die Probleme, das was grundsätzlich und überall zu tun ist, damit es »wieder funktioniert«. Auch diese ökonomische Formel muss sehr einfach sein und sich in zwei Sätzen ausdrücken lassen.

Drittens gehört dazu ein globales Netzwerk, welches das politische Projekt propagiert, systematisch dafür wirbt, »Einstiegsprojekte« koordiniert, wo es möglich ist, und sowohl die Problemanalyse als auch die ökonomische Formel maximal verbreitet und in alle gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, vor allem aber auch in alle gesellschaftlichen Diskursbildungen, einspeist. Das »world-wide web of neoliberalism« ist auch hier das idealtypische Beispiel, jedoch hatten auch frühere politische Projekte ihre globalen Netzwerke.

These 8: Gesellschaftliche Transformation vollzieht sich über die Wahl von Entwicklungspfaden. Ein Entwicklungspfad, so schlecht er auch bereits funktioniert, bleibt bestimmend, solange er nicht von einem neuen politischen Projekt hegemonial abgelöst wird.

Tabelle 6: Politische Projekte (Entwicklungspfade) im Vergleich

	gesellschaftliche Problemanalyse	ökonomische Formel	globales Netzwerk
neoliberales Projekt	Monetarismus, Wettbewerbsverzerrung durch Sozialstaat und Subventionen behindert Produktivitätsentwicklung	Ökonomisierung aller Gesellschaftsbereiche	societies, akademischer Bereich
keynesianisches Projekt	zyklische Nachfragekrise, Unterkonsumption verunmöglicht Kapitalverwertung	antizyklische Geldmengenpolitik	Politik & Wissenschaft
planwirtschaftliches Projekt	kapitalistisches Profitprinzip bedingt absolut irrationale gesellschaftliche Entscheidungen	Verstaatlichung der Produktionsmittel	kommunistische Parteien / Internationale
»neosozialistisches« Projekt	Fremdverfügung bedingt relativ irrationale gesellschaftliche Entscheidungen	Aneignung durch Produzenten und Betroffene	innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung

Es ist derzeit noch kein politisches Projekt formiert, das die (geschwächte, absterbende) Hegemonie des neoliberalen Projekts ablösen könnte. Dies gilt nicht nur für die Linke; es ist auch noch kein rechtes politisches Projekt erkennbar, das einen Entwicklungspfad nach dem neoliberalen Projekt artikuliert. Die Versuche, ein neues politisches Projekt von links zu formulieren, leiden bislang darunter, dass sie auf zentrale offene Fragen keine Antwort geben (wollen)

– etwa die Frage, wie die Dynamik des Weltmarkts und die destruktive Kraft freier Kapitalmobilität bekämpft oder wodurch sie ersetzt werden sollen. Die Hegemonie-Schwäche des neoliberalen Projekts setzt sich daher bislang nicht in die Schwächung seiner politisch-ökonomischen Vormacht um.

Strategische These 5: Ein linkes alternatives Projekt zum Neoliberalismus kann sich nur entfalten und an Stärke gewinnen, wenn es Elemente kollektiver Aneignung von unten (d.h. Übernahme von Entscheidungsmacht in allen gesellschaftlichen Bereichen) mit massiven Eingriffen in die Verfügungsgewalt von großem Kapital verbindet, insbesondere die Mobilität von Kapital und Produktion stark einschränkt. Beides muss in Formen geschehen, die sich von klassischer Verstaatlichung definitiv unterscheiden.

Teil II: Politische Formationen

Mit »politische Formationen« sollen im Unterschied zu den Formen des Politischen, die sich auf unterschiedliche kollektive Organisationspraxen zur gesellschaftlichen Veränderung beziehen, unterschiedliche Organisationsformen beschrieben werden. Im Vordergrund steht also nicht die spezifische Praxis der Veränderung, sondern die spezifische Struktur bestimmter Organisationen. So bezeichnet »soziale Bewegung« eine Form des Politischen, »NGO« dagegen eine Formation; »Linke« eine Form des Politischen, »Netzwerk« eine Formation; einzig der Begriff der Partei existiert im doppelten Sinne, als Form des Politischen (so etwa verwendet Gramsci den Begriff der Partei, im Sinne einer »historischen Partei« bzw. von organisierter »Parteinahme«) und als politische Formation (in der man Mitglied wird, Beitrag bezahlt, die zu Wahlen antritt und Mandate erringt usw.).

Der Sinn einer Untersuchung und Konzeptionalisierung der politischen Formationen ist es, ein realistisches Bild von ihren jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen, Stärken und immanenten Gefahren zu gewinnen. Auf dieser Basis lässt sich diskutieren, in welcher Weise eine Weiterentwicklung bestimmter Formationen im Hinblick auf die ihnen zugehörigen Formen des Politischen notwendig, wünschenswert, möglich oder beobachtbar ist. In diese Weiterentwicklung zielgerichtet eingreifen zu können, ist ein wichtiges Element linker Politik und unter Umständen eine notwendige Bedingung für Transformation.

Häufig werden Formen des Politischen und politische Formationen verwechselt. Dies ist z.B. der Fall, wenn von Attac oder von den Sozialforen als »sozialer Bewegung« gesprochen wird. In ähnlicher Weise sind die Netzwerke der freien Software-Produktion (eine ökonomische Formation) nicht dassel-

be wie die Bewegung für Informationsfreiheit und gegen Privatisierung von Wissen. Auch kann eine Partei weder eine NGO noch ein Netzwerk sein, auch wenn sie von diesen Formationen u.U. strukturell lernen kann.

Tabelle 7: Die verschiedenen politischen Formationen

	NGO	Koordinationsrat	Partei	Sozialforum	Netzwerk
konstituiert sich als	autonomes Arbeitskollektiv innerhalb sozialer Bewegungen	Entscheidungsgremium sozialer Bewegungen	Schnittstelle zum politischen Repräsentationssystem	Ort alternativer politischer Souveränität	kooperative Interessengemeinschaft mit multilateraler Struktur
ist strukturell bestimmt durch	spezifische inhaltliche oder praktische Aufgabenstellung	korporative Repräsentation	individuelle Mitgliedschaft	gemeinsamer Widerspruch zur Struktur hegemonialer politischer Souveränität	Geschichte des Netzwerks
zielt auf	Etablierung, Einfluss	Entscheidungsfindung	politische Macht	anerkannte Autorität	soziale Ethik
Entscheidungsstruktur	non-profit-Unternehmen (selbstverwaltet oder autoritär)	Konsensentscheidung	Mehrheitsentscheidung mit Minderheitenschutz	gemäßigter Konsens + least resistance	»best practice«, informelle Entscheidung

Im Folgenden sollen drei Aspekte herausgegriffen werden, die derzeit von hoher Bedeutung für gesellschaftliche Transformationsprozesse sind.

1. Sozialforen – Orte neuer politischer Souveränität?

Mit den Sozialforen (Weltsozialforum, Europäisches Sozialforum, andere kontinentale Sozialforen, nationale und lokale Sozialforen) hat sich in den letzten Jahren eine neue politische Formation herausgebildet, die in der kritischen

Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Projekt entstanden ist. Es ist umstritten, was die Sozialforen eigentlich sind. Sie sind keine NGOs, auch kein Koordinierungsrat einer sozialen Bewegung. Sie haben sich auch vom Charakter der »Gegenkongresse« zu pointierten Treffen internationaler Institutionen oder Quasi-Institutionen gelöst, und im Gegensatz zu Kritischen Universitäten bilden sie einen weit stärkeren programmatischen Anspruch aus. Sie verstehen sich zunehmend als Orte einer globalen Gegenöffentlichkeit, einer alternativen globalen Programmatik, ja einer potenziellen kollektiven Gegenführung der Weltgesellschaft. Dies steht allerdings im Widerspruch zum gleichzeitigen Anspruch, ein offener Raum zu sein, der angeblich nicht vorstrukturiert ist und in dem nicht vorgegeben wird, was sich dort entwickelt. Beide Ansprüche – der programmatische und der auf Offenheit – müssen sich den spezifischen Problemen und Eigenheiten von Sozialforen, insbesondere kontinentalen oder Weltsozialforen, stellen und dazu Operationalisierungen erarbeiten, wie der Anspruch unter diesen spezifischen Bedingungen einlösbar sein kann. Zu den spezifischen Eigenheiten von Sozialforen (soweit es sich nicht um lokale Sozialforen handelt) gehören notwendig langfristige Vorbereitungsprozesse, hoher Organisationsaufwand und die Gefahr der sozialen Auslese durch Reisekosten und Zeitaufwand. Beide Ansprüche stehen einerseits gegeneinander, gehören aber andererseits auch zusammen.

Der programmatische Anspruch, der ja gleichzeitig ein Anspruch auf politische Autorität ist, ist stark an den Charakter der »Andersartigkeit« von Sozialforen gebunden, d.h. ihre reale Differenz zu politischen Prozessen im herrschenden Institutionensystem, und zu dieser Differenz gehört wesentlich die Offenheit. Umgekehrt ist der Anspruch auf Offenheit nur einlösbar, wenn die Attraktivität der Sozialforen auf Dauer erhalten bleibt, und die Attraktivität der Sozialforen beruht wesentlich auch auf ihrem programmatischen Anspruch und den dadurch bedingten Diskussionen.

These 9: Die Sozialforen sind eine neue politische Formation, die sich zu Orten einer alternativen Souveränität entwickeln können. Für eine gesellschaftliche Transformation haben sie daher eine hohe Bedeutung, die sie jedoch nur einlösen können, wenn sie von globalen politischen Strömungen informiert und entwickelt werden.

Strategische These 6: Linke Politik sollte die Autorität der Sozialforen stützen und sie dazu fordern, zu zentralen Punkten globaler Entwicklung und globaler Konflikte Positionen und auch Entscheidungen zu fällen.

2. Netzwerke – Globalisierung von unten und Gedächtnisverlust

Netzwerke sind keine neue politische Formation. Das neoliberale Projekt hat sie besonders geschickt gebildet und genutzt, um an den traditionellen Orten von Souveränität, die für das keynesianische Projekt bestimmend waren (z.B. Nationalstaaten und ihre politischen Institutionen) vorbei zu operieren und diese nach und nach durch neue Orte von Souveränität zu ersetzen.

Als pragmatische Form spielen Netzwerke eine bedeutende Rolle im Rahmen einer Globalisierung von unten, da sie geringere Schwellen als andere politische Formationen haben. Netzwerke haben jedoch notorische Demokratie-Defizite und neigen dazu, bestehende Machtverhältnisse auch innerhalb ihrer Mitglieder abzubilden und zu verstärken, da sie in der Regel über keine Mechanismen von Gegenmacht und institutionalisierter Repräsentation verfügen.

These 10: Die Transformation klassischer Organisationsstrukturen in Netzwerkstrukturen bedingt den Verlust wichtiger Teile der kollektiven Erfahrungen und des sozialen Kapitals von historischen Organisationsprozessen. Dazu zählen insbesondere Formen der internen Kompensation gesellschaftlicher Ungleichheit, also institutionalisierte Formen antipatriarchaler und antirassistischer Organisationspolitik.

Strategische These 7: Linke Politik muss auch netzwerk-kritische Politik in Netzwerken sein. Gerade die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit von Netzwerken lässt sie als Instrument der Transformation leicht stumpf werden. Das Demokratie-Defizit von Netzwerken passte gut zum neoliberalen Projekt, steht aber in einer deutlichen Spannung zum Anspruch eines neo-sozialistischen Projekts. Für den Prozess der Parteireform innerhalb linker Parteien kann das Netzwerk kein Leitbild sein.

3. Die Zukunft linker Parteien

Es spricht derzeit nichts dafür, dass linke Parteien wenig wichtig würden, im Gegenteil. Sie stehen jedoch im permanenten Spagat zwischen ihrer Machtpolitik im bestehenden gesellschaftlichen Strukturmodell und ihrer Verortung im Feld der Formen des Politischen und der politischen Formationen, die eine gesellschaftliche Transformation anstreben. Das herrschende politische System privilegiert Parteien vor allen anderen politischen Formationen. Parteien sind die einzige Formation, die Zugang zu institutionalisierter politischer Macht erhalten kann; sie sind auch die Formation, die am massivsten Zugang zu ökonomischen Mitteln erhält. Gleichzeitig wirkt das Parteiensystem der Option der

Spaltung einer Partei strukturell entgegen (5%-Klausel und »branding« machen Abspaltungen nahezu chancenlos).

Linke Parteien müssen dies reflektieren und ihrem Machtvorsprung gegenüber anderen Formationen systematisch entgegenwirken. Sie müssen Macht teilen. Ein Zusammenwirken mit Bewegungen und parteinahem Umfeld ist eine Einbahnstraße, wenn diesen nicht Einfluss auf Entscheidungen verschafft wird, zu denen die Partei aufgrund ihrer Privilegierung Zugang hat. Bewegungen und Umfeld werden linke Parteien nicht stützen, wenn sie keinerlei Garantien dafür erhalten, dass betreffende Partei auch nach der Wahl Rücksicht auf die Positionen der Bewegung nimmt. Auch rechte Parteien geben ihrem Umfeld und den sie stützenden sozialen Kräften nicht bloß Zusagen, sondern etablieren ihnen institutionalisierte Formen der Einbindung in das Vorfeld von Entscheidungen etc.

These 11: Linke Parteien können nur dann erfolgreich mit Bewegungen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften zusammen arbeiten, wenn sie diesen strukturell gesicherten Einfluss auf die politischen Entscheidungen verschaffen, zu denen die Partei im politischen Repräsentationssystem Zugang hat.

Strategische These 8: Entsprechende Formen institutionalisierten Einflusses sind bislang nur unzureichend entwickelt. Linke Parteien müssen hier mit sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Kräften verhandeln und gemeinsam experimentieren. Offene Listen mit festen Schlüsseln, Bewegungsräte, Kandidatenratschläge, Rechenschaft vor Bewegungen und Sozialforen etc. können Instrumente einer effektiven Machtteilung sein, ohne die linke Parteien sich innerhalb des transformatorischen Feldes langfristig isolieren werden.

Vorbedingungen für die Wirksamkeit der Linksparteien in Europa

1. Vorbemerkung

Die Parteien der europäischen radikalen Linken sind heutzutage mit einer Reihe von Widersprüchen konfrontiert. Einerseits kann keines der wichtigsten Ziele, nach denen sie streben (Frieden, Vollbeschäftigung, Verteidigung und Entwicklung des Sozialstaats, Erweiterung der Grundrechte, Umweltschutz), ohne den Aufbau eines Vereinten Europas, sowohl als sozio-ökonomischem Raum wie auch als politischem Subjekt, erreicht und vollendet werden. Andererseits bietet die Art, wie die Europäische Union von den Eliten des »alten Kontinents« gestaltet wird, linker Politik keinerlei Instrumente an und schließt die Parteien der radikalen Linken (oder vielleicht alle Parteien in einer Weise) vom Entscheidungsprozess aus. Um diesen Widerspruch zu untersuchen und Vorbedingungen für radikale linke Aktion zu definieren, zumindest im Allgemeinen, müssen wir den augenblicklichen Zustand der Europäischen Union untersuchen.

Wie jetzt jedem/r offensichtlich ist, kann in der Epoche der Globalisierung keine Einkommensumverteilungspolitik oder Kampf gegen Ungleichheit wirksam innerhalb der nationalen Sphäre geführt werden. Die Bewegungen des internationalen Kapitals machen jeden relativ autonomen wirtschaftlichen Ansatz, der nicht im Kontext »regionaler« Integration oder zumindest im Rahmen eines zwischenstaatlichen Abkommens durchgeführt wird, unmöglich oder prekär. Ein Beispiel, neben der Europäischen Union selbst, ist Südamerikas Versuch, den Mercosur zu starten, wogegen die Vereinigten Staaten nicht zufällig opponiert haben. Dann hatten wir vor kurzem das Beispiel der WTO-Ministerkonferenz in Cancun, wo nur die (augenblickliche) Einheit der am meisten von der neoliberalen Globalisierung betroffenen

Länder, koordiniert mit der Aktion der globalen Bewegungen gegen Neoliberalisierung, den Versuch vollständiger Investitionsliberalisierung, den die Vereinigten Staaten und die EU befürworteten, vereiteln konnten. Aber es ist noch klarer, dass die Grundrichtung der neoliberalen Globalisierung nur umgedreht werden kann (und in Kooperation zwischen Wirtschaftsregionen auf der Basis von Reziprozität und gerechtem Austausch verwandelt werden kann), wenn es möglich ist, ein wirtschaftliches, aber insbesondere politisches Subjekt zu etablieren, das in der Lage ist, die Supermacht USA infrage zu stellen, den wahren Dirigenten und Hauptnutznießer des augenblicklichen Kurses der Weltwirtschaft.

Kurz gesagt: Für die, die linke Politik machen wollen, gibt es kein nationales Schutzgehege. Das klarste Beispiel ist Venezuela (ein Experiment, das mehr Aufmerksamkeit und Solidarität der europäischen Linken verdient): Eine bedeutende Einkommensumverteilung zugunsten des Volkes hat zu starkem sozialen Widerstand und einer Situation ständiger politischer und institutioneller Spannungen geführt. Diese haben zuerst zu Putschversuchen und nun zu allen möglichen Lösungsansätzen geführt, einschließlich der Ermordung des Präsidenten der Republik. Dieselben »Bolivarischen« Venezuelaner, oder zumindest ein großer Teil von ihnen, sind die ersten, die einsehen, dass ihr Experiment nur im Zusammenhang mit ähnlichen Erfahrungen in anderen südamerikanischen Ländern und in Verbindung mit den globalen Bewegungen gegen Neoliberalismus weitergehen kann.

Nun: Die Europäische Union scheint der Hauptkandidat für die Schaffung eines internen Wirtschaftsraums für die Ausbalancierung der globalen Machtbeziehungen zu sein, die einen Rahmen für eine politische Wende weg vom Neoliberalismus schaffen könnte. Bis heute ist das nur eine Hoffnung geblieben, und deshalb weist die Art, in der die nächsten großen Entscheidungen der EU (Verabschiedung einer Europäischen Verfassung und Osterweiterung) vorgezeichnet werden, keine positiven Perspektiven. Tatsache ist, dass die momentanen europäischen Führer weder ein wirtschaftliches Interesse noch die politische Kultur haben, um ein wahrlich neues großes geopolitisches Subjekt zu schaffen. Nur die Klassen, Parteien und Bewegungen, die an wahrer linker Politik interessiert sind, können (und müssen) den Kampf um das schwierige Ziel, ein solches Subjekt aufzubauen, fortsetzen.

2. Enttäuschte Hoffnungen: »wirtschaftliches« Europa

Es ist eine weit verbreitete Meinung, dass der augenblickliche Zustand der Europäischen Wirtschaft auf keinen Fall großartig ist und dass es keine Anzeichen gibt, dass er sich kurz- oder mittelfristig bessern wird. Die Arbeitslosenzahlen – und vor allem die neuesten Investitionszahlen – zeigen alle eine

gefährliche Tendenz zu Stagnation und Abstieg. Schlimmer noch: Sie scheinen eine Neigung zum Überwiegen des Dienstleistungssektors und einen Prozess der Deindustrialisierung anzudeuten, der wiederum einige Möglichkeiten für kurzfristige Profite aufzeigt, aber die Nachhaltigkeit der Union als erstrangiger Wirtschaftsmacht nicht voll garantiert.¹ Die augenblickliche Stagnationsphase könnte auch moderat durch einen teilweisen zukünftigen Anstieg im Wachstum korrigiert werden. Es gibt jedoch wenigstens zwei wichtige strukturelle Faktoren, die einen wirklich breiten und ausgeglichenen Wirtschaftsaufschwung verhindern.

Der erste ist die starke und wachsende Regionalisierung der europäischen Wirtschaft: Das ist zwar in Zeiten des Wachstums ein dynamisierender Faktor, aber die Regionalisierung akzentuiert soziale und wirtschaftliche Ungleichgewichte innerhalb der individuellen Staaten und innerhalb der Union. Darüber hinaus sind solche Ungleichgewichte in Phasen der Stagnation Widerstände gegen einen Aufschwung, da sie die zusammengesetzte Nachfrage gefährlich verringern. In mancher Hinsicht spiegeln die Beziehungen zwischen den einzelnen Regionen die Klassenunterschiede wider. Diese werden dem Spiel des Markts überlassen; die unausgewogenen Beziehungen führen zu einer Reduzierung in den Einkommen der unteren Klassen bis zu dem kritischen Punkt, wo die Abnahme kein Vorteil mehr für das System ist, sondern zu einem Faktor oder einem der Faktoren der Krise wird. Die Anwendung des »perfekten Markt«-Modells auf die Beziehungen zwischen Regionen führt zu einer ähnlichen Situation, für die der Zustand Süditaliens nur eines von mehreren Beispielen darstellt. Es scheint nicht, als wollten oder könnten die europäischen Führer diese Tendenz umkehren, die ein allgemeiner Effekt der Globalisierung ist. Manche denken, es sei auch eine bewusste Entscheidung, die die Vereinigten Staaten treffen, denn indem sie auf eine starke Regionalisierung Europas drängen, schwächen sie es wirtschaftlich und politisch.² Die Kürzung der europäischen Strukturfonds und die Kriterien für ihre Verteilung, die sehr viel mehr an sofortiger Belohnung als an nachhaltiger Entwicklung orientiert sind³, wird die Ungleichgewichte daher verschärfen, und nach der nächsten EU-Erweiterung werden die Probleme sogar noch größer.

Der zweite und wichtigere Faktor, der die Möglichkeiten gleicher Entwicklung beschränkt, beruht auf der allgemeinen Philosophie, die hinter den wirtschaftlichen Aktionen der europäischen Eliten steht. Diese Philosophie, die

1 Gemma Contin: »Europa-Italia, conti a perdere«, in: *Liberazione*, 13. Sept. 03.

2 Pierre Hillard: »Europa balcanizzata?«, in: *Liberazione*, 7. Sept. 03.

3 Gianfranco Viesti und Francesco Prota: »Le prospettive della politica di coesione comunitaria in un' Europa allargata«, in: *Stato e mercato*, Nr. 1, 2003.

direkt die Interessen des Finanzkapitals⁴ widerspiegelt, ist vor allem in den »Maastricht-Kriterien« und dem »Stabilitätspakt« verwirklicht. Diese sind eine wahrhaftige und tatsächliche Beschränkung, die jede Vereinbarung über eine antizyklische öffentliche Interventionen – oder einfach nur Veränderungen, die einige Aspekte der Stagnation abschwächen – unmöglich macht. Es ist kein Zufall, dass viele Länder versuchen, einige dieser Beschränkungen zumindest teilweise durch einige Buchhaltungstricks zu überwinden. Es ist auch kein Zufall, dass zahlreiche Stimmen für eine Zurücknahme und Überarbeitung des Übereinkommens plädieren. Paradoxiertweise sind das jedoch hauptsächlich Stimmen der Rechten, da die Linke – mit der Ausnahme der extremen Linken – die Philosophie der »ausgeglichene öffentlichen Haushalte« und des »Kampfs gegen die Inflation« voll akzeptiert zu haben scheint. Diese Philosophie hat jedoch aus der Sicht der wirtschaftlichen Analyse keinerlei solide Fundierung, aber ihr politisches Ziel ist klar: der Kampf gegen den öffentlichen Sektor als Teil der komplexeren Strategie zur Schwächung der Lohnabhängigen und Zwang zur Überausbeutung. Außerdem ist ihr Umverteilungseffekt zugunsten der herrschenden Klassen auch klar. Tatsächlich nehmen, in einer Zeit, da Inflation gegen Null tendiert, Preise und Einkommen (relativ) ab und die finanziellen Bürden werden nicht verringert. Das ist so, weil die Schulden oft in Zeiten hoher Inflation ausgehandelt worden sind und weil Zentralbanken ihre restriktiven Politiken fortsetzen. Das führt zu einer starken Verlagerung der Einkommen von den Schuldern (den Arbeitern und dem Staat) zu den Kreditoren (den Besitzern von Finanzkapital).⁵ Also haben die Motive, die die europäischen Führer dazu bringen, die restriktiven Maastricht-Kriterien aufrechtzuerhalten, wenig mit einer Entwicklungsperspektive zu tun. Sie haben viel mehr mit den unmittelbaren Interessen der Kapitalisten, sowohl was Industrie- als auch Finanzkapital angeht, zu tun und mit dem Ziel, die Klassenverhältnisse zugunsten der herrschenden Klassen umzudefinieren.

Also gibt es keine Möglichkeit, Einkommensumverteilung zugunsten der unteren Klassen einzuleiten, ohne die augenblicklichen wirtschaftlichen Krite-

4 Es ist wichtig zu betonen, dass ich mit dem Begriff Finanzkapital nicht versuche, eine bestimmte Gruppe von Kapitalisten anzusprechen, die sich von den anderen unterscheidet und zu ihnen im Gegensatz steht (sagen wir die angeblich bösen »bösen Spekulanten« gegen die »guten« und »geschäftigen« Industriellen). Sicherlich gibt es Gruppen, die sich hauptsächlich oder ausschließlich der Profiterzielung durch finanzielle Operationen widmen. Jedoch interessiert die Finanzform des Kapitals das industrielle Kapital selbst. In Perioden starker Marktturbulenzen und fortgesetztem Krieg um industrielle Anschaffungen und wissenschaftliche Forschung gibt es ein Bedürfnis nach großen Massen von flüssigem Geld, das direkt in finanzielles Kapital überwiesen wird. Daher gibt es keine Hoffnung auf ein Bündnis des Industriekapitals gegen das Finanzkapital. Sie sind zwei Seiten derselben Münze, heutzutage sogar noch mehr als zuvor. Andererseits ist es möglich, dass sich zwischen den beiden Formen des Kapitals starke Widersprüche entwickeln.

5 Emiliano Brancaccio: »Le servitù di Maastricht«, in: la rivista del Manifesto, Nr. 30, Juli/August 2002.

rien der Europäischen Union auszusetzen. Außerdem wird die Situation noch schwerer dadurch, dass die Überwindung der Maastricht-Kriterien notwendig aber nicht hinreichend wäre, da eine wahre Erholung der Wirtschaft und also auch der Beschäftigung und außerdem eine Wiederbelebung einer relativ autonomen und ausgeglichenen Entwicklung der europäischen Regionen nötig wäre. Das würde höchstwahrscheinlich Initiativen erfordern, die nicht nur keynesianisch wären. Wenn es notwendig ist, der Deindustrialisierung entgegenzuwirken, ist es nötig, eine solide wirtschaftliche Struktur aufzubauen, kohärent und fähig, von allen Vorzügen der technologischen Revolution zu profitieren; tatsächlich wäre eine aktive Industriepolitik erforderlich. Diese würde auf einem Programm beruhen müssen, das in der Lage wäre, nicht nur was die Menge der für produktive Ziele zur Verfügung stehenden monetären Ressourcen angeht, zu intervenieren (wie in der traditionellen Keynesianischen Formel), sondern auch was die Qualität der öffentlichen Ausgaben angeht, ihre Zusammensetzung und die Art der Investitionen.⁶ Eine einfache Steigerung der öffentlichen Ausgaben, direkt oder indirekt, würde mehr erreichen als das augenblickliche Industrie- und Finanzsystem mit seinen Aktivitäten der reinen Vermittlung und seinen arbeitssparenden Investitionen.

In diesem einen Fall, kurz gesagt, wäre es gut, wirklich von den Vereinigten Staaten zu lernen. In den Vereinigten Staaten, wie zu Recht betont worden ist, beobachten wir nicht nur hohe Haushaltsdefizite (und das ist einer der grundsätzlichen Gründe für die Wirtschaftsentwicklung des Landes), sondern dieses Defizit hat darüber hinaus ein präzises Ziel: Öffentliche Ausgaben werden hauptsächlich für Interventionen in integrierten und wegen ihrer wirtschaftlichen und technologischen Synergien ausgewählten Sektoren genutzt, d.h. dem berühmten militärisch-industriellen Komplex. Natürlich sollen die Parteien der europäischen radikalen Linken nicht vorschlagen, die amerikanische Kriegsmaschine nachzuahmen, sondern eine öffentliche Intervention, die bewusst und planmäßig auf andere Sektoren abzielt, die integriert sind, oder integriert werden können, wie z.B. die ökologische Produktion, die mit der Entwicklung der technisch-wissenschaftlichen Bildung vereinbart werden muss.

Aber die Idee einer planmäßigen wirtschaftlichen Intervention, einer aktiven Industriepolitik liegt sehr weit von dem, was die europäischen Regierungen, ihr politisches, wissenschaftliches und Managementpersonal wollen. Und leider liegt sie auch sehr weit von den Ideen der ganzen oder fast der ganzen Linken, die entweder den Neoliberalismus akzeptiert oder sich darauf beschränkt, neokeynesianische Rezepte als Slogans vorzuschlagen.

6 Ricardo Bellofiori: »Con e oltre Keynes«, ibidem.

Angesichts dieser Bedingungen wird es tatsächlich ein sehr weiter Weg, bis Europa sich wirklich zu einem alternativen Wirtschaftssubjekt zu den Vereinigten Staaten und einem Schauplatz innovativer wirtschaftlicher Politiken entwickelt.

3. *Enttäuschte Hoffnungen: »institutionelles« Europa*

Eine zusammenfassende Analyse der augenblicklichen institutionellen Balance in Europa im Zusammenhang mit dem durch das von Giscard d'Estaing präsidierte Konvent erarbeiteten Verfassungsprojekt⁷ kann die eben von uns gemachte Beurteilung nur bestätigen und bestärken.

Es muss sofort gesagt werden, dass der Verfassungsentwurf (der nach Meinung vieler nur »Vertrag« genannt werden sollte, um die weiter bestehende Souveränität der Staaten zu unterstreichen) die Tendenz befürwortet und verstärkt, die Europäische Union nicht als Föderation, sondern als institutionelle Realität zu behandeln, die nur die zwischenstaatlichen Organe als Objekte und Protagonisten sieht. Das schwächt die Möglichkeit, sich als starkes vereinigtes Subjekt zu präsentieren, insbesondere im Hinblick auf die Außenpolitik.⁸ Ein Beweis dafür, unter anderem, ist der Ansatz, der zum »Giscard-Projekt« führte. Das Konvent, das es zum Leben brachte, wurde vom Europäischen Rat (dem zentralen Organ der Union, bestehend aus den Repräsentanten der verschiedenen nationalen Regierungen) in seiner Laeken-Sitzung (Dezember 2001) eingesetzt. Darüber hinaus, und das ist sehr wichtig vom verfassungstheoretischen Gesichtspunkt her, wird die Revision der Verfassung wiederum vom Europäischen Rat durchgeführt. D.h., in keinem der entscheidenden Momente im Prozess der Genese der Europäischen Verfassung ist die Intervention des demos (Volkes) geplant. Vor allem ist auch keine verfassungsgebende Verfassung geplant, die direkt von den europäischen Bürgern gewählt wäre: Daher würde selbst ein mögliches Referendum, als letztgültige Form der Billigung der Verfassung, im Augenblick nur als plebiszitäres Instrument und nicht als echt demokratisch erscheinen.

Das Demokratiedefizit, das so viele beobachten (und nicht nur aus sozialen Bewegungen und einigen linken Parteien) und der Europäischen Union in die Schuhe schieben, verurteilt das konstitutionelle Projekt in seinen prozeduralen Grundlagen von Anfang an. Das Defizit setzt sich mit der Bestätigung der völligen Unterwerfung des Europa-Parlaments unter die Exekutive fort: Das

7 Das im Dezember 2003 von der Regierungskonferenz vorläufig abgelehnt wurde und dann im Juni 2004 mit einigen geringfügigen Veränderungen wieder angenommen., Anmerkung der Übersetzerin, C.K.

8 Hartmut Marhold: »Grandeur et faiblesses de la Convention européenne: un bilan provisoire«, in: L'Europe en formation, Nr. 3-4, 2002.

Verfassungsprojekt sieht vor, dass der Ministerrat das grundsätzliche legislative Organ sein sollte (vgl. Artikel I, 23). Dieser Rat ist vor dem Parlament, das nur eine Mitentscheidungsfunktion im legislativen Prozess und keine wirklich eigenständige Macht hat, nicht verantwortlich.

Das Demokratiedefizit ist daher auf zwei Weisen bestätigt. Einerseits ist da das oberste Organ, der Rat der Regierungen. Er ist der Ausdruck für Regierungen, die einzig und allein die Mehrheit der Wähler in jedem einzelnen Land repräsentieren (und nicht die gesamte Wählerschaft, wie im Fall des Parlaments). Die Mitglieder werden mit einem Mandat für die innere Politik ihrer Länder und nicht für europäische Politik gewählt. Andererseits ist diese oberste Körperschaft gleichzeitig eine exekutive und eine legislative, ohne Gegengewichte und Kontrolle (die vom liberalen Konstitutionalismus geschätzten checks and balances); ein Umstand, der dem grundsätzlichen Prinzip der Gewaltenteilung entgegenwirkt.⁹

Wenn man sich dann die Grundwerte ansieht, die dem Verfassungsprojekt zugrunde liegen, wird der Unterschied zu Verfassungen, die aus dem Zweiten Weltkrieg herrühren, von vornherein deutlich. Friede und Arbeit, die Werte, die von den europäischen Konstitutionalisten in Reaktion auf die Schlächtereie von 1939-1945 und als Ausdruck eines dynamischen Kompromisses zwischen verschiedenen sozialen Klassen als grundlegend angesehen wurden, werden einer starken Veränderung unterworfen, die diese beiden Prinzipien an die augenblicklichen, auf ständigem Kriegsführen und prekäreren Arbeitsverhältnissen beruhende Phase des Kapitalismus anpasst. Frieden wird nicht länger als grundlegender Wert betrachtet, sondern nur als ein mögliches Ziel der Union (I, 2) und dem Opportunismus und den politischen Entscheidungen der Entscheidungsträger unterworfen. Frieden ist nicht länger ein Hindernis, das die Entscheidungen der Entscheidungsträger beschränkt, sondern nur ein Auspizium, das mit keiner bewussten Bedeutung ausgestattet wird (und das ist umso schlimmer, da so etwas wie ein wirklicher europäischer öffentlicher Raum zum ersten Mal gerade während der Friedensbewegungen 2003 aufgekommen ist – also widerspricht die Verfassung dem einzigen großen gemeinsamen Aufstand der europäischen Bürgerinnen und Bürger). Ebenso wird das Recht auf Arbeit, ein zentraler Punkt in den Jahren bis ungefähr 1980, im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung in das Recht zu arbeiten verkehrt; es ist daher kein universelles Recht mehr, sondern eine bloße Fähigkeit der Individuen. Deshalb gibt es auch nicht länger eine Politik der Vollbeschäftigung, sondern ein einfaches Streben nach einem »hohen« Beschäftigungs-

9 Laurent Pech: « La solution au déficit démocratique : une nouvelle gouvernance pour l'Union européenne ? », in: Journal of European Integration – Revue d'intégration européenne, Nr. 2, June 2003.

niveau, und die Union befasst sich nur damit, den Verkauf der Arbeitskraft auf der Grundlage der Bildung zu fördern und die Beschränkungen, die der Beschäftigung eines Einzelindividuums entgegenstehen (Hürden, die, wie wir heutzutage wissen, fast immer mit der exzessiven Unnachgiebigkeit der Löhne und Normen zu tun haben), abzubauen. »Infolgedessen wird – wie angemerkt wurde – das Recht auf Arbeit sein Druckgebiet auf den Arbeitsmarkt verlagern, und die Abschwächung der Sicherheit wird mit der Umverteilung der Haushaltsbürden zugunsten der mittleren und oberen Klassen einhergehen.«¹⁰

Jedoch ist die Behandlung des Rechts auf Arbeit noch einem Aspekt viel größerer Bedeutung unterworfen. In einer Verfassung, die im Gegensatz zu den grundsätzlichen Ideen des modernen Konstitutionalismus, der Handlungsmöglichkeit der Regierungen praktisch keine Grenzen setzt und allen Forderungen aufgrund von Einschätzungen politischer Möglichkeit praktisch offen gegenübersteht, ist die einzige, wirklich auf klare Weise definierte Beschränkung die des neoliberalen Monetarismus. Die oben erwähnte Philosophie, die die Maastricht-Kriterien und den Stabilitätspakt inspirierte, verwandelt sich praktisch in eine konstitutionelle Norm. Die Artikel 66, 67, 68, 73 und 74 des Teils III des Verfassungsprojektes nehmen Preisstabilität, Marktwirtschaft, freien Wettbewerb, Haushaltsbeschränkungen und den Kampf gegen Inflation als Prinzipien der Union an. Die Reaktivierung selbst eines moderaten Keynesianismus wird innerhalb der Union juristisch unmöglich. Unter diesen Umständen können wir nur hoffen, dass die Autonomie der Politik im Verhältnis zu den Verfassungsprinzipien, im »Giscard-Projekt« vage vorgestellt, einen Staat oder eine Gruppe von Staaten anregt, diese Beschränkungen liberal auszulegen und die Verfassungsnorm zu umgehen. Aber Schlimmeres wird noch kommen: Selbst der Abbau öffentlicher Dienstleistungen wird zum konstitutionellen Gebot; einem rigorosen Subsidiaritätsprinzip folgend, müssen alle grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen nun hauptsächlich durch den Markt erbracht werden. Der »öffentlichen Hand« verbleiben nur die Dienstleistungen für die ärmsten Bürger, im Einklang mit dem Konzept der Restwohlfahrt, das die Versorgung durch den Sozialstaat vollständig vom ursprünglichen Konzept der Garantie der Grundrechte aller Bürger loslöst.

Man könnte viel mehr sagen, zum Beispiel was die minimalen Normen angeht, die Arbeiterrechte durch Gewerkschaftsvertretung, Kündigung, soziale Sicherung und Schutz, Migration festlegen. Es ist geplant, dass der Ministerrat Entscheidungen über diese Normen einstimmig fassen soll. Also wäre es genug, dass ein überzeugter Liberaler (und es mag ihrer auf der Linken mehr geben als

10 Mario Agostinelli: »Principi di carta, leggi bronzee«, in: la rivista del Manifesto, Nr. 42, Sept. 2003.

auf der Rechten) eine Norm ablehnt, die hauptsächlich die Arbeiter beschützt, damit diese Norm durchfällt.

Kurz gesagt, die institutionelle Form der Europäischen Union scheint absichtlich gemacht, um selbst die überzeugtesten Befürworter eines föderalen Europas zu desillusionieren, seien sie auch die aufmerksamsten Kritiker der antidemokratischen Entwicklung der westlichen Staaten oder solche, die Europa als möglichen Damm gegen neoliberale Politik sehen, wenn nicht gar als Ausgangsbasis für eine Umkehr der fundamentalen Tendenzen der Globalisierung. Die Hoffnung derer, die, wie einige Strömungen der Anti-globalisierungsbewegung, Europa als »Staat, der keiner ist« sehen, ist auch unbegründet, da Europa keine eigene Struktur hat, die wirklich autonom von der anderer Nationen wäre, keine eigene Staatsbürgerschaft, die die anderen aufheben und ersetzen würde, keine Außenpolitik, die nicht vom Kompromiss zwischen den individuellen Regierungen geprägt wäre und keinen Platz, um die Aktivitäten der sozialen Bewegungen aufzunehmen. In Wirklichkeit kann man mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass dieser Staat sui generis keine positiven Charakteristika des Staates (Legitimation durch das Volk, Gewaltenteilung, Umverteilungsfunktion, universelle Rechte) enthält. Jedoch enthält er alle negativen Aspekte, die der Staat in sich aufgenommen und im Zeitalter des Neoliberalismus verschlimmert hat: Unabhängigkeit der Exekutive und der Bürokratien, Umverteilungsfunktion zugunsten der herrschenden Klassen und nicht der Volksklassen und Schließung der Grenzen für Migrantinnen und Migranten. Also scheint es schwierig, Ziele der Bewegungen, Frieden, Kampf gegen unsichere Beschäftigungsverhältnisse und den Empfang von Migrantinnen und Migranten, in dieses institutionelle Äquilibrium einzuschieben, und sei es auch nur auf prekäre Weise.

4. Enttäuschte Hoffnungen: »politisches« Europa

Die Grenzen der europäischen Verfassungsarchitektur spiegelt die Beschränkungen Europas als politisches Subjekt wider, d.h. als einer Einheit, die fähig ist – zumindest durch die notwendigen vermittelnden Medien – mit einer Stimme und als wirksames Subjekt sowohl innerhalb als auch außerhalb seiner Grenzen zu sprechen. Tatsächlich scheint die Wirksamkeit der Handlungen der EU innerhalb ihrer Grenzen bedeutend. Die Schaffung einer einheitlichen Währung und die den Wirtschaftspolitiken der einzelnen Länder auferlegte Disziplin, die Verteilung der Agrarsubventionen, die Verteilung der Strukturfonds und eine Form der Politikkoordinierung sind alles Resultate von bemerkenswerter Wichtigkeit. Jedoch werden diese Resultate intern nicht für ausreichend genug erachtet, um eine wirklich konvergente, auf gemeinsamen identifizierbaren Werten basierende Einheit zu schaffen. Wirtschaftliche Effizienz, Wettbewerbsleistung,

»Sicherheit« gegen Einwanderung: Diese können nur auf der Basis einer gänzlich den Wirtschaftskräften unterworfenen Sozialwissenschaft als Werte betrachtet werden. Und alle diese Faktoren erscheinen sogar noch weniger einigend, wenn, wie es heute geschieht, eine Krise ausbricht. Unter diesen Bedingungen steht nicht nur die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union zur Debatte, sondern die Existenz der Union als Ganzer, wenn man in Erwägung zieht, dass die Union bis jetzt nur durch Kriterien des öffentlichen Interesses legitimiert war. Also wird ihre Existenz von innen heraus bedroht sein, und dies genau in einem Moment, da eine Union, die nicht auf monetären Prinzipien beruhte, nun all ihre wahre Sorge um das Allgemeinwohl zeigen und sich für die tatsächlichen Bürgerinnen und Bürger legitimieren könnte. Unter den gegenwärtigen Bedingungen riskiert das liberale Europa, die realen Grundlagen seiner Existenz zu untergraben. Der starke Anstieg der Rechten auf dem alten Kontinent, die Tendenz, der Krise mit Nationalismus statt durch die Lancierung eines wirklich supranationalen Subjekts zu begegnen, sind nur einige der Symptome dieser schwierigen Situation.

Jedoch ist es hauptsächlich aufgrund der Außenpolitik, dass Europa wirklich große Schwierigkeiten hat, sich als unabhängiger und bedeutender Akteur zu erweisen.

Man kann sagen, dass bis zum zweiten Irak-Krieg die europäische Politik nicht vollständig von den Hauptlinien der US-Politik abwich, und so eine Unfähigkeit zeigte, alle Konsequenzen der Richtung der US-Strategie zu verstehen. Eine Strategie, die gefahren wurde, um gestern Serbien, heute Irak, morgen Iran anzugreifen, und immer mit dem Ziel, geopolitische Bedingungen zu schaffen, die entweder Europa, Russland oder China daran hindern, eine geopolitische Macht zu einem Grad zu werden, der die US-Macht wirklich bedrohen könnte. Eine Strategie, die im Übrigen nie verborgen wird, und durch alle vom nordamerikanischen Establishment vorgebrachten Absichtserklärungen leicht dokumentiert werden kann.¹¹ Es ist natürlich unmöglich, dass die europäischen Führer sich über diese Strategie nicht im Klaren sind. Mit der Ausnahme europäischer Regierungen, die Kandidaten für eine permanente Vasallenrolle bei den Vereinigten Staaten sind (wie die Blair und die Berlusconi-Regierungen), ist es klar, dass die anderen sich entschlossen haben, die Linie des Weißen Hauses im Namen unmittelbarer wirtschaftlicher und politischer Interessen, auf Kosten langfristiger Interessen zu unterstützen. Der erste Krieg gegen den Irak könnte das Ziel gehabt haben, einen Einfluss auf die Ölvorkommen zu gewinnen. Der Krieg gegen Serbien

11 Federico Bordonaro: »Gli artigli dell' aquila. Gli Stati Uniti e il resto del mondo in un' epoca di crisi«, publiziert durch die Zeitschrift *Koinè*, Herbst 2003.

war offensichtlich durch den Anspruch motiviert (über den »humanitären« Vorwand hinaus, der nur die beruhigen konnte, die sich täuschen lassen wollten), das ehemalige Jugoslawien endgültig auseinander zu reißen, um das DM-Gebiet auszudehnen und den deutschen Einfluss im Osten zu stärken. Allgemein gesagt, verhindert die Verbindung der verschiedenen Kapitalfraktionen auf beiden Seiten des Atlantiks und die beiderseitigen Interessen an wirtschaftlicher Entwicklung beider Pole der Beziehung (US und Europäische Union) das Eingeständnis – bis zu einem gewissen Grade – der potentiellen und realen Konflikte zwischen den beiden sozioökonomischen Systemen, die immer noch unterscheidbar und wettbewerbsfähig bleiben. Dieser »Punkt« war während des zweiten Irak-Kriegs für eine Zeitlang überschritten. In diesem Fall war es klar, dass die Entscheidung der US (und das Bestehen auf dem Ignorieren der UNO-Position) bedeutete, dass die USA frei sein wollten, Kriegsentscheidung in der Gegenwart und zukünftig treffen und in beliebigen geopolitischen Konstellation mit im Wesentlichen nur US-Interessen im Kopf intervenieren zu können.

Der Krieg im Irak provozierte insbesondere Opposition von Frankreich, Deutschland und Russland wegen der Situation der langfristigen Besatzung, die er bedeutete, der stabilen Kontrolle über das Öl des Landes, die er den US sicherte, der Tatsache, dass er einen Keil in Russlands Flanke trieb und einen Außenposten für einen möglichen Krieg um den Iran darstellt. Jedoch hat diese Opposition, das erste Zeichen des Bruchs in dem aus dem Zweiten Weltkrieg entstandenen und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sich entwickelnden Bündnissystem, bis jetzt nur dazu gedient, ein Problem zu verdeutlichen, ohne die Instrumente zu liefern, es zu lösen. Russland hat die Achse Paris-Berlin schnell verlassen, und die beiden europäischen Hauptstädte fanden sich schnell im Wesentlichen isoliert im Verhältnis zu den anderen Hauptstädten der Union wieder, die alle zu Washington standen – manche mehr, manche weniger. Daher war das erste Zeichen europäischer Autonomie auch das Zeichen eines möglichen Bruchs der Europäischen Union: Wieder einmal wurde eine politische Entscheidung großer Wichtigkeit nicht von der Union getroffen, sondern von einzelnen Staaten, obwohl es Staaten mit viel Macht in der Union waren. Das Weiße Haus nutzt diese Isolation heute immer noch. Es wachsen die Teile des Establishments in den Vereinigten Staaten, die nicht mehr denken, dass die politische Einheit Europas für die US nützlich ist. Sie würden es vorziehen, dass der alte Kontinent bliebe, wie er ist, eine große Zone, so offen wie möglich für den Freihandel. Sicherlich wird eine solche Konzeption im Augenblick so klar nur von dem ultrakonservativen Flügel in den US ausgesprochen, aber wir wissen, wie wichtig dieser Flügel in der Bush-Administration ist. In der Zwischenzeit ist der folgende Taxifahrerwitz ein Symptom des Humors recht vieler Amerikaner: After Iraq, Chirac.

Dieser Widerspruch ist natürlich nicht geheilt worden und wird wieder aufbrechen. Selbstverständlich ist es nicht leicht, die kurz- oder mittelfristige Herausbildung eines gemeinsamen europäischen Vorgehens im Gegensatz zu den US einzuschätzen, und das hat mindestens zwei Gründe. Zunächst einmal ist die französisch-deutsche Achse nicht ganz stabil und sicher, wegen der weiter bestehenden Konflikte über die Agrarpolitik der Union, über das Ausmaß und die Verwendung der Strukturfonds, über die Strenge der Haushaltskriterien (wichtiger für Deutschland als für Frankreich) und über die Stimmengewichtung im Rat.¹² Zweitens, und das ist noch wichtiger, die nächste (2004) Erweiterung um Estland, Litauen, Lettland, Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Zypern und Malta ist dazu angetan, die Divergenzen in Europa in außenpolitischen Fragen unter Umständen noch zu erschweren. Diese Staaten, vor allem Polen, die früher Satelliten des Sowjetimperiums waren, zeigen eine ausgeprägte Tendenz, sich mit den US zu verbinden, was einige Kommentatoren fragen ließ: »Erweitern wir Europa oder die US?«¹³ Die Motive dieser Bündnisse sind offensichtlich: Einerseits versuchen die ehemaligen Warschauer Pakt-Mitglieder, indem sie die US wählen, der geopolitischen Erpressung zu entrinnen, die sie immer von den Schwankungen in den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland abhängig machte, andererseits versuchen diese Länder sich, weil es notwendig ist, eine militärische Abwehr gegen unvorhersehbare Ereignisse in Russland zu finden, mit denen zu verbünden, die eine solche Verteidigung garantieren können. Das führt auch zum NATO-Beitritt und die darauf folgende starke Gewichtung der Atlantischen Allianz zugunsten der US.¹⁴

Nun zeigt das Ereignis der EU-Erweiterung nach Osten, das sehr von Deutschland vorangetrieben wurde, dass das unmittelbare wirtschaftliche Ziel (Erweiterung des europäischen Binnenmarkts und der Einflussosphäre der deutschen Industrie) für wichtiger erachtet wurde als ihre möglichen politischen Konsequenzen. Darum wird die Existenz Europas als selbständiges politisches Subjekt offenbar nur so lange als ein wertvolles Ziel erachtet, wie es den wirtschaftlichen Interessen der betroffenen Länder direkt zugute kommt. Wiederum scheint der Aufbau Europas mehr von wirtschaftlichen als von politischen Absichten getragen worden zu sein. Die Erweiterung der Union macht unabhängige Außenpolitik sogar noch schwieriger, wie auch die Hinzufügung einiger Staaten zur Europäischen Union, die wenig Neigung haben, ihre eigene Hoheit an supranationale Körperschaften abzugeben, wegen frü-

12 Robin Hagelberg: «L'Allemagne, la France et le processus d'élargissement de l'Union Européenne», in: *L'Europe en formation*, Nr. 3-4, 2002.

13 »Figli di un dio maggiore?«, Leitartikel in: *Limes. Rivista italiana di Geopolitica*, Nr. 3, 2003.

14 Thomas Fromm: »La Germania non trova più i suoi satelliti«, *ibidem*.

herer Erfahrungen mit der ehemaligen Dominierung durch die UdSSR. Dieses erhöht die Distanz zum Projekt eines Europas, das fähig wäre, ein Akteur in der Weltpolitik zu sein.

5. Die moderate Linke: Gründe zur Umgestaltung

Die Parteien der moderaten Linken haben den Kurs der Politik in der Union fast immer ohne Zögern angenommen, und darum sind sie im großen Maße verantwortlich dafür, sowohl auf nationalem wie auf internationalem Niveau.

Zum Beispiel zeigten sie überhaupt keinen Widerstand gegen die US-Strategie während des Kriegs gegen Serbien, unterstützten die militärischen Operationen direkt und trugen zur Schaffung des Mythos der »humanitären Intervention« bei. In manchen Fällen, zum Beispiel in Italien, agierten sie im direkten Widerspruch zum Verfassungsrecht, das Regierungen dazu zwingt, Krieg abzulehnen, indem sie das Hindernis mit einem Trick umgingen, nämlich die Intervention im Kosovo nicht als »Krieg«, sondern als »internationale Polizeioperation« zu definieren. Sogar eine solche hat jedoch kein reales juristisches Äquivalent im Völkerrecht.

Die Opposition gegen den zweiten Irak-Krieg durch einen großen Teil der moderaten Linken sollte sicherlich als wichtiges Phänomen gewertet werden, dass eine neue Phase der europäischen Politik eröffnen könnte, wenn es sich angesichts anderer US militärischer Abenteuer wiederholte. Jedoch ist es legitim zu fragen, ob und inwieweit diese Opposition auf einer strategischen Entscheidung und einem genauen Verständnis der US-Strategie beruht, oder ob es nicht eher aus der Tatsache resultiert, dass die Mehrheit der Parteien der moderaten Linken zu Beginn des Krieges keine Regierungsrolle spielen mussten. Deshalb konnten sie die von der öffentlichen Meinung ausgedrückten pazifistischen Gefühle in solch starker und detaillierter Weise annehmen. Die nächste Frage ist, ob der Widerstand gegen Krieg nicht in erster Linie Opposition gegen US-Alleingänge ist und ob ein zukünftiger, auf multilateraler Basis beschlossener Krieg nicht wieder eine Konvergenz zwischen europäischer Linker und Weißem Haus verzeichnen könnte.

Dennoch ist die Identifizierung der moderaten europäischen Linken mit dem augenblicklichen Kurs der politischen Union nicht nur angesichts des Krieges aufgekommen, es ist auch mit Hinsicht auf soziale und institutionelle Entscheidungen ausgesprochen deutlich. In den meisten Fällen wird die neoliberale Doktrin mit Überzeugung angenommen: Der Italiener Massimo d'Alema – führender Exponent der Democratici di Sinistra (Linken Demokraten) – unterzeichnete gemeinsam mit Tony Blair ein Manifest, das die Politik der workfare als wünschenswert beschrieb. Diese in der angelsächsischen konservativen politischen Kultur verwurzelte Politik beruht nicht mehr auf

staatlichen Leistungen und der Anerkennung universeller Arbeiterrechte, sondern auf einer Reduzierung der garantierten Ansprüche und »indirekten Gehälter« (Renten, Subventionen etc.), bis die größtmögliche Zahl von Individuen »zur Arbeit geführt« worden ist. Unter den augenblicklichen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt bedeutet das, dass die Arbeiter jede Sorte von den Kapitalisten beschlossenen Arbeitsbedingungen annehmen müssen. Selbst die Verfassungsarchitektur wird von der moderaten Linken nicht wirklich diskutiert oder kritisiert. Der augenblickliche Verfassungsentwurf wird manchmal als »unzureichend« kritisiert; jedoch findet keine Kritik des undemokratischen Charakters des Definitionsprozesses der Verfassung und der Struktur der Beziehungen zwischen Parlament und Exekutive statt. Deshalb ist die moderate Linke vollständig in die Prozesse der Schwächung des Parlaments zum Vorteil der Regierungen integriert.

Eine solche Situation kann nicht von einer Fehleinschätzung, einer Fehlinterpretation der Ereignisse resultieren. Wir haben es nicht mit einer Linken zu tun, die nicht versteht, dass der augenblickliche Kurs der Europäischen Union traditionellen Werten der Linken selbst widerspricht. Stattdessen konfrontieren wir eine Linke, die vollkommen gut versteht, in welche Richtung Europa geht, aber nicht mehr an die traditionellen Werte der Linken glaubt. Und das ist nicht das Resultat eines Verrats durch diese oder jene führende Gruppe: es ist vielmehr ein Resultat der materiellen Prozesse der Bildung und Auswahl der führenden Gruppen.

Der Ursprung dieser Prozesse muss in der Veränderung der Parteien mit Unterstützung der Massen gesucht werden, die in den Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg begann und sich nach den 1980ern beschleunigte. Es gibt mindestens zwei Arten von Massenparteien: die Massenintegrationspartei und die Massenwahlpartei.

Die erste hat die Hauptaufgabe, zur Herausbildung der Kultur der unteren Klassen beizutragen, und innerhalb dieser Klassen, führende Gruppen als Alternative zu den dominierenden Gruppen auszuwählen. Die zweite hat die Funktion einer Wahlmaschine, die die Wahl einer Führungsgruppe unterstützt, deren Zusammenstellung nicht oder nicht notwendigerweise innerhalb der Partei vor sich geht. Neuerdings, seit der Veränderung der Wahlkämpfe (personalisierter und immer häufiger im Fernsehen ausgetragen) ist die Massenwahlpartei schwerer zu nutzen und unnütz geworden. Die Anstrengungen Tausender von Parteimitgliedern sind weniger wert (oder so denken deren Führer) als die Arbeit einer einzigen Werbeagentur. Die Massenwahlpartei wird durch die »leichte« Partei ersetzt. Die Wahlkampffonds werden hauptsächlich in Wahltechnologien und nicht in die Mitglieder investiert. Das ist auch eine arbeitssparende Intervention, die mit einer Abnahme in der politischen Partizipation und einer betonten sozialen Distanz zwischen den

Kandidatinnen und Kandidaten und den Mitgliedern zu tun hat. Heutzutage werden die Kandidaten der Partei selbst hauptsächlich nach ihrem Anklang bei den Wählerinnen und Wählern ausgewählt und nicht nach ideologischer Loyalität, Klassenursprung oder Verbindung zu Erfahrungen sozialer Mobilisierung. In einer großen Zahl der Fälle kommen die Kandidaten noch nicht einmal mehr aus der Partei; sie werden aus den Rängen der öffentlichen Verwaltung, Technokraten und vor allem Entrepreneurs und Managern ausgesucht. Sehr oft sind sie Entrepreneurs und Manager von Berateragenturen, Dienstleistungsfirmen und den Arbeitsmarktagenturen, die ein maßgebliches Interesse an Deregulierung und prekärer Arbeit haben. Daher wird das linke Personal ausgewählt, ohne seinen Beziehungen zur Basis im Volk irgendwelche Aufmerksamkeit zu schenken, und selbst wenn sie nicht direkt von kapitalistischen Entrepreneurs gestaltet wird, so besteht die Linke dennoch aus Individuen, deren Hauptmission es ist, die Wahl zu gewinnen: eine Mission, die eine politische Kultur fördert, die nur dazu befähigt, sich an soziale Prozesse anzupassen und nicht zu intervenieren, um sie umzugestalten.

Dies sind die Gründe, warum die moderate Linke völlig in den Aufbau des neoliberalen Europas integriert ist – und warum sie direkt, ökonomisch an dieser Form der Globalisierung interessiert ist und warum sie durch ihre eigenen Wahlambitionen gezwungen ist, immer die dominante Ideologie anzunehmen.

In der Mehrzahl der Fälle ist der Identitätsverlust in der europäischen moderaten Linken daher nicht einem falschen Realitätssinn oder einem vorübergehenden Gedächtnisverlust zuzuschreiben. Er ist kein rein ideelles Phänomen, sondern ein soziales Phänomen, und es ist daher viel schwieriger zu überwinden.

All dies ist schlecht für die Politik der radikalen linken Parteien und die Bewegungen gegen den Neoliberalismus, es macht ihre Politik schwieriger. Einerseits ist es tatsächlich manchmal unmöglich, Bündnisse mit der moderaten Linken zu vermeiden, wenn man einer rechten Regierung widerstehen oder sie ersetzen will. Es ist auch unmöglich, weil ein großer Teil der Wählerschaft der Linken die Transformation dieser Linken in eine liberale Richtung entweder noch nicht verstanden hat, oder weil Wahlmechanismen in den verschiedenen Ländern häufig Bündnisse erfordern. Andererseits ist »die Einheit der ganzen Linken gegen die Rechte« mittel- und langfristig keine wirksame Lösung, da linke Regierungen oft den Weg für den Erfolg rechter Regierungen bereitet haben.

Tatsächlich hat die Umkehr des europäischen politischen Zyklus alle Sorten von Mitte-Rechts-Regierungen auf Mitte-Links oder linke Regierungen tout court folgen sehen. Zu einem großen Teil ist das ein Resultat der neoliberalen Politik der Linken die, durch die Untergrabung oder den Abbau des Sozialstaats

und der öffentlichen Intervention in die Wirtschaft, die materielle Basis der Anhänger aus den unteren Klassen von der Demokratie trennte.¹⁵ Dies förderte den Abbau einer Demokratie mit starkem sozialen Inhalt (wie sie in den Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa existierte) zu einer Demokratie liberalen Typs, in der die Volksmassen immer weniger wählen oder den »politischen Entrepreneurs« folgen, die besser in der Lage sind, auf symbolische Weise auf die Ängste und Unsicherheiten, die durch den Zusammenbruch der sozialen Sicherungssysteme verursacht werden, zu antworten, d.h. die Rechte.

6. Chancen und Probleme der Parteien der radikalen Linken und der Bewegungen

Es mag scheinen, dass die Parteien der radikalen Linken heutzutage große politische Chancen haben.

- Die zerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung überall auf der Welt und die Rezession, die in den Wirtschaften der wichtigsten Länder eingetreten ist, macht die Suche nach einem alternativen Weg zum Sozialismus legitim. Gleichzeitig setzt die endgültige Niederlage des Staatssozialismus intellektuelle und politische Energien frei und schafft Zustimmung für die letztendliche Verwirklichung eines unbürokratischen und nicht-autoritären Sozialismus.

- Die politischen Ansätze der moderaten und ihre progressive Identifizierung mit neoliberaler Ideologie haben der radikalen Linken zum ersten Mal erlaubt, effizient um die Hegemonie über das Wählerreservoir der radikalen Linken zu werben.

- Die große Saison der politische Mobilisierung der Gesellschaft (von Seattle nach Porto Alegre, von Porto Alegre nach Genua usw.) hat neue Gesprächspartner aufgetan, die Elemente eines Netzwerks für soziale Aktion sein könnten, in dem sich die Parteien der radikalen Linken frei bewegen und ihren Einfluss über die beschränkten Sphären, die sie bis jetzt erreicht haben, hinaus ausdehnen könnten.

Jedoch bleiben diese Potentiale bis jetzt nur abstrakt, und es gibt zahlreiche Gegenteilstendenzen, die ihre Verwirklichung verhindern.

- In der öffentlichen Meinung besteht ein großes Misstrauen gegen alles, was in der einen oder anderen Weise nach Kommunismus aussieht, so dass der Konsens, den die radikalen linken Parteien für eine spezifische Kampagne erreichen, selbst wenn er stark ist, sich nicht in einen stabilen Wahlkonsens umsetzt.

15 Luigi Vinci: I bivi dell' Europa, Intervention beim Seminar der Associazione Culturale Punto Rosso zur Europäischen Verfassung, Milano, 27. Sept. 03.

- Mit dem Verschwinden oder der Umgestaltung der großen Arbeiterparteien – und also auch der sozialdemokratischen Parteien – haben die Individuen die Fähigkeit verloren, ihre eigene Klassenangehörigkeit mit einer Ideologie oder realer präziser Politik zu verbinden. Der Pool der Wähler aus dem Volk, der der Linken treu ist, mit der die moderate Linke anfängt zu konkurrieren, ist daher ziemlich klein. Das radikal linke Wahlvolk ist oft unbeständig und erratisch.
- Außerdem bewegt sich ein anderer wichtiger und bedrohlicher Konkurrent auf die Wähler zu: die Rechte. Die Rechte, wie wir gerade gesehen haben, schafft es, die Stimmung der öffentlichen Sorge mit größerer Leichtigkeit und viel stärkeren Werkzeugen zu bedienen (dabei erstens und vor allem, dem Fernsehen). Deshalb ist das erste Resultat der Rezession nicht automatisch eine Bewegung der Wähler nach links, sondern eine Neigung nach rechts.

Und darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Problemen, die vom Prozess der Bildung der radikalen Linken herrühren, von ihrer Ideologie und den organisatorischen Formen, die sie sich gegeben hat. Oft sind es diese subjektiven Schwierigkeiten, die verhindern, dass die politischen Chancen ergriffen werden, und dabei ist die Überwindung dieser Schwierigkeiten die Vorbedingung für effiziente Aktion der Parteien, die wir hier betrachten.

Analysieren wir dieses Problem einmal näher. Wenn wir von den regierenden europäischen Klassen und von der moderaten europäischen Linken sprechen, können wir von einem ganz einheitlichen Subjekt sprechen, da es in seiner Wahl der neoliberalen Politikmuster konvergiert. Der einzige Unterschied liegt in der größeren oder kleineren Gewaltanwendung bei der Umsetzung dieser Politiken. Dasselbe kann von den radikal linken Parteien nicht gesagt werden – und das mag das erste große Problem dieser Parteien sein.

Tatsächlich hat jede dieser Parteien entweder eine Geschichte, die sich sehr von denen der anderen unterscheidet, oder ist die Frucht aus verschiedenen Erfahrungswelten, die noch nicht miteinander ausgeglichen sind. Unter den Parteien der radikalen Linken gibt es historische Erfahrungen und kulturelle Sensibilitäten, die sehr heterogen sind. Manche Parteien sind das Resultat der Umgestaltung von Parteien, die in dem einen oder anderen Land des »sozialistischen« Blocks an der Macht waren, andere sind der Auswuchs von Transformationen und Friktionen in westlichen kommunistischen Parteien, und noch andere sind das Resultat der Fusion zwischen Exkommunisten und der sozialdemokratischen oder grünen Linken, und manche erhalten die Erfahrung der Neuen Linken in den 70ern und der pazifistischen Bewegung in den 80er Jahren aufrecht. Sehr oft erhält jede dieser Parteien all diese verschiedenen Orientierungen intern in einem größeren oder geringeren Maße aufrecht. Der Grund für das Aufeinanderstoßen dieser verschiedenen kulturellen und politischen Komponenten kann in der schweren Krise der Linken und der klaren Entscheidung der moderaten Linken für das neoliberale Feld liegen. Diese Faktoren haben alle

antikapitalistischen Gruppen gezwungen, nach einem Terrain der Konvergenz zu suchen und zu versuchen, neue Kulturpolitik zu produzieren.

Bis jetzt haben Konvergenz und politische Innovation nicht die erwarteten Gewinne gebracht. Die hier untersuchten Parteien sind tatsächlich immer noch sehr gespalten, selbst innerhalb der GUE-Allianz, und diese Unterschiede sind vor allem in den unterschiedlichen Standpunkten zur Europäischen Union sichtbar. Tatsächlich sind nicht alle von der Notwendigkeit für eine starke Union überzeugt, und viele ziehen es vor, dem Kampf an der nationalen Front Priorität zu geben, ohne die nötige Anstrengung zu unternehmen, gemeinsame Aktionen auf europäischer Ebene aufzubauen. Das bemerkenswerte Stillschweigen über die Prozesse der Entstehung und den Inhalt der europäischen Verfassung ist das sichtbarste Symptom dieses Mangels an gemeinsamer Initiative und der Meinungsunterschiede über die Wichtigkeit der Union selbst.

Wie im Falle der moderaten Linken kann ein großer Teil der Orientierungen der Ideen in der radikalen Linken durch materielle Prozesse erklärt werden, im Verhältnis zum Status der politischen Parteien in ihrem europäischen System. In der Mehrzahl der Fälle verstehen die Parteien die Arbeit für den Sozialismus traditionell als Aktion auf der Ebene des Staates, und in fast allen Fällen ist diese Meinung bestärkt worden und ist nun Teil der immanenten Identität vieler Parteien, da ihre Schaffung oder Differenzierung von der moderaten Linken tatsächlich auf der Idee des Schutzes oder der Weiterentwicklung des Sozialstaats beruht. Während der Sozialstaat in der konkreten historischen Erfahrung der Nationalstaaten ist, identifiziert sich die europäische Konstruktion mit ihrem gegenwärtigen Verlust einiger Kompetenzen der Nationalstaaten durch die Abschwächung und den Abbau von Sozialleistungen. Das erklärt das Misstrauen vieler Parteien gegenüber der Europäischen Union: Misstrauen, das nur überwunden werden könnte, wenn diese Parteien – und ihre soziale Basis – verstehen würden, dass die Schwächung des Nationalstaats nicht durch die Europäische Union, sondern durch die neoliberale Globalisierung verursacht wird und dass eine Stärkung der Union (unter anderen politischen Bedingungen als den augenblicklichen) die einzige wirksame Barriere gegen Neoliberalismus darstellen oder sogar eine Zurückgabe einiger staatlicher Leistungen ermöglichen könnte, diesmal zwischen nationalen, supranationalen und regionalen Körperschaften aufgeteilt.

Ein anderer sehr wichtiger materieller Grund für kulturelles Misstrauen gegen die Europäische Union ist die politische Ineffizienz des Ortes, wo die radikalen Linksparteien hauptsächlich in der Lage sind, ihre Präsenz auszudrücken, nämlich des Europäischen Parlaments. Wir haben schon festgestellt, dass das Europäische Parlament eine Körperschaft mit sehr wenig Macht im Vergleich zum Rat oder der Regierungskonferenz ist. Die Initiativen, die auf der parlamentarischen Ebene allein unternommen werden, sind praktisch

immer symbolische Gesten, und ihre sofortige Wirksamkeit ist sehr fraglich. Außerdem ist die Schwächung der Parlamente gegenüber den Regierung heute ein sehr weit verbreitetes und unumkehrbares Phänomen und betrifft auch alle Nationalstaaten: Daher müsste das Misstrauen gegen das Europäische Parlament kohärenterweise auf ein Misstrauen gegen jede parlamentarische Aktion erweitert werden. Wenn wir stattdessen zu Recht betonen, dass die Rolle der Parlamente geschützt und gestärkt werden sollte, müsste ein gemeinsamer und kohärenter Kampf sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene gekämpft werden. Es ist nicht das Europäische Parlament, das den Nationalstaaten Macht wegnimmt und dadurch die Möglichkeiten für Sozialpolitik abschwächt. Es sind die nationalen Regierungen und der Europäische Rat, die die parlamentarische Demokratie schwächen, um besser in der Lage zu sein, unbeliebte neoliberale Politiken durchzusetzen. Nur in einer europäischen Dimension würde eine neue Demokratie, die auch darauf setzen würde, die Rolle des Parlaments zu reaktivieren, in der Lage sein, die Instrumente der politische Ökonomie zu beherrschen, mit deren Hilfe die materiellen Grundlagen der Demokratie selbst wieder aufgebaut werden könnten.

Wie wir jedoch anfangs gesagt haben, all dies ist ein mächtiger Widerspruch: Die erweiterten und Umverteilungs-, Umwelt- und Anti-Kriegs-Politikansätze können nur im europäischen Rahmen entwickelt werden; andererseits können diese Ansätze nicht innerhalb des augenblicklichen europäischen Rahmens, so wie er im Augenblick gestaltet ist, entwickelt werden. Wie entkommen wir diesem Widerspruch?

Eine teilweise Antwort könnte vielleicht aus der Erfahrung des Partito della Rifondazione Comunista (PRC, Kommunistische WiedergründungsPartei) kommen, die in Italien und in Europa innovative Wege entwickelt hat, um antikapitalistische Politik zu entwickeln.

Vielleicht also wegen des stark europäischen Charakters der ganzen italienischen politischen Kultur, stellte die PRC sofort fest, dass die Initiativen der dem Kapitalismus antagonistischen Kräfte inmitten des großen durch die Globalisierung produzierten Lebens sich wirksam nur auf kontinentaler Ebene bewegen konnten. Diese Intuition war nicht nur formal, sie reduzierte sich nicht nur auf ein paar Passagen in Kongresstexten, und sie bedingte die ganze Politik der PRC an ihren wichtigsten Wendepunkten. So kann zum Beispiel zunächst die Unterstützung der PRC für die Linksregierung von Romano Prodi und dann der Bruch mit dieser Regierung auch im Verhältnis zu den Konstruktionsdynamiken der EU erklärt werden. Bis zur Einführung der Einheitswährung nahm die PRC, unter großen Anstrengungen und mit großen internen Spannungen, eine Reihe restriktiver Maßnahmen an, die dazu dienen sollten, die notwendigen Bedingungen für eine sofortige italienische Mitgliedschaft im EURO-Gebiet zu schaffen. Also behandelte die Partei den

Eintritt in den Europaraum als ein Ziel, das bis zu einem bestimmten Punkt die Opferung anderer wichtiger Ziele rechtfertigte. Aber nachdem dieses Ziel erreicht worden war, forderte die Partei, eine neue politische Phase zu beginnen, in der der Eintritt nach Europa die Initiative für eine neue neokeynesianische Politik auf der nationalen und kontinentalen Ebene bedeuten sollte. Nachdem sie keine positive Antwort auf diese Frage erhalten hatte, zog die PRC ihre Unterstützung für die Prodi-Regierung zurück und startete eine starke Polemik gegen die Kräfte des Zentrums und der moderaten Linken. Diese Polemik wurde während des Krieges gegen Serbien sogar noch akuter. Dies bedeutete nicht, dass die europäische Perspektive aufgegeben wurde, sondern dass eine Anstrengung unternommen wurde, andere Wege für den Aufbau eines »in Solidarität geeinten Europas« zu finden. Diese Wege wurden zunächst mit der Aktion innerhalb der GUE begonnen, und dann, viel wichtiger, nach 2000, mit der Öffnung hin zu den sozialen Bewegungen, die anfangen, gegen die Entscheidungen aller supranationalen Einrichtungen scharf zu protestieren. Das bedeutete sofortige Konfrontation mit der neuen Form der gegenwärtigen Macht, die nicht länger nur vom Nationalstaat ausgeübt wird, sondern von einem Zusammenfluss verschiedener Entscheidungsebenen. Auch auf dieser neuen, reichen Beziehung zu den Bewegungen gegründet, schlug die PRC wiederum Aktionen auf der europäischen Ebene und die Gründung eines neuen politischen Subjekts vor, das in der Lage wäre, die besten Erfahrungen von Parteien und Bewegungen zusammenzubringen und auf dieser Basis auf die Errichtung eines alternativen Europas hinzuarbeiten.¹⁶

Die Entwicklung der PRC erlaubte es der Partei, eine wichtige Rolle in der italienischen Politik zu spielen, obwohl sie auch die großen Schwierigkeiten hatte, die alle Parteien der radikalen Linken gemeinsam haben. Diese Entwicklung könnte vielleicht zeigen, dass es möglich ist, EuropäerIn zu sein, ohne neoliberal zu sein und wie es möglich sein könnte, einen politischen Raum zu gestalten, der fähig wäre, Einkommen umzuverteilen und Rechte zu garantieren, ohne sich auf die nationale Ebene zurückziehen zu müssen.

Deshalb besteht der Weg aus dem Widerspruch, den wir oben festgestellt haben, vor allem in der Öffnung hin zu allen sozialen Bewegungen, die sich heutzutage auch dem Problem des Aufbaus eines modernen Europas zuwenden. Der Engpass, den parlamentarische Aktion (auf der nationalen und auf der europäischen Ebene) darstellt, könnte vielleicht mit der Schaffung einer Synergie zwischen den Aktionen der Parteien und den Aktionen der Bewegungen überwunden werden, einer Synergie, die die Privilegien der

16 Fausto Bertinotti: »Per un nuovo soggetto politico«, in: la rivista del Manifesto, Nr. 30, Juli/August 2002.

Parlamente erweitern würde und auf einer zeitgenössischen Grundlage die Bedingungen einer weit gefassten sozialen Demokratie definieren würde, die nicht ausschließlich auf repräsentative Demokratie beschränkt wäre. Wir werden auf diesen Punkt zurückkommen.

Die Öffnung hin zu den sozialen Bewegungen ist für viele Parteien der radikalen Linken wegen spezifischer Situationen schwierig (Fehlen oder relative Schwäche der Bewegungen auf der nationalen Ebene) oder aufgrund ideologischer Barrieren, die auf der Idee beruhen, dass die Partei immer noch das Hauptinstrument oder eben das einzige Instrument des Kampfes der unteren Klassen sei. Selbst wenn die Schwäche der Bewegungen auf der nationalen Ebene mit dem Hinweis auf die globale Bewegung umgangen werden kann, ist die Überwindung der ideologischen Barrieren immer noch schwierig. Tatsächlich wurden viele Parteien der radikalen Linken in den letzten Jahren auf der Grundlage von zwei Prinzipien: 1) Bezug auf den Staat als Instrument sozialer Emanzipation und 2) Sicht der Partei als grundlegende Garantie für die politische und ideologische Unabhängigkeit der unteren Klassen, gegründet oder ihre Existenz etabliert. Da der Bezug auf den Staat es für diese Parteien schwierig macht, die Selbständigkeit der zahlreichen Vereinigungen zu akzeptieren, in denen die Gesellschaft sich organisiert, hindert sie der Hinweis auf die Partei (und ihre zentrale Funktion) daran zu verstehen, welche politische Rolle diese Vereinigungen und Bewegungen heute haben. Die kulturelle Wiederbelebung der radikalen Linken würde die Annahme der Idee voraussetzen, dass der »öffentliche Raum« nicht nur ein staatlicher ist. Jedoch wird diese Belebung nur wirklich wirksam, wenn sie mit dem Verständnis der Tatsache verbunden ist, dass die radikale Linke selbst ein neues Modell einer Partei ausarbeiten muss, wenn sie noch in der Lage sein will, in einen Dialog mit der Gesellschaft einzutreten. Dabei geht es nicht darum, auf das Modell der »leichten Partei« umzusteigen, sondern die Idee der traditionellen Partei, die sich die Massen einverleibt, für die der konnektiven Massenpartei aufzugeben.

Während die traditionelle Partei mit Massenunterstützung fast alle Formen der sozialen und politischen Aktion der unteren Klassen umfasste und die anderen Vereinigungen (und manchmal sogar die Gewerkschaften) mit nur einer sekundären Funktion beließ, würde eine neue konnektive Massenunterstützungspartei zugeben müssen, dass es jetzt unmöglich ist, alle soziale Aktionen in einer politischen Agenda zu einigen, und dass sie sich definitiv als eine Körperschaft erweisen müsste, die fähig wäre, verschiedene Formen der Aktion und verschiedene gesellschaftliche Vereinigungen zu verbinden, die von der Partei unabhängig sind und bleiben. In manchen Fällen könnten diese Vereinigungen sogar die Führung für die ganze Bewegung übernehmen. Das Merkmal, das diese Partei von den anderen Vereinigungen unterscheidet, ist die Tatsache, dass die Partei notwendigerweise alle Aspekte des sozialen Kampfes wahrnimmt, während die

anderen Organisationen oft auf ein Thema fokussiert sind. Außerdem stellt sich für eine Partei immer das Problem der Beziehung zwischen den sozialen Kämpfen und der Sphäre der Staatsmacht. Um jedoch eine reale kulturelle Veränderung innerhalb der radikalen Linken und insbesondere der kommunistisch inspirierten Linken hervorzubringen, ist es wichtig zu verstehen, dass die Funktion der Beziehungen zwischen den verschiedenen Formen des Kampfes, oder sogar zwischen diesen Formen des Kampfes und dem Staat, tatsächlich in bestimmten Zyklen, durch Vereinigungen oder Netzwerke von Vereinigungen, die nicht zur Partei gehören, geändert werden kann, selbst wenn die Partei – mehr als die anderen – die Körperschaft ist, die lernen muss, wie diese Funktion zu verändern ist.

Die Umgestaltung des traditionellen Konzepts der politischen Partei ist wahrscheinlich eine wesentliche Bedingung für die Entwicklung und auch für das Überleben der Parteien der radikalen Linken. Wenn es wirklich wahr ist, dass diese Parteien häufiger eine konstante Orientierung der Wählerschaft vertreten, selbst wenn es eine Minderheit ist – dann würden sie anscheinend eine präzise soziale Funktion der Organisation des Dissenses wahrnehmen. Das ist das akute und gefährliche Signal eines Rückzugs auf nationale Realitäten, das sehr wichtig ist (Beispiele sind Frankreich und Deutschland, in Frankreich insbesondere die PCF). Es zeigt, dass es keine Garantie gibt, dass ein Teil der Wählerschaft sich weiterhin mit der radikalen Linken identifizieren wird und dass diese tatsächlich stabil repräsentiert bleibt. Eine Analyse der sozialen Basis und der Parteimitglieder würde ziemlich wahrscheinlich auch die starke Präsenz stark mit der vorigen Phase des Klassenkampf verbundener sozialer Figuren aufzeigen und eine weniger wichtige Präsenz sozialer Figuren, die sich in den heutigen neuen Bewegungen ausdrücken und die zukünftige Zusammensetzung der unteren Klassen anzeigen. Nur eine Partei, die mit dem Anspruch aufhört, das einzige legitime politische Subjekt zu sein, kann hoffen, die Bedürfnisse und Bestrebungen einer neuen Mitgliedergeneration, die an individuelle Autonomie, kritische Analyse und eine Vielzahl von Kampfformen und Debattenforen gewöhnt ist, abzudecken.

Schließlich, und um direkt auf unser Thema zurückzukommen, kann nur eine konnektive Partei das Modell für einheitliche Aktion auf der europäischen Ebene repräsentieren, eine Aktion, die viele diverse Realitäten hat: Parteien mit unterschiedlicher Geschichte, Bewegungen, Vereinigungen und Gewerkschaften.

Um zusammenzufassen: politischer Dialog zwischen radikalen Parteien, Akzeptanz der Wichtigkeit der Europäischen Union, eine neue Interpretation der Rolle des Staates und innerhalb des Staates, des Parlaments, starke Wiederbelebung der Partei und eine Öffnung zu den verschiedenen sozialen Bewegungen hin. Dieses sind die Anfangsbedingungen, die für eine wirksame Aktion der radikalen Linken in Europa gebraucht werden. Wenn diese Bedingungen nicht verwirklicht werden, ist es leicht vorauszusehen, dass die Parteien der radikalen

Linken jeden wirklichen Einfluss auf die europäische Politik und also auf die Politik der einzelnen Nationen verlieren werden. Und so würden die herrschenden Klassen einen unbequemen Gegner loswerden und die Bewegungen einen potentiellen Partner.

Außerdem würden die Bewegungen wirklich einen anerkannten Partner brauchen, der fähig wäre, gleichzeitig innerhalb der Institutionen (nationalen und supranationalen) und der Gesellschaft zu verbleiben. Nicht weil die sozialen Bewegungen keine politische Dimension hätten, wie das Establishment der herrschenden Klassen (die moderate Linke eingeschlossen) und auch die Führer der radikalen Linken immer wieder wiederholen, sondern aus einem subtileren Grund, der nicht sofort offenkundig ist.

In Wirklichkeit brauchen die Bewegungen keine Partei, die ihnen beibringt, was Politik ist, oder die die »harmlosen« Forderungen und Bedürfnisse der Bewegung selbst umsetzt. Im Gegenteil, die sogenannte »nicht-globale« Bewegung ist stattdessen eine völlig politische Bewegung. Nicht nur, weil sie aufgrund ihrer zahlreichen und differenzierten Komponenten, einige soziale Probleme konfrontieren, die die Parteien nicht ansprechen können oder nicht wissen, wie sie sie ansprechen könnten (z.B. die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Kapitalakkumulation, Formen der Sexdominierung, die Möglichkeiten für ökologische Produktionskonversion etc.). Bewegungen befassen sich mit Fragen der politischen Macht, die tiefer gehen und wichtiger sind, als die normalerweise im Parlament behandelten. Sie zeigen auch die Fähigkeit den Ereignissen, die wirklich die entscheidenden sind, wieder die notwendige Aufmerksamkeit zu geben. Z.B. hat keine Partei der moderaten Linken, und noch nicht einmal eine Parteigruppe der radikalen Linken, daran gedacht, das Problem der europäischen Verfassung auf ihre Tagesordnung zu setzen. Oder, wenn sie daran gedacht haben, haben sie es nicht mit der nötigen Wirksamkeit und dem notwendigen Stellenwert getan. Nur die Bewegung hat versucht, Initiativen zu starten, die mit den heute laufenden Kämpfen Schritt halten und versucht, die allgemeinen Vorbedingungen und besonderen Inhalte des europäischen Verfassungsentwurfs zu diskutieren, sowohl anlässlich der Demonstration während der Regierungskonferenz in Rom am 4. Oktober 2003 als dann auch auf dem 2. Europäischen Sozialforum in Saint-Denis vom 12. bis 15.11.03.

Daher sind die Grenzen der Bewegung nicht ganz ihrem angeblichen »nicht-politischen« Charakter zuzuschreiben. Es ist wahrscheinlicher, dass sie Aktionen riskiert, die reich in politischen Intentionen sind, aber keine politischen Effekte haben, entweder wegen des Mangels an institutionellen Partnern oder wegen des wahrscheinlichen Verlustes an Vereinigungen, die an der Bewegung für Strukturen zur Unterstützung für das europäische institutionelle Projekt teilnehmen wollen.

Tatsächlich besteht, wie Laurent Pech angemerkt hat¹⁷, gemeinsam mit dem klaren Demokratiedefizit der europäischen Institutionen, hauptsächlich ein konsequenter Mangel an Verantwortlichkeit des Rates gegenüber dem Parlament und daher unzureichende Gewaltenteilung. Ein Teil der europäischen Führer versucht darauf, durch den Ausbau öffentlicher und privater Agenturen, die auch mit konkreter Gouvernanz befasst sind, zu antworten. Die Kontrolle der Regierungen, die nicht länger durch eine institutionelle Körperschaft erfolgt, wird während der konkreten Prozeduren der Verwaltung hauptsächlich durch zivilgesellschaftliche Assoziationen durchgeführt werden (Experten in Vereinigungen in den verschiedenen Sektoren, die an Gouvernanzaufgaben teilhaben). Sie werden an der Formulierung von Entscheidungen und an der Überprüfung ihrer Durchführung teilnehmen. Auf diese Weise könnte »eine partizipative Demokratie« verwirklicht werden, die die alten Legitimationskontrollen der repräsentativen Demokratie durch neue, durch pluralistische Gouvernanz ermöglichte Effizienz- und Transparenzkontrollen ersetzen wird. Wir können sofort festhalten, dass einerseits dieser Typ der Ausweitung der Demokratie auf die Mechanismen, die die konkrete Veranlagung und Verwirklichung von Normen leiten, den Existenzmodalitäten einer modernen Macht angemessen wäre, die immer häufiger nicht im Parlament und immer häufiger in der Verwaltung zu finden ist.¹⁸ Andererseits, wie Pech selbst sagt, wissen wir auch nicht, wer die Aktion dieser Vereinigungen legitimiert hat, die in die Gouvernanz aufgenommen sind: wer sie gewählt hat, wer sie kontrolliert hat, wer ihre Wahl widerruft, wenn nötig? Eine Aufgabe ist es, repräsentative Demokratie mit partizipativer zu integrieren, und die andere, für die Stärkung letzterer und Beschränkung ersterer vorzusorgen.

Nichtsdestotrotz, über die Werturteile hinaus, die zu diesem Projekt der Gouvernanz geäußert werden könnten, bleibt die Tatsache, dass diese Projekte existieren, sehr konkret sind und schon in verschiedenen Situationen in der ganzen Welt angewandt werden. Sie sind eine Realität, eine Realität, über die gesagt wird, dass in dem konkreten Regierungsprozess die Assoziationen der Zivilgesellschaft (die oft die tiefe Struktur der Bewegung gegen den Neoliberalismus darstellen) dazu neigen, wichtiger zu werden als die Parteien, und dass diese Vereinigungen auch dazu tendieren, von den führenden Klassen kooptiert zu werden, wie es den Parteien in der Vergangenheit auch erging und dann zu schlichten funktionalen Anhängseln der Macht reduziert zu werden.

17 Laurent Pech, *ibidem*.

18 *Mi sia concesso di rinviare, su questo punto, al mio Nella corrente. Mutamenti dell' azione politica*, Milano, Punto Rosso, 1994.

Es ist sicher wahr, dass die Bewegung gegen den Neoliberalismus heutzutage eine politische Wirkung hat, die es verhindert, dass viele ihrer Vereinigungen von den herrschenden Klassen kooptiert werden. Aber damit die Unabhängigkeit dieser Bewegung nachhaltig weiter bestehen kann, ist es wichtig, dass die Bewegungen sich mit »institutionellen Mechanismen« ausstatten, die fähig sind, ihre eigene Unabhängigkeit zu verstärken. Die Vereinigungen der Bewegung dürfen weder als einfache Lobbies agieren (denn dann würden sie der politischen Macht in jedem Fall unterworfen) noch als politische Parteien (weil sie dann ihre Originalität verlieren würden). Sie müssten Leben in »Generalstände« blasen, in der Lage sein, klare politische Strategien zu formulieren und so die politischen Parteien zu transparenter und verantwortlicher Aktion verpflichten. Andererseits könnten die Parteien am Schreiben von Analysen teilhaben und die Aktionen der Bewegungen mit der Unterstützung einer Legitimität durch politische Repräsentation versehen, die ihre unsichere »partizipatorische« Legitimität ergänzen würde.

Im Ganzen: Eine Synergie zwischen Parteien und Bewegungen, zwischen zwei verschiedenen Formen der politischen Aktion, beide nützlich und notwendig, wird gebraucht, um die Herausbildung einer alternativen Richtung im Aufbau Europas auf nationaler und supranationaler Ebene einzuleiten.

Ohne diese Synergie würde niemand die Kraft oder Legitimität haben, um den Marsch des neoliberalen Europas aufzuhalten.

7. Alternativen für die Parteien und die Bewegungen

Abschließend scheint es sinnvoll, mehr oder weniger schnell anzudeuten, welches einige der wichtigsten Alternativen sind – was die Europäische Union angeht –, unter denen die Parteien und Bewegungen wählen müssten:

- Ist es wirklich wichtig, sich auf Aktion auf europäischer Ebene festzulegen? Oder ist es wichtiger, eine Aktion auf der nationalen Ebene zu entwickeln? Die Bewegungen haben schon geantwortet und darauf hingewiesen, dass die supranationale Ebene für den Kampf entscheidend ist. Insoweit dieser Punkt besprochen ist, sind die Parteien immer noch unentschieden. Jedoch ist es wahr, dass Aktion auf der nationalen Ebene unerlässlich ist und dass die heutige Politik sich als Aktion auf mehreren Ebenen darstellt. Daher ist es auch wahr, dass die Kultur vieler Parteien der radikalen Linken eine Veränderung braucht, die diese Parteien zwingen wird, der europäischen Dimension die Wichtigkeit zu geben, die sie verdient.

- Wenn auch Einigkeit über die Notwendigkeit für ein starkes politisches Subjekt besteht, ist es richtig, darum zu kämpfen, aus diesem Subjekt eine Föderation zu machen? Vielleicht wäre es realistischer und effizienter, auf eine flexiblere Form der Union hinzuarbeiten, die es Europa erlauben würde, eine unabhängige politische Rolle zu spielen? Eine Föderation wäre sicher die optimale Form, aber

der augenblickliche Status der Union und die voraussehbaren Auswirkungen ihrer bevorstehenden Erweiterung werden die föderale Lösung weniger direkt begünstigen. Darüber hinaus könnte es notwendig sein, für alle europäischen Bürger eine »Lehrphase« einzurichten, und die föderale Lösung könnte verfrüht sein und eine Ablehnungsreaktion produzieren.¹⁹

- Was sollte die gegenseitige Beziehung zwischen Parteien und Bewegungen der radikalen Linken sein? Ist es möglich, eine reale Synergie zu schaffen, oder ist es im Augenblick realistischer, Prozesse gegenseitiger Anerkennung zu starten mit einer Perspektive für zukünftige Kooperation in den Aktionen?

- Welche Beziehung sollte zu den Parteien der europäischen moderaten Linken aufrechterhalten werden? Eine klare Differenz, eine taktische Allianz, eine strategische Allianz? Die erste und letzte Antwort scheinen unzureichend flexibel zu sein: Die erste setzt voraus, dass die moderate Linke ein monolithischer Block ist, der nun für Politik für das Volk völlig verloren ist, die dritte nimmt an, dass diese Linke wirklich noch links und noch nicht gänzlich mit der neoliberalen Logik identifiziert ist. Eine differenzierte Antwort könnte lauten, erstes die Beziehung mit den Wählern der moderaten Linken aufrecht zu erhalten, zweitens die Unabhängigkeit der radikalen Linken zu sichern und drittens die moderate Linke unter Druck zu setzen, ihre Widersprüche zu klären. In jedem Fall ist bemerkenswert, dass das Problem der Beziehung mit der moderaten Linken nicht nur die Parteien der radikalen Linken, sondern auch die Bewegungen angeht. Und tatsächlich schwanken die Bewegungen auch zwischen der Ablehnung jeder Beziehung mit der moderaten Linken und Lobbyarbeit, die die Parteien sozialdemokratischen Typs als privilegierte Vermittler ansieht.

Die Antwort darauf und andere ähnliche Probleme würde eine Untersuchung der in diesem Beitrag untersuchten Themen erfordern: die Eigenschaften und gegenwärtigen Tendenzen des europäischen Aufbaus, die Rolle der moderaten und der radikalen Linken und die Rolle der Bewegungen. Diese Themen erfordern sicherlich eine eingehende tiefe Analyse. Jedoch muss die Antwort bald erfolgen: wenn nicht, wird Europa ohne uns weitergehen. – Oder zurück!

19 Luigi Vinci, *ibidem*.

Michael Brie

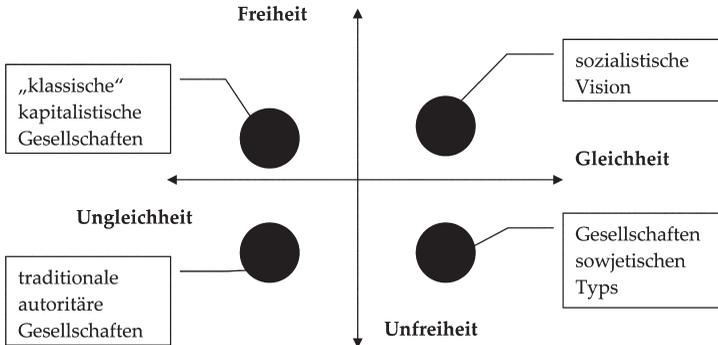
Strategische Herausforderungen der Europäischen Linken

1. These: Die Erneuerung des programmatischen Anspruchs der Linken

Die europäischen Gesellschaften befinden sich in einem völligen Umbruch. Dieser hat sukzessive alle Bereiche erfasst und umschließt heute die technologischen Grundlagen genauso wie die Produktions- und Distributionsweise, die Eigentumsverhältnisse, die Regulationsweise, die Klassen- und Sozialstruktur, die politischen und rechtlichen Formen, die Kultur und reicht hin bis zu einer neuen Sicherheitsarchitektur und militärischen Aufrüstung. Die Europäische Union wurde im Mai 2004 um weitere zehn Mitglieder erweitert und ist zugleich von alten und neuen tiefen inneren Spannungen geprägt. Nichts bleibt, wie es war.

Der Anspruch jeder Linken war und ist es, derartige Umbrüche im Interesse sozialer Gerechtigkeit und Demokratie zu gestalten und dabei Freiheit und Gleichheit zu verbinden. Ein wichtiger Teil dieser Aufgabe ist es, die grundlegenden Güter der Gesellschaft, die Freiheit garantieren, umfassend zu produzieren und nach unten umzuverteilen, damit sie jeder und jedem zugänglich werden. Dies betraf die Forderung nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht genauso wie die nach der Verkürzung des Arbeitstages, nach allgemeiner Schulbildung, öffentlicher Gesundheitsversorgung und Erholung, Schutz vor Kriminalität, Zurückdrängung und Beseitigung von Armut sowie Herstellung einer europäischen und globalen Friedensordnung. Es waren Karl Marx und John Stuart Mill, die das Ideal eines libertären Sozialismus oder sozialen Liberalismus fast gleichlautend so umschrieben: anzustreben sei eine Assoziation, »in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller« werde. Diese Verbindung von sozialer Frage und Emanzipation bildet heute mehr denn je den Kern zukunftsfähiger sozialistischer Vision.

Grafik 1: Gesellschaften im Vergleich



Eine solche Vision wird aber nur dann zur materiellen Gewalt, wenn die Erwartungen, Hoffnungen, Ziele von Millionen von Menschen sich bündeln in breiten Bewegungen. Der Übergang von individueller Unzufriedenheit in kollektives Handeln ist kein Automatismus. Er kann sich, wenn überhaupt, nur in einem langen Prozess vollziehen. Auch linke Parteien müssen sich dabei einen veränderten Gebrauchswert geben. Die Partei der Europäischen Linken (EL) formuliert ausgehend von strategischen Überlegungen in ihrem Programm: »Für uns bestehen Rolle und Aufgabe der politischen Linken in Europa darin, einen Beitrag zur Herstellung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für eine radikale Veränderung der Politik zu leisten, indem wir konkrete Alternativen und Vorschläge für diese notwendige Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften entwickeln. Darin sehen wir unsere Verantwortung und die Möglichkeit, all jene anzusprechen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben des Individuums einsetzen. Wir wollen linke Politik dauerhaft als selbständiges, selbstbewusstes politisches Projekt etablieren, das zur Durchsetzung von Solidarität und Demokratie, von sozialen und ökologischen Alternativen beiträgt.«

So unterschiedlich im Einzelnen die Lage der pluralen Linken in den einzelnen europäischen Ländern ist, so sehr steht sie insgesamt immer noch am Anfang, erfolgreiche und nachhaltige Antworten auf die Herausforderungen der genannten Umbrüche zu finden, die den Kriterien einer sozialen Demokratie¹ bzw. einer

1 Thomas Meyer, stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, schreibt dazu: »Soziale Demokratie basiert auf einem Verständnis der Grundwerte als gleicher Freiheit in einer solidarischen Gesellschaft. Freiheit, verstanden als formelle und materielle Handlungschance, Gerechtigkeit verstanden als gleiche Freiheit und Solidarität als Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe verlangen ein neues Verständnis der Organisation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.« Dieses sieht Thomas Meyer im

Gesellschaft, die die Profitdominanz aufgehoben hat,² gerecht werden. Die Dritten Wege und Strategien einer Neuen Mitte haben sich nicht als dauerhaft erwiesen und konnten mehrheitlich den Tendenzen des Neoliberalismus mit seiner Verstärkung der Ungleichheit, der wachsenden Polarisierung der Gesellschaft, der Verunsicherung aller gesellschaftlichen Lebensverhältnisse nicht wirksam widerstehen. In der Tendenz hat die Mehrheitslinke ihr eigenständiges Profil im hohen Maße verloren und verfolgt Strategien, die sich zwar in Radikalität und Konsequenz, nicht aber der Richtung nach, von denen der Mehrheitsrechten unterscheiden und deren Hegemonie unterworfen sind. Dieses Scheitern der Mehrheitslinken stellt alle emanzipativen sozialen Kräfte vor völlig neue Herausforderungen. Es geht zudem einher mit einer tiefen Krise der Gewerkschaften, der chronischen Schwäche der radikalen politischen Linken und vieler traditioneller sozialer Bewegungen. Es ist Teil einer Krise und Auflösung des gesamten historischen Blocks der Linken.

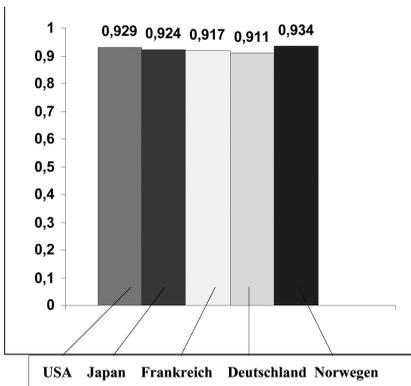
Im gemeinsamen Handeln von konservativen und sozialdemokratischen Regierungen werden europaweit Schritte eines neoliberalen Umbaus unserer Gesellschaften eingeleitet, umfassend formuliert in der in Lissabon beschlossenen Strategie der Modernisierung Europas. In Umsetzung der Strategie von Lissabon verlangte so die Europäische Kommission von Deutschland eine »Modernisierung des sozialen Schutzes«. Sie soll erstens den verstärkten Zwang zur Arbeitsaufnahme durch Absenkung der sozialen Leistungen für Arbeitslose und die Koppelung der Leistungen an die Bereitschaft, auch nieder qualifizierte Arbeit aufzunehmen, beinhalten. Zweitens wird eine höhere regionale und zweigleiche Lohndifferenzierung, drittens der Abbau des Kündigungsschutzes und viertens

Modell der »sozialen Demokratie« verwirklicht: »Es beruht auf der historischen Erfahrung, dass die liberalen Menschenrechte der negativen Freiheitsentfaltung für die sozial Schwachen und Unselbständigen nur dann einen Wert haben, wenn sie durch soziale Menschenrechte ergänzt und abgesichert werden. Erst im Wechselverhältnis von liberalen, demokratischen und sozialen Bürgerrechten gewinnen daher für die schwächeren Teile der Gesellschaft die mit ihnen verbundenen Freiheitschancen einen positiven Wert. Daraus folgen vier für soziale Demokratie konstitutive institutionelle Prinzipien: Rechtsstaatliche Demokratie als Staatsform, demokratische Mit- und Selbstbestimmung als gesellschaftliches Organisationsprinzip, soziale Gerechtigkeit und Sicherung der materiellen Freiheitsgrundlagen als Bürgerrecht und damit das Primat der Gestaltungs- und Interventionsrechte des Staates gegenüber den Märkten und wirtschaftlicher Macht.« Vgl. dazu Meyer 2002, S. 27 f.

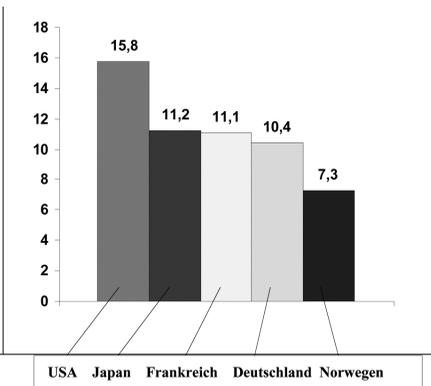
2. Im neuen Parteiprogramm der PD5 werden Grundmerkmale einer sozialistischen Ordnung so bestimmt: »Eine sozialistische Gesellschaft, wie wir sie anstreben, garantiert in der Einheit von politischen, sozialen und kulturellen Rechten das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen und Völker. Sie ist eine Gesellschaft, in der die Profitdominanz beseitigt ist. Sie verwirklicht eine sich auf die politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Verhältnisse erstreckende Demokratie. Sie erfordert die Unterordnung der Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise unter das Prinzip, allen Bürgerinnen und Bürgern die Bedingungen für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben zu ermöglichen. Dazu gehören die entsprechende Veränderung der Richtung des wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Bewahrung der natürlichen Umwelt, die Einheit von Rechtsstaat und Sozialstaat, Solidarität nach innen und außen sowie eine weltumspannende Ordnung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt.« Vgl. auch Amin 2003, S. 10.

die Privatisierung von Teilen der Altersvorsorge sowie die »Einführung wirtschaftlicher Anreize für die Erbringer und Empfänger von Gesundheitsleistungen«³ gefordert. Während bisher die Unterschiede zwischen den USA und Europa hinsichtlich des Maßes menschlicher Entwicklung eher gering und bezüglich des Maßes an Armut in den Gesellschaften relativ hoch sind, könnte es sich erweisen, dass in Umsetzung der neoliberalen Strategie die Vorzüge Europas abgebaut und die der USA zugleich nicht erreicht werden.

Grafik 2: Index menschlicher Entwicklung



Grafik 3: Index menschlicher Armut



Quelle für Grafik 2 und Grafik 3: Zinn 2000, S. 50⁴

2. These: Die Erneuerung der Wirtschafts- und Sozialstrategie als Grundbedingung einer hegemoniefähigen Linken

Die Hegemonie des Neoliberalismus gegenüber der Linken zeigt sich darin, dass diese die Grundannahmen der Rechten weitgehend übernommen hat,

- 3 Empfehlung der Kommission für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003-2005.
http://europa.eu.int/economy_finance/publications/european_economy/2003/comm2003_170d
- 4 Der Index menschlicher Entwicklung bewertet die Länder unter den Gesichtspunkten von Lebenserwartung Neugeborener, Alphabetisierungsquote Erwachsener, Einschulungsquoten und Pro-Kopf-Einkommen. Der Index menschlicher Armut analysiert die jeweiligen Länder vor allem unter dem Aspekt der Ungleichheit und erfasst Indikatoren, die die soziale Spaltung einer Gesellschaft widerspiegeln. Dazu gehören: Anteil der Bevölkerung mit einer Lebenserwartung unter sechzig Jahren, Anteil der funktionalen Analphabeten, Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit, Anteile des oberen bzw. unteren Fünftels der Bevölkerung am Gesamteinkommen sowie Anteil der sozial Armen an der Bevölkerung.

nur geringe Möglichkeiten der gesellschaftlichen Steuerung der Volkswirtschaften sieht, und Wettbewerbsvorteile entgegen den empirischen Tatsachen in der Reduktion des Sozialstaats, in Privatisierung und Deregulierung sowie Vermarktung aller sozialen Bereiche sucht.⁵ Eine Erneuerung der europäischen Linken wird nur dann möglich sein, wenn sie eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickelt, die den Erwartungen nach hoher individueller Selbstbestimmung, den Forderungen nach sozialer Gleichheit und Teilhabe sowie solidarisch-ökologischem Umbau der Gesellschaft entspricht.⁶ Dies wäre weder der Versuch einer Wiederbelebung des fordistischen Modells einer konsumorientierten sozialen Marktwirtschaft noch der Ausstieg in die Nischen einer Kleinökonomie, sondern eine Strategie, der Umsteuerung unter den Gesichtspunkten sozial gleicher Teilhabe, Emanzipation und Nachhaltigkeit.

Die bisherige Strategie der Mehrheitssozialisten (der Mehrheit der europäischen Sozialdemokratie), eine neoliberale Wirtschaftsstrategie und des Umbaus der sozialen Systeme mit linker Rhetorik zu verbinden (so die SPD im Wahlslogan »Innovation und Gerechtigkeit«) und zu versprechen, dass dabei die soziale Integration erhalten bleibt, erzeugt machtpolitisch sehr instabile Verhältnisse und ist gesellschaftspolitisch zum Scheitern verurteilt. Die realen Ergebnisse sind ein relativ geringes volkswirtschaftliches Wachstum, Degradation der Sozialsysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge, Herausbildung sich ver-

5 Colin Hay resümiert diese empirischen Ergebnisse in den folgenden sieben Thesen:

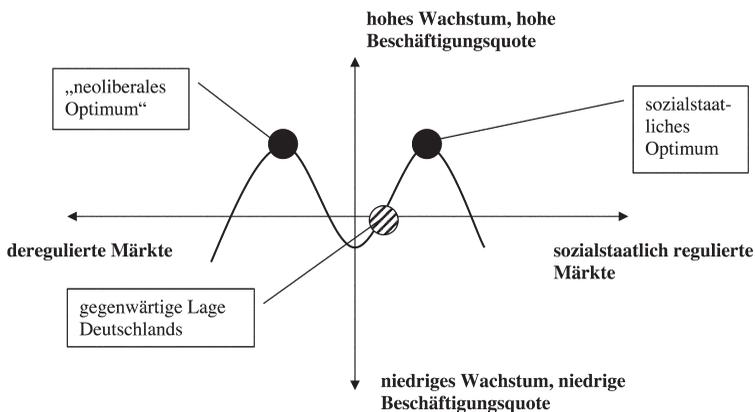
1. Although the period since the 1960s has seen the growing openness of national economies ..., there is still some considerable way to go before pre-World War One figures are likely to be exceeded.
2. There continues to be a positive and, indeed, strengthening relationship between public spending and economic openness.
3. There is no inverse relationship between the volume of inward foreign direct investment and levels of corporate taxation, environmental and labour-market regulations, generosity of welfare benefits or state expenditure as a share of gross domestic product.
4. Trade and international flows of capital tend to be extremely concentrated within the core 'triad' (of Europe, North America and Pacific Asia) providing evidence of regionalisation and 'triadisation' but hardly of globalisation.
5. The pace of economic integration is higher within regions (such as Europe, North America or Pacific Asia) than it is between regions, suggesting that regionalisation rather than globalisation is the overriding dynamic in the process of international economic integration ...
6. Financial integration has failed to produce the anticipated convergence in interest rates which one would expect from a fully integrated global capital market.
7. Financial integration has failed to produce the anticipated divergence between rates of domestic savings and rates of domestic investment which one would expect in a fully integrated global capital market. Though the liberalisation of financial markets has certainly increased the speed, severity and significance of investors' reactions to government policy, capital market participants appear far less discriminating or well-informed in their political risk assessment than is conventionally assumed ... Consequently, policy-makers may retain rather more autonomy than is widely accepted. In particular, there is no evidence in Europe of speculative dynamics in financial markets being unleashed against states pursuing social democratic policies. Vgl. Hay 2003, S. 11-122.

6 Vgl. dazu konzeptionell und bezogen auf den Zugang zu Erwerbsarbeit – Klein 2003.

festigender Unterklassen und Ausbreitung von Armut, Erhöhung des sozialen Drucks auf marktkonformes Verhalten und eine dauerhafte Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft zugunsten der großen Unternehmen und Kapitaleigentümer.

Die These des Neoliberalismus ist es, dass ein hohes wirtschaftliches Wachstum zumindest unter den Bedingungen der Globalisierung hochgradig deregulierte und weit geöffnete Märkte, geringe Steuern und öffentliche Ausgaben voraussetzt. Wenn dies aber empirisch falsifiziert ist, dann stellt sich die Frage, warum Auswege aus einer Depression in Europa vornehmlich in dieser Richtung gesucht werden, warum anstelle eines sozial wie wirtschaftlich fragwürdigen neoliberalen Optimums (O_{NL}) nicht ein neues sozialstaatliches Optimum (O_{SO}) angestrebt wird, dass zugleich die Individualisierungstendenzen, die Rolle postmaterialistischer Werte sowie die Notwendigkeit eines ökologischen Umbaus der Gesellschaft ernst nimmt (siehe Grafik 4).

Grafik 4: Wirtschaftspolitische Alternativen auf dem Wege zum »Optimum«

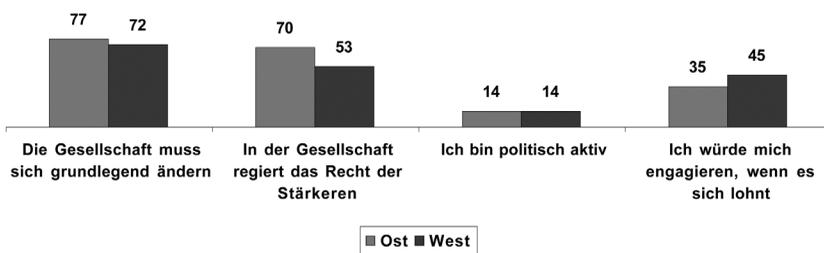


In Europa hat sich erwiesen, dass der Versuch, die neoliberale Wirtschaftspolitik verschärft durchzusetzen, die Depression weiter verstärkt – nicht zuletzt aufgrund des Wegbrechens der Binnennachfrage, da die Mittelschichten aus Angst vor einer weiteren Verschlechterung der Situation ihr Geld anlegen und damit dem Konsum wie produktiven Investitionen, für die die Nachfrage fehlt, entziehen. In Deutschland wurde durch die bisherigen Rentenreformen das Vertrauen in das öffentlich Rentensystem nachhaltig gestört, so dass es zu

einem »Angst-Sparen« kam, was wesentlich dazu beitrug, dass Deutschland zum Schlusslicht innerhalb der Union beim Wirtschaftswachstum wurde.⁷

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger reagiert auf diese wahrgenommenen Veränderungen der Gesellschaft, in der sie leben, mit individuellen Strategien der Anpassung. Gleichzeitig wächst die Differenz zu diesen gesellschaftlichen Tendenzen und entsteht auch ein bestimmtes Potenzial, sozial aktiv zu werden, wenn dafür Erfolgsbedingungen gegeben sind.⁸ Große Teile der Bevölkerung sehen dringenden Handlungsbedarf und erwarten von der Politik einen wesentlichen Beitrag zur deutlichen Verringerung der Arbeitslosigkeit, zu sozialer Gerechtigkeit und vor allem zur Lösung von Zukunftsproblemen, zur Schaffung von Bedingungen für soziale Sicherheit besonders auf dem Gebiet der Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung, Rente. Zugleich können sie nicht erkennen, dass die Parteien als die wichtigsten politischen Entscheidungseliten dieser Verantwortung gerecht werden. Die soziale Frage erhält eine starke Zukunftsdimension und wird eng mit der Frage nach der Verantwortung von Staat und Gesellschaft für die Bereitstellung von hochwertiger Bildung und Durchsetzung der realen Chancengleichheit auf diesem Gebiet verbunden. Die Bereitschaft zum Protest gegen eine Politik, die diese Erwartungen nicht erfüllt, steigt an.

Grafik 5: Meinungen zur Gesellschaft und zur politischen Aktivität



Quelle: FOKUS 2004

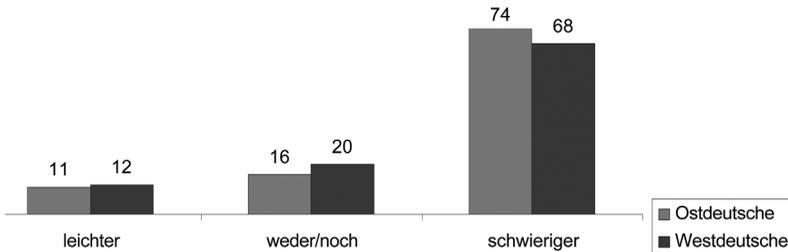
Die »Mitte« der Gesellschaft befindet sich also im Umbruch und ist durch dramatische Zukunftsängste geprägt, die vor allem in der sozialen Spaltung der Gesellschaft, in der Auflösung ihres sozialen Zusammenhalts und in der

7 Die neoliberale Wirtschaftspolitik ignoriert derartige pfadabhängige Faktoren, die tief in den sozialen Strukturen und der sozialen Psychologie eingegraben sind. In Ländern wie den USA kann eine marktfördernde Politik durchaus zu wachsender Konsumnachfrage führen, da sich die Mittelschichten davon Wachstumseffekte versprechen und auf Kredit konsumieren; in vielen europäischen Ländern wird die gleiche Politik zur Konsumzurückhaltung führen und damit genau jene Probleme verschärfen, die sie doch lösen soll.

8 Vgl. Klein 2003, S. 276 ff.

Entstehung oder Ausbreitung von bedrohlichen »Randgruppen« gesehen werden. Die Gesellschaft und der Staat scheinen unfähig, die Bedingungen für eine sichere Zukunft zu schaffen. Individuelle Anstrengungen dafür werden erhöht, können aber nur bei einem Teil den Rückzug der Gesellschaft aus diesen Aufgaben kompensieren (siehe die Ergebnisse der Pisa-Studie), was die soziale Polarisation noch verstärkt.

Grafik 6: Für die nächste Generation wird das Leben in unserm Land



Quelle: Brähler 2000

In den achtziger und neunziger Jahren kam es mit der Krise des Fordismus⁹ zur Erosion der wirtschaftlichen Grundlagen des gesamten sozialen und politischen Systems. Damit brachen soziale Konflikte auf, die vorher randständig gewesen zu sein schienen. Dies gilt gerade auch für den Konflikt zwischen »Arm« und »Reich«. War er Anfang der neunziger Jahre nur für eine (wesentliche) Minderheit bedeutungsvoll (im Bundesgebiet West 1993 für 36 Prozent), so seit Ende der neunziger Jahre für 70 bis 80 Prozent¹⁰. Er gehört zu jenen Konflikten, von denen große Mehrheiten annehmen, dass sie sich verschärfen. Hinter diesen Aussagen steht vor allem das Gefühl einer wachsenden Bedrohung der eigenen Stellung durch Arbeitslosigkeit, scharfe Arbeitsmarktkonkurrenz, Rückzug des Staates aus der sozialen Unterstützung sowie die Erkenntnis, dass vor allem das Leben der Kinder oder Enkel davon bestimmt sein wird. Es ist die Einsicht, mit der Gefahr leben zu müssen, ins soziale Abseits, in die Unterklasse der Gesellschaft, in die Gruppe derjenigen, die überflüssig sind, abgedrängt zu werden.¹¹

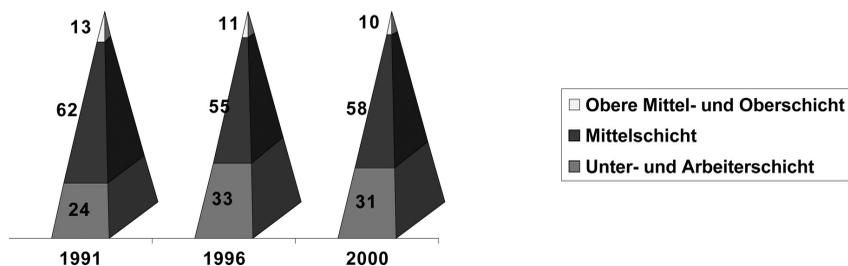
⁹ Vgl. dazu ausführlich Klein 2003.

¹⁰ Chrapa/Wittich 1998 und Chrapa 2002.

¹¹ Als »zeitweilige« Unvermeidlichkeit wird eine solche Tendenz nur selten offen artikuliert: »In den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen. ... Die Nachteile der Niedriglohnstrategie

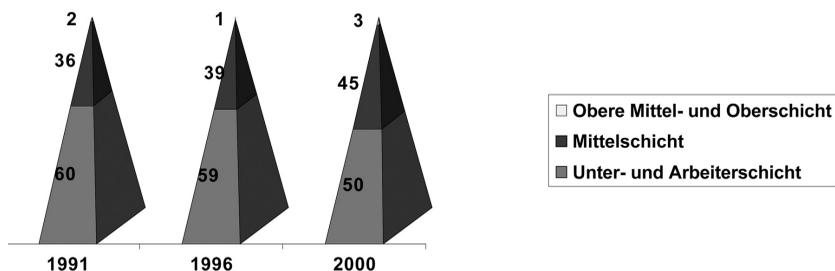
Die verbreitete Vorstellung, die Deutschen würden meinen, sie lebten in einer Mittelstandsgesellschaft ohne erkennbares »Oben und Unten« ist schlicht falsch. Von einer »Entschichtung« kann nicht gesprochen werden.¹² Der Anteil derer, die sich dem »Unten« und der Arbeiterschaft zurechnen, beträgt rund 25 Prozent in Westdeutschland und ist in Ostdeutschland trotz Rückgang auf einem wesentlich höheren Niveau als in Westdeutschland geblieben. Die neuen »Reformen« werden die Differenzierung erhöhen.

Grafik 7: Subjektive Schichteinstufung in Westdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1991, 1996, 2002

Grafik 8: Subjektive Schichteinstufung in Ostdeutschland



Datenbasis: ALLBUS 1991, 1996, 2002

sind damit offenkundig. Dennoch muss auch sie verfolgt werden, solange die Strategie der Erneuerung hin zur unternehmerischen Wissensgesellschaft noch nicht hinreichend wirksam geworden ist.« Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997, S. 23.

12 Siehe dazu ausführlich Noll 1999.

Eine Politik, die sich auf die »Mitte« der Gesellschaft fixiert, übersieht, dass Menschen sich gerade dann in vertikalen Strukturen von »Oben« und »Unten« verorten, wenn sie den sozialen Abstieg fürchten müssen. Vor allem auch für jene, die sich selbst in der »Mitte« der Gesellschaft sehen, ist die offensichtliche Existenz eines »Unten« ein latente Bedrohung. Wachsende Unsicherheit der Arbeitsplätze, die nach den traditionellen Zweigen nun auch die neuen Industrien und Dienstleistungen erreicht hat, der Druck zu verstärkter privater Absicherung von Gesundheit und Rente sowie der eigenen wie der Bildung und Ausbildung der Kinder, starke Mobilitätswänge mit allen Folgen von Entsozialisierung verändern das Leben der Mehrheit der Gesellschaft und nicht nur derer, die von sozialer, kultureller und politischer Marginalisierung direkt betroffen sind. Zudem zerstört die Existenz eines sich ausweitenden »Unten« in der Gesellschaft jede Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

Die wichtigste offene gesellschaftliche Aufgabe der Linken in Europa bleibt es, eine Strategie zu formulieren und mehrheitsfähig zu machen, die durch eine individuell befreiende, sozial gerechte und ökologisch sowie global verantwortliche Politik hohe Wertschöpfung erzielt, diese in die Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme und jene öffentlichen Sektoren investiert, die ein selbstbestimmtes Leben in Solidarität ermöglichen, und damit der erneuerten Vision einer sozialen Demokratie wieder zur Ausstrahlung verhilft. Sozialpolitik darf nicht länger als Reparaturinstrument einer unsozialen Wirtschaftspolitik dienen, die nicht in der Lage ist, ihre eigenen Ergebnisse zu verantworten. Die Produktivität von Sozialpolitik und die Sozialität von Wirtschaftspolitik müssen als zwei Seiten eines emanzipativen Projekts komplementär zueinander entwickelt werden. Verteilung ist ein zentraler Faktor der Produktion, und die Struktur der Produktion bedingt letztlich die Art der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Die Perspektive der Hegemonie einer neuen Europäischen Linken ist realistisch. Sie wird sich aber nur herstellen, wenn Fragen von Produktion, Eigentum und Macht, von Politik und Kultur in einer Weise beantwortet werden, die den Antworten des Neoliberalismus nicht nur moralisch, sondern auch im Sinne der Freisetzung eines höheren Freiheitspotenzials und ökonomisch überlegen ist. Dazu bedarf es einer eigenen überlegenen Fortschrittsvision einer Linken, die in sich den sozialen Egalitarismus der traditionellen Arbeiterbewegung und die libertären Ziele der Bewegungen der sechziger und siebziger Jahre vereint zu einem neuen Projekt. Mehrheiten sind niemals jenseits von überzeugender Wirtschaftspolitik, linke Mehrheiten niemals durch Marktradikalismus und Durchkapitalisierung der Gesellschaft zu gewinnen.

3. These: Das strategische Dilemma der Linken und die Notwendigkeit der Formulierung von Einstiegsprojekten

Die so genannte radikale europäische Linke in Gestalt der linkssozialistischen, kommunistischen und trotzkistischen Parteien sowie neuen Bewegungen befindet sich in einem strategischen Dilemma. Soweit sie sich darum bemüht, den grundsätzlichen Dissens mit der herrschenden Politik zu artikulieren, gerät sie als Partei in die Gefahr, zu einer bloßen Protestbewegung zu werden, in eine politische Isolation zu verfallen und zur Sekte zu werden. Weil sie politische Parteien sind, ist ihr gesellschaftlicher Gebrauchswert für die Bürgerinnen und Bürger, für soziale Bewegungen und Gewerkschaften, für Bürgerinitiativen und NGO's daran gebunden, spezifische Funktionen innerhalb des parlamentarischen Systems zu übernehmen, die anderen Organisationen versperrt sind. Bei Wahlen erfolgreiche Parteien erhalten Zugang zu parlamentarischer oder sogar direkter exekutiver Macht und werden auch daran gemessen, wie sie mit diesen Möglichkeiten umgehen. Die Versuche der deutschen Sozialdemokratie unter August Bebel, die SPD durch Abstinenz von direkter politischer Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich und parlamentarischer Einflussnahme »intakt« und »rein« zu halten für den Tag der Machtübernahme, waren spätestens 1914 in schlimmster Weise gescheitert.

Als primär außerparlamentarische Protestbewegungen würden die Parteien der radikalen Linken Aufgaben übernehmen, die im Widerspruch zu ihrem Parteicharakter stehen. Für diese Aufgaben werden sie nicht gewollt. Genau von den Wahlergebnissen aber hängt ihre Existenz und Einflusskraft nicht unwesentlich ab. Die Reduktion der Parlamentsbeteiligung auf eine bloße Tribüne außerparlamentarischer Bewegungen war nie von Dauer. Soweit die radikale Linke aber versucht, in Form von Regierungsbeteiligungen oder anderen strategischen Bündnissen mit der Mehrheitslinken zusammenzuwirken, ist sie unter den Bedingungen einer Hegemonie des Neoliberalismus mehr noch als die Mehrheitssozialisten dem Verdacht des Verzichts auf eigene Positionen und auf eine eigene Funktion bei der Formulierung von Politik, die über die der Abschwächung von Übeln hinausgeht, ausgesetzt. Gerade weil sie so radikale Maßstäbe an Politik anlegt, erscheint sie gemessen an diesen eigenen Maßstäben im besonderen Maß als unglaubwürdig. Der Ausweg aus diesem Dilemma kann nur im produktiven Umgang mit den zugrunde liegenden Widersprüchen und durch Gewinnung einer historischen Perspektive gesucht werden. Drei vornehmlich Aufgaben wären zu nennen, die dabei zu lösen wären:

Erstens könnte die radikale Linke versuchen, eine bestimmte Vorreiterrolle bei der in These 2 geforderten Entwicklung von eigenständigen linken Strategien zu spielen. Sie hätte sich auf den Standpunkt einer erst noch zu schaffenden vereinigten mehrheitsfähigen Linken zu stellen, um von dort aus wirtschafts-

und sozialpolitische Alternativen, Projekte der Demokratisierung unserer Gesellschaften und der wirksamen Friedenssicherung durch Prävention und friedliche Konfliktlösung zu formulieren. Sie hätte eine eigene Reformagenda aufzustellen, die den Realitäten gerecht wird, einen Interessenausgleich zugunsten der Mitte und des Unten in der Gesellschaft sucht, Perspektiven eröffnet und sich in Einstiegsprojekten manifestiert. Diese könnten in Deutschland u. a. sein: Übergang zu einem Sozialsystem, dass auf der Gesamtheit der Einkommen basiert und gleiche Grundansprüche formuliert; Übergang zu einem Steuersystem, dass in der Wirtschaft auf der Wertschöpfung basiert und bei den Einkommen untere Schichten deutlich entlastet und bei den oberen Schichten Einkommen geringer belastet, die produktiv investiert werden; Ausbau der Systeme der öffentlichen Daseinsvorsorge der Kommunen und Regionen insbesondere in den Feldern von Bildung, Wissenschaft und Kinderbetreuung; Übergang zu aktiver Wirtschaftspolitik durch Verdoppelung bzw. Verdreifachung der öffentlichen Investitionen in den sozial entscheidenden Zukunftsbereichen; Förderung der humanorientierten Dienstleistungen; Erprobung von Formen partizipativer Haushaltspolitik; Aufbau europäischer Kräfte der zivilen Krisenprävention.

Eine zweite Aufgabe der radikalen Linken könnte es sein, ihrerseits für den Aufbau einer sozial und kulturell verankerten Neuen Linken zu wirken. Die Veränderungsprozesse in den Gewerkschaften, NGO's, den sozialen Bewegungen, dem Sozialforumsprozessen usw. zeugen davon, dass es ein Potenzial für eine neue linke Formation gibt – teils durch Transformation »alter«, teils durch Bildung neuer Akteure. Dies ist ohne eine Verständigung über die Funktion, die Arbeitsweise und Organisationsprinzipien von Parteien der radikalen Linken unmöglich. Ihre Fähigkeit, als eine neue Volkspartei massenverbindend zu wirken (Porcaro), außerparlamentarisches und parlamentarisches politisches Wirken der Linken zu vermitteln, aktive Minderheiten mit gesellschaftlichen Mehrheiten zu verbinden, sind nur einige der Herausforderungen. Es wäre eine Aufgabe, die immer die Schaffung einer neuen breiten Linken, eine linke Hegemonie über die Mitte der Gesellschaft und ein zukünftiges politisch regierungsfähiges Mitte-Links-Bündnis im Auge hat.

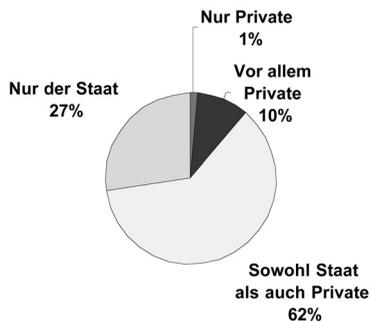
Die Partei der Europäischen Linken (EL) formuliert dazu in ihrem Programm: »Die großen Kämpfe der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften, der Arbeiter und Bürger gegen den Krieg verändern die Lage. In nur wenigen Jahren haben sie zu einem breiten Zusammenschluss für Frieden, gleiche Menschenrechte und Achtung vor unserem Planeten geführt. Als politische Kräfte der sozialen Transformation wollen wir zu dieser neuen Dynamik beitragen, die gegen die neoliberale Politik gerichtet ist. Die Sozialforen sind wichtige Gelegenheiten für Debatte und Auseinandersetzung, für die Entwicklung von Alternativen zum heutigen neoliberalen Europa durch die Völker und Bürger. Die sozialen Bewegungen und ihre Kämpfe haben ihre eigene Dynamik, ihre

selbständige Analyse, ihre Vorschläge und Initiativen. Wir sind dafür, die Rechte von Arbeitern und Gewerkschaften gegen Diskriminierung jeglicher Art zu verteidigen, zugleich aber für die Erweiterung von Arbeiterrechten wie der Rechte für Arbeitslose und Beschäftigte in ungesicherten Arbeitsverhältnissen, für die Erweiterung der Demokratie am Arbeitsplatz und im Wirtschaftsleben auf allen Ebenen, darunter auf der europäischen Ebene, zu kämpfen.«

Die Frage ist, inwieweit die Wahrnehmung einer solchen Aufgabe linker Parteien im Ensemble einer pluralen Bewegungen ein neuartiges Parteienverständnis verlangt. Welches sind die institutionellen Formen der Verbindung von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien? Welche Bindung an die Interessen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, die diese Parteien wählen, kann und muss erfolgen und in welchen Formen? Wie kann der Tendenz begegnet werden, dass Parteien nach der Wahl nur noch ihren Interessen bzw. primär der Logik des parlamentarischen Systems folgen, ohne dass dabei die Handlungsmöglichkeiten im parlamentarischen Raum zerstört werden.

Eine dritte Aufgabe der radikalen Linken könnte es sein, für eine neue Kultur sozialer Gerechtigkeit, offensiver Behauptung des Werts des öffentlichen, auch des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Dienstleistungen, des Einsatzes zur Überwindung von sozialer Desintegration und Marginalisierung zu wirken. Wesentliche soziale Kräfte der sozialen »Mitte« der Gesellschaft sind gleichermaßen individueller Selbstbestimmung und der Solidarität verpflichtet. Die »gute Gesellschaft« ist in den Augen der Mehrheit keinesfalls die private Gesellschaft, sondern jene, die soziale und individuelle Verantwortung miteinander verbindet (siehe Grafik 9). Die Atomisierung ist vor allem Resultat der Auflösung wesentlicher Formen gesellschaftlicher Integration in fast allen Lebensbereichen und hat zugleich Erwartungen geweckt, die Rolle von Staat und solidarischer Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger neu zu bestimmen, nicht aber sie zu verabschieden.

Grafik 9: Wer ist für die Erhaltung von Arbeitsplätzen zuständig: eher der Staat oder private Kräfte?



Quelle: SOEP, Berlin, zit. in: FAZ vom 16. April 2002, S. 15.

Dies ist ohne die Neubestimmung der Rolle des Staates unmöglich. Der fordistische Sozialstaat stellte zugleich eine Form der Eindämmung der Dominanz der Kapitalverwertung dar und eine spezifische Form der Disziplinierung und Regulierung der Lohnarbeit, die deutliche Züge einer generalisierten Hörigkeit annahm und starke repressive Züge trug, die vor allem in Zeiten der Krise und gegenüber Bestrebungen individueller Selbstbestimmung stärker hervortraten. Der Neoliberalismus, ein Projekt erneuter radikaler Durchkapitalisierung der Gesellschaft, greift in diesem Zusammenhang Elemente einer emanzipativen Revolte gegen diese Hörigkeit auf und integriert sie vor allem ideologisch, aber auch in einzelnen institutionellen Arrangements. Eine Linke, die sich dieser Ambivalenz des Neoliberalismus nicht stellt, ist zwangsläufig defensiv.¹³ Sie muss zugleich auf die gewachsenen emanzipativen Ansprüche vor allem der neuen kulturellen Mittelschichten der »Wissensgesellschaft« und auf die unmittelbaren Existenznöte eines neuen »Unten« der Gesellschaft eine Antwort finden. Anstelle des Kampfes um eine neue Verstaatlichung wäre um die demokratische und emanzipative Aneignung des öffentlichen Raumes zu kämpfen, um eine Demokratisierung und Sozialisierung öffentlicher Aufgaben jenseits der autoritären Verwaltung desselben durch einen bürokratisierten Staat.

Eines der schwierigsten Probleme für die gesamte radikale Linke ist das Verhältnis zur Sozialdemokratie. Das gegenwärtige neoliberale Projekt ist weder in seiner neu-sozialdemokratischen Form noch in seiner modern-konservativen Gestalt stabil. Beide stellen Variationen ein und derselben Strategie einer mehr oder minder radikalen neoliberalen Umgestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems dar. Der sozialökonomische Konflikt wird von beiden im Sinne der Stärkung der Macht der Großunternehmen, der Ausprägung des Marktcharakters der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge, der Privatisierung der sozialen Risiken bearbeitet. Und doch gibt es relevante Unterschiede. Sie liegen vor allem auf dem Gebiet einer stärker libertären Orientierung (Einwanderung, Bürgerrechte, Gleichstellung der Geschlechter, Ökologie) der Sozialdemokratie (und in Deutschland vor allem auch von Bündnis 90/Die Grünen) bzw. einer ausgeprägt autoritär-kulturkonservativen Ausrichtung. Auch andere Unterschiede sind keinesfalls unbedeutend (Bürgerversicherung contra Kopfpauschale, öffentliche Kinderbetreuung gegen konservatives Familienbild, neue Erbschaftssteuer gegenüber der Beibehaltung der alten Regelung, Streit um Subventionskürzungen, drastischer Abbau von Arbeitnehmerrechten

13 »Eine Paradoxie besteht m. E. darin, dass die neoliberale Gesellschaftstransformation die Begrenztheit staatlicher Politik bzw. deren Selbstbegrenzung aufzeigt. Sie bringt linke staatsorientierte Strategien, die weiterhin notwendig sind, in eine Defensivposition. Die Logik des Parteienwettbewerbs, das Zusammengehen der Parteiprogramme bis zur Unverwechselbarkeit (Poulantzas nannte das in den 70er Jahren die »herrschende Massenpartei«) löst wenig Raum für Ansätze radikaler Gesellschaftsveränderung.« Vgl. Brand 2003.

gegenüber einer moderateren Linie, unterschiedliche Distanz zur US-amerikanischen Außen- und Kriegspolitik u.a.).

Diese Unterschiede können den Parteien der radikalen Linken nicht gleichgültig sein. Bei Wahlen spielen sie oft die entscheidende Rolle. Die Sozialdemokratie scheint für viele Bürgerinnen und Bürger als das kleinere Übel oder wird auch mit einigen positiven Projekten verbunden. Die radikale Linke ist dagegen nicht mehrheitsfähig, wodurch ihre Rolle bei Wahlen sinkt. Sie muss zugleich ihre Rolle als Repräsentant einer Richtungsalternative vertreten und muss zeigen können, wie sie dazu beitragen kann, wie autoritär-konservative und teilweise sogar dezidiert rechte Regierungen wie die von Berlusconi in Italien verhindert bzw. Schritte wie die des Abzugs der spanischen Truppen aus dem Irak unterstützt werden können. Eine wichtige Form, die dabei entwickelt wurde, ist die der konstruktiven Tolerierung, die in Schweden schon sehr lange wirksam geworden ist.

Auch für die Lösung regionaler Probleme müssen Linksparteien, insbesondere wenn sie dort eine breite Wählerunterstützung erhalten, eigene Konzepte entwickeln. Die Landes- und Kommunalpolitik der linken Parteien muss sich daran messen lassen, wie sie erstens dazu beiträgt, auch innerhalb der gegebenen bundes- und europapolitischen Rahmenbedingungen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere der sozial Schwachen und durch Ausgrenzung bedrohten oder schon erfassten Gruppen zu vertreten sowie die Potenziale für eine langfristige eigenständige Entwicklung der Kommunen und Regionen zu stärken, zweitens die sozialen Kräfte für einen Richtungswechsel der Politik in den Kommunen, Ländern und auf nationaler Ebene insgesamt zu formieren und drittens die Entwicklung eines transformatorischen Projektes voranzutreiben, das die Profitdominanz über die Wirtschaft und Gesellschaft überwindet. Die linken Parteien müssen sich befähigen, wirkungsvolle Zeichen für »eine andere Politik« zu setzen. Kernelemente einer solchen Politik sind 1. ein demokratisch-partizipativer Politikstil, 2. die gezielte Förderung regionaler Ökonomie, 3. die nachhaltige Erneuerung der öffentlichen Daseinsvorsorge und 4. eine Politik sozialer und transkultureller Integration.

Knapp anderthalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges, zwei bis drei Jahrzehnte nach dem Beginn der Vorherrschaft des Neoliberalismus ist die Zeit gekommen, Grundlagen für eine neue Europäische Linke und ihr Projekt der sozialen, ökologischen, demokratischen und zivilen Umgestaltung der kapitaldominierten Gesellschaften zu legen. Im Zentrum steht die Arbeit an einer anderen überlegenen Entwicklungsweise der Wirtschaft in ihrer kulturellen, politischen und sozialen Dimension als letztlichem Kriterium einer hegemoniefähigen Strategie. Vom moralischen Protest muss zu mehrheitsfähiger Gestaltung übergegangen werden. Die Zeit dafür drängt.

Literatur

- Amin, Samir (2003): For Struggles, Global And National, in: Jai Sen, Anita Anand, Arturo Escobar, Peter Waterman (eds.): World Social Forum. Challenging Empires. New Delhi.
- Brähler, Elmar/Berth, Hendrik/Decker, Oliver/Richter, Horst-Eberhard (2000): Befindlichkeiten und Zukunftserwartungen in Ost- und Westdeutschland 10 Jahre nach der Wende – Ergebnisse zweier Repräsentativbefragungen. Leipzig: Manuskript.
- Brand, Ulrich (2003): Paradoxien sozialistischer Parteipolitik in Zeiten neoliberaler Globalisierung. Beitrag zum internationalen Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 19. und 20. Juni 2003 in Berlin. <http://left-parties.rosalux.de>.
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar (1998): Projekt Gesellschaftskritische Potenziale, Halle/Berlin.
- Chrapa, Michael (2002): Wahlen im Rückblick – Aufbruch 2002. Politische Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern nach der Bundestagswahl im September 2002. Soziologisch-empirische Studie, Halle: Manuskript.
- Hay, Colin (2003): Be Wary What You Wish for: «Third Way» Political Economy and the Dangers of Neoliberal Contagion in an Enlarged Europe. Paper prepared for presentation at the conference Mapping the Left in an Enlarged European Union: Convergence or Divergence, University of Birmingham, September 2003.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn.
- Klein, Dieter (Hrsg.) (2003): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Meyer, Thomas (2002): Soziale Demokratie und Globalisierung, Bonn.
- Noll, Heinz-Herbert (1999): Subjektive Schichtestufung, in: Wolfgang Glatzer, Ilona Ostner (Hrsg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen, Opladen, S. 147 – 162.
- Zinn, Karl-Georg (2000): USA Strukturveränderungen und Schlussfolgerungen für Deutschland, in: Göran Therborn/Karl Georg Zinn: Europa & Amerika im 21. Jahrhundert. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2000.

Politische Positionen linker Parteien im Europäischen Parlament: Programmatische Übereinstimmungen und Unterschiede in der fünften Legislaturperiode

Einführung

Mit der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union (EU) einerseits und institutionellen Machtzuwächsen für das Europäische Parlament (EP) andererseits bekommen die politischen Positionen nationaler Parteien auf der europäischen Regierungsebene eine immer größere Bedeutung, da die nationalen Parteien die wichtigsten kollektiven Akteure innerhalb der Parteiengruppen des EP sind. Die EP-Parteigruppen, im Deutschen auch als Fraktionen bezeichnet, orientieren sich im Großen und Ganzen an den Partiefamilien der nationalen Parteiensysteme und werden als »Rückgrat« des EP betrachtet. Die formalen Strukturen des EP bieten jedoch nur dann einen Spielraum zur Einflussnahme, wenn die Fraktionen als geeinte Gruppen agieren.¹ Bis jetzt ist die Fähigkeit der Fraktionen zum gemeinsamen Handeln hauptsächlich anhand des Abstimmungsverhaltens der Mitglieder des Europaparlaments (MEPs) untersucht worden. In diesen Studien wurde angenommen, dass der Zusammenhalt einerseits durch institutionelle Rahmenbedingungen und andererseits durch ideologische Übereinstimmungen der nationalen Parteien in den Fraktionen gefördert wird. Im vorliegenden Aufsatz soll die ideologische Homogenität der drei linken EP-Parteigruppen – der Fraktion der Partei der Europäischen Sozialisten (Sozialisten), der Fraktion der Grünen/Europäischen Freien Allianz

1 Bowler/Farrel 1999.

(Grüne) und der Konföderalen Gruppe der Europäischen Vereinten Linken/ Nordischen Grünen Linken (Vereinte Linke oder Linksozialisten) – anhand von quantitativen Inhaltsanalysen der Programme der Mitgliedsparteien für die Wahlen in ihren Heimatländern untersucht werden.

Ideologische Homogenität gilt auch als Voraussetzung für gemeinsame Aktionen der transnationalen europäischen Parteien, die ebenfalls entlang der Parteifamilien gebildet werden. Während sich die nationalen Parteien im EP hauptsächlich mit europäischer Gesetzgebung beschäftigen, sind die Europarteien überwiegend mit Wahlkämpfen befasst. Bislang haben sich zwei der drei linken Fraktionen zu transnationalen Parteiföderationen zusammengeschlossen.² Diese Föderationen waren bisher nur mit minimalen Ressourcen ausgestattet. Sie bezogen 50 % ihrer finanziellen Ressourcen von den EP-Parteigruppen und 50 % von den nationalen Mitgliederparteien.³ Ein Anreiz für verstärkte transnationale Zusammenarbeit wird neuerdings durch Zuschüsse des EP und des Europäischen Rats zur unabhängigen Finanzierung der Europarteien gegeben (Das Parlament 2003). Damit könnten Europarteien insbesondere für kleine EP-Parteigruppen bedeutsam werden, da die Europarteien nun schwache, nicht im EP repräsentierte nationale Parteien integrieren und fördern können. Europarteien erhalten aber nur dann Geld von der EU, wenn sie mit einem Statut und einem gemeinsamen Programm aufwarten können. In der vorliegenden Studie wird ein Schwellenwertansatz angewendet, um zu ergründen, welche Chancen die europäischen Linksozialisten haben, sich auf ein gemeinsames Programm zu einigen. Sowohl die sozialistischen als auch die grünen Parteien konnten sich trotz bestehender programmatischer Unterschiede auf gemeinsame Programme verständigen. Daher stehen die Chancen für die linksozialistischen Parteien dann gut, wenn die programmatischen Unterschiede zwischen ihnen entweder etwa gleich groß oder geringer sind als die der sozialistischen und der grünen Parteien. Die linksozialistischen Parteien haben hingegen kaum Chancen zur Einigung auf ein gemeinsames Programm, wenn die programmatischen Unterschiede zwischen ihnen wesentlich größer sind als die zwischen den sozialistischen und den grünen Parteien.

Im nächsten Abschnitt wird die Frage der Homogenität der EP-Parteigruppen als ein zweistufiges Problem kollektiven Handelns beschrieben. Die vorliegende Literatur und Resultate aus vorhandenen Studien zu Parteien, Parteienfamilien, EP-Fraktionen und Europarteien werden verwendet, um Hypothesen zur pro-

2 Die Arbeiten an diesem Aufsatz wurden im Frühjahr 2004 abgeschlossen, bevor sich die Partei der Europäischen Linken gründete. Der Europäischen Linken gehören seither viele Parteien der Konföderalen Gruppe der Vereinigten Linken an. Wie in diesem Aufsatz vorhergesagt, haben sich weder die griechische KKE noch die skandinavischen Linksozialisten der Europäischen Linken angeschlossen.

3 Bardi 1994.

grammatischen Passfähigkeit der drei linken Parteigruppen zu entwickeln. Im methodologischen Abschnitt wird ein multidimensionaler Ansatz vorgestellt. Jüngste Forschungen haben gezeigt, dass Positionen der Europarteien und der MEPs auf der Links-rechts- und der Europäischen-Integrations-Dimension einen Einfluss auf die europäische Politik ausüben. Im europäischen Mehrebenensystem konkurrieren jedoch drei Ebenen der Entscheidungsfindung – die europäische, die nationale und die regionale (lokale) Ebene – miteinander. Daher wird zusätzlich zur Links-rechts- und zur Europäischen-Integrations-Dimension die programmatische Homogenität der Parteigruppen im Hinblick auf nationale Souveränität und Dezentralisierung untersucht. Abweichungen der programmatischen Positionen der nationalen Parteien vom Gruppenmittel dienen als Maß für die programmatische Homogenität der Fraktionen. Aus dem Vergleich der Grade programmatischer Homogenität der drei linken Fraktionen werden dann in der Zusammenfassung dieses Kapitels Schlussfolgerungen darüber gezogen, welche Chance die linkssozialistischen Parteien haben, sich auf ein gemeinsames Europartei-Programm zu einigen.

1. Stand der Forschung

Die Geschlossenheit der Fraktionen im EP muss auf zwei Ebenen hergestellt werden: einerseits müssen die MEPs einer nationalen Partei zusammenarbeiten und andererseits müssen die nationalen Parteien innerhalb der EP-Fraktionen zusammenarbeiten, um gemeinsame Resultate zu produzieren. In der Literatur werden zwei Gründe angeführt, die die MEPs in den Fraktionen dazu veranlassen, geschlossen zu handeln: erstens belohnen institutionelle Rollen und Verfahren die MEPs und die Mitgliedsparteien für gemeinsames Handeln und zweitens gehören die MEPs und Parteien einer Fraktion zumeist derselben Parteifamilie an, sodass sie grundlegende ideologische Positionen teilen.⁴

1.1 Die Fraktionsdisziplin begünstigende Regeln und Verfahren

Alle vorliegenden Studien zur Geschlossenheit der Fraktionen des EP, definiert als die Fähigkeit der Parteigruppen, einen inneren Zusammenhalt zu erreichen,⁵ stimmen darin überein, dass der überragende Einfluss der nationalen Parteien in den Fraktionen auf formale Regeln und Verfahren zurückzuführen ist. Obwohl eine Erhebung aus dem Jahre 1998 zu Kontakten zwischen MEPs und nationalen Parteien zeigt, dass sich die MEPs in ihrer gesetzgeberischen

4 Brzinski 1995.

5 Hix/Lord 1997.

Arbeit weitgehend unabhängig von den nationalen Parteien fühlen,⁶ haben nationale Parteien die Möglichkeit, ihre EP-Vertreter zu kontrollieren, weil sie die Kandidaten auswählen.⁷ Die Kandidatenauswahl in Parteikomitees wird in der Literatur durchgängig als die Hauptursache dafür angesehen, dass nationale Parteien einerseits in den Fraktionen einen starken Einfluss ausüben und dabei andererseits relativ geschlossen auftreten. »Kandidatenauswahl ist der Schlüssel zum Verständnis der starken Position der nationalen Parteien«.⁸ Die nationalen Parteien »kontrollieren weitgehend die MEPs, (weil, AV) die traditionellen Parteien von Anfang an die Nominierungen kontrollierten«.⁹ Brzinski, die im Jahr 1994 eine Reihe von hauptamtlichen Mitarbeitern der zwei größten Fraktionen interviewte, stellt fest: »Die Entscheidungen über Wahllisten spiegeln nicht die Bedürfnisse der politischen Gruppen wieder und befriedigen sie auch nicht, sondern nur die der nationalen Partei«.¹⁰ Daneben werden Wahlen zum EP »fast gänzlich auf der nationalen Ebene und über nationale Themen ausgefochten«¹¹ und richten sich im Allgemeinen nach nationalen Prioritäten.¹² Ein weiterer Grund für den Einfluss der nationalen Parteien wird in dem hohen Prozentsatz an MEPs gesehen, die auch in ihren Heimatländern hohe Parteiämter innehaben (etwa 20 % in Italien und Deutschland).¹³ Ein einheitliches Abstimmungsverhalten wird oft auch dadurch erreicht, dass sich die nationalen Parteidelegationen vor den Fraktionssitzungen absprechen.¹⁴

Auf einer zweiten Ebene wird die Geschlossenheit der Fraktionen des EP durch institutionelle Regeln und Verfahren verstärkt.¹⁵ Zunächst einmal sind nationale Parteien zur Zusammenarbeit gezwungen, da die Fraktionen nur transnational organisiert werden dürfen und viele Rechte und Ressourcen ausschließlich den Fraktionen, nicht aber einzelnen MEPs oder nationalen Parteien zur Verfügung stehen. Ein anderer wichtiger Grund für transnationale Zusammenarbeit ergibt sich schlicht aus dem Zeitmangel, der eine Arbeitsteilung innerhalb der Fraktionen und in den Ausschüssen erfordert. Fraktionssitzungen vor den Plenarsitzungen – die Gruppenwoche in Brüssel – werden zudem von vielen Fraktionen intensiv genutzt, um gemeinsame Gruppenpositionen zu erarbeiten. Manche Fraktionen ernennen sogar »Einpeitscher« (whips), um ein einheitliches Abstimmungsverhalten zu erzwingen. Abweichler riskieren, aus

6 Raunio 2000a.

7 Bardi 1994.

8 Raunio 2000b, S. 238.

9 Pedersen 1996, S. 17.

10 Brzinski 1995, S. 143.

11 Gaffney 1996, S. 17.

12 Brzinski 1995.

13 Bardi 1994.

14 Raunio 2000b; Brzinski 1995.

15 Raunio 2000b; Corbett et al. 2000.

der Fraktion ausgeschlossen zu werden, obwohl dies bislang nur sehr selten vollzogen worden ist.

Alle Autoren weisen jedoch auch darauf hin, dass die Fraktionen des EP notwendigerweise weniger geschlossen sind als Fraktionen in den nationalen Parlamenten, wo Parteidisziplin die Regel ist. EP-Parteilgruppen »haben im Vergleich zu den Parteien in den Heimatländern weniger Macht und weniger Wege, ihre Mitglieder zu disziplinieren. Teilweise rührt das daher, dass es keine Regierung gibt, die unterstützt werden müsste«. ¹⁶ Raunio führt weitere Gründe auf, warum Fraktionen im EP nicht so eng zusammenarbeiten wie Fraktionen in den nationalen Parlamenten. ¹⁷ Zusätzlich zu den fehlenden Regierungs- und Oppositionsrollen schwächt demnach die Distanz der MEPs zu ihren WählerInnen, das Abstimmen nach nationalen Gesichtspunkten und die Zersplitterung der Fraktionen in viele nationale Parteien unterschiedlicher Stärke den Gruppenzusammenhalt. Eine Studie, die prüfte, ob die MEPs nach persönlichen politischen Präferenzen, entsprechend der Positionen ihrer Partei oder – im Fall von Meinungsverschiedenheiten – entsprechend der Positionen der Fraktionen im EP abstimmen, kommt zu dem Ergebnis, dass die Positionen der nationalen Partei bei weitem am einflussreichsten sind. ¹⁸ »Da die politischen Karrieren der Mitglieder in den meisten Fällen von ihrem Ansehen in den nationalen Parteien abhängen, ist die Auflehnung gegen Wahlanweisungen aus den Parteihauptquartieren der Heimatländer selbstzerstörerischer als dem Gruppeneinheitscher in der Straßburger Kammer Paroli zu bieten«. ¹⁹

1.2 Parteilfamilien, Fraktionen im EP und Europarteien

Die Geschlossenheit der Fraktionen im EP wird aber auch durch andere Faktoren beeinflusst. Die Fraktionen sind entlang von Parteilfamilien gebildet, die einen ideologischen Kern teilen. Diese ideologischen Übereinstimmungen gelten als eine wichtige Grundlage für die Geschlossenheit sowohl der Fraktionen im EP als auch der transnationalen Europarteien. »Hauptsächlich basierend auf den traditionellen Parteilfamilien, wie sie in den EU-Mitgliedsstaaten auftreten, ermöglicht ideologische Homogenität die interne Kohäsion der EP-Parteilgruppen«. ²⁰ »Ideologische Homogenität war ebenso wichtig für den Beitritt der nationalen Parteien in die Parteilgruppen. Das Parteilsystem des EP basiert weitgehend auf den traditionellen Parteilfamilien in den EU-Mitgliedsstaaten«. ²¹ Laut

¹⁶ Brzinski 1995, S. 142-143.

¹⁷ Raunio 1997.

¹⁸ Hix 2002.

¹⁹ Raunio 1997, S. 185.

²⁰ Ders., S. 182.

²¹ Raunio 2000b, S. 244.

Bardi²² hatten fast alle Fraktionen des EP bereits Mitte der neunziger Jahre ein hohes Maß an Homogenität erreicht, von dem nur wenige Parteien abwichen. Der Einfluss von Parteifamilien zeigt sich auch in einer Studie von Marks und anderen, die auf den Daten der Experteninterviews von Ray beruht.²³ In dieser Studie wurden Politikwissenschaftler gebeten, die Positionen der Parteien im Hinblick auf die europäische Integration zu vier Zeitpunkten zwischen 1984 und 1996 einzuschätzen. Fast drei Viertel der Unterschiede in den Positionen der nationalen Parteien können laut dieser Untersuchung mit der Zugehörigkeit zu Parteifamilien erklärt werden.

Darüber hinaus stimmen die Mitgliedschaften in den Europarteien nicht vollständig mit den Mitgliedschaften in den EP-Fraktionen überein. So umfasst die grüne Fraktion heute sowohl Mitgliedsparteien der Europäischen Föderation Grüner Parteien als auch Parteien aus der Europäischen Freien Allianz, einer Föderation von regionalen Parteien. Da Dezentralisierung für regionale Parteien wichtiger ist als für grüne Parteien, werden sich Mitglieder der grünen Fraktion in dieser Hinsicht vermutlich voneinander unterscheiden. Dietz²⁴ merkt jedoch an, dass die transnationale Kooperation in der Fraktion der Grünen ein beträchtliches Niveau erreicht hat, obwohl immer noch wichtige Unterschiede im Vergleich zu den anderen Parteiföderationen bestehen. Der bedeutendste Unterschied tritt bereits mit der Bezeichnung des Zusammenschlusses als »Föderation« zutage. Die Grünen haben diese Bezeichnung gewählt, um zum Ausdruck zu bringen, dass die nationalen Parteien ihre Unabhängigkeit behalten. Obwohl die grüne Föderation seit 1994 Wahlprogramme publiziert, trifft sie keine bindenden Entscheidungen für die nationalen Parteien.

Die sozialistische Fraktion ihrerseits hat eine relativ gut etablierte Europarteiorganisation. 1992 wurde von Parteien, die bis dahin in der Sozialdemokratischen Föderation organisiert gewesen waren, die Partei der Europäischen Sozialisten (PES) gegründet, eine regionale Organisation der Sozialistischen Internationale. Seit der Gründung der PES treten die sozialdemokratischen Parteien zu den Europawahlen mit gemeinsamen Wahlprogrammen an.²⁵ Die ideologische Homogenität der sozialistischen Fraktion dürfte nicht nur von der Tatsache herrühren, dass alle Mitgliedsparteien zur selben Parteifamilie gehören, sondern sollte auch von der langjährigen Zusammenarbeit in der Föderation der Sozialdemokraten seit 1974 und durch die Kooperation innerhalb der Sozialistischen Internationale als einer gut etablierten internationalen Parteiorganisation befördert worden sein.

22 Bardi 1994.

23 Marks/Steenbergen 2002; Ray 1999.

24 Dietz 2002.

25 Damm 1999.

Im Allgemeinen sind die bestehenden transnationalen Europarteien jedoch aufgrund beschränkter Mittel und organisatorischer Defizite wenig einflussreich.²⁶ Obwohl die Fraktionen im EP offizielle Organe ihrer Europarteien sind,²⁷ sind die EP-Fraktionen während der Legislaturperiode von ihren Europarteien relativ unabhängig. »Die Europarteien funktionieren mehr wie Dachorganisationen, die ein Forum für die Koordination gleichgesinnter nationaler Parteien bilden.«²⁸ »Die Beziehung zwischen den EP-Gruppen und den Parteiföderationen beruht auf einer Teilung der Verantwortung. Die Koordinierung der Wahlkämpfe fällt in den Verantwortungsbereich der Parteiföderation, während sich die EP-Gruppen auf die EU-Gesetzgebung konzentrieren.«²⁹ Daher ist ein hoher Grad der Unabhängigkeit der Fraktionen von ihren Europarteien die Regel und keine Ausnahme.³⁰ »Das Verhältnis zwischen den EP-Gruppen und ihren Europarteien wird am besten als Dreieckskooperation beschrieben, wobei die nationalen Mitgliedsparteien den dritten und definitiv wichtigsten Teil der Struktur bilden.«³¹

Die gestiegene Bedeutung der europäischen Ebene führte zu einer wachsenden transnationalen Zusammenarbeit zwischen den Parteien, ein Prozess, der hauptsächlich durch vermehrte Kontakte zwischen den nationalen Parteien, den Fraktionen im EP und den transnationalen Europarteien gefördert wurde.³² Die Entstehung der Europarteien war jedoch ein langwieriger Prozess, und die heute existierenden Organisationen sind ein jüngerer und neueres Phänomen, als die Gründungsdaten suggerieren. Anfangs war die Formulierung gemeinsamer Politikpositionen schwierig, wenn nicht unmöglich. Für geraume Zeit wurden gemeinsame Europrogramme erst gar nicht herausgegeben, sie waren sehr vage oder ganze Politikfelder wurden ignoriert, sofern dazu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedsparteien bestanden.³³ Hix³⁴ bemerkt, dass sich 1979, 1985 und 1989 in allen Europarteien beim Entwerfen der gemeinsamen Wahlprogramme aufgrund der ideologischen Vielfalt der Mitgliedsparteien tiefe Risse auftraten.

Dass die Geschlossenheit der Fraktionen des EP durch vielfältige Faktoren sowohl begünstigt als auch behindert wird, schlägt sich in gegensätzlichen Vorstellungen von europäischen Partei(föderation)en nieder: die Theorien reichen von einer »minimalistischen« Sichtweise, die in den Föderationen nicht viel

26 Raunio 1997.

27 Raunio 2000b.

28 Ders., S. 245.

29 Ladrech 1996, S. 294.

30 Bardi 1994.

31 Raunio 2000b, S. 245.

32 Ladrech 1996.

33 Niedermayer 1996.

34 Hix 1996.

mehr als transnationale Interessengruppen sieht, bis zu einer »maximalistischen« Sicht, die sie als (vollwertige) politische Parteien auf europäischer Ebene betrachtet.³⁵ Einerseits spekulieren Gabel und Hix, dass »... die Europarteien schwerwiegende interne Konflikte über die EU-Politik haben können, dennoch ein gemeinsames Wahlprogramm schreiben müssen. Ein solcher interner Dissens könnte in Programmen resultieren, die empfindliche Fragen vermeiden oder mehrdeutig sind. Wenn z. B. alle Europarteien von internen Meinungsverschiedenheiten über die weitere institutionelle und territoriale Integration betroffen sind, könnten diese Konflikte über die Dimension der Integration in den Europarteiprogrammen einfach unter den Teppich gekehrt werden.«³⁶ Andererseits produzieren die Europarteien Programme, deren Profil sich deutlich voneinander abhebt.³⁷ Diese Unterschiedlichkeit der Profile der Europarteien trägt manchen Autoren zufolge zur programmatischen Ähnlichkeit zwischen den Mitgliedsparteien bei, insbesondere im Hinblick auf gemeinsame Positionen zum europäischen Institutionsaufbau.³⁸

Während die Sozialisten und die Grünen relativ konsolidiert sind,³⁹ hat die linkssozialistische Fraktion im EP so viele Wandlungen und Spaltungen durchlaufen, dass sie in der politikwissenschaftlichen Literatur als eine neue Fraktion betrachtet wird.⁴⁰ Nach dem Zweiten Weltkrieg und zu Beginn des Kalten Krieges nahmen alle kommunistischen Parteien, »aus Moskau dirigiert«,⁴¹ die gleichen Positionen ein. Jedoch spalteten sich die kommunistischen Parteien bald darauf in den eurokommunistischen und den traditionellen Pro-Moskau-Flügel. Obwohl dies sicherlich eine Vereinfachung darstellt, wurden diese Unterschiede als der französische (PCF) und der italienische Weg (PCI) bezeichnet.⁴² Die Eurokommunisten wurden von der italienischen PCI dominiert, die traditionellere Gruppe von den französischen Kommunisten. Als Folge dieser Spaltungen hielt die Gruppe so gut wie nie gemeinsame Treffen ab und konnte sich selten auf eine gemeinsame Linie für Ausschuss- oder Plenarsitzungen einigen.⁴³ Nach den Wahlen im Jahr 1989 trennten sich die beiden Gruppen offiziell und schufen zwei neue EP-Fraktionen mit ähnlichen Namen, die italienisch geführte »Vereinte Europäische Linke« und die eine härtere Linie vertretende Gruppe »Linke Einheit«. Bald darauf wandelte sich die kommunistische PCI

35 Hix 1996.

36 Gabel/Hix 2002, S. 954.

37 Niedermayer 1996.

38 Damm 1994; Hix 1996.

39 Raunio 1997.

40 Bardi 1996.

41 Bell 1996, S. 220.

42 Bell 1996.

43 Corbett et al. 2000.

in die sozialdemokratische PDS und schloss sich schließlich der sozialistischen Fraktion an. Dieser Mitgliederverlust führte dazu, dass die Vereinigte Europäische Linke ihren Fraktionsstatus verlor.

Die Wiedervereinigung der beiden Fraktionen im Jahr 1994 war der Neubeginn für die linkssozialistischen Kräfte im EP.⁴⁴ Nach der Erweiterung der EU im Jahr 1995 gewann die Fraktion schwedische und finnische Mitglieder dazu. Diese Neumitglieder bestanden darauf, dass die Fraktion ihren Gruppennamen »Vereinte Europäische Linke« (GUE, Gauche Unifiée Européenne) um die Bezeichnung »Nordische Grüne Linke« (Nordic Green Left) erweiterte.⁴⁵ Die Gruppe umfasste jetzt zwei französische kommunistische Parteien und einige unabhängige französische Parlamentarier, zwei italienische Parteien, drei Parteien aus Griechenland, drei Parteien aus den skandinavischen Ländern Dänemark, Finnland und Schweden, die deutsche PDS, die niederländische SP, die spanische IU und die portugiesische PCP. Falls die ideologische Homogenität der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken das Maß an programmatischer Homogenität der sozialistischen Parteien erreichen sollte, ist die Etablierung einer vollwertigen Europartei für die linkssozialistischen Parteien denkbar; wenn die ideologische Homogenität jedoch nur dem (vorausgesetzt niedrigeren) Grad der Homogenität der grünen Parteien entspricht, ist eine transnationale Föderation, in der die Parteien ihre Unabhängigkeit behalten, ein realistisches Modell für die Vereinte Linke/Europäische Linke.

1.3 Empirische Studien zum Zusammenhalt der EP-Parteigruppen

Verschiedene Studien haben versucht, den Zusammenhalt der EP-Fraktionen zu messen. Die meisten Untersuchungen beruhen auf der Analyse der namentlichen Abstimmungen im EP. Einige nutzen auch Interviews mit MEPs oder berufen sich auf Experteneinschätzungen. Alle diese Studien zeigen einen hohen Grad an Kohäsion innerhalb der Gruppen.

Attina präsentierte 1990⁴⁶ eine Analyse von namentlichen Abstimmungen, für die er Übereinstimmungsindizes für alle Fraktionen in der ersten und zweiten Legislaturperiode des EP in Bezug auf fünf Kategorien von Beschlüssen (international, institutionell, politisch-ökonomisch, soziokulturell, sektoral-solidarisch) berechnete. Die Indizes für diese fünf Kategorien belegten, dass sich die kommunistische Fraktion hinsichtlich ihres Abstimmungsverhaltens geschlossener zeigte als die sozialistische. Der Geschlossenheitsgrad der Sozi-

44 Corbett et al. 2000.

45 Dies.

46 Attina 1990.

alisten erreichte 65,8 % in der ersten und 62,2 % in der zweiten Parlamentsperiode, während die kommunistische Gruppe 71,9 % in der ersten und 71,2 % in der zweiten Periode erzielte. Innerhalb der kommunistischen Gruppe stimmten vor allem Mitglieder der italienischen und die französischen Delegationen unterschiedlich ab, vor allem bei institutionellen Angelegenheiten, gefolgt von wirtschaftlichen Themen. Das Abstimmungsverhalten der Kommunisten unterschied sich am wenigsten in internationalen Fragen. Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens⁴⁷ für eine Stichprobe aller Abstimmungen zwischen 1989 und 1994 offenbart sogar ein noch höheres Maß an Übereinstimmung innerhalb der Fraktionen: 98,6 % für die orthodoxe kommunistische Gruppe, 91,5 % für die Eurokommunisten, 90,4 % für die Sozialisten und 85 % für die grüne Fraktion. Raunio zeigte 1997,⁴⁸ dass es zu dieser Zeit keinen Zusammenhang zwischen der Anzahl und der Stärke der Parteien in den Fraktionen und der Geschlossenheit des Abstimmungsverhaltens gab. Seinen Untersuchungen zufolge verhielten sich die Vereinte Europäische Linke und die Fraktion Linke Einheit geschlossen, während die sozialistische Fraktion den geringsten Zusammenhalt aufwies. Neuere Daten für die Periode 1994 bis 1995 werden von Hix und Lord⁴⁹ präsentiert. In ihrer Stichprobe unterscheidet sich die Geschlossenheit der Fraktionen nicht sehr stark, aber nun erscheinen die Sozialisten als die homogenste (89 %), die Linkssozialisten als die am wenigsten kohärente Gruppe (84 %), dicht gefolgt von den Grünen (85 %). Alle auf Abstimmungsverhalten beruhenden Studien könnten jedoch den Zusammenhalt der Linkssozialisten überschätzen. Es gibt viele grundsätzliche Einwände gegen Analysen von namentlichen Abstimmungen. Hier soll nur ein spezifischer Unterschied zwischen einer Abstimmung mit »Ja« und einer mit »Nein« hervorgehoben werden. Eine »Nein«-Stimme kann für gegensätzliche Ansichten stehen: Während ein MEP mit »Nein« stimmt, weil ihr etwas zu viel ist, kann ein anderer MEP sich für ein »Nein« entscheiden, weil ihm etwas zu wenig ist.

Bardi präsentierte 1994⁵⁰ eine Studie, die auf Interviews mit MEPs im ersten direkt gewählten Parlament beruht, wobei der Fragebogen so konzipiert war, dass Einstellungsunterschiede zwischen den MEPs zutage treten konnten. Diese Studie offenbart Konfliktpotenziale innerhalb aller Fraktionen, da die Einstellungen der MEPs wesentlich heterogener waren als ihr Abstimmungsverhalten. Obwohl das Niveau der Homogenität von Einstellungen generell wesentlich niedriger liegt als das von Abstimmungen, bleibt die Reihenfolge erhalten: Einstellungen der MEPs in den linken Fraktionen sind einheitlicher als die der MEPs in den Mitte-rechts-

47 Brzinski 1995.

48 Raunio 1997.

49 Hix/Lord 1997.

50 Bardi 1994.

Gruppen. Im Jahr 1990 führten Bowler und Farrell⁵¹ eine weitere Untersuchung der Einstellungen von MEPs durch. Sie stellten zwölf Fragen zu allgemeiner Höflichkeit und zivilisierten Umgangsformen einerseits und Normen der Parteiloyalität andererseits. Drei dieser Fragen sind für die Fraktionsdisziplin relevant: (1) sich öffentlich gegen die Position der GruppenführerInnen aussprechen (56 % inakzeptabel versus 30 % akzeptabel für alle MEPs), (2) einen Antrag einbringen, ohne vorher die Parteigruppe einzubeziehen (36 % inakzeptabel versus 55 % akzeptabel) und (3) gegen die Gruppenlinie abstimmen (38 % versus 53 %). Leider werden keine Rohdaten für die linken Gruppen angegeben und nur Regressionskoeffizienten dargestellt. Aus diesen Regressionskoeffizienten schließen Bowler und Farrell, dass die »linken Gruppen im Allgemeinen gewillter sind, zu den Parteigruppen zu halten, als andere Gruppen, ein Ergebnis, dass weitgehend mit Attinas Analyse des Abstimmungsverhaltens übereinstimmt«. ⁵²

1.4 Hypothesen zu programmatischen Ähnlichkeiten und Unterschieden

Trotz der ermutigenden Ergebnisse der Abstimmungs- und Einstellungsanalysen beurteilen die meisten PolitikwissenschaftlerInnen die Zukunftsperspektiven für die Vereinte Linke pessimistisch. Daraus werden folgerichtig pessimistische Hypothesen über ein zukünftiges gemeinsames Programm der Linkssozialisten abgeleitet. Nur Corbett et al. stellen fest, dass »es trotz ihrer heterogenen Mitgliedschaft Anzeichen dafür gibt, dass die augenblickliche Gruppe mehr Zusammenhalt zeigt als ihre Vorgänger, indem sie zum Beispiel anlässlich der ersten Plenarsitzung im Oktober 1999 ihre erste gemeinsame Presseerklärung abhielt«. ⁵³ Alle anderen PolitikwissenschaftlerInnen würden mit Bell darin übereinstimmen, dass »in der Realität die kommunistischen MEPs nie als eine Gruppe gehandelt hatten, sich selten getroffen hatten und in nationale Gruppen aufgespalten waren«. ⁵⁴ Sie sprechen von »Stadien des Zerfalls der westlichen kommunistischen Bewegung« ⁵⁵ und würden sich der Behauptung anschließen, dass »mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Blocks und dann der Sowjetunion die westlichen Kommunisten ihren Organisationsfokus, ihre Mission und ihr Sozialmodell verloren haben«. ⁵⁶ In diesem Sinn wird auch argumentiert, dass »im Ganzen gesehen, der Zusammenhalt der Bewegung nicht so ist, wie er einmal war ... Und [dass, AV] es bedeutende Divergenzen in den Ansichten gibt«. ⁵⁷ Daher können

51 Bowler/Farrell 1999.

52 Dies., S. 218.

53 Corbett et al. 2000, S. 77.

54 Bell 1998, S. 134.

55 Ders., S. 138.

56 Ders., S. 147.

57 Ders., S. 148.

wir erwarten, dass sowohl die *Links-rechts-Positionen der Linksozialisten als auch ihre spezifischen Positionen zur Sozialpolitik divergenter sind als die der Sozialisten und der Grünen*. Hix argumentiert im Besonderen, dass die Kommunisten keine gute Chance haben, eine transnationale Parteiorganisation zu bilden, da die nationalen Parteien »hinsichtlich der Frage der politischen Integration grundsätzlich zerstritten [sein]«. ⁵⁸ Dies könnte ein ernstes Handikap darstellen, da sich auf der europäischen Ebene viele Themen auf die Dimension der europäischen Integration beziehen. ⁵⁹ Nach der Bildung der Kominform im September 1947 wandten sich die europäischen kommunistischen Parteien gegen die europäische Integration. »Europa wurde damals von allen kommunistischen Parteien als kapitalistisch, transatlantisch, reformistisch und als ein Bollwerk gegen die Revolution identifiziert«. ⁶⁰ 1956 trafen sich die sechs kommunistischen Parteien der EG in Rom und verlangten die Ablehnung des Vertrages. ⁶¹ Ende der siebziger Jahre waren die meisten kommunistischen Parteien entweder gegen den Eintritt ihrer Länder in die EG oder zumindest gegen mehr Integration. Pro-europäisch verhielten sich zu dieser Zeit nur die spanischen und die italienischen Kommunisten. ⁶² Zu Beginn der neunziger Jahre lehnten die meisten linksozialistischen Parteien auch den Vertrag von Maastricht ab. Alle Parteien betonten das »demokratische Defizit« der EU; manche kritisierten auch die gemeinsame Außen- und Militärpolitik. Die PCF beschrieb die EU als brutale freie Marktwirtschaft, regiert von multinationalen Konzernen und Banken, und fürchtete einen Anstieg der Arbeitslosenquoten sowie ein allgemeines Sinken der Lebensstandards. Aber es gab auch Abweichler von dieser Fraktionslinie, die argumentierten, dass die »Kampagne nicht rein negativ sein und auch ein alternatives Projekt anbieten sollte, in diesem Fall die Idee eines linken Europas«. ⁶³ Mit den Erweiterungen der EU im Jahre 1995 traten schwedische und finnische Parteien der linksozialistischen Fraktion bei. Mit den Schweden bekam die Fraktion einen erklärten Gegner der EU hinzu, während die Finnen in einen pro- und einen anti-europäischen Flügel gespalten sind. ⁶⁴ Bell argumentiert, dass die Positionen dieser beiden Parteien nicht nur den anti-europäischen Positionen ihrer WählerInnen entsprachen, sondern dass die Parteien auch darauf abzielten, »einen Weg zu finden, ihre separaten Identitäten auf der linken Seite des Parteispektrums aufrechtzuerhalten«. ⁶⁵

58 Hix 1996, S. 309.

59 Raunio 1997.

60 Bell 1996, S. 222.

61 Ders.

62 Ders.

63 Ders., S. 230.

64 Corbett et al. 2000; vgl. dazu auch die Beiträge von Kalevi Suomela Stefan und Stefan Sjöberg in diesem Band.

65 Bell 1996, S. 228.

Hix und Lord⁶⁶ kombinierten verschiedene Methoden, um die Geschlossenheit der Parteifamilien seit der Mitte der neunziger Jahre zu messen. Sie mischten Experteneinschätzungen der Links-rechts-Dimension und die Selbstplatzierung der WählerInnen auf der Integrationsdimension. Im Hinblick auf die Links-rechts-Dimension erscheinen mit dieser Methode die Sozialisten als die am engsten geschlossene Gruppe, die Grünen als die am wenigsten geschlossene. Die Linksozialisten nehmen die Position mittlerer Geschlossenheit ein. Im Hinblick auf die europäische Integration waren die linkssozialistischen Parteien jedoch die bei weitem heterogenste Parteifamilie. Hix merkt auch an, dass die Grünen »als die einzige klar anti-integrationistische Kraft mit einer Parteiorganisation auf europäischer Ebene hervortraten. Z.B. stimmten bei der Ratifizierung des Maastricht-Vertrages die grünen Parteien im EP und in jedem einzelnen nationalen Parlament gegen den Vertrag«. ⁶⁷ *Demnach können wir vermuten, dass die Programme der sozialistischen Parteien im Hinblick auf die europäische Integration weitgehend übereinstimmen, die Programme der linkssozialistischen Parteien jedoch in dieser Hinsicht nicht heterogener sind als die der Grünen.*

Darüber hinaus könnten die drei skandinavischen Parteien von den anderen linkssozialistischen Parteien abweichen, da sie sich als die ökologischen Kräfte ihrer Länder sehen, was im Namen der Gruppe zum Ausdruck kommt. *Deswegen könnten die umweltpolitischen Positionen der linkssozialistischen Parteien unterschiedlicher sein als die der sozialistischen Parteien und der Parteien der grünen Föderation.*

Es gibt noch weitere Gründe, aufgrund derer man erwarten kann, dass die Programme der linkssozialistischen Parteien weniger homogen sind als die der sozialistischen und der grünen Parteien. Die PCF war dafür bekannt, dass sie die EU als Bedrohung der nationalen Souveränität ansah.⁶⁸ Im Referendum von 1972 zur EU-Erweiterung lehnte die PCF nicht nur die britische Mitgliedschaft ab, sondern wandte sich gegen den Supra-Nationalismus im Allgemeinen. Zu jener Zeit »nahm die Partei eine aggressive Haltung an mit dem Zweck, die Autonomie der nationalen politischen Arena zu verteidigen«. ⁶⁹ Bell führt aus, dass »die PCF gegen jede Minderung der Souveränität des Staates argumentierte und als Verteidigerin des Nationalstaats und Kritikerin jedweder Machtzuweisung an die Kommission auftrat«. ⁷⁰ Er behauptet, dass die PCF nur eine Partei aus einer ganzen Gruppe war, die sich gegen jegliche Bewegung in Richtung auf mehr europäische Integration verwahrte. Seiner Ansicht nach war für diese Parteien

66 Hix/Lord 1997.

67 Hix 1999, S. 88-89.

68 Bell 1996.

69 Ders., S. 225.

70 Ders., S. 134.

die Beteiligung an den EU-Institutionen »nur ein Mittel, weitere Integration zu verlangsamen oder zu verhindern«.71 Obwohl die kommunistische Bewegung die erste wirkliche internationale Bewegung in Europa war, können wir daher davon ausgehen, dass *die programmatischen Positionen der linkssozialistischen Parteien hinsichtlich der Nationale-Souveränität-Internationalismus-Dimension uneinheitlicher sein werden als die der Sozialisten und der Grünen.*

Darüber hinaus umfasst die linkssozialistische Fraktion mehr als eine Partei aus Frankreich, Italien und Griechenland. In den nationalen Systemen konkurrieren diese Parteien miteinander.72 Da sie, um zu überleben, ihre eigene Identität wahren müssen, könnten sie verschiedenartige Positionen betonen. Also können wir erwarten, dass *die programmatische Homogenität der Linkssozialisten niedriger sein wird als die der Sozialisten und der Grünen, und zwar hinsichtlich aller Dimensionen; die griechischen, die französischen und die italienischen Parteien weichen dieser Hypothese zufolge am stärksten vom Gruppenmittel ab.*

1.5 Veränderungen der Europäische-Integrations-Dimension im Zeitverlauf

Erst kürzlich stellten Hooghe et al.73 die Verteilung der Parteien auf der Europäische-Integrations-Dimension als umgekehrte U-Kurve dar. Während die extreme Linke und die extreme Rechte sich den Euroskeptizismus teilen, werden die Parteien in der Mitte als europafreundlich eingeschätzt. Hooghe et al. behaupten, dass diese Verteilung ein »unbestrittener Fakt« sei. Im Widerspruch zu diesem »Fakt« steht jedoch die Tatsache, dass sich die Positionen der Parteien im Hinblick auf Europa im Laufe weniger Jahre stark verändert haben. »Eines der auffälligsten Merkmale der Reaktion der nationalen Parteien auf die Europäische Union ist die Art und Weise, wie die meisten Parteien der EU-Mitgliedsländer pro-Europäische-Union eingestellt sind oder es geworden sind. Dies ist nicht immer der Fall, aber es stellt eine starke Tendenz in der EU-Politik dar. In den neunziger Jahren blieben nur eine Handvoll kommunistischer und extrem rechtslastiger Parteien kompromisslose EU-Gegner. Klassische Beispiele für eine solche Feindlichkeit sind ... die französische und die portugiesische kommunistische Partei«.74 »Im Lauf von nur wenigen Jahren haben Dänemark und Großbritannien, traditionell die beiden zurückhaltendsten EU-Mitgliedsstaaten, bedeutende Veränderungen ihrer Politik gegenüber der europäischen Integration innerhalb zweier, auf nationaler Ebene wichtiger Parteien erlebt: der dänischen sozialdemokratischen Partei und der britischen Arbeiterpartei«.75

71 Bell 1998, S. 135.

72 Wehr 2001.

73 Hooghe et al. 2002.

74 Gaffney 1996, S. 19.

75 Haahr 1992, S. 77-78.

Hooghe et al. erweiterten eine Expertenbefragung zur Unterstützung der europäischen Integration, die von Ray⁷⁶ für 1984, 1988, 1992 und 1996 durchgeführt worden war, auf 1999 aus. Die Experten sehen die Sozialisten seit 1984 als zunehmend pro-europäisch. Die Grünen wurden zwischen 1984 und 1996 als anti-europäisch beurteilt, gefolgt von einem merklichen Anstieg der Unterstützung für die EU von 1996 bis 1999. Für die linkssozialistischen Parteien bemerkten die Experten kaum eine Veränderung der Positionen zur europäischen Integration.⁷⁷ Dies könnte jedoch ein falscher Eindruck sein angesichts der Geschwindigkeit, mit der andere Parteien ihre Position zur europäischen Integration verändert haben. Hix spricht zum Beispiel von einer Konvergenz hin zu einer pro-europäischen Position, da die Sozialisten sich von einer moderaten Anti-Integrationsposition Ende der siebziger Jahre zu einer pro-europäischen Position Ende der achtziger Jahre bewegten.⁷⁸ Nur ein paar Jahre später stellten Gabel und Hix⁷⁹ dann fest, dass die Sozialisten und die Europäische Volkspartei (EVP) ihre politischen Positionen gänzlich ausgetauscht hatten. Im nächsten Abschnitt werden die verschiedenen Resultate aus empirischen Studien und die daraus abgeleiteten Hypothesen zur programmatischen Passfähigkeit der Fraktionen an den Aussagen der Parteien in ihren nationalen Wahlprogrammen überprüft.

2. Empirische Analyse der programmatischen Übereinstimmungen und Unterschiede

In der Regel geben alle Parteien für jede Wahl zu den nationalen Parlamenten der 15 EU-Mitgliedsstaaten Wahlprogramme heraus. Im Gegensatz zu anderen Stellungnahmen von Parteiliten oder Parteifraktionen werden Wahlprogramme verbindlich von der Partei als Ganzer angenommen und stellen die Hauptpolitikprämissen dar, zwischen denen WählerInnen sich entscheiden können. Obwohl Wahlprogramme oft als reine »Einkaufslisten« kritisiert werden, die für das politische Verhalten von Parteien keine Relevanz haben, haben eine ganze Reihe von Untersuchungen gezeigt, dass programmatische Positionen in Gesetze⁸⁰ und in Staatshaushalte⁸¹ umgesetzt wurden. Wahlprogramme der nationalen Mitgliedsparteien sind eine nützliche Quelle, um die programmatische Vereinbarkeit von Parteigruppen zu untersuchen, da die nationalen Parteien die wichtigsten kollektiven Akteure in den Fraktionen des EP darstellen.

76 Ray 1999.

77 Hooghe et al. 2002, S. 969.

78 Hix 1999, S. 87.

79 Gabel/Hix 2002, S. 952.

80 Pomper 1968; Ginsberg 1982; Rallings 1987; Thomson 2001.

81 Klingemann/Hofferbert/Budge 1994.

Zudem kann die programmatische Homogenität der EP-Fraktionen nicht auf der Grundlage von Europrogrammen studiert werden, da die Sozialisten und die grünen Parteien die EP-Wahlen heutzutage jeweils mit gemeinsamen Programmen bestreiten (obwohl einige sozialistische und grüne Parteien immer noch ihre eigenen EP-Wahlprogramme herausgeben). Darüber hinaus sind die Parteien der Mitgliedsländer, nicht die MEPs oder Parteieliten, die Grundbestandteile der transnationalen Europarteien.

2.1 Die Methode der Inhaltsanalyse

Die Manifesto-Forschungsgruppe und ihre Fortsetzung, das Comparative Manifesto Project, sammelten und verschlüsselten Wahlprogramme aller relevanten Parteien in den nationalen Parlamenten. Da die Datensammlung kleine Parteien ausschließt, sind für die kleinen französischen und italienischen Parteien jedoch keine Daten vorhanden (vergleiche Anhang 1 und 2 zu den Details). Der spezifische Ansatz dieser Forschergruppe⁸² ist leicht anwendbar. In einem ersten Schritt liest ein(e) CoderIn jeden Satz eines Programms und entscheidet, ob eine von 56 vorgegebenen Kategorien zutrifft. Diese 56 Kategorien wurden so konzipiert, dass sie den gesamten Inhalt von Wahlprogrammen in verschiedenen Ländern abdecken. Beispiele für Kategorien sind »Europäische Integration: positiv« oder »Europäische Integration: negativ«. Jede Kategorie ist anhand einer Sammlung von typischen Fragen und politischen Ideen definiert. Z.B. umfasst die Kategorie »Europäische Integration: positiv« alle spezifischen Argumente und Stellungnahmen für den Ausbau der europäischen Integration.

Im zweiten Schritt der Inhaltsanalyse wird ausgezählt, wie viele Male jede der 56 Positionen innerhalb eines Programms vorkommt. In einem dritten Schritt wird jede der 56 Positionen auf der Grundlage der Gesamtzahl der Positionen in einem Programm standardisiert. Wegen der unterschiedlichen Länge der Programme wird jede Position als Prozentsatz des Gesamtprogramms angegeben. Je mehr Raum einer Position eingeräumt wird, desto wichtiger ist sie für eine Partei. Das Maß kombiniert also die Position und ihre jeweilige Bedeutung für eine Partei. Ein Zitat eines Mitglieds des EVP-Gruppensekretariats zeigt, dass die Bedeutung, die einer Position verliehen wird, den MEPs wichtig ist: »Bei Fragen, zu denen die Mitglieder keine sehr stark ausgeprägte Meinung haben, werden sie wie die Mehrheit abstimmen.«⁸³ In einem vierten Schritt können Kennzahlen für die Politikdimensionen berechnet werden, indem alle Positionen summiert werden, die den linken Pol einer Dimension ausmachen, und alle, die den rechten

82 Budge/Robertson/Hearl 1987.

83 Brzinski 1995, S. 149.

definieren. Der kombinierte Prozentwert der linkspoligen Positionen wird dann vom Prozentwert der Rechtspositionen abgezogen. Je negativer der Wert eines Links-rechts-Indizes ist, desto linker ist die Position einer Partei.

Während die Berechnung von Indizes relativ leicht zu handhaben ist, ist es sehr viel schwieriger, die relevanten Dimensionen auszuwählen. Es gibt vier rivalisierende Modelle des EU-Politikraumes, die auf verschiedenen Annahmen über die Politikdimensionen und ihre Wichtigkeit beruhen.⁸⁴ Diese vier Modelle sind Kombinationen der Links-rechts-Dimension und der Europäischen-Integrations-Dimension. Auf der Grundlage einer inhaltlichen Analyse von Politikpositionen der Parteiführer der Sozialisten, Christdemokraten, Liberalen und Grünen zwischen 1976 und 1994 schließt Hix, »dass der politische Raum der EU im Wesentlichen zweidimensional ist: eine Integrations-Unabhängigkeits-Dimension, die aus verschiedenen Identitäten und Interessen von nationalen und territorialen Gruppen herrührt; und eine (zusammengefasste) Links-rechts-Dimension, die aus den verschiedenen Interessen der (transnationalen) sozio-ökonomischen Gruppen (d.h. Klassen) entsteht«. ⁸⁵ Dieses zweidimensionale Resultat stimmt mit einer Studie über der Bürgerhaltungen zu EU-Fragen überein.⁸⁶

In der vorliegenden Untersuchung werden dagegen vier generelle sowie fünf spezifische Politikdimensionen berechnet (zu den Einzelheiten siehe Anhang 3). Damit wird ein mehrdimensionaler Ansatz verfolgt, der nicht nur die EU-Integrations-Dimension, sondern auch die Nationale-Souveränität-Internationalismus-Dimension und die Zentralisierungs-Dezentralisierungs-Dimension berücksichtigt. Die EU ist ein Mehrebenensystem, in dem drei Ebenen – die regionale, die nationale und die europäische – miteinander verknüpft sind. Bell argumentiert: »Wenn man es für bare Münze nimmt, steht jedoch die Stärkung des EP klar mit der staatlichen Souveränität im Widerspruch: jede Art der Stärkung supranationaler Organisationen kann nur zu Lasten der Staatsmächte gehen.«⁸⁷ Das Gleiche gilt für Dezentralisierung. Eine Partei, die sich für nationale Souveränität oder für Dezentralisierung ausspricht, wird es ablehnen, dass verbindliche Entscheidungen auf der europäischen Ebene getroffen werden. Diese drei Dimensionen sind genereller Art, da Parteien sich in allen spezifischen Politikbereichen wie zum Beispiel der Sozialpolitik dafür entscheiden können, dass bindende Entscheidungen auf einer der drei Ebenen fallen sollen. In diesem Sinne haben diese grundlegenden Positionen der Parteien einen Einfluss auf alle anderen spezifischen Politikpositionen.

84 Marks/Steenbergen 2002; Gabel/Hix 2002.

85 Hix 1999, S. 92.

86 Gabel/Anderson 2002.

87 Bell 1996, S. 229.

Die Links-rechts-Dimension ist eine generelle Dimension, da sie spezifische politische, gesellschaftliche und ökonomische Probleme aus allen relevanten Politikgebieten kombiniert. Die Links-rechts-Dimension, die anhand von Inhaltsanalysen der Wahlprogramme bestimmt wird, spiegelt die grundlegenden Konfliktlinien industrialisierter Gesellschaften wider.⁸⁸ Die wachsende Bedeutung der Links-rechts-Dimension auf der europäischen Regierungsebene wird durch empirische Tests der Dimensionalität der Programme der Europarteien zu den Europawahlen zwischen 1979 und 1999 belegt. Diese Tests zeigen, dass der EU-Politikraum zunehmend eindimensional ist und mit der nationalen Links-rechts-Dimension übereinstimmt.⁸⁹ Analysen des namentlichen Abstimmungsverhaltens und Erhebungen unter MEPs haben ebenfalls bestätigt, dass die Fraktionen und die Präferenzen von MEPs entsprechend der Links-rechts-Dimension angeordnet sind.⁹⁰

Parteien können jedoch in einem Politikbereich voneinander abweichen, während sie auf einem anderen Gebiet ähnliche programmatische Positionen einnehmen. Mit einer zusätzlichen Analyse von fünf spezifischen Politikdimensionen – Wirtschaftspolitik, Gesellschaftspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik und Verteidigungspolitik – kann bestimmt werden, in welchen Politikbereichen die linkssozialistischen Parteien übereinstimmen oder voneinander abweichen und welche Parteien programmatisch nicht zu der (mittleren) Position der Fraktion passen. Für jeden dieser Politikbereiche werden spezifische Politikdimensionen konstruiert, indem politikbereichsspezifische rechte und linke Pole definiert werden (vergleiche Anhang 3 zu den Details). Der fünfte Schritt der Inhaltsanalyse berechnet den Durchschnittswert (Mittel) für eine Fraktion, indem die (verfügbaren) Indexwerte für alle Parteien in einer Fraktion zusammengezählt werden und die Summe durch die Zahl der Parteien in einer Fraktion geteilt wird. In einem sechsten Schritt werden als Maßzahl für programmatische Übereinstimmung Standardabweichungen, die Varianzen der Parteipositionen um das Gruppenmittel, berechnet. Je größer die Standardabweichungen (Std.) sind, umso weniger stimmen die Parteien einer Fraktion programmatisch überein.

2.2 Die programmatischen Positionen linker Parteien und Fraktionen im EP

Ein kurzer Blick auf die in Tabelle 1 und 2 dargestellten Ergebnisse der oben beschriebenen Inhaltsanalysen und Indexbildungen genügt, um festzustellen, dass die meisten pessimistischen Hypothesen über große programmatische Unterschiede zwischen den Parteien der Vereinten Linken widerlegt werden.

88 Budge et al. 2001.

89 Gabel/Hix 2002.

90 Hix/Lord 1997.

Tabelle 1: Allgemeine programmatische Positionen der linken Fraktionen im EP

	Links-Rechts		Europäische Integration		Zentralisierung		Nationale Souveränität	
	Mittel	Std.	Mittel	Std.	Mittel	Std.	Mittel	Std.
Linke Fraktionen:								
Sozialisten	-10	8	+4	2	-2	2	-3	1
Grüne Fraktion	-12	13	+2	4	-6	6	-4	3
Grüne Föderation	-12	14	+0	5	-2	2	-4	3
Vereinigte Linke	-26	8	+0	5	-2	1	-2	7

Tabelle 2: Spezifische Politikdimensionen der linken Fraktionen im EP

	Wirtschaft		Gesellschaft		Soziales		Umwelt		Verteidigung	
	Mittel	Std.	Mittel	Std.	Mittel	Std.	Mittel	Std.	Mittel	Std.
Linke Fraktionen:										
Sozialisten	-2	6	+3	5	-23	5	-5	4	-0	1
Grüne Fraktion	-3	4	-3	6	-15	6	+11	13	-2	3
Grüne Föderation	-4	3	-1	6	-17	7	+17	11	-3	3
Vereinigte Linke	-9	5	+0	5	-26	9	+2	5	-2	2

Die hohen Standardabweichungen zeigen dagegen, dass die Grünen sowohl in den generellen als auch in den meisten spezifischen Politikdimensionen die programmatisch heterogenste Gruppe sind. Dies trifft bei den meisten Dimensionen nicht nur für die Fraktion der Grünen zu, sondern auch für die Mitgliedsparteien der grünen Föderation. Wie vermutet, ist die grüne Fraktion aber in der Frage von Zentralisierung oder Dezentralisierung programmatisch wesentlich heterogener als die Mitgliedsparteien der grünen Föderation, da die Mitglieder der Europäischen Freien Allianz häufiger für Dezentralisierung plädieren als die Mitglieder der grünen Föderation. Wie erwartet, sind die Sozialisten in vieler Hinsicht die homogenste Gruppe, aber in zwei generellen Politikdimensionen – der Links-rechts- und der Zentralisierungs-Dimension – und in zwei spezifischen Politikdimensionen – der Wirtschafts- und der Gesellschaftspolitik – sind die Linksozialisten programmatisch so homogen wie oder sogar etwas homogener als die Sozialisten. Zwei der oben formulierten Hypothesen treffen zu: Erstens sind die Linksozialisten im Hinblick auf die europäische Integration so gespalten wie die Grünen. Zweitens verfolgen die Linksozialisten unterschiedliche programmatische Ziele auf der Nationale-Souveränität-Internationalismus-Dimension, obwohl sich die linksozialistische Fraktion im Durchschnitt etwas stärker für Internationalismus einsetzt als die beiden anderen Fraktionen. Darüber hinaus sind die Linksozialisten auch in der Sozialpolitik gespaltenere als die Sozialisten und die Grünen.

Welche linkssozialistischen Parteien weichen in ihrer Programmatik hinsichtlich der europäischen Integration, der nationalen Souveränität und der Sozialpolitik am meisten von der Fraktionslinie ab? Die Tabelle 3 und 4 lassen zunächst erkennen, dass nicht alle Parteien in allen Dimensionen und zu allen Politikgebieten Positionen beziehen.

Tabelle 3: Programmatische Positionen der Parteien der Vereinigte Linken

Vereinte Linke:	Links-Rechts	Europäische Integration	Zentralisierung	Nationale Souveränität
Dänemark: SF	-34	k.p.	k.p.	-12
Deutschland: PDS	-30	+8	-2	-7
Finnland: VAS	-15	k.p.	k.p.	k.p.
Frankreich: PCF	-18	+8	-1	0
Griechenland: KKE	-34	-7	k.p.	+14
Griechenland: SYN	-25	+1	-2	-1
Griechenland: DIKKI	-17	-2	-3	+5
Italien: RC	-32	-2	+1	-3
Niederlande: SP	-17	-0	-1	-2
Portugal: PCP	-29	+0	-2	-0
Schweden: VP	-36	-3	-3	-7
Spanien: IU	-27	-0	-4	-1

k.p.: keine Position im Wahlprogramm bezogen

Tabelle 4: Spezifische Politikdimensionen der Parteien der Vereinigte Linken

Vereinte Linke:	Wirtschaft	Gesellschaft	Soziales	Umwelt	Verteidigung
Dänemark: SF	-9	+11	-33	-2	0
Deutschland: PDS	-10	-1	-21	+2	-4
Finnland: VAS	k.p.	0	-47	+2	k.p.
Frankreich: PCF	-1	+1	-26	+1	-3
Griechenland: KKE	-20	+2	-19	-1	-4
Griechenland: SYN	-3	-5	-30	+3	-3
Griechenland: DIKKI	-3	+2	-18	-5	-0
Italien: RC	-10	-4	-23	+7	-3
Niederlande: SP	-6	+1	-20	+2	-1
Portugal: PCP	-12	-1	-27	-3	+0
Schweden: VP	-10	k.p.	-29	+10	-2
Spanien: IU	-10	-5	-15	+8	-3

Es gibt vier mögliche Gründe, warum Parteien bestimmte Fragen nicht in ihren Programmen erwähnen. Zunächst einmal könnte die Frage entweder für die Partei oder für das Land als Ganzes nicht relevant sein; zweitens könnten die WählerInnen der Parteien verschiedener Meinung sein; drittens könnten die Partieliten anders denken als die WählerInnen. In den beiden letzteren Fällen vermeiden die Parteien ein Thema, weil sie ihre WählerInnen nicht vergraulen wollen. Viertens könnte die Partei selbst zerstritten und unfähig sein, mit einer gemeinsamen Position aufzuwarten.

Es ist also nicht überraschend, dass weder die dänische noch die finnische Linke die europäische Integration in ihren nationalen Wahlprogrammen erwähnen. In beiden Ländern ist die europäische Integration eine höchst strittige Frage. Die dänische Socialistik Folkeparti vermeidet das Thema, da ihre WählerInnen der EU negativ gegenüberstehen, während die Mitglieder des nationalen dänischen Parlaments mehr pro- als antieuropäisch eingestellt sind.⁹¹ In Finnland befürwortete in den späten achtziger Jahren keine Partei die EU, aber die ParteiführerInnen sprachen sich auch nicht offiziell gegen die EU aus – sie schwiegen und ergriffen überhaupt keine Position. Selbst in dem Referendum über die EU-Mitgliedschaft von 1994 traf die linkssozialistische Partei keine offizielle Entscheidung über die Linie der Partei.⁹² Dies war auch im Wahlprogramm von 1999 der Fall, das hier untersucht wird. Deswegen wurden die Gruppenmittelwerte für die Vereinte Europäische Linke berechnet, ohne diese beiden Parteien zu berücksichtigen. Eine solche Prozedur unterschätzt zwar den tatsächlichen Grad an programmatischen Differenzen. Da sich aber auch die anderen finnischen und dänischen Parteien in dieser Frage selten oder nie positionieren, hat dieses Vorgehen keinen Einfluss auf die Reihenfolge der Parteien.

Tabelle 3 zeigt zwei Parteien, die sich stark für die europäische Integration einsetzen: die französische PCF (+8) und die deutsche PDS (+8). Bei den anderen Parteien der linkssozialistischen Fraktion überwiegen zwar kritische Einstellungen zur Europäischen Union, aber die meisten linkssozialistischen Parteien entdecken nicht nur schlechte, sondern auch gute Seiten an der europäischen Integration. Nur eine einzige Partei fährt explizit einen harten anti-europäischen Kurs: die große griechische kommunistische Partei KKE (-7). Die KKE tritt auch, im Gegensatz zu allen anderen Parteien, für den Erhalt der nationalen Souveränität ein (+14) und ist damit für die Heterogenität der Fraktion in dieser Frage verantwortlich. Entsprechend der oben aufgestellten Hypothese kann diese abweichende Haltung auf die Konkurrenz zwischen drei relevanten linkssozialistischen Parteien im griechischen Parteiensystem zurückgeführt werden.

91 Pedersen 1996.

92 Johansson/Raunio 2001.

Dagegen vertritt die schwedische Linkspartei zumindest in ihrem Wahlprogramm keine extrem EU-feindliche Haltung. Obwohl bekannt ist, dass diese Partei für einen Austritt Schwedens aus der EU plädiert,⁹³ enthält ihr Wahlprogramm auch positive Stellungnahmen. Im schwedischen Referendum zur EU-Mitgliedschaft von 1994 war die offizielle Parteilinie zwar ein klares »Nein«,⁹⁴ und selbst die neuesten Publikationen vermerken, dass die schwedische Linkspartei als einzige Partei der Vereinten Linken grundsätzlich gegen die EU ist.⁹⁵ Wie die meisten linkssozialistischen Parteien wollen aber auch die Schweden ein »alternatives Europa«⁹⁶ und sind gegen »die augenblickliche Wendung der Ereignisse, praktizieren aber keine Verurteilung der Institutionen im Ganzen mit Haut und Haaren«. ⁹⁷ Die schwedische Linkspartei liegt in ihrer europapolitischen Programmatik daher auch näher am pro-europäischen Pol (-3) als die spanische IU (-4) und unterscheidet sich mit dieser Position nur wenig von der Mehrheit der Parteien in der linkssozialistischen Fraktion.

Tabelle 4 gibt an, wie die linkssozialistischen Parteien zu den Zielen der spezifischen Politikbereiche stehen. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik besteht die Tendenz eines Nord-Süd-Gefälles mit der dänischen und insbesondere der finnischen Partei am linken Pol und der spanischen sowie zwei der griechischen Parteien am rechten Pol. Dieses Nord-Süd-Gefälle könnte auf Unterschiede im Status quo der Länder zurückzuführen sein. Manche AutorInnen argumentieren überzeugend, dass Unterschiede im Status quo der europäischen Mitgliedsländer zum Dissens zwischen Parteien derselben Parteifamilie führen kann: »Gemeinsame Standards, die von einer qualifizierten Mehrheit von nationalen Regierungen angenommen werden, sind zwangsläufig niedriger als die Standards in einigen Mitgliedsländern und höher als die in anderen. Daher ist aus der Perspektive eines Mitgliedslandes mit einer relativ liberalisierten Wirtschaft und einem niedrigen Niveau von Lebensstandard und Umweltschutz wie Großbritannien das EU-Regulierungsregime wie ›Sozialismus durch die Hintertür‹, wie Margaret Thatcher es auf berühmte Weise ausdrückte. Andererseits ist aus der Perspektive eines Mitgliedsstaates mit einer umfassend regulierten Wirtschaft und einem hohen Niveau von Lebensstandard und Umweltschutz wie Dänemark das EU-Regulierungssystem ›angelsächsischer Kapitalismus durch die Hintertür‹.«.⁹⁸ Unterschiede im Status quo der Mitgliedsländer können prinzipiell Probleme in allen Politikbereichen schaffen, aber dieses Problem sollte alle EP-Frakturen in gewissem Umfang plagen.

93 Wehr 2001.

94 Johansson/Raunio 2001.

95 Neubert 2001.

96 Bell 1996, S. 230.

97 Ders., S. 231.

98 Hix/Goetz 2000, S. 4-5.

Da die Europäische-Integrations-Dimension von vielen Politikwissenschaftlern als die wichtigste angesehen wird, wird mit Tabelle 5 ein näherer Blick auf die Veränderungen der Positionen der Vereinten Linken zur europäischen Integration im Zeitverlauf geworfen.

Tabelle 5: Veränderungen in den Positionen zur Europäischen Integration

Vereinte Linke:	Jüngste Wahl (z. B. BRD 2002)	Vorhergehende Wahl	Vorletzte Wahl
Dänemark: SF	k.p.	+ 0	- 4
Deutschland: PDS	+ 8	+ 5	+ 0
Finnland: VAS	k.p.	k.p.	%
Frankreich: PCF	+ 8	- 4	- 1
Griechenland: KKE	- 7	- 8	- 9
Griechenland: SYN	+ 1	- 1	+ 1
Griechenland: DIKKI	- 2	%	%
Italien: RC	- 2	- 4	- 1
Niederlande: SP	- 0	- 0	%
Portugal: PCP	+ 0	+ 1	+ 2
Schweden: VP	- 3	- 5	%
Spanien: IU	- 0	- 0	+ 1

/: kein Mitglied der EU/kein Programm/Partei existierte zu dem Zeitpunkt noch nicht

k.p.: keine Position im Wahlprogramm bezogen

Die Tabelle belegt, dass viele Parteien der Vereinten Linken im Laufe der letzten Jahre entweder pro-europäischer oder zumindest weniger europakritisch wurden. Dies ist besonders deutlich im Falle der deutschen PDS und der französischen PCF, gilt aber auch für die dänische und die schwedische linkssozialistische Partei. Die spanische Izquierda Unida ist die einzige Partei, die in der fünften Legislaturperiode etwas europakritischer war als in der vorhergehenden Legislaturperiode.

3. Schlussfolgerungen

Dieser Beitrag untersuchte die Vereinbarkeit der drei linken Parteigruppen im Europaparlament auf der Grundlage der Positionen der nationalen Parteien, wie sie in den Wahlprogrammen ihrer Heimatländer veröffentlicht wurden. Die Ergebnisse der empirischen Analyse können nun im Hinblick auf die Frage zusammengefasst werden, ob die linkssozialistischen Parteien in der Lage sein werden, sich auf ein gemeinsames Europapartei-Programm zu einigen. Die Resultate sprechen für eine optimistische Perspektive, da die Vereinte Linke in den meisten Aspekten programmatisch homogener ist als die Grünen, wenn auch in der Regel weniger homogen als die sozialistische Fraktion. Veränderungen der

programmatischen Positionen im Zeitverlauf zeigen zudem, dass viele linkssozialistische Parteien der EU zunehmend weniger kritisch gegenüberstehen; einige sind in den letzten Jahren sogar erheblich pro-europäischer geworden. Insgesamt betrachtet, sind die Linksozialisten weder europafeindlicher noch programmatisch heterogener als die Parteien der Grünen. Eine Parteiföderation, in der die nationalen Mitgliedsparteien ihre Unabhängigkeit bewahren, ist daher ein denkbares Modell für eine Europartei der Vereinten Linken.

Andererseits wirft die Einigung auf ein gemeinsames Programm für die Linksozialisten zwei Probleme auf: Erstens setzt sich die große griechische kommunistische Partei KKE sehr stark für nationale Souveränität und gegen europäische Integration ein, so dass mit dieser Partei kaum ein Übereinkommen zu erzielen sein wird. Und zweitens gibt es ein Nord-Süd-Gefälle in der Sozialpolitik: die skandinavischen Parteien sprechen sich stärker für den Wohlfahrtsstaat aus als die südeuropäischen Parteien. Dieser Unterschied muss jedoch nicht zwangsläufig eine Einigung auf ein Grundsatzprogramm verhindern, da der neue Vorschlag zur Finanzierung von Europarteien die Parteien nur verpflichtet, sich auf Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und den Rechtsstaat als Hauptziele der EU zu einigen. Die Beispiele der Entwicklung der sozialistischen und der grünen Föderation haben ohnehin gezeigt, dass das Verfassen von vollständigen Parteiprogrammen mit spezifischen Zielen für jedes einzelne Politikfeld ein langfristiges Projekt ist und nicht im ersten Anlauf erreicht werden kann.

Ob die Linksozialisten mit einem gemeinsamen Programm werden aufwarten können, hängt demnach in erster Linie vom Willen der Parteien zur Zusammenarbeit ab. Selbst bei einem hohen Grad an programmatischer Homogenität haben Parteien keine Chance, wenn sie sich darauf versteifen, das Glas als halb leer zu betrachten. Ein gemeinsames Programm zu schreiben bedeutet oft, einen Kompromiss auf dem Niveau des niedrigsten gemeinsamen Nenners zu erreichen, vage zu bleiben, wenn Parteien voneinander abweichen, oder sogar Fragen auszulassen, wenn der Dissenz zwischen den Parteien zu groß ist. Die Sozialisten und die Grünen haben sich entschlossen, das Glas als halb voll zu sehen, obwohl auch diese beiden Parteigruppen programmatisch mehr oder weniger heterogen sind. Beide Gruppen haben sich aber auf die programmatischen Gemeinsamkeiten konzentriert und können deswegen mit gemeinsamen Europrogrammen aufwarten.

Literatur

- Attina, Fulvio (1990), The Voting Behaviour of European Parliament Members and the Problem of the Europarties', in: *European Journal of Political Research* 18: 557-579;
- Bardi, Luciano (1994), Transnational Party Federations, European Parliament Party Groups, and the Building of Europarties, in: Richard S. Katz/Peter Mair (eds.) *How Parties Organise. Change and Adaptation in Party Organisations in Western Democracies*, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, 357-372;
- Bardi, Luciano (1996), Transnational Trends in European Parties and the 1994 Elections of the European Parliament, in: *Party Politics* 2, 99-114;
- Bell, David (1996), Western Communist Parties and the European Union, in: John Gaffney (ed.), *Political Parties and the European Union*, London/New York: Routledge, 220-234;
- Bell, David (1998), The Confederal Group of the United European Left – Nordic Left, in: David S. Bell/Christopher Lord (eds.) *Transnational Parties in the European Union*, Aldershot/Brookfield, USA/Singapore/Sydney: Ashgate, 134-150;
- Bowler, Shaun/David M. Farrell (1995), The Organising of the European Parliament: Committees, Specialisation and Co-ordination, in: *British Journal of Political Science* 25: 219-243;
- Bowler, Shaun/David M. Farrell (1999), Parties and Party Discipline within the European Parliament: A Norms-Based Approach, in: Shaun Bowler/David M. Farrell/Richard S. Katz (eds.), *Party Discipline and Parliamentary Government*, Columbus: Ohio State University Press, 208-222;
- Brzinski, Joanne Bay (1995), Political Group Cohesion in the European Parliament, 1989-1994, in: Carolyn Rhodes/Sonka Mazey (eds.): *The State of the European Union*, Vol 3, London: Longman, 135-158;
- Budge, Ian/Hans-Dieter Klingemann/Andrea Volkens/Judith Bara/Eric Tanenbaum with Richard C. Fording/Derek J. Hearl/Hee Min Kim/Michael McDonald/Silvia Mendez (2001): *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*, Oxford: Oxford University Press;
- Budge, Ian/David Robertson/Derek Hearl (eds.) (1987), *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analysis of Post-War Election Programs in 19 Democracies*, Cambridge: Cambridge University Press;
- Corbett, Richard, MEP/Francis Jacobs/Michael Shackleton (eds.) (2000), *The European Parliament*, 4th edition, London: John Harper;
- Damm, Sven Mirko (1999), Die europäischen politischen Parteien: Hoffnungsträger europäischer Öffentlichkeit zwischen nationalen Parteien und europäischen Fraktionsfamilien, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 2, 395-423;

- Dietz, Thomas M. (2002), European Federation of Green Parties, in: Karl Magnus Johansson/ Peter Zervakis (eds.), *European Political Parties between Cooperation and Integration*, Baden-Baden: Nomos, 125-159;
- Gabel, Matthew/Christopher J. Anderson (2002), The Structure of Citizen Attitudes and the European Political Space, in: *Comparative Political Studies* 35: 893-913;
- Gabel, Matthew/Simon Hix (2002), Defining the EU Political Space. An Empirical Study of the European Election Manifestos, 1979-1999, in: *Comparative Political Studies* 35, 934-964;
- Gaffney, John (1996), Introduction. Political Parties and the European Union, in: John Gaffney (ed.), *Political Parties and the European Union*, London/New York: Routledge, 1-30;
- Ginsberg, Benjamin (1982), *The Consequences of Consent. Elections, Citizen Control and Popular Acquiescence*, New York: Random House;
- Haahr, Jens Henrik (1992), European Integration and the Left in Britain and Denmark, in: *Journal of Common Market Studies* 30, 77-100;
- Hix, Simon (1996), The Transnational Party Federations, in: John Gaffney (ed.), *Political Parties and the European Union*, London/New York: Routledge, 308-331;
- Hix, Simon (1999), Dimensions and Alignments in the European Union Politics: Cognitive Constraints and Partisan Responses, in: *European Journal of Political Research* 35, 69-106;
- Hix, Simon (2002), Parliamentary Behavior with Two Principals: Preferences, Parties, and Voting in the European Parliament, in: *American Journal of Political Science* 46, 688-698;
- Hix, Simon/Klaus H. Goetz (2000), Introduction: European Integration and National Political Systems, in: Klaus H. Goetz/Simon Hix (eds.), *Special Issue on Europeanised Politics? European Integration and National Political Systems*, *West European Politics*, 23, 1-26;
- Hix, Simon/Christopher Lord (1997), *Political Parties in the European Union*, Houndmills/Basingstoke/Hampshire/London: Macmillan;
- Hooghe, Liesbeth/Gary Marks/Carole J. Wilson (2002) Does Left-Right Structure Party Positions on European Integration?, in: *Comparative Political Studies* 35, 965-989;
- Johansson, Karl Magnus/Tapio Raunio (2001), Partisan Responses to Europe: Comparing Finnish and Swedish Political Parties, in: *European Journal of Political Research* 39, 225-249;
- Kirchner, Emil (1985), *The European Parliament: Performance and Prospects*, Aldershot: Gower;
- Klingemann, Hans-Dieter/Richard. I. Hofferbert/Ian Budge (1994), *Parties, Policies, and Democracy*, Boulder: Westview;
- Ladrech, Robert (1996), Political Parties in the European Union, in: Robert

- Gaffney (ed.), *Political Parties and the European Union*, London/New York: Routledge, 291-307;
- Marks, Gary/Marco Steenbergen (2002), *Understanding Political Contestation in the European Union*, in: *Comparative Political Studies* 35, 879-892;
- Marks, Gary/Carole J. Wilson/Leonard Ray (2002), *National Political Parties and European Integration*, in: *American Journal of Political Science* 46, 585-594;
- Neubert, Harald (2001), *Sozialisten und Kommunisten in Europa. Zwischen sozialistischer Programmatik und Reformpolitik*, in: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 12, 34-48;
- Niedermayer, Oskar (1996), *Die Europäisierung der Parteienlandschaft*, in: Andreas Maurer/Burkard Thiele (eds.), *Legitimationsprobleme und Demokratisierung der Europäischen Union*, Marburg: Schüren, 85-96;
- Das Parlament (2003), *Kommission und Parlament einig über Status und Finanzierung. Rechtsgrundlage für die europäischen Parteien*, Berlin, 53: 9.
- Pedersen, Mogens (1996), *Euro-parties and European Parties: New Arenas, New Challenges and New Strategies*, in: Svein S. Andersen/Kjell A. Eliassen (eds.), *The European Union: How Democratic Is It?* London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, 15-39;
- Pomper, Gerald M. (1968), *Elections in America. Control and Influences in Democratic Politics*, New York: Dodd, Mead;
- Rallings, Colin (1987), *The Influence of Election Programmes. Great Britain and Canada, 1945-1979*, in: Ian Budge/David Robertson/Derek J. Hearl (eds.), *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analysis of Post-War Election Programs in 19 Democracies*, Cambridge: Cambridge University Press, 1-14;
- Raunio, Tapio (1995), *Cleavages and Alignments in the European Parliament: MEP Voting Behaviour, 1989-1994*, in: David S. Bell/Christopher Lord (eds.), *Transnational Parties in the European Union*, Aldershot/Brookfield, USA/Singapore/Sydney: Ashgate, 168-188;
- Raunio, Tapio (1997), *The European Perspective. Transnational Party Groups in the 1989-1994 European Parliament*, Aldershot/Brookfield, USA/Singapore/Sydney: Ashgate;
- Raunio, Tapio (1999), *The Challenge of Diversity: Party Cohesion in the European Parliament*, in: Shaun Bowler/David M. Farrell/Richard S. Katz (eds.), *Party Discipline and Parliamentary Government*, Columbus: Ohio State University Press, 187-207;
- Raunio, Tapio (2000a), *Losing Independence or Finally Gaining Recognition? Contacts Between MEPs and National Parties*, in: *Party Politics* 6, 211-223;
- Raunio, Tapio (2000b), *Second-Rate Parties? Towards a Better Understanding of the European Parliament's Party Groups*, in: Knut Heidar/Ruud Koole (eds.), *Parliamentary Party Groups in European Democracies. Political Parties Behind Closed Doors*, London/New York: Routledge 2000, 231-247;

- Ray, Leonard (1999), Measuring Party Orientation Towards European Integration: Results from an Expert Survey, in: *European Journal of Political Research* 36, 283-306;
- Thomson, Robert (2001), The Programme to Policy Linkage: The Fulfilment of Election Pledges on Socio-Economic Policy in the Netherlands, 1986-1998, *European Journal of Political Research* 40, 171-197;
- Volkens, Andrea/Hans-Dieter Klingemann (2002), Parties, Ideologies, and Issues: Stability and Change in 15 European Party Systems 1945-1998, in: Richard Luther/Ferdinand Müller-Rommel (eds.), *Political Parties in the New Europe*, Oxford: Oxford University Press, 143-167;
- Wehr, Andreas (2001), Die Linken im Europäischen Parlament, in: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 12, 21-33.

Anhang 1: In den drei Parteigruppen analysierte Parteien

Land/Wahl	Partei	Parteigruppe (Föderation)
Österreich 1999:		
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs	Sozialisten
GA	Die Grüne Alternative	Grüne
Belgien 1999:		
SP	Socialistische Partij	Sozialisten
PS	Parti socialiste	Sozialisten
ECOLO	ECOLO	Grüne
AGALEV	AGALEV	Grüne
VU	De Volksunie	Grüne (EFA)
Dänemark 2001:		
SD	Socialdemokratiet	Sozialisten
SF	Socialistisk Folkeparti	Vereinte Linke
Finnland 1999:		
SDP	Suomen Sosialidemokraattinen Puolue	Sozialisten
VIHR	Suomen Vihreä Liitto	Grüne
VAS	Vasemmisto Liitto	Vereinte Linke
Frankreich 2002:		
PS	Parti socialiste	Sozialisten
LV	Les Verts	Grüne
PCF	Parti Communiste Français	Vereinte Linke
BRD 2002:		
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	Sozialisten
Grüne	Bündnis 90/ Die Grünen	Grüne
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus	Vereinte Linke
Griechenland 2000:		
PASOK	Panhellinio Socialistiko Kinema	Sozialisten
KKE	Kommounistikon Komma Ellados	Vereinte Linke
Syn	Synaspisnos	Vereinte Linke
DIKKI	Dimokratiki Kinoniku Kinima	Vereinte Linke
Irland 1997:		
Lab	Irish Labour Party	Sozialisten
GP	Ecology Party	Grüne
Italien 2001:		
DS	Partito Democratico della Sinistra	Sozialisten
Verdi	Federazione delle Liste Verdi	Grüne
RC	Rifondazione Comunista	Vereinte Linke

Luxemburg 1999:		
LSAP	Parti ouvrier socialiste luxembourgeois/ Letzeburger Sozialistesch Arbechterpartei	Sozialisten
Gre	Greng Lëscht Ekologesch Initiativ - Di Grëng Alternativ	Grüne
Niederlande 2003:		
PvdA	Partij van der Arbeid	Sozialisten
GL	Groen Links	Grüne
SP	Socialistische Partij	Vereinte Linke
Portugal 1999:		
PS	Partido Socialista Português	Sozialisten
PCP	Partido Comunista Português	Vereinte Linke
Spanien 2000:		
PSOE	Partido Socialista Obrero Español	Sozialisten
PNV	Partido Nacionalista Vasco/ Euskadi Alaberti Jetzale	Grüne (EFA)
EA	Eusko Alkartasuna	Grüne (EFA)
ERC	Esquerra Republicana de Catalunya	Grüne (EFA)
PA	Partidu Andalucista	Grüne (EFA)
IU	Izquierda Unida	Vereinte Linke
Schweden 1998:		
SDA	Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti	Sozialisten
Grö	Miljöpartiet de Gröna	Grüne
VP	Vänsterpartiet	Vereinte Linke
Großbritannien 2001:		
Lab	Labour Party	Sozialisten

Anmerkungen:

Grüne: Gruppe der Grünen/European Free Alliance

Grüne (EFA): Parteien der Grünen Gruppe, die zur European Free Alliance (EFA) gehören.

Sozialisten: Gruppe der Partei der Europäischen Sozialisten (PES)

Vereinte Linke: Konföderale Gruppe der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL)

Jahr: Wahljahr, auf das sich die in die Untersuchung aufgenommenen Wahlprogramme beziehen.

Anhang 2: Fehlende Parteiprogramme

1. Sozialisten

SDI	Socialisti Democratici Italiani	Italien
SDLP	Social Democratic Party	Nordirland

2. Grüne

BNG	Bloque Nacionalista Gallego	Spanien
Gre	Greens	Großbritannien
PC	Plaid Cymru	Großbritannien
SNP	Scottish National Party	Großbritannien

3. Vereinte Linke

LO-LCR	Lutte ouvrière – Ligue communiste révolutionnaire	Frankreich
CI	Comunisti Italiani	Italien

Anhang 3: Definitionen allgemeiner und spezifischer Politikdimensionen

Links	Rechts
--------------	---------------

A. Allgemeine Politikdimensionen

A.1 Links-rechts-Dimension

103	Anti-Imperialismus: Positiv	104	Militär: Positiv
105	Militär: Negativ	201	Freiheit und Menschenrechte: Pos
106	Frieden: Positiv	203	Verfassungsrecht: Positiv
107	Internationalismus: Positiv	305	Politische Autorität: Positiv
202	Demokratie: Positiv	401	Freies Unternehmertum: Positive
403	Marktregulierung: Positiv	402	Anreize: Positiv
404	Wirtschaftsplanung: Positiv	407	Protektionismus: Negativ
406	Protektionismus: Positiv	414	Wirtschaftsorthodoxie: Positiv
412	Gelenkte Wirtschaft: Positiv	505	Wohlfahrtsstaatsabbau
413	Nationalisierung: Positiv	601	Nationale Lebensart : Positiv
504	Wohlfahrtsstaatsexpansion	603	Traditionelle Moral: Positiv
506	Bildungsexpansion	605	Recht und Ordnung: Positiv
701	Gewerkschaftsgruppen: Positiv	606	Soziale Harmonie: Positiv

A.2 Europäische Integration

108	Europäische Union: Positiv	110	Europäische Union: Negativ
-----	----------------------------	-----	----------------------------

A.3 Zentralisierung

301	Dezentralisierung	302	Zentralisierung
-----	-------------------	-----	-----------------

A.4 Nationale Souveränität

107	Internationalismus: Positiv	109	Nationale Souveränität
-----	-----------------------------	-----	------------------------

B. Spezifische Politikdimensionen

B.1 Wirtschaftspolitik

403	Marktregulierung: Positiv	401	Freies Unternehmertum: Positiv
404	Wirtschaftsplanung: Positiv	402	Anreize: Positiv
405	Korporatismus: Positiv	414	Wirtschaftliche Orthodoxie: Positiv
409	Keynesianisches Nachfrage- Management: Positiv	702	Gewerkschaften: Negativ
412	Regulierte Wirtschaft: Positiv	704	Mittelklasse- und Berufsstandsgruppen: Positive
413	Nationalisierung: Positiv		
415	Marxistische Analyse: Positiv		
701	Gewerkschaftsgruppen: Positiv		

B.2 Gesellschaftspolitik

602	Nationale Lebensart: Negativ	601	Nationale Lebensart: Positiv
604	Traditionelle Moral: Negativ	603	Traditionelle Moralität: Positiv
607	Multikulturalismus: Positiv	605	Recht und Ordnung: Positiv
705	Unterprivilegierte Minderheiten- gruppen: Positiv	608	Multikulturalismus: Negativ

B.3 Sozialpolitik

503	Soziale Gerechtigkeit: Positiv	505	Wohlfahrtsstaatsreduktion
504	Wohlfahrtsstaatsexpansion	507	Bildungsabbau
506	Bildungsexpansion		

B.4 Umweltpolitik

501	Umweltschutz: Positiv	411	Technologie, Infrastruktur: Pos.
416	Anti-Wachstumswirtschaft: Positiv	410	Produktivität, Wachstum: Pos.

B.5 Externe Sicherheit

105	Militär: Negativ	104	Militär: Positiv
106	Frieden: Positiv		

Helmut Ettinger

Zur Gründung der Partei der Europäischen Linken

Europa wächst zusammen. Am 1. Mai 2004 ist nach langen Geburtswehen aus der alten Europäischen Union der Fünfzehn die EU der Fünfundzwanzig geworden. Kaum jemand zweifelt daran, dass 2007 Rumänien und Bulgarien die nächsten Mitglieder sind. Die Türkei bleibt als Anwärterin im Gespräch, und sollten die deutschen Konservativen in noch so schrillen Tönen den Untergang des christlichen Abendlandes prophezeien.

Die Einigung des Kontinents wurde über Jahrzehnte durch einen Doppelprozess vorangetrieben. Zum einen war es der Versuch, die Lehren aus der Geschichte der beiden Weltkriege, die von Europa ausgingen, zu ziehen. Aus dem antifaschistischen Widerstand ging auch eine starke Bewegung zur Einigung Europas hervor. Auch die herrschenden Eliten hatten erkannt, dass ohne eine grundlegende Veränderung insbesondere der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ein dauerhafter Friede in Europa unmöglich ist. Es ist ein Europa entstanden, dessen Mitglieder, einst »Erbfeinde«, seit fast sechzig Jahren keinen Krieg mehr gegeneinander geführt haben. Zugleich war die Einigung Europas auch ein Projekt des Kapitals. Die EU der liberalisierten Märkte und des gemeinsamen Militärs trägt diese Handschrift.

Die wirtschaftliche Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen, die Rückkehr des Krieges als fast selbstverständliches Mittel der Politik, initiiert von den heute Herrschenden der USA, sind an Europa nicht spurlos vorbeigegangen. Auch in der Verfassung der EU, einem für die Vertiefung der Integration in der erweiterten Union notwendigen Dokument, erhalten zum einen wesentliche Grundrechte Verfassungsrang und werden demokratische Elemente der EU ausgebaut. Zugleich wird die bisherige Logik einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, fortschreitenden Sozialabbaus sowie einer militarisierten Außen- und Sicherheitspolitik fortgeschrieben. Aufrüstung wird zur Verfassungspflicht. Die Europäische Union prägt zunehmend den Alltag von Millionen Menschen. Dennoch ist sie vielen ihrer Bürgerinnen und Bürgern fremd geblieben. Gegen

die Einebnung sozialer Standards, den Abbau von Arbeitnehmerrechten oder die Beteiligung von EU-Soldaten an Militäreinsätzen im Ausland regt sich zunehmend Widerstand bei linken Parteien, Gewerkschaften, sozialen und Friedensbewegungen.

Der fortschreitende Integrationsprozess, an dem sich mehr und mehr Länder des Kontinents beteiligen, ist für die politische Linke Chance und Herausforderung zugleich, den Kampf um eine andere Gesellschaft auf einer neuen Ebene zu führen. Die EU ist heute ein konkreter Handlungsraum, wo sie ihre gesellschaftlichen Lösungen anbieten, ihre Aktionen organisieren und um Mehrheiten kämpfen muss.

Warum die Gründung einer Partei der Europäischen Linken gerade jetzt?

Die europäische Linke ist in keiner guten Verfassung. In mehrere politische Familien aufgesplittert und vorwiegend auf nationale Kämpfe konzentriert, hat sie das Gesicht der europäischen Integration bisher kaum prägen können. Als Hauptursache ihrer Schwäche erweist sich mehr und mehr, dass es ihr an einer kohärenten, glaubhaften und praktikablen Alternative zum gegenwärtigen Kapitalismus in Europa fehlt, die über Formeln wie »eine von Ausbeutung freie Gesellschaft« hinausgeht.

Der Rückzug in die nationalen Quartiere kann für die Linke nicht die Alternative zur heutigen EU sein. Die Linke muss ihr intellektuelles und politisches Potenzial zusammenführen, stimmigere Analysen vorlegen, überzeugendere Alternativen aufzeigen und druckvollere Aktionen organisieren. Die Gründung der Partei der Europäischen Linken (EL) kann eine Chance sein, die Linke aus ihrer derzeitigen strategischen Defensive herauszuführen.

In vielen Ländern Europas ist heute der Trend, nach dem Vorbild der USA, zu beobachten, Zwei-Parteien-Systeme von Konservativen und Sozialdemokraten zu schmieden, die nach und nach den ganzen politischen Raum besetzen, sich der großen Medien bemächtigen, dabei einander immer ähnlicher werden und die Maximen ihrer Politik als alternativlos hinstellen. Auch angesichts der Gefahr, in die Bedeutungslosigkeit gedrängt zu werden, muss die Linke um ihre Selbständigkeit als politische Kraft kämpfen, die national und international handlungsfähig bleibt. Für die Linke wird es überlebensnotwendig, dafür die Kräfte zu bündeln.

In der politischen Linken Deutschlands hat der Aufruf zur Gründung der EL viel Interesse, Zustimmung und neue Hoffnung ausgelöst. Gerade unter jüngeren politisch engagierten Menschen findet die Vorstellung, es könnte eine starke, einige Kraft für den ganzen Kontinent entstehen, starke Resonanz.

Neben Interesse, Neugier und Verwunderung schlugen den Initiatoren des Projekts aus bestimmter linker Richtung allerdings auch offene Ablehnung, Angriffe und Unterstellungen entgegen. Besonders aggressiv geben sich Vertreter der Kommunistischen Partei Griechenlands. Argumente aus ihrer Zeitung *Rizospastis* werden in Publikationen verschiedener Länder und unterschiedlicher politischer Couleur immer wieder aufgewärmt. Der Hauptvorwurf lautet, die Gründung der Partei der Europäischen Linken sei eine geplante »Spaltungsaktion«, um linke Parteien und Bewegungen in ihrem Widerstand gegen die EU zu entwaffnen.¹

Die Gründung der Partei der Europäischen Linken ist das Ergebnis eines langen Prozesses

Wer die historische Dimension der heute erreichten Qualität der Zusammenarbeit linker Parteien in Europa erfassen will, muss zumindest bis zu den Wendejahren 1989/90 zurückgehen. Das Scheitern des staatssozialistischen Modells löste eine Krise aus, die die internationale linke Bewegung viel tiefer und nachhaltiger erschüttert hat, als zunächst zu erkennen war. Allenthalben kam es zu Debatten um die ideologischen, politischen und organisatorischen Schlussfolgerungen aus dieser Niederlage und um neue Antworten. Sie führten zu Umstrukturierungen, Spaltungen und Neugründungen linker Parteien und Organisationen in vielen Ländern. Auch das Feld ihrer internationalen Zusammenarbeit sortierte sich neu.

1991 gründete eine Reihe reformkommunistischer, linkssozialistischer und rotgrüner Parteien das Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF). Gemeinsam waren den Initiatoren dieses Netzwerks der Bruch mit dem Stalinismus und mit dem Modell der »Partei neuen Typs«, die kritische Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, innerparteilicher Pluralismus und das Ziel eines demokratischen Sozialismus. Diese Kräfte sehen sich als kapitalismuskritische, antikapitalistische Linke, die eine Transformation der Gesellschaft aus ihrem heutigen Zustand heraus anstreben, die sich für Frieden, soziale Gerechtigkeit, die Verteidigung des Sozialstaates, die Umverteilung des Reichtums, für Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung, für nachhaltige Entwicklung, für mehr Demokratie, für eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter, für ein offenes Europa vielfältiger Kulturen einsetzen. Diese Sicht auf gesellschaftliche Veränderung hat in dem Begriff der transformatorischen Linken Ausdruck gefunden.

Die PDS ist seit 1995 Mitglied des NELF. Als Nachfolgepartei der führenden Kraft eines realsozialistischen Staates wurde ihr der Zugang nicht leicht

1 Siehe u. a. RIZOSPASTIS vom 15. 2. 2004; JUNGE WELT vom 8. 4. 2004; Fausto Sorini (2004): The Fragile Illusion of the »European Party«. <http://www.kominform.at>

gemacht. Voraussetzungen für ihre Akzeptanz in diesem Kreis waren a) eine gründliche und ehrliche Aufarbeitung der eigenen Geschichte, b) ein klares Bekenntnis zur Demokratie als Prinzip des innerparteilichen Lebens und gesellschaftlicher Veränderung sowie c) ein spürbarer Einfluss in der Gesellschaft. Diese Kriterien gelten bis heute für Parteien ähnlicher Herkunft aus den Staaten Mittel- und Osteuropas. Die Stärke des NELF ist die kontinuierliche Zusammenarbeit, in deren Verlauf ein starkes politisches Grundeinverständnis und Grundvertrauen zwischen den Parteien und ihren konkreten Vertretern gewachsen ist. Auf regelmäßigen halbjährlichen Treffen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht, gemeinsame Positionen zu wichtigen Fragen europäischer Politik entwickelt, Verlautbarungen erarbeitet und gelegentlich gemeinsame Aktionen organisiert. Heute wirken im NELF 14 Mitglieds- und 4 Beobachterparteien zusammen.²

Die lockere, flexible Form des Netzwerks war – nach den Erfahrungen in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung der Vorwendezeit – für viele damals und ist für manchen bis heute, die unserer Zeit adäquate Art und Weise des Zusammenwirkens linker Kräfte. Andererseits haben gerade die Erfahrungen des NELF bei vielen Parteien mit der Zeit den Wunsch nach mehr Zusammenarbeit geweckt. Die *Idee*, das Projekt einer gemeinsamen europäischen Partei anzugehen, wurde *in diesem Kreis geboren*.

Nach den Europawahlen von 1994 schlossen sich die vorher bestehenden zwei Linksfraktionen im Europäischen Parlament (EP) zur Konföderalen Fraktion Vereinigte Europäische Linke (GUE) zusammen – ein nicht zu unterschätzender Fortschritt im Einigungsprozess der Linken. Mit dem EU-Beitritt Schwedens und Finnlands im Jahre 1995 kam als selbständiger Bestandteil die Nordische Grüne Linke, ein Zusammenschluss der Abgeordneten von Sozialistischer Volkspartei (SF – Dänemark), Linksbund (VAS – Finnland) und Linkspartei (VP – Schweden) hinzu. Die Fraktion nannte sich fortan GUE/NGL. Die konföderale Tendenz verstärkte sich mit der technischen Anbindung zweier französischer trotzkistischer Parteien, der Kommunistischen Revolutionären

2 Mitgliedsparteien des NELF sind gegenwärtig (in der alphabetischen Reihenfolge der Länder auf Deutsch):

Sozialistische Volkspartei (SF – Dänemark), PDS, Estnische Sozialdemokratische Partei der Arbeit (ESDTP), Linksbund (VAS – Finnland), Französische Kommunistische Partei (FKP), Bürgerbewegung (MdC – Frankreich), Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPISMOS – Griechenland), Partei der kommunistischen Wiedegründung (PRC – Italien), Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI), Sozialistische Linkspartei (SV – Norwegen), Linkspartei (VP – Schweden), Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS), Vereinigte Linke (IU – Spanien), Initiative für Katalonien/Grüne (IC/V – Katalonien/Spanien).

Beobachterstatus haben: Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), Portugiesische Kommunistische Partei (PCP), Partei des Werktätigen Volkes (AKEL – Zypern) und die Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament.

Liga (LCR) und Arbeiterkampf (LO), nach den Europawahlen von 1999. Zum Abschluss der laufenden Legislatur im Juni 2004 umfasste die Fraktion 49 Abgeordnete aus 14 Parteien und 10 Ländern. Dazu kamen Beobachter aus den Beitrittsländern Tschechien, Slowakei, Lettland und Zypern. Damit war die GUE/NGL die viertstärkste Kraft im EP nach den Fraktionen der Konservativen, Sozialisten und Liberalen, vor den Grünen. Die PDS stellte mit 6 Abgeordneten neben der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) die größte Gruppe.

Die Fraktion GUE/NGL ist nun zwei Wahlperioden lang stabil tätig gewesen. Nach übereinstimmender Meinung der teilnehmenden Parteien soll sie, so die Wahlergebnisse das erlauben, in der nächsten Legislatur ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen.³ In den Jahren 1996-1998 trafen sich die Vorsitzenden einer Reihe europäischer Linksparteien drei Mal in Madrid und Berlin, um auf höchster Ebene gemeinsam europapolitische Positionen abzustecken. Diese von manchen Optimisten etwas voreilig »Madrider Prozess« getaufte Serie fand jedoch in den Folgejahren keine Fortsetzung. Auf dem Berliner Treffen am 5. Juni 1998 forderte der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky, über neue Wege und Formen gemeinsamer politischer Arbeit jenseits von NELF und GUE/NGL nachzudenken. Diese Anregung stieß auf allgemeine Zustimmung. Damit wurde die *Idee* der Gründung einer Partei der Europäischen Linken *konkret ins Gespräch gebracht*.⁴

1999 arbeiteten 13 Linksparteien erstmals einen gemeinsamen Wahlaufufruf zur Europawahl aus. Er wurde nach der Wahl zur inhaltlichen Grundlage für die Tätigkeit der erneuerten Fraktion GUE/NGL.⁵

Am Rande der NELF-Treffen von Kopenhagen im Juni 2002 und Paris im Januar 2003 wurden intensivere Gespräche über das Projekt der Gründung einer Partei der europäischen Linken geführt. Im März 2003 trat eine Initiativgruppe in Athen zusammen, die die Arbeit an einem Programm und einem Statut für die künftige EL aufnahm. Initiatoren waren die FKP, die Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPISMOS – Griechenland), die Partei der kommunistischen Wiedergründung (PRC – Italien), die PDS, die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), die Vereinigte Linke (IU – Spanien)

- 3 Mitgliedsparteien der Fraktion GUE/NGL waren am Ende der Legislatur 1999-2004: SF, PDS, VAS, FKP, Revolutionäre Kommunistische Liga (LCR – Frankreich), Arbeiterkampf (LO – Frankreich), SYN, Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), Demokratisch-Soziale Bewegung (DIKKI – Griechenland), PRC, PdCI, Sozialistische Partei (SP – Niederlande), PCP und IU. Beobachter entsandten die Sozialistische Partei Lettlands (SPL), die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS), die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM – Tschechische Republik) und die AKEL.
- 4 Am Berliner Treffen der Vorsitzenden europäischer Linksparteien waren beteiligt: Kommunistische Partei (PC – Belgien), SF, PDS, VAS, FKP, MdC, SYN, KKE, Demokratische Linke (DL – Irland), PRC, SP, SV, KPÖ, PCP, VP, PdAS, IU, IC/V, AKEL und GUE/NGL.
- 5 Den gemeinsamen Wahlaufufruf zu den Europawahlen von 1999 unterzeichneten: PC, PDS, FKP, SYN, PRC, KPÖ, PCP, SP, VP, PdAS, IU, IC/V und AKEL.

und einige weitere Parteien. Die Initiativgruppe setzte ihre Arbeit über das ganze Jahr 2003 fort.

Für den 10. und 11. 1. 2004 lud die PDS nach Abstimmung mit der Initiativgruppe deren Mitglieder und eine Reihe weiterer Parteien zu einem Berliner Treffen ein. Dort wurde ein gemeinsamer Aufruf von 11 Parteien zur Gründung einer Partei der Europäischen Linken veröffentlicht, ein Programmentwurf verabschiedet und ein Statutentwurf vorgestellt. Die Gastgeber hatten bewusst auch europäische Parteien zu dem Treffen eingeladen, deren abwartende bis skeptische Haltung zu dem Projekt bekannt war.⁶ Es fand ein lebhafter Meinungsaustausch über die aktuellen Aufgaben der europäischen Linken und die adäquatesten Formen ihrer Umsetzung statt. Das Berliner Treffen kann aus heutiger Sicht als die *Initialzündung für den Gründungsprozess* angesehen werden, der nun eine neue Dynamik erhielt. Die starke Medienpräsenz bewirkte außerdem, dass das Vorhaben erstmals einer breiten europäischen Öffentlichkeit bekannt wurde. Bald darauf beschloss die Initiativgruppe auf einer Zusammenkunft am 7. und 8. 2. 2004 in Athen, den Gründungskongress der Partei der Europäischen Linken für den 8. und 9. 5. 2004 nach Rom einzuberufen. Diese Entscheidung konnte auch dadurch nicht verhindert werden, dass Athen just an jenem Wochenende in einer Schneekatastrophe versank und eine Reihe Teilnehmer den Tagungsort nicht erreichten. Sie stimmten per Internet zu. Die Gründung der Partei der Europäischen Linken ist somit die logische Konsequenz aus über einem Jahrzehnt enger, konstruktiver und vertrauensvoller Zusammenarbeit der Parteien der transformatorischen Linken Europas im Netzwerk NELF, in der Fraktion GUE/NGL und in weiteren internationalen Zusammenhängen.

Aus der Vielzahl der Gründe, die heute für das Projekt der EL sprechen, schälen sich zwei Hauptmotive heraus: Zum einen genügt den Parteien, die sich für die Mitgliedschaft in der EL entschieden haben, heute die lose, relativ unverbindliche Zusammenarbeit in Netzwerk und konföderaler Parlamentsfraktion nicht mehr. Sie haben gemeinsam ein starkes Bedürfnis, die Kräfte zu bündeln, um den Gang der europäischen Dinge stärker zu beeinflussen. Zum anderen soll die EL für die zunehmend aktiveren sozialen und Friedensbewegungen in Europa ein attraktiver, politisch und konzeptionell potenter Partner werden, der ihre Anliegen in die Parlamente tragen kann, der von ihnen Impulse erhält und ihnen Impulse vermittelt. Durch die Gründungsdokumente der Partei zieht

6 Am Berliner Treffen zur Gründung einer Partei der Europäischen Linken nahmen teil:

Als Unterzeichner des Gründungsaufrufs:

PDS, ESDTP, FKP, SYN, PRC, Die Linke (DL – Luxemburg), KPÖ, KSS, IU, KSCM und Partei des Demokratischen Sozialismus (SSD – Tschechische Republik).

Als Beobachter: PdCI, PCP und AKEL

Als Gäste: VAS, Partei für Gleiche Rechte (ERP – Lettland), SP, SV und Demokratische Volkspartei (DEHAP – Türkei).

sich als roter Faden, dass sie zu den Bewegungen ein Verhältnis von Gleich zu Gleich anstrebt, dass sich für sie jedweder Führungsanspruch, jedwedes Avantgardestreben unseligen Angedenkens von selbst verbieten.

Den Parteien der EL ist bewusst, dass sie das Feld linker Politik in Europa nicht allein beackern. Dies schon deshalb, weil eine Reihe ihrer Mitglieder auch in anderen linken Zusammenhängen aktiv sind. So beteiligen sich mehrere von ihnen an den internationalen Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien, die die KP Griechenlands in Abständen von mehreren Jahren regelmäßig nach Athen einberuft.⁷ Auch in der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL), einer Vereinigung von Linksparteien mit trotzkistischem Einschlag, die im Jahre 2000 in Lissabon gegründet wurde, arbeiten einzelne Bestandteile von EL-Parteien mit.⁸ Dies ist die Realität, der die Partei der Europäischen Linken sich stellt. In ihrem Statut wird die Zugehörigkeit von Mitgliedsparteien zu anderen Zusammenschlüssen – auch außerhalb Europas – ausdrücklich zugelassen.⁹

Die Partei der Europäischen Linken ist Realität

Der Gründungskongress der EL fand am 8. und 9. Mai 2004 in Rom statt. Ca. 200 Delegierte von 19 Parteien aus 15 Ländern Europas nahmen daran teil. Anwesend waren Gastdelegationen von 23 linken Parteien aus aller Welt. Dieser bedeutsame Akt wurde demokratisch, würdig und in einer begeisterten Atmosphäre vollzogen. Der Kongress beschloss einmütig die Gründung der Partei. Er verabschiedete mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen Programm und Statut sowie ein Finanzkonzept der Organisation. Erster Vorsitzender wurde Fausto Bertinotti (PRC – Italien), Schatzmeister Pedro Marset (Vereinigte Linke – IU – Spanien).

Für diese Funktionen gilt das Rotationsprinzip. Die Mitgliedsparteien entsandten je eine Vertreterin und einen Vertreter in den Vorstand der Partei, die der Kongress einstimmig bestätigte. Die IU wird noch fehlende Namen nachmelden. Die Nominierung der Vertreter der FKP wird nach der in dieser Partei traditionellen Mitgliederbefragung erfolgen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte nach 1989 verfügt die Linke Europas damit über eine gemeinsame Organisation – ein wahrhaft historischer Augenblick.

Die EL hat nunmehr 15 Mitgliedsparteien.¹⁰ Gegenüber dem Berliner Treffen vom Januar 2004 kamen vier weitere Parteien hinzu. Drei Parteien erklärten sich

7 Z. B. PRC, KSS, Kommunistische Partei Spaniens (PCE), Arbeiterpartei (AP – Ungarn) und AKEL.

8 Dies betrifft PRC, DL und Vereinigte Alternative Linke (EuiA – Katalonien/Spanien).

9 Siehe Artikel 6, Absatz 2. In: <http://sozialisten.de/sozialisten/el/dokumente>

10 EL-Mitgliedsparteien sind:

PDS, ESDTP, FKP, SYN, PRC, KPÖ, die Sozialistische Allianzpartei (SAP – Rumänien), Rifondazione comunista San Marinos, PdAS, KSS, PCE, IU, EuiA, SDS und AP.

zu Beobachtern.¹¹ Die EL zählt bei ihrer Gründung mehr als 500 000 Mitglieder. Programm, Statut, Reden und Diskussionsbeiträge auf dem Gründungskongress weisen sie als demokratische, transparente, offene und emanzipatorische Linkspartei aus, die sich auf gemeinsame politische Aktionen für ein soziales, demokratisches, ökologisches, friedliches und weltoffenes Europa, auf enge, gleichberechtigte Zusammenarbeit mit anderen Linksparteien, Gewerkschaften, sozialen und Friedensbewegungen sowie Nichtregierungsorganisationen orientiert. Zugleich ist sie politisch nicht beliebig: Innere Demokratie, Selbständigkeit der Parteien in ihrer nationalen Politik und Antistalinismus gehören zum Grundkonsens.

Während des ganzen Gründungsprozesses war es den beteiligten Parteien ein wichtiges Anliegen zu demonstrieren, in welchen Traditionen die EL von Anfang an stehen will: denen der Arbeiterbewegung (die Teilnehmer des Berliner Treffens reihten sich in den mächtigen Zug zu den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 11. 1. 2004 in Berlin-Friedrichsfelde ein), des fortschrittlichen linken Denkens (der Gründungskongress besuchte das Grab Antonio Gramscis in Rom), des Antifaschismus (er gedachte der Opfer des Massakers der deutschen Faschisten bei den Adriatischen Höhlen), des Friedens (die Partei gründete sich am 8. Mai, dem Tag der Befreiung), des Antistalinismus und der Befürwortung eines sozialen, demokratischen, friedlichen Europas (der Bürgermeister von Rom empfing die Delegierten am 9. Mai im Rathaus der Stadt, wo die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet wurden).

Die EL vereint die wichtigsten Parteien links von der Sozialdemokratie aus Süd-, West-, Mittel- und Osteuropa. Bedauerlicherweise gelang es bislang nicht, die skandinavischen Linksparteien in den Prozess einzubeziehen. Die kürzlich gegründete Nordische Grün-Linke Allianz (NGLA) entsandte den Parteisekretär der Sozialistischen Linkspartei (Norwegen) als Beobachter. Dies kann durchaus als Signal für Interesse und künftige Zusammenarbeit aufgefasst werden. Die Portugiesische Kommunistische Partei, die den Gründungsprozess mit großem Interesse begleitete, war als Gast anwesend, entschloss sich aber bisher nicht zu dem erwarteten Beobachterstatus. Dies dürfte vor allem mit der Furcht vor Fremdbestimmung ihrer nationalen Politik zusammenhängen. Weiße Flecken im Bereich der EU und assoziierter Länder sind weiterhin Großbritannien, Irland, Polen, Lettland, Litauen, Slowenien und Bulgarien. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM – Tschechische Republik) beteiligte sich wegen innerer Kontroversen zur Europafrage (die Partei empfahl beim EU-Beitrittsreferendum mit Nein zu stimmen) erst in

11 EL-Beobachterparteien sind: PdCI, DL und AKEL.

der letzten Zeit am Gründungsprozess. Bei der Mehrzahl ihrer Wünsche nach Abänderung des bereits unter den anderen Parteien abgestimmten Statutentwurfs konnten Kompromisse erzielt werden. Bis zu Tagungsbeginn ungeklärt blieb der Bezug auf die Geschichte der Linken in der Präambel des Statuts. Da darüber kein Konsens erreicht werden konnte, nahm die Delegation der KSCM an der Abstimmung über die Gründung der Partei nicht teil. Sie beteiligte sich jedoch bis zum Schluss an den Beratungen des Kongresses. Ihr Status ist gegenwärtig offen. In einer Pressemeldung aus Prag hieß es, man sei überzeugt, dass das Problem bis zum ersten Parteitag der EL gelöst werden kann.¹²

Die Idee, nicht nur die Mitgliedschaft von Parteien, sondern auch die von Einzelpersonen in der EL zuzulassen, wurde in der Vorbereitungsphase lebhaft diskutiert. Dadurch soll interessierten Menschen der Eintritt in die Partei ermöglicht werden, wenn sie in EU-Ländern ohne Mitgliedspartei der EL leben oder der Mitgliedspartei in ihrem eigenen Lande aus irgendeinem Grunde nicht beitreten wollen. Da keine endgültige Einigung erzielt werden konnte, wurde im Statut festgelegt, diese Möglichkeit versuchsweise für den Zeitraum von zwei Jahren einzuräumen und nach gründlicher Auswertung eine endgültige Entscheidung zu treffen. Bis dahin soll jede Partei selbständig über das geeignete praktische Vorgehen in ihrem Lande entscheiden.¹³ Der Parteivorstand der PDS hat auf seiner Sitzung vom 17. 5. 2004 beschlossen, in Deutschland Einzelmitgliedschaft in der EL zuzulassen. Die ersten Interessenten haben sich bereits gemeldet.¹⁴

Nach dem erfolgreichen Gründungskongress steht jetzt die Schaffung der Voraussetzungen für eine rasche Aufnahme der praktischen Tätigkeit der EL im Vordergrund. Wie sich auf dem Gründungskongress bereits zeigte, wird sich das Leben der EL stets im Spannungsfeld von Entscheidungen der Leitungsgremien sowie Aktionen und Forderungen der Basisorganisationen und Mitglieder vollziehen. Unter letzteren besteht ein großes Bedürfnis nach Entwicklung von horizontalen Kontakten und Zusammenarbeit, das wir befriedigen und fördern müssen. Zunächst gilt es, die für Ende Juni einberufene erste Tagung des EL-Vorstandes inhaltlich vorzubereiten und organisatorisch abzusichern. Aus den zahlreichen Vorschlägen des Kongresses ist ein Arbeitsplan für 2004 zu erstellen. Erster großer Schwerpunkt wird das aktive Auftreten der EL auf dem nächsten Europäischen Sozialforum im Oktober 2004 in London sein.

12 Siehe HALO NOVINY (Zeitung der KPBM) vom 10. 5. 2004.

13 Siehe Artikel 7.

14 Die in Rom beschlossenen Grundsatzdokumente der EL, die Reden der PDS-Vertreter, die Liste der Vorstandsmitglieder und ein Presseecho auf den Gründungskongress können auf der PDS-website nachgelesen werden - Quelle siehe Anmerkung 9.

Die Partei der Europäischen Linken ist nicht unumstritten

Der gesamte Vorbereitungsprozess und besonders der Gründungskongress in Rom haben in der öffentlichen Debatte auch kritische Kommentare ausgelöst. Die Motive reichen von aufrichtiger Sorge um das weitere Zusammenwirken der Linkskräfte Europas bis zu grundsätzlicher Ablehnung des Projekts. Hier soll auf einige der häufigsten Argumente eingegangen werden.

Ein Vorwurf lautet, der Rahmen der EU sei zu eng. Wenn schon eine gemeinsame Partei, dann müsse sie den Linken ganz Europas offen stehen. Eine europäische Partei, die nicht die Kommunistische Partei der Russischen Föderation und andere Parteien Osteuropas einschlieÙe, verdiene diesen Namen nicht. Dann lieber gar keine europäische Linkspartei.

Hier sei zunächst auf die Losung hingewiesen, die auf den Wänden des Tagungssaales von Rom in vielen Sprachen zu lesen war: »Ce n'est qu'un début!« – »Das ist nur der Anfang!«, sprang es den Teilnehmern mit dem Schwung der Pariser Studenten von 1968 entgegen. Soll heißen: Da kommt etwas nach! Politisch und territorial. Die Partei der Europäischen Linken lässt daran keinen Zweifel. Heißt es doch in ihrem Programm: »Aus diesem Grunde werden die Europäische Union und darüber hinaus der ganze europäische Kontinent... zunehmend zu einem wichtigen Raum für alternative Politik.« Aus Gründen des Pragmatismus und des Realismus ist für den ersten Schritt der Rahmen der EU und mit ihr assoziiierter Staaten gewählt worden. Hier erfolgreich Neuland zu beschreiten ist schwer genug. Zum einen, weil bei weitem noch nicht alle Linksparteien Europas zu einem solchen Schritt bereit sind. Zum anderen, weil die Umbruchsituation, in der sich die EU gegenwärtig befindet (sie muss den Beitritt von 10 neuen Mitgliedsstaaten verkraften und ist dabei, entscheidende Entwicklungslinien der Zukunft in einer Verfassung festzuschreiben), von der Linken eine enorme Konzentration der Kräfte und Anstrengungen erfordert, um bei dieser strategischen Weichenstellung ihren Einfluss geltend zu machen. Wird diese doch Auswirkungen auf ganz Europa haben. Zum Dritten schließlich, weil der Beitritt zu einer gemeinsamen Organisation mit allen Konsequenzen für das Selbstverständnis einiger Parteien ein so unerhört tiefer, schwerwiegender Einschnitt ist, dass die Debatten darüber zuweilen zu echten Proben auf Stabilität und Reife gerieten. Und das in Parteien, die in Geschichte, politischer Kultur und Erfahrungen einander nahe sind. Noch größere Belastungen hätten den Zug bereits beim Anfahren aus dem Gleis werfen können.

Allerdings ist es in dieser Situation für die EL ein sehr reales Problem und eine wichtige Aufgabe, Wege einer engeren Zusammenarbeit mit solchen Linksparteien Europas zu bahnen, die vorläufig noch nicht beitreten können oder wollen. Dies gilt ebenso für Partner außerhalb des europäischen Kontinents. Die

Globalisierung presst die Kontinente zusammen, stellt die Linken in aller Welt vor immer ähnlichere Probleme und Herausforderungen, die eine neue Qualität des Zusammenwirkens erfordern. Auch die einzelnen Mitgliedsparteien der EL, die international stark vernetzt sind, werden ihre bilateralen Beziehungen in alle Himmelsrichtungen weiter pflegen. Die PDS jedenfalls ist entschlossen, ihre breiten Kontakte zu Partnern in aller Welt weiterzuentwickeln.

Ein anderer Vorwurf lautet, zur EL seien nur bestimmte Parteien zugelassen, insbesondere das kommunistische Element werde ausgegrenzt.

Der Gründungsprozess war von Anfang an offen und transparent angelegt. Zunächst fanden sich elf Parteien zusammen, die ein ernsthaftes Interesse an diesem Projekt bewegte. Jede Partei, die es als wichtig und zeitgemäß empfand, konnte mitwirken. Die Initiativparteien erarbeiteten sich auf sehr demokratische und kollegiale Weise eine politische Plattform (transformatorische Linke) und Grundprinzipien des Statuts (innerparteiliche Demokratie, Pluralismus). Die Plattform ist nicht vordergründig ideologisch angelegt, aber auch nicht beliebig. Inzwischen ist sie von den Delegierten des Gründungskongresses (jede Partei, ob groß oder klein, hatte zwölf geschlechterquotierte Mandate) mit großer Mehrheit beschlossen worden. Wer diese Grundlage akzeptiert, kann beitreten.

Ausgrenzung des kommunistischen Elements? Eine ganze Reihe Mitglieds- und Beobachterparteien der EL definieren sich kommunistisch und würden sich verbitten, ihnen das abzusprechen. Andere haben ein anderes Selbstverständnis. In der EL ist Toleranz angesagt. Sie ist auch für neu entstehende nichtkommunistische Linksparteien offen. Und schließlich haben die 22 Parteien bzw. Bewegungen, die als Gäste am Gründungskongress teilnahmen, lebhaftes Interesse kommunistischer und anderer Linker aus aller Welt an der EL demonstriert.¹⁵

Besonders hart soll offenbar der Vorwurf treffen, die EL sei eigentlich keine Initiative der beteiligten Parteien, sondern ein Werkzeug der Europäischen Union, das den Widerstand der Linken Europas gegen die EU brechen soll. Dabei wird meist Bezug genommen auf Artikel 191 des EU-Vertragswerkes und auf die »Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Regelungen für politische Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung«.

15 Folgende Parteien und Organisationen nahmen als Gäste am Gründungskongress der EL teil: Kommunistische Partei von Brasilien (PCdoB), Partei der Werktätigen (PT – Brasilien), Rot-Grüne Allianz (Dänemark), DKP, Respect (Großbritannien), Kommunistische Partei Finnlands, Kommunistische Partei Israels, Yachad (Israel), Attac (Italien), Japanische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Kolumbiens, Kommunistische Partei Kubas, Libanesisch-Kommunistische Partei, Partei des Fortschritts und des Sozialismus (PPS – Marokko), Vereinigte Sozialistische Linke (GSU – Marokko), Demokratische Koalition Palästinas, PLO, PCP, Linksblock (Portugal), Nordische Grün-Linke Allianz (NGLA), Ungarisches Sozialforum, Kommunistische Partei Venezuelas und Antikapitalistische Linke (Venezuela).

Scharf angegriffen wird die Formulierung des genannten Artikels 191: »Politische Parteien leisten einen Beitrag zur Herausbildung europäischen Bewusstseins.« Dazu ist zu sagen: Die EL ist keine antieuropäische Partei. In ihrem Statut heißt es unmissverständlich, dass sie »die Herausbildung einer europäischen Identität entsprechend ihren Werten und Zielen aktiv unterstützt«¹⁶. Es wurden Werte und Ziele formuliert, die links definiert sind und mit denen des Großkapitals nichts gemein haben.

Die genannte »Verordnung« legt fest, dass Parteien auf europäischer Ebene sich bei EP und Kommission registrieren lassen sowie auf der Grundlage des geltenden europäischen Rechts bewegen müssen. Das sind Anforderungen, die jede politische Partei erfüllen muss, die in ihrem Lande legal politisch tätig werden will. Auch die eifrigen Kritiker des Projekts der EL erfüllen sie. Die Versuche, hier grundsätzliche Unterschiede zwischen nationalem und europäischem Recht zu konstruieren, muten reichlich scholastisch an. Die PDS jedenfalls verwahrt sich in Deutschland dagegen, vom Verfassungsschutz gelegentlich als verfassungsfeindlich hingestellt zu werden.

Im Grunde suggerieren die Kritiker, das Bekenntnis zur Rechtsgrundlage der EU schließe politische Gegnerschaft gegen die herrschende Politik aus, mache die EL automatisch zur Befürworterin der heutigen Entwicklungsrichtung der EU. Ein Blick in die Gründungsdokumente der EL beweist das Gegenteil. War es doch nachgerade ein Gründungszweck der Partei, den Widerstand gegen den neoliberalen, militaristischen Kurs der EU zu bündeln und damit wirksamer zu machen.

Den Initiatoren der EL wird weiter unterstellt, sie seien nur auf diese Idee verfallen, weil es von der EU für europäische Parteien Geld geben wird, sie verkauften gleichsam ihre Seele an die imperialistische EU. Dafür steht das schlimme Wort von der »Euro-Partei«.

Wie ist es um die Finanzierung der EL in der Tat bestellt? Zunächst wird die »Verordnung« zum ersten Mal eine transparente Regelung der Parteifinanzen auf europäischer Ebene in Kraft setzen. Bislang bedienten sich die seit langem bestehenden europäischen Parteien der anderen politischen Richtungen mehr oder weniger offen aus den Geldern der Fraktionen des EP, was eigentlich verboten war. Die PDS hat auch in Deutschland zugestimmt, dass die Bestimmungen über die Parteienfinanzierung schärfer, klarer und transparenter gestaltet werden. Warum sollte sie auf europäischer Ebene dagegen sein?

Im praktischen Leben der EL werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die bescheidenen Summen, die möglicherweise genutzt werden können, werden nach Größe und Stimmenanteil der einzelnen Parteien bei den Euro-

16 Artikel 5 - Quelle siehe Anmerkung 9.

pawahlen verteilt. Die bisherigen Stimmenanteile der Linken sind bekannt. Um als europäische Partei anerkannt zu werden, sind bestimmte Kriterien zu erfüllen: Eine europäische Partei muss aus Parteien bestehen, die in mindestens 7 Staaten der Union (einem Viertel der Gesamtzahl) mit Abgeordneten des EP, der nationalen oder regionalen Parlamente vertreten sind – für die Linke ein ausgesprochenes Kampfziel.

Fest steht, dass die EL Anstrengungen zur Mobilisierung eigener Mittel unternehmen muss, denn ihre politische Wirksamkeit wird auch von der finanziellen Ausstattung abhängen. Das auf dem Gründungskongress angenommene Finanzstatut nennt drei Finanzquellen:

erstens Mittel der EU, die sie nicht ablehnen, sondern transparent verwenden wird, wobei politische Auflagen nicht akzeptiert werden; zweitens Mitgliedsbeiträge und drittens Spenden. Hier Konkretes zu beschließen ist eine der dringenden Aufgaben des neuen Parteivorstandes.

Immer wieder wird die Befürchtung laut, die EL könnte die nationalen Parteien liquidieren, es ihnen zumindest erschweren, den Schwerpunkt der politischen Arbeit auch weiterhin im eigenen Lande zu setzen.

Unter den Mitgliedsparteien ist Konsens, dass die EL eine neue Qualität der Zusammenarbeit der Linken in der Europapolitik bringen, auf europäischer Ebene Alternativen anbieten, propagieren und politisch realisieren soll. Die nationale Politik dagegen verbleibt voll in der Entscheidung und Verantwortung der einzelnen Mitgliedspartei. Die Achtung der Selbständigkeit jeder Partei ist für die EL ein hohes Gut. Auf der europäischen Ebene aber soll sie als wirkliche Partei, als eigenständiges politisches Subjekt auftreten. Hier wird in der Tat eine neue Qualität gegenüber den bisherigen Formen der Zusammenarbeit wie GUE/NGL und NELF angestrebt. Die EL will sich auch nicht mit der Rolle eines Dachverbandes begnügen, der die Aktionen nebeneinander handelnder Parteien lediglich koordiniert. Sie soll eine Partei sein, die durch ihre Mitglieder lebt, kein bloßes Sammelbecken einzelner Parteien und Organisationen. Sie wird eine Partei mit einer gemeinsamen Leitungsstruktur, einem Vorsitzenden, einem Rat der Vorsitzenden und einem Vorstand darstellen. Das Besondere besteht darin, dass dort Entscheidungen im Konsens gefunden und getroffen werden müssen.

Mancher hat auch Bedenken, dass mit der Gründung der EL solche gewachsenen Formen linker Zusammenarbeit in Europa wie GUE/NGL und NELF beeinträchtigt oder gar überflüssig werden könnten. Das soll nach übereinstimmendem Willen der Mitgliedsparteien der EL nicht geschehen. Diese Formen sollen bestehen bleiben und sich weiter profilieren.

Die Fraktion GUE/NGL war stets das Instrument der parlamentarischen Arbeit und kein Ersatz für Partebeziehungen. Diese wurden auch bisher nicht über die Fraktion realisiert. Der konföderale Charakter der Fraktion ermöglicht

einerseits eine größere politische Breite, als sie die EL derzeit erreichen könnte, setzt aber dem gemeinsamen Handeln auch Grenzen, da die Unterschiede in Grundfragen zum Teil beträchtlich sind. Der EL sind Parteien beigetreten, die mehr Übereinstimmung im Handeln herstellen wollen, als in der Fraktion möglich ist. Sicher wird eine aktive EL auch auf die Arbeit der Fraktion Auswirkungen haben. Aber die Fraktion GUE/NGL, wenn sie in dieser Form nach der Europawahl 2004 wieder ersteht, wird nicht die Fraktion der EL sein.

Das NELF bleibt ein Netzwerk, dessen Vorzug auch weiterhin darin bestehen wird, dass es regelmäßig linke Analyse und Meinungsbildung wesentlich über den Kreis der EL hinaus betreibt. Es hat ein großes Potential, noch stärker und breiter in die Organisationen und Netzwerke der Zivilgesellschaft des ganzen europäischen Kontinents hineinzuwirken. Die PDS wird sich weiter aktiv an seiner Arbeit beteiligen.

Die Partei der Europäischen Linken ist weder Produkt einer imperialistischen Verschwörung, ein Werkzeug der EU, noch ein Spaltpilz. Sie ist das Ergebnis langjähriger Erfahrungen eines Teils der europäischen Linken mit den bisherigen Formen und Ergebnissen ihrer Zusammenarbeit, die ihnen heute nicht mehr ausreichend und zeitgemäß erscheinen. Sie ist ein Schritt von historischen Dimensionen. Aber die Beteiligten betreten unerforschtes Neuland. Sie werden Erfahrungen sammeln und manches Lehrgeld zahlen müssen. Die EL ist offen für weitere Parteien, die sich ihrer demokratisch beschlossenen programmatischen Grundlage anschließen wollen. Sie hat sich auf einen vielversprechenden Weg begeben, auf dem die Chancen die Risiken überwiegen.¹⁷

17 Weitere Informationen siehe Disput Nr. 4-6/2004.

Lothar Bisky

Rede auf dem Gründungskongress der Partei der Europäischen Linken in Rom, 8. Mai 2004

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

»das ist nur der Anfang« – diese Losung unseres Gründungskongresses ist treffend, sie ist anregend und beflügelt zugleich das weitere und tiefere Nachdenken.

Es ist nur der Anfang – aber wichtig ist, dass wir angefangen haben und gemeinsam in eine Richtung gehen. Wenn ein anderes Europa - sozialer, friedlicher, demokratisch, ökologisch und feministisch nötig ist, muss es eine politische Kraft geben, die ein solches Europa möglich macht. Das will die Partei der Europäischen Linken sein. Selbstverständlich nicht allein – mit vielen anderen zusammen.

Mit den sozialen Bewegungen und Foren, mit der Friedensbewegung, mit einer starken Fraktion im Europaparlament, aber auch mit linken, sozialistischen, kommunistischen Parteien, die von unserer Entscheidung noch nicht überzeugt sind. Wir meinen: Ohne Anfang keinen Fortschritt. Wir treffen heute eine historische Entscheidung.

Es ist nur der Anfang – wir wollen mehr! Die Linke in Europa muss aus der strategischen Defensive heraus, in der wir uns noch immer befinden. Wenn wir uns zu einer Partei zusammenschließen, werden unsere Möglichkeiten multipliziert, um den heutigen Kapitalismus präziser zu analysieren und zu kritisieren, weil wir ganz unmittelbar über den Tellerrand unserer Länder hinausblicken.

Wir werden politisch interessanter, weil unsere Alternativen die europäischen Perspektiven konsequent zur Grundlage haben. Wir haben entschiedene Möglichkeiten zu verhindern, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unterschiedlichen europäischen Ländern gegeneinander ausgespielt werden, um soziale und ökologische Standards zu senken. Notwendig ist, eine

linke Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erarbeiten. Notwendig ist, gegen eine Politik, die auf Gewalt und Diktatur setzt, eine europäische Friedens- und Abrüstungspolitik nachhaltig zu verwirklichen. Europa als Festung, abgeschottet gegenüber den Armen der Welt, widerspricht unseren Vorstellungen. Unser Europa ist ein solidarisches, weltoffenes Europa, ist ein Europa der globalen Gerechtigkeit und der kulturellen Vielfalt.

Ein solches anderes Europa müssen die Bürgerinnen und Bürger erkämpfen. Wir werden Teil ihrer Kämpfe sein. Wir wollen Mut machen, Mut zu Widerstand und Protest, Mut zur Veränderung und Mut in die eigene Kraft.

Das »alte Europa« ist von oben gekommen, es ist den Menschen übergestülpt worden. Das neue Europa wird von unten wachsen. Das alte Europa ist den Menschen fremd – das neue Europa wird ihnen nahe sein. Wir sind Teil dieses neuen Europas. Wir werden die Politik aus den Hinterzimmern der Macht zurückholen auf die Straßen und Plätze, in die Parlamente und Bewegungen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch unsere Gemeinsamkeit, unsere Einheit steht erst am Anfang. Wir wollen mehr. Die Linke in Europa ist vielfältig – geistig, kulturell, politisch und sozial. Das ist so, aber das muss nicht das letzte Wort sein. Wir suchen unsere Einheit in dieser Vielfalt.

Die Partei der Europäischen Linken ist ein Schritt, ein wichtiger Schritt zu mehr Geschlossenheit im Handeln. Nicht weitere Spaltung, sondern mehr Dialog und mehr Gemeinsamkeit sind der Weg und das Ziel dieses Vorgehens.

Außer von uns selbst, von den Mitgliedern, den Wählerinnen und Wählern unserer Parteien, werden wir uns von niemandem vorschreiben lassen, was wir politisch tun. Wir sind solidarisch mit Kuba und Venezuela. Wir sind für eine friedliche, gewaltfreie Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten. Wir sind gegen Kriege – kompromisslos.

Und das sage ich bewusst hier in Rom als deutscher Sozialist am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus.

Es ist nur ein Anfang.

Wir gründen nicht eine gemeinsame Partei, weil wir uns abschließen wollen. Im Gegenteil: Die Partei der Europäischen Linken ist und bleibt offen. Offen für Zusammenarbeit, offen für den produktiven Streit der Meinungen, offen in ihren Strukturen, offen für neue Mitglieder. Für uns zählt nicht allein wo jemand herkommt, sondern vielmehr wo er hin will. Offen heißt nicht voraussetzungslos: Wir geben uns ein gemeinsames Programm und ein Statut.

Wir sind eine Antikriegspartei, eine Partei der sozialen und globalen Gerechtigkeit, eine Partei der Demokratie und der Gewaltfreiheit – das ist die inhaltliche Grundlage unserer Offenheit.

Unser Europa wird nicht an den Außengrenzen der EU enden. Wir denken weiter und wollen unsere Zusammenarbeit weiter fassen. Auch dort stehen wir am Anfang. Aber im Anfang müssen wir die nächsten Schritte mitbedenken.

Wir werden transparente Arbeitsformen entwickeln, die einladen. Einladen zur Mitarbeit, einladen zur Kooperation, einladen zu Neuem.

Unser Haus Europa hat offene Fenster und Türen, wir sind – um bei diesem Bild zu bleiben – eine Wohngemeinschaft, bereit, miteinander zu leben, zu lernen, zu kämpfen. Wir haben keine Furcht davor, dass wir uns alle in diesem Prozess verändern.

Wenn wir so bleiben, wie wir sind, werden wir Europa nicht verändern können. Sich selbst verändern und als linkes transformatorisches Projekt kenntlich bleiben: das ist kein Widerspruch. Das ist die Dialektik, die eine Gesellschaft vorantreibt.

Die Partei der Europäischen Linken baut auf die Veränderbarkeit der Gesellschaft. Die Geschichte ist nicht am Ende.

»Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken«, schrieb Karl Marx. Rosa Luxemburg würdigte diesen großartigen Theoretiker und Visionär der internationalen Arbeiterbewegung, indem sie seinem Satz eine neue Betonung gab: »Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst!«.

Dieses politische Selbstbewusstsein – mit einer neuen Linken für ein neues Europa – ist mitentscheidend, um eine neue Qualität der Zusammenarbeit für ein solidarisches weltoffenes Europa mit zu begründen.

»Ce n'est qu'un debut!« – es ist eine wunderbare Chance. Die Genossinnen und Genossen der PDS werden sich für die Partei der Europäischen Linken engagieren.

15 Thesen für eine alternative europäische Linke¹

1. Wir gehen davon aus, dass die Krise der Politik eines der spezifischen Ergebnisse der kapitalistischen Globalisierung ist. Wir gehen ebenfalls davon aus, dass darin das Wesen der großen und dramatischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts zum Ausdruck kommt. Auf dieser Erkenntnis für die Idee der »Neugründung« (»Rifondazione«).

2. Die kritische Analyse der neuen, konkreten Formen der Entfremdung und der Ausbeutung der Lohnarbeit, ihrer Veränderung und ihres Anwendungsbereichs hat uns dazu gebracht, die "kommunistische Neugründung" (Rifondazione comunista) in ihrer radikalsten Bedeutung zu verstehen.

3. Neue globale Organisationsformen der Macht nehmen den Platz der Nationalstaaten, der alten Souveräne, Bündnissysteme und Weltordnungen ein, die aus der Zeit des Sieges über den Nazifaschismus und des Kalten Krieges überkommen sind. Diese sind nicht beseitigt, sondern von der neuen Befehlskette umgeformt worden, die die ganze Welt erfasst. Die Frage der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft kann nur im Weltmaßstab gestellt werden. Das ist die neue Grundlage für die Wiedergeburt der Politik.

4. Die Entstehung und Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegung hat ein Phänomen von strategischer Bedeutung hervorgebracht. Dieses muss im Lichte des Wiederauflebens der sozialen und Arbeitskonflikte sowie des Auftauchens anderer Erfahrungen der Teilnahme an Konflikten interpretiert werden. Hier liegt die Urquelle der kommunistischen Neugründung. Sie ist allerdings nicht unerschöpflich.

¹ Die 15 Thesen sind die Quintessenz einer Rede Fausto Bertinottis auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz im November 2002. Übersetzung aus dem Englischen: Helmut Ettinger.

5. Die Bush-Doktrin ist die schlüssige und schreckliche Absichtserklärung für den endlosen, unbestimmten Krieg, die US-Administration das zentrale Kettenglied der neuen imperialen Ordnung. Sogar ein Krieg zum Schutze der Zivilisation muss als Maske herhalten, hinter der sich die zutiefst rückschrittliche kapitalistische Globalisierung nach allen Seiten hin ausbreitet.

6. Die neue Friedensbewegung muss sich zum Ziel setzen, alle Kriege der kapitalistischen Globalisierung zu überwinden, indem sie das ganze System des Krieges weltweit bekämpft. Diese Kriege sind von so extremer Natur, dass sie starke Gegnerschaft, Widerstand und Ablehnung auch bei Staaten und Regierungen auslösen. Die Bewegung muss sich diesen Widersprüchen aktiv zuwenden, ohne sich der Illusion hinzugeben, dass diese den Prozess stoppen können. Das ist nur durch das quantitative, qualitative, soziale, politische und kulturelle Wachstum der Bewegung zu erreichen. Dieses Wachstum wird den Zusammenhang zwischen dem neoliberalen Gesellschaftsmodell und dem Krieg der Globalisierung enthüllen und zugleich zugunsten eines alternativen Gesellschaftsmodells wirken. Nur im Kampf gegen den Krieg und für den Frieden wird die Politik wiedergeboren werden. Wie es keine Gerechtigkeit ohne Frieden gibt, kann es auch keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben.

7. In der Weltpolitik ist Europa für uns die kleinste Einheit für die Wiedergeburt der Politik im Interesse der unteren Klassen. Ihr Schicksal und die Möglichkeit, dass sie darin eine aktive Rolle spielen, hängt davon ab, wie sie sich daran beteiligen, einen Ausweg aus der Krise der Politik zu finden. Frieden zu schaffen und zugleich die heutige kapitalistische Gesellschaft umzugestalten, das wird das Feld für diese Bemühungen sein.

8. Europa ist jedoch nur ein Einzelfall in der generellen kapitalistischen Globalisierung. Es existiert nicht politisch. Weder stellt es eine autonome geopolitische Realität noch eine einzigartige Erfahrung im Hinblick auf Demokratie und Regierungsformen dar. Das Fundament dieses Staates (denn es ist ein Staat, obwohl viele Kulturen es bereichert haben und es außerordentliche Erfahrungen in der Politik als Ausdruck der Klassenkonflikte besitzt) entspricht dem entstehenden Gesellschaftsmodell der Globalisierung; daher ist er zunehmend weniger europäisch. Trotzdem bergen die alten Kulturen und die außerordentlichen politischen Erfahrungen Europas noch eine Chance in sich. Sie müssen mit einer Bewegung verbunden werden, die in unserer Zeit ein Zeichen setzt. Ein Sprung vorwärts ist möglich und notwendig.

9. Wir gehen davon aus, dass die zwei gegenläufigen Strömungen der neuen Weltprozesse die kapitalistische Globalisierung und die Möglichkeit (sowie Notwendigkeit) einer anderen Welt eine dramatische Herausforderung für die Hypothesen der Reformisten darstellen (wenn auch nicht unbedingt für die Formationen, die sie vertreten). Das Scheitern des jüngsten reformistischen Versuchs von Mitte-Links in den USA wie in Europa hat dazu beigetragen, dass in der zweiten Phase der Globalisierung Regierungen der Rechten gewählt wurden.

10. Krise und Krieg sind Bestandteile der zweiten Phase der Globalisierung. Von Unsicherheit und Ungewissheit sind nicht nur die Arbeit und das Leben der Menschen betroffen, sondern auch die kapitalistische Wirtschaft und Entwicklung. Instabilität und Unsicherheit sind die Hauptmerkmale der generellen und klassenmäßigen Verfasstheit des Kapitalismus unserer Zeit. Die kurze Welle der Krise der Politik trifft auf die lange Welle der Krise der Zivilisation, die von der sich vertiefenden Kluft zwischen Innovation und gesellschaftlichem Fortschritt charakterisiert ist. In diesem Rahmen vertieft sich die Krise der Demokratie.

11. Wir sehen, dass die Krise der reformistischen Linken in Westeuropa, die in dem jüngsten Zyklus von Wahlen offenbar geworden ist, sich weiter vertieft und keine Einzelercheinung darstellt. Und trotz angestrebter Suche nach Auswegen, die in Europa und in allen anderen Ländern in verschiedener Richtung vor sich geht, verschärft sich die Krise weiter. Einerseits erforderte die Regierbarkeit der Staaten eine neozentristische Lösung im Fahrwasser der Globalisierung und der USA, andererseits setzt die Suche nach einem neuen reformistischen Weg die Linke in ein kritisches Spannungsverhältnis zu diesem Haupttrend. So wird auch die reformistische Linke von Instabilität und Ungewissheit erfasst. Sie kann nicht mehr als eine grundsätzlich unveränderbare Realität angesehen werden.

12. Wir verstehen, dass die Krise der reformistischen und sozialdemokratischen Linken kommunistischen Kräften jede Möglichkeit nimmt, sich im Verhältnis zu ihnen zu definieren. Die Vorstellung, man könnte aufgrund einer aus der Vergangenheit überkommenen, fixen historischen Identität eine Übergangsphase hin zu einem Regierungsbündnis mit den Reformisten konstruieren, hat in diesem Zyklus den Todesstoß erhalten. Aber auch die Gegnerschaft zur Sozialdemokratie rettet uns nicht. In der Tat erkennen wir jetzt, dass zur Krise der reformistischen Linken, die nach ihrer Niederlage im 20. Jahrhundert mit der Globalisierung konfrontiert ist, die Krise der traditionell kommunistischen Formationen hinzugekommen ist. Mitgefangen,

mitgegangen. Wir hatten bereits verstanden, dass die Rifondazione notwendig war, um wieder eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen. Jetzt erkennen wir, dass sie notwendig ist, um weiter zu existieren.

13. Der Hebel für Veränderung ist der Aufbau einer neuen Arbeiterbewegung. Europa ist einer der Orte, wo dieses neue Subjekt der Transformation der kapitalistischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert geschaffen werden kann. Hier liegt unbestritten unser erstrangiges Aktionsfeld.

14. Der Aufbau einer alternativen Linken in Europa als politischer Akteur des neuen Zyklus ist für das Gesamtergebnis der Auseinandersetzung eine entscheidende Frage. Der pluralistische Charakter der Bewegungen erfordert ein politisches Subjekt, das schon aufgrund seiner Zusammensetzung in der Lage ist, bei dem Projekt der Errichtung einer möglichen anderen Welt dialektisch mit ihnen zusammenzuwirken. Die Krise der Politik kann nur überwunden werden, wenn ein neues Verhältnis zwischen linker Politik, Konflikt und Zivilgesellschaft entwickelt wird. Rifondazione comunista ist eine notwendige, aber nicht ausreichende Voraussetzung für diese umfassendere Neubestimmung. Beim Aufbau einer alternativen europäischen Linken kann Rifondazione comunista die Anregung geben, nach neuen Horizonten zu streben und zur Entstehung eines politischen Subjekts beitragen, das dem Ziel eines anderen Europa wieder Glaubwürdigkeit verleihen kann, eines unabhängigen Europa, das nach dem Süden dieser Welt orientiert ist und für ein anderes soziales und politisches Modell steht als das der Globalisierung.

15. Die politischen Kräfte, die die GUE vertritt und diejenigen, die sich in Europa links von der Sozialistischen Internationale einordnen, sind aufgerufen, ihren Status einer Minderheit zu überwinden. Aber eine alternative Linke kann nicht nach Kriterien der politischen Geografie geschaffen werden. Ihre entscheidenden Kriterien müssen die radikale Gegnerschaft zum Krieg und die Absage an neoliberale Politik sein. Ihr Standort ist in den Bewegungen unserer Zeit, die für eine alternative Gesellschaft kämpfen. Ihre Existenzform ist die Reform der Politik, um kollektiven Aktionen wieder Wirksamkeit zu verleihen und die Wiedergeburt der Politik herbeizuführen. Daher müssen an dem neuen europäischen Subjekt soziale, politische und kulturelle Organisationen, die sich von den (etablierten) politischen Parteien unterscheiden, auf gleichberechtigter Basis teilnehmen können. Um die Transformation zu erreichen, muss die alternative Linke sich selbst und ihre Existenzform in Richtung Partizipation, Pluralismus, Akzeptanz von Unterschieden und Selbstverwaltung verändern.

Die Schwedische Linkspartei: wirtschaftsdemokratische Positionen

Die Schwedische Linkspartei und Veränderungen des schwedischen Wohlfahrtsstaats

Während der 1990er Jahre hat Schweden, wie andere Länder in der globalen kapitalistischen Wirtschaft, riesige Kürzungen im öffentlichen Sektor hinnehmen müssen. Die sozialdemokratischen Regierungen haben während der 1980er (1982-1991) und insbesondere der 1990er (1994-2003) eine Politik des allmählichen Herunterfahrens der Anteile des öffentlichen Sektors am BNP durchgeführt. In den späten 1980ern führten die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Liberalen eine Steuerreform zur Senkung zum Beispiel der Einkommenssteuern durch, die viele Milliarden Euros kostete und denen mit niedrigem Einkommen nichts nutzte. In den 1990ern sind sowohl die sozialdemokratischen als auch die bürgerlichen Regierungen (1991-1994) sehr erfolgreich im Kürzen der öffentlichen Ausgaben gewesen, um sich für den Maastricht-Vertrag und die Forderungen nach Mitgliedschaft in der EU und der Währungsunion (EWU) zu qualifizieren. Der Anteil des öffentlichen Sektors ist im Zeitraum der letzten zwanzig Jahren in Schweden von zwei Dritteln bis auf die Hälfte des BNP gesunken.¹ Finanziell bedeutet das einen Verlust von ungefähr 20 Milliarden Euros pro Jahr in öffentlichen Ausgaben, was für eine ziemlich kleine Wirtschaft wie die Schwedens sehr viel ist.

Diese Wirtschaftspolitik hat zu einer sehr problematische Situation im öffentlichen Gesundheitssektor geführt.² Die Zeitungen veröffentlichen Beschreibungen von unmenschlichen Bedingungen in der Altenpflege, in Krankenhäusern, in der Kindererziehung, den Schulen etc. Viele Krankenhäuser sind geschlossen worden, und andere sind voller Leute, die in den Korridoren herumliegen.

1 Ankarloo 2003.

2 Die nun folgende Beschreibung ist entlehnt aus Sjöberg 2003, S. 234 ff.

Geburtskliniken sind auch geschlossen worden, und die Übriggebliebenen sind manchmal überfüllt; es gibt Beispiele von Frauen, denen gesagt wurde, sie sollten doch zu einem Krankenhaus 200 km entfernt gehen. Die Gesamtzahl der Angestellten im Pflegebereich ist sehr gesunken, und es gibt viele Beispiele von alten Leuten, die den ganzen Tag in ihren Betten herumliegen, ohne irgendwelche Hilfe zu bekommen. Die Pflege von in die Psychiatrie Eingewiesenen und von Rauschgiftabhängigen hat scharfe Kürzungen durchgemacht. Vor 20 Jahren gab es auf den Straßen Stockholms keine BettlerInnen, heutzutage kann man jeden Tag welche sehen. Die Kürzungen sind mit Privatisierungen kombiniert worden, so dass heutzutage die großen Aktiengesellschaften wichtige Akteure auf dem Gesundheitsmarkt sind. Noch vor 15 bis 20 Jahren wurden private Unternehmer erst gar nicht in den Gesundheitssektor hereingelassen.

Es hat auch Kürzungen in den Sozialversicherungssystemen gegeben. Volle Einkommensentschädigung wird nicht mehr gewährt, gegenwärtig ist das Niveau bei 80 % für Arbeitslosigkeit (wenn man im System ist), Krankheit und Kinderbetreuung. Eine sehr wichtige Veränderung ist das neue Rentensystem, das 1994 beschlossen und dann von vier bürgerlichen Parteien gemeinsam mit den Sozialdemokraten eingeführt wurde. Langfristig bedeutet dies, dass das öffentliche Rentensystem, mit vom Staat verwalteten Rentenfonds, wegschmelzen wird. Stattdessen wird es Hunderte von durch Privatbanken, Versicherungsgesellschaften etc. kontrollierte Rentenfonds geben, unter denen die Angestellten die Auswahl haben werden. Das neue System wurde durch dieselbe, oder in Wirklichkeit eine ziemlich andere Sozialdemokratie durchgedrückt wie der, die so schwer gekämpft hatte, um das öffentliche Rentensystem in den 1950er Jahren einzuführen. Tatsache ist auch, dass es tatsächlich die Sozialdemokraten waren, die sich in den späten 1980ern als erste für private Alternativen im öffentlichen Sektor öffneten, eine bürgerliche Regierung 1991-1994 konnte dann weiter gehen und eine bereits eingeleitete Entwicklung vervielfältigen.³ Die schwedische Sozialdemokratie von heute ist eine Sozialdemokratie, die zu denen gehört, die z.B. auf die französische Sozialistische Partei Druck ausüben, mehr zu deregulieren und zu privatisieren, der Energiesektor ist ein Beispiel hierfür. Statt ein Modell für radikale, progressive Kräfte zu sein, ist die schwedische Sozialdemokratie heutzutage das Gegenteil. Die SAP von heute gehört zu Tony Blairs »New Labour« und Gerhard Schröders »Neuer Mitte«.

Die Gesamtkonsequenzen der wirtschaftlich-politischen Entwicklung während der letzten 20 Jahre ist eine sich immer mehr verhärtende schwedische Gesellschaft. Dies hat wachsende Spaltungen zwischen den Klassen bedeutet, und die Einkommensunterschiede sind sehr schnell angewachsen. Die Arbeits-

3 Montin 1992.

losigkeit wuchs Anfang der 1990er von 2 auf 10%. Es besteht eine Marginalisierung von Teilen der Bevölkerung, die vor 20 Jahren nicht vorkam. Natürlich sind viele der beschriebenen Prozesse auch im übrigen Europa aufgetreten, aber ich denke, dass es richtig ist zu sagen, dass die bürgerlich-(neo)liberale Offensive (einschließlich der der sozialdemokratischen Regierungen) eine sogar noch größere Veränderung der sozialen Bedingungen in Schweden im Vergleich zu früher geschaffen hat. Diese Entwicklung ist eine wichtige Erklärung für die negative Meinung zu EU und EWU in Schweden. Die soziale Entwicklung wird mit der Anpassung an ein anderes soziales System verknüpft und ist es tatsächlich, und dies erklärt auch den »Antiföderalismus« in der Linken, manchmal selbst da, wo es um linke Projekte geht.

Dies ist die sozioökonomische und politische Landschaft, in der die Schwedische Linkspartei (Vänsterpartiet) navigieren muss. Historisch gesehen ist die Linke »zur Linken« der Sozialdemokratie schwach gewesen.⁴ Die ehemalige kommunistische Partei war, obwohl sie die sozialdemokratischen Regierungen für lange Zeit im Parlament passiv unterstützte, sehr kritisch gegenüber dem sozialdemokratischen Reformismus und der »Klassenzusammenarbeit«. Die VPK wollte nicht an SAP-Regierungen teilnehmen und war auch nicht willkommen. Heute, da die schwedischen Sozialdemokraten Liberale geworden sind, befindet sich die Linke Partei in einer Situation der sehr engen Zusammenarbeit mit der SAP-Regierung und der Grünen Partei.

In den Finanzplänen der Regierung dieser Tage kann man lesen, dass das »langfristige Ziel des Schrumpfens des öffentlichen Sektors als Anteil des BNP weiterhin verfolgt wird.« Die Linke Partei kritisiert die SAP-Regierung sowohl auf der nationalen als auch auf lokaler Ebene in mancher Hinsicht »theoretisch« und versucht, die SAP-Vorschläge nach links zu verschieben, aber sie unterstützt die Regierungsvorschläge praktisch im Großen und Ganzen. Nun werden sogar noch schärfere Kürzungen auf lokaler Ebene geplant, was natürlich mit der Wirtschaftspolitik auf der nationalen Ebene zu tun hat. Im Bezirk Stockholm ist die sozialdemokratische/linke/grüne Mehrheit bereit, ein Äquivalent von 200 Millionen Euro im Gesundheitsbereich zu streichen. In theoretischen und politischen Dokumenten tut die Linke Partei alles, um das starke allgemeine Wohlfahrtsmodell zu verteidigen; gleichzeitig unterstützt sie praktisch die Regierungspolitik der SAP, was bedeutet hat, dass der BNP-Anteil des öffentlichen Sektors weiter gesenkt und im Zusammenhang damit, die Einkommensunterschiede sowohl zwischen den Klassen als auch zwischen Männern und Frauen weiter vergrößert wurden.

4 Die Kommunistische Partei, VPK, erreichte von 1950 bis 1998 ungefähr 4-6 % der Stimmen, während die »reformierte« Linke Partei (Vänsterpartiet) 12 % erhielt. Vgl. Birgeron, Bengt Owe: *Sverige efter 1990, en modern politisk historia*, Bonnier, Stockholm.

Natürlich hat es interne Debatten darüber gegeben, was die beste Strategie wäre, dieser neuen Situation zu begegnen. Ich denke, dass es möglich ist, den augenblicklichen Standpunkt der Linken Partei so zusammenzufassen: Wir müssen mit der SAP-Regierung zusammenarbeiten und Kompromisse schließen, denn wenn wir dies nicht tun, werden es andere, d.h. die bürgerlichen Parteien tun. Und das würde zu einer noch schlimmeren Situation führen. Also sollten wir versuchen, die SAP-Politik so weit wie möglich »nach links« zu schieben, ohne die Kooperation zerbrechen zu lassen. Obwohl es innerhalb der Partei kritische Stimmen gibt, hat es nicht genug Widerstand gegen diesen Standpunkt gegeben. Aber es gibt einige Beispiele auf lokaler Ebene für das Verlassen der Zusammenarbeit mit der SAP durch die Linke Partei.

Die soeben skizzierte Situation ist die raue Wirklichkeit der Linken in Schweden heute, eine Situation, die gründlich analysiert werden muß. Um die augenblickliche Situation in Schweden zu verstehen – und sowohl die Perspektiven einer linken Strategie für die Zukunft als auch den Entwurf einer tatsächlich kürzlich durch die Linke Partei vorgestellten linken Strategie –, ist es notwendig, einen kurzen historischen Hintergrund zu geben, mit Fokus auf den Aufbau des »Schwedischen Modells« während der Periode von den 1930ern bis in die 1970er und den Kampf um Wirtschaftsdemokratie, der die schwedische Gesellschaft für ein Jahrzehnt von der Mitte der 1970er bis zur Mitte der 1980er geprägt hat.

Der Hintergrund, Aufbau des schwedischen Modells, der hegemoniale Wendepunkt

In Schweden hatte die Schwedische Sozialdemokratische Partei, die SAP, die Regierungsgewalt für mehr als vier Jahrzehnte, von 1932 bis 1976, inne. Diese langfristige solide Machtbasis machte es möglich, eine ganze Bandbreite sozialer Reformen einzufahren, das oft so genannte »Volksheim« aufzubauen.⁵ Von einer theoretischeren Warte aus ist das schwedischen Wohlfahrtssystem vielleicht das beste Beispiel für das, was der Sozialtheoretiker Esping-Andersen das »sozialdemokratische allgemeine Wohlfahrtsmodell« genannt hat.⁶ Der Grundbestandteil dieses speziell in den nordischen Ländern entwickelten sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes war, Esping-Andersen zufolge, ein unverteilendes Steuersystem, das in der Lage war, einen großen öffentlichen

5 Dieses Konzept wurde zuerst Ende der 1920er vom Sozialdemokratischen Premierminister Per Albin Hansson verwendet.

6 In Gösta Esping-Andersens berühmter Arbeit, *The Three Worlds of Welfare Capitalism* (Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus), Polity Press, Cambridge 1990 betrachtet er diese »nordische« Form als eine von drei Hauptformen des »Wohlfahrtskapitalismus«, die anderen sind das selektive liberale und das konservative Wohlfahrtsmodell. Esping-Andersen exemplifiziert das konservative Modell mit Frankreich

Sektor mit universellen Wohlfahrtsprogrammen zu finanzieren.⁷ Die schwedische Sozialdemokratie setzte, mit der Unterstützung und dem Antrieb der kommunistischen Partei, ein raffiniertes Sozialversicherungssystem durch, das mehr oder weniger die ganze Bevölkerung umfasste, um mehr Unterstützung für das System durch die ganze Bevölkerung zu gewinnen und die Klüfte zwischen den verschiedenen Klassen und Segmenten zu überbrücken. Das Modell garantierte fast vollständige Einkommensentschädigung für Kinderbetreuung, Arbeitslosigkeit und Krankheit. Die Sozialdemokraten bauten Krankenhäuser und Gesundheitsfürsorge, Altenpflege, Schule, Kindergärten, neue Häuser usw. auf. In den späten 1950ern schaffte es die Arbeiterbewegung in Schweden auch, ein für die EmpfängerInnen günstiges Renten- und Pensionssystem zu schaffen, nach einem langen Kampf gegen die vereinten bürgerlichen Kräfte.⁸ Wichtige Elemente des schwedischen Modells waren die Strategie für Vollbeschäftigung, die zu einer Stärkung der Gewerkschaften und der Bewegung gegenüber der Bourgeoisie führte, und die solidarische Lohnpolitik, beide von Gewerkschaftsökonomen Rudolf Meidner und Gösta Rehn ausgearbeitet.⁹

Der Aufbau dieses »schwedischen Modells« wurde durch eine international einzigartige gewerkschaftspolitische Zusammenarbeit zwischen LO und SAP ermöglicht und dadurch, dass die kommunistische Partei sich, wie gesagt, obwohl sie nie in die Regierung gelassen wurde, im Parlament passiv unterstützend verhielt. Alles in allem resultierte das schwedische Modell in sinkende Einkommens- und Vermögensunterschiede in der schwedischen Gesellschaft. Im Vergleich zu anderen Ländern in Westeuropa mit anderen Formen des Wohlfahrtskapitalismus, wie Esping-Andersen es ausdrückt, bedeutete dies, dass Schweden eine sehr gerechte und gleiche Gesellschaft war.

Mit einer Ausnahme: den Bedingungen von Macht und Eigentum. Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt wurden in der schwedischen Form des »historischen Kompromisses« geregelt, der 1938 zwischen LO und der Arbeitgeberföderation, SAF, aufgesetzt wurde. In diesem Kompromiss erhalten

und Deutschland (in einer Tradition, die auf Bismarck zurückgeht) und das liberale mit den Vereinigten Staaten. Das konservative Modell ist durch historische Beziehungen zur Kirche mit traditionellen Familienentugenden gekennzeichnet. Der Staat ist in diesem Modell stark, aber schreitet normalerweise nicht ein, solange die Familie die nötige Pflege selbst erbringen kann. Im liberalen Modell ist die soziale Sicherung selektiv und die EmpfängerInnen werden auf niedrige Einkommensniveaus gedrückt, trotz all der Arbeit, die arm sein macht. Der Staat interveniert nur zu einem geringen Grad in das Wirtschaftsgeschehen und das Modell ist (insbesondere im Vergleich zum sozialdemokratischen universalistischen Modell) nur durch ein geringes Maß an Umverteilung innerhalb der Bevölkerung gekennzeichnet.

7 Rothstein 1994.

8 Olson 1990.

9 Wallace/Mahon 1994.

die Arbeitgeber das Recht zu führen und die Arbeit zu organisieren, während die Gewerkschaften das Recht erhalten, sich zu organisieren und zu streiken. Die Grundfrage von Macht- und Eigentumsverhältnissen ist nicht Teil des Kompromisses, sie ist eine verbotene und unausgesprochene Frage, und es ist implizit, dass diese Verhältnisse nicht hinterfragt werden sollen. Um abzuschließen, bedeutete dies, dass die schwedische Gesellschaft von den 30er bis in die späten 70er Jahre zwar einen bedeutend erhöhten Lebensstandard für die Arbeiterklasse zeigte, gleichzeitig die grundlegenden Macht- und Eigentumsbedingungen der »big industry« jedoch nie bedroht wurden. Man kann es so ausdrücken, dass zwar politische und soziale, nicht aber wirtschaftliche Demokratie erreicht wurden. Die Arbeiter merkten dies, und Fragen nach besseren Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung etc. wurden erhoben. Durch eine Welle wilder Streiks setzte dies die Sozialdemokratie unter Druck und eine Radikalisierung der sozialen Kräfte einschließlich der Sozialdemokratie fand statt. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsföderation, LO, begann von Wirtschaftsdemokratie zu reden, und der so genannte Kampf um den Lohnempfängerfonds prägte daraufhin die schwedische Gesellschaft für mehr als ein Jahrzehnt, von den 1970er bis in die frühen 1990er Jahre.¹⁰ In der schwedischen Sozialdemokratie lief die Argumentation zu dieser Zeit etwa so: Zunächst eroberten wir die politische Demokratie, dann die soziale Demokratie, nun ist es Zeit für den dritten Schritt – Wirtschaftsdemokratie.

Als Antwort auf die konstante oder steigende Konzentration von Macht und Eigentum in großen Betrieben schlug eine Arbeitsgruppe der LO 1975 den Lohnerwerbsfonds vor, um so die Unternehmen zu demokratisieren. Der Vorschlag wurde vom LO-Kongress 1976 angenommen. Diese originellen Vorschläge hätten bedeutet, dass in einem Zeitraum von 20 bis 40 Jahren kollektive, von den Gewerkschaften kontrollierte Fonds die Eigentumsmehrheit in den großen Unternehmen übernommen hätten.¹¹ Es war eine demokratisch-sozialistische Strategie, die darauf abzielte, die fundamentalen Macht- und Eigentumsbeziehungen der Gesellschaft zu ändern.¹²

10 Der Kampf um den Lohnerwerbsfonds wird in Sjöberg 2003 analysiert.

11 Meidner, Rudolf in Zusammenarbeit mit Anna Hedborg & Gunnar Fond, Löntgarfonder, Tidens, Stockholm, 1975.

12 Ein Gewinnaufteilungsmodell wurde vorgeschlagen, dass die Eigentums- und Machtstruktur der Gesellschaften verändert hätte, ohne ihre Liquidität zu beeinflussen. Ein bestimmter Teil der jährlichen Gewinne (die LO-Arbeitsgruppe spricht von 20%) der großen Unternehmen sollte in den Lohnerwerbsfonds überführt werden, aber nicht als Bargeld, sondern als neu auszugebende Aktien des jeweiligen Unternehmens. Auf diese Weise würden die Gewinne den Betrieb nicht verlassen, sondern aktives Kapital bleiben. Indem die errechnete Gewinnsumme durch den gesamten Aktienbestand dividiert würde, könnte die Menge an neuen Aktien festgestellt werden. Das Fondssystem sollte nur große Betriebe, mit mehr als 100 ArbeiterInnen und Angestellten, betreffen, da Macht und Eigentum in diesen Unternehmen konzentriert sind. Es wird vorgeschlagen, dass die Lohnerwerbsfonds durch die Werk tätigen mittels ihrer

Der Vorschlag kam wie ein Schock. Die bürgerliche Presse schrie auf »Revolution in Schweden«.¹³ Die bürgerlichen Parteien und die organisierten Unternehmer in der Arbeitgeberföderation (SAF) waren zu dieser Zeit noch nicht als hegemoniale Kraft in einem klassischen Gramscischen¹⁴ (mehr als einem postmarxistischen Laclau/Moffe-)¹⁵ Sinn des Konzepts geeinigt, erreichten dies aber binnen weniger Jahre. Die sozialdemokratische Partei zögerte, und nach den verlorenen Parlamentswahlen 1976 (sie verloren die Regierungsmacht zum ersten Mal seit 1932) verhielt sie sich immer negativer gegenüber dem LO-Lohnerwerbsfonds. 1983 präsentierte die SAP eine Regierungsgesetzvorlage zum Lohnerwerbsfonds, die dann vom Parlament angenommen wurde.¹⁶ Jedoch unterschied sich der eingeführte Lohnerwerbsfonds sehr von den ursprünglichen LO-Vorschlägen. Die Frage der Wirtschaftsdemokratie und das Ziel der Umgestaltung der Eigentums- und Machtbeziehungen war in Vergessenheit geraten, und es wurde nun behauptet, dass die Fonds nicht auf das Mehrheits-eigentum an Firmen gerichtet sein sollten.

Die Spaltung zwischen LO und SAP war, vom historischen Standpunkt aus, außergewöhnlich, und die geschichtlich bedeutende gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit funktionierte nicht länger. Die schwedische Sozialdemokratie war nicht länger ein hegemonialer Block, obwohl dies für die langfristige progressive Entwicklung des schwedischen Modells eine notwendige Bedingung war. Während des Aufwallens des inneren Konflikts in der sozialdemokratischen Bewegung blieb die kommunistische Partei am Spielfeldrand, gab Kritik von links dazu und die Sozialdemokratie verwehrte ihr weiterhin die Teilnahme. Die Lohnerwerbsdebatte war ein Kampf um Hegemonie, der alle Ebenen der schwedischen Gesellschaft abdeckte, sowohl die wirtschaftliche, als auch die politische und die ideologische.¹⁷ Verschiedene organisierte Klassenkräfte und Subjekte standen gegeneinander. Während die

Gewerkschaften kontrolliert und die Mitglieder des Fondsrats durch Gewerkschaftsvertreter ernannt werden sollten. Die FondsvertreterInnen in jedem Aufsichtsrat sollten von Fondsrat und lokaler Gewerkschaft gemeinsam ernannt werden. Das ursprüngliche Lohnerwerbsmodell würde bedeuten, dass der Anteil der kollektiven Fonds an den großen Konzernen allmählich im Verhältnis zu den privaten Aktien ansteigen würde. Die Arbeitsgruppe schätzte, dass in 20-40 Jahren die großen schwedischen Betriebe überwiegend im Eigentum und unter der Kontrolle der Lohnerwerbsfonds sein würden. Die Idee war so einfach, wie sie radikal war.

13 Die liberale Tageszeitung Dagens Nyheter 28. August, 1975. In der LO Gewerkschaftspresse konnte man Titel wie »Mit den Fonds übernehmen Wir!« und »So werden wir den Kapitaleigentümern die Macht entreißen!« lesen.

14 Gramsci 1975.

15 Laclau/Mouffe 1996.

16 Regeringens-Vorschlag 1983/84: 50, Löntagarfonder.

17 Dies bedeutet die »Totalität« der »relativ autonomen« Ebenen der Wirtschaft, Politik und Ideologie in Betracht zu ziehen und dabei einer strukturalistisch beeinflussten marxistischen Analyse zu folgen. Vgl. Althusser/Balibar 1975 und Poulantzas 1975.

Akteure der Arbeiterbewegung darin scheiterten, einen hegemonialen Block zu bilden, gelang es dem bürgerlichen Block (im umfassenderen Sinne) nach einer gewissen Zeit, eine vereinte hegemoniale Kraft zu bilden, die stark genug war, eine gespaltene Arbeiterbewegung in die Defensive zu zwingen. Eine geteilte Arbeiterbewegung konnte einer geeinten bürgerlichen Kraft nicht widerstehen, und dies ist ein fundamentaler Aspekt zur Erklärung der Umgestaltung der Fonds und des letztendlichen Sieges der Bourgeoisie.

Aber nicht nur das. Das Resultat dieses organisierten Klassenkampfes ist auch fundamental für die Erklärung der ganzen sozialen Entwicklung in Schweden seit dieser Zeit. Der Kampf um den Lohnerwerbsfonds bedeutete dann, was ich einen »hegemonialen Wendepunkt«¹⁸ in der schwedischen Gesellschaft nenne, und die Bourgeoisie ist seither immer die dominante Kraft auf allen Ebenen der Gesellschaft gewesen, wirtschaftlich, politisch und auch kulturell und politisch. Bis hin zur Debatte um den Lohnerwerbsfonds hatte sich die schwedische Arbeiterbewegung für Jahrzehnte allmählich in Richtung ihrer Gegner bewegt. Diese langfristige, allmähliche Bewegung hatte im Rahmen des schwedischen »historischen Kompromisses« zwischen ArbeiterInnen und Kapital stattgefunden. Der ursprüngliche Vorschlag zum Lohnerwerbsfonds bedeutete einen Schritt in eine andere Richtung, mit Fokus auf und als eine Drohung gegen den fundamentalen, »heiligen Kern« des kapitalistischen Produktionsmodus, das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Mit dem Fondsvorschlag hatte die LO die klassische sozialdemokratische »Wohlfahrtslinie« verlassen und hatte wiederum die »Eigentumslinie«¹⁹, die unter dem historischen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital verborgen gelegen hatte, zum Vorschein gebracht. Der latente Klassenkonflikt, der durch den historischen Kompromiss verborgen gewesen war, lag wiederum offenkundig und war der ganzen Gesellschaft durch die Debatte manifestiert. Der Vorschlag zum Lohnerwerbsfonds und der Kampf, den er auslöste, können also sowohl als Ursache wie auch als Wirkung der Auflösung des ganzen historischen Kompromisses angesehen werden.

Die bürgerliche Hegemonialkraft hat bis zu diesem Tag angedauert. Das ist wichtig zum Verständnis der Veränderungen, die in der schwedischen Gesellschaft stattgefunden haben, Veränderungen, die das ganze sozialdemokratische Wohlfahrtsmodell und das »Volksheim« infrage stellen. Die Debatte um den Lohnerwerbsfonds bedeutete also eine sehr wichtige Veränderung im Gleichgewicht der organisierten Klassenkräfte in der schwedischen Gesellschaft, was von größter Wichtigkeit für das Verständnis der heute bestehenden Machtbeziehungen ist. Für das Verständnis der Veränderungen und des Resultats der Lohnerwerbsdebatte und der Entwicklung danach ist es natürlich

18 Sjöberg 2003.

19 Lewin 1992, S. 356 ff.

wichtig, sich nicht nur auf das politisch-ideologische Niveau zu konzentrieren, sondern auch, die sich ändernden Bedingungen der schwedischen Wirtschaft in Betracht zu ziehen. Außerdem müssen wir uns auf die internationale Wagschale und den Prozess der »Globalisierung« beziehen. Die exportempfindliche schwedische Wirtschaft wurde durch die internationale Ölkrise in den 1970ern schwer angeschlagen. Die Profitrate fiel, die Unternehmen waren in der Krise, es bestand eine Notwendigkeit für neue Investitionen und Risikokapital. Die wirtschaftlichen Bedingungen wurden von den bürgerlichen Akteuren als Argument gegen die Lebensfähigkeit der Lohnerwerbsfonds und gegen die nivellierende Wohlfahrtspolitik als Ganze genutzt. Zu Beginn der 1980er verließ die konservative-liberale Regierung (an der Macht von 1976-1982) die keynesianische Wirtschaftspolitik, über die bis dahin ein Konsens unter allen Parteien bestanden hatte.²⁰ Sie begann, die öffentlichen Ausgaben im Einklang mit der neuen, oder vielleicht der ziemlich alten, liberalen Wirtschaftspolitik, die nun galt, zu kürzen. Die sozialdemokratischen Regierungen danach haben diese wirtschaftlich-politische Richtung nicht mehr geändert. Sie haben seither, wie die bürgerlichen und auch die sozialdemokratischen Regierungen in ganz Europa, niedrige Inflation vor Vollbeschäftigung gestellt, während letztere (wie zuvor erwähnt) einer der Eckpfeiler des schwedischen sozialdemokratischen Modells gewesen war.

Neben diesen wirtschaftlichen Faktoren war ein anderer wichtiger internationaler Faktor hinter der hegemonialen Veränderung, in Schweden wie auch in anderen europäischen Ländern, die politisch-ideologische »Rechtswelle«, die durch die Reagan/Thatcherregime vorangetrieben wurde, die einen weltweiten Einfluss ausübte und natürlich auch die schwedische politische Tagesordnung beeinflusste. In diesen rechten Theorien/Ideologien und Politiken fand die schwedische Bourgeoisie Nährstoff für ihre eigenen antilinken Kampagnen, einschließlich und ganz besonders gegen den »Fondssozialismus«, aber auch gegen das ganze schwedische Wohlfahrtssystem. In mancher Hinsicht damit zu tun haben auch die strukturellen Effekte des Zusammenbruchs des »Sowjetblocks« 1989-1991. Der schwedische Wohlfahrtsstaat hatte zwischen den beiden gigantischen hegemonialen Kräften existiert; als eine der beiden weggeschwemmt wurde, machte dies es leichter für die globale »Marktwelle«, auch das »Volksheim« mit sich fortzuspülen.

Dieser historische Hintergrund ist notwendig, um die augenblickliche Situation der schwedischen Gesellschaft zu verstehen und im Verhältnis dazu die Situation der Schwedischen Linken Partei und ihre strategischen Erwägungen und Aktionen, die nun erörtert werden sollen.

20 Scharpf 1991.

Zu einer Strategie für Wirtschaftsdemokratie

Während der 1990er Jahre war eine langfristige, strategisch organisierte Diskussion in der Linken Partei in großem Maße abwesend. Die parlamentarische Kompromisspolitik hat Fragen wie Eigentums- und Machtbeziehungen, das überwölbende strukturelle Machtgleichgewicht und die Beziehungen zwischen den Klassenkräften, der Vision der Wirtschaftsdemokratie, der sozialistischen Strategie usw. überschattet.

Anfang 2000 beschloss der Kongress der Linken Partei jedoch noch einmal, diese Art Fragen ins Zentrum zu stellen. In der Programmdebatte, die der Annahme des neuen Programms bei diesem Kongress vorausging, war eine Frage die nach der eigentlichen Bedeutung des Begriffs demokratischer Sozialismus. Im früheren Programm hatte man lesen können, dass der Sozialismus eine Zusammenstellung von wesentlichen Werten bedeutet, die von einer humanistischen Perspektive ausgehen. Das im Jahr 2000 angenommene Programm erklärte, dass der Sozialismus nicht nur das ist, sondern auch »die Verwirklichung eines wirtschaftlichen und politisch demokratischen Systems« und dass »die Durchführung des Sozialismus die Abschaffung des Kapitalismus, die gleiche Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen und die demokratische Kontrolle der Wirtschaft und der Macht über die Produktionsmittel erfordert.« Es wird auch erklärt, dass »im Sozialismus entscheidende Produktionsmittel im gemeinsamen Eigentum [sein werden]. Dies bedeutet, dass Ressourcen und Betriebe, die eine Schlüsselrolle in der gesellschaftlichen Wirtschaft haben, in demokratischem Eigentum sein sollen und zu gemeinsamen Zwecken und Zielen verwaltet sein sollen.« Es sagt auch, dass Elemente in der Strategie, dies zu erreichen, gesellschaftliche Fonds wie Lohnerwerbsfonds und Rentenfonds seien.

Jedoch sagte das Parteiprogramm nicht viel mehr über die strategische Richtung dieses demokratischer Sozialismus. Um diese Themen zu behandeln, ernannte der Parteivorstand eine Arbeitsgruppe, die so genannte »Macht und Eigentum«- Gruppe, die Anfang 2002 einen ausführlichen Bericht vorstellte.²¹ In dem von der Partei angenommenen Dokument wird festgestellt, dass eine weitreichende Demokratisierung eine weitreichende Veränderung der Macht- und Eigentumsbedingungen voraussetzt. Das liegt an der simplen Tatsache, dass Eigentum des Reichtums (der Produktionsmittel) Macht bedeutet;

21 Das Strategiedokument Macht und Eigentum wurde vom Parteivorstand der Linken Partei im April 2002 angenommen. Die Arbeitsgruppe hatte einen Entwurf dieses Dokuments vorbereitet, der während einer Konferenz im März 2002 diskutiert worden war. Die »Macht und Eigentums«-Gruppe bestand aus vier AktivistInnen der Linken Partei und des Zentrums für Marxistische Sozialstudien. Ich war einer davon. Eine englische Version des Dokuments kann auf <http://www.econ-pol.unisi.it/econdem> eingesehen werden, eine deutsche Version findet sich unter <http://www.wem-gehört-die-welt.de>.

Privateigentum/Vermögen bedeutet dann private Macht und Kontrolle, während gemeinsames Eigentum/Vermögen die Möglichkeit zu gemeinsamer Macht und gemeinsamer demokratischer Kontrolle und Management öffnet. Das Dokument sagt dann, dass um Wirtschaftsdemokratie zu erreichen, es eine notwendige (aber nicht hinreichende²²) Bedingung ist, die bestehenden Eigentumsbedingungen grundlegend zu ändern. Die übergreifende Strategie sollte es dann sein, das gemeinsame, demokratische Eigentum gegenüber dem Privateigentum allmählich zu expandieren, so dass der Großteil der Wirtschaft in demokratisches und gemeinschaftliches Eigentum kommen würde. Es wird gesagt, dass eine moderne sozialistische Strategie dann eine Vielzahl gemeinsamer Eigentumsformen umfassen solle, sowohl soziales Eigentum (nationaler, regionaler und lokaler Körperschaften) als auch kooperatives/genossenschaftliches und Arbeitereigentum. Eine wesentliche Frage ist dann, was für eine linke Strategie gebraucht wird, um dies auszuarbeiten, und in dem Dokument haben wir uns noch einmal an die Fondsstrategie erinnert, die die schwedische Gesellschaft vor 20-30 Jahren erschütterten.

Dies ist nicht der Platz, um detaillierte Beschreibungen des Konzepts der Fondsstrategie zu geben. Ich will nur betonen, dass sowohl gewerkschaftlich kontrollierte Pensionsfonds als auch so genannte gesellschaftliche Fonds erörtert werden. In der großen Masse des durch die Arbeiter akkumulierten Renten- und Pensionskapital liegt ein Potenzial für einen Beitrag zur Entwicklung einer fondsbasierten Strategie zur Wirtschaftsdemokratie, basierend auf dem Prinzip eine Person – eine Stimme. Es scheint vernünftig, dass die Gewerkschaften selbst Rentenfonds schaffen sollten, worin ihre Mitglieder sich entscheiden können, ihr Pensionskapital zu investieren, statt es wie heutzutage (im Zuge des neuen in Schweden eingeführten Renten- und Pensionssystem) in privat kontrollierte Institutionen, Investoren und Aktiendealer zu versenken. Die Gewerkschaftsmitglieder würden dann den Fondsvorstand ernennen. Die Gewerkschaftsfonds würden das Kollektivkapital in Firmen und verschiedene Teile von Handel und Industrie investieren. Die Zinserträge des Fonds könnten zu verschiedenen Zwecken genutzt werden, über die aber demokratisch entschieden werden könnte, statt durch private Aktionäre. Der Fondsvorstand und die lokalen Gewerkschaftsabteilungen könnten dann, in einem demokratischen Prozess, Delegierte zu Aktionärsversammlungen und Vorständen ernennen. Gewerkschaftsfonds könnten ihre Verantwortung als Eigentümer und die Macht und den mit Aktienbesitz einhergehenden Einfluss nutzen, um z.B. die Schließung profitabler Betriebe oder die Verlagerung von Produktion

22 Nicht hinreichend, da es nicht genug ist, die Eigentumsbedingungen zu verändern, dies muss mit organisatorischer Demokratie auf allen Ebenen kombiniert werden.

in Niedrigeinkommensländer zu verhindern. Auf längere Sicht könnte es ein Weg sein, die grundlegenden Eigentumsverhältnisse in den Unternehmen zu verändern. Auf ganz lange Sicht könnte dieses Fondsmodell Firmen erlauben, deren Eigentümer und Manager ihre Arbeiter sind.

Eine sinnvolle Strategie hinsichtlich des Rentensystems könnte es sein, sowohl eine längerfristige Strategie zur Verteidigung/zum Wiederaufbau des öffentlichen Rentensystems zu verfolgen, als auch eine Strategie für kollektive Gewerkschaftsfonds, die innerhalb des schon neu eingeführten Systems funktionieren kann. Gesellschaftliche Fonds sind eine andere Strategie für Wirtschaftsdemokratie, die in dem »Macht- und Eigentumsdokument« skizziert ist. Eine grundsätzliche Frage, wenn ein Fonds aufgebaut wird, ist das Kapitalangebot. Eine erfinderische Konstruktion war die in den ersten Vorschlägen zum Lohnerwerbsfonds vorgestellte, deren Gewinnaufteilungsmodell die Eigentums- und Machtstruktur der Betriebe verschiebt, ohne ihre Liquidität zu beeinträchtigen. Ein Gesellschaftsfonds könnte sein Kapitalangebot auf die gleiche Weise bekommen. Er sollte nur große Unternehmen umfassen, da Macht und Eigentum im Wesentlichen hier, zum Beispiel denen mit mindestens 100-200 ArbeiterInnen und Angestellten und einem bestimmten Umsatz, konzentriert sind. Das Gesellschaftsfondsmodell sollte auf eine Balance zwischen lohnempfangenden ArbeiterInnen und den Interessen der Zivilgesellschaft abzielen; zwischen sozialer Macht und ArbeiterInnen-Macht/Einfluss und Selbstverwaltung. Eine mögliche Weise ist hier, Lohnerwerbseinfluss mit gesellschaftlichem Eigentum, z.B. regional basiertem, zu kombinieren, mit einem zentralen Ausgleichsfonds, um regionalen Ungleichheiten vorzubeugen. Solche regionalen Fonds könnten durch einen von den Regionalparlamenten verwalteten Ausschuss verwaltet werden. Die Fondsabgeordneten bei den Aktionärsversammlungen und in den Firmenverwaltungen könnten dann jeweils durch den Fondsvorstand/das Regionalparlament und die ArbeiterInnen und Angestellten in den Betrieben ernannt werden. Das fundamentale Prinzip des Fonds sollte sein: ein(e) BürgerIn – eine Stimme (wie im Fall des Lohnerwerbsfonds). Ideen wie kollektiv verwaltete Fonds (hauptsächlich die beschriebenen Rentenfonds) das Machtgleichgewicht beeinflussen könnten, gibt es schon in mehreren Ländern. (Ein wichtiger Beitrag zu dieser Debatte, der erwähnt werden sollte, ist Minns, Richard: »The Social Ownership of Capital«, in *New Left Review*, Nr. 219, 1996.) Man kann sich regionale und nationale Fonds vorstellen, die miteinander verbunden sind und so ein internationales/europäisches System bilden. Dieses System könnte eines der vielen Gegengewichte gegen das globale Kapital sein, und es würde sicherlich ein viel machtvolleres Element sein als die so genannte Tobin-Steuer, die in den letzten Jahren so viel diskutiert wurde. Solch eine internationale Fondsstrategie für Wirtschaftsdemokratie ist noch nicht ausgearbeitet worden und erfordert natürlich weitere Debatte und

theoretische Entwicklung. Ich denke, dass das eine wichtige Aufgabe für die heutige europäische Linke sein sollte.

Ein wichtiger Pluspunkt der Lohnerwerbsstrategie war, dass sie nicht nur vage Visionen versprach, sondern, im Gegenteil, einen sehr realistischen und konkreten Weg in Richtung Wirtschaftsdemokratie und demokratischer Sozialismus aufzeigte. Das war natürlich der Grund dafür, dass die bürgerlichen Akteure mit voller Kraft reagierten, jede Ressource, die sie hatten, aufbrachten, um die Arbeiterbewegung in die Defensive zu zwingen. Die Klasseninteressen der Bourgeoisie waren bedroht, und ein hegemonialer Block wurde mobilisiert, um Gegendruck gegen die ArbeiterInnen auszuüben. Wir sollten eine Menge aus dieser Erfahrung zu lernen haben. Eine Schlussfolgerung war, dass das Grundproblem des Lohnerwerbsfonds nicht der Fonds an sich war, sondern die Tatsache, dass die Arbeiterbewegung nicht hinter dieser Systemtransformationsstrategie geeint war und dass die hegemoniale Formation zu schwach war.

Als die Linke Partei im Frühling 2002 das »Macht- und Eigentumsdokument« annahm, waren die Macht- und Eigentumsverhältnisse für eine Woche lang Thema der öffentlichen Diskussion. Wiederum waren die bürgerlichen Akteure, die Parteien, die Presse, das Fernsehen etc. fast schockiert. Im Mittelpunkt der Debatte standen die so genannten Gesellschaftsfonds, die als eine Bedrohung für die bestehenden Machtverhältnisse und das Privateigentum der Produktionsmittel empfunden wurden. Dies zeigte wiederum den Unterschied zwischen einer vagen Vision in einem Parteiprogramm und einem konkreteren Durchsetzungsvorschlag. Und ich denke, dass es notwendig für die Linke ist, diese Art konkreter Strategien in die Diskussion zu bringen, wenn diese wichtigen Fragen mehr als vage und harmlose Programme sein sollten.

Eine sehr wichtige Lektion aus der schwedischen Erfahrung, dem Kampf um Wirtschaftsdemokratie und dem Niedergang des »Schwedischen Modells/ Volksheims« in der Folge ist, dass der Aufbau eines allgemeinen Wohlfahrtsystems ohne Beschäftigung mit andauernden ungleichen Macht- und Eigentumsbedingungen langfristig nicht möglich ist. Es ist nicht genug, sich nur auf Sozialreform zu konzentrieren und dabei die Eigentumsbeziehungen der Unternehmen aus der Diskussion zu lassen. Früher oder später werden diese Fragen zurückkommen und durchbrechen, ob nun von der Linken oder von der Rechten inspiriert. Die schwedische Erfahrung war, dass ein Wendepunkt erreicht war, als die Menschen bemerkten, dass die Wirtschaftsdemokratie immer noch weit entfernt war. Forderungen für Wirtschaftsdemokratie wurden erhoben, die Welle der wilden Streiks setzte unter anderem auch die organisierte Arbeiterbewegung unter Druck, und der LO-Lohnerwerbsvorschlag muss in diesem Licht gesehen werden. Als Wirtschaftsdemokratie erfragt und das Privateigentum der Produktionsmittel hinterfragt wurde, mobilisierten die kapi-

talistischen Industriekapitäne und die ganze Bourgeoisie die Öffentlichkeit und Politik. Dadurch kam die tatsächliche Machtverteilung in der Gesellschaft zum Vorschein, die unter dem »historischen Kompromiss« und dem »Volksheim« verborgen geherrscht hatte und auf den Eigentumsverhältnissen beruhte.

... gemeinsam mit der Sozialdemokratie in Europa?

Auf der Grundlage dieser schwedischen Erfahrungen denke ich, dass eine europäische linke Strategie zur Verteidigung/zum Wiederaufbau/zur Schaffung eines allgemeinen Wohlfahrtssystems Macht-/Eigentums-/Verfügungsfragen als natürlichen Teil der Strategie beinhalten muss. Wenn diese Fragen vergessen werden, wird es unmöglich sein, irgendein langlebiges allgemeines Wohlfahrtsmodell aufzubauen. Auf längere Sicht, das ist meine Überzeugung, ist die soziale Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie nicht möglich. Es scheint notwendig, dies zu betonen, da diese Aspekte in der linken Diskussion heutzutage viel zu abwesend sind. Kurzfristig sehen die Aussichten für den europäischen Wohlfahrtsstaat nicht gut aus. Die Entwicklung in Europa scheint heute viel mehr in die Richtung der liberalen amerikanischen Art des »Wohlfahrtskapitalismus«²³ zu gehen als in die des allgemeinen Wohlfahrtsmodells, für das Schweden ein berühmtes Beispiel war. Um diese Entwicklung zu ändern, scheint es mir, dass die Europäische Linke eine Doppelstrategie verfolgen sollten: zu versuchen, den allgemeinen Wohlfahrtsstaat wieder aufzubauen, und gleichzeitig auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die fundamentalen Macht- und Eigentumsverhältnisse zu ändern. Dies sollte nicht weniger bedeuten als eine offene Herausforderung der durch den globalen Kapitalismus und seiner Interessen vorangetriebenen Entwicklung. Vielleicht könnten eine vereinte Europäische Linke und die Arbeiterbewegung auf längere Sicht eine hegemoniale Kraft bilden, die stark genug wäre, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Aus einer marxistischen Sicht ist die Machtbalance etwas weit über das Gleichgewicht der parlamentarischen Kräfte Hinausgehendes; sie betrifft die ganze soziale Formation und die Balance zwischen organisierten und nicht organisierten Klassenakteuren und Mächten. Aus dieser Perspektive muss eine zukünftige hegemoniale, auf Wirtschaftsdemokratie orientierte Kraft, ein neues sozialistisches Subjekt, eine breit angelegte Bewegung sein, die eine Vielzahl von progressiven Akteuren, innerhalb und außerhalb der Parlamente und der institutionalisierten Arbeiterorganisation umfasst; sowohl »alte« Bewegungen wie Gewerkschaften und politische Parteien als auch die neuen sozialen Bewegungen. Gleichzeitig würde ich sagen, dass die organisierte Arbeiterklasse

23 In Esping-Andersens Definition des Begriffs.

und die Arbeiterbewegung in diesem Subjekt zentral sein sollten, wenn es irgendeine Chance auf Erfolg haben soll.²⁴

Für die demokratischen linken Parteien in Europa würde ein Teil dieser Arbeit Koalitionsaufbau mit sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften bedeuten, mit – als einem ersten Schritt – dem Aufbau von Beziehungen mit dem linken Flügel dieser Kräfte. Dies ist von strategischer Wichtigkeit, da es in diesen linken Flügeln einen starken Willen gibt, den allgemeinen Wohlfahrtsstaat und die »Sozialdemokratie« in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung zu verteidigen, oft gegen den Willen der sozialdemokratischen Führung. Der zweite Teil ist vielleicht sogar noch wichtiger: die Beziehungen mit den neuen sozialen Bewegungen zu festigen, um so Druck auf die parlamentarischen Kräfte für eine andere Politik auszuüben, die über die Verteidigung des Wohlfahrtsstaats hinausgeht. Das würde der Situation ähneln, die damals die Sozialdemokratie dazu drängte, Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie zu erheben.

Wie immer ist die Sozialdemokratie ein Hauptproblem in der Herausbildung einer linken Strategie. Die heutige Sozialdemokratie ist keine progressive Kraft. Gleichzeitig scheint es nicht möglich, eine hegemoniale Kraft zu bilden, die stark genug wäre, das neoliberale europäische Projekt (und die »Globalisierung«) herauszufordern, ohne dass die Sozialdemokratie beteiligt wäre. Der Trick der europäischen Linksparteien sollte sein, sowohl Druck auf die Sozialdemokratie auszuüben (gemeinsam mit den »neuen Bewegungen«) als auch, gleichzeitig, Koalitionen mit der Sozialdemokratie aufzubauen (insbesondere mit ihrem linken Flügel). Es scheint nichtsdestoweniger auf lange Sicht nicht zu unwahrscheinlich, dass eine Sozialdemokratie, die durch eine wachsende europäische soziale Bewegung für ein anderes Europa unter Druck wäre, sich einem Rapprochement mit den europäischen Linksparteien mit kohärenten Forderungen für eine fortschrittliche Politik öffnen würde. Eine wesentliche Frage ist natürlich, welche Art von linker Partei-Aktion diesen Zielen praktisch am besten nützen wird. Die strategischen Erwägungen der schwedischen Linkspartei, was parlamentarische Kompromisse mit den Sozialdemokraten angeht, sind schon behandelt worden. Ein möglicher alternativer Ansatz, den man in der schwedischen Linksparteidebatte erkennen kann, ist es, die Politik und das Ergebnis der Zusammenarbeit in den Vordergrund zu stellen, statt die Wichtigkeit der Zusammenarbeit selbst. Dies könnte, zum Beispiel, bedeuten, dass die Linken Parteien erklären, dass sie an keiner Politik teilhaben werden, die dazu führen würde, dass soziale Klüfte in der Gesellschaft sich erweitern und der Anteil des öffentlichen Sektors am BNP allmählich noch weiter sinken würde

24 Hierin begründet sich eine Kritik an Laclau/Moffes berühmter »post-marxistischer« Interpretation des Subjekts und seines möglichen Entstehens, einem Subjekt, das ihrer Meinung nach ohne jede Art von Zentralität ist.

(was allmählichen Niedergang des Wohlfahrtsstaats bedeutet). Solange die sozialdemokratischen Parteien immer noch auf so einer Politik beständen, könnten die demokratischen linken Parteien sich stattdessen darauf konzentrieren zu helfen, eine neue hegemoniale Kraft zusammen mit den sozialen Bewegungen und den Arbeiterbewegungen aufzubauen. Das Ergebnis ist natürlich unmöglich vorauszusagen. Ein Weg ist der, vor dem viele in den Linken Parteien Angst haben; sozialdemokratische Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, Absinken der linken Parteien, Marginalisierung und Stimmverlust. Eine andere Möglichkeit ist, dass der Druck der sozialen Bewegungen auf die EU und die parlamentarischen Kräfte für eine neue Politik die linken Flügel innerhalb der Sozialdemokratie, die gegen Kompromisse mit den Kräften der Bourgeoisie sind, stärkt, was zu einer Radikalisierung der sozialdemokratischen Parteien (oder sogar einer Stärkung der Linken Parteien) führen könnte. Jedoch sind diese strategischen Erwägungen heutzutage ein sensibles Thema für jede Linke Partei in Europa, und ich denke, dass es ein wichtiges Thema auf der Ebene der Europäischen Linkspartei sein sollte.

Wie schon früher erwähnt wurde, denke ich, dass nicht nur die schwedischen, sondern auch die demokratischen Linksparteien in Europa etwas aus der schwedischen Erfahrung mit dem Aufbau »des schwedischen Modells«, dem Kampf für Wirtschaftsdemokratie und dem Niedergang des »Volksheims« lernen können. Aber die Europäische Linke von heute hat nicht nur die Möglichkeit, einen Teil dieser Erfahrung aus dem Norden anzunehmen. Heute besteht die wichtige Chance, auch die Erfahrungen des Ostens in Betracht zu ziehen, da die »neuen« Linksparteien aus Osteuropa dem EU-Parteisystem beitreten werden. Obwohl es natürlich sehr riskant ist, das schwedische »Volksheim« mit den ehemaligen osteuropäischen so genannten kommunistischen Systemen zu vergleichen, können einige allgemeine Ideen vorgeschlagen werden. Ich denke, dass ein gemeinsames Problem ein Mangel an Demokratie war und im Verhältnis dazu, ein Mangel an realer Partizipation. Dies könnte ziemlich seltsam scheinen, da Schweden oft als eines der demokratischsten Länder der Welt angesehen worden ist und, wie erwähnt wurde, sowohl politische wie auch soziale Demokratie erreicht hat. Dennoch hatte und hat in dem großen öffentlichen Sektor der/die kleine ArbeiterIn immer noch keine großen Möglichkeiten, die Bedingungen am Arbeitsplatz zu beeinflussen. Der Abstand von »oben nach unten« in der hierarchischen Organisation war und ist groß. Der öffentliche Sektor war und ist ganz und gar nicht von Selbstverwaltung geprägt. Die progressive Entwicklung des schwedischen Wohlfahrtsstaat wirkte wie und war tatsächlich zum großen Teil ein Ergebnis der SAP in Zusammenarbeit mit der LO. Ich denke, dass diese in mancher Hinsicht »elitäre« Durchführung bei den Menschen die Idee aufkommen ließ, dass die SAP-Partei alles zum Besten regeln würde. Das ist eine Erklärung, warum heute, da die SAP eine Politik der Deregulierung,

Privatisierung usw. durchsetzt, es wenig Proteste in den Arbeitsstätten und auf der Straße gibt. Die ArbeiterInnen und Angestellten im öffentlichen Sektor erleben keine Demokratie und reale Partizipation an der Arbeit, und die Leute sind es nicht gewöhnt, aktiv am Kampf zur Verteidigung ihrer eigenen Rechte und Interessen teilzunehmen, so dass, als die SAP ihre Politik änderte, es fast ein Gefühl von Schock oder Apathie gab statt Kampfeswillen.

Vielleicht besteht hier zumindest eine gewisse Ähnlichkeit mit der Situation z.B. im heutigen Ostdeutschland, wenn es an die Privatisierung ehemaliger öffentlicher Güter und Betriebe geht. Es gibt keinen massiven Widerstand gegen die Privatisierung, zum Teil weil die Menschen keine Demokratie und reale Teilnahme erlebt hatten, bevor sie von privaten Vertragspartnern übernommen werden. Der vergangene Mangel an Demokratie und Partizipation bedeutet jetzt einen Mangel an Willen, gegen die Privatisierungen zu kämpfen. Inzwischen haben die Menschen natürlich unter anderem die politische Demokratie erreicht, aber die soziale Demokratie ist, meine ich, in vieler Hinsicht nicht höher als sie früher war, und die Wirtschaftsdemokratie ist in der neuen kapitalistischen Wirtschaft weit entfernt. Im Dahinschwinden ist auch das Gefühl der Gemeinsamkeit im positiven Sinne, wie es am Arbeitsplatz, im Sportklub, in der örtlichen Gemeinschaft usw. erfahren wurde. Und dieser Aspekt wird auch zum Teil von der gegenwärtigen schwedischen Gesellschaft geteilt, die mehr und mehr privatisiert worden ist, auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft.

Vielleicht ist es auch richtig zu sagen, dass eine gemeinsame »Nord«- und »Ost«-Erfahrung – wenn auch natürlich gleichzeitig mit sehr erheblichen Unterschieden – ein sehr starker öffentlicher Sektor ist, mit einem Mangel an Demokratie, Partizipation und Selbstverwaltung. Mit anderen Worten, eine Erfahrung, dass öffentliches Eigentum bei weitem nicht genug ist, wie es in dem Linken Partei-Dokument über Macht und Eigentum erklärt wird: »Gemeinsames Eigentum muss mit einer demokratischen Form der Organisation kombiniert werden. Gemeinsames Eigentum ist eine notwendige, keine hinreichende Bedingung. Wirtschaftsdemokratie umfasst zwei zentrale Perspektiven: eine übergreifende strukturelle Perspektive, die Eigentum und Kontrolle der Produktionsmittel regelt, und eine starke Perspektive von unten, die demokratische Organisation, Selbstorganisation, Selbstverwaltung und Einfluss betrifft.«²⁵

Diese in mancher Hinsicht gemeinsame Erfahrung würde auf ein Verständnis der großen Wichtigkeit der Betonung der wirtschaftlichen Demokratie in einem möglichen zukünftigen politischen Projekt für die demokratischen linken Parteien hinauslaufen. In diesem Sinne könnten der »Norden« und der »Osten« zur Bildung einer neuen europäischen linken Strategie beitragen und dabei die

25 Power and Ownership (Macht und Eigentum), Linke Partei, Schweden, 2002.

aus diesen Erfahrungen abgeleitete Perspektive berücksichtigen. Eine Strategie für eine europäische Linke, die aufs Neue einen »Dritten Weg« im klassischen Sinne ausarbeitet: weder Kapitalismus noch »Kommunismus« in der sowjetischen Bedeutung des Begriffs, sondern einen auf Wirtschaftsdemokratie beruhenden demokratischen Sozialismus.

Literatur

- Althusser, Loius/Balibar, Étienne (1975): Reading Capital, London.
- Ankarloo, Daniel (2003): »Den svenska modellen« och globaliseringen, en översikt, Malmö.
- Clement, Wallace/Mahon, Rianne (1994): Swedish Social Democracy: A Model in Transition, Toronto.
- Gramsci, Antonio (1975): Selections from the Prison Notebooks, New York.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1996): Hegemony and Socialist Strategy; Towards a Radical Democratic Politics, London.
- Lewin, Leif (1992): Ideologi och strategi, svensk politik under 100 år, Lund.
- Montin, Stig (1992): Privatiseringsprocesser i kommunerna, teoretiska utgångspunkter och empiriska exempel, in: Statsvetenskaplig tidskrift, Nr. 1, 1992.
- Olson, Sven E. (1990): Social Policy and Welfare State in Sweden, Lund.
- Poulantzas, Nicos (1975): Political Power and Social Classes, London.
- Rothstein, Bo (1994): Vad bör staten göra? Om välfärdsstatens moraliska och politiska logik, Stockholm.
- Scharpf, Fritz W. (1991): Crisis and Choice in European Social Democracy, Ithaca.
- Sjöberg, Stefan (2003): Löntagarfondsfrågan – en hegemonisk vändpunkt. En marxistisk analys (Die Debatte um den Lohnerwerbsfonds – ein hegemonialer Wendepunkt. Eine marxistische Analyse), Uppsala.

Politik der norwegischen Linksparteien: Sosialistisk Venstreparti und Rød Valgalliance

1. *Zwei skandinavische Parteiensysteme*¹

1.1. *Dänemark und Norwegen – ein Vergleich?*

Auf den ersten Blick besitzen die Parteiensysteme Norwegens und Dänemarks große Ähnlichkeiten. In beiden Ländern hat die sozialdemokratische Partei in der Nachkriegszeit eine hegemoniale Rolle eingenommen. In beiden Ländern wurde diese Hegemonie allerdings in den 1980er Jahren durch Versuche erschüttert, eine neoliberale Politik durchzusetzen. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre kamen sowohl die dänische Sozialdemokratie als auch ihre norwegische Schwesterpartei (DNA, Den Norske Arbeiderparti) wieder in die Regierungsverantwortung. Ihre Politik stellte den Versuch dar, eine dezidierte Alternative zur neoliberalen Offensive zu entwickeln. Obwohl sich DNA und SP ausdrücklich von der Politik der deutschen und der britischen Sozialdemokratie abgegrenzt haben, sind die Ähnlichkeiten zu *New Labour* unverkennbar. Nur in Dänemark kam es 1993 zu einem kurzen keynesianischen Experiment. Bis Ende der 1990er Jahre galt die Doktrin des europäischen »Stabilitätspaktes« – stramme Haushaltspolitik, niedrige Zinsen und Inflationsrate, stabiler Wechselkurs – in beiden Ländern, obwohl die Abstimmung über eine größere Annäherung an die EU in Dänemark 1992 und über den Beitritt in Norwegen 1994 von den jeweils einvernehmlich für ein Jawort werbenden Eliten verloren wurden. Anders als in Kontinentaleuropa unterschieden sich die dänischen und norwegischen Regierungen der 1990er Jahre jedoch durch die Fähigkeit, die Gewerkschaften

1 Die folgende Übersicht über Geschichte, organisatorische und inhaltliche Schwerpunkte sowie die aktuelle Politik der norwegischen Linksparteien schließt an die Analyse über die Linksparteien in Dänemark an, die ich im September 2003 für die Projektgruppe Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, erstellt habe (zitiert als: Birke 2003/2).

vergleichsweise ungebrochen in einen neuen sozialen Konsens einzubinden: In Dänemark war in den 1990er Jahren die Zeit der großen Arbeitskämpfe (Osterstreiks 1985) vorläufig vorbei. Noch expliziter galt dies für Norwegen, wo die tripartale »Solidarische Alternative« Gewerkschafts- und Unternehmerverband sowie Regierung zu einer der wenigen Beispiele einer wenigstens über einige Jahre erfolgreichen Einkommenspolitik zusammenbrachte.

Im Jahre 2003 ist auch die »Solidarische Alternative« Geschichte: Trotz der ausgezeichneten makroökonomischen Leistungsbilanz, die die Regierungen beider Länder in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vorlegen konnten, wuchs die Unzufriedenheit mit ihrer Politik. Die Wähler/innen liefen der SP in Dänemark und der DNA in Norwegen in Scharen davon: Mittlerweile scheinen sich beide Parteien auf einem Niveau konsolidieren zu können, das in der Nachkriegszeit einen historischen Tiefpunkt darstellt. Zur Jahrhundertwende kam es zu den größten Streikbewegungen in Dänemark² und Norwegen³ in der privaten Industrie seit Mitte der 1980er Jahre. Ursache für diese überraschende Entwicklung war, dass während des Booms der 1990er Jahre eine Umverteilung stattfand, von der die Unternehmer und Aktienbesitzer selbst in den, aus ihrer Sicht, »goldenen« 1980er nur haben träumen können. Der »Stabilitätspakt« galt nur einseitig: für die Löhne und für die Sozialleistungen. Die Linkssozialist/innen haben sich in dieser Situation nur bedingt als Alternative darstellen können. Die rechtspopulistische DFP in Dänemark und, noch stärker, die *Fremskridtsparti* (FrP, »Fortschrittspartei«) in Norwegen eilten von Erfolg zu Erfolg.⁴ Sowohl in Dänemark als auch in Norwegen regieren heute bürgerliche Koalitionen als Minderheitsregierungen, die auf die Stimmen der Rechtspopulisten (oder einer anderen Partei) angewiesen sind.

Was für die allgemeine politische Entwicklung gilt, gilt auf den ersten Blick auch für die linkssozialistischen Parteien der beiden Länder – die *Socialistisk Folkeparti* (SF) und *Enhedsliste* (Einheitsliste) in Dänemark auf der einen Seite und die *Socialistisk Venstreparti* (SV) und *Rød Valgalliance* (RV) in Norwegen auf der anderen Seite besetzen ähnliche Positionen in den Parteienspektren. Während SF und SV einen radikalen Reformismus vertreten und sich für die spätestens 2005 in beiden Ländern stattfindenden Parlamentswahlen als Regierungspartner in einer sozialliberalen Koalition anbieten, stehen RV und Einheitsliste für die radikale linke Opposition in beiden Ländern und verstehen sich vor allem als parlamentarische Vertretung der neuen sozialen Bewegungen.

2 Vgl. Birke, 1998.

3 Vgl. Birke 2000.

4 Vgl. zu dieser Entwicklung auch Birke, 2003/1.

1.2. Zu einigen Besonderheiten der norwegischen Entwicklung

Die Analyse der norwegischen Linksparteien, Gegenstand dieses Textes, scheint also auf keine besonderen Schwierigkeiten zu stoßen. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass die Arbeit mit auffälligen Parallelen an ihre Grenze stößt, wenn es darum geht, ein präzises Bild der norwegischen Entwicklung zu zeichnen. Die Schwierigkeit besteht darin, die Spezifika dieser Entwicklung zu bestimmen – der Vergleichsmaßstab eines nahe gelegenen Landes macht dies nicht einfacher, sondern schwieriger.

Einige Unterschiede fallen sofort ins Auge: Norwegen ist einer der größten Staaten Europas, mit einem Abstand von über 3000 km von Oslo bis zur Grenze nach Russland, die Bevölkerungsdichte ist weit niedriger als in den meisten europäischen Ländern. Die Zentren des Landes liegen weit auseinander; neben dem Großraum Oslo, der mit Bærum etwa 900 000 Einwohner/innen hat, Bergen (220 000), Trondheim (150 000) und Stavanger (110 000) gibt es keine Stadt, die mehr als 100 000 Einwohner/innen zählt. Das Land hat insgesamt 4,5 Millionen Einwohner/innen, trotz seiner Größe also weniger als Dänemark und Schweden (www.leksikon.org).

Die Entwicklung hin zu größeren städtischen Ballungsräumen – und die zunehmende Entvölkerung des Nordens – hat die Ungleichzeitigkeit der politischen und ökonomischen Entwicklung innerhalb des Landes seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verschärft. Das politische Zentrum Oslo liegt – als ehemalige Verwaltungshauptstadt der dänischen und schwedischen Oberherrschaft – im äußersten Süden des Landes. Die Bedeutung von Subzentren, lokalen Traditionen und Konflikten ist verhältnismäßig stark, Ausdruck davon ist nicht nur die Existenz einer Urbevölkerung im Norden (Samen), sondern auch die späte Entwicklung des Nationalstaates selbst: Die Existenz zweier Sprachen (der alten kolonialen Verwaltungssprache Bokmål und des »Neunorwegischen« Nynorsk) erinnern an diesen Umstand.

Die Entwicklung Norwegens hat einige Autoren, mit einem in diesem Zusammenhang problematischen Begriff, von einem »peripheren Kapitalismus« sprechen lassen.⁵ Tatsächlich ist die bürgerliche Klasse in Norwegen lange zersplittert gewesen. Bis in die 1940er Jahre war die norwegische Industrie vor allem um die natürlichen Ressourcen des Landes (Wasserkraft, Holzwirtschaft) entwickelt und befand sich kapitalmäßig zu großen Teilen im Besitz schwedischer und englischer Investoren. Zugleich war die Differenz der Interessen zwischen der Exportwirtschaft und den für einen regionalen Markt produzierenden Erzeugern ausgeprägter als in anderen westeuropäischen Ländern. Die Phase der Regierungsmacht der DNA, die 1935 begann, 1941-1945 durch die brutale deutsche Besatzungsherrschaft

5 Vgl. PAX 1978.

unterbrochen, führte nach 1945 zu einer Regulierung der industriellen Neuansiedlungen durch den Staat als dem in der norwegischen Gesellschaft bestimmenden Faktor.⁶ Die Entwicklung einer chemischen Industrie, der »Werkstattsindustrie« (Metallsektor) einerseits, aber auch der Landwirtschaft und der Fischerei, die bis Anfang der 1970er Jahre besonders im Norden noch eine entscheidende Bedeutung hatten, wurde de facto staatlich organisiert und reguliert. Der Ausbau eines universalistischen Wohlfahrtsstaates integrierte zugleich insbesondere die Gewerkschaftsverbände der Privatindustrie⁷ in den historischen Kompromiss. Bis in die 1970er Jahre wurden Volksrente, Arbeitslosenversicherung und andere soziale Leistungen auf der Grundlage von Rechtsansprüchen und Steuerfinanzierung ausgebaut. Die Expansion des öffentlichen Dienstes brachte bis 1980, etwas später als in Dänemark und Schweden, die Erhöhung der Frauenerwerbsquote weit über den westeuropäischen Durchschnitt. Die Ölfunde seit Ende der 1960er Jahre machten Norwegen nicht nur zum drittgrößten Ölexporteur der Welt, sondern auch zu dem Land auf Platz 1 der UNDP-Liste über den sozialen, gesundheits- und ausbildungsmäßigen Standard von Staaten (UNDP 2002). Auch die Erschließung der Ölvorkommen ist vor allem eine staatliche Aufgabe gewesen: Alleine der norwegische Staat war, als größter Kapitalist, in der Lage, die notwendigen Ressourcen für die Erschließung der Ölvorkommen zur Verfügung zu stellen. Aber anders als in anderen Ländern war *Statoil*, als bis vor wenigen Jahren staatliches Unternehmen, zugleich einer der Hauptprofiteure der Ölfunde. Der *Ölfonds* ist noch heute eine der wichtigsten Einkommensquellen des Staatshaushalts.

Die norwegischen Linksparteien sind also mit einem Kapitalismus konfrontiert, der in noch größerem Maße als in anderen europäischen Ländern staatlich reguliert war. Eine der großen Herausforderungen der Politik dieser Parteien besteht darin, dass sie auf eine Situation reagieren müssen, in der es eine mittlerweile zwanzigjährige Geschichte der De- und Regulierung gibt, wobei die DNA der 1990er Jahre den Durchbruch zur Privatisierungspolitik (die weniger weit ist als in anderen europäischen Ländern) und zu einer »aktivierenden Sozialpolitik« zu einer Zeit vollzogen hat, als man in der bundesdeutschen Sozialdemokratie noch nicht genau wusste, was mit »Aktivierung« gemeint ist. Die vier im Parlament vertretenen alten bürgerlichen Parteien sind in diesem Muster einerseits lange nichts weiter gewesen als potenzielle Juniorpartner der DNA, andererseits sind sie wie überall in Skandinavien stark zersplittert: Die seit 2001 regierende bürgerliche Koalition unter Kjell-Magne Bondevik profitiert vor allem von der Schwäche der DNA.

6 Vgl. Kjeldstadli, Keul 1973, S. 95-127.

7 Die norwegischen Gewerkschaften sind in der Landesorganisation i Norge/Noreg zusammengeschlossen, zu den norwegischen Gewerkschaften siehe auch die Ausführungen in Abschnitt 4.2. dieses Textes.

Allerdings ist die norwegische Parteienlandschaft seit dem Abgang der sozialdemokratischen Regierung Stoltenberg im Jahre 1997 (im Grunde seit dem Rücktritt Gro Harlem Brundtlands 1996) von einer bisher ungekannten Instabilität geprägt. Diese Instabilität drückt sich unter anderem darin aus, dass bei den Haushaltsberatungen alljährlich neu die Machtfrage gestellt wird.⁸ Während die ersten Haushalte der seit 2001 amtierenden bürgerlichen Regierung durch ein Abkommen mit der rechtspopulistischen Volkspartei zustande gekommen sind⁹, gab es 2003 einen Kompromiss, der im Wesentlichen von den Konservativen (der »Rechtspartei« Høyre, die die meisten Minister stellt) und der DNA ausgehandelt wurde.

Die derzeit regierenden bürgerlichen Parteien – *Høyre*, *Venstre* und *Kristelig Folkeparti* – haben zusammengenommen weder eine parlamentarische Mehrheit noch die Mehrheit der Stimmen bei Meinungsumfragen: Sie lagen im ganzen Jahre 2003 bei nicht mehr als 25%. In der Opposition befindet sich die DNA, die derzeit etwas über 25% der Stimmen erwarten kann, die FrP, die nach Meinungsumfragen ungefähr bei 20% liegt, zeitweise aber die Sozialdemokratie als stärkste Partei abgelöst hatte, und die SV, die etwas unter 20% liegt und in einigen Meinungsumfragen zur DNA aufschließen konnte, sowie die alte Bauernpartei (Senterpartiet) mit etwa 6%.¹⁰ Seit der Landeskonzferenz im Vorfeld der Stortingswahlen von 2001 spricht sich die SV für die Regierungsalternative einer Koalition zwischen SV, SP und DNA aus (vgl. Abschnitt 2.4.).

8 Im Gegensatz zu anderen skandinavischen Ländern und parlamentarischen Systemen gibt es für das norwegische Ein-Kammern-Parlament keine Bestimmung, die während der Legislaturperiode Neuwahlen ermöglicht, falls eine Regierung nicht mehr die notwendige Mehrheit hat. Bereits nach dem Fall der absoluten Mehrheit der Sozialdemokratie (1965) waren deshalb Minderheitsregierungen in Norwegen die Regel. Meistens wurden diese Regierungen von der DNA gestellt, mit wechselnden Zusammenarbeitspartnern je nach Sachfrage. Die Bestimmung, dass während der Legislaturperiode zwar eine neue Regierung eintreten, aber keine Neuwahlen durchgeführt werden können, hat einerseits die auch anderswo in Skandinavien vorfindbare Tendenz zur Konsensdemokratie bestärkt – die bis zur Zusammenarbeit zwischen FrP und SV in Lokalparlamenten reicht, eine Konstellation, die in den meisten anderen europäischen Ländern sicherlich undenkbar wäre. Andererseits stellt sie ständig die Legitimität der aktuellen Regierung infrage, zumal die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren eine sinkende Tendenz aufweist.

9 vgl. Reuters, 20.11.2002.

10 Eine im Auftrag der Tageszeitungen *Klassekampen*, *Nationen* und *Dagen* durchgeführte Meinungsumfrage ergab im November 2003 folgendes Resultat (in der Klammer das Resultat der letzten Stortingswahl): Die potenziellen Koalitionsparteien einer Mitte-Links-Koalition erhielten: DNA: 25,7% (24,3%), SV 19,7% (12,5%), SP (Senterpartiet) 5,6% (5,6%), insgesamt wären das 91 von 150 Sitzen. Die Regierungsparteien erhielten: Høyre 14,8% (21,2%), Kristelig Folkeparti 6,7% (12,4%), Venstre 2,0% (3,9%), insgesamt 23,5% oder 38 Sitze. FrP-Rechtspopulisten: 22,3% (14,6%). Die RV erhielt 1,2% (1,2%) und wäre nicht vertreten (Nationen, 13.11.2004). Die Tendenz der Meinungsumfragen hat sich über das ganze Jahr 2003 gehalten, mit einem Hoch für die SV in der Zeit der Massendemonstrationen gegen den Irak-Krieg, siehe Abschnitte 2.1 und 4. Im Spätsommer 2003 waren die Rechtspopulisten, die den Irak-Krieg vorbehaltlos unterstützten, mit 25% die stärkste Partei vor der DNA mit 23,4%.

Damit ist auch ein entscheidender Unterschied zu der Situation in Dänemark benannt. Die SV ist auf dem Weg dazu, eine der tragenden Parteien der norwegischen Politik zu werden – sie hat mehr als doppelt so viele Stimmenprozentente wie die SF in Dänemark. Die RV ist noch marginalisierter als die dänische Einheitsliste. Bei der letzten Parlamentswahl hat sie zum zweiten Mal hintereinander keinen Sitz im *Storting* erlangen können und etwa 1,5% der Stimmen erreicht. Damit ist für die RV auch das Problem aktuell geworden, auf den Apparat verzichten zu müssen, auf den sie nach ihrem erstmaligen Einzug in das norwegische Parlament im Jahre 1993 zurückgreifen konnte: Die Schwierigkeit, als landesdeckende Partei zu agieren, zumal in von anderen Parteien mit erheblichen Mitteln geführten Wahlkämpfen, ist damit noch größer geworden als ohnehin.¹¹ Die Verluste der Partei bei den Kommunalwahlen des Herbstes 2003 hat diese Tendenz bestätigt.

1.3. Im Ausland zugängliche Quellen zur Politik der norwegischen Linksparteien

Im Gegensatz zu Dänemark besitzen die beiden norwegischen Linksparteien ihnen nahe stehende Tages- bzw. Wochenzeitungen. In der, in Abschnitt 3 dieses Textes näher auszuführenden, kommunistischen Tradition der RV nahm, wie in dieser Tradition überall, das Erstellen von schriftlichem Agitationsmaterial einen großen Stellenwert ein. Die Tageszeitung *Klassekampen* (»Klassenkampf«), die sehr intensiv über die Politik von RV und SV berichtet, ist wie die RV selbst aus dieser Tradition entstanden. Sie verfügt mittlerweile über eine hervorragende Internetausgabe. Der SV steht die Wochenzeitschrift *Ny Tid* (»Neue Zeit«) nahe, die aus der sozialdemokratischen Tradition entstanden ist.¹²

Ny Tid besitzt ebenso wie *Klassekampen* eine Internetausgabe, die vor allem über die Politik der SV wertvolle Informationen enthält. Schließlich berichten auch bürgerliche Zeitungen wie *Verdens Gang*, *Aftensposten* u.a. regelmäßig über die SV und – recht unregelmäßig – über die RV (siehe Literaturverzeichnis). Weiterhin betreiben sowohl RV als auch SV eine gut gemachte und über sehr viele aktuelle Informationen verfügende Internetseite.¹³ Auf der Seite der SV finden sich auch einige Informationen in englischer Sprache. In die Außenwahrnehmung der beiden Parteien kann Einblick genommen werden, wenn

11 Klassekampen, 6.1.2004

12 Es ist schon in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass die Verläufe der Spaltungen innerhalb der Arbeiterbewegung in Norwegen signifikant anders sind als in anderen europäischen Ländern, zumal in Deutschland. Die Traditionslinie der NKP führt sowohl zur SV als auch zur RV. Ebenso führt ein Weg von der DNA, die bis in die 1920er Jahre eine sehr militante Linkspartei mit syndikalistischem Einschlag war, zu beiden Parteien.

13 Siehe www.sy.no und www.ry.no.

man sich auf links-unabhängige Seiten wie die der *Aktsjon For Velferdsstaten*, *ATTAC Norge* oder *indymedia.no* begibt. Endlich sind in diesem Zusammenhang auch die Homepages der norwegischen Staats- und Kommunalverwaltungen von Interesse.

Was die wissenschaftliche Aufarbeitung der Politik der norwegischen Linksparteien betrifft, so gibt es kaum Literatur, und diese ist im Ausland nur sehr schwer zugänglich. Benutzt habe ich unter anderem zwei Arbeiten, die in der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bergen entstanden sind: Christensen (1998) berichtet über die »linkssozialistische EU-Politik« in den skandinavischen Ländern sowie Melve (1999) über die strategischen Ausrichtungen der Linksparteien. Zusätzlich können, ähnlich wie im dänischen Fall, Arbeiten über Problematiken hinzugezogen werden, die zentrale Probleme der linkssozialistischen Politik aus allgemeiner Perspektive beleuchten.¹⁴ Diese sind zum Teil in englischer Sprache vorhanden (siehe Literaturverzeichnis).

Im Folgenden werde ich, in Abschnitt 2, relativ ausführlich die Politik der *Sosialistisk Venstreparti* beschreiben. In den Abschnitten 3 und 4 beschreibe ich, etwas kürzer, die Politik der RV sowie die Bedeutung der verschiedenen (neuen) sozialen Bewegungen in Norwegen. In Abschnitt 5 werde ich Vorschläge für eine weitere Beschäftigung mit dem Thema machen.

2. Die *Sosialistisk Venstreparti*

2.1. Zur Geschichte der SV

Anfang der 1960er Jahre trat die »sicherheitspolitische Opposition« der DNA um die Wochenzeitschrift *Ny Tid* (»Neue Zeit«) aus der Partei aus und bildete die *Sosialistisk Folkeparti* (SF). Norwegen war bereits 1949 in die NATO eingetreten, und die norwegische Sozialdemokratie praktizierte eine stark proamerikanische Außen- und Verteidigungspolitik. Die neu gebildete Partei trat für eine Politik des »Dritten Weges« (in der damaligen progressiven Bedeutung) ein, plädierte für eine norwegische Neutralität in der Blockkonfrontation, lehnte das Wettrüsten ab, während sie innenpolitisch für eine Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates und der staatlichen Ökonomie hin zu einem »demokratischen Sozialismus« eintrat.¹⁵ Die SF entwickelte sich in vielerlei Hinsicht im Rahmen einer ähnlichen Tagesordnung wie ihre dänische Schwesterpartei, mit dem Unterschied, dass die SF-Dänemark aus der Tradition der DKP entstanden ist. Im Unterschied zu Schweden, wo sich die Linkspartei erst in den 1970er Jah-

14 Wie Dølvik/Stokke 1998, Seip 1997.

15 www.leksikon.org; www.sv.no/hvem

ren einem eurokommunistischen Kurs annäherte¹⁶, kannten sowohl Norwegen als auch Dänemark bereits in den 1960er Jahren Parteien des »Dritten Wegs«, die als solche eher mit denen der linkssozialistischen Tradition in Italien der 1950er Jahre vergleichbar waren als mit der eurokommunistischen Bewegung seit den 1970er Jahren.¹⁷ Im Unterschied zu Italien kam es aber weder in Dänemark noch in Norwegen zu einer Regierungsbeteiligung der Parteien der »Neuen Linken«. Am Ende der 1960er Jahre zerfiel die SF in Norwegen zunehmend aufgrund interner Konflikte. Im Zuge der neuen Jugendbewegung spaltete sich 1969 die Jugendorganisation SUF (Sosialistisk Ungdoms Front) von der SF ab – vergleichbar mit der Entwicklung der *Venstresocialisterne* in Dänemark als »Partei der Studentenbewegung« nach 1968.¹⁸ Ebenfalls im Jahre 1969 verlor die SF ihre Sitze im norwegischen Parlament.

Die Neukonstituierung einer sozialistischen Linkspartei in Norwegen ist vor dem Hintergrund des Kampfes gegen die Mitgliedschaft des Landes in der EG zu sehen. Im Jahre 1972 entwickelte sich in Norwegen eine breite Volksbewegung gegen den Beitritt, die im Unterschied zu Dänemark auch bürgerliche Kräfte, Organisationen der Landwirtschaft, kirchliche Gruppen etc. umfasste.¹⁹ Ebenfalls im Unterschied zur dänischen Entwicklung gelang dieser Bewegung bei der Volksabstimmung um die Mitgliedschaft ein äußerst überraschender Erfolg. Im Jahr nach der Abstimmung bildete sich aus SF, Vertreter/innen der Norwegischen Kommunistischen Partei und der linken Opposition in der EG-freundlichen DNA die »Sozialistische Wahlallianz«. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1973 konnte die Partei 10% der Stimmen erreichen – und damit dem linken Widerstand gegen die EG auch eine parlamentarische Stimme geben. 1975 wurde das Wahlbündnis zur »Sozialistischen Linkspartei« umgewandelt – wobei die meisten Vertreter/innen der NKP diesen Schritt nicht akzeptieren wollten und aus der Zusammenarbeit austraten. In den folgenden Jahren stabilisierte sich die neue Partei bei zwischen 5% und 7% der Stimmen in den zentralen und regionalen Wahlen, wobei sie ihren sozialen Schwerpunkt, ähnlich wie die SF in Dänemark, in den Groß- und Mittelstädten sowie unter den Beschäftigten im expandierenden öffentlichen Dienst hatte. In der Phase der »Solidarischen Alternative« zwischen 1993 und 1997 verlor die Partei kontinuierlich an politischem Einfluss – ihre jüngsten Erfolge sind nicht ohne den Bruch mit der sozialdemokratischen Politik der »Stabilisierung« und des »aktivierenden Sozialstaates« zu begreifen.

16 Vgl. Schmidt 2003, Brie 2003.

17 Vgl. Birke 2003/2 Abschnitt 2.

18 Ebd. Die SUF ist heute der der SV nahe stehende Jugendverband – innerhalb der Partei am linken Flügel angesiedelt - außerhalb der Partei ein »revolutionärer, marxistischer Jugendverband«: www.su.no.

19 Vgl. die sehr gute Darstellung in Kjeldstadli 1997.

2.2. Die SV heute

Im Jahre 2001 beschloss die alljährlich stattfindende Parteikonferenz (Parteitag) der SV die Perspektive der Regierungszusammenarbeit mit der DNA und der linksliberalen Senterparti (SP, ehemalige Bauernpartei). Gleichzeitig verabschiedete die Partei ein neues Arbeitsprogramm. Auf der Parteikonferenz des Jahres 2003 im nordnorwegischen Tromsø, die in einer – offenbar durchaus ungewöhnlichen – »sehr konstruktiven und geradezu gemütlichen Atmosphäre« stattfand²⁰, wurde ein kommunalpolitisches Perspektivprogramm verabschiedet, das auf der Homepage der Partei in einer englischen Zusammenfassung zu lesen ist.²¹ Die zentrale Parteileitung²² besteht seitdem aus drei Frauen und einem Mann: Kristin Halvorsen (Vorsitzende seit 1997), Øystein Djupedal, Henriette Westhrin und Bård Vegar Solhjell.

Der Optimismus, der die Parteikonferenz vom Frühjahr 2003 prägte, ist mittlerweile nicht mehr ganz ungebrochen. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom September 2003 bestätigten die optimistischen Meinungsumfragen nicht: Zwar erreichte die SV mit im Landesdurchschnitt etwa 13% der Stimmen das beste Ergebnis ihrer Geschichte – bei einer Wahlbeteiligung von nur etwas mehr als 50% – die Hoffnung, in etlichen Städten die Sozialdemokratie zu überholen, wurde jedoch nur in einigen Fällen, meistens in mittleren Städten, eingelöst. Die Resultate geben, obwohl diese Wahlen stärker vom Einsatz bekannter Persönlichkeiten abhängen und sich durch gemeinsame Listen mit der RV und anderen Gruppen sowie durch in einigen Gegenden starken Lokallisten (wie z.B. der »Kystpartiet« an der Westküste) ebenfalls Verschiebungen ergeben, einen gewissen Einblick in die Hochburgen der SV: In Rana (Nordland) erreichte die SV bei einem Stimmenzuwachs von 20% 40% der Stimmen, in Namsos erreichte die Partei 35,9%, in Tromsø 22,3%, in Oslo 20,3% und in Trondheim 17,7%.²³ Eine weitere Enttäuschung war, dass es in der Stadt Oslo nicht gelang, den Block der bürgerlichen Parteien durch ein, von den großen Gewerkschaften stark gefördertes, Bündnis der drei Linksparteien abzulösen: Der Versuch scheiterte denkbar knapp – an einem Mandat –, aber er scheiterte. Auch das Angebot an die Kristelige Folkeparti, in einer Koalition mit den beiden großen Linksparteien den Oberbürgermeister zu stellen, änderte nichts an der Konstellation (VG, 1.10.2003). Insgesamt wird die Partei in ca. 10 Kommunen die erste Bürgermeisterin oder den ersten Bürgermeister stellen. Die Rechtspopulisten, neben der SV der zweite große Sieger der Wahlen, konnten sich in ungefähr 20 Kommunen durchsetzen.

20 Tromsø Avis, 10.03. 2003.

21 www.sy.no/hvem

22 Das »Sentralstyret« (Zentrale Leitung) ist die Parteileitung zwischen den Sitzungen des höchsten Organs der Partei, dem »Landsstyret« (Landesleitung).

23 www.resultat.vald.no

Die SV besitzt nach eigenen Angaben heute rund 750 Vertreter/innen in Kommunal- und Regionalparlamenten und 23 Repräsentanten im Storting. Rechnet man den Apparat dazu, der notwendig ist, um eine solche Zahl von Parlamentariern zu betreuen, dann ist klar, dass der Schwerpunkt der SV heute auf Parlaments- und Öffentlichkeitsarbeit liegt. Denn trotz einer langsam wachsenden Mitgliederzahl ist die SV noch eine verhältnismäßig kleine Partei: Anfang 2003 hatte sie ca. 8000, am Ende des Jahres ca. 10 000 Mitglieder.²⁴

2.3. Politische Richtung und programmatische Aussagen

2.3.1. Arbeitsprogramm

Wenn die Geschichte der SV in Punkt 2.1 relativ ausführlich dargestellt wurde, so geschah das auch, um Grundlegendes zur politischen Kultur dieser Partei zu sagen. Die Art, wie die SV (und, wie wir in Abschnitt 3 sehen werden, bis zu einem gewissen Grade auch die RV) Politik macht, ist in hohem Grade linkssozialdemokratisch bzw. radikalreformistisch geprägt. Bemerkenswert ist zum Beispiel, dass traditionell linke Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie (die derzeit in der Partei gegenüber den »Modernisierern« um Stoltenberg in der Minderheit sind) die Zusammenlegung von SV und DNA fordern, um die »große hegemoniale Kraft« der Arbeiterbewegung aus der Zeit der Regierungen Gerhardt und Brattelli wieder entstehen zu lassen. Die Diskussion über diese Frage ist zwar bis heute hypothetisch, denn die allermeisten SV-Funktionäre lehnen eine solche Entwicklung ab, sie spielt aber durchaus eine Rolle, wie die Reaktionen auf ein Buch eines ehemaligen hohen Parteifunktionärs aus der »linken Phase« der Sozialdemokratie in den 1970er Jahren gezeigt haben.²⁵ Eine vergleichbare Diskussion ist mir aus Dänemark nicht bekannt, auch in der Bundesrepublik wäre die Forderung wohl eher die nach einem individuellen Eintritt von PDS-Mitgliedern in die SPD.

In öffentlich leicht zugänglichen programmatischen Aussagen der SV wird man grundsätzliche Erörterungen über »den Sozialismus«, das Scheitern des Staatssozialismus, die Geschichte der kommunistischen Parteien etc. nicht

24 Zum Vergleich: Die DNA hat nach eigenen Angaben etwa 70 000, ihr Jugendverband (AUF, Jugendfront der Arbeiterbewegung) 7000 Mitglieder.

Nach den auf der Webseite vorliegenden Informationen zu urteilen, hat die SV keinen den deutschen Parteienstiftungen vergleichbaren Stiftungsverband. Der SOF, der Aufklärungsverband der SV, ist im Wesentlichen für interne Schulungen der SV-Mitglieder zuständig und betreibt, soweit ersichtlich, fast keine Arbeit, die außerhalb dieses Rahmens wirksam ist. Ähnliches gilt übrigens für die RV, siehe Abschnitt 3.

25 Vgl. Steen 2003, Besprechung in Ny Tid 2003/2.

finden. Die spezifische norwegische Entwicklung zeichnet sich damit durch ein Muster aus, das von den anderen skandinavischen Staaten abweicht:²⁶

1. Im Unterschied zu Schweden und Dänemark zerfiel die NKP bereits in den 1960er Jahren.
2. Die Linksparteien entstanden aus einer militanten Tradition innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung.
3. Die neuen sozialen Bewegungen Anfang der 1970er Jahre hatten eher als in anderen Ländern einen Charakter von »Volksbewegungen« und waren weniger linkspolitisch geprägt (und u.a. deshalb kurzfristig »erfolgreicher«).
4. Die SV ist eine Partei, die auf der Grundlage der neuen Bündniskonstellationen der 1970er Jahre entstanden ist.

Das Arbeitsprogramm der SV ist entsprechend pragmatisch. Im Impressum heißt es: »Die SV ist eine sozialistische Partei mit einer Vision einer Gesellschaft ohne Klassenunterschiede und Ungerechtigkeit. Wir wollen eine grundlegende Änderung der bestehenden Gesellschaft erreichen.«²⁷ Damit ist beinahe alles über grundlegende gesellschaftliche Alternativen gesagt.

Die verbleibenden zwölf Abschnitte und 90 Seiten des Arbeitsprogramms enthalten weitgehend konkrete Politikangebote und -alternativen der SV. Die Schwerpunkte dieser zwölf Kapitel, die auf der Homepage der Partei in englischer Sprache zusammengefasst sind, lassen sich wie folgt skizzieren:

1. Die SV will zu einer Restrukturierung des öffentlichen Sektors beitragen, der nach der Politik der »Solidarischen Alternative« in den 1990er Jahren unter schweren finanziellen Druck geraten ist. Deshalb tritt die Partei für ein Programm öffentlicher Beschäftigung, für einen Ausbau der Einrichtungen des sozialen Sektors, des Ausbildungssektors und des kollektiven Nahverkehrs und insgesamt für eine keynesianische Wirtschaftspolitik ein. Der Ölfonds soll für diese Zwecke genutzt werden.
2. Die Steuerpolitik soll neben der Finanzierung einer antizyklischen Wirtschaftspolitik eine Umverteilung zugunsten der lohnabhängigen Einkommen ermöglichen. Mit ATTAC wird eng zusammengearbeitet, u.a. wird die Tobin-Steuer gefordert. Ebenso spricht sich die SV gegen weitere Privatisierungen aus.
3. Ein besonderer Schwerpunkt der Partei ist die Politik für Kinder und Jugendliche. Sie tritt für eine Senkung der Eigenanteile in Kindertagesstätten und für den Ausbau dieser Institutionen ebenso ein wie für einen Ausbau von Ganztagschulen und eine Erneuerung der vorhandenen Schulbauten.

²⁶ Anders als in den Texten der SF und der EL in Dänemark (vgl. Birke 2003,2, Abschnitt 3 und 4).

²⁷ SV (Hg.), Arbeitsprogramm 2001-2005, Oslo 2001, S. 3.

4. Als Partei der Ökologiebewegung ist die SV gegen einen weiteren Ausbau der Energiegewinnung aus nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen (Wasser- und Gaskraftwerke). Dieser Punkt im Programm ist ein wesentliches Problem in der Zusammenarbeit mit den norwegischen Industriegewerkschaften (insbesondere dem rechtssozialdemokratischen »Fellesforbundet« der Metall- und Werkstattindustrie), die der SV zum Teil eine »industriefeindliche Politik vorwerfen.²⁸
5. Im auf der Homepage veröffentlichten kommunalpolitischen Programm tritt die SV für eine bessere Finanzierung der durch die Umverteilung der 1990er Jahre extrem geschwächten kommunalen Haushalte ein.²⁹

2.3.2. *Alternativer Staatshaushalt (Alternativ Statsbudget)*

Diese zentralen Politikbereiche sind auch Gegenstand des von der SV im Sommer vorgelegten »Alternativen Staatshaushaltes«. Investitionen werden in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen, Altenversorgung, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und in der Psychiatrie vorgeschlagen, zudem soll eine Steuerreform eine Umverteilung der Einkommen ermöglichen.

Insgesamt wirkt die »Alternative« der SV allerdings recht bescheiden. Bei einer für norwegische Verhältnisse Rekorderwerbslosigkeit von 110 000 (oder offiziell 5,5%, mit geringfügig Beschäftigten steigt die Zahl auf fast 8%) wirkt ein Beschäftigungsprogramm, das 20 000 Arbeitsplätze schaffen soll, nicht gerade überzeugend. Tatsächlich hält sich das »alternative Budget« der SV weitgehend an die Vorgaben der Regierung Bondevik, was den finanziellen Gesamtrahmen der Staatsausgaben betrifft, und stellt vor allem eine Umverteilung von einem – insgesamt recht bescheidenen Anteil – der Ressourcen dar. In vorausseilendem Gehorsam gegenüber einer möglichen sozialliberalen Koalition gibt sich die Partei schon heute als »verantwortliche Kraft«³⁰.

2.3.3. *Außen- und Europapolitik*

Neben der innenpolitischen Agenda der Partei spielt die Außenpolitik traditionell eine zentrale Rolle in der Politik der SV. Die Partei tritt in ihrem Arbeitsprogramm für einen Austritt aus der NATO und eine neue sicherheitspolitische Konzeption sowie für eine Kürzung der Militärausgaben ein.³¹ Entsprechend dieser Zielsetzung war die SV neben der RV die einzige Partei, die sich klar

²⁸ Vgl. Abschnitt 4.2.

²⁹ SV 2003/2.

³⁰ Ebd.

³¹ SV 2003/1 Abschnitt 8.

gegen eine norwegische Beteiligung am US-Angriffskrieg gegen den Irak ausgesprochen hat. Nachdem die DNA, auch unter dem Eindruck der größten Massenbewegung in der norwegischen Nachkriegsgeschichte, im Frühjahr 2003 eine ähnliche Position vertreten hat, deutete sich ein historischer Bruch mit dem »sicherheitspolitischen Konsens« an, der die norwegische Politik seit der Befreiung von der deutschen Besatzungsherrschaft im Jahre 1945 geprägt hat.³² Auch wenn im Sommer, nach dem »offiziellen« Kriegsende, einige hundert norwegische Soldaten in den Irak entsandt wurden, sind die Folgen dieser Veränderung weitgehend.

Überraschenderweise hat der Bruch des Konsenses, also unter anderem der Abschied der DNA von ihrem nach 1945 ausgeprägten proamerikanischen Kurs, in der SV eine Debatte ausgelöst, die eine grundlegende Wandlung darstellt und, setzt die Tendenz sich fort, eine Abkehr von der antimilitaristisch ausgerichteten politischen Grundlage der Partei bedeuten würde. Der verteidigungspolitische Ausschuss der Partei hat im Sommer 2003 eine Stellungnahme erarbeitet, die die SV auffordert, ihre Position zur NATO, die sozusagen nicht mehr und nicht weniger als die »Gründungsakte« der SV darstellt, zu überdenken. Die »Modernisierer« in der SV sehen die NATO als »Alternative zur USA«, als »weltweite zivilisatorische Macht«, die ohne Vorbehalte »gestärkt werden müsse«.³³ Hier kann ohne Zweifel von einem, durch eine Generation professioneller Politiker in der SV vorgebrachten, Erdrutsch in der SV-Politik gesprochen werden, der in seinen Ausmaßen (und auch in seinen Begründungszusammenhängen) etwa dem Wandel der Europapolitik der dänischen SF entspricht (in den vergangenen Monaten hat sich die EU-freundliche Linie in der SF zunehmend durchgesetzt³⁴). Ohne Zweifel kann hier auch von einer Annäherung an »moderne« sozialdemokratische Positionen gesprochen werden, die bei einer eventuellen Regierungszusammenarbeit eine weiterhin wachsende Bedeutung bekommen werden. Auch der Argumentationsgang ist parallel: Die NATO-Freunde in der SV wollen »den Einfluss Norwegens stärken«, aus der NATO »eine Friedensmacht machen« etc. etc. Die Parteivorsitzende Halvorsen hat neulich demonstrativ das »Joint Warfare Committee« der NATO bei Stavanger besucht. Ihre Bilanz: »Es ist positiv, mit so kompetenten Personen über unsere Verteidigungspolitik zu diskutieren.«³⁵ Innerhalb der Partei hat der Anti-NATO-Kurs (noch!) eine Mehrheit.

Eine ganz ähnliche Entwicklung deutet sich auch in der EU-Politik, dem zweiten wichtigen außenpolitischen Gründungszusammenhang der SV, an: Die

32 Vgl. Ny Tid 2003/3.

33 Klassekampen, 10.06. 2003

34 Vgl. Birke 2003/2.

35 Verdens Gang, 6.1.2004.

Kritik, dass die EU ein »neoliberales Projekt« ist, ist in der Partei durch eine Kritik am »Demokratiedefizit« der EU-Institutionen ersetzt worden. Seitdem die Norweger/innen 1994 zum zweiten Male gegen eine Mitgliedschaft in der EU gestimmt haben, sind die EFTA-Verträge so umformuliert worden, dass sie die Direktiven der EU zu 90% auch in Norwegen einsetzen. Die Politik der »solidarischen Alternative«: niedrige Zinsen, niedrige Inflation, Begrenzung des Haushaltsdefizits, entsprach mehr oder weniger den Vorgaben des Stabilitätspaktes – auch ohne dass Norwegen EU-Mitglied war und ist. Die Kritik am »Demokratiedefizit« öffnet einen Raum für eine EU-positive Stimmung, die innerhalb der SV gleichwohl immer noch mehr oder weniger »tabu« ist: Das Argument ist nahe liegend, dass, wenn Norwegen auch außerhalb der EU stehend, die meisten ihrer Vorgaben übernimmt, es zu »mehr Mitbestimmung« führen und »Isolation« vermeiden würde, wenn man der EU beitreten würde. Das Argument wird, ähnlich wie in der NATO-Diskussion durch eine eurochauvinistische Stimmung, die im Zusammenhang mit dem Irakkrieg ausgelöst wurde, gefördert – hierzu bekennen sich auch einzelne SV-Funktionäre.³⁶

Die offizielle Politik der Partei weicht von diesen Forderungen allerdings nach wie vor erheblich ab. Im Abschnitt 9 des Arbeitsprogramms wird immer noch die Kündigung oder wenigstens die Neudefinition der EFTA-Absprachen gefordert. Die EU-Frage ist nach wie vor eine der zentralen »Probleme«, die einer Regierungszusammenarbeit zwischen DNA einerseits, der SV und der ebenfalls euroskeptischen Zentrumspartei andererseits entgegenstehen würde. Vorläufig erklären die beiden Frontfiguren von SP und SV lediglich, dass nach der Wahl des Jahres 2005 zunächst keine neue EU-Abstimmung stattfinden wird und in der EFTA-Frage der Status gewahrt werden wird.³⁷

Die Änderung der politischen Ausrichtung der SV wird schließlich auch dadurch vorangetrieben, dass die Wählerbasis der Partei erheblich gewachsen ist. Während innerhalb der Parteimitgliedschaft nach wie vor eine klare Mehrheit an den programmatischen Vorstellungen, die auch 2001 noch einmal verabschiedet worden sind, festhält, ist die EU-Frage unter den Wähler/innen weitaus umstrittener: Nach einer Umfrage vom Sommer 2003 hat die SV die meisten in der EU-Frage »unsicheren« Wähler von allen Parteien. Besonders im Gebiet um die Hauptstadt gibt es eine Mehrheit für den Beitritt zur EU auch unter den SV-Wähler/innen.³⁸

36 Klassekampen, 28.7.2003.

37 Dagavisen, 21.12.2003.

38 Klassekampen, 23.6.2003,1b.

2.4. Zusammenfassung

Auf den ersten Blick scheint die SV auf einer Welle des Erfolges zu schwimmen: Alle Wahlergebnisse seit den letzten Jahren weisen in dieselbe Richtung: Eine erstmalige Beteiligung an einer Linksregierung im Jahre 2005 scheint möglich zu sein. Innerhalb der Partei entwickelt sich eine Dynamik, die es verlockend erscheinen lässt, diese Erfolge einfach hochzurechnen.

Hindernisse auf dem Weg zu einer Linksregierung gibt es vor allem zweierlei: Erstens, das Verhältnis zur New Labour-Sozialdemokratie ist keineswegs stabil und zweitens, das Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen war für die Fortschritte, die die SV gemacht hat, durchaus entscheidend.

Die Sozialdemokratie wird, nachdem sich innerhalb der Partei die »Modernisierer« durchgesetzt haben, nur dann zu einer solchen Koalition bereit sein, wenn die SV in der Zahl ihrer Mandate annähernd an das herankommt, was die Meinungsumfragen im letzten Jahr versprochen haben: Dies ist jedoch ein höchst unsicherer Faktor. Bei der Verabschiedung des Haushaltes, unmittelbar nach der Kommunalwahl, hat sich die DNA jedenfalls für eine Zusammenarbeit nach »rechts« entschieden. Dabei konnten zwei Ziele erreicht werden, einerseits wurde die FrP erstmals für die Rechtsregierung als Mehrheitsbeschaffer verzichtbar, zweitens wurden »die größten Einschnitte« im Staatshaushalt, die im ursprünglichen Forderungskatalog anvisiert waren, zurückgenommen. Dies gilt in diesem Zusammenhang auch für ein Gesetz, das eine weitgehende Flexibilisierung des Kündigungsschutzes vorgesehen hätte und gegen das in einzelnen Gewerkschaften bereits ein Generalstreik gefordert wurde. Die Kürzungen der Sozialleistungen im neuen Haushalt fallen »verantwortlich« und »milde« aus und belaufen sich auf ca. 1500 Mio. NOK (ca. 200 Mio. €).

Gegen das »Hochrechnen« der Stimmenanteile, zumal der Meinungsumfragen der SV, spricht auch das Verhältnis der Partei zu den neuen sozialen Bewegungen. Ihre Beliebtheit stieg 2003 im Zusammenhang der kurzfristigen, aber sehr vehementen Proteste gegen den Irak-Krieg. Eine neue »verantwortliche Position« der SV könnte die Glaubwürdigkeit in dieser Hinsicht stark erschüttern und die Partei als Regierungspartei in eine ähnliche Krise stürzen, wie sie derzeit für die bürgerlichen Parteien in Norwegen ausgemacht werden kann. Ich werde diesen Zusammenhang, der auch in zentraler Weise die Strategie der RV betrifft, im vierten Abschnitt dieses Textes, anhand einer kurzen Schilderung der Situation der außerparlamentarischen Bewegungen Norwegens, genauer fassen. In dem folgenden, verhältnismäßig kurzen, Abschnitt 3 dieses Textes möchte ich zunächst die Geschichte und aktuelle Situation der RV skizzieren.

3. Die Rød Valgalliance

3.1. Geschichte und gegenwärtiger politischer Einfluss der RV

Als sich 1973 die verschiedenen linkssozialistischen Richtungen in Norwegen zum »Sozialistischen Wahlverband« zusammenschlossen, wurde die linksradikale AKP (ml)³⁹, eine Partei, die sich am China Maos und an Albanien orientierte, eingeladen. Im Jahr zuvor, anlässlich des Kampfes um die EG-Mitgliedschaft, schrieb die Presse die AKP (ml) und ihre Jugendorganisation zum Schreckgespenst, das die ansonsten gutbürgerlich gestimmte Widerstandsbewegung zu unterlaufen drohe.⁴⁰ Tatsächlich kann kaum geleugnet werden, dass die AKP der autoritäre Ausläufer der norwegischen Studentenbewegung war – ein Teil des Dogmatismus der »wahren Arbeiterpartei« prägt bis heute gewisse Strömungen in der RV.

Die RV war die Alternative zum Sozialistischen Wahlverband – eine Vorkampfdorganisation der AKP, der eine Kandidatur unter diesem Namen untersagt worden war. Bis 1979 blieb das Verhältnis zwischen Kadern und Wahlkämpfern ziemlich unverändert. Obwohl die RV 1975 erstmals in vier Kommunalparlamente gewählt worden war, blieb sie eine reine Kampagnenorganisation, die von der AKP lediglich für Wahlkämpfe aktiviert wurde – und während der Legislaturperiode inexistent war.

Der (im Verhältnis zu den vorangegangenen Resultaten) »Wahlsieg« der RV im Jahre 1979 (Stimmenanteil 0,8% bei der Fylkestingwahl) führte zu ersten Schritten der Verselbständigung der Wahlorganisation von der Partei. Angesichts der Übergriffe des Militärs auf Demonstranten während der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens und dem Niedergang der sozialistischen Staaten kam es innerhalb von AKP und RV zu Auseinandersetzungen um die Geschichte und Politik der sozialistischen Staaten und die Zukunft der kommunistischen Bewegung, die einerseits eine neue selbstkritische Tendenz hervorbrachten, andererseits die Selbständigkeit des Wahlverbandes förderten und damit größere Spielräume für eine Politik der Verbreiterung der sozialen

39 Die AKP (ml) heißt heute nur noch AKP (Arbeidernes Kommunistparti, in der von der Partei selbst vorgenommenen deutschen Übersetzung: Kommunistische Partei der Arbeiter/innen): www.akp.no. Die Webseite dieser Partei ist hervorragend sortiert: Unter anderem enthält sie theoretisch-analytische Stellungnahmen in englisch, spanisch, deutsch und niederländisch. Ganz entsprechend der kommunistischen Tradition gibt die AKP zudem gleich zwei Zeitschriften heraus: Die Mitgliederzeitschrift AKP.no und die Theoriezeitschrift »Røde Fane« (Rote Fahne). Der Jugendverband hat selbstverständlich eigene Publikationen. Nur nebenbei sei bemerkt, dass es damit zusammengerechnet nicht weniger als fünf – durchaus aufwändig gemachte – Publikationsprojekte aus dem Kontext von RV/AKP/Jugendverband gibt – angesichts von 1500 Mitgliedern eine erstaunliche Anzahl – zugleich wird hier im Vergleich zur SV die Herkunft der RV aus einer kommunistischen Tradition sehr deutlich.

40 Kjeldstadli 1997, S.40ff.

Basis des Verbandes und der Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Richtungen ermöglichte.

1993 zog die RV erstmals mit einem Abgeordneten in den Storting ein, wo sie bis 1997 vertreten war. Bei der Kommunalwahl des Jahres 1997 und den Regionalwahlen des Jahres 1997 erhielt die RV 2,0 bzw. 2,1% der Stimmen – das bisher beste Resultat.⁴¹

3.2. Organisationskultur und -struktur

Obwohl sich die Wahlallianz mittlerweile als »Partei« bezeichnet und sich – zuletzt auf der Landeskonferenz von 2001 – ein eigenes Prinzipprogramm gegeben hat, sind bestimmte Elemente der Zusammenarbeit zwischen Partei und Vorfeldorganisation bis heute erhalten geblieben – und damit nach wie vor Gegenstand ständiger innerorganisatorischer Konflikte, die zum Teil offen in Zeitungen und Zeitschriften wie dem »Klassenkampf« ausgetragen werden. Noch heute verfügt die »Wahlallianz« in bestimmten Bereichen von Politikentwicklung über keine eigenständige Position – so ist die Jugendorganisation (»Rote Jugend«) eher Teil der AKP-Tradition als der RV⁴², die Schulungsarbeit ist unterentwickelt und wird zum Teil, in ganz traditioneller Fassung, von der AKP übernommen. Auf der Homepage der RV findet sich ein Link zur AKP als »die Partei, die die Rote Wahlallianz unterstützt«⁴³. Bestimmte Formen der Parteierwerbung erinnern an die ML-Tradition: In der Sparte »Organisation« wird ausgeführt, dass der Weg zur RV über den »lokalen« Protest von Aktionsgruppen führt, denen die RV »Kontinuität gibt« (und außerdem über den »antiimperialistischen Kampf«). Es wird der Eindruck erweckt, dass das »Mitmachen« in der Gruppierung recht einfach ist (Einigkeit in punktuellen Fragen). Die theoretisch-politische Tradition und die – durchaus strikten – Prinzipien der Organisationspolitik werden verschwiegen, wobei zugestanden werden muss, dass sie auch innerhalb der RV kaum noch unumstritten sein dürften. Endlich wird erklärt, die RV sei die »Partei mit den Politikern, die anders sind« – was nicht näher ausgeführt wird, womit aber wohl die Nähe zur Arbeiterklasse gemeint ist.⁴⁴

Dennoch: 30 Jahre nach der Gründung bot die Landeskonferenz der Partei im Frühjahr 2003 auch ein erneuertes Bild: Die Hälfte der Teilnehmer war noch

41 RV 2003.

42 Allerdings könnte man auch sagen, dass die RV angesichts ihrer generationellen Zusammensetzung fast als »Jugendverband« bezeichnet werden müsste.

43 Vgl. www.rv.no/lenker.

44 Hier ist auch einige Verwirrung entstanden: Die RV bezeichnet sich selbst als »Partei«, was in der kommunistischen Tradition, auch in der der ML-Gruppierungen, kaum als gültig betrachtet werden dürfte. Ich will hier jedoch keine Diskussion über die Parteiform führen und bezeichne die RV trotz ihres Namens weiterhin als (die Partei) RV. Vgl. www.rv.no/organisation.

nicht geboren, als die RV 1973 gegründet wurde. Der Vorstand wurde fast komplett ausgewechselt, ein neuer Vorsitzender – Torstein Dahle – wurde gewählt. Die auf der RV-Hompage veröffentlichte Wahlstatistik gibt einen sehr groben Überblick über die eigene soziale Basis: Die Partei ist aktuell mit 19 Abgeordneten in Regionalparlamenten und ca. 70 in Lokalparlamenten vertreten (zum Vergleich: Die SV zählt insgesamt ca. 750). Die Mitgliederzahl liegt bei ca. 1500 (SV: 10 000). Über dem Durchschnitt der Wahlergebnisse liegt die RV bei Männern (1,6%), bei unter 30jährigen (2%), Menschen mit höherer Ausbildung (2%) und Schüler/innen (5%). Bei der Kommunalwahl im Spätsommer 2003 hat der RV ca. ¼ seiner Stimmen verloren – überhaupt ist seine Wähler/innen/schaft stark fluktuierend, verloren hat man insbesondere an die anderen sozialistischen Parteien.⁴⁵

Neben dem Status als »Durchlauferhitzer« erhitzter junger Bewohner/innen der Städte plagt die RV vor allem das Problem der flächendeckenden Agitation: In weniger als der Hälfte der norwegischen Kommunen hatte der Verband lokale Abteilungen. Das Ressourcenproblem nimmt wie bereits erwähnt seit dem Ausscheiden aus dem Storting zu: Ein Teil der Mittel konnte damals für den Aufbau einer flächendeckenden Organisation verwendet werden. Diese Mittel stehen seit 1997 nicht mehr zur Verfügung, ein Teufelskreis, der das schlechte Abschneiden bei der Kommunalwahl sicherlich beeinflusst hat.⁴⁶

Die Kommunalwahl hat allerdings auch einige Schwerpunkte der RV bestätigt: In Oslo erhielt die RV rund 3% der Stimmen und zog erneut mit zwei Vertretern in das Kommunalparlament ein, in Bergen 5,6%, im Industrieort Odda bei Bergen mehr als 16%. Anders als die Einheitsliste ist die RV nicht alleine die Partei der hauptstädtischen Jugend, sondern hat auch in einigen alten kommunistischen Hochburgen einen starken Einfluss bewahrt.⁴⁷

Die RV versucht, auf der Grundlage eines gleichberechtigten Verhältnisses mit örtlichen Aktionsausschüssen und den neuen sozialen Bewegungen zusammenzuarbeiten. Obwohl sie die einzige politische Kraft in Norwegen war, die gegen alle von der NATO geführten Kriege seit dem Überfall auf Jugoslawien protestierte, hat vor allem die SV die Antikriegsstimmung des Sommers 2003 für sich nutzen können, während die RV auch in dieser Zeit bei Meinungsumfragen stagnierte.

45 www.rv.no/valgkamp

46 Klassekampen, 6.1.2004.

47 www.resultat.valg.no

3.3. Programm

Auf der Landeskonferenz am 2.3.2003 verabschiedete die RV ein neues Arbeitsprogramm: Die Tradition des Wahlverbandes führt in der Rhetorik des Programms, ähnlich wie in Abschnitt 2.3. im Zusammenhang mit der Analyse der SV beschrieben, zu einer eher pragmatischen Auffassung der eigenen Ziele. In einem sehr kurzen Vorwort wird das Ziel der RV beschrieben als »die Entwicklung der internationalen Bewegungen« im Widerstand gegen den Neoliberalismus zu stützen »für eine Steigerung der Volksmacht und eine sozialistisch-demokratische Revolution«. ⁴⁸ Damit ist ungefähr alles gesagt, was von der RV in diesem Programm über das Thema gesagt wird, der Rest ist in der konkreten Analyse der norwegischen Gesellschaftsverhältnisse angegeben, die auf den weiteren 52 Seiten in 34 Punkten ausgeführt wird.

Um deutlich zu machen, was die Unterschiede zwischen SV und RV sind, kann auf das in den Abschnitten 2.3.1. bis 2.3.3. Ausgeführte verwiesen werden: Die RV ist nicht nur auf der Ebene ihres Programms klar für den Austritt aus der NATO und die Kündigung der EFTA-Verträge. ⁴⁹ Sie ist die einzige parteiähnliche Organisation in Norwegen, die die EU noch eindeutig als »neoliberales Projekt« bezeichnet. ⁵⁰

In ihren weiteren Forderungen orientiert die RV eher als die SV auf die traditionelle Industriearbeiterklasse: ein höherer Anteil der Löhne am Sozialeinkommen, Kampf gegen steigende Arbeitsbelastung und Zusammenarbeit mit den LO-Gewerkschaften sind wichtige Punkte auf der Agenda. ⁵¹

Im Gegensatz zur SV hat die RV ein eher traditionelles ökologisches Profil, indem sie zugleich auf die Förderung von erneuerbaren Energien und auf eine technologische Verbesserung in der Ausbeutung der Ressourcen setzt. So heißt es in Kapitel 10 des Arbeitsprogramms:

»Die RV ist dafür, auch in der Zukunft auf eine Industrieentwicklung Norwegens zu setzen, die mit dem Verbrauch unserer Primärenergien verbunden ist. Die Wasserkraft war und muss auch in Zukunft die Grundlage für diese

⁴⁸ RV, 2003/2.

⁴⁹ In Kapitel 19 des Arbeitsprogramms wird u.a. gefordert: der Austritt aus der NATO, die Niederlegung von NATO-Basen in Norwegen, die Nichtbeteiligung an allen internationalen militärischen Operationen, die Ablehnung des Dogmas vom »Erstschlag« und der Ausbildung »flexibler Reaktionsstreitkräfte«. Dabei ist die RV keine pazifistische Partei: »Die Sicherheit der norwegischen Ressourcen wird durch die *derzeitige* Verteidigungspolitik nicht gewährleistet« (RV 2003, 27, meine Hervorhebung).

⁵⁰ Auch die Reaktionen von RV-Politiker/innen auf die in 2.3.3. geschilderten Neupositionierungen der SV in Bezug auf die Regierungszusammenarbeit mit der DNA machen dies deutlich: »Die RV wird ihren Widerstand gegen die NATO, gegen WTO/GATS und gegen die EU nicht aufgeben, um Positionen zu erlangen« (schrieb eine führende Funktionärin auf www.ry.no, 10.12.2003). Trotz ihrer schmalen Mitgliederbasis ist die RV eher als die SV »bewegungsorientiert«.

⁵¹ Siehe Kapitel 7, 4 zum »Erhalt des Wohlfahrtsstaates«, Kapitel 13 »Arbeit für alle« etc.

Industrie sein. Die Industrie muß aktiv mit energiesparenden Maßnahmen arbeiten. Die RV steht dafür, dass die Konkurrenzfähigkeit der norwegischen Industrie nicht verschlechtert werden darf. Deshalb müssen die norwegischen Steuerungsorgane darauf achten, dass ... der Druck auf die Industrie, Energieabgaben zu zahlen, abgewehrt wird ...«⁵²

Diese, für ein kommunistisches Programm sicherlich etwas überraschenden, Ausführungen, erklären sich aus dem grundlegenden Bild von der norwegischen Gesellschaft, das auch innerhalb der RV besteht: eine Gesellschaft, die immer noch auf dem Weg von der Verstaatlichung zur Vergesellschaftung zu sein scheint.

An anderer Stelle diskutiert das Programm zwar die Veränderungen der letzten Jahre, die Teilprivatisierung von Statoil unter der Jagland-Regierung, die Öffnung der norwegischen Industrie gegenüber dem globalen Kapital, die Maßnahmen zur Privatisierung des öffentlichen Sektors usw. – all dies scheint jedoch die grundlegenden Vorstellungen von »Nationalisierung« – als rationaler Verwaltung der im Grunde »progressiven Produktivkraftentwicklung« – nicht beeinflusst zu haben. Entsprechend haben »grüne« Elemente im Programm der RV weit weniger Einzug gehalten als bei der SV. Spiegelverkehrt zu diesen Setzungen verläuft die Schilderung der »antiimperialistischen« Kämpfe – die RV sagt nach wie vor, dies sei »die wichtigste Tendenz unserer Zeit« – vor allem in der Form des »Nationalen Befreiungskampfes«. (Im Rahmen dieses Erklärungsmusters wird übrigens auch die in der norwegischen Diskussion wichtige Frage der Urbevölkerung diskutiert, vgl. Kapitel 11.)⁵³ In der Kommunalpolitik⁵⁴, die auch angesichts der punktuellen parlamentarischen Vertretung der RV in den Kommunen für Partei und Arbeitsprogramm besondere Bedeutung hat, ist eines der wichtigsten Kriterien des RV die Ablehnung der durch eine Ausweitung der Aufgabenbereiche und eine Umverteilung der Steuermittel eingegrenzten Spielraumes der Kommunen. Eine weitere wichtige Forderung ist die Erweiterung des Spielraums der kommunalen Selbstverwaltung, die Erhaltung der Regionalparlamente und die Umverteilung der staatlichen Mittel zugunsten der Kommunen. Zugleich wird ein Ende der Umwandlung kommunaler Ein-

52 RV, 2001, S.15. meine Übersetzung.

53 Trotz des oben geschilderten Pragmatismus scheint das Prinzipprogramm von 2001 im Rahmen der RV einen etwas höheren Stellenwert zu haben als innerhalb der SV, was sich schon daran zeigt, dass es auf der Homepage zwar versteckt, aber immerhin überhaupt zugänglich ist. Ich will auf dieses Programm hier nicht näher eingehen. Es sei lediglich erwähnt, dass die Frage nach dem, was Sozialismus sei, hier in zweierlei Hinsicht beantwortet wird: 1. im Gegensatz zu früher tritt die RV für einen demokratischen (was hier auch heißt »norwegischen«) Sozialismus ein, 2. die Reflektion über die Entwicklung der sozialistischen Staaten beschränkt sich mehr oder weniger darauf zu beschreiben, dass sie nach den – unbedingt begrüßten – Revolutionen von 1917 und 1949 aus dem Ruder gelaufen sei und nicht mehr den Vorstellungen der RV entspricht.

54 Siehe Kapitel 2 und 3.

richtungen in selbststeuernde Einheiten und der Privatisierung von Schulen, Kindergärten und öffentlichen Verkehrsmitteln gefordert.⁵⁵

Sowohl SV als auch RV kritisieren die Flüchtlingspolitik der bürgerlichen Regierung: Die RV verlangt u.a. eine Ausweitung des Schutzes der Flüchtlinge vor Abschiebung, die Öffnung der norwegischen Grenzen und die Ablehnung des Schengen-Abkommens.⁵⁶ Sowohl RV als auch SV halten die Flüchtlingspolitik der DNA für kaum glaubwürdiger als die der FrP, wobei zugleich auffällt, dass eine gründliche Analyse des Aufkommens und der Bedeutung der Rechtspopulisten, ähnlich wie in den entsprechenden dänischen Parteiprogrammen, fehlt.

Während die SV ein kommunalpolitisches Programm formuliert hat, das die frauenpolitische Perspektive integriert, ist für die RV das »Frauenproblem« immer noch ein eigenständiges Kapitel.⁵⁷ »Volle Frauenbefreiung« kann nach Auffassung der RV »nur in einer sozialistischen Gesellschaft erreicht werden. Die Themen der Prostitution, der Verhütung und Abtreibung und der Sexualität insgesamt sind – jedenfalls im Arbeitsprogramm – Teil der »Frauenfrage« – eine ebenso traditionelle wie in den letzten zwanzig Jahren zu Recht kritisierte Aufteilung.

3.4. Zusammenfassung

Diese wenigen Beispiele aus dem Arbeitsprogramm der RV zeigen ein Problem in der Programmentwicklung der skandinavischen Linksparteien, das, unabhängig von mehr oder weniger entwickelten kritischen Haltungen gegenüber den Traditionen des Staatssozialismus, ein gemeinsames zu sein scheint: Die Veränderungen der 1990er Jahre, die neue Rolle der Sozialdemokratien und das Aufkommen der Rechtspopulisten werden vor allem im Kontext einer »Verteidigung des Wohlfahrtsstaates« aufgefasst – angesichts des Traumas, das die Rechtsregierungen der 1980er Jahre (in Schweden die Aufkündigung des »historischen Kompromisses« durch den Arbeitgeberverband [SAC] bzw. die Wirtschaftskrise nach 1990) ausgelöst haben, wird die »neue Sozialdemokratie« nicht als Fortsetzung der neoliberalen Offensive mit anderen Mitteln, sondern als Form der Re-Regulierung begriffen, die prinzipiell Ansatzpunkte für eine Mitarbeit auch des radikalen Teiles der skandinavischen Arbeiterbewegung

55 In vielen Kommunen hat die RV eine konstruktive Zusammenarbeit mit der SV etabliert, obwohl die SV in der Regel Kommunalhaushalten zustimmt, die sich in dem von der Regierung vorgegebenen Rahmen bewegen. In einigen wenigen Kommunen kam es 2003 erneut zu gemeinsamen Listen von SF und RV, die durchgehend sehr erfolgreich waren.

56 Siehe Kapitel 17 und 18.

57 Siehe Kapitel 21.

bietet. Dies gilt, auch angesichts von großen Differenzen in der »Tagespolitik« zwischen z.B. RV und SV, für beide Parteien.

Von außen betrachtet ergibt sich eine merkwürdige Konstellation: Dass die Perspektive der »Nationalisierung« wenig emanzipatorische Erfahrungen mit sich gebracht hat und angesichts der derzeitigen Entwicklung der sozialen Kräfte auch wenig Hoffnung bietet, scheint in der programmatischen Vorstellungswelt noch so gut wie nicht angekommen zu sein. Das Problem, dass die extreme Rechte in Norwegen (und Dänemark) – auch im europäischen Maßstab – eine ausgesprochen wichtige parlamentarische Kraft ist, die besonders in den 1990er Jahren sehr erfolgreich war, ist in den programmatischen Äußerungen von RV, SV (und SF, EL) so gut wie nicht zu spüren. Die These, dass diese Entwicklung gerade mit dem Doppelcharakter des (nationalen) Wohlfahrtsstaates zusammenhängt, ist in Skandinavien nach wie vor (fast) Niemandsland. Der Gedanke von Marx, dass der Überbau sich langsamer umwälzt als die ökonomische Basis, scheint insbesondere für politische Parteien zu gelten.

Obwohl die RV die kleinste der hier untersuchten Organisationen ist, könnte sie in Zukunft eine größere Rolle in der norwegischen Politik spielen als bisher. Voraussetzung wäre, dass die RV eine glaubwürdige und kontinuierliche Zusammenarbeit mit den neuen sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften entwickelt, eine weite Öffentlichkeit für ihre klaren Positionen gegenüber den internationalen Institutionen gewinnt sowie die Probleme der Fluktuation und der mangelnden Vertretung in vielen Kommunen der Regionen überwindet. Im nächsten Abschnitt möchte ich nun auf eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine solche Entwicklung eingehen: die Entwicklung der sozialen Bewegungen selbst. Dabei will ich auch, soweit es mir auf der Grundlage der für mich zugänglichen Materialien möglich ist, auf den Einfluss der Parteien in diesen Bewegungen eingehen.

4. Die sozialen Bewegungen in Norwegen und ihr Verhältnis zu den Linksparteien

4.1. Neue Soziale Bewegungen: Vorbemerkung

Angesichts dessen, dass die Orientierung der Programme und die Formulierung von Zielvorstellungen der beiden Linksparteien Norwegens stark auf staatliche Politik fixiert ist, mag es überraschen, dass Norwegen in den letzten ca. fünf Jahren eine Massendemonstration nach der anderen erlebt hat. Die Erklärung für dieses Phänomen habe ich schon in den Thesen am Ende meines Papiers zu Dänemark versucht: Wie im Folgenden etwas genauer, wenn auch nicht erschöpfend, dargestellt wird, handelt es sich um Bewegungen mit unter-

schiedlichen Agenden, die kurzfristig eine starke Diskussion und Mobilisierung auslösen, aber ebenso schnell wieder verschwinden.

4.1.1. Bewegung gegen den Krieg im Irak

Die Mobilisierung zu den Protesten gegen den Krieg im Irak hat auch in Norwegen alle Erwartungen der Veranstalter/innen übertroffen. Zu den Demonstrationen am 15.2.2003 kamen im ganzen Land nicht weniger als 150.000 Menschen, was angesichts der Einwohnerzahl des Landes in Europa nur mit den Protesten in England, Italien oder Spanien verglichen werden kann: Allein in Oslo zählte die Polizei – die in dieser Hinsicht nicht zu Übertreibungen neigt – rund 60 000 Demonstrant/innen. Obwohl die Bewegungen sowohl in Dänemark als auch in Schweden (je 20-40 000 Teilnehmer/innen) die quantitativ größte Beteiligung seit vielen Jahren sahen, ist die norwegische Mobilisierung für skandinavische Verhältnisse unübertroffen. Zudem war Norwegen eines der ganz wenigen Länder, in denen die Friedensbewegung tatsächlich Einfluss auf das Regierungshandeln ausgeübt hat: Die Proteste haben dazu beigetragen, dass die norwegische Regierung, trotz ihres im Allgemeinen proamerikanischen Kurses, sich nicht mit Truppen an der Invasion im Irak beteiligte. Nach dem offiziellen Ende des Krieges wurden jedoch Einheiten zu einem »humanitären Einsatz« geschickt. Zur Zeit ist umstritten, wie lange diese Einheiten im Land bleiben sollen. Es deutet sich an, dass sich die DNA einer Verlängerung des Mandats über den Sommer 2004 hinaus verweigern könnte und die derzeitige Regierung um des innenpolitischen Friedens willen das Mandat dann beendet. Allerdings sind solche Entscheidungen mehr von der internationalen Entwicklung bzw. der Entwicklung im Nahen Osten abhängig als von der norwegischen Innenpolitik.

Für die bemerkenswerte Stärke der norwegischen Antikriegsbewegung gibt es (mindestens) zwei Erklärungen: Die erste hängt mit der spezifischen Positionierung Norwegens innerhalb der NATO zusammen. Die norwegische Außenpolitik verstand sich vor allem als Politik der Vermittlung zwischen den Blöcken auf der Grundlage eines nationalen verteidigungspolitischen Konsensus. In dieser Tradition übernahm die norwegische Diplomatie zuletzt beispielsweise die Vermittlerrolle im Konflikt zwischen Israel und Palästina. Ein entscheidender Teil des nationalen Konsensus ist bislang gewesen, dass Militäreinsätze mit UN-Mandat geführt werden müssen. Gleichzeitig vertraten alle großen norwegischen Parteien eine USA-freundliche Position, wie in Dänemark ist dies u.a. ein Reflex der Erfahrungen mit der deutschen Besatzungsherrschaft. Es liegt auf der Hand, dass die beiden Elemente dieses Konsensus – pro US, pro UN – durch den Irak-Krieg, aber auch schon durch den Krieg gegen Jugoslawien – zumindest stark angegriffen, wenn nicht endgültig zerbrochen sind. Damit

haben sich in den skandinavischen Ländern, und besonders in Norwegen, zugleich die »außenpolitischen« Setzungen in der Parteienlandschaft polarisiert: Von den US-Freunden und Sicherheitsfanatikern im rechtspopulistischen Lager über eine sehr schwankende politische Mitte hin zu einer Sozialdemokratie und einer SV, die eher auf die (west)europäische Variante, vor allem aber auf die UN setzt.

Der Bruch des sicherheitspolitischen Konsensus hat viel zum Ausmaß der Bewegung vom Februar beigetragen, da er das Gefühl verstärkt hat, dass auch in der norwegischen Innenpolitik etwas auf dem Spiel steht. Hinzu kommt, dass die norwegischen »außenpolitischen« Bewegungen schon seit den 1970er Jahren breiter, bürgerlicher, koalitionsfähiger waren als die sozialen Bewegungen in den skandinavischen Nachbarländern. Die, bereits im Mai wieder aufgelöste, Initiative »Nein zum Krieg« schildert dies ganz explizit: »Wir waren uns darüber einig, Parteien zunächst aus dem Mobilisierungsprozess herauszuhalten und uns auf die Zusammenarbeit humanistischer Organisationen, Einzelpersonen usw. zu konzentrieren«. ⁵⁸ Angesichts der kurzen Mobilisierungsphase bedeutet diese, soweit ich sehen kann mit völligem Einverständnis der Linksparteien unternommene Setzung, dass nur eine sehr kurze Zeit blieb, um die Bewegung zu stabilisieren und längerfristige Konzeptionen zu diskutieren: etwa von Anfang Februar bis Ende März 2004. Der Einfluss der Linksparteien ist aus diesem Grunde – zumal von außen – sehr schwer zu bewerten. Es ist zu vermuten, dass die Erfahrung der Antikriegsbewegung die Linksparteien mehr geprägt hat als andersherum. ⁵⁹

4.1.2. *Antiglobalisierungsbewegung*

In den skandinavischen Ländern bestehen nationale Abteilungen von ATTAC nunmehr seit fast drei Jahren. ⁶⁰ War ihre Gründung überall zunächst mit der Hoffnung verbunden, eine breite Organisation der »Bewegung der Bewegungen« zu erreichen, so hat sich dieses Bild nach den Protesten insbesondere anlässlich der Übergriffe auf Demonstrant/innen während des EU-Gipfels in Göteborg 2001 differenziert. Die Diskussion in Norwegen war 2001 und 2002 in erheblichem Maße von der »Gewaltfrage« bestimmt. Die Organisierung der im Skandinavischen »Globalisierungsbewegung« genannten Proteste muss, wenn es nicht zu spektakulären Krawallen kommt, mit einer Nichtbeachtung durch die meisten Medien rechnen.

⁵⁸ www.nejtilkrieg.no/home

⁵⁹ Die Problematik einer starken, aber ephemeren Mobilisierung habe ich bereits im Papier zu Dänemark in Punkt 6 diskutiert.

⁶⁰ www.attac.no

Diese Stimmung prägte auch die Aktionen, die in Oslo anlässlich des »Entwicklungsfonds« der Weltbank im Januar 2002 stattfanden. ATTAC distanzierte sich bereits im Vorfeld von »gewalttätigen Protesten« und riet vom Besuch von Straßenfesten von »Reclaim the Street« und anderen autonom-linksradikalen Gruppen ab.⁶¹ Es kam innerhalb der Linken zu einer Auseinandersetzung um diesen Ratschlag, zumal dieser neben der Entsolidarisierung u.a. auch eine sehr umstrittene Auslegung der Göteburger Ereignisse enthält, während der bekanntlich Polizisten einige Demonstranten durch Schüsse (in einem Fall lebensgefährlich) verletzten – und nicht andersherum. Trotz dieser Auseinandersetzung kann die Arbeit anlässlich des »ABCDE«-Meetings der Weltbank als durchaus erfolgreich betrachtet werden: An der zentralen Gegendemonstration in der Osloer Innenstadt nahmen ca. 10 000 Menschen teil. Weder auf den Straßenfesten noch anderswo kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Ein »Gegengipfel« beschäftigte sich mit der Frage des Schuldennachlasses und der Politik der Weltbank im Allgemeinen.

ATTAC hat heute ca. 5000 Mitglieder (Anfang 2003: 3900) und scheint immer noch eine wachsende Organisation zu sein. Innerhalb von ATTAC sind Mitglieder der SV und der RV mit Einzelmitgliedern (z.T. in wichtigen Funktionen) vertreten. Wie in anderen Ländern auch, spielen die trotzkistischen »Internationalen Sozialisten« (die Schwesterorganisation der SWP⁶²) eine gegenüber ihrer sonstigen gesellschaftlichen Verankerung überproportionale Rolle – sie haben auch in Norwegen von vornherein auf ein organisiertes Auftreten innerhalb von ATTAC gesetzt.

Die alljährlich von einem linken Netzwerk organisierten »Globalisierungskonferenzen« sind sehr gut besucht – auch 2003 nahmen in Oslo mehr als 1000 Menschen teil. Das Netzwerk, das diese Konferenzen organisiert, hat mittlerweile beschlossen, sich zu einem »Norwegischen Sozialforum« zu konstituieren, u.a. um durch mehr formelle Strukturen zu einer repräsentativeren Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen der Globalisierungsbewegung zu kommen.⁶³

61 Die autonome Linke in Norwegen ist vor allem ein Osloer Phänomen, das sich um das Kulturzentrum »Blitz« und einige dort ansässige Antifa-Gruppen konzentriert. In »Peoples Global Action« ist meines Wissens (und jedenfalls auf der letzten Konferenz) keine norwegische Gruppe vertreten (gewesen). Es scheint andererseits in Oslo kleine Ansätze einer an den italienischen Sozialzentren orientierten politischen Arbeit zu geben, die sich auch außerhalb des »Blitz« konstituiert haben.

62 Mir ist klar, dass »trotzkistisch« hier eine schwierige Bezeichnung ist, ich will aber auf die spezifische Tradition, die die SWP/IS/Linksruck repräsentiert, nicht näher eingehen.

63 Klassekampen, 28.03.2003.

4.2. Bewegung für den Erhalt des Wohlfahrtsstaates

2003 war für die norwegische Ökonomie ein Krisenjahr. Hintergrund des geringen Wachstums des norwegischen Bruttosozialproduktes und der steigenden Erwerbslosigkeit ist unter anderem, dass die »Solidarische Alternative« der 1990er Jahre mit dem Streik in der privaten Industrie im Jahre 2000 und der Tarifrunde von 2002, die als Folge der Erfahrung von 2000 Erhöhungen des Reallohns mit sich brachte, eine Hochzinspolitik der Norwegischen Zentralbank ausgelöst hat, die in der Depression krisenverschärfend wirkte.⁶⁴

Die Unzufriedenheit mit der Umverteilung, die während der 1990er Jahre stattgefunden hat, mit mangelnden Mitteln für die Kommunen, der Teilprivatisierung und Beschneidung der Ressourcen für Krankenhäuser, Schulen etc. ist ein Auslöser des Aufschwunges der »Fortschrittspartei«. Sie hat aber auch, zusammen mit der Veränderung der Gewerkschaftslandschaft, einige interessante neue Entwicklungen hervorgebracht. Besonders die Gewerkschaften der Lehrer, des vereinigten Krankenhauspersonals und der Kommunalbeschäftigten, die in den 1990er Jahren mit zahlreichen Streiks und anderen Aktionen gegen die Aushöhlung der materiellen Basis des Wohlfahrtsstaates gekämpft haben, haben die *Aktsjon For Velferdsstaten* (= »Aktion für den Wohlfahrtsstaat«) gegründet. In einem ersten Schritt schlossen sich der *Aktsjon* 1999 sechs Gewerkschaften an. Charakteristisch ist, dass sich hier sowohl die linken Gewerkschaften aus dem alten sozialdemokratisch orientierten Dachverband (*LO = Landsorganisation i Norge*) als auch Einzelgewerkschaften aus den Zentralverbänden der Angestellten (*YS = Yrkesorganisasjoners Sentralforbund*, genau: Zentralverband der Berufsorganisationen) als auch die »neuen« Verbände aus dem (mittlerweile aufgelösten) Zentralverband der Akademiker (*AC*) finden.

In den Jahren nach 1999 wurde die *Aktsjon* erweitert. Mehrere weitere Gewerkschaften traten ihr bei: Die zwei Gewerkschaften der Ölarbeiter, die Gewerkschaft der Hotel- und Restaurantarbeiter, die Gewerkschaft der Elektriker und der IT-Arbeiter und andere. Insgesamt repräsentieren die der *Aktsjon* beigetretenen Gewerkschaften ca. 1 Million Mitglieder, und es ist sicherlich nicht falsch, davon auszugehen, dass insbesondere der Einfluss der SV in diesen Gewerkschaften verhältnismäßig hoch ist.⁶⁵ Mittlerweile sind sowohl SV als auch RV der *Aktsjon* als Kollektivmitglieder beigetreten.

64 Vgl. Birke 2000. SV und RV-Funktionäre der Einzelgewerkschaften haben bei der Durchsetzung des Streiks eine wichtige Rolle gespielt (vgl. *ibid.*). Zur »Solidarischen Alternative«, dort noch als Modell einer erfolgreichen »konzertierten« Politik gefeiert, siehe Dølvik u.a. 1998.

65 Besonders die SV kann auch einige hohe Funktionäre der genannten Gewerkschaften zu ihren Mitgliedern zählen, hat aber auch außerhalb der in der *Aktsjon* zusammengeschlossenen Gewerkschaften einen gewissen Einfluss: So war das SV-Mitglied Per Østvold lange Zeit Vorsitzender der Transportarbeitergewerkschaft.

Die *Aktsjon* greift einige der wesentlichen Folgen der Politik der »Solidarischen Alternative« auf. In einem Artikel ihres Sprechers A. Wahl, der die Geschichte und die wesentlichen Schwerpunkte der *Aktsjon* beleuchtet, heißt es: »Recent research has found that 70 000 children are living under the poverty line in Norway. At the same time 20 new millionaires are produced every day. While average wage increase was 15% from 1995 to 1998, the corporate fat cats increased their income by about 35% ... – in the long run this will threaten the existence of the universal welfare state.«⁶⁶ Mit anderen Worten: Die *Aktsjon* kämpft für den Erhalt der »universalistischen« Prinzipien in Norwegen. Angesichts des in den vorangegangenen Abschnitten Geschilderten ist es naheliegend, dass dies auch einen zentralen Umdrehungspunkt der Aktivitäten von SV und RV darstellt, zumal es Teil einer Entwicklung ist, die die Hegemonie der Sozialdemokratie innerhalb der Gewerkschaften weiter schwächen und zugunsten einer (auch materiellen) Unterstützung verschiedener Linksparteien ablösen könnte.⁶⁷

Eine Schwäche der *Aktsjon* spricht Wahl ebenfalls aus: »The alliance was ... established at the national level. This is at the same time the strength and the weakness of the alliance. The (sic) strength because it reflects a strong and wide-reaching dissatisfaction with the current economical and political development in Norway (and internationally) and legitimates local and co-ordinated resistance. The (sic) weakness because it has not arisen from real movement of the grassroots.«⁶⁷ Auch in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Verbindung und Koordination der sozialen Bewegungen: Trotz der Verbindungen, die es zwischen der Gründung der »Aktion für den Wohlfahrtsstaat« im Jahre 1999 und dem Streik des Jahres 2000 inhaltlich offenbar gibt, bezieht sich die dazu von Wahl erzählte Geschichte nicht auf diesen Zusammenhang. Soziale Bewegungen haben auch in Norwegen eine erhebliche Dynamik erreicht, aber sie haben scheinbar keine Geschichte.

66 Wahl 2003/2, S. 6.

67 Schon heute tritt die LO in Oslo für eine Linksregierung ein und die meisten lokalen Gewerkschaftsabteilungen sprechen sich für eine zentralstaatliche Zusammenarbeit von SV und DNA aus.

Literatur

Buchveröffentlichungen und wissenschaftliche Literatur

- Brie, Michael (Hrsg.) (2003): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien. Internationaler Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Manuskripte 41), Berlin.
- Christensen, Dag Arne (1998): Venstresocialistisk EU politik: Ei analyse av Sosialistisk Vernstreperti i Noreg, Vänsterpartiet i Sverige og Socialistisk Folkeparti i Danmark, 1973-1997, phd., manuskript, Bergen. [= *Linkssozialistische EU-Politik, eine Analyse...*].
- Dølvik, Jon Erik/Stokke, Torgeir Aarvaag (1998): Norway – the Revival of Centralized Concertation, in: Ferner/Hyman: Changing Industrial Relations in Europe, Oxford, S. 118-146.
- Esping-Andersen, Gøsta (1989): The Three Worlds of Welfare Capitalism, London.
- Kjeldstadli, Kurt (Hrsg.) (1997): Aschenhougs norgehistorie, Oslo, bind 12: 1970-1990 [= Geschichte Norwegens].
- Kjeldstadli, Kurt/Keul, Victor (1973): DNA – fra folkebevægelse til statsstøtte, Oslo. [= *...von der Volksbewegung zur Staatsstütze*].
- Melve, Jørgen: Venstresocialistiske partistrategier – ein analyse av den strategiske återferda til Vänsterpartiet i Sverige, SF i Danmark og SV i Noreg, Hovedopgave Uni Bergen, Manus [= *Linkssozialistische Parteistrategien – eine Analyse der strategischen Ausrichtung der skandinavischen Linksparteien*].
- PAX (Hrsg.) (1978): Lexikon, Oslo.
- Seip, Anne Lise (1994): Veiene til velferdsstaten: norsk sosialpolitikk 1920-1975, Oslo. [= *Wege zum Wohlfahrtsstaat, Norwegische Sozialpolitik*].
- Steen, Reinulf (2003): Ørnen har landet, Oslo. [= *Der Adler hat das Land (im Griff)*].

Artikel: Veröffentlichungen in Zeitschriften und Manuskripte

- Birke, Peter: (Fast) ein Generalstreik in Dänemark, in: analyse und kritik, Hamburg, Mai 1998.
- ders.: Streiks in Norwegen brechen mit Bündnis für Arbeit, in: analyse und kritik, Hamburg, Juni 2000.
- ders., Nach dem Mord an Benjamin Hermansen – 40 000 in Oslo gegen Rassismus, in: analyse und kritik, Hamburg, Februar 2001.
- ders.: »Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts«, Rechtsparteien in Dänemark, in: UtopieKreativ 156, Berlin 2003/1, S. 885-898.
- ders.: Skizze zu Geschichte, Programmatik und aktueller Politik der linkssozialistischen Parteien in Dänemark: Socialistisk Folkeparti und Enhedslisten,

- erstellt im Auftrag der »Projektgruppe Politikanalyse« der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskript, Hamburg, September 2003/2.
- Christensen, Dag Arne: The Left-Wing Opposition in Denmark, Norway and Sweden: Cases of Euro-Phobia?, in: West European Politics Vol. 19, 3/1996, S. 525-546.
- ders.: Foreign Policy Objectives: Left-Socialist Opposition in Denmark, Norway and Sweden, in: Scandinavian Political Studies, 1/1998, S. 51-70.
- Schmidt, Werner: C.H. Hermansson und die Entstalinisierung der KP Schwedens, in: Argument 249, Berlin 2003.
- UNDP (Hrsg.): Human Development Report, New York 2002.
- Wahl, Asbjørn und Gunnhild Ørstavik: The Current Undermining of the Welfare State, Manuskript, in: www.velferdsstaten.no/english, Oslo 2003 (1).
- ders.: Broad Alliance for the Welfare State, Manuskript, in: www.velferdsstaten.no/english, Oslo 2003 (2).
- Warlenius, Rikard: Kurzer Krieg ist gut für den Aufschwung – der 15.2.2003 in Schweden, in: analyse und kritik, Hamburg, März 2003.

Tages- und Wochenzeitungen

- Dagsavisen, 21.12.2003: SV og SV vil parkere EØS-motstanden [= SV und SP wollen den Widerstand gegen die EFTA zurückstellen].
- E-avisen Nationen, 13.11.2003: Bunnnivå for regjeringen [= Die Regierung hat ihren Tiefpunkt erreicht].
- Klassekampen, 26.4.2003: Norge får sosialt forum [= Norwegen bekommt ein Sozialforum].
- dies., 10.6.2003 (1): Vil SV har inn i NATO [= Will, dass die SV in die NATO eintritt].
- dies., 23.6.2003 (1b): Fleire usikre om EU [= Immer mehr unsicher bezüglich der EU].
- dies., 28.7.2003 (2): EU kann blive en supermakt i solidaritet med verden [= Die EU kann eine Supermacht in der Solidarität mit der Welt werden].
- dies., 6.1.2004: RV er i pengetrøbbel [= RV hat Geldprobleme].
- Ny Tid, 20.9.2003 (1): SV får færre ordførere end ventet [= Die SV bekommt weniger Bürgermeister als erwartet].
- dies.: 25.10.2003 (2): Samling til venstre [= Linke Vereinigungsbemühungen].
- dies.: 13.12.2003 (3): Konsensusen er brutt [= Der Konsens ist gebrochen].
- Tromsø Avis, 10.3.2003: Tidernes SV-landsmøte [= Eine historische SV-Landeskonferenz].
- Verdens Gang, 1.10.2003: SV-Ja til KrF-ordfører i Oslo [= SV-Ja zu KrF-Bürgermeister in Oslo].
- Verdens Gang, 6.1.2004: Politikkeren som kom ind fra kulden [= Die Politikerin, die aus der Kälte kam].

Agenturmeldungen

Reuters, 20.11.2002: Norway govt to resume budget talks with far right.

Ritzau, 21.8.2003: FrP er igen Norges største parti [= *Die Fortschrittspartei ist wieder die größte norwegische Partei*].

Veröffentlichungen der Parteien

RV (Hrsg.): 30 år som urokråke, Oslo 2003 [= *30 Jahre als Unruhestifter*].

diess.: Arbeidsprogram, Oslo 2003.

SV (Hrsg.), Folkemagt mot pengemagt, Arbeidsprogram 2001-2005, Oslo 2001.

dies.: Arbeid og rettferdighet, SVs alternative statsbudsjett for 2004, Oslo 2003 (1).

dies.: Electoral platform, in: www.sy.no/hvem, Oslo 2003 (2).

Web

www.attac.no ist die Homepage der norwegischen Abteilung von ATTAC.

www.akp.no ist die Homepage der Arbejdernes Kommunistparti (mit einigen in die deutsche Sprache übersetzten Artikeln).

www.indymedia.no ist die norwegische Ausgabe derselben.

www.leksikon.org ist ein aktuelles dänisches »Lexikon der Linken«, das auch Informationen zu Norwegen enthält.

www.nejtilkrig.no ist die Homepage der inzwischen aufgelösten norwegischen Kampagne gegen den Irak-Krieg.

www.resultat.valg.no: Resultate der Wahlen in Norwegen.

www.ry.no ist die Webseite der RV.

www.su.no ist die Seite der *Sosialistisk Ungdoms Front*, dem der SV nahe stehenden Jugendverband.

www.sy.no ist die Webseite der SV, mit englisch- und spanischsprachigen Informationen.

www.felferdsstaten.no ist die Homepage der Aktsjon For Velferdsstaten.

Geschichte, Programmatik und aktuelle Politik der linkssozialistischen Parteien in Dänemark: Socialistisk Folkeparti und Enhedsliste

1. Einleitung

In der vorliegenden Skizze werde ich einen Überblick über Geschichte, Programmatik, soziale Verankerung und aktuelle Situation der linkssozialistischen Parteien in Dänemark geben. Sie beschäftigt sich mit der Sozialistischen Volkspartei (*Socialistisk Folkeparti*, SF) und der Einheitsliste (*Enhedsliste*, EL).¹ Die SF ist die größere der beiden dänischen Linksparteien mit zurzeit etwa 7000 Mitgliedern, während 2500 Menschen in der EL organisiert sind. Die beiden Parteien sind mit 12 (SF) bzw. mit 4 (EL) Abgeordneten im dänischen Parlament (*Folketing*) vertreten. Im Europaparlament arbeitet die SF mit der PDS im Rahmen der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke zusammen, während die EL nicht als eigenständige Gruppierung kandidiert hat, sondern auf der Liste der EU-kritischen Bewegung vertreten ist. Das derzeitige Mitglied des EU-Parlaments der Folkebevægelsen ist Ole Krarup, der Mitglied der EL ist.

In den beiden dieser Einleitung folgenden Abschnitten werde ich einige allgemeine Informationen zum dänischen Parteiensystem geben. Sodann werde ich die Entwicklung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen skizzieren, in die diese beiden Linksparteien sich selbst, wenn auch auf jeweils spezifische Weise, einordnen. In Abschnitt 4 schildere ich dann ein zentrales Problem sowohl der SF als auch der EL, nämlich das, sich in der allgemeinen Öffentlichkeit zu positionieren. Sodann werde ich in Abschnitt 5 die Programmatik und

1 Dargestellt wird die Entwicklung der beiden Parteien bis Mitte 2003. Seitdem hat sich an der politischen Konstellation in Dänemark (leider) nichts Wesentliches verändert. Zum Redaktionsschluß dieses Buches lag das Resultat der von der Rechtsregierung für den 8. Februar 2005 ausgeschriebenen Neuwahlen noch nicht vor. Informationen zu den Veränderungen im parteipolitischen Muster Dänemarks nach der Wahl finden sich u.a. unter www.labournet.de/internationales.

die aktuelle politische Situation der beiden Parteien beleuchten. Schließlich möchte ich in Abschnitt 6 theseartig auf einige Aspekte eingehen, die von zentraler Bedeutung für die gesamte skandinavische Politik und damit auch für die dänischen Linksparteien sind: das Verhältnis zum »universalistischen« Wohlfahrtsstaat und zum Rechtspopulismus.

Eine Schwierigkeit, die die Arbeit an diesem Text begleitete, war, dass über die beiden, im europäischen Maßstab recht kleinen, dänischen Linksparteien so gut wie keine externe Untersuchungen existieren. Insbesondere gibt es einen eklatanten Mangel an wissenschaftlichen Arbeiten, auf die meine Analyse aufbauen könnte (vgl. hierzu auch Abschnitt 4.3.). Aber auch die laufende Berichterstattung der dänischen Presse gibt nur selten Hinweise auf die Hintergründe der Politik von SF und EL. Weder die Sozialistische Volkspartei noch die Einheitsliste verfügen zudem, übrigens im Gegensatz zu den norwegischen Linksparteien, über eigene oder zumindest ihnen nahe stehende Tageszeitungen (vgl. die Abschnitte 4.1. und 4.2.). Und schließlich liegen außerhalb des (sehr kleinen) dänischen Sprachraumes nur sehr wenige Texte vor, auf die meine Untersuchung verweisen könnte (vgl. zur Übersicht das Verzeichnis in 7.2.). Für die hier dokumentierte Untersuchung bedeutete dies zusammengefasst, dass das gesamte vorliegende Material neu gesichtet und strukturiert werden musste.

2. Die Linksparteien im Kontext des politischen Systems Dänemarks

2.1. Grundlegende Informationen

Dänemark ist ein verhältnismäßig kleines Land. Auf einer Fläche, die etwas größer ist als die Bayerns, leben 5,3 Millionen Menschen, davon alleine etwa 1,4 Millionen in Großkopenhagen. Weitere Großstädte sind Århus (260 000 Einwohner/innen), Odense (ca. 180 000) und Ålborg (ca. 160 000). Damit ist das ganze Land bevölkerungsmäßig etwa mit Berlin, die Stadt Kopenhagen, als mit Abstand größte skandinavische Stadt, etwa mit Hamburg vergleichbar. Der Großraum Kopenhagen, in dem heute fast jeder dritte Däne lebt, hatte und hat, auch als Anziehungspunkt für eine starke Binnenwanderung, mit Abstand die größte Bedeutung für die Arbeiter/innen/bewegung wie für die politische Linke.

Die Zentren der politisch-kulturellen Mobilisierung der dänischen Arbeiterbewegung waren darüber hinaus historisch die großen Städte sowie kleinere Werftstandorte (wie z.B. Svendborg) bzw. Hafenstädte (wie z.B. Esbjerg). Erst nach 1945 hat sich die industrielle Produktion, einschließlich der Industrialisierung der Landwirtschaft und der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte,

auch in der Peripherie vollständig entwickelt, mit einer enormen Beschleunigung im Verlauf der 1960er Jahre.² Die nachhaltige Industrialisierung und die seit Mitte der 1960er Jahre erfolgte Expansion des öffentlichen Sektors und des Dienstleistungsbereiches hatten eine ebenso schnelle wie grundlegende Neuzusammensetzung der Lohnarbeit zur Folge, die sich in starken Verwerfungen gegenüber traditionellen Organisationsmustern der Arbeit auswirkte und die sozialistische Bewegung vor große Herausforderungen stellte. In der Periode von etwa 1965 bis 1985 entwickelte sich eine Militanz der Arbeitskämpfe, die seit Ende der 1960er Jahre, inspiriert durch die internationalen Vorbilder, auch die neuen Sektoren der Lohnarbeit einband und dazu beitrug, dass geschlechtsspezifische und andere Hierarchien innerhalb der Arbeiterbewegung thematisiert und angegriffen wurden. Höhepunkte dieser Bewegungen waren in den Jahren 1969 bis 1973, 1975 bis 1979 und 1983 bis 1985 zu verzeichnen. Die im skandinavischen Vergleich der 1970er und 1980er Jahre höchste Erwerbslosigkeit (bis zu 15%) nahm diesen Bewegungen jedoch vieles von ihrer Energie. Zugleich kam es auch in Dänemark zu einer zunehmenden Desintegration der sozialistischen Strömungen.

Der Aufstieg des sog. Rechtspopulismus begann in Dänemark früher als in allen anderen skandinavischen Ländern, mit der »Katastrophenwahl« des Jahres 1973, und setzt sich bis heute, wenn auch nicht völlig ungebrochen, fort. Seit den Wahlen vom November 2001 regiert eine Koalition aus der rechtsliberalen Partei Venstre und den Konservativen, die in allen wichtigen Fragen von der rechtspopulistischen *Dansk Folkeparti* (DFP, Dänische Volkspartei) unterstützt wird. Die Wahl bedeutete einen historischen Einschnitt im Rahmen der Parteienkonstellation Dänemarks.

Erstmals ist eine rechtspopulistische Partei zumindest vermittelt an der dänischen Regierung beteiligt. Dies ist auch insofern eine neue Entwicklung, als die extreme Rechte in der dänischen Parteienlandschaft bis in die 1970er Jahre keine Rolle gespielt hat – insbesondere blieb der historische Faschismus randständig.³

Der Aufstieg der Neuen Rechten hat sich fast parallel zur Krise der SP entwickelt. Die Sozialdemokratie ist heute erstmalig seit 1924 nur noch die

2 Eine detaillierte Übersicht über diese Entwicklung findet sich u.a. in Hansen 1974, S. 155-200.

3 Hier soll keine Gleichsetzung der historischen mit der aktuellen extremen Rechten betrieben werden. Eine Voraussetzung des Erfolges der DFP war gerade, dass sie offene Nationalsozialisten aus der Partei ausgrenzte und sich somit als »stuberein« ausgeben konnte. Allerdings ist diese Ausgrenzung immer nur dann geschehen, wenn die Gefahr bestand, öffentlich für die Zusammenarbeit mit bestimmten Gruppierungen der rechtsradikalen Szene kritisiert zu werden. Eine inhaltlich entschiedene Trennung von diesen Kräften hat es nie gegeben, und die Verbindungen sind auch niemals völlig gekappt worden. Vgl. hierzu u.a. die Analyse von »Dansk Forum« und anderen rechten Sammlungsorganisationen in Engelbreth Larsen 2001.

zweitstärkste Fraktion im dänischen Parlament.⁴ Anders als in Norwegen, wo die *Sozialistische Linkspartei* die SP in Meinungsumfragen 2003 zeitweise überholt hat, konnten die dänischen Linksparteien von den Protesten gegen den in der vergangenen Legislaturperiode unter sozialliberaler Führung begonnenen Abbau des Wohlfahrtsstaates auf parlamentarischer Ebene nicht profitieren. SF wie EL verloren bei den letzten Wahlen sowohl auf zentraler als auch auf regionaler Ebene an Stimmen, die EL rückte bei den Folketingswahlen im Winter 2003 sogar in die Nähe der 2%-Hürde.⁵

2.2. Die (historische) Position der linkssozialistischen Parteien im Parteiensystem

Nach diesem groben Überblick über einige zentrale Probleme der aktuellen dänischen Politik möchte ich nun etwas genauer auf die Struktur des dänischen Parteiensystems eingehen. Die Entwicklung der politischen Parteien kann in sieben Schritte unterteilt werden:

1. Die *bürgerlichen Parteien* entstanden seit Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Partei des städtischen Bürgertums (*Høyre*, heute *Konservative*) bzw. der bis 1901 überwiegend oppositionellen Bauernpartei (*Venstre*). Das bürgerliche Spektrum ist in Dänemark, wie in Skandinavien überhaupt, traditionell sehr zersplittert: Neben den beiden größeren Parteien gibt es zahlreiche Abspaltungen (wie die *Christliche Volkspartei*, die *Centrumsdemokraten* usw.). Seit neuestem hat Venstre wieder eine gewisse Hegemonie im bürgerlichen Lager erreicht und damit die Konservativen, die in den 1980er Jahre die größte bürgerliche Partei war, abgelöst. Bei den Wahlen des Jahres 2001 hat Venstre erstmals seit 1945 mehr Stimmen als die SP erhalten. Die ehemalige Bauernpartei präsentiert sich heute als moderne Volkspartei, die auf eine Art selektiven Wohlfahrtsstaat setzt und die Aufnahme rechtspopulistisch-rassistischer Elemente in ihre Politik nicht scheut.⁶
2. Die *Arbeiterbewegung* entwickelte sich, was vor dem Hintergrund des in 2.1. geschilderten historischen Gewichtes des primären Sektors überrascht, in Dänemark im europäischen Vergleich relativ früh zu einer bedeutenden Kraft. Bereits seit 1848 entstanden erste Arbeiterorganisationen, und 1871 kam es zur Gründung einer Sektion der IAA, die auf gewerkschaftlichen Grundorganisationen beruhte. 1878 trennten sich Partei und Gewerkschaft formal und der *Sozialdemokratische Verband* wurde gegründet, jedoch entwickelten sich die Partei und die Gewerkschaften im gemeinsamen sozialdemokratischen

4 Auch diesen Zusammenhang habe ich ausführlicher in Birke 2003/2 entwickelt.

5 Ausführlich zur Analyse der letzten Folketingswahl vgl. Birke 2001.

6 Zur Geschichte der bürgerlichen Parteien in Dänemark vgl. neuerdings Bryld/Rasmussen 2003.

Rahmen »Arbeiterbewegung« mit starken internen Verbindungen, die erst 1996 bis 2002 endgültig unterbrochen wurden. In den 1890er Jahren erlebte die, nunmehr in *Sozialdemokratische Partei* umbenannte, Gruppierung ihren parlamentarischen Durchbruch, dem ein schneller Aufstieg zur stärksten Parlamentsfraktion folgte. Die SP bildete 1924 zum ersten Mal eine Minderheitsregierung. Im Zeitraum von 1929 bis 1982 führte die SP insgesamt 42 Jahre lang die Regierung.

1905 trennte sich die *Radikale Venstre* als pazifistische und linksliberale Abspaltung von Venstre und etablierte in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine wahlpolitische Zusammenarbeit mit der SP. Die häufigste Regierungskonstellation war seitdem ein sozialliberales Bündnis.⁷ Das Ausmaß des Einflusses der SP auf die Entwicklung des dänischen Wohlfahrtsstaates ist in der historischen und soziologischen Forschung zwar umstritten, zweifelsfrei ist aber, dass die SP die dominante institutionelle Kraft bei der Entwicklung des »dänischen Modells« seit den 1950er Jahren war, mit der Durchsetzung der »Volkspension« und des steuerfinanzierten Gesundheitswesens als (symbolisch bedeutenden) Eckpfeilern.⁸

3. Die *Dänische Kommunistische Partei* (DKP) entstand im Jahre 1920, inspiriert durch die Oktoberrevolution. Versuche einer Vereinigung mit der in der »Gewerkschaftsopposition« zusammengeschlossenen und in Dänemark während des Ersten Weltkrieges relativ starken syndikalistischen Bewegung scheiterten bis ca. 1924. Die dänische KP hatte bis zu ihrem Verbot im Jahr nach dem deutschen Überfall vom 9. April 1940 eine vergleichsweise schwache Stellung. Im Zuge der Anerkennung der Rolle der Partei im antifaschistischen Widerstand war sie nach 1945 kurze Zeit mit zwei Vertretern an der Übergangsregierung beteiligt. Sie verspielte aber den Kredit, den sie in der Bevölkerung hatte, bis Mitte/Ende der 1950er Jahre fast völlig. Insbesondere konnte sie sich im Zusammenhang mit den z.T. ausgesprochen militanten und massenhaften Arbeitskämpfen von 1953 bis 1956, die sich explizit gegen die produktivistische Politik der SP richteten, nur vorübergehend konsolidieren. Nach der Spaltung der Partei im Jahre 1959 verschwand die DKP für zehn Jahre aus dem Parlament. Ein Comeback hatte sie seit 1968, als sie, ironischerweise im Kontext der Entwicklung der Neuen Linken, von

7 Zur Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung ist nach wie vor Knudsen/Caspersen/Vagn Nielsen (1991) das Standardwerk. Ein neu konzipiertes Buch über dieses Thema wird zurzeit von einem Redaktionskomitee im Auftrage der Gesellschaft für die Forschung in der Geschichte der Arbeiterbewegung (SFAH) erstellt. Zur Geschichte der SP ist in deutscher Sprache Petersen (1998) erschienen.

8 Vgl. die Übersicht über die Debatte in Kolstrup 1996, Einleitung. Das Buch enthält eine recht umfangreiche englischsprachige Zusammenfassung. Ausgangspunkt der Debatte war der Beitrag von Esping-Andersen (1985), der der SP eine ganz zentrale Rolle als Akteur zuschreibt. Für eine ideologiekritische Arbeit über die Geschichte der dänischen SP vgl. Finnemann (1985).

1973 bis 1979 im Parlament repräsentiert war und ihren Einfluss vor allem innerhalb der Gewerkschaftsbewegung erhöhen konnte. Erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bildete sich in der Partei eine am Eurokommunismus orientierte Fraktion. Mit dem Ende der sozialistischen Staaten zerfiel die DKP sehr schnell: Von ihren 10 000 Mitgliedern verlor sie im Jahre 1989 9500.⁹

4. Nach dem Ungarnaufstand und im Kontext der weltweiten Antikriegsbewegung entstand Anfang 1959 die Sozialistische Volkspartei (*Socialistisk Folkeparti*, SF) auf der Grundlage des Austritts eines SU-kritischen Flügels um den Widerstandskämpfer Mogens Fog und den langjährigen ehemaligen Vorsitzenden Aksel Larsen aus der DKP. Die SF repräsentierte danach einerseits eine dänische Variante des Eurokommunismus, andererseits war sie eng mit der westeuropäischen Neuen Linken verbunden, die sich in Italien (Lelio Basso), Frankreich und Großbritannien (E.P. Thompson) sowie in der Bundesrepublik im Umfeld von SB und SDS entwickelte. Auf der Grundlage einer stark durch den Ost-West-Konflikt bestimmten Entstehungsgeschichte stand im ersten Jahrzehnt der Existenz der Partei die Forderung nach allgemeiner Abrüstung und Blockfreiheit ganz oben auf der Tagesordnung. Daneben profilierte sich die SF mit Forderungen nach einem weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates und nach einer Demokratisierung der Wirtschaft, anfangs inspiriert durch das jugoslawische Vorbild. Bis 1964 konnte die SF ihre Stimmenanteile bei den Parlamentswahlen auf über 10% steigern, während die DKP um 1% stagnierte. 1966/67 und 1972/73 tolerierte die Partei kurzzeitig sozialdemokratische Regierungen auf der Grundlage einer »sozialistischen Mehrheit« im Parlament, wobei Essentials wie die Ablehnung der dänischen NATO-Mitgliedschaft zur Disposition gestellt wurden.¹⁰
5. Als Folge der Kritik an der kurzfristigen Zusammenarbeit zwischen SF und der SP-Minderheitsregierung bildete sich 1966 die Partei der *Linkssozialisten* (Venstresocialisterne). Die VS repräsentierte einerseits die radikale und pazifistische Fraktion in der SF, wurde aber auch für verschiedene linksradikale und antiautoritäre Gruppen interessant, die bis dahin nur außerparlamentarisch agiert hatten. Die VS ist die erste Partei in Dänemark gewesen, die die Impulse der neuen sozialen Bewegungen nicht nur aufnahm, sondern sich wesentlich als parlamentarischer Arm dieser Bewegungen verstand. In den 1970er Jahren waren zeitweise drei linkssozialistische Parteien (SF, VS und DKP) im dänischen Parlament vertreten.¹¹

9 Vgl. Larsen 1977. Zur Geschichte bis 1989 vgl. www.leksikon.org/art.php?n=600.

10 Bereits 1969 hat Ursula Schmiederer eine Analyse der Entstehungsgeschichte der SF vorgelegt. Zur neueren Entwicklung vgl. <http://leksikon.org/art.php?n=2290>. Eine »Einführung« in die eigene Geschichte und aktuelle Politik der SF ist auf ihrer Homepage zu finden: <http://www.sf.dk>.

11 Zur Geschichte der VS bis 1988/89 siehe <http://www.leksikon.org/art.php?n=2742>.

6. Die »Katastrophenwahl« des Jahres 1973 brachte zwei neue parlamentarische Gruppen hervor: einerseits die *Zentrumsdemokraten* (CD) als Rechtsabspaltung von der zu dieser Zeit wie in der BRD reformorientierten SP, andererseits die rechtspopulistische *Fortschrittspartei* (Fremskridtsparti), aus der sich bis heute die Dänische Volkspartei (DFP) entwickelt hat. Die FrP war Vorbild für ähnliche Parteigründungen in anderen skandinavischen Ländern. Die norwegische Schwesterpartei ist derzeit ausgesprochen erfolgreich und spielt eine ähnliche parlamentarische Rolle wie die DFP.¹²
7. Das Ende der sozialistischen Staaten führte die KP in eine ökonomische und politisch-moralische Krise. Die Partei spaltete sich: Während ein Teil der Mitglieder die heute unbedeutende KP iD (Kommunistische Partei in Dänemark) gründete, gingen der undogmatische Flügel mit der VS, der trotzkistischen SAP und Einzelpersonen im Jahre 1989 eine Wahlzusammenarbeit ein. Daraus entwickelte sich nach einigen Jahren eine selbständige Organisation, die *Einheitsliste*, die seit 1994 im Parlament vertreten ist.¹³

2.3. Gewerkschaften und Gewerkschaftsopposition¹⁴

Die dänischen Gewerkschaften, die in den Zentralverbänden LO (*Landsorganisation i Danmark*), FTF (*Funktionærernes og Tjenestemændenes Fællesforbund* = Verband der Angestellten und Beamten) und AC (*Akademikernes Centralorganisation* = Zentralorganisation der Akademiker) zusammengeschlossen sind, verkörpern eine doppelte Tradition. Einerseits sind sie entscheidende Akteure auf dem Arbeitsmarkt, indem ihnen seit dem Septembervergleich von 1899 wichtige staatliche Funktionen übertragen worden sind, u.a. die Arbeitslosenversicherung und bis Ende der 1960er Jahre auch die Arbeitsvermittlung. Mit einem Organisationsgrad von über 85% war insbesondere die LO bis in die 1990er Jahre hinein auch durch die Zusammenarbeit mit sozialdemokratisch geführten Regierungen ein wesentlicher politischer Faktor. Gleichzeitig existierte innerhalb einiger »Fachverbände« (branchenmäßig organisierte, manchmal sehr kleine, Einzelgewerkschaften)¹⁵ und auf betrieblicher Ebene eine militante Unterströmung, die sich seit den 1970er Jahren innerhalb und gegen die Zen-

12 Zur Entwicklung der dänischen Rechtspopulisten vgl. Engelbreth Larsen (2001) sowie Karpantschov (2002). Eine sehr gute Übersicht in englischer Sprache gibt Karpantschov (2003). Zur Einschätzung der Politik der sog. Rechtspopulisten in der BRD am Beispiel der Rechtskoalition in Hamburg vgl. u.a. Gruppe Blauer Montag (2002/1).

13 Vgl.: <http://www.leksikon.org/art.php?n=688>. In englischer Sprache findet sich ein historischer Abriss auf der Homepage der Liste (www.enhedsliste.dk).

14 Zur Geschichte der dänischen Gewerkschaftsbewegung vgl. Christiansen 1996. Eine Übersicht über ältere Veröffentlichungen, u.a. auch in deutscher Sprache: Callesen et al. 1992.

15 Bis 2003 sind viele der kleinen Einzelgewerkschaften in größere aufgegangen und als »Abteilungen« (afdelinger, Fachgruppen) neu organisiert worden, wie bei SiD die Maurer, Brauereiarbeiter oder Seeleute.

tralverbände in Form von selbstorganisierten Netzwerken zusammenschloss (u.a. als »Tillidsmandsring« = Vertrauensleutenetzwerk¹⁶). Während des Osterstreiks von 1985, der die bis heute größten Massendemonstrationen der dänischen Geschichte sah, spielte diese Gewerkschaftslinker eine entscheidende Rolle, konnte aber die bürgerliche Regierung unter Povl Schlüter nicht stürzen.¹⁷ Nach dem Massenstreik in der Industrie von 1998¹⁸ und den wilden Streiks der vergangenen zwei Jahre¹⁹ ist Dänemark, trotz der hohen Dichte der staatlich-institutionellen Einbindung der Gewerkschaften, im europäischen Maßstab zu dem Land mit der höchsten Quote an Arbeitskämpfen geworden, noch vor Italien, Frankreich und Spanien.²⁰ Allerdings hat die Linke innerhalb der Gewerkschaften diese Situation, trotz ihrer kurzfristigen Renaissance im Jahre 2002, bisher kaum für eine kontinuierliche politische Arbeit nutzen können.²¹

1996 kündigten SP und LO ihre formalisierte Zusammenarbeit auf, die sowohl eine gegenseitige finanzielle Unterstützung als auch die gegenseitige Vertretung in den zentralen Ausschüssen beinhaltete. Obwohl Einzelgewerkschaften wie Dansk Metal (Metallarbeiter), Kvindeligt Arbejderforbund (Gewerkschaft der Fabrikarbeiterinnen) und SiD (Gewerkschaft der Spezialarbeiter) nach wie vor die SP auch materiell unterstützen, bedeutete die Kündigung des Abkommens einen historischen Einschnitt für die Verbindungen zwischen Gewerkschaft und dänischer Sozialdemokratie. Hintergrund der Veränderung war, ähnlich wie in Großbritannien, die zunehmende Orientierung der SP an einer »neuen« Mittelschicht (deren soziologische Bedeutung stark überschätzt wird). Bis heute hat sich die Auseinanderentwicklung von SP und Gewerkschaften fortgesetzt, wobei sich die gewerkschaftlichen Zentralverbände zunehmend »unpolitisch« gerieren. Die institutionelle Trennung von der SP bedeutet daher auch nicht, dass der institutionelle Einfluss der Linksparteien gestiegen ist. Insbesondere die EL spielt innerhalb der zentralen Organe der LO-Gewerkschaften eine marginale Rolle, zu verweisen ist lediglich auf einige lokale Vorsitzende innerhalb von Fachverbänden und Abteilungen.²² Mitglieder der SF besetzen einige Spitzenpositionen in den Verbänden und Gewerkschaften, vor allem in dem FTF, von einem großen organisierten Einfluss in der Gewerkschaftsbewegung kann aber auch hier keine Rede sein.

17 Die DKP war in diesen Zusammenschlüssen häufig die stärkste Kraft, die auch politisch organisiert war. Die VS hatten nur vereinzelte Vertrauensleutesprecher/innen, die SF hat(te) in den Angestellten- und Akademikerverbänden (AC) einen gewissen Einfluss.

18 Vgl. Vad 1995.

19 Vgl. in deutscher Sprache Blomqvist 1998.

20 Vgl. Gruppe Arbeiterpolitik 2002.

21 Vgl. Politiken, 30.4.2003.

22 Vgl. Birke 2003/2.

22 Die Dialektik dieser Distanzierung wird in Birke (2003/2) dargestellt.

3. Die linkssozialistischen Parteien und die Neuen Sozialen Bewegungen

Nach der *Ostermarschbewegung* in den 1960er Jahren und der *Jugendrevolte* entwickelten sich auch in Dänemark seit Anfang der 1970er Jahre die *neue Frauenbewegung*, die *Ökologiebewegung* und die *Hausbesetzerbewegung*.²³ Alle diese Bewegungen hatten ihre Zentren in den großen Städten, vor allem in Kopenhagen. Sie waren durchaus erfolgreich: So erreichte die Frauenbewegung die Legalisierung der Abtreibung, die (allerdings seit den 1990er Jahren wieder zurückgedrängte) Gleichstellung bei Löhnen und Arbeitsbedingungen sowie den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung.²⁴ Die Ökologiebewegung konnte verhindern, dass in Dänemark Atomkraftwerke gebaut wurden. Und die Hausbesetzerbewegung setzte mit der Errichtung der »Freistadt« Christiania in Kopenhagen eines der größten soziokulturellen Experimente in Westeuropa durch.²⁵

Anders als in der BRD gibt es in keine relevante Partei, die direkt aus der Tradition dieser neuen sozialen Bewegungen entstanden ist. So gibt es in Dänemark (wie übrigens auch in Norwegen) keine auf parlamentarischem Niveau erfolgreiche grüne Partei. Am ehesten repräsentierte die VS, die seit ca. 1990 nicht mehr als eigenständige Kraft existiert, die antiautoritären Tendenzen der Neuen Sozialen Bewegungen.

Nachdem die Neuen Sozialen Bewegungen von ca. 1970 bis Mitte der 1980er Jahre, in Bezug auf den Internationalisierungsgrad ihrer Aktivitäten, aber auch in Bezug auf Vielfalt und Quantität²⁶, ihren historischen Höhepunkt erreichten,

23 Zur Geschichte der neuen sozialen Bewegungen in Dänemark vgl. Mikkelsen 2002. Zur Bewegung gegen Atomenergie Rasmussen 1997, S. 123-130.

24 Drude Dahlerup (1998) hat sehr ausführlich die Entwicklung des dänischen Feminismus (»Rotstrümpfe«) von 1970 bis 1985 geschildert. Die im europäischen Maßstab ausgesprochen hohe Erwerbsquote von Frauen, nicht nur in Teilzeit-, sondern auch in Vollzeitbeschäftigung, ist sowohl Ursache als auch Folge des Ausbaus der Ganztagsbetreuung der Kinder. Im Rahmen der Neuzusammensetzung der Lohnarbeit spielt die weibliche Erwerbsarbeit in Dänemark eine besondere Rolle: der Dienstleistungssektor im Allgemeinen und der öffentliche Dienst im Besonderen expandierten seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre im europäischen Vergleich überdurchschnittlich. Mit dem Anwachsen weiblicher Erwerbsarbeit ist allerdings auch eine Reproduktion der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auf einer neuen Ebene verbunden.

25 Christiania ist ein ehemaliges Militärgelände im Stadtteil Christianshavn. Anfang der 1970er Jahre wurde es von mehr als 800 meist jungen Leuten besetzt, nachdem es eine Zeit lang unbenutzt gewesen war. Seitdem hat sich innerhalb der »Freistadt« eine eigene kulturelle und ökonomische Infrastruktur herausgebildet (u.a. ist das Projekt, was nicht unproblematisch ist, Dänemarks drittgrößte Touristenattraktion). Vor allem aufgrund von Bestrebungen, die Hafenanbauung und die umliegenden Quartiere (im eigentlichen Sinne des Wortes) aufzuwerten, steht die »Freistadt« seit einigen Monaten erstmals seit langer Zeit wieder unter Räumungsdruck. Vgl. zur aktuellen Situation Birke 2003/1.

26 Mikkelsen 2002, S. 38 gibt über die quantitative Seite der »kollektiven Proteste« in Dänemark seit 1914 Auskunft. Seine Auswertung reicht bis 1995, ein Jahr, in dem bereits ein leichter Wiederanstieg der Zahl der Proteste zu notieren war.

reduzierte sich seit ca. 1988 zunehmend ihre Handlungs- und Interventionsfähigkeit. Seit der Trennung von SF und VS gab es innerhalb des dänischen linkssozialistischen Spektrums eine Arbeitsteilung: Etwas vereinfacht könnte man sagen, dass die SF versuchte, die Sozialen Bewegungen im Parlament zu *repräsentieren*, und sich damit unwillkürlich auf die eher an institutioneller Politik orientierten Segmente zu beziehen, während die VS (und gewisse Teile der DKP) sich eher als parlamentarischer Arm der NSB verstanden. Die EL übernahm in den 1990er Jahren die letztere Konzeption.

Nach dem Rückgang der Neuen Sozialen Bewegungen in den 1990er Jahren kam es um die Jahrtausendwende zu einer grundlegenden Restrukturierung der Bewegungen im Kontext der weltweiten Proteste gegen die Globalisierung der Kapitalverwertung und der Kriege. Es ist noch zu früh, den Charakter und die Dauerhaftigkeit dieser Bewegungen zu bewerten. Hier soll lediglich auf einige innenpolitische bzw. skandinavische Spezifika hingewiesen werden, die sowohl Begrenzungen als auch Katalysatoren dieser Bewegungen waren.

Dies sind: *erstens* die Bedeutung des Wahlerfolges der Rechten Ende 2001 für die Situation der Neuen Sozialen Bewegungen; *zweitens* der Diskurs über den Beitritt zur europäischen Währungsunion in Dänemark; *drittens* die traditionelle »Mittlerrolle« des dänischen Staates in internationalen Konflikten und der aktuelle Bruch damit.

3.1. Die Bewegung gegen die Rechtsregierung seit November 2001

In Dänemark spielt hier zum einen der Wahlsieg der politischen Rechten im November 2001 eine wichtige Rolle: Nach der Übernahme der Regierung durch die Rechtsparteien kam es zu einer kurzen, aber massiven Protestbewegung, mit dem Höhepunkt einer Demonstration der verschiedenen oppositionellen Strömungen in Kopenhagen mit ca. 20 000 Teilnehmer/innen im März 2002. Das qualitativ Neue dieser Veranstaltung war die Einbindung unterschiedlichster Gruppen, Künstler/innen, Schüler/innen und Studierende, Migrant/innen, Gewerkschafter/innen usw., ohne dass es zu einer Hierarchisierung der unterschiedlichen Anliegen kam.²⁷ Die Rolle der Linksparteien in dieser Bewegung zu bestimmen, ist nicht ganz einfach, denn ihr Einfluss ist in den unterschiedlichen Sektoren, die repräsentiert waren, ganz verschieden. In jedem Fall ist aber festzustellen, dass das dynamische Element der Proteste ihr überparteilicher Charakter war und dass die meisten Anliegen, die vorgetragen wurden, direkt aus spezifischen sozialen Situationen formuliert bzw. durch die Kürzungs- und Repressionspolitik der Rechtsregierung bestimmt waren.

27 Vgl. Birke 2002/1.

Das hauptsächliche Betätigungsfeld von EL und SF war deshalb, den Forderungen der Protestbewegung im Parlament Ausdruck zu verleihen, ohne dass die Linke zurzeit in der Lage wäre, der Regierungspolitik viel mehr als verbalen Protest entgegenzusetzen. Entsprechend wirkt die Arbeit der beiden Parlamentsfraktionen hinsichtlich der konkreten Alternativen, die sie repräsentieren, angesichts der parlamentarischen Konstellation derzeit etwas hilflos. Wenn die SF z.B. ein »Sündenregister der Rechtsregierung« auf ihrer Homepage veröffentlicht, das immer länger wird, dokumentiert sie damit in gewisser Weise auch ihre eigene Ohnmacht auf parlamentarischer Ebene.²⁸ Ähnliches gilt für die »Robin-Hood«-Kampagne für Umverteilung, die die EL nach der FT-Wahl ankündigte und die mehr oder weniger im Sande verlaufen ist.²⁹

Im Jahre 2003 hat die Bewegung gegen die Rechtsregierung vieles von ihrer Vielfalt und Zuspitzung verloren. Dies hat mehrere Ursachen: Erstens hat die neue Regierung einen Teil ihrer Agenda durchgesetzt und die Proteste ignoriert, was zu einer gewissen Resignation geführt hat. Zweitens hat es die Regierung geschickt verstanden, die sozialen Probleme auf die kommunale Ebene zu verlagern, indem sie den Kommunen vorgeschrieben hat, keine weiteren Steuersteigerungen zuzulassen und, mit der Drohung der Zwangsbewirtschaftung, Verschlechterungen in fast allen kommunal finanzierten Sektoren ausgelöst hat. Während SP und SF dieser Situation etwas hilflos gegenüberstehen und sich in den von ihnen regierten Kommunen zum Teil zum Vollstrecker der Politik der Zentralregierung gemacht haben – und damit die Proteste von lokalen Bewegungen ausgelöst haben – hat die EL versucht, die Politik der Rechtsparteien durch eine Kampagne gegen Sozialabbau anzugreifen, die sich auch auf die lokale Ebene bezieht.³⁰

Auf zentraler Ebene versucht die SF, die Widersprüche der Regierungspolitik anzugreifen, indem sie die Mängel ihrer Sozialpolitik hervorhebt: In ihrer Erklärung zum *Finanslov* 2004, dem Haushaltsgesetz, das einen zentralen Umkehrpunkt der dänischen parlamentarischen Politik darstellt, schlägt sie eine Umverteilung zugunsten der von der Rechtsregierung vernachlässigten Kinder- und Jugendpolitik sowie ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm vor.³¹

28 Vgl. SF, Synderegister, in: <http://sf.cms.net-produktion.dk/index.php?menu=7>

29 Vgl. Birke 12/2001.

30 Hierzu ist im Februar 2003 eine Dokumentation erschienen, die vor allem den Beitrag der DFP zu Einschnitten in der kommunalen Wohlfahrt beleuchtet: Vgl. Enhedslistens Folketingssekretariat 2003.

31 Vgl. SF, *Finanslovudspil* – <http://sf.cms.net-produktion.dk/index.php?article=3369>. An dem auf der E-Mail-Seite eingerichteten Chat zum Thema kann man ersehen, dass entweder das Interesse an dieser Kampagne zu wünschen übrig lässt oder das Medium für eine Diskussion über Haushaltspolitik ungeeignet ist. Zur aktuellen Politik der beiden Parteien gegenüber der Rechtsregierung vgl. auch die Abschnitte 3 und 4 dieses Textes.

3.2. Von der Bewegung gegen die EU zur Antiglobalisierungsbewegung

Im Laufe des Jahres 2002 nahm die Bewegung gegen die Rechtsregierung an Vehemenz ab, was zwar durch den »wilden« Streik gegen das Teilzeitgesetz etwas relativiert wurde (vgl. Punkt 2.3.), insgesamt aber als Tendenz bereits im Sommer 2002 deutlich erkennbar war. Einen neuen Aufschwung erlebten die sozialen Bewegungen im Winter 2002 anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch die dänische Regierung. Der Schwerpunkt der Proteste verlagerte sich, man hatte zwar nach wie vor denselben Gegner vor sich, aber eine andere Tagesordnung. Um die Auseinandersetzungen zu erklären, die es innerhalb der dänischen Linken um diese Proteste gab, muss kurz auf die Traditionen der Anti-EU-Bewegung in Dänemark eingegangen werden.

Es ist sicherlich bekannt, dass die Einbindung in internationale Staaten- und Militärbündnisse nach dem Zweiten Weltkrieg in den skandinavischen Ländern immer umstritten war. So ist Norwegen nicht Mitglied der EU (aber der NATO), Schweden trat der EU bei (aber nicht der NATO, und behielt die eigene Währung), und auch in Dänemark ist die Assoziation mit der EU seit dem Beitritt im Jahre 1973 ein Feld ständiger politischer Auseinandersetzungen.

Wie im jüngsten spektakulären schwedischen Beispiel, so wurden auch in Dänemark bei Volksabstimmungen immer wieder einzelne Schritte der Integration in die EU abgelehnt. 1992 wurde die Unterzeichnung des Maastricht-Abkommens durch eine Volksabstimmung verhindert, obwohl, ähnlich wie heute in Schweden, fast alle im Parlament vertretenen Parteien dafür waren. Ein Jahr später stimmten die Dän/innen für die »vier Vorbehalte«, die Dänemark teilweise aus der EU-Zusammenarbeit herausnahmen. Die Linksparteien spielten in diesen Auseinandersetzungen stets eine zentrale Rolle.³² Dabei lassen sich Unterschiede in der politischen Konzeption von SF und EL gegenüber den sozialen Bewegungen gut zeigen. Die Anti-EU-Bewegung trat in Dänemark seit der Eröffnung des Europaparlamentes auf eigenen Listen zu den Europawahlen an. Sie sind dort heute mit der »Volksbewegung gegen die EU« (*Folkebevægelsen*) und der »Junibewegung« (*Junibevægelsen*) vertreten, die zusammen ungefähr ein Fünftel der dänischen Sitze im Europaparlament haben. Die Einheitsliste ist mit einigen Repräsentant/innen auf der Liste der »Volksbewegung« vertreten. Die SF hat eine eigenständige Fraktion, die im Rahmen der GUE/NGL mit der PDS zusammenarbeitet; während die EL, nicht nur in diesem Falle, eine eher »bewegungsorientierte« Position vertritt, setzt die SF eher auf das Konzept einer (repräsentativen) Partei.

Allerdings sind beide Positionen nicht widerspruchsfrei. In den letzten Jahren wurde die linke Hegemonie in der EU-kritischen Bewegung durchbrochen.

32 Eine Übersicht bis 1990 findet sich in Rasmussen (ibid., S. 63-122).

Dazu trug u.a. die Zusammenarbeit der »Junibewegung« mit rechtsradikalen Strömungen im Europaparlament bei, vor allem aber gewann die rechtspopulistische DFP auch durch eine klare Anti-EU-Position an Bedeutung. Diese »nationale Wendung« in der Europapolitik hat einerseits die dänische Zustimmung zu zentralen Maßgaben der EU-Zusammenarbeit noch prekärer gemacht, wie u.a. die Ablehnung des Amsterdam-Vertrages durch eine Volksabstimmung Ende 2000 gezeigt hat.³³ Während die Schwierigkeiten innerhalb der Linken zunahmen, eine klare Abgrenzung von nationalistischen Standpunkten in der »europäischen Frage« zu gewährleisten, hat sich die SF seit 1993 immer mehr von ihrer ursprünglichen Anti-EU-Position entfernt.³⁴ In diesem Jahr bot die Partei der Regierung den »nationalen Kompromiss« der »vier Vorbehalte« an, der die Beibehaltung der Mitgliedschaft unter Aussparung bestimmter Formen der Zusammenarbeit vermittelt hat.

War dieser Kompromiss schon vor dem Hintergrund des Wunsches nach »Regierungstauglichkeit« geprägt, nahm nicht nur dieser Wunsch, sondern auch die Skepsis gegenüber der EU-Skepsis innerhalb der SF seitdem immer mehr zu, obwohl sich nach wie vor eine breite (und in einzelnen Fragen mehrheitsfähige) Fraktion innerhalb der Partei findet, die eine weitere Ausdehnung der EU-Kompetenzen ablehnt.

Die Auseinandersetzung um die »Europafrage« hat auch die dänische Antiglobalisierungsbewegung geprägt, die sich seit der Jahrtausendwende auch in Dänemark organisatorisch entwickelt hat. Besonders deutlich wurde dies angesichts der Aktionen gegen die EU-Ratspräsidentschaft, die die dänische Regierung im vergangenen Herbst innehatte. Hier wurden die »alten« Anti-EU-Organisationen von einem großen Teil der beteiligten Gruppen wegen ihres Verharrens auf dem Fokus der »Euroskepsis« kritisiert. Auch in Dänemark gilt die Antiglobalisierungsbewegung nicht zu Unrecht als wichtigste Innovation, die im Rahmen der Restrukturierung der sozialen Bewegungen seit dem Jahr 2000 zu beobachten ist und dies gerade aufgrund ihrer internationalen Perspektive. Die wichtigsten organisierten Gruppen innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung sind die dänische Abteilung von ATTAC einerseits und die an den italienischen Disobiendi orientierte Gruppe »Globale Basis« (Globale Rødder) andererseits. Während es einen gewissen Einfluss von Vertreter/innen der beiden linkssozialistischen Parteien bei ATTAC gibt, bestehen zur Gruppe »Globale Basis« nur informelle Kontakte.³⁵

33 Vgl. Birke 12/2000.

34 Noch anlässlich der Volksabstimmung 1992 brachte der Slogan »Holger og konen siger Nej til Unionen« (= Holger und seine Frau sagen Nein zur Union) der SF breite Zustimmung ein.

35 Die »Globale Basis« vertritt inhaltlich einen aktionistischen Ansatz, der direkte Aktionen propagiert und sich ideologisch u.a. an den Thesen Antonio Negris orientiert (vgl. www.ulydighed.dk). Zur Einschätzung der Proteste gegen die EU-Präsidentschaft vgl. Birke außerdem 1/2003.

3.3. Die Antikriegsbewegung in Dänemark

Die jüngste soziale Bewegung ist zugleich die älteste. In den 1960er und 1970er Jahren konnte die dänische Friedensbewegung die Integration des Landes in das westliche Militärbündnis zwar nicht verhindern, aber doch immerhin so viel Druck ausüben, dass keine atomaren Waffen in Dänemark gelagert worden sind. Insbesondere die sozialdemokratisch geführten Regierungen bezogen sich öffentlich auf einen Kurs der Vermittlung zwischen Ost und West. Noch in den 1980er Jahren wurde die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa von dänischen Regierungen abgelehnt (bis 1982) oder, unter der Schlüter-Regierung, zumindest noch skeptisch beurteilt.³⁶

In den 1990er Jahren hat sich dieses Bild grundlegend geändert. Bereits die sozialliberale Regierung hat sich zu den Kriegen im Kosovo und in Afghanistan bekannt und dabei jeweils eine Position bezogen, die sich weit stärker als früher an der Politik der USA und Großbritanniens orientierte. Diese Wendung der dänischen Politik, die insbesondere unter dem Eindruck einer befürchteten Dominanz der Bundesrepublik und Frankreichs innerhalb einer nunmehr auch militärisch fundierten EU vollzogen wurde, wurde im Konsens der großen Parteien vollzogen. Nur die EL und, bereits mit Abstrichen, die SF opponierten.

Im Jahre 2003 wurden die Karten hinsichtlich der innenpolitischen Auseinandersetzung um den außenpolitischen Kurs Dänemarks neu gemischt. Nachdem die aktuelle dänische Regierung die US-Außenpolitik gegenüber dem Irak ebenso vorbehaltlos unterstützte und sich der »Koalition der Willigen« anschloss, die sowohl die Intervention als auch die derzeitigen Besatzungsmächte im Irak auch praktisch unterstützte, hat sich im Parteienspektrum erstmals eine klare Polarisierung in der außenpolitischen Debatte ergeben, die auch einen Bruch zwischen den großen Parteien beinhaltete. So setzte die nunmehr oppositionelle Sozialdemokratie in den Verhandlungen im Vorfeld des Krieges auf die UN-Linie, konnte sich damit aber nicht durchsetzen.

Gleichzeitig mit der Akzentuierung der sogenannten militärischen Option durch die Rechtsregierung fand die Antikriegsbewegung in Dänemark erstmals, nach relativ schwachen Mobilisierungen gegen den Kosovo- und Afghanistan-Krieg, wieder Anschluss an die internationale Friedensbewegung. Im März 2003 kam es in Kopenhagen (wie auch in den anderen skandinavischen Hauptstädten) zu den größten Antikriegskundgebungen seit vielen Jahren: An den verschiedenen Demonstrationen zu Kriegsbeginn nahmen ca. 40 000 Menschen teil. Die Antikriegsbewegung hat, so sah es zumindest im Sommer 2003 zeitweise aus, zu einem gewissen Abbröckeln der Wähler/innen/basis der Rechtsparteien beigetragen. Profitiert haben davon zunächst vor allem die SF

36 Dies ist auch in der wissenschaftlichen Literatur recht gut dokumentiert. Zur Entwicklung der dänischen Friedensbewegung vgl. Rasmussen 1997, S.14ff. und S. 167-247.

und die Radikale Venstre, während die SP bei Meinungsumfragen nach wie vor mehr oder weniger auf ihrem niedrigen Resultat der 2001-Wahl stagniert.

Die Rolle der Linksparteien in der Antikriegsbewegung war insgesamt widersprüchlich. Sowohl SF als auch EL spielten eine gewisse Rolle oder bemühten sich zumindest stark darum. Die SF war in ihrem Ursprung die Partei, die am deutlichsten die Idee eines »Dritten Weges« auch in außenpolitischer Hinsicht verkörpert hat. Ihre unbedingte Ablehnung gegenüber der NATO begann allerdings bereits im Kontext der Diskussionen um eine Tolerierung der SP-Regierung seit Ende der 1960er Jahre innerparteilich zu erodieren, u.a. wurde der ehemalige Vorsitzende Aksel Larsen mit dem Satz zitiert, dass ihm »die NATO nicht den Nachtschlaf« raube. Im aktuellen Kontext vertritt ein wichtiger Teil der SF, vor allem verkörpert durch ihren Vorsitzenden Holger K. Nielsen, eine der (»grünen«) BRD-Außenpolitik angenäherte Position und hat sich einerseits für einen Krieg mit UN-Mandat ausgesprochen, andererseits die Karte des »in zivilisatorischer Hinsicht überlegenen« Europas gespielt. Insbesondere der Jugendverband der SF, *Socialistisk Folkeparties Ungdom*, hat sich deutlich von solchen Vorstellungen abgegrenzt, so dass die außenpolitischen Vorstellungen der SF insgesamt als im Wandel begriffen, aber unentschieden gelten müssen.

Die EL formuliert dagegen nach wie vor die Position einer unbedingten Kriegsgegnerschaft und war in dieser Hinsicht auch schon in den vergangenen, mit dänischer Beteiligung geführten, Kriegen absolut eindeutig. Der Einfluss beider Parteien auf die tatsächliche Entwicklung der Bewegung vom Frühjahr 2003 war allerdings eher begrenzt, da sich die Proteste spontan sehr massiv entwickelten (und ebenso schnell wieder verschwanden), wobei viele junge, unorganisierte Menschen beteiligt waren.

3.4. Zusammenfassende Bemerkungen

Seit dem November 2001 kann durchaus von einer Erneuerung der sozialen Bewegungen auf fast allen Gebieten gesprochen werden: Es kam zu einer ungeahnten Dynamik, mit Massendemonstrationen im Frühjahr 2002 gegen die Rechtsregierung, mit den »wilden« Streiks kurz darauf, der gelungenen Mobilisierung anlässlich des EU-Gipfels im Herbst/Winter 2002 und, was jedenfalls in quantitativer Hinsicht der Höhepunkt war, der Antikriegsbewegung vom Frühjahr 2003. Eine der bemerkenswertesten Entwicklungen ist dabei sicherlich der Anschluss an die Dynamik der sozialen Bewegungen im internationalen Maßstab. Es kann gar nicht genügend hervorgehoben werden, dass mit der erfolgreichen Mobilisierung des ESF zu den Protestaktionen am 15.2.2003 und gegen den Krieg im Irak im Allgemeinen eine ungeahnte Ausweitung des Handlungsraumes sozialer Bewegungen auch praktisch wirksam geworden

ist – eine Ausweitung, die bisher vielleicht nur in den Bewegungen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre erreicht wurde.

Allerdings ist nicht nur nach den Handlungsräumen, sondern auch nach der Tiefe und Dauerhaftigkeit dieser Bewegungen zu fragen. Ohne diese Frage hier beantworten zu wollen, sie übersteigt bei weitem den Gegenstand dieser Untersuchung, so ist in Bezug auf die Entwicklungen in Dänemark doch vor allem die Diskontinuität zu bemerken, die die Neuen Sozialen Bewegungen auszeichnet. Obwohl es sich sicherlich zum Teil um die gleichen sozialen Gruppen handelt, die an den verschiedenen Mobilisierungen seit Anfang 2002 teilgenommen haben, ist ein Zusammenhang insbesondere zwischen »innenpolitischen«, »europapolitischen« und »außenpolitischen« Bewegungen bislang wenig bis gar nicht formuliert. Das Problem der Diskontinuität wird zugleich dadurch befördert, dass sich die Regierenden mit ihren formulierten Anliegen weitgehend durchsetzen konnten, was trotz der derzeitigen Krise des US-dominierten Besatzungsregimes auch für den Irak-Krieg gilt. Der Ausweitung der Hoffnungen steht somit zugleich auch die Gefahr einer tief greifenden Resignation gegenüber den real existierenden Machtverhältnissen gegenüber. Organisatorische Zusammenhänge, die diese Resignation zunächst relativieren und langfristig in ein politisches Projekt von einiger Dauer überführen könnten, sind derzeit auch in Dänemark kaum erkennbar. Dies gilt nicht nur für die Repräsentanz der sozialen Bewegungen auf der außerparlamentarischen Ebene – nach einem gewissen Aufschwung im Jahre 2001 ist beispielsweise die Mobilisierungsfähigkeit von ATTAC mittlerweile deutlich zurückgegangen, sondern auch und gerade für die Linksparteien. Auffällig ist hier, dass weder die SF noch die EL bislang von der Restrukturierung der sozialen Bewegungen insofern profitieren konnten, als dass sich ihr Wähler/innen/potenzial deutlich ausgeweitet hätte. Besonders für die EL, die einen Großteil ihrer politischen Kraft in die verschiedenen sozialen Bewegungen eingebracht hat, muss dies eine irritierende Tatsache sein, für die es im Moment nur ganz vorläufige Erklärungen geben kann. Neben der in diesem Abschnitt dargestellten Entwicklung der sozialen Bewegungen selbst haben sicherlich innerorganisatorische Verhältnisse und Schwerpunktsetzungen in beiden Parteien die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Interventionsfähigkeit definiert. In den beiden folgenden Abschnitten werde ich deshalb die Entwicklung und aktuelle Situation von SF und EL skizzieren, wobei ich zunächst auf ihre öffentliche Präsenz eingehen werde.³⁷

37 Die folgenden beiden Abschnitte sind aus einer »Außenperspektive« auf SF und EL entstanden. In einer weiteren Auseinandersetzung mit dieser Untersuchung wäre sie sicherlich durch die »Innenperspektive« zu ergänzen, die ich als überwiegend in Hamburg lebender Beobachter nicht darlegen kann – sie relativiert möglicherweise einige der im folgenden zusammengefassten Einschätzungen.

4. Die Präsenz der linkssozialistischen Parteien in der dänischen Öffentlichkeit

4.1. Veröffentlichungen von und über die *Socialistisk Folkeparti*

Im Vergleich zur Einheitsliste hat die SF eine hohe öffentliche Präsenz. Ihre Erklärungen bzw. die Erklärungen ihrer prominenten Protagonisten erscheinen häufig in der Tagespresse, vor allem in den beiden linksliberalen Zeitungen *Politiken* und *Information*. So hat *Information* in den letzten Monaten eine Serie von Artikeln über die Politik der SF veröffentlicht, wobei u.a. die Frage des Verhältnisses zur Sozialdemokratie und die Position der Partei gegenüber der EU in den Mittelpunkt gestellt wurden. Auch die theoretische und kulturpolitische Monatszeitschrift *SALT* (»Salz«), die im Verlag der *Information* erscheint, beschäftigt sich regelmäßig mit der Politik der SF, steht dieser durchaus nahe, lässt zugleich aber u.a. auch Politiker/innen der EL zu Wort kommen.

Wenn man sich über Positionen der SF informieren will, ist man auf eine zentrale und mehrere regionale Web-Seiten angewiesen. Auf der zentralen Seite finden sich aktuelle Erklärungen und Presseinformationen sowie Informationen über innerorganisatorische Angelegenheiten der SF. In englischer Sprache findet sich eine kurze Zusammenfassung der programmatischen Positionen der SF. Zudem liegt auf der Homepage ein »internationales Bulletin«, das etwa drei bis vier Mal im Jahr aktualisiert wird und wesentliche Erklärungen der rot-grünen Gruppe im Europaparlament ebenso enthält wie eine (allerdings sehr beschränkte) Auswahl von ins Englische übersetzten Positionspapieren der SF. Da die SF über keine eigene Zeitung verfügt, die sich an die allgemeine Öffentlichkeit wendet, bietet die acht Mal im Jahr erscheinende Mitgliederzeitschrift *Folkesocialisten* (Red. Jan Grelle) die dichteste Zusammenstellung an Informationen über die SF außerhalb des WWW. Im Gegensatz zur Einheitsliste besitzt jedoch die SF einen ihr nahe stehenden Bildungsträger: *Socialistisk Folkeoplysningsforbund* (Sozialistischer Volksaufklärungsverband, SFOF). Im Rahmen dessen, was im Kontext einer Partei mit ca. 7000 Mitgliedern möglich ist, veranstaltet der SFOF Schulungsreihen, Diskussionsveranstaltungen mit prominenten Mitgliedern und politischen Kontrahenten sowie, allerdings eher sporadisch, wissenschaftlich-politische Konferenzen, so am 13.9.2003 eine Konferenz zur Gesundheitspolitik an der Süddänischen Universität in Odense. Referent/innen sind hier zum größten Teil Fachleute und Politiker/innen aus den Reihen der SF. Teil des SFOF ist ein kleiner Verlag (»AXEL«). Dieser gibt jährlich zwischen einem und vier Büchern bzw. Broschüren heraus. Interessant sind hier insbesondere die Veröffentlichungen zur EU-Politik. 2002 erschienen zwei Bücher zu diesem Thema: Erstens zur Osterweiterung, wobei eine intensive Recherche zur Position der Linken in Polen, Tschechien, Litauen, Russland

und Ungarn als Grundlage diente, und zweitens zur Kontroverse um die EU in Dänemark.³⁸ Prominente Vertreter/innen der SF haben schließlich in den letzten Jahren eigene *debatbøger* (»Debattenbücher«) herausgebracht, in denen es zum Teil um den »Tabubruch« gegenüber linkssozialistischen Traditionen ging. So kritisierte Christiane Antorini, die inzwischen der SP beigetreten ist, u.a. 1999 die Linke für ihre Weigerung, sich den Idealen der Zukunft, sprich einer an Konkurrenz und »Eigenverantwortung« orientierten Gesellschaft, anzupassen.³⁹ Außerdem sind einige Biografien und Autobiografien von SF-Politikern (u.a. Aksel Larsen, Gerd Petersen u.a.) erschienen.

4.2. Veröffentlichungspolitik und Veröffentlichungen der Enhedsliste

Was ihre Öffentlichkeitswirksamkeit betrifft, ist die EL seit ihrer Wahlniederlage vom Herbst 2001 in einer prekären Situation, die allerdings nur bedingt vergleichbar ist mit der bundesdeutscher Parteien vergleichbarer Größenordnung. Immerhin verfügt die EL über eine Parlamentsfraktion und damit über einen gewissen Apparat (inklusive wissenschaftlicher Angestellter usw.). Wie erwähnt, finden sich Erklärungen der EL allerdings verhältnismäßig selten in der bürgerlichen Presse (nur die Tageszeitung *Information* macht hier eine Ausnahme, allerdings nur bezüglich einer begrenzten Anzahl von Politikfeldern). Da die EL damit stärker als andere Parteien auf eigene mediale Kanäle angewiesen ist, hat sich insbesondere die Einstellung der ihr nahe stehenden Wochenzeitung *Socialisten weekend* im Jahre 2001 negativ ausgewirkt. Der Versuch, den Verlust der Wochenzeitung durch die Mitgliederinformationen *Rød-Grønne Linjer* (Rot-Grüne Linien) zu ersetzen, kann als mehr oder weniger gescheitert betrachtet werden. Obwohl die vierzehntägig erscheinenden »Linien« nicht die Breite und inhaltliche Tiefe der eingestellten Wochenzeitung erreichen, sind sie heute die wichtigste Informationsquelle über die Politik der EL außerhalb des Internet. Neben den »Linien« gibt es noch einige kleine lokale Mitgliederzeitungen der EL.

Daneben gibt es noch verschiedene Zeitungsprojekte, die der EL nahe stehen oder die recht häufig, wenn auch aus kritischer Distanz, über ihre Politik berichten. Hier sind zunächst die Zeitungen der Gruppen zu nennen, die seit 1990 das Projekt der EL unterstützen. Dazu gehören erstens die der IV. Interna-

38 SFOF 2002/1, SFOF 2002/2. In SFOF 2002/1 findet sich u.a. die Dokumentation eines Gespräches zwischen dem Parteivorsitzenden Holger K. Nielsen und dem ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Nyrup Rasmussen, das in charakteristischer Weise sowohl die Positionen der Mehrheitsfraktion in der SF zur EU als auch die Art und Weise der von der Partei konzeptionell angestrebten Regierungszusammenarbeit mit der SP beleuchtet.

39 Antorini et al. 1999. Obwohl es ausführlich in der dänischen Tagespresse rezensiert worden ist, blieb der Einfluss des Buches innerhalb der SF offenbar recht gering.

tionale angeschlossene *Sozialistische Arbeiterpartei* (SAP), die in Eigenregie ein Monatsmagazin herausgibt, und zweitens die Reste der VS, die 4 - 6 mal jährlich die Zeitschrift *Solidaritet* herausgeben. Während die Zeitschrift der SAP eher in Stile der klassischen Agitation verfasst ist, bietet *Solidaritet* Texte von hoher inhaltlicher Dichte und Qualität. Die Zeitschrift widmet sich einem breiten Themenspektrum, übersetzt zum Teil wichtige Artikel aus dem Ausland und kommentiert nicht nur die Politik der EL, sondern auch die der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Leider kämpft *Solidaritet* ständig um die Existenz und hat von daher nur beschränkte Ressourcen, die Auflage liegt derzeit bei 750 Exemplaren.

Insgesamt ist es ein Problem der EL-Veröffentlichungspolitik, dass die Partei mit ihr nur ein begrenztes Spektrum von (ohnehin bereits überzeugten?) Unterstützer/innen erreicht. Da die Ausstrahlung der EL noch stärker als die der SF auf bestimmte (soziale) Orte, u.a. die Kopenhagener Subkultur, beschränkt ist, stabilisiert diese Art der Kommunikation die Partei zwar einerseits, begrenzt zugleich aber auch ihre Ausstrahlung.

Die allgemein zugänglichen Web-Seiten der EL, inklusive der Seiten einiger lokaler Organisationsgliederungen und der 2002 gegründeten Jugendorganisation *Socialistisk Ungdoms Front* (Sozialistische Jugendfront, SUF, etwa 500-700 Mitglieder)⁴⁰, könnten das Problem etwas reduzieren (www.enhedslisten.dk), wobei zu untersuchen wäre, ob die Online-Veröffentlichungen, im Zusammenhang mit der generations- und gruppenspezifischen Nutzung solcher Medien, die Selektivität der Wahrnehmung der Partei nicht ebenfalls verstärken. Auf der Homepage finden sich auch Informationen über die Geschichte sowie über wichtige politische Schwerpunkte der Liste in englischer Sprache. Als Nachfolgeprojekt von *Socialisten weekend* wurde, in vielen Fragen der EL nahe stehend, zudem das Online-Projekt www.modkraft.dk (etwa »Gegenwehr«) lanciert, das sich überparteilich und bewegungsorientiert versteht und einen guten Überblick über die Aktivitäten der gesamten dänischen Linken bietet. Als theoretische Online-Zeitschrift erscheint auf »Modkraft« das Magazin *Kontradoxia*.

Die EL verfügt über keinen dem SFOF vergleichbaren Träger von Bildungsarbeit. Ein Schulungsangebot wird deshalb in bescheidenem Rahmen von der Partei selbst organisiert. In einem Kopenhagener Kleinverlag erscheint außerdem die Broschürenreihe *Genmæle* (etwa: »Gegenrede«), die einige der zentralen Themen der EL etwas vertiefend aufgreift.

40 Die den beiden Parteien nahe stehenden Jugendorganisationen SUF (Enhedsliste, www.ungdomsfront.dk) und SFU (*Socialistisk Folkeparties Ungdom*, www.sfu.dk) müßten zukünftig eingehender untersucht werden. Wichtig wäre dies u.a. für die Einschätzung der Verbindung der Parteien zur Antiglobalisierungsbewegung, da diese Beziehung sich wesentlich über die Jugendorganisationen vermittelt.

4.3. Linkssozialistische Parteien in Geschichtswissenschaft und Parteienforschung

Was die akademische Auseinandersetzung mit den Linksparteien betrifft, so ist besonders die Beschäftigung mit ihrer Entwicklung nach 1990 sowohl im internationalen als auch im dänischen Maßstab sehr reduziert.

Über die Geschichte der SF vor 1990 gibt es dagegen einige Veröffentlichungen, auch in deutscher Sprache: Das genaueste und konzeptionell am besten entwickelte deutschsprachige Buch über die SF ist jedoch bezeichnenderweise noch immer das 1969 erschienene von Ursula Schmiederer. In dänischer Sprache erschien zuletzt u.a. im Verlag der im letzten Kapitel erwähnten Zeitschrift *Solidaritet* eine gute Synopse der politischen Strategien von VS, DKP und SAP, den Gründungsparteien der EL.⁴¹ Eine Zusammenfassung der Geschichte der EL, die nicht im Auftrag der Partei selbst verfasst ist, kann auf www.leksikon.org nachgelesen werden.⁴² Der Diskurs über die Geschichte der dänischen linkssozialistischen Bewegung wurde in den letzten zwei Jahren vor allem durch eine Auseinandersetzung mit der stalinistischen Vergangenheit der DKP geprägt. Im Zuge der Übersetzung des »Schwarzbuches des Kommunismus« wurden in fast allen bürgerlichen Tageszeitungen Artikel zu diesem Thema veröffentlicht, vor allem aber in der rechtsorientierten *Jyllands-Posten*, in der Tageszeitung *Berlingske Tidende* und zuletzt in der linksliberalen *Information*. In den entsprechenden Artikelserien aller drei Zeitungen spielen antikommunistische Unter- und Obertöne eine unübersehbare Rolle. Die Angriffe richten sich nicht nur auf die DKP, sondern auch gegen die Neue Linke, der »Solidarität mit totalitären Staaten«, von Vietnam bis Nikaragua, vorgeworfen wird.⁴³

Eine zum Teil marxistisch orientierte Auseinandersetzung mit der Geschichte (und im begrenzten Ausmaß auch der aktuellen Politik) der Linksparteien einschließlich der Sozialdemokratie ist, leider nur recht sporadisch, in der Zeitschrift der Gesellschaft für die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung (*Selskabet til Forskning i Arbejderbevægelsens Historie*, SFAH) dokumentiert. Hier schreiben vor allem Autor/innen aus dem linken Spektrum der dänischen Geschichts- und Sozialwissenschaft wie Klaus Petersen, Nils Finn Christiansen, Morten Thing sowie der in 1.2. erwähnte Søren Kolstrup.

Die *aktuelle Organisationspolitik* von SF und EL ist, wie bereits erwähnt, wenig untersucht. Diese wird bislang lediglich im Kontext von Analysen des Parteiensystems insgesamt thematisiert. Besonders wichtig ist hierfür das Langzeitprojekt der *magtudredning* (»Machtuntersuchung«). Hier arbeiten ei-

41 Dahl 1999.

42 Das Leksikon wird von Albert Jensen betrieben, der VS-Mitglied und bei Solidarität aktiv ist.

43 Eine Kritik an der Stalinismus-Rezeption der dänischen radikalen Linken ist von dem Odenser Professor Bent Jensen verfasst worden: vgl. Jensen 2002.

nige Politologen und Soziologen der dänischen Universitäten zusammen, um die Krise der politischen Parteien, die realen Machtverhältnisse der dänischen Gesellschaft usw. zu erforschen. Angeregt wurde das Projekt Mitte 1997 durch die sozialliberale Koalition. Die Resultate der Forschung werden in dem Verlag der Universität Aarhus herausgegeben. Leiterin der Untersuchungsgruppe, die die meisten Akademiker/innen umfasst, die in Dänemark (soziologische) Parteienforschung betreiben, ist *Lise Togeby*, die ein an Foucaults Governmentalitätskonzept angelehnten Ansatz vertritt.⁴⁴ Zuletzt unternahm der Politologe *Lars Bille* im Rahmen des Projektes eine ausführliche Untersuchung der sozialen Struktur und Verankerung der EL, die von der Partei selbst (und von mir in Abschnitt 4.3.) verwendet wird.⁴⁵

In englischer Sprache sind einige wenige Artikel über den dänischen (und skandinavischen) Linkssozialismus im *Scandinavian Journal of Political Studies* erschienen. Diese Zeitschrift widmet sich vor allem der vergleichenden empirischen Forschung, wobei neben Dänemark, Norwegen und Schweden auch Finnland, Island und die nördlichen Inseln einbezogen werden. Die analytische Tiefe der hier erscheinenden Texte ist meistens eher gering, sie lassen sich von daher in erster Linie lexikalisch und illustrativ benutzen. Bisher habe ich leider keine selbständige ausführliche Studie über die gesamte Politik von EL oder SF seit 1990 gefunden.

5. Ziele und aktuelle Politik der linkssozialistischen Parteien

5.1. Parlamentarische Position der Linkssozialist/innen

Bei der Folketing-Wahl im November 2001 verlor die SF einen Sitz, bei einem Stimmenanteil von etwas mehr als 6%. Sie ist jetzt mit 12 Sitzen im dänischen Parlament vertreten. Die Entwicklung kann durchaus als lang anhaltende Krise der Partei auf der parlamentarischen Ebene gesehen werden. 1987 erreichte die Partei noch 14,6% der Stimmen und 27 Sitze. Seitdem verlor sie, abgesehen von einem leichten Anstieg im Jahre 1998, bei jeder Wahl Stimmen.⁴⁶ Besonders problematisch muss erscheinen, dass das Projekt der SF, sich als alternative »Partei des Wohlfahrtsstaates« zu profilieren, anders als in Norwegen und

44 Durch die Brille dieses Ansatzes können auf der einen Seite zwar Einblicke in die Formen der Integration der Bevölkerung im Rahmen staatlicher Politik erreicht werden, allerdings werden häufig Probleme der Repression und Herrschaft ausgeklammert und manchmal neoliberale Konzeptionen einer »Selbstführung« beworben. Vgl. die Kritik von Müller 2003.

45 Vgl. Bille 2003, siehe auch Abschnitt 4.1.

46 Vgl. Bille 2001, S. 131.

teilweise auch in Schweden, bisher nicht aufgegangen ist. Allerdings wiesen Meinungsumfragen Mitte 2003 darauf hin, dass die SF bei den Folketing-Wahlen ca. 10% der Stimmen erhalten könnte. Diese Entwicklung ist relativ neu und vor allem als Folge der Enttäuschung über die Rechtsregierung zu werten, die ihre sozialen Versprechen bislang nicht einhalten konnte, während zugleich die europäische Rezession auch in Dänemark angekommen ist. Außerdem konnte die SF sich mit ihrer Antikriegshaltung profilieren.⁴⁷ Ob die positiven Meinungsumfragen eine stabile Größe darstellen, ist selbstverständlich unsicher.

Die SF ist in den meisten Regionalparlamenten (*amtsråd*) und Kommunalparlamenten vertreten. Obwohl sie auch bei den Wahlen zu den Lokal- und Regionalparlamenten seit 1989 kontinuierlich an Stimmen verlor, stellt sie nach wie vor den Bürgermeister in einigen Provinzstädten (z.B. Maribo), was aber auch Schwierigkeiten für die Partei mit sich bringt. So haben sich Bürgermeister der SF lokal z.T. an einer Privatisierungspolitik beteiligt, die die Partei »offiziell« und auf zentraler Ebene bekämpft.

Auch die Einheitsliste hat bei den letzten Wahlen auf allen Ebenen an Stimmenanteilen und Sitzen verloren. Sie stellt seit Ende 2001 noch 4 (statt zuvor 5) Abgeordnete im Folketing und kam mit 2,4% der Stimmen recht knapp über die Sperrgrenze von 2%. Allerdings sind die Verluste der EL relativ gering, wenn man bedenkt, dass sie auch 1998 nicht mehr als 2,6% der Stimmen erreicht hat. Bedauerlich ist, dass die EL trotz ihrer vehementen Kritik an der sozialdemokratischen Regierungspolitik Stimmen verlor. Aktuell liegt die Partei bei Meinungsumfragen zwischen 2,4 und 3% der Stimmen, kann sich also gegenüber 2001 bislang nicht wesentlich verbessern.

Wie erwähnt ist Kopenhagen die Hochburg der EL. In einigen Kopenhagener Wahlkreisen (vor allem in den Brückenvierteln) erhielt sie 2001 immer noch ca. 15% der Stimmen, allerdings auch hier mit zum Teil deutlichen Stimmenverlusten. In der Rangliste der EL-Hochburgen folgen Aarhus und Odense mit ca. 4-6% auf kommunaler Ebene. Insgesamt verlor die Partei bei den letzten Regional- und Lokalwahlen, die zeitgleich mit den Folketings-Wahlen stattfanden, fast flächendeckend an Stimmen. In vielen Gebieten Jütlands und der süddänischen Inseln ist die EL nach wie vor so gut wie inexistent.

In Kopenhagen stellt die EL mit *Per Bregengaard* den für Schule und Ausbildung zuständigen Bürgermeister.

47 Vgl. Birke 2003/3.

5.2. Organisatorische Probleme und inhaltliche Schwerpunkte

5.2.1. SF

Kurz nach den letzten Wahlen schlugen nicht nur die Wellen der Empörung über die neue Regierungspolitik hoch, sondern die Linksparteien gewannen auch massiv an Mitgliedern. Zwischen beidem kann ein, kaum zufälliger, Zusammenhang gesehen werden. Die SF hat von 1992 an kontinuierlich an Mitgliedern verloren, die Zahl sank von fast 8000 auf einen Tiefpunkt von etwas mehr als 6000 im März 1998. Nach den Wahlen drehte sich dieser Trend erstmals innerhalb der letzten zehn Jahre. Ob der positive Trend anhält, bleibt abzuwarten. Nachdem die ersten Aktionen gegen die Rechtsregierung mehr oder weniger im Sande verlaufen sind, nimmt auch die Zahl der SF-Mitglieder wieder leicht ab. Im Augenblick hat die Partei etwas mehr als 7000 Mitglieder.⁴⁸ Was in anderen europäischen Ländern zu beobachten ist, scheint, zumindest momentan, auch für Dänemark zu gelten: Der Protest gegen die Rechtsregierung(en) gerät in eine schwierige Phase, wenn er zunächst erfolglos ist und sich dann, jenseits der kurzfristigen Konjunktur sozialer Bewegungen, die durch (scheinbar) externe Ereignisse wie den Irakkrieg ausgelöst wird, konsolidieren soll.

Das Mitgliederprofil der SF hat sich durch die Neueintritte weiter akzentuiert. Die Generation der nach 1970 Geborenen gewinnt laufend an Anteilen und ist überdurchschnittlich repräsentiert. Gleichzeitig behält die Generation der vor 1960 Geborenen eine relativ starke Position, während die Generation der zwischen 1960 und 1970 Geborenen unterdurchschnittlich repräsentiert ist. Der Anteil der weiblichen Mitglieder ist vergleichsweise hoch – er liegt bei 45%, mit steigender Tendenz. Wie auch die meisten anderen (dänischen) Parteien schwankt die SF zwischen dem Konzept der »Mitgliederpartei« und einer marktformigen Propagierung ihrer Inhalte, die vor allem durch die prominenten Folketing-Abgeordneten, allen voran dem Parteivorsitzenden Holger K. Nielsen, vermittelt wird. Grundsätzlich kann zwar gesagt werden, dass die Partei, anders als beispielsweise die Grünen in der BRD, einen gewissen Abstand von den *Spindoctors* gewahrt hat, doch lösten die mediale Lancierung von »Tabubrüchen« wie im Falle der Neudefinition der EU-Politik durch den Parteivorsitzenden oder die Angriffe auf linkssozialistische Positionen durch Christiane Antorini und andere vor der Folketing-Wahl innerhalb der Partei immer wieder Unsicherheit und Unruhe aus.

Nach den vergangenen Wahlen hat sich die parlamentarische Rolle der SF selbstverständlich bedeutend gewandelt: Einer der Schwerpunkte der Partei

48 Zahlen aus: SF 2003/2, organisatorischer Bericht.

ist nunmehr die Kritik an der Regierung, die im Rahmen der Blockpolitik nur wenig Spielräume für die in Dänemark traditionell stark entwickelte Tradition der Kompromisse in Sachfragen zulässt. Dennoch hat die SF versucht, beispielsweise anlässlich der Angriffe der Regierung auf die Gewerkschaften, Kompromisslinien anzubieten. Als im vergangenen Frühjahr ein Eingriff in die tarifliche Regelung der Arbeitszeit durch den Gesetzgeber auf der Tagesordnung stand, versuchte die Fraktion der SF im FT ihren Einfluss in der Gewerkschaftsbewegung geltend zu machen, um die LO-Gewerkschaften zu bewegen, Vereinbarungen über Teilzeitarbeit abzuschließen. Ziel war, der Regierung, die eine Kampagne gegen den »Zwang« führte, der durch die Arbeitszeitbestimmungen ausgeübt würde, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Versuch missglückte und blieb in der laufenden Legislaturperiode eher die Ausnahme.

Im Mittelpunkt der Politik der Fraktion steht die Kritik an der Rechtsregierung. So hat die SF auf ihrer Homepage ein umfangreiches »Sündenregister« der neuen Regierung gesammelt, das Eingriffe in die demokratischen Rechte und Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat dokumentiert. Mit einer an vier Schwerpunkten orientierten Kampagnenpolitik versucht die Partei derzeit außerdem, auch außerparlamentarisch handlungsfähiger zu werden. Die Schwerpunkte dieser Kampagnen sind Ausbildung und Forschung (»Dänemarks Rohstoff«), Globalisierung (vor allem die Kritik an den WTO-Abkommen), Umweltschutz und der Kampf gegen Marginalisierung.

Die Interventionen in den sozialen Bewegungen, die die SF vornimmt, sind zum Teil ambivalent. Insbesondere artikulieren sich in der Position der Partei in der Antikriegsbewegung und im Rahmen der EU-Politik Widersprüche, die auch Gegensätze *innerhalb* der Bewegungen verdeutlichen. Der Abstand der Partei zu den Sektoren der Bewegungen, die u.a. auch die militärische Aufrüstung der EU ablehnen, ist deutlich gewachsen, ein Umstand, der nicht nur das Potenzial hat, diese Bewegungen auseinander zu dividieren, sondern auch für die SF selbst ein Problem ist, da hier ein Balancegang zwischen »Regierungsfähigkeit« und »Bewegungsorientierung« versucht wird, der auch innerhalb der Partei nicht unumstritten ist.

5.2.2. EL

Die EL setzt in gewisser Weise die antiautoritäre Organisationspolitik der VS fort, allerdings in widersprüchlicher Weise, denn ein Teil seiner Mitgliederorganisationen sind Parteien mit einem positiven Verhältnis zu leninistischen Organisationsprinzipien gewesen. Die Dominanz dieser Prinzipien wurde jedoch bis Mitte der 1990er Jahre durch den Bündnischarakter des Projektes reduziert. Zusätzlich vertritt die EL ein regional und sozial relativ begrenztes Spektrum von Mitgliedern. Bis heute ist die EL deshalb die dänische Partei mit der aus-

geprägtsten Form der Basisdemokratie geblieben.⁴⁹ Sie hat keinen Vorsitzenden, sondern ein Leitungskollektiv. Ähnlich wie früher die bundesdeutschen Grünen besitzt sie eine, nach wie vor funktionierende, Rotationsbestimmung, nach der Genoss/innen nach sieben Jahren nicht mehr für den Folketing kandidieren dürfen. Eine ähnliche Regelung gilt für die zentralen Positionen in den Vorständen. Das Rotationsprinzip hat der Partei einige Schwierigkeiten bezüglich der personellen Kontinuität ihres Apparates gebracht, da es einige profilierte Politiker/innen der Partei aus ihren zentralen Positionen entfernt hat. Zugleich hat aber die Folketing-Gruppe der Partei ein großes Gewicht, nicht nur wegen ihrer wichtigen Rolle als Trägerin von Informationen, sondern auch dadurch, dass sie über den weitaus größten und stabilsten Apparat im Rahmen der kleinen Partei verfügt. Konflikte zwischen Folketing-Gruppe und Partei sind damit vorprogrammiert und fast schon an der Tagesordnung. Ein Beispiel ist die Kontroverse über den Farbbeutelwurf auf den Ministerpräsidenten und den Außenminister durch Aktivisten der »Globale Rødder« anlässlich des Beschlusses, dänische Truppen in den Irak zu senden. Der Vorwurf, eine Abgeordnete der EL habe die Aktion ermöglicht, sorgte für einige Aufregung innerhalb der Partei. Länger zurückliegende Beispiele sind die EU-Politik, in der ein Abgeordneter Anfang 2002 eine völlig andere Position als die Partei vertrat, und die Weigerung von zwei Prominenten aus der Fraktion der letzten Legislaturperiode, die vorgeschriebenen Abgaben aus dem Folketing-Honorar an die Partei zu überweisen. Insgesamt muss aber gesagt werden, dass sich die Fraktion der EL im Folketing, auch dank des basisdemokratischen Aufbaus der Partei insgesamt und ihrer relativ unangefochtenen Oppositionsrolle, vergleichsweise wenig verselbständigt hat.

Anders als die SF konnte die EL ihre Mitgliederzahlen seit 1992, damals waren es 1000, kontinuierlich steigern. Zwischen 1998 und 2001 stagnierte die Zahl bei etwa 2000, stieg aber nach den letzten Folketing-Wahlen bis auf 2400 an.⁵⁰ Die *magtudredning* (»Machtuntersuchung«) hat gezeigt, dass die EL die jüngste der dänischen Parteien ist, allerdings weist auch sie einen Altersdurchschnitt von immerhin 44 Jahren auf. Die Wähler der EL sind noch jünger, nämlich im Schnitt 38 Jahre. Der Abstand zwischen Wähler/innen und Mitgliedern ist bei der EL größer als bei anderen Parteien. So sind 59% derjenigen, die für die EL stimmten, Frauen, während nur 38% der Mitglieder, und damit erheblich weniger als bei der SF, weiblichen Geschlechts sind. Überraschend ist, dass ungelernete Arbeiter/innen in der EL stark repräsentiert sind, während der hohe Anteil an Akademiker/innen weniger erstaunt. In der Untersuchung wurde auch festge-

49 EL 2003/3, Satzung.

50 Notat om medlemsundersøgelse, in: www.enhedslisten.dk.

stellt, dass die Mitglieder der EL sich in der Politik der Partei, einschließlich der Fraktion, besser wiederfinden als die Mitglieder anderer Parteien, obwohl die EL-Mitglieder eher als diejenigen anderer Parteien antiautoritäre und »partei-ferne« Ansichten vertreten.⁵¹

Die politischen Schwerpunkte der EL sind stark an den aktuellen Themen der sozialen Bewegungen orientiert. Die Partei versuchte beispielsweise, die »wilden Streiks« gegen das o.g. »Teilzeitgesetz« vom Frühjahr letzten Jahres ebenso nach Kräften zu unterstützen wie das Projekt »Fagligt Ansvar«, das u.a. für einen Erhalt des Wohlfahrtsstaates kämpft. Schließlich hat die EL in den vergangenen Monaten, z.T. durchaus erfolgreich, die Ausbeutung von »Zwangsaktivierten« in privaten Firmen skandalisiert.

Der Kampf gegen die Rechtsregierung steht derzeit auch in der parlamentarischen Arbeit der EL im Vordergrund. Bis zum Februar 2003 legte das Folketing-Sekretariat einen Bericht über die Streichungen von Sozialleistungen, insbesondere in der Altenversorgung vor, die in den Kommunen mit Hilfe der DFP erfolgt sind. In der Reaktion auf diesen Angriff versuchte die DFP, relativ erfolglos, die antikommunistische Karte zu spielen. Wie auch die SF versucht die EL die Rechtspopulisten an einem Punkt anzugreifen, an dem sie sehr schwach sind – an ihrer sozialen Demagogie.

Erwähnt wurden bereits die Versuche, in den Bewegungen gegen den EU-Gipfel und in der Antikriegsbewegung eine Rolle zu spielen. Es ist, zumal von außen, schwer zu beurteilen, inwieweit diese Versuche geglückt sind. Sicher ist jedoch, dass die Dynamik dieser (und anderer) Bewegungen nicht von der EL abhing.

5.3. Theoretische und politische Verordnung

5.3.1. SF

Auf ihrem letzten Landestreffen am 18. Mai 2003 hat die SF ein neues »*principog perspektivprogram*« beschlossen.⁵² Die Partei tritt für einen demokratischen Sozialismus ein, der sich besonders um einen »verantwortlichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen« bemüht und »das Gefälle zwischen der reichen und armen Staaten der Erde reduziert«. In der Tradition der »kulturradikalen Bewegung«⁵³ und eines »undogmatischen Marxismus« strebt die Partei *struk-*

51 Die Informationen über die Mitglieder der EL finden sich auch in: Linjer 2003, S.3.

52 SF 2003/1, die folgenden Übersetzungen aus dem Programm sind von mir. Eine englische Zusammenfassung der »Prinzipien« der SF liegt wie erwähnt auf www.sf.dk.

53 Mit dem Zitat des Begriffes »Kulturradikalismus« schließt die SF an die undogmatische Tradition der skandinavischen Linken in den 1920er Jahren an, als, orientiert an neueren Strömungen in der modernen

turelle Reformen an, die mehr sein sollen als ein »bloßes Reparieren« der derzeitigen Wirtschaftsordnung (zitiert aus Teil 1 des Programms). Der »Weg zum Sozialismus« müsse aber unter der Voraussetzung »freier Wahlen und freier Bildung von politischen Parteien« besritten werden. Die SF tritt weiter für die Demokratisierung des Wirtschaftslebens ein, einschließlich des Rechtes auf Arbeit, für eine Selbstverwaltung (self-management) der Beschäftigten und eine Mischung verschiedener Eigentumsformen. Allgemein will sie »Machtkonzentration reduzieren und dezentrale Entscheidungsstrukturen fördern« (Teil 2.1.).

Das Programm hebt weiter das Ziel der Erringung einer parlamentarischen Mehrheit hervor. Die Partei sei »bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen«. Im Programm wird nicht ausdrücklich erwähnt, es ist aber angesichts der derzeitigen Parteienkonstellation deutlich, dass, bezogen auf dieses Ziel, in erster Linie die SP Bündnispartnerin der SF sein wird.⁵⁴ Wichtige Voraussetzung für die Mitarbeit in der Regierung, so fährt das Programm fort, sei jedoch zugleich die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung, die über das als zu eng definierte Spektrum der Lohnarbeiter/innen hinausgehen und u.a. die Neuen Sozialen Bewegungen einschließen müsse. Endlich sei der Erfolg eines demokratischen und wohlfahrtsstaatlichen Reformprojektes nicht zuletzt von der relativen Stärke der SF im Rahmen einer zukünftigen Koalition abhängig (Teile 2.2.1., 2.2.2.). Ein weiteres zentrales Ziel ist der Kampf um sozialistische Veränderungen im EU-Maßstab, den die SF zusammen mit ihren europäischen Schwesterparteien führen will (Teil 2.2.3.).

Im analytischen dritten Teil des Programms definiert die SF ihren politisch-theoretischen Standpunkt:

1. Der Kapitalismus ist aus Sicht der SF dadurch gekennzeichnet, dass »das Eigentumsrecht der entscheidenden Teile der Produktionsmittel privat« ist (3.1.). Dies ist eine recht klassische Position orthodox-marxistischer Richtungen, die »Sozialismus« als Abwesenheit von »Privateigentum« definieren. Das Problem, das auch der öffentliche Sektor durch die Dynamik des Kapitalverhältnisses geprägt sein kann und eine gesellschaftliche Kontrolle dieses Sektors auch in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten bisher nur bedingt erreicht wurde, wird nicht aufgegriffen. Entsprechend erscheint als zentrales Problem der heutigen westlichen Gesellschaften die »Konzentration ökonomischer Macht« und nicht die Dynamik der kapitalistischen Vergesellschaftung.

Kunst, vor allen an den Surrealismus, eine Rezeption des sowjetischen Filmes, der Befreiung der Sexualität, die Unterstützung von sozialen Kämpfen usw. Zeitschriftenprojekte wie *Monde* (Dänemark), *Clarté* (Schweden) oder *Mot dag* (Norwegen) entstanden, vgl. Harsløf 1997.

54 Dagegen wird in der englischsprachigen Zusammenfassung des Programms ausdrücklich erwähnt, dass die SF zu einer Koalition mit der SP und eventuell auch mit der Radikale Venstre bereit sei, eine Position, die den Entwicklungen der Parteipolitik seit ca. Mitte 2001 mehr entspricht als der Wortlaut des Programms.

2. Der Staat habe »häufig eine unterdrückende Rolle« gegenüber der Gesellschaft gespielt. Er sei, so das Programm, niemals neutral, jedoch durch den »Kampf der sozialen Kräfte« zu beeinflussen. Dies sei allerdings nur im Rahmen eines (parlamentarischen) »demokratischen Systems« möglich, das auch im internationalen Maßstab zu installieren sei. Der zentrale Umdrehungspunkt der Politik der SF ist das Parlament. Der Staat wird als Instrument betrachtet, das es zu nutzen gilt, auch wenn die Voraussetzungen solcher Instrumentalisierung asymmetrisch sind (3.1.1.).

3. Das Arbeitsleben habe sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Die Ansprüche an die Arbeit seien gestiegen. Die Lohnfrage stünde nicht mehr im Mittelpunkt. Durch die neuen Technologien sei die Möglichkeit einer Selbststeuerung in der Arbeit gegeben. Allerdings bestünde auch die Gefahr einer Zerteilung des Arbeitsmarktes (3.1.2., 3.1.3.). In Bezug auf die Organisation der Arbeit betont das Programm der SF die Errungenschaften innerhalb der »neuen Arbeit«. Selbstorganisationsprozesse werden eindeutig positiv gesehen, »Ausbeutung« wird mit »harter, einförmiger Arbeit« assoziiert, die aber durch die Rationalisierungen mehr und mehr verschwindet. Die These, dass die »alte Arbeit« gegenüber der »neuen Arbeit« nur noch residual sei, illustriert einerseits einen traditionellen Begriff des Fortschritts. Zugleich wird die »neue Arbeit« recht einseitig als »Errungenschaft« begriffen, die selbst nicht umkämpft ist.

4. Während die Partei den Wohlfahrtsstaat allgemein als »im Gegensatz zum Marktgedanken« begreift, spricht sie sich doch gegen die Tendenz zur Standardisierung und zu »unflexiblen Lösungen« aus. Im Gegensatz zur Wohlfahrtsstaatskritik der Neuen Linken möchte sich die SF heute als Partei profilieren, die den »Wohlfahrtsstaat der solidarischen Lösungen« repräsentiert (3.2.1.).

5. Ein wichtiger Punkt im Programm ist weiterhin die Kritik an der auch in Dänemark immer noch nicht vollzogenen Aufhebung der »Ungleichheit der Geschlechter«, wie sie an den Lohnhierarchien und der häuslichen Arbeitsteilung deutlich wird (3.2.3). Dieser Punkt ist im Vergleich zu den Ausführungen im Grundsatzprogramm der EL nur sehr kurz skizziert.

6. Im Gegensatz zu früheren Positionen geht es der Partei heute darum, »die Globalisierung zu gestalten« (3.4.). In diesem Zusammenhang wird einerseits konstatiert, dass die Globalisierung der Produktion heute vor allem von »liberalistischen Kräften« geprägt sei, aber durch Menschen geschaffen und deshalb auch durch Menschen verändert werden könne. Diese Diktion hat gleich mehrere einschneidende Folgen. *Sicherheitspolitisch* kritisiert die SF die »Oberherrschaft der USA« (3.4.1.), bekennt sich aber dazu, dass »militärische Eingriffe« in den letzten Jahren auch eine »wesentliche Stärkung der Menschenrechte« bedeutet haben, wenn sie »in der internationalen Demokratie fundiert« gewesen seien. Im selben Zusammenhang hat sich auch eine *europä-*

politische Wende der SF-Politik ergeben. Während die EU bis ca. 1993 als ein neoliberales Projekt definiert wurde, kommt im neuen Programm eine solche Definition nicht mehr vor. Die »Ausweitung des Unionsstaates« wird nicht deshalb skeptisch gesehen, weil sie als solche abgelehnt wird, sondern weil sie »keine Unterstützung in der Bevölkerung« habe (3.4.2.). Neben der Vereinigung Europas durch die Einbeziehung der osteuropäischen Staaten (3.4.4.) wird auch gefordert, dass die EU sich zum »ökonomischen und politischen Gegenspieler« der USA entwickeln solle (3.4.3.).

Diese Positionen zur EU sind innerhalb der SF durchaus nicht unumstritten, es ist aber zu befürchten, dass sie durch eine eventuelle Beteiligung an einer sozialdemokratisch geführten Regierung eher gestärkt als geschwächt würden.⁵⁵

Im vierten Teil des Programms werden die eingangs skizzierten strategischen Positionen nochmals etwas detaillierter ausgeführt.

Charakteristisch für das Programm der SF ist einerseits, dass es den Positionen der traditionellen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie durchaus nahe steht. Damit sind weniger die Teile des Programms angesprochen, die eine »Modernisierung« beinhalten, die eher im Kontext der Diskussion innerhalb der Partei in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre entstanden sind. Der Begriff des Fortschritts, die Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie und zum Wohlfahrtsstaat, das instrumentelle Verhältnis zu staatlichen Institutionen gehören dagegen in der Tat zum Erbe der Arbeiterbewegung. Obwohl sicherlich auch dieses Erbe nicht unproblematisch ist, ist zu bemerken, dass sich Widersprüche in der SF-Politik in Zukunft möglicherweise an der Frage festmachen werden, ob eine »traditionelle« oder eine »moderne« sozialdemokratische Politik bevorzugt wird.

Insgesamt ist das Programm der SF recht kurz, es lässt viele Fragen offen, auch entscheidende der aktuellen dänischen (und europäischen) Politik. Bemerkenswert ist beispielsweise, dass eine genaue Auseinandersetzung mit der Politik der DFP fehlt, ebenso wie die Probleme des Rassismus und der Migration nur ganz am Rande angeschnitten werden, was angesichts ihrer Bedeutung im Diskurs der dänischen Öffentlichkeit irritiert. Wie die SF dieses kontroverse Thema diskutiert, wird damit zu einer »Tagesfrage« gemacht. Relativ klar äußert sich das Programm dagegen zu Fragen der Regierungsbeteiligung und – jedenfalls zum Teil – bezüglich der EU- und der internationalen Politik.

55 Nachdem Holger K. Nielsen öffentlich erklärt hat, unter o.g. Voraussetzungen ein EU-Militär nicht mehr prinzipiell abzulehnen, hat z.B. die Jugendorganisation der SF auf ihrer Homepage eine abweichende Erklärung veröffentlicht. - Erklärung der SFU vom 18.5.2003: »Die SFU ist gegen ein EU-Heer«, siehe www.sfu.dk. Auch die Position zur EU ist ausgesprochen kontrovers. Mindestens bis 2001 war die Mehrheit des Hauptvorstandes der SF eindeutig gegen eine Ausdehnung und Vertiefung der EU eingestellt, vgl. Berlingske Tidende, 21.10.2001.

5.3.2. EL

Das auf dem 14. Landestreffen Ende Februar 2003 beschlossene Grundsatzprogramm der Einheitsliste ist wesentlich detaillierter als das Programm der SF. Auf einer ganz allgemeinen Ebene ähneln sich die Zielsetzungen der beiden Linksparteien: »Das Ziel der Einheitsliste ist eine Welt, die auf Solidarität baut (und auf) gleiche Bedingungen für alle, und wo die freie Entwicklung des Einzelnen Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Abschnitt 1).⁵⁶ Allerdings plädiert die EL für die »Notwendigkeit eines Bruches« mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Der Begriff des Klassenkampfes, erweitert um Konflikte in der Reproduktionssphäre, die Betonung des Geschlechterkonflikts usw., ist nach wie vor eine zentrale Kategorie in der Analyse der Partei. Eine weitere zentrale Kategorie ist der Begriff des »Neoliberalismus«, den die EL im Gegensatz zur SF als Projekt beschreibt, welches die zentralen institutionellen Veränderungen der internationalen wie der dänischen Gesellschaft der letzten Jahre bestimmt habe - eine bedeutende Differenz, da sie u.a. Implikationen für die Einschätzung der EU hat.

Nicht zufällig widmet sich das Programm in seinem ersten inhaltlichen Abschnitt dem »globalen Kapitalismus«. Die EL sieht sich, anders als die SF, als Teil einer Bewegung, die den globalen Markt nicht in erster Linie regulieren, sondern die Ausbreitung desselben stoppen will. Die »globale Expansion« wird als Antwort auf die Krisentendenzen des kapitalistischen Systems gesehen, die historisch keineswegs neu seien, wobei das Programm jedoch keine eigentliche Krisentheorie formuliert. Die Expansion des Weltmarktes stärke vor allem die transnationalen Konzerne und sei deshalb mit einer allgemeinen Entdemokratisierung verbunden. Anders als die SF formuliert die EL einen Zusammenhang zwischen dieser Entwicklung und der Umstrukturierung der militärischen Apparate. Die NATO und ihre neuen strategischen Konzeptionen werden als »eine Art militärischer Überbau« der Globalisierung bezeichnet.⁵⁷ Die Globalisierung, so fährt das Programm fort, bedeute zwar nicht das völlige Verlassen des nationalen Terrains, jedoch sei die Antiglobalisierungsbewegung in ihren verschiedenen Schattierungen und die internationale Zusammenarbeit zwischen linkssozialistischen und revolutionären Parteien unbedingt zu verstärken.

Wie bei der SF die Idee der »Strukturreformen«, so kann bei der EL die Vorstellung von »Teilkämpfen, die das System herausfordern« als zentral betrachtet

56 EL 2003/1. Die Zitate aus den verschiedenen Abschnitten des Programms, die von mir übersetzt worden sind, werden im Folgenden nicht mehr im Einzelnen nachgewiesen.

57 Dies ist eine Position, die in der SF zumindest stark umstritten ist, während in der norwegischen Schwesterpartei SV der NATO mittlerweile die Funktion der »Eindämmung« der US-Dominanz zugesprochen wird.

werden. Im abschließenden Teil des zweiten Abschnittes wird gezeigt, wie sich solche »Teilkämpfe« gegenüber den verschiedenen Institutionen der Globalisierung, wie IMF, WTO, Weltbank, aber auch gegenüber ILO und NGO's usw. verhalten könnten. Die Institutionen der Globalisierung sollen nach Auffassung der EL zurückgedrängt und durch ein »anderes System internationaler Zusammenarbeit« ersetzt werden. Dagegen sollten nach Auffassung der Liste die NGO's gestärkt werden, ohne dass es zu einer Aufgabe der Zentralität lokaler und überregionaler sozialer Auseinandersetzungen kommt.

Im dritten Teil des Programms formuliert die EL sodann ihre Position zur EU. Die Überschrift des Abschnittes »Ein europäischer Superstaat« gibt bereits die Tendenz an, die allerdings spätestens seit den Äußerungen des Folketing-Abgeordneten Keld Albrechtsen zur »Reformierbarkeit der EU« unmittelbar nach der letzten Wahl nicht mehr völlig unumstritten ist. Die EU, so heißt es im ersten Satz des Abschnittes, sei gegründet worden, um »Europa dem globalen Liberalisierungsprojekt des Kapitals zu öffnen«. Es bestünde die Gefahr, dass eine neue »Supermacht« neben und in Konkurrenz zu den USA entstünde, wobei es für die Linke keine (militärische oder politische) Positionierung auf einer der beiden Seiten geben dürfe. Gleichzeitig sieht die Partei jedoch eine Dialektik zwischen der Zusammenarbeit und der Feindschaft der beiden Blöcke. Hart ins Gericht geht der Programmtext mit den »Illusionen, dass der EU-Staat als Instrument der Regulierung des trans- und multinationalen Kapitals« gebraucht werden könne. Schließlich wird darauf hingewiesen, dass die Einbeziehung eines Teiles der osteuropäischen Länder in die EU die Ursache in dem Wunsch habe, »diese Länder als Investitionsobjekte für das westeuropäische Großkapital zu sichern«. Während proeuropäische Gruppen des »Europa-Nationalismus« bezichtigt werden, enthält das Programm allerdings so gut wie keine Hinweise auf die Bedeutung des wachsenden rechten und rechtspopulistischen Widerstandes gegen die EU, wie überhaupt eine gründliche Analyse der Bedeutung des Rechtspopulismus bei der EL im Programm ebenso fehlt wie bei der SF. Insgesamt betont die EL die Notwendigkeit des »Zurückdrängens« und der »Auflösung« der EU. Bündnispartnerinnen der EL sind nach wie vor die EU-kritischen Bewegungen in Dänemark, vor allem die »Volksbewegung gegen die EU«.

Im vierten Abschnitt des Programms wird eine recht ausführliche Analyse der Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse in Dänemark gegeben. Anders als die SF betont die EL hier nicht nur die wachsende Bedeutung der »neuen Schichten«, sondern auch die nach wie vor wichtige Rolle der Industriearbeiter/innen, deren Anliegen nicht vernachlässigt werden dürften, auch wenn sie nur noch 20% der aktiven Lohnarbeiter/innen darstellen. Die EL hebt zugleich die Notwendigkeit der Solidarisierung mit den Erwerbslosen und »Zwangsaktivierten« und den Zusammenhang der Erwerbslosigkeit mit der Entwicklung

der Arbeitsverhältnisse insgesamt hervor. Wie auch im Programm der SF, fehlt bei der EL eine Analyse der Reformen der Arbeitsorganisation. Ebenso fehlt eine umfassende und kritische Analyse des Wohlfahrtsstaates. Die rigide Politik gegenüber Erwerbslosen wird nicht als Teil der Aushöhlung desselben definiert. Als Schwächen des öffentlichen Sektors werden vor allem seine Bürokratisierung und Entdemokratisierung benannt, während zugleich auf den grundlegend »demokratischen« und »dekommodifizierenden« Charakter des Wohlfahrtsstaates gesetzt wird. Ziel sei demnach die Verteidigung und der Ausbau des historisch bereits in der Form von »universalistischen Prinzipien« und »sozialen Bürgerrechten« bestehenden Wohlfahrtsstaates.

Im fünften Abschnitt geht es ausführlich um die Bedeutung des Kampfes der Frauenbewegung sowie der Schwulen- und Lesbenbewegung. Bemerkenswert ist, dass die EL nicht in der Kritik des Rollback der letzten Jahre stehen bleibt, sondern dass formuliert wird, dass es das Problem der männlichen Dominanz auch in der eigenen Organisation anzugehen gelte. Im Abschnitt über die Bedeutung der Schwulen- und Lesbenbewegung wird schließlich betont, dass es nicht ausreiche, das Recht gleichgeschlechtlicher Paare auf Eheschließung durchgesetzt zu haben, sondern dass das Ziel viel grundlegender die freie Wahl der Lebensformen und der sexuellen Orientierung sein müsse.

Im sechsten Teil werden die langfristigen Ziele formuliert, für die die Organisation eintritt. Hier wird vergleichsweise ausführlich entwickelt, wie eine sozialistische Gesellschaft der Zukunft beschaffen sein müsse. Die Rolle der Partei im Staatssozialismus wird in diesem Zusammenhang in aller Deutlichkeit als Verselbständigung kritisiert. Dagegen wird das Modell einer Rätedemokratie gesetzt. Das Problem der Demokratisierung werde mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht gelöst, sondern erst auf die Tagesordnung gesetzt.

Diesen Vorstellungen entsprechend definiert die EL im abschließenden siebten Abschnitt des Programms ihr Verhältnis zu den sozialen Bewegungen, die sie »inspirieren« und »entwickeln«, aber nicht dominieren will. Die Bedeutung der Parlamentsfraktion wird vor allem in ihrer Rolle als Förderin der sozialen Bewegungen gesehen. Die Konflikte um diese Rolle, die in den letzten Jahren immer wieder aufgetaucht sind, bleiben im Programm unerwähnt.

In einer weiteren programmatischen Erklärung des Landestreffens⁵⁸ wird zugleich festgehalten, dass die EL zwar die Politik der SP in der letzten Legislaturperiode als Teil des neoliberalen Projektes kritisiert, allerdings gegebenenfalls durchaus auch bereit ist, eine »Linksregierung« zu tolerieren, wenn diese von der alten Politik wirklich abrückt. Allerdings formuliert die EL auch, dass

58 EL 2003/2, »Der Kampf gegen die Fogh-Regierung«.

sie in keinem Fall als »Sicherheitsnetz einer SP-Regierung« betrachtet werden will und dass ihre Loyalität bei den sozialen Bewegungen liege.

Ähnlich wie das Programm der SF weist auch das der EL einige Lücken auf: Ein ökologisches Profil ist wenig erkennbar, hierzu soll bis zum nächsten Jahrestreffen ein Text erarbeitet werden. Eine politische Analyse der Bedeutung des (europäischen) Phänomens der Rechtsentwicklung fehlt weitgehend. Der Problematik des Widerspruchs zwischen der »Zentralität der Arbeiterklasse« und der Bedeutung von Konflikten/Kämpfen in der Gesellschaft insgesamt, die der politischen Konstellation immanent ist, die die EL repräsentiert, scheint zum Teil ausgewichen worden zu sein, indem man einfach beides betont.

6. Schlussbemerkung: Das »dänische Modell« und die Linksparteien

Die in den letzten beiden Abschnitten gegebene Analyse der Organisationsstrukturen und Programme der beiden dänischen Linksparteien ist noch unvollständig. Sie müsste ergänzt werden: einerseits durch Befragungen von Mitgliedern, Aktivist/innen und Funktionären der Parteien, um der »Außensicht«, die wesentlich durch eine Zusammenfassung von Wahlergebnissen, Mitgliederzahlen und Kampagnen strukturiert ist, eine »Innensicht« entgegengesetzten zu können. Andererseits wäre der Frage nachzugehen, welche Ausstrahlung einzelne der vorhandenen Interventionen und »Einstiegsprojekte« der Parteien hatten. So könnte etwa die Wirksamkeit der Gesundheitskonferenz der SF oder der kommunalpolitischen Ansätze der EL exemplarisch analysiert werden.

Auf der Grundlage der bisher analysierten Materialien können gleichwohl erste Schlüsse gezogen werden, die wenigstens einige der Widersprüche aufgreifen, in denen sich sowohl die parlamentarischen als auch die außerparlamentarischen Aktivitäten der Linksparteien bewegen. Hierzu will ich zusammenfassend drei Aspekte betonen.

1. Der Widerspruch zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Orientierung

Sowohl SF als auch EL sind, jedenfalls als Ausgangspunkt, »Bewegungsparteien« gewesen. Auch heute noch sind beide Parteien, trotz ihrer verschiedenartigen Konzeptionen, an Möglichkeiten und Grenzen gebunden, die von dem augenblicklichen Stand der Aktivitäten, aber auch der Entwicklung von Kontinuität und Interventionsfähigkeit der sozialen Bewegungen abhängen. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil beide für sich in Anspruch nehmen, als Katalysator der sozialen Bewegungen im politischen System Dänemarks zu wirken. Daraus folgt, dass der Verdinglichung und Personifizierung der Parteipolitik, wie sie zuletzt vor allem im Folketing-Wahlkampf 2001 zum Ausdruck gekommen ist,

nicht nur, was den Aufwand an Ressourcen betrifft, sondern auch ausgehend vom eigenen Anspruch, innerhalb der Linksparteien relativ enge Grenzen gesetzt sein sollten. Gegenüber der Medialisierung der Parteien ist also Skepsis geboten (und sie wird auch formuliert), andererseits ist dem Problem aber nur sehr bedingt überhaupt auszuweichen. Denn die öffentliche Präsenz auch der Linksparteien ist davon abhängig, dass sie an öffentlichen Diskursen teilnehmen, die in Dänemark wie überall in Europa in den vergangenen Jahren mit einigen demokratischen und humanistischen Selbstverständlichkeiten aufgeräumt haben. Eine Erweiterung des Wähler/innen/potenziales scheint insbesondere davon abhängig zu sein, inwieweit es SF bzw. EL hier gelingt, glaubwürdige Alternativen darstellen zu können. Sowohl SF als auch EL sind von den außerparlamentarischen Bewegungen in den letzten Jahren häufig wegen der Kompromisse, die sie als Parteien oder einzelne ihrer Vertreter/innen beispielsweise im Diskurs über den dänischen Nationalismus oder die Flüchtlingspolitik gemacht haben, kritisiert worden. So ist beispielsweise die »Eintrittskarte« für eine Teilnahme an einer Debatte über »kreative Lösungen des Ausländerproblems« in der Jyllands-Posten selbstverständlich damit verbunden, dass das Problem als solches überhaupt anerkannt wird. Nur selten gelingt es, in einem solchen Rahmen den Diskurs grundsätzlich infrage zu stellen. Das ist aber gerade das Problem: Ein Bruch mit dem hegemonialen Diskurs der Rechten ist nur möglich, indem man seine Grundlagen infrage stellt.

Aber das Problem der Vermittlung/Kommunikation in der bürgerlichen Öffentlichkeit einerseits und in/gegenüber den sozialen Bewegungen andererseits ist keine Einbahnstraße.

Denn auch die sozialen Bewegungen in Dänemark sind bis zu einem gewissen Grade tatsächlich von der Aktivität der Linksparteien in den Parlamenten abhängig, die sie als Relais von Informationen in beide Richtungen benötigen und auf deren materielle Möglichkeiten sie häufiger zurückgreifen. Der Widerspruch zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Orientierung führt aus diesem Grunde zu Spannungen, die nicht nur in den Parteien selbst, sondern auch in den Bewegungen ausgetragen werden. Das Problem wird besonders deutlich anhand der Frage nach der Beteiligung der Linksparteien an Regierungen. Wenn ein SF-Bürgermeister für eine Privatisierung kommunaler Aufgaben eintritt, wird dies nachvollziehbarerweise sofort zu einem Problem für die Glaubwürdigkeit der Politik der Gesamtpartei, die »offiziell« gegen eine weitere Privatisierung öffentlicher Güter eintritt. Das Problem wird durch die Verknappung der kommunalen Ressourcen durch die Zentralregierung weiter verschärft.

Eine Regierungsbeteiligung führt, in welcher Form auch immer, dazu, dass die Kämpfe um die gesellschaftlichen (kommunalen, regionalen, zentralen) Ressourcen in den Linksparteien selbst akzentuiert werden. Die Alternative

»partizipatorischer Haushalte« ist auch in Dänemark noch kaum diskutiert, jedoch hätten sie in der gegenwärtigen Kräftekonstellation unter Umständen lediglich den Abbau sozialer Ansprüche zu verwalten. Tatsächlich wäre eine solche Alternative nur unter der Voraussetzung einer kontinuierlichen Mobilisierung von emanzipatorischen Forderungen eine realistische Option. Eine Kontinuität, die sich derzeit in Dänemark trotz des Aufschwungs der sozialen Bewegungen noch nicht abzeichnet.

2. Der Widerspruch zwischen der antiemanzipatorischen Struktur des Sozialstaates und dem Wunsch nach seiner Verteidigung

Das Zurückschrauben sozialer Ansprüche ist in Dänemark, wie überall in Skandinavien, entscheidend über die Politik des Staates vermittelt. Die Linksparteien kämpfen gegen dieses Zurückschrauben – die Beispiele, die hierfür genannt werden können, sind mehr als reichlich – von dem Angriff der sozial-liberalen Regierung auf die Vorruhestandsregelung im Jahre 1998 bis zu den jüngsten Kürzungen des Arbeitslosengeldes (*Dagpenge*) im Haushaltsansatz der Rechtsregierung für 2004. Das Problem ist hier nicht nur, dass viele der Kämpfe für »den Erhalt des Sozialstaates« nicht erfolgreich gewesen sind. Wenn die SF in ihrem Alternativhaushalt für 2004 betont, dass der dänische Sozialstaat gut und erhaltenswert sei, begibt sich die Partei bereits in die »Brennnesseln des Sozialstaates«, von denen Marco Revelli vor einigen Jahren gesprochen hat. Denn der, auch international, mystifizierte »universalistische Wohlfahrtsstaat« hat immer auch bereits ein ausgrenzendes Element enthalten. Das »skandinavische Modell« ist nicht aus der blauen Luft heraus oder am Schreibtisch von Staatssekretären entstanden. Die Expansion des Sozialstaates und der öffentlichen Dienstes war gerade in Dänemark von Anfang an mit zum Teil heftigen sozialen Kämpfen verbunden, ein Umstand, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann. Verwiesen werden soll nur auf den Zusammenhang zwischen dem Massenstreik von 1956 und der Introdution der Volksrente (*Folkepension*). Allerdings ist der Sozialstaat ein historischer Kompromiss nicht im naiven Sinne des Wortes, also keine summarische Zusammenfügung von »Klasseninteressen«. Er ist im Gegenteil die Vergegenständlichung dieser Interessen, aber als solche wuchs und wächst er den Interessenten beständig über den Kopf. Zugleich kam der Kompromiss des »dänischen Modells« seit den 1950er Jahren wesentlich auf der Geschäftsgrundlage einer produktivistischen Orientierung zustande, die auch von den verschiedenen Fraktionen der dänischen traditionellen Arbeiterbewegung geteilt wurde. Die Beseitigung der Armut hielt man dort für ein Problem, dem mit technischen und administrativen Mitteln beizukommen sei. Voraussetzung sei allerdings, dass alle Staatsbürger bereit seien, an der Aufrechterhaltung, gegebenenfalls der Neuzusammensetzung und Rationierung des Arbeitskräftepotenzials mitzuwirken. Die Aufgabe

der Sozialpolitik war deshalb in erster Linie, die Qualifizierung dieses Arbeitskräftepotenzials angesichts des augenblicklichen, immer schon international definierten, Verwertungsmodus zu gewährleisten.

Dabei waren die Grenzen dessen, was an sozialer Gleichheit in diesem Zusammenhang möglich war, in Skandinavien bis in die 1970er Jahre hinein außerordentlich weit. Mit dem Ende des Booms wurden sie jedoch neu bestimmt, dabei blieb die Logik des Produktivismus erhalten. In der Konsequenz waren die Maßnahmen, die zu seiner Aufrechterhaltung seit den 1980er Jahren in Dänemark eingeleitet wurden, durchaus auch im europäischen Maßstab drastisch, denn sie hatten innerhalb der Gesellschaft eine besondere Legitimität. Nicht zufällig ist, dass, was in der Bundesrepublik angesichts der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und in Zusammenhang mit den verschiedenen Stufen der Hartz-Konzepte aktuell diskutiert wird, in Dänemark bereits seit Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich und im weitgehenden Konsens aller Parteien, von der EL abgesehen, entwickelt wurde.

Überhaupt ist der Begriff des »aktivierenden Sozialstaates«, mit seiner Denunziation von (lohn)arbeitsfreiem Einkommen, zuerst in Ländern mit »starkem Sozialstaat« geprägt und gefüllt worden. Seine Grundlage ist die Aufteilung der Bevölkerung in verschiedene Art von »Klientel«, wobei zwischen »berechtigtem« (Rentner/innen) und »unberechtigtem« Sozialeinkommen (Arbeitslose, Flüchtlinge) unterschieden wird. Eine Konsequenz ist, neben der Installation eines Billiglohnsektors und von erzwungenen prekären Arbeitsverhältnissen, dass die Existenzberechtigung eines Teiles des Klientel schlicht bestritten wird. Dies gilt aktuell in Dänemark vor allem für Flüchtlinge, deren zynisch »Starthilfe« genanntes Einkommen nicht mehr als existenzsichernd bezeichnet werden kann. Die Aufteilung in »berechtigte« und »unberechtigte« Arme birgt aber die Selbsterstörung des »universalistischen« Prinzips, da ja seine Substanz gerade in der Durchsetzung von Rechten besteht, die unabhängig sein müssen von der staatlichen Zuteilung eines Anspruches. Dieser Widerspruch des »Universalismus« nimmt besonders in den skandinavischen Staaten zuweilen groteske Formen an. Die Verwunderung über die dänische Politik, die einerseits tief von den Idealen der Aufklärung durchdrungen ist und andererseits zu den im europäischen Maßstab härtesten Maßnahmen gegen Flüchtlinge greift, hat ihre Grundlage in diesem Widerspruch.

Dabei ist es eine Banalität, wenn konstatiert wird, dass der Abbau von sozialen Rechten auf lange Sicht die gesamte Bevölkerung betrifft, auch wenn sich ein großer Teil derselben mit diesem gegen einzelne Gruppen gerichteten Abbau identifiziert. Der Rechtspopulismus hat genau hier seine Basis: Die DFP brüstet sich seit ihrem Aufstieg zur »verantwortlichen Partei« kontinuierlich damit, dass sie die »Einsparungen bei den Flüchtlingen« für Verbesserungen für dänische Staatsbürger verwendet habe. Das repressive Moment, das der

Aufspaltung der Staatsbürger in »Klientel« und der Ablösung von Gerechtigkeit durch Marktförmigkeit innewohnt, wird hier mehr als deutlich.

Zurück zu den Linksparteien: Es ist durchaus nicht so, dass SF und EL keinerlei Kritik am dänischen Sozialstaat formuliert haben. Im Gegenteil, sie stehen ja geradezu in einer Tradition der »staatskritischen« und damit auch »sozialstaatskritischen« Linken, die besonders in der SF und der VS bis in die 1980er Jahre wichtige Bastionen innehatte. Auch heute kritisiert die SF durchaus bürokratische Strukturen und Entmündigung, die in den sozialen Systemen zu finden sind. Ebenso haben beide Linksparteien die »Auswüchse« der Aktivierungspolitik kritisiert. Die EL hat darüber hinaus an der sehr interessanten, vor allem von der »Landesorganisation der Langzeitarbeitslosen« getragenen, Kampagne gegen das Projekt intensiv mitgewirkt. Dennoch ist die Ambivalenz einer »Verteidigung des Sozialstaates« und der Tatsache, dass es die diesem Sozialstaat eigenen Mechanismen sind, die seine Zersetzung bewirken, auch innerhalb der Linksparteien nicht aufgeklärt. Die Forderung nach einer existenziellen Absicherung aller in Dänemark lebenden Menschen scheint utopisch, nicht nur, weil sich niemand vorstellen kann, wie eine politische Konstellation zustande kommen könnte, die eine solche Forderung unterstützt. Weniger utopisch scheint auf den ersten Blick die Forderung zu sein, das »universalistische« Prinzip des dänischen Wohlfahrtsstaates ernst zu nehmen und eine echte »De-kommodifizierung« (Esping-Andersen) zu fordern. Das Versprechen *sozialer Rechte unabhängig von der Stellung im Verwertungsprozess*, wie es auch in den universalistischen Anspruch des Wohlfahrtsstaates eingeschrieben ist, müsste zu diesem Zwecke neu verhandelt und ausformuliert werden. Für diesen Aushandlungsprozess wäre es von großer Bedeutung, wenn ein Zusammenhang nicht nur zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung formuliert, sondern auch die Forderungen der verschiedenen Segmente der sozialen Bewegung aufeinander bezogen würden. Die Bewegung gegen die Rechtsregierung vom Frühjahr vergangenen Jahres war hierfür ein hoffnungsvoller Anfang. Es wäre zu wünschen, dass sie nicht Strohfeuer bleibt.

3. Der Widerspruch zwischen lokaler und globaler Politik

Merkwürdigerweise wird der Rechtspopulismus immer noch für ein lokales Phänomen gehalten, obwohl er leider ebenso wie die jüngsten sozialen Bewegungen eine, im Grunde sehr sichtbare, europäische Agenda hat. Die Hamburger Erfahrung mit diesem Problem, insbesondere nach dem Abgang des Parteichefs der »Rechtsstaatlichen Offensive«, ist ähnlich. Was der Hamburger Lokalkolorit mit der Politik von »New Labour« auf Bundesebene zu tun haben könnte, war Freund/innen aus anderen Regionen in der Bundesrepublik oft nur schwer zu vermitteln, ebenso wenig wie deutlich gemacht werden konnte, dass »das Problem« nicht verschwunden ist, seitdem Schill nicht mehr Innensenator ist.

Ein Grund für diese merkwürdige Interpretation ist, dass die neuen Rechtsparteien in anderen europäischen Ländern eine auf den Nationalstaat bezogene (und in der BRD eine auf die föderale Struktur bezogene) Agenda haben. Auch der Widerstand gegen den Rechtspopulismus an der Macht bezieht sich demnach vorrangig auf entweder lokale (Schill) oder, wie im Fall Dänemarks oder Norwegens, »nationale« Themenfelder. Eine Schwierigkeit ist vor diesem Hintergrund, dass im Kontext dieser Themenfelder die Bedeutung des Rechtspopulismus gar nicht richtig zu erkennen ist. Auch hierin liegt ein Grund für das Unvermittelte der jüngsten sozialen Bewegungen: Wer gegen Fogh Rasmussen in seiner Eigenschaft als Staatsminister demonstrierte, tat dies vor dem Hintergrund, grob gesagt, der Sozialkürzungen in Dänemark. Wer gegen denselben Fogh Rasmussen in seiner Eigenschaft als Verantwortlicher für den EU-Gipfel demonstrierte, tat dies vor dem Hintergrund einer scheinbar komplett anderen Tagesordnung.⁵⁹

Das europaweite Programm der neuen Rechten besteht darin, dass sie mit dem Universalismus des Wohlfahrtsstaates, also in der Substanz mit dem erkämpften historischen Kompromiss der Nachkriegsepoche, aufräumen will. Dies wäre nichts eigentlich Neues. Auch die neoliberalen Regierungen der 1980er Jahre hatten dieses Vorhaben, und sie hatten es weit deutlicher auf ihrer Agenda als die rechten Regierungen heute. Auch die Tatsache einer »rechten Hegemonie« ist schon analysiert – und die Beschäftigung der politischen Linken mit diesem Phänomen ist angemahnt worden –, als Stuart Hall und andere Anfang der 1980er Jahre den Thatcherismus in Großbritannien untersucht haben. Das Neue ist, dass die neueste Rechte, ebenso übrigens wie »New Labour«, das Scheitern des Thatcherismus in ihre Überlegungen mit einbeziehen. In der Konsequenz argumentieren sie, ganz im Gegensatz zum Universalismus, für eine Art »chauvinistischen Wohlfahrtsstaat«. Die Stärke dieser Argumentation besteht darin, dass sie immanent ist. Sie arbeitet sowohl mit den Fortschritten, die die neoliberale Individualisierung überall erreicht hat, als auch mit den Vorbehalten gegenüber dieser Individuation. Nicht zufällig sind Länder, in denen sich der »dritte Weg« tatsächlich am weitesten entwickelt hat, »Modelle« dieser politischen Richtung: Österreich, Dänemark und Norwegen.

Es handelt sich also, ironischerweise, beim Rechtspopulismus um eine »universale« Strömung, die anschlussfähig ist an die Prinzipien konservativer wie sozialdemokratischer Eliten (aus denen sie sich im Übrigen, abgesehen von Desperados wie Schill oder Fortyn, tatsächlich rekrutiert!). Vorläufig kann

59 Das Bild von der Trennung der »nationalen« von der »internationalen« Agenda wurde von der internationalen Presse während des EU-Gipfels in Kopenhagen im Dezember 2003 sehr hübsch reproduziert: Rasmussen wandelte sich abrupt von einem Mr. Hyde (»Chef des rassistischen Dänemark«) zum Dr. Jekyll (»Vater der europäischen Einigung«).

nur der Vorschlag dagegengesetzt werden, dass sich die politische Linke mit den Implikationen tatsächlich ernsthaft beschäftigt. Hoffnung macht, dass die Voraussetzungen für eine solche Ernsthaftigkeit tatsächlich vorliegen. Auch in Dänemark: Die Kämpfe, die gegen Rasmussen und Kjærsgaard geführt werden, haben deshalb eine wichtige Bedeutung, auch im internationalen Zusammenhang.

Literatur

Sekundärliteratur

- Antorini, Christiane/ Dahl, Henrik/Goldschmidt, Lars/Reiermann, Jens/Wenneberg, Signe (1999): *Borgerlige ord efter revolutionen*, Kopenhagen. = [Bürgerliche Worte (oder deutliche Worte) nach der Revolution].
- Bille, Lars (2001): *Fra valgkamp til valgkamp. Dansk partipolitik 1998-2001*, Kopenhagen. = [Von Wahlkampf zu Wahlkampf. Dänische Parteipolitik 2001].
- Bille, Lars (2003): *Partiernes medlemmer, Magtudredningen*, Kopenhagen. = [Die Mitglieder der Parteien, Machtuntersuchung].
- Bryld, Claus/Rasmussen, Hein Søren (2003): *Demokrati mellem fortid og fremtid*, Kopenhagen. = [Demokratie zwischen Vergangenheit und Gegenwart].
- Brie, Michael (Hrsg.) (2003): *Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien*. Internationaler Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Manuskripte 41), Berlin.
- Callesen, Gerd (1992): *Foreign Language Literature on the Nordic Labour Movements/Fremdsprachige Literatur über die nordischen Arbeiterbewegungen*, redigiert von Marianne Bagge Hansen, Kopenhagen.
- Christiansen, Nils Finn (1996): *Fagbevægelsens historie*, FIU, København. = [Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung].
- Dahl, Ernst (1999): *Venstrefløjens lange march. Politiske strategier på venstrefløjens – DKP, SAP og VS*, Kopenhagen. = [Der lange Marsch der radikalen Linken. Politische Strategien der radikalen Linken].
- Dahlerup, Drude (1998): *Rødstrømperne. Den danske rødstrømpebevægelsens udvikling, nytænkning og gennemslag 1970-1985* (bd. 1-2), Kopenhagen. = [Entwicklung, Neuorientierung und Durchbruch der dänischen feministischen Bewegung («Rotstrümpfe»)].
- Esping-Andersen, Gøsta (1985): *Politics against Markets. The Social Democratic Road to Power*, Princeton.
- Esping-Andersen, Gøsta (1989): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, London.

- Engelbreth Larsen, Rune (2001): Det nye højre i Danmark, København. = [*Die neue Rechte in Dänemark*].
- Finnemann, Niels Ole (1985): I Broderskabets Aand; Den socialdemokratiske arbejderbevægelsens idéhistorie 1971-1977, København. = [*Im Geiste der Brüderlichkeit. Die Ideengeschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung*].
- Frenzel, Martin (2002): Neue Wege der Sozialdemokratie. Dänemark und Deutschland im Vergleich (1982-2002), Wiesbaden.
- Hansen, Svend Aage (1974): Økonomisk vækst i Danmark, bind 2: 1914-1970, København. = [*Wirtschaftswachstum in Dänemark*].
- Harsløf, Olav (1997): Mondegruppen i kampen om kunsten og socialismen i Danmark 1928-32, København. = [*Die Mondegruppe im Kampf um die Kunst und den Sozialismus in Dänemark*].
- Jensen, Bent: Stalinismens fascination og danske venstreintellektuelle, København 2002. = [*Die Faszination des Stalinismus und die dänischen Linksintellektuellen*].
- Karpantschov, René: Populism and Right Wing Extremism in Denmark, København 2003.
- Knudsen, Knud; Caspersen, Hanne; Vagn Nielsen, Oluf, Kampen for en bedre tilværelse: arbejdernes historie i Danmark fra 1800-tallet til 1990, København 1991. = [*Der Kampf für ein besseres Dasein. Die Geschichte der Arbeiter in Dänemark vom 19. Jahrhundert bis 1990*].
- Kolstrup, Søren (1996): Velfærdsstatens rødder. Fra kommunesocialisme til folkepension, København. = [*Wurzeln des Wohlfahrtsstaates – vom kommunalen Sozialismus zur Volkspension*].
- ders.: Velfærdsstatens og socialdemokratiets markedstilpasning, in: Arbejderhistorie, København, Nr. 2/2002, S. 2-30. = [*Die Anpassung des Wohlfahrtsstaates und der Sozialdemokratie an die Marktbedingungen*].
- Larsen, Steen Bille: Kommunisterne og arbejderklassen 1945-1975. Danmarks Kommunistiske Partis rolle i dansk arbejderbevægelse - en politisk biografi, København 1977. = [*Die Kommunisten und die Arbeiterklasse. Die Rolle der dänischen Kommunistischen Partei in der dänischen Arbeiterbewegung – eine politische Biographie*].
- Mikkelsen, Flemming (2002): Sociale bevægelser og foreningsaktivitet i Danmark efter 2. verdenskrig, København. = [*Soziale Bewegungen und Aktivitäten von Vereinigungen in Dänemark nach dem Zweiten Weltkrieg*].
- Petersen, Klaus (1998): Legitimität und Krise. Die politische Geschichte des dänischen Wohlfahrtsstaates, Berlin.
- Rasmussen, Søren Hein (1997): Sære alliancer, Politiske bevægelser i erfterkrigstidens Danmark, Odense. = [*Besondere Allianzen, politische Bewegungen im Dänemark der Nachkriegszeit*].
- Schmiederer, Ursula (1969): Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks. Eine Partei der Neuen Linken, Frankfurt am Main.

Vad, Hans Jørgen (1995): Påskestrejkerne 1985: Ti dage der rystede Slüter, Kopenhagen. = [Die Osterstreiks 1985 – Zehn Tage, die Slüter ins Wanken brachten].

Veröffentlichungen in Zeitschriften

Birke, Peter: Fehlschlag für die Elite – »historische Abstimmung« in Dänemark endet mit »Nein« zu Euro, in: analyse und kritik, Hamburg, 12/2000.

ders.: Blair meets the Rasmussen brothers, Rechtsruck bei Wahlen in Dänemark, in: analyse und kritik, Hamburg, 12/2001.

ders.: Nationale Wohlfahrt. Die neue Rechte regiert in Dänemark, in: analyse und kritik, Hamburg, 3/2002.

ders.: Erweiterung der Abschottung. EU-Gipfel in Kopenhagen: mehr Militarisierung, Armut und Ausgrenzung, in: analyse und kritik, Hamburg, 1/2003 (2003/1).

ders.: »Effektives Normalbild herstellen«. Der »Freistadt« Christiania droht die Räumung, in: analyse und kritik, Hamburg, 6/2003 (2003/2).

ders.: »Wir sind die Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts«. Rechtsparteien in Dänemark, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 156 / Oktober 2003, S. 885-898.

Blomkvist, Kalle: (Fast) ein Generalstreik in Dänemark, in: analyse und kritik, Hamburg, 5/1998, S. 12f.

ders.: Aktive Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, in: analyse und kritik, Hamburg, 8/1999, S. 8f. und 9/1999, S. 10f.

Callesen, Gerd: Ikke megen forbindelse mellem Socialdemokratiet og arbejderklassen, in: Solidaritet, Kopenhagen, Nr. 5/2002. = [Nicht viele Verbindungen zwischen der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse].

Gruppe Arbeiterpolitik: Wilde Streiks und unbezahlte Rechnungen. Die dänische Arbeiterbewegung befindet sich in einer widersprüchlichen Situation, Hamburg, Nr. 2, 2002, S. 31f.

Gruppe Blauer Montag: Revolution der Kleinbürger. New Labour, Rechtspopulismus und die Suche nach Hegemonie, in: analyse und kritik Nr. 465, Hamburg 2002 (1), S. 22-23.

Müller, Cathren: Neoliberalismus als Selbstführung. Anmerkungen zu den »Governmentality Studies«, in: Das Argument, Berlin, 249/2003, S. 98-107.

Zitierte Veröffentlichungen aus Tageszeitungen

Berlingske Tidende, Nyt slagsmål om Europa i SF, online-udgave, 21.10.2001. = [Neue Auseinandersetzung um Europa in der SF].

Politikens netavis, Kopenhagen, 30.4.2003, Danskerne europamestre i strejke. = [Die Dänen (sind) Europameister im Streik].

Veröffentlichungen von SF, SFOF und EL

- EL (Hrsg.): Enhedslistens principprogram: Kapitalisme og socialisme i det 21. århundrede, vedtaget på Årsmøde 28.2.-2.3.2003, Kopenhagen 2003, (2003/1). = [Grundsatzprogramm der Einheitsliste. Kapitalismus und Sozialismus im 21. Jahrhundert].
- dies.: Udtalelse: Kampen mod Fogh-regeringen, vedtaget på Årsmøde 28.2.-2.3.2003, Kopenhagen 2003 (2003/2). = [Erklärung: Der Kampf gegen die Fogh-Regierung, beschlossen auf dem Jahrestreffen...].
- dies.: Vedtægter for enhedslisten – De rød-grønne, Kopenhagen 2003 (2003/3). = [Satzung der Einheitsliste, die Rot-Grünen].
- EL-Folketingssekretariat: Dansk Folkeparti skærer ned på ældreomsorgen – og andre velfærdsydelser, Kopenhagen, Februar 2003. = [Die DFP streicht bei der Altenhilfe – und bei anderen Sozialleistungen.]
- Rød-Grønner Linjer: Enhedslistens medlemmer, Nr. 12, Juni 2003, S. 3. = [Die Mitglieder der Einheitsliste].
- SFOF (Hrsg.): Helt eller delt?, Kopenhagen 2002. = [Ganz oder Geteilt?].
- ders.: Et helt Europa?, Kopenhagen 2003. = [Ein ungeteiltes Europa].
- SF (Hrsg.): Princip- og perspektivprogram, vedtaget af SFs landsmøde, 18. maj 2003, in: www.sf.dk. = [Grundsatzprogramm, beschlossen auf dem Landestreffen der SF] (2003/1).
- dies.: HB's organisatoriske beretning v. landsmødet maj 2003, 27.3.2003, in: www.sf.dk. = [Organisatorischer Bericht des Hauptvorstandes für das Landestreffen].
- dies.: Finanslovudspil 2004, in: <http://sf.cms.net-produktion.dk/index.php?article=3369>, Kopenhagen., 4.9.2003. = [Positionen zum Haushaltsgesetz 2004].

Ressourcen im Internet

- www.sf.dk oder valg.sf.dk ist die zentrale Homepage der SF.
- www.enhedslisten.dk ist die zentrale Homepage der Einheitsliste.
- www.sfu.dk ist die Homepage der Jugendorganisation der SF.
- www.ungdomsfront.dk ist die Homepage der Jugendorganisation, die der EL nahe steht.
- www.leksikon.org enthält zahlreiche Artikel zur Geschichte der dänischen und internationalen Linksparteien, leider nur in dänischer Sprache.
- www.sid.dk ist die Homepage des »Specialarbejderforbund«, der Gewerkschaft der an- und ungelernen Arbeiter/innen. Sie enthält eine ausgezeichnete Berichterstattung über Auseinandersetzungen in Betrieb und Gewerkschaft.
- www.modkraft.dk informiert über aktuelle Ereignisse und theoretische Debatten in der dänischen und internationalen Linken.
- www.ulydighed.dk ist die Seite der »Globale Roedder«.

Der Linksbund Finnlands und die Europäische Union – ein zwiespältiges Verhältnis

Ziel dieses Beitrags ist es, die Herausforderungen zu erörtern, die Finnlands Beitritt zur Europäischen Union im Jahre 1995 für den Linksbund (LA) in Finnland mit sich gebracht hat. Die Situation ist insofern schwierig für die Partei, da die Führungsspitze der Partei die Einbindung in die Europäische Union vorwiegend als Chance ansieht, während der Großteil der Parteianhänger diese als Bedrohung der von ihnen als wichtig erachteten Werte betrachtet.

Bevor ich auf die Europapolitik des Linksbundes eingehe, möchte ich zunächst einen allgemeinen Überblick über Finnland und den Linksbund geben.

1. Überblick

1.1. Finnland

Finnland ist heute als kleine hochentwickelte Industrienation im Norden Europas bekannt. Das Land hat ca. 5 Millionen Einwohner, von denen etwa 20% im Großraum der Hauptstadt Helsinki leben. Obgleich das ganze Land einschließlich Lapplands im Norden besiedelt ist, lebt der Großteil der Bevölkerung im südwestlichen Teil des Landes.

Seit Mitte des 12. Jahrhunderts war Finnland über sechs Jahrhunderte lang ein fester Bestandteil Schwedens. Politisch gesehen hatten die finnischen Provinzen den gleichen Status wie die Provinzen Schwedens, insofern konnte man Finnland nicht als Kolonie bezeichnen. Schon sehr früh begannen schwedische Siedler, sich sowohl an der Westküste (am Bottnischen Meerbusen) als auch an der Südküste (am Finnischen Meerbusen) niederzulassen. Aus diesem Grund ist Finnland heute immer noch zweisprachig, und für 5,5% aller Finnen ist Schwedisch sogar die Muttersprache. Diese lange gemeinsame Beziehung zwischen Finnland und Schweden hat eine bleibende Verbindung zwischen den beiden Ländern geschaffen und bis heute einen nachhaltigen Einfluss auf die finnische Kultur.

Im Jahre 1703 begann der russische Zar Peter der Große mit dem Bau von St. Petersburg am östlichsten Zipfel des Finnischen Meerbusens. Um die neue Hauptstadt des Landes zu schützen, annektierte Russland 1743 das südöstliche Gebiet Finnlands (Karelien). Das gesamte Territorium Finnlands wurde im Jahre 1808 nach einer Abmachung mit Napoleon und nach dem Krieg gegen Schweden von Russland annektiert. Karelien wurde an die Finnen zurückgegeben, und Finnland selbst wurde autonomes Großfürstentum, dessen konstitutioneller Monarch der russische Zar war.

1905 geriet der russische Zar im Krieg gegen Japan in Ostasien unter Druck. Diese Tatsache gab der neu gegründeten Arbeiterbewegung im ganzen Reich – in Finnland auch der nationalen Bewegung – die Möglichkeit, Forderungen nach mehr Demokratie zu stellen. In Russland wurde die Duma gegründet und im Großfürstentum Finnland ein Parlament geschaffen. In Finnland wurde zudem das allgemeine Wahlrecht für alle Bürger eingeführt, auch für Frauen, wodurch die Frauen Finnlands zu den ersten in der Welt gehörten, denen das Wahlrecht für Parlamentswahlen erteilt wurde. Die ersten Wahlen zum neuen Einkammerparlament wurden 1907 abgehalten.

Der juristische Einfluss des neuen finnischen Parlaments war zu dieser Zeit schwach, da das Land immer noch ein Großfürstentum unter der Herrschaft des russischen Zaren war. Politisch gesehen war die Position des Parlaments jedoch sehr bedeutsam. Bei den Wahlen erhielt die neu gegründete Sozialdemokratische Partei (1899/1903) 80 der 200 zu vergebenen Sitze. Dieses Ergebnis zeigte, dass sich die Arbeiterbewegung etabliert hatte und nun über eine gute Ausgangssituation für die weitere Mobilisierung der Kräfte verfügte.

Die Russische Revolution von 1917 gab Finnland die Möglichkeit, die vollständige Unabhängigkeit von Russland zu fordern. Am 6. Dezember verabschiedete das finnische Parlament seine Unabhängigkeitserklärung, die noch im gleichen Monat von der bolschewistischen Regierung angenommen wurde. Doch der Start in die neue Unabhängigkeit war alles andere als einfach. Im Januar 1918 kam es zum Bürgerkrieg zwischen Roten (Sozialdemokraten) und Weißen (Nicht-Sozialisten und Bourgeoisie). Dieser Krieg hinterließ für Jahrzehnte tiefe Narben und gegenseitiges Misstrauen in der finnischen Gesellschaft.

Die Hauptanführer der aufständischen Roten flohen nach Russland. Im Herbst 1918 gründeten finnische Asylanten die Finnische Kommunistische Partei in Moskau, das die Bolschewisten inzwischen zur neuen Hauptstadt Sowjetrusslands gemacht hatten. Die Partei wurde in Finnland sofort für illegal erklärt. Dieser Zustand wurde erst 1944 aufgehoben, als die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und Finnland beendet waren.

Wirtschaftlich gesehen war die Zeit des Großfürstentums von Vorteil für Finnland, insbesondere ab 1840. Mit dem Beginn der Industrialisierung konnte die finnische Industrie nicht nur von den Exporten gen Westen profitieren,

sondern auch vom Handel mit Russland, bei dem sie bessere Konditionen bieten konnte als die westlichen Konkurrenten. Finnland war in der Lage, eigene Zollbestimmungen durchzusetzen, auch im Handel mit Russland. 1863 wurde mit der Finnmark eine eigenständige Währung in Finnland eingeführt.

Trotz der frühen Industrialisierung des Landes war Finnland bis kurz vor dem 2. Weltkrieg ein Agrarland. Als 1939 der Krieg ausbrach, lebten immer noch ca. 60% der Finnen von der Landwirtschaft. Mit dem Ende des Krieges vollzog sich jedoch eine rasante industrielle Entwicklung mit bedeutenden Fortschritten in der Wirtschaft, so dass heute nur noch etwa 8% der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind. Aufgrund einer starken Urbanisierung leben heute 80% aller Finnen in den Städten.

Die nationale Bewegung Finnlands des 19. Jahrhunderts stand selbstverständlich unter dem Einfluss anderer europäischer nationaler Bewegungen jener Zeit. Merkmal der finnischen Bewegung war ihre Gewaltfreiheit sowie ihr Ruf nach Bildung für die gesamte Bevölkerung. Bildung wurde als Grundlage für wirtschaftliches Wachstum, für eine gute und legitime Regierungsführung und für die Unterstützung der nationalen Sache angesehen. Das noch bis heute andauernde Erbe dieser Zeit spiegelt sich in der großen Wertschätzung von Bildung in allen Bevölkerungsschichten wider.

Im November 1939 erklärte die Sowjetunion Finnland den Krieg. Zu diesem Zeitpunkt bestand immer noch der gerade zuvor beschlossene Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Hitler-Deutschland. Vor dem Ausbruch dieses Krieges ging es in den Verhandlungen ursprünglich um die Frage, Karelien zum Schutz Leningrads an die Sowjetunion abzutreten. Dabei beharrte Finnland auf seinem Recht, neutral zu bleiben und somit keine Gefahr für die Sowjetunion und Leningrad darzustellen. Der Sowjetunion passte diese Haltung nicht, und so entschloss man sich, ganz Finnland zu besetzen. Die Sowjetunion installierte eine finnische »Gegenregierung« aus in Moskau lebenden finnischen Kommunisten.

Dann folgte die Kriegserklärung. Der Sowjetunion gelang es jedoch nicht, in dem drei Monate währenden Krieg Finnland einzunehmen. Man hatte erwartet, dass einige Finnen sich auf die Seite der Sowjetunion schlagen würden. Diese Erwartung wurde jedoch enttäuscht. Allerdings gelang den sowjetischen Truppen die Einnahme von Karelien, das im Rahmen des späteren Friedensabkommens an die Sowjetunion ging.

Als im Juni 1941 Deutschland mit dem Unternehmen Barbarossa den Krieg gegen die Sowjetunion begann, schloss sich Finnland dem Angriff an. Es wurde allerdings diplomatisch erklärt, dass Finnland nicht als Verbündeter von Deutschland agiere, sondern seinen eigenen unabhängigen Kampf als Streitpartei führe, um Karelien zurückzugewinnen. Als jedoch die finnischen Truppen sehr schnell die alten Grenzen erreichten, überschritten und tief nach

Ost-Karelien (welches nie zu Finnland gehört hatte) vordrangen, verlor diese diplomatische Erklärung verständlicherweise sehr stark an Glaubwürdigkeit.

Im Herbst 1944 wurden die finnischen Truppen von sowjetischen Truppenverbänden zurückgedrängt. Hätte die Sowjetunion ihre gesamten Truppen eingesetzt, hätte Finnland leicht eingenommen werden können. Zu diesem Zeitpunkt war bereits ganz Karelien besetzt, gleichzeitig jedoch begann der gezielte Vormarsch der sowjetischen Truppen in Richtung Mitteleuropa und auf Berlin. Und da dafür alle Truppen gebraucht wurden, entging Finnland einer sowjetischen Besetzung. Kurz danach wurde ein Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und Finnland abgeschlossen, wobei Karelien annektiert und die einige Kilometer westlich von Helsinki gelegene Halbinsel Porkkala für 50 Jahre an die Sowjetunion abgetreten wurde, die sie in den folgenden Jahren als Marinestützpunkt nutzte. (Porkkala wurde aber bereits 1955 im Geist der in Genf gepflegten internationalen Beziehungen an Finnland zurückgegeben.)

Der Ausgang des Krieges hatte einen großen Einfluss auf die finnische Politik. Die feindliche, jedoch später neutral-gelassene Haltung gegenüber dem Nachbarland Sowjetunion zwischen den beiden Weltkriegen musste in eine offizielle Freundschaft umgewandelt werden. Nach Abschluss des Friedensvertrages von Paris im Februar 1947, den die Alliierten und Finnland (und zusätzlich auch Italien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn) unterzeichneten, begann Finnland Verhandlungen mit der Sowjetunion über einen bilateralen Freundschaftsvertrag. Im Jahr darauf wurde der so genannte Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Beistand (finnische Abk. »YYA-Vertrag«) zwischen beiden Ländern abgeschlossen. Der Vertrag erkannte Finnlands Neutralität in der Form an, dass er dem Land das Recht zusicherte, sich auf der politischen Bühne aus internationalen Konflikten und Konfrontationen zwischen den Großmächten heraushalten zu können. Gleichzeitig verpflichtete sich Finnland, sein eigenes Territorium mit militärischen Mitteln zu verteidigen (wenn nötig mit Hilfe sowjetischer Truppen), sollte die Sowjetunion auf indirektem Wege über Finnland von Deutschland oder dessen Verbündeten angegriffen werden.

Es wurde bis zum Zerfall der Sowjetunion nie nötig, die militärische Seite des YYA-Vertrages in die Tat umzusetzen. Der finnischen Neutralität gab der Vertrag eine besondere Note, die sich aber eher hilfreich als hinderlich bei Finnlands Bemühungen erwies, in der internationalen Politik eine aktive und konstruktive Rolle zu spielen. Dazu gehörte zum Beispiel die Unterstützung der UN-Friedenstruppen oder der europäischen Sicherheitspolitik im Rahmen der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und später der OSZE.

1961 wurde Finnland assoziiertes Mitglied der Europäischen Freihandelszone (EFTA). 1973 unterzeichnete das Land ein Freihandelsabkommen mit den Staaten der EWG, und im Jahre 1986 wurde Finnland Vollmitglied der EFTA.

1992 bewarb sich das Land um die EU-Mitgliedschaft. In einer 1994 abgehaltenen Volksentscheid sprachen sich 57% der Finnen für den EU-Beitritt ihres Landes aus. Seit Anfang 1995 ist Finnland, wie auch Schweden und Österreich, Mitglied der EU.

1.2. Der Linksbund

Der Linksbund und die Grünen gehören zu den mittelgroßen Parteien in Finnland mit einem Wählerstimmenpotential von 10%. Die drei großen Parteien, deren Stimmenanteil bei ungefähr 20% liegt, sind die Nationale Koalitionspartei (Konservative), die Zentrumsparterie (die ehemalige Agrarunion) und die Sozialdemokratische Partei Finnlands (SDP). Weiterhin gibt es drei Parteien, die mit Wahlergebnissen zwischen 3 und 6% im Parlament vertreten sind: die Schwedische Volkspartei (der schwedischen Minderheit), die Christdemokraten (deren Anhänger strenggläubige bis sektiererische Christen sind) und die True Finns Party (Populisten). Nicht im Parlament vertreten, aber dennoch eingetragene Partei ist unter anderem die Kommunistische Partei, die Mitte der 1990er Jahre wieder gegründet wurde.

Der Linksbund entstand 1990 durch einen Zusammenschluss des Demokratischen Bundes des Finnischen Volkes (SKDL) und dessen Mitgliedsorganisation Finnische Kommunistische Partei (SKP). Um die politische Ausrichtung des Linksbundes zu verstehen, ist es wichtig, die Geschichte des SKDL zu kennen.

Der SKDL wurde im November 1944 gegründet. Dies war das Jahr, in dem Finnland einen Waffenstillstand mit der Sowjetunion vereinbart hatte, der Krieg aber immer noch andauerte, und Finnland – im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens – Deutschland den Krieg erklärte, um dessen Truppen aus dem finnischen Teil Lapplands zu vertreiben.

Die Sozialdemokratische Partei war während der Kriegsjahre immer in der finnischen Regierung vertreten gewesen. Kritische Stimmen der Wähler gegenüber der Partei wurden laut, als Finnland im Rahmen des Krieges die alten Staatsgrenzen überschritt und sowjetisches Gebiet besetzte. Viele schenken der offiziellen Darstellung, Finnland kämpfe einen Separatkrieg, keinen Glauben. Vielmehr schien es, als würde Finnland nach und nach vollständig zu einem Verbündeten Deutschlands werden. Dies spaltete die Partei, und schon während der Kriegsjahre entstand eine deutlich spürbare Opposition für den Frieden innerhalb ihrer Reihen.

Währenddessen erhielt die SKP, die bis dahin in der Sowjetunion den Status einer Emigrantenpartei und in Finnland den einer illegalen Untergrundpartei hatte, im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens die rechtliche Erlaubnis, offiziell politisch aktiv zu werden. Die Mitgliedszahl war gering, aber durch die allgemeine politische Lage gewann die Partei an Ansehen.

In dieser Situation entschlossen sich die beiden Gruppierungen, die oppositionellen Kräfte innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und die SKP, sich zusammenzuschließen. So entstand der SKDL als neue Partei. Etwa 100 Parteiverbände verließen die SDP und schlossen sich dem SKDL an. Zusätzlich entstanden im ganzen Land sehr schnell neue Verbände, und bei den Parlamentswahlen im darauf folgenden Jahr verfügte die Partei bereits über ein überregionales Netzwerk von Grundorganisationen. Bei den Wahlen im Jahr 1945 gelang der neu gegründeten Partei mit 23,5% der Stimmen und 50 von 200 Sitzen ein überzeugender Durchbruch. Damit lag der SKDL in der Wählergunst nur wenig hinter der SDP mit ihren 25,1%. Innerhalb der SDP, die in den letzten Wahlen in Friedenszeiten vor dem Kriegsjahr 1939 noch 39,8% der Stimmen erhalten hatte, war es somit zu einem deutlichen Bruch gekommen.

Die SKP wurde als kollektive Mitgliedsorganisation in den SKDL eingebunden und begann ebenfalls, ihr eigenes lokales Netzwerk von Basisparteizellen aufzubauen. Es gab keinerlei Beschränkungen für Mitglieder von SKDL-Verbänden, den Parteizellen der SKP beizutreten. Umgekehrt war dies ebenfalls möglich. 1960 hatte die SKP etwa 40.000 und der SKDL etwa 60.000 Mitglieder, von denen ca. 8.000 Mitglied in beiden Netzwerken waren.

In den 50er Jahren setzte sich nicht nur in der Presse, sondern auch in den politologischen und politikgeschichtlichen Fachbereichen der Universitäten der Trend durch, den SKDL als die kommunistische Partei Finnlands zu bezeichnen. Das war sehr irreführend und bedauerlich. Der SKDL war und blieb eine reine Koalition von Sozialisten und Kommunisten.

In den 60er Jahren wird deutlich, wie schwierig es für die SKP geworden war, als Kaderpartei innerhalb des SKDL zu wachsen. 20 Jahre lang war die offizielle gesellschaftliche Plattform der SKP die des Gemeinschaftsbündnisses gewesen. Insbesondere die sowjetisch beeinflusste kommunistische Ideologie war den meisten SKP-Anhängern fremd und fragwürdig geblieben. Dieser Umstand führte letztendlich dazu, dass auf dem Parteitag der SKP 1966 der Parteivorsitzende abgelöst und ein Zentralkomitee gewählt wurde, das sich mehrheitlich der Moskauer Führung sowohl in ideologischen als auch politischen Angelegenheiten widersetzte. Es wurde sofort mit dem Entwurf eines neuen, demokratischen Parteiprogramms begonnen, das auf dem nächsten Parteitag 1969 verabschiedet wurde. Bei diesem Kongress kam es auch zum endgültigen Bruch innerhalb der SKP, als die treuen Verfechter der Moskauer Linie bei der Diskussion und anschließenden Verabschiedung des Parteiprogramms den Kongress verließen. Die SKP war eurokommunistisch geworden, bevor der Begriff überhaupt erfunden wurde.

Unter anderen geopolitischen Umständen hätte dieser Bruch bereits in den frühen 1970er Jahren sehr schnell zu einer formalen Trennung der beiden Flügel und sehr wahrscheinlich zur Bildung einer Partei wie dem Linksbund

(oder der Weiterführung der Partei unter dem Namen SKDL, allerdings als Einheitspartei) geführt. In Finnland allerdings, wo alle Parteien der offiziellen Freundschaftspolitik mit der Sowjetunion folgten und gute Beziehungen mit dem großen Nachbarn pflegen wollten, war dies nicht möglich. Auch muss hierbei bedacht werden, dass der SKDL ursprünglich mit der Absicht gegründet worden war, eine Politik der Freundschaft zur Sowjetunion zu kultivieren. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) wies die streitenden Flügel der SKP an, sich nicht zu trennen, offensichtlich in der Hoffnung, dass sich die Wogen wieder glätten würden. Dazu kam es aber nie, und diese Struktur blieb 20 Jahre lang in ihrer ungesunden Form erhalten.

Der Bruch innerhalb der SKP schlug sich sofort in den Wahlergebnissen des SKDL nieder. Bei den Wahlen im Jahr 1970 fiel die Wählerunterstützung erstmals unter 20%. Das Ergebnis von 16,6% (- 4,6%) spiegelt auch die Reaktion der Öffentlichkeit auf den sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei wider. Auch die Sozialdemokraten, die auf 23,4% der Stimmen kamen, erhielten einen Denkkzettel und verloren 3,8%. Die Konservativen in der Rolle der Opposition gewannen 4,2 Prozentpunkte dazu und kamen auf 18%. Die Zentrumspartei, die ursprüngliche Partei von Präsident Kekkonen und immer in der Regierung vertreten, fiel ebenfalls zum ersten Mal seit 1919 unter die 20-Prozent-Marke und kam nur auf 17,1% (- 4,1%).

Die Wählerunterstützung für den SKDL blieb dann während der 70er Jahren recht stabil. Einen sichtbaren Einbruch gab es bei den ersten Wahlen der 80er Jahre, der vielleicht darauf zurückzuführen war, dass die marxistische Linke ihren langjährigen Reiz verloren hatte. Die Partei erreichte 1983 nur 13,5% der Stimmen, was einen Rückgang um 4,4 Prozentpunkte bedeutete. Dieser negative Trend setzte sich in den nächsten Wahlen im Jahr 1987 fort, wo der SKDL nur auf 9,4% kam. Dies war ein Verlust von 4,1 Prozentpunkten, was fast genau dem Wahlergebnis der Grünen entsprach (4,0%), die zum ersten Mal bei Parlamentswahlen an den Start gegangen waren.

Es gibt einige allgemeine Beobachtungen, die in den 1970er und 1980er Jahren als den letzten beiden Jahrzehnten der Existenz des SKDL gemacht werden können. Die Kandidaten der Parteimehrheit (Sozialisten und die Kommunistenmehrheit) erreichten sowohl bei Parlamentswahlen als auch bei Kommunalwahlen immer ungefähr 80% der Stimmen. Die verbleibende Minderheit erreichte regelmäßig Ergebnisse um die 20%. Da die SKP immer eine Kaderpartei blieb und niemals eigenständig an Wahlen teilnahm, blieb der Kommunismus für die breite Öffentlichkeit ein fremdes und undurchsichtiges Konzept (für die meisten Menschen angsteinflößend, für einige jedoch verlockend). Vielleicht erklärt die Tatsache, dass der »wahre« Moskauer-orientierte Kommunismus und die SKP als dessen Träger ins Abseits gestellt und von der Mehrzahl der Parteimitglieder verachtet wurde, warum die radikale Stu-

dentebewegung der frühen 1970er Jahre von ihm angezogen war. Es war ein international eigenartiges Phänomen, dass sich diese Form des Kommunismus an den finnischen Universitäten so weit verbreitet hatte. In anderen Ländern gab es den romantischen Maoismus oder Trotzismus, doch nirgendwo (oder nur zu einem ganz geringen Grad) gab es romantischen Stalinismus. Die Vorherrschaft eines extremen kommunistischen Radikalismus unter Studenten in den 70er Jahren hinterließ viele Wunden in der finnischen Gesellschaft, die sich bis heute noch im intellektuellen Leben Finnlands finden lassen.

In den späten 1980er Jahren verschwanden die letzten Hindernisse für eine endgültige Verschmelzung von SKDL und SKP. Der Kommunismus in seiner klassischen Form (mit der Idee einer Partei der Avantgarde, die ihr Recht auf Führung dadurch erworben hat, dass sie die Wahrheit über den Lauf der Geschichte kennt) hatte all seine Glaubwürdigkeit verloren, teils durch den verhassten kommunistischen Radikalismus unter Studenten in den 70er Jahren, teils durch die rasanten neuen Entwicklungen in der Sowjetunion (Perestroika und Glasnost). Die KPdSU hörte auf, den künstlichen Druck auf die SKP aufrechtzuerhalten, um die beiden Flügel der Partei zusammenzuhalten. Bereits seit den 60er Jahren hatten die beiden Flügel der SKDL-Parteimehrheit (die Sozialisten und die Kommunisten) viele positive Erfahrungen bezüglich einer sehr engen politischen Zusammenarbeit gemacht, und die unterschiedlichen ideologischen Auffassungen wurden letztendlich als unbedeutend eingestuft.

Dies alles bildete die Grundlage, auf der die neue Einheitspartei »Linksbund« gegründet wurde. Das Treffen zur Parteigründung fand 1990 statt. Der neuen Partei durften alle alten SKDL-Ortsverbände und SKP-Parteizellen beitreten. Es wurde eine kurze Grundsatzerklärung angenommen, jedoch wurde der Entwurf eines neuen Parteiprogramms bewusst auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Das Programm wurde auf dem Parteitag 1995 lebhaft diskutiert. Dort entstand auch die Idee einer »Dritten Linken«. Auf dem nächsten Parteitag 1998 wurde das Programm dann verabschiedet. Es trägt den Titel »Die Gesellschaft der Freiheit, Demokratie und nachhaltigen Entwicklung«. Das Prinzip der neuen Dritten Linken, über das sich der Linksbund identifiziert und deren aktiver Teil er sein möchte, ist in das Programm miteingearbeitet.

Gemäß der Philosophie der Dritten Linken war die Erste Linke die Liberale Linke des späten 18./frühen 19. Jahrhunderts, also die Linke der Französischen Revolution. Die großen und bleibenden historischen Errungenschaften der Ersten Linken waren die Konzepte der Souveränität des Volkes, der Bürger- und Menschenrechte und der Demokratie. Die Zweite Linke war die Sozialistische Linke. Geschichtlich kann sie zwischen 1889 und 1989 eingeordnet werden, mit der Gründung der Zweiten Internationalen und dem Fall der Berliner Mauer. Den sozialen Grundpfeiler dieser Zweiten (Sozialistischen) Linken bildete die Arbeiterklasse (womit jahrzehntelang überwiegend Industriearbeiter gemeint

waren). Die anhaltende Errungenschaft der Zweiten Linken war der Gedanke eines Wohlfahrtsstaates (oder eines sozialen Dienstleistungsstaates, im Gegensatz zu der des Nachtwächterstaates des Liberalismus) als grundlegende Voraussetzung für eine funktionierende und legitime moderne Demokratie. Die Zeit der Zweiten Linken war zudem geprägt von heftigen internen Auseinandersetzungen zwischen reformorientierten Sozialisten und Kommunisten.

Die Dritte Linke setzt sich im Idealfall zusammen aus Liberalen, für die die Menschen- und Bürgerrechte sowie Demokratie wichtig sind, und aus Sozialisten, die die gleichen Werte teilen. Deswegen umschließt das Konzept der Dritten Linken auch eine strategische Perspektive in Bezug auf politische Bündnisse und Mehrheitsbildung. Die neuen Herausforderungen der Parteien der Dritten Linken sind beispielsweise die zunehmende Automatisierung von Produktionsverfahren, was eine Umstrukturierung der Arbeiterklasse zur Folge hat, sowie die große Angst vor Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit großer Bevölkerungsschichten und die zunehmende und rasch um sich greifende Globalisierung, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch zu einem großen Teil kulturell vorstatten geht. Der Nationalstaat, wie er während der ganzen Zeit der Zweiten Linken existierte, ist demnach nicht mehr das fast einzige politische Forum, in dessen Rahmen linke Parteien operieren. Wichtige politische Prozesse finden Staatsgrenzen überschreitend statt. Diese Tatsache verlangt von den linken Parteien, sich unbedingt einer internationalen Zusammenarbeit in einer ganz neuen Dimension zu stellen.

In den zwei Legislaturperioden von 1995 bis 2002 war der Linksbund gemeinsam mit den Sozialdemokraten (die in dieser Zeit den Ministerpräsidenten stellten), den Konservativen, den Grünen und der Schwedischen Volkspartei Teil einer »Regenbogen-Regierung«. Bei den Parlamentswahlen im März 2003 erhielten die Sozialdemokraten einige Stimmen weniger als die Zentrumspartei, die bis dahin die größte Oppositionspartei war. In der neuen Regierung stellt die Zentrumspartei nun den Ministerpräsidenten, mit den Sozialdemokraten und der Schwedischen Volkspartei als Koalitionspartner. Sowohl der Linksbund als auch die Grünen gingen in die Opposition, obgleich sich beide Parteien bereitwillig den Regierungsparteien angeschlossen hätten.

2. Der Linksbund und die Europäische Union

2.1. Der Volksentscheid von 1994 rettete das Gesicht des Linksbundes

Die finnische Regierung beschloss im Jahre 1992, sich um die EU-Mitgliedschaft zu bewerben. Die Beitrittsbedingungen wurden 1993 ausgehandelt, und 1994 wurde ein Volksentscheid über den Beitritt durchgeführt. In den Reihen des Linksbundes waren die Meinungen zu dem Thema geteilt. Der Großteil der

Parteiführung und die meisten Mitglieder der Fraktion waren mehr oder weniger für einen Beitritt. Das Problem war jedoch, dass die Parteianhänger alle einstimmig dagegen waren.

Die Reaktion der Parteianhänger war eine Art bedingter Reflex und entsprach ihrem gewohnten Denken. Jahrelang war ihnen erzählt worden, dass die EG/EU zu »pro-westlich« und demnach eine für Finnland gefährliche Organisation sei, wollte das Land seine neutrale Rolle zwischen Ost und West nicht aufgeben. Eine weitere Lektion war gewesen, dass die EG/EU einen staatsübergreifenden Kapitalismus verfolge und auch deswegen eine gefährliche Organisation sei. Und die dritte Lektion war, dass gerade wegen ihres staatsübergreifenden Charakters die EU uns Finnen unsere nationale Souveränität und Unabhängigkeit wegnehmen werde. Unter den Anhängern der Sozialdemokraten und der Grünen herrschte ursprünglich eine sehr ähnliche Meinung. Da aber die Führungsspitze der Sozialdemokraten so uneingeschränkt ihre befürwortende Einstellung vertrat, verlagerte sich die Meinung der Parteianhänger bis zum Volksentscheid ebenfalls zu einem recht einstimmigen »Ja« für einen Beitritt.

Die Tatsache, dass die Anhänger des Linksbundes eher negative Gefühle gegenüber der europäischen Integration und Finnlands Einbindung in die EU hegen, gab den EU-Gegnern in den Reihen der Partei die Möglichkeit, sich recht lautstark zu dem Thema zu äußern. Die Entscheidung der Regierung, einen Volksentscheid durchzuführen, kam dem Linksbund sehr gelegen, da er dadurch keine klare Stellung in der Angelegenheit ergreifen musste. Es wurde seitens der Partei nur entschieden, dass sie das Ergebnis des Volksentscheids ohne Einschränkung respektieren würde. Im Volksentscheid entschieden sich 57% der Finnen für den EU-Beitritt. Nur 24% der Linksbund-Anhänger sprachen sich dafür aus. Es gab sogar mehr Anhänger von der Zentrumspartei (36%), die mit »Ja« votierten; und dabei standen in der Landwirtschaft sehr wesentliche Werte auf dem Spiel.

Einer Meinungsumfrage zufolge, die 2002 veröffentlicht wurde, haben sich die Meinungen sowohl der Wähler des Linksbundes als auch der der Zentrumspartei in der Zwischenzeit kaum »aufgeweicht«. Auf die Frage, wie man jetzt Finnlands EU-Mitgliedschaft sehen würde, hatten 48% der Anhänger des Linksbundes sowie 44% der Zentrumspartei-Wähler immer noch eine negative Einstellung, während der nationale Durchschnitt diesbezüglich bei 31% liegt. Der Linksbund und die Zentrumspartei sind (unter den großen und mittelgroßen Parteien) somit die einzigen Parteien, deren Anhänger überdurchschnittlich negativ eingestellt sind. Bei den Sozialdemokraten und den Konservativen liegt die Zahl der Europa-Gegner bei ungefähr 15%. Bei den Grünen war der Meinungsumschwung beträchtlich; nur noch 23% äußern sich negativ (beim Volksentscheid 1994 waren es noch 45%). Eine negative Einstellung gegenüber der EU heißt jedoch nicht unbedingt, dass man sich von der EU lossagen will. Nur 24% der finnischen Bevölkerung wäre jetzt für einen Austritt aus der EU.

Betrachtet man die allgemeine öffentliche Meinungsentwicklung vor dem Volksentscheid, so stellt man fest, dass bereits 1987 ca. 40% der Finnen für einen EU-Beitritt waren. Diese Haltung hat sich seitdem auch nicht grundlegend geändert. Es war ein langsamer Anstieg der Befürworter zu verzeichnen, der mit 50% im Jahre 1992 seinen Höhepunkt erreichte. In diesem Jahr entschied die Regierung, die EU-Mitgliedschaft zu beantragen.

Im Jahre 1987 war die Zahl derjenigen Finnen, die »Nein« zur EU sagten, mit 10% sehr niedrig, während 50% »keine Meinung« hatten. 1992 war die Zahl der Gegner auf 35% gestiegen, während die Zahl der Unentschlossenen auf 15% zurückgegangen war. Als im darauf folgenden Jahr die Volksentscheidskampagne richtig startete, wurde es sehr interessant: Befürworter und Gegner lagen Kopf an Kopf mit je 40% im Rennen, und die Zahl der Unentschlossenen war leicht angestiegen auf 20%.

Betrachtet man die verschiedenen politischen Bereiche, so ist die Landwirtschaft der einzige Bereich, der immer (und nicht nur von den Bauern selber) als derjenige angesehen wurde, der unter einer EU-Mitgliedschaft leiden würde. Bei allen anderen Bereichen gingen die Meinungen auseinander. Von der Linken aus betrachtet, waren die interessantesten Gebiete die Einschätzung der Beitrittsauswirkungen z.B. auf die Beschäftigungssituation, auf die Höhe des Einkommens, auf die soziale Sicherheit und die Besteuerung. Auch wurden die positiven Erfahrungen, die Finnland hinsichtlich seiner internationalen Neutralitätspolitik und seiner aktiven Rolle in der Sicherheitspolitik gemacht hatte, mit in die sehr leidenschaftliche Debatte der Linken einbezogen.

In anderen skandinavischen Ländern hat sich eine linke »Dialektik« herauskristallisiert, die besagt, dass die kleineren sozialistischen Parteien Nutzen aus der allgemeinen negativen und zurückhaltenden Haltung der Öffentlichkeit ziehen, wenn die Sozialdemokraten eine positivere Haltung gegenüber einer EU-Integration an den Tag legen. Die sozialistischen Parteien wollten sich als Verfechter des nordischen Wohlfahrtskonzepts profilieren, und zwar in einer Zeit, da der Wohlfahrtsstaat durch die Integration als bedroht angesehen wurde. Der Linksbund Finnlands wollte aus zweierlei Gründen nicht in diese »Dialektik« verfallen: erstens aus pragmatischem Realismus, und zweitens aufgrund der parteiinternen Einschätzung des Globalisierungsphänomens. Als pragmatischen Realismus kann man die Bewertung der Situation sowohl seitens der breiten Öffentlichkeit als auch insbesondere innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sehen. In Finnland ist die Denkweise tief verwurzelt, dass alles, was gut für die Wirtschaft ist, auch gut für die arbeitende Bevölkerung ist. Die EU-Mitgliedschaft war ursprünglich von der Wirtschafts- und Geschäftswelt des Landes befürwortet worden. Es gab nur wenige schwache Stimmen, die davor warnten, dass sich Finnlands Exportgeschäfte mit Ländern, die den Dollar (und das englische Pfund) als Währungseinheit haben, schwierig ge-

stalten könnten. Die meisten Wirtschaftsvertreter waren jedoch der Meinung, dass ein EU-Beitritt für die finnische Wirtschaft in Bezug auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit die richtige Entscheidung wäre. Zu Beginn der 90er Jahre war die finnische Wirtschaft sehr plötzlich in eine tiefe Rezession gefallen, die zu einer ungewöhnlich hohen Arbeitslosigkeit geführt hatte. Deswegen war das Argument, die EU-Mitgliedschaft sei gut für die Wirtschaft, auch für die linken Parteien sehr überzeugend. Insbesondere bei Gewerkschaftsmitgliedern fand das Argument Gehör. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Finnland ist sehr hoch, und die Gewerkschaften haben großen Einfluss auf die öffentliche Meinung und Diskussion.

Für die Partei musste die Diskussion um die europäische Integration deswegen vor allen Dingen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus geführt werden. Die Europäische Union wurde korrekterweise hauptsächlich als Zollunion, dann als Freihandelszone und zu guter Letzt als Binnenmarkt gesehen. Die erste Frage, die es zu beantworten galt, war: Ist diese wirtschaftliche Integration aufzuhalten? Die Antwort darauf lautete: Nein. Zudem war dies auch nicht wünschenswert. Der Integration zugrunde liegen Fortschritte in Wissenschaft und Technik, die immer mehr Produktivität mit sich bringen, was de facto nicht schlecht ist. Die Frage ist nur, wer von dieser Modernisierung und Globalisierung profitieren wird.

Das Wohlfahrtsmodell der nordischen Länder stützte sich auf zwei Pfeiler: erstens auf einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und alte Traditionen in Bezug auf verbindliche Vereinbarungen mit den Gewerkschaften in den Bereichen Einkommen und Arbeitsbedingungen, und zweitens auf den Wohlfahrtsstaat, d. h., dass öffentliche Einrichtungen (staatliche und kommunale Behörden und auch einige besondere Einrichtungen z.B. für Rentengelder) sich um fast alle Sozialleistungen kümmern. Dieses Modell wurde innerhalb sehr eigenständiger Bestimmungen des Nationalstaates errichtet. Unter den neuen Bedingungen der Integration, bei denen die Souveränität des Nationalstaates nicht mehr durch Zollbestimmungen und Abwertung der Währung geschützt werden kann, stellt sich die Frage: Kann das Wohlfahrtsmodell auf einer supranationalen Ebene angewendet werden? In philosophischer, ideologischer und moralischer Hinsicht ist diese Frage von noch größerer Wichtigkeit, wenn man heute Zeuge wird, wie die Welt immer kleiner wird. Und zwar nicht nur durch den verstärkten internationalen Handel, sondern auch durch ein neues internationales und globales Bewusstsein, das durch eine sich rasant ausbreitende Massenkommunikation gefördert wird.

Die Fragen sehen dann plötzlich so aus: Kann der Nationalstaat überhaupt noch als einziges politisches Forum verteidigt werden, in dem Demokratie und Wohlfahrt möglich sind? Bewegen wir uns nicht in einer Zeit, in der wir supranationale politische Foren schaffen müssen, um das Modell des Wohl-

fahrtsstaates zu verteidigen und voranzutreiben? Kann das demokratische Entscheidungsmodell auf supranationale Foren übertragen werden? Oder ist das Konzept der Demokratie von Natur aus nur im Rahmen eines Nationalstaates denkbar?

Die Antwort des Linksbundes, insbesondere im Hinblick auf die EU, lautet, dass diese nicht mehr nur als ein wirtschaftliches Projekt angesehen werden kann. Die EU muss politisch ausgebaut und in ein neues demokratisches Politikforum umgewandelt werden. Dies scheint der einzige Weg zu sein, traditionelle linke Werte unter den modernisierten Gegebenheiten zu vertreten und zu schützen.

Aber das Dilemma zeigte sich im Jahr des Volksentscheids. Die Einstellung der Wählerschaft stand nicht im Einklang mit der politischen Haltung der Partei. Zu einem großen Teil ist dieses Dilemma bis heute bestehen geblieben.

2.2. Meinungsentwicklung nach dem Volksentscheid

Während der Verhandlungen über einen möglichen Beitritt Finnlands zur EU gaben nur etwa 20% der befragten Finnen an, sie seien überhaupt nicht an Informationen und Artikeln zu Finnlands EU-Mitgliedschaft interessiert. Nach dem Beitritt des Landes stieg diese Zahl auf 40% und damit dramatisch an. Die Zahl derjenigen, die mit der Medienberichterstattung und dem Erhalt anderer Informationen über die EU zufrieden sind, ist seit 1992 (18%) stetig Jahr um Jahr gestiegen und liegt nun bei 50%.

Bei einer 2003 durchgeführten Umfrage, bei der es um die allgemeinen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf das Land ging, wurden mehr positive als negative Auswirkungen gesehen. Einige der negativen Bewertungen wiegen allerdings besonders stark. Beispielsweise herrscht die allgemeine Meinung, dass der landwirtschaftliche Sektor sehr gelitten hat (71%), dass es jetzt mehr Bürokratie als vorher gibt (67%), dass die Kriminalität angestiegen ist (54%) und dass unser Land einiges an seiner nationalen Selbstbestimmung verloren hat (58%).

Positive Auswirkungen werden z.B. im Bereich des Außenhandels (45% positiv, 5% negativ), der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung (31% positiv, 6% negativ), der Zinssätze (39% positiv, 7% negativ), im Bereich Wissenschaft und Forschung (28% positiv, 2% negativ) und sogar im Umweltschutz (31% positiv, 13% negativ) gesehen.

In den meisten Bereichen sehen die Menschen jedoch keinerlei nennenswerten positiven oder negativen Auswirkungen, doch wenn überhaupt, dann überwiegen die negativen gegenüber den positiven Einschätzungen. Zu den meist neutral eingeschätzten Bereichen gehören unter anderem Bildung (66% sehen keine Veränderung), Kultur (64%), Finnlands Beziehungen zu Russland (65%), die Zusammenarbeit der nordischen Länder (54%), die Gleichstellung

der Geschlechter (74%), allgemeine Arbeitsbedingungen (68%), der eigene Lebensstandard (68%) und sogar der Grad der Besteuerung (67%).

Besonders interessant sind die Antworten im Hinblick auf Finnlands sicherheitspolitische Situation. 50% der Befragten sehen überhaupt keine Änderung, 23% sehen eher positive und 13% eher negative Auswirkungen auf diesen Bereich durch Finnlands EU-Mitgliedschaft.

Als man diese aktuellen Umfrageergebnisse mit den Erwartungen aus dem Jahre 1994 verglich, gab es in einigen Bereichen positive Überraschungen, insbesondere im Bereich der sozialen Sicherheit, bei Finnlands Beziehungen zu Russland, im Gesundheitswesen, bei der Geschlechtergleichstellung, der Qualität der Lebensmittel und den Zinssätzen. Überraschend negativ im Vergleich dazu fielen die Meinungen über das Preisniveau von Lebensmitteln und das Preisniveau im Allgemeinen, über die Position von Unternehmen und den Außenhandel aus. Dort, wo es den Umfragen zufolge positive Überraschungen gab, herrschten ursprünglich ungerechtfertigte Ängste vor. Im Gegensatz dazu war die Erwartungshaltung in den Bereichen, die negative Überraschungen in der Umfrage hervorbrachten, zu hoch gewesen.

Sowohl bei den Anhängern der Sozialdemokraten als auch bei denen der Konservativen hat sich die allgemeine Einstellung hinsichtlich der EU nach dem Volksentscheid kaum geändert. Die Zahl der EU-Gegner ist mit 16 bzw. 14% in beiden Parteien sehr niedrig, während die Zahl der Befürworter bei beiden über 50% (52 bzw. 62%) liegt. Zählt man zu letzterem Wert noch die Zahl derjenigen hinzu, die sich neutral geben, so haben die Anhänger beider Parteien mit 82 bzw. 86% eine insgesamt sehr positive Haltung gegenüber der EU.

Bei der Zentrumspartei, den Grünen und dem Linksbund dagegen hat sich die Haltung der Anhänger verändert. Darf man den Zahlen Glauben schenken, so herrscht bei all diesen Gruppierungen jetzt eher eine allgemeine Akzeptanz als eine Ablehnung der EU. Addiert man die Zahl der Befürworter mit der der Neutralen und nimmt diese als die Gesamtzahl der allgemeinen Befürworter, so erhält man folgende Verteilung: Zentrumspartei 56%, die Grünen 76% und der Linksbund 50%. Dabei ist der Vergleich zwischen Grünen und Linksbund am interessantesten. Die Entwicklung hin zu einer positiven Haltung gegenüber der EU war bei den Anhängern der Grünen viel rasanter als bei denen des Linksbundes. Dies lässt sich meiner Meinung nach mit den Persönlichkeiten der Politiker erklären, die die jeweiligen Parteien im Europäischen Parlament vertreten. Die Grünen hatten jeweils immer zwei Vertreter, die seit den Parlamentswahlen 1995 als Abgeordnete in den beiden Europa-Parlamenten saßen. Der Linksbund dagegen hatte in der ersten Legislaturperiode nach den Wahlen noch zwei Europaabgeordnete, 2003 saß nur noch einer im Europa-Parlament. Während die Abgeordneten der Grünen äußerst vehemente (und sehr populäre) EU-Befürworter sind, hat der eine Vertreter des Linksbundes, der mit einem

sehr großen Stimmenanteil beide Male gewählt worden war, als Einziger der insgesamt 16 finnischen Europa-Abgeordneten immer eine sehr kritische und negative Haltung gegenüber der EU an den Tag gelegt.

2.3. Perspektiven für die Zukunft

Spricht man nicht direkt über die finnische Mitgliedschaft in der EU, sondern über die EU als Institution, ist die Haltung der Finnen zwiespältig. Eine der jährlichen Meinungsumfragen diesbezüglich enthält die Aussage: »Obgleich die EU ihre Probleme hat, so ist sie doch die einzige Kraft, die die Entwicklung in Europa steuern und vorantreiben kann.« Seit 1993 ist als Antwort darauf fast immer die gleiche prozentuale Aufteilung zu erkennen: Etwa 35% stimmen der Aussage zu, ca. 35% stimmen ihr nicht zu, und 30% haben keine Meinung.

Die richtige Interpretation dieses Ergebnisses ist meiner Meinung nach, dass der nationale Rahmen als Anhaltspunkt immer noch selbstverständlich und ganz natürlich für die Menschen ist. Es überfordert die meisten Leute, wenn sie supranationale Institutionen bewerten sollen. Genau in dieser Tatsache liegt die positive Herausforderung für die linksdemokratischen Parteien Europas. Es gibt ihnen die Möglichkeit, eine neue attraktive Form der Politik zu gestalten. Würden alle linksdemokratischen Parteien gemeinsam eine klare und programmatisch befürwortende Antwort auf die obige Aussage finden, so würde dies eine neue und überzeugende Grundlage für eine frische politische Vorgehensweise des linken Flügels in Europa schaffen. Eine grundlegende gemeinsame Übereinstimmung ist notwendig, da eine überzeugende Politik der europäischen Linken nur von einer allgemeinen europäischen Plattform aus geführt werden kann, die in mehreren Mitgliedstaaten der EU Unterstützung findet.

Der 1. Mai 2004 wird die EU sehr verändern. Die Erweiterung der Union führt zu einer neuen politischen Situation. Innerhalb des Linksbundes können wir mit der Haltung unserer Anhänger in Bezug auf die Erweiterungsfrage sehr zufrieden sein. Nur 28% stimmten folgender Aussage nicht zu: »Obgleich die Erweiterung der EU Richtung Osten Ausgaben mit sich bringt, so ist ihre Realisierung sowohl politisch als auch moralisch notwendig.« Die Erweiterung wurde von 72% der Anhänger befürwortet (davon sprachen sich 38% ausdrücklich dafür aus, und 34% hatten keine Meinung). Diese Zahlen lagen somit fast genau im nationalen Durchschnitt.

In der erweiterten EU werden jedoch politische Fragen hinsichtlich der Werte des klassischen Sozialismus, der Arbeiterklasse und der Linken im Allgemeinen nicht verschwinden. Vielmehr werden noch mehr Fragen auftreten, insbesondere zu Werten wie Gleichheit und Solidarität. Politisch gesehen fallen diese Fragen gleichzeitig in viele verschiedene Bereiche wie Beschäftigung, Einkommen, Besteuerung, Bildung, Gesundheitswesen, soziale Dienstleistungen usw. Zudem

gibt es viele »neue Fragen« in Bereichen wie Umweltschutz, Gleichstellung der Geschlechter, Kultur usw. Es ist wichtig zu verstehen, dass die EU nicht nur ein kapitalistisches Binnenmarktprojekt ist, sondern auch zu einem demokratischen Projekt werden kann und muss, das die Interessen der Bürger verfolgt. Wäre es nicht möglich, aus diesem Verständnis heraus einen Entwurf für ein gemeinsames europaweites (EU-weites) Aktionsprogramm zu erarbeiten?

Dies würde natürlich unweigerlich zu Vorschlägen oder Forderungen führen, die »demokratischen Defizite« der derzeitigen EU-Struktur zu verringern. Dies wiederum führt zweifellos zu allgemeineren Fragen über die Voraussetzungen für Demokratie in der neuen Ära der intensiven Globalisierung. In Europa leben heute ca. 350 Mio. Menschen, aber außerhalb Europas leben noch einmal Abermillionen und Milliarden. Die wichtigste Frage für uns als Europäer ist, falls die EU politisch betrachtet ein internationaler Akteur ist, was für eine Rolle spielt sie dann im Zeitalter der Globalisierung?

Eine Diskussion, an der sich der Linksbund sehr aktiv beteiligt, ist die zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Wir gehen davon aus, dass man die Konzepte »Verteidigung« und »internationales Krisenmanagement« klar voneinander trennen muss. Wir können »Verteidigung« im Rahmen von gegenseitigen Sicherheitsgarantien nicht als besonders relevant für die Staaten im heutigen Europa ansehen. Deswegen befürworten wir auch Finnlands offizielle Nichtmitgliedschaft in militärischen Bündnissen. Es gibt kein Sicherheitsdefizit, das durch Finnlands Beitritt zu einem militärischen Bündnis verringert werden würde. Auch sind wir (wie Finnland offiziell) gegen die Bildung eines militärischen Bündnisses (mit gegenseitigen Sicherheitsgarantien) innerhalb der EU. Die NATO als langjährige Institution kann allen Ansprüchen der EU-Mitgliedstaaten in diesem Bereich gerecht werden.

Was unserer Meinung nach wichtig ist, sind die allgemeinen Fähigkeiten der EU im internationalen Krisenmanagement. Wir gehen von der Überzeugung aus, dass die EU in diesem Bereich viel verlässlicher ist, wenn das primäre Ziel der militärischen Zusammenarbeit eine Gewährleistung dieser Fähigkeiten ist und Fragen der »Verteidigung« an sich (in diesem Fall gegenseitige militärische Sicherheitsgarantien) im Rahmen eines anderen Forums behandelt werden. Auch sind wir davon überzeugt, dass Krisenmanagement niemals primär eine militärische Operation, sondern vielmehr eine zivile Operation ist, bei der unter anderem diplomatische, politische und wirtschaftliche Bemühungen im Vordergrund stehen. Aus diesem Grund möchten wir auf die besondere Bedeutung hinweisen, die die Entwicklung von Fähigkeiten und Strukturen der EU für das zivile Krisenmanagement hat.

Auch würden wir gerne die europäische Außen- und Sicherheitspolitik als einen Bereich sehen, dem die linksdemokratischen Parteien der Europäischen Union gemeinsames Interesse entgegenbringen.

Roger Martelli

Linke Parteien in Frankreich

Im Frühjahr 2002 waren die Wahlergebnisse der französischen Linken außergewöhnlich schlecht: Mit kaum mehr als 27% der Stimmen bei den Präsidentschaftswahlen lag sie nur wenig über den Ergebnissen von 1969, bei den Wahlen zur Nationalversammlung verzeichnete sie eines der schlechtesten Ergebnisse während der gesamten Fünften Republik und war kaum besser als bei dem verheerend schlechten Abschneiden von 1993. Im Jahr 1997 gewann sie überraschend die Wahlen, die durch die von Jacques Chirac veranlasste Auflösung des Parlaments nötig geworden waren; die Niederlage von 2002 war der Preis für fünf Jahre Regierungsverantwortung. Der Wiederaufbau der Linken steht von nun an auf der Tagesordnung.

1. Die großen Wahlzyklen¹

Die Entwicklung der Wahlergebnisse insgesamt lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Nach einer Phase des Rückgangs in den 60er und 70er Jahren nahm die Zahl der Stimmenthaltungen dramatisch zu, welche Wahl man auch immer betrachtet. Rechnet man die nicht in den Wählerlisten eingetragenen Personen hinzu, sieht man sich mit einer den Verhältnissen in den USA vergleichbaren Situation konfrontiert. Stimmenthaltungen dieser Größenordnung sind heute in allen sozialen Schichten und allen Regionen festzustellen.

Die Linke hatte nur zwischen 1978 und 1981 eine Mehrheit. Die Rechte jedoch wurde durch das Erstarken der extremen Rechten in Schwierigkeiten gebracht, deren Stimmen ihr im zweiten Wahlgang nicht in vollem Umfang zur Verfügung standen. 1997 hatte das Linksbündnis zwar die Mehrheit in der Nationalversammlung, war jedoch den Wählerstimmen nach in der Minderheit. Und doch ist das Wahlergebnis 2002 nach dem von 1993 das schlechteste während der gesamten Fünften Republik.

1 Siehe dazu den Anhang.

Interne Entwicklungen der Linken sind die entscheidenden Gründe für dieses Ergebnis:

1. Nach drei Jahrzehnten der Führung in der französischen Linken kollabiert die KPF (Kommunistische Partei Frankreichs). Sie erreichte niemals wieder ihren Spitzenwert vom November 1946 mit 28,6% der Stimmen. Zwar stiegen in den 60er Jahren die Wahlergebnisse wieder an, doch wurde dieser Anstieg am Ende des Jahrzehnts unterbrochen. 1981 wurde sie endgültig durch ihren sozialistischen Rivalen verdrängt: Ihr Abstieg hat seither den Charakter einer unumkehrbaren Abwärtsbewegung angenommen, die sie Stufe für Stufe im Jahr 2002 zu dem niedrigsten Ergebnis ihrer gesamten Wahlgeschichte führte (3,4% bei den Präsidentschafts- und 4,8% bei den Parlamentswahlen). Ihre Wählerschaft zog sich zurück, ihre geografische Verteilung ist unausgewogen (die KPF tritt in rund sechzig Departements kaum noch in Erscheinung), die Partei ist überaltert (nahezu drei Viertel der Wähler von Robert Hue sind älter als 45 Jahre), und sie steht nicht mehr für die politische Vertretung der großen Masse des Volkes, vor allem der Arbeiter.

2. Seit 1981 dominiert die Sozialistische Partei die Linke. In den 70er Jahren näherte sich die durch den Parteitag von Epinay völlig umgestaltete Sozialistische Partei (auf diesem Parteitag gelangte mit Francois Mitterand ein von außen kommender Politiker an die Parteispitze) den neuen »sozialen Bewegungen«, also feministischen, regionalistischen, politisch-ökologischen Bewegungen und Selbstverwaltungsbestrebungen. Sie stützte sich auf die Dynamik des Linksbündnisses (das die Kommunistische Partei seit dem Beginn der 60er Jahre auf ihre Fahnen geschrieben hatte), um sich zu profilieren und dabei als politische Formation zu erscheinen, die zugleich links (der Antikapitalismus ist offizielles Parteiprogramm) und realistisch ist. Ihre Wählerschaft nahm zu und veränderte sich: Ausgehend von ihren klassischen Bastionen in Nord-Pas-de-Calais und im französischen Süden gewann sie mehr und mehr die Stimmen der Frauen (die Mehrheit der Wähler von 1988 waren Frauen) und dehnte ihren Einfluss in die Mittelschicht aus. Anfang der 80er Jahre hatte die Sozialistische Partei die KPF in der Arbeiterschaft verdrängt. Doch mit der seit 1982 von den aufeinanderfolgenden sozialistischen Regierungen vertretenen Sparpolitik fiel sie nach und nach in der Gunst der Arbeiter. Seit 1995 kompensieren die Sozialisten diese Verluste durch den steigenden Einfluss auf Angestellte und mittlere und höhere Führungskräfte. Wie wenig stabil diese Verschiebung war, zeigen die Wahlen 2002.

3. Die Grünen stellen die jüngste politische Kraft dar (die Partei wurde im Januar 1984 gegründet). Von Anfang an war das Merkmal, durch das sich die Öko-Partei auszeichnet, ihr Zögern. Zunächst ihre zögerliche Haltung in der Frage nach dem Wesen ihrer Organisation. Die französischen Grünen waren gespalten: auf der einen Seite standen die Verfechter einer effizienten politi-

schen Formation (»parti écologiste« – Ökologische Partei), die auf der politischen Bühne mitzuspielen in der Lage war, auf der anderen Seite standen die Anhänger, die dem Prinzip der Beteiligung an der Regierungsverantwortung in Form einer klassischen Partei abgeschworen hatten (»confédération écologiste« – Ökologisches Bündnis). Zögerlich war ihre Haltung auch in Bezug auf die politischen Ziele: Die französischen Grünen wechselten von der Verlockung einer eigenen Identität (Antoine Waechter, 1989-1993) nach der für sie misslungenen Wahl von 1993 ins Lager der Linken (Dominique Voynet, 1993-2002). Obwohl sie eine Bewegung mit weniger als 10.000 Mitgliedern sind, konnten die Grünen ihre Wählerbasis schrittweise erweitern. Waren sie anfangs in der Mittelschicht und in den einkommensstarken Kreisen verankert, breitete sich ihr Einfluss, trotz bedeutender Unterschiede bei den einzelnen Wahlen, landesweit und auf die verschiedenen Einkommensschichten aus. Trotzdem bleibt das Wahlverhalten der Wähler sehr ungewiss: Anfang der 90er Jahre sah es so aus, als ob die Grünen in der Lage wären, die durch die Jahre der Mitterand-Regierung verbrauchte Sozialdemokratie abzulösen (14% bei den Regionalwahlen von 1992). Sie scheiterten jedoch bei den Parlamentswahlen von 1993 (3,6%) und den Präsidentschaftswahlen von 1995 (3,3%); bei den Wahlen zum Europäischen Parlament von 1999 verzeichneten sie einen neuen Höchststand (9,7%), den sie jedoch bei den Parlamentswahlen von 2002 nicht halten konnten (4,5% gegenüber 4,2% im Jahr 1997).

4. Die extreme Linke war lange Zeit aus dem von der KPF besetzten politischen Feld »links von links« ausgegrenzt. Sie hatte ihre Wurzeln vor allem in der studentischen Jugend und zeichnete sich stets durch ihre Zersplitterung (Trotzkismus, Maoismus, Anarchismus) und durch ihre sehr schwache Wählerbasis aus. Der Niedergang der Kommunistischen Partei schuf Platz zumindest für die beiden trotzkistischen Hauptgruppen Frankreichs: »Lutte ouvrière« (LO – Arbeiterkampf), die über einige Verbindungen zu den Gewerkschaften (CGT und vor allem FO) eher in der Welt der Arbeiter präsent ist, profitierte davon, dass Arlette Laguiller bei allen Präsidentschaftswahlen seit 1974 kandidierte; die »Ligue communiste révolutionnaire« (LCR revolutionär-kommunistische Liga) engagierte sich seit Ende der 80er Jahre in der »sozialen Bewegung«. In den 90er Jahren gelang es der extremen Linken, die als Folge der langen wirtschaftlichen Depression der »neoliberalen« Jahre einsetzende Radikalisierung der linken Bewegung zu ihren Gunsten aufzufangen. Sie erzielte auf diese Weise Wahlerfolge, etwa bei den Regionalwahlen 1998 (22 Abgeordnete zogen in die Regionalräte ein), bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1999 (5,2% stimmten für die Liste LO-LCR) und vor allem bei den Präsidentschaftswahlen von 1995, bei der die drei trotzkistischen Kandidaten zusammen fast 10,5% der Stimmen erhielten und damit zwei von ihnen deutlich vor der KPF lagen.

2. Welche Zukunft hat die Linke?

2.1. Die Situation der politischen Kräfte Frankreichs

2.1.1. Die Sozialistische Partei

Im Jahr 1993 markierte der Zusammenbruch der Sozialistischen Partei auf spektakuläre Weise das Ende der Ära Mitterand. Die Zeit für einen kompletten Neuaufbau war gekommen. In der ersten Zeit nutzte Michel Rocard die Schwäche seiner Konkurrenten (insbesondere die von Laurent Fabius), um die Führung in der Partei zu übernehmen und sie zu »modernisieren«, wobei er an seine Vorgehensweise der Jahre 1970 bis 1980 anknüpfte, als er noch der Haupttrivale Mitterands war. Da die Schwächung der KPF der Idee Recht zu geben schien, dass sich die Linke um die Sozialisten neu gruppieren wird, trat Rocard zur gleichen Zeit mit seiner Idee einer theoretischen Erneuerung des Sozialismus und einer grundlegenden Neuordnung der Linken durch die »Konferenz zur sozialen Transformation« vor die Öffentlichkeit. Der Versuch scheiterte jedoch schnell aufgrund des persönlichen Misserfolgs des ehemaligen Premierministers bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1994 (seine Liste erhielt lediglich 14% der Stimmen).

Nach einer Phase der Ungewissheit übernahm Lionel Jospin (er stand von 1981 bis 1988 als Nachfolger Mitterands an der Spitze der Partei) überraschenderweise die Führung der Partei. Er tat dies in einer kritischen Haltung und beanspruchte das »Recht auf eine Inventur« der Ära Mitterands, und er stellte sich auf eine Position, die linker war, als es sich die Erben der durch Michel Rocard vertretenen »Zweiten Linken« wünschten. Die Präsidentschaftswahlen von 1995 brachten Jospin (47,4% im zweiten Wahlgang) an die Spitze der Partei. 1997 gewann er völlig überraschend die Parlamentswahlen, wobei er seine reformistische Verankerung beibehielt und gleichzeitig auf die klare Strategie eines Bündnisses mit den übrigen linken Kräften setzte. Nach der Parlamentswahl stand Lionel Jospin daher an der Spitze einer mit den Kommunisten und den Grünen gebildeten Regierung der »Linkskoalition«. Er hatte damit sein Ziel einer Neuordnung der Partei erreicht, wobei er sich von der Logik der alten Strömungen freimachte (nur die linken Strömungen hielten sich trotz des 1993 auf »republikanischer« Grundlage erfolgten Ausscheidens Jean-Pierre Chevènements bei ungefähr einem Viertel der Parteimitglieder).

In der ersten Zeit verfolgte die Regierung Jospin in der Reformpolitik eine recht klassische Linie (vor allem in der Frage der 35-Stunden-Woche), wobei sie von der günstigen Wirtschaftskonjunktur profitierte, die die Zwänge der nach den Maastricht-Kriterien notwendigen Haushaltskonsolidierung milderte. Doch die Konjunkturanfälligkeit und das Fehlen einer kohärenten Politik zur

Ankurbelung des Konsums wie auch das zögerliche Angehen von Reformen in einigen entscheidenden Bereichen (vor allem in der Steuerpolitik) machten die sozialistische Führung derart vorsichtig, dass ihr Ansatz sich nur geringfügig von dem britischen »Dritten Weg« Tony Blairs unterschied, auch wenn die französischen Sozialisten diese Politik offiziell ablehnten.

Die schlechten Ergebnisse bei den Gemeindewahlen 2001 waren also auch eine Warnung, die die Regierung nicht wahrhaben wollte, obwohl Kommunisten und Grüne eine klare Änderung der allgemeinen politischen Richtung nachdrücklich forderten. Der Druck der sozialen Bewegung zu Fragen der Löhne und der Sozialversicherung sowie zur Regelung des Problems der ohne Ausweispapire in Frankreich lebenden Einwanderer (»sans-papier«) vergrößerte die Kluft zwischen der sozialistischen Führung und der linken Basis. Bedingt durch den nahen Wahltermin 2002 war die interne Kritik in der Sozialistischen Partei begrenzt, obwohl die Strategiedebatten, die die politischen Führer wie üblich für ihre Positionierung nutzten, nie ganz verstummten: Während die sozialistische Linke und der Kreis um Henri Emmanuelli weiterhin klassisch-linke Positionen vertraten, schlugen Laurent Fabius und Dominique Strauss-Kahn einen Ton an, der stark an die »sozial-liberale« europäische Ausrichtung erinnerte.

2.1.2. Die Kommunistische Partei

Die KPF schaffte es nicht, sich aus der tiefen Krise, die mit dem Scheitern des Linksbündnisses 1978 begonnen hatte und 1984 durch das schlechte Abschneiden bei den Wahlen zum Europäischen Parlament noch verstärkt worden war, zu befreien. Das trotz der Reformversuche Michael Gorbatschows zusammenbrechende sowjetische System verstärkte diesen Prozess nur noch. Nach der Gegenbewegung zunächst der »rénovateurs« (Erneuerer) im Jahr 1984 (Pierre Juquin) und später der »reconstructeurs (Wiederaufbauer) von 1987 (Claude Poperen, Marcel Rigout) waren es die »refondateurs« (Neugründer), die sich gegen die Beschlüsse des Generalsekretärs Georges Marchais (1970-1994) auflehnten. Auch wenn es die »Neugründer« im Gegensatz zu ihren Vorgängern schafften, in der Partei zu bleiben, konnten sie doch gegen die geschlossene Meinung einer Mehrheit nichts ausrichten, die in der Forderung nach Erneuerung wie übrigens auch in den Bemühungen Gorbatschows den Keim der Zerstörung der kommunistischen Ideale sah.

Es musste das Jahr 1994 und die Ablösung Georges Marchais durch den Fraktionschef Robert Hue abgewartet werden, damit der Versuch eines »Aggiornamento« unternommen werden konnte. Unter dem Schlagwort der »Veränderung« nahm der neue Parteichef eine in der Tat erstaunliche Entwicklung in Angriff, die ihn teilweise in die Nähe der kritischen Argumente der Neugründer brachte. Sein erfolgreiches Auftreten bei den Präsidentschaftswahlen und

der Teilerfolg bei den Parlamentswahlen von 1997 (die KPF lag bei fast 10% und kam in die Regierung) festigten seine Position in der Partei. Doch seine Politik der »Veränderung« stieß in der Partei auf zahlreiche Vorbehalte. Hinzu kamen eine relativ unklare ideologisch-strategische Ausrichtung und die Zwänge, die sich aus der Beteiligung an der mehr denn je von der Sozialistischen Partei dominierten Regierung ergaben, die dazu führten, dass die Botschaft der neuen Führungsmannschaft wenig Gehör fand. Ungeachtet des Misserfolgs bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1999 (6,8%) versuchte Robert Hue, die Dynamik der Erneuerung beizubehalten und trat für die Gründung einer »neuen kommunistischen Partei« ein, eine Idee, die im Frühjahr 2002 auf dem Parteitag in Martigue angenommen wurde.

Der Beschluss blieb jedoch im Wesentlichen auf dem Papier. Grund dafür war die Tatsache, dass es innerhalb der Partei und an ihren Außenrändern keine Kräfte für einen gemeinsamen Aufbau gab. Die während des Parteitags ruhenden internen Meinungsverschiedenheiten brachen 2001 von neuem auf, angefacht durch Zweifel an der Wirksamkeit der Strategie einer Linkskoalition. Außerdem setzte sich der Prozess der Auflösung des Mitgliederbestandes fort: Während die KPF 1979 von offiziell 700.000 Mitgliedern sprach, zählte sie im Jahr 2000 nicht mehr als 180.000 und hatte, aller Wahrscheinlichkeit nach, vor den Wahlen 2002 weniger als 150.000 Mitglieder. Der Rückgang in den Mitgliederzahlen ging mit einem allgemeinen Absinken auch aller anderen Indikatoren einher: Die Zahl der Parteigruppen sank (13.000 im Jahr 2000 gegenüber 28.000 im Jahr 1978), die Presseverbreitung ging zurück (L'Humanité erreichte im Jahr 2000 eine Auflage von weniger als 40.000 Exemplaren gegenüber 120.000 Exemplaren im Jahr 1982).

Die KPF stellt sich als eine gealterte Partei dar, die ihre ideologischen Grundlagen aus der Epoche des »Marxismus-Leninismus« verloren hat und in der die erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen nur noch durch ihre Vergangenheit vertreten sind: Zu Beginn des neuen Jahrtausends steht die Identifizierung mit der Partei auf dem Spiel.

2.1.3. Die Grünen

Als Dominique Voynet 1993 die Führung der Grünen übernahm, markierte das den Beginn einer neuen Phase in der Geschichte der ökologischen Partei. Am Vorabend der Parlamentswahlen von 1993 machten die Grünen den Eindruck einer expandierenden Formation, fast den einer möglichen Ablösung der Sozialisten: Ihr innovatives Verhalten, ihr Charakter einer Bewegung, ihr gutes Image bei der Jugend und den Arbeitnehmern riefen Erinnerungen an die Dynamik der »neuen sozialistischen Partei« in der ersten Hälfte der 70er Jahre wach. Das Festhalten an der durch Antoine Waechter durchgesetzten

fundamentalistischen Linie («weder rechts noch links») hinderte die Grünen daran, ihren Erfolg bei den Parlamentswahlen von 1993 umzusetzen. Diese negative Erfahrung gab denjenigen Recht, die wie Dominique Voynet schon seit Jahren an einer Annäherung zwischen den Grünen und der radikalen Linken arbeiteten.

D. Voynet profitierte also anfangs von einem gewissen Konsens zwischen den Grünen, die sich in den »sozialen Bewegungen« engagierten, und den »Linken« in der grünen Bewegung (die im Wesentlichen von dem Wirtschaftswissenschaftler Alain Lipietz vertreten werden). Dieser Konsens wurde jedoch zum Preis des Verdrängens der Grundsatzdebatten innerhalb der Linken erreicht: Zwischen der alternativen ökologischen Tradition (lange Zeit vertreten durch die deutschen Grünen) und der »liberal-freiheitlichen« Strömung war das Gleichgewicht nicht leicht herzustellen, und die Regierungsbeteiligung der Grünen – Dominique Voynet selbst wurde Umweltministerin – verschärfte das Problem noch.

Welchen Platz sollen die Grünen einnehmen? Sollen sie sich auf den Boden einer gewissen sozialen Radikalität stellen, wie es die Parteilinken und die Aktivistinnen in den Verbänden wollen? Oder sollen sie ihr Tun darauf ausrichten, der bevorzugte Partner der Sozialistischen Partei zu werden, um den bis jetzt durch die KPF eingenommenen Platz zu besetzen und irgendwann selbst an erster Stelle zu stehen? Der versteckt lauende Konflikt brach teilweise 1999 mit der medienwirksamen Kandidatur von Daniel Cohn-Bendit aus. Er setzte sich für eine eindeutig »liberal-libertinäre« Politik ein, die im europäischen Rahmen den Markt akzeptiert und mit den kritischen Stimmen der »Alt-Achtundsechziger« und ihrer Bewegung in Einklang bringt. Trotz seines relativen Wahlerfolges (9,7%) konnte sich »Dany« in der französischen Organisation nicht durchsetzen. Nach vehementen internen Auseinandersetzungen – ein Bild, das die Grünen häufig bieten – wurde Noel Mamère ausgewählt, in den Präsidentschaftswahlen die Farben der Grünen zu verteidigen. Der Abgeordnete aus der Gironde besitzt drei Vorteile: Er ist medienwirksam; er hat sich mehrfach mit entschiedener Kritik zu Regierungsentscheidungen geäußert (vor allem zu Fragen der Sicherheit); er ist gleichzeitig mit Cohn-Bendit befreundet und unterstützte ihn bei den Wahlen zum Europaparlament.

Mit diesem instabilen Gleichgewicht gingen die Grünen im Frühjahr 2002 in die Wahl. Die Ergebnisse sind gemischt: Mamère übersprang die 5%-Hürde und machte die Grünen zur zweitstärksten Partei des Regierungsbündnisses; doch obwohl sie sich gegenüber den Parlamentswahlen 1997 leicht verbesserte, hat die Partei weniger Abgeordnete in der Nationalversammlung.

2.1.4. Die extreme Linke

Können die trotzkistischen Gruppierungen 2002 an die Wahlerfolge der letzten Jahre anknüpfen? Nach den Regionalwahlen von 1998 war sich die LCR sicher, dass aufgrund des Linksbündnisses ein Zusammengehen mit den Kommunisten und den Grünen ausgeschlossen ist. So beschloss man in Alain Krivines Partei ein Zusammengehen mit Lutte Ouvrière, ungeachtet der alten Rivalitäten und der zweifellos bestehenden kulturellen Unterschiede: Die kompromisslose Radikalität von LO passt nicht zu dem intellektuellen und offenen Ansatz, der die LCR seit langem auszeichnete.

Die gemeinsame Ablehnung der Regierungspolitik beförderte das Bündnis zwischen den beiden konkurrierenden Parteien. Anlass zu dem Bündnis waren die Wahlen zum Europäischen Parlament, bei denen die Liste LO-LCR die 5%-Hürde übersprang und es damit linksextremen Gruppierungen zum ersten Mal gelang, in das Europaparlament einzuziehen. Doch der Zusammenschluss war von kurzer Dauer: Die kulturellen Differenzen und insbesondere die Unterschiede im Verhalten gegenüber der sozialen Bewegung brachen schließlich auf, und die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen ließen bei der LO den Gedanken entstehen, von der Popularität Arlette Laguillers allein zu profitieren.

Die beiden Parteien zogen also getrennt in den Kampf. In der ersten Zeit schien es, dass »Lutte Ouvrière« von der noch frischen Trennung klar profitierte, denn in den Meinungsumfragen erreichte die Partei Werte von bis zu 10%. Aber der engstirnige und sich ewig wiederholende Diskurs führte schließlich bei einem Teil der potenziellen Wählerschaft zu Überdruß. Demgegenüber hatte es die LCR mit der Wahl eines jungen unbekanntem Aktivisten, dem Briefträger Olivier Besancenot, verstanden, die Radikalität eines sich scharf gegen die Linkskoalition wendenden Diskurses mit einer gewissen Modernität im Stil zu verbinden, was einen nicht zu vernachlässigenden Teil der Jugend und der Arbeitnehmer anzog. Insgesamt jedoch wurden durch das gute Abschneiden der LCR erstaunlicherweise die parteiinternen Diskussionen neu entfacht, da nicht alle die Annäherung an die äußerst sektiererische LO von Arlette Laguiller begrüßt hatten: In den 80er Jahren hatte die LCR den Beschluss gefasst, sich der sozialen Bewegung anzuschließen, und in der Allianz mit der LO sahen viele einen Bruch mit diesem Beschluss. Dass Alain Kriviers Zögling fast gleichauf mit der medienwirksamen »Arlette« lag, bestärkte die Aktivisten in ihrer Auffassung, dass die sektiererische Haltung der LO ein Hindernis sei und die LCR sehr gut allein von der Radikalisierung des sozialen Konfliktes profitieren könne.

Doch die den Präsidentschaftswahlen nachfolgenden Parlamentswahlen haben gezeigt, dass, auch wenn die trotzkistischen Gruppierungen ein wirklich historisches Wahlergebnis erzielten und sogar die KPF hinter sich ließen, sie territorial nicht verwurzelt sind, was für die Festigung ihres politischen

Einflusses nötig wäre. Der Erfolg der Präsidentschafts- und die Enttäuschung der Parlamentswahlen entfachte so erneut die Strategiedebatten innerhalb des französischen Trotzismus.

2.2. Die strategischen Debatten innerhalb der Linken

In den 60er Jahren, als die Institutionen der Fünften Republik die Spaltung in Linke und Rechte reaktivierten, wiederholte die KPF geduldig ihre Parole von der Union der Linkskräfte. In den 70er Jahren wurde diese Gemeinschaft realisiert, doch zum Nachteil der Kommunisten und zum Vorteil Francois Mitterrands. Die 80er und 90er Jahre wurden also bestimmt von einer nie infrage gestellten Dominanz einer sozialistischen Partei, die es verstanden hatte, den symbolischen Bruch von 1968 zum eigenen Vorteil zu verarbeiten. Die Niederlage der Linken bei den Parlamentswahlen von 1993 schien das Ende der sozialistischen Ära einzuleiten; das Überraschungsergebnis von 1997 gab ihr die Chance einer Neuaufgabe, wobei das von Lionel Jospin gewünschte Linksbündnis die Regierungsverantwortung übernahm.

Mit dem Ausgang der Wahlen von 2002 veränderte sich die Situation der Linken. Die Sozialisten erlitten bei den Präsidentschaftswahlen eine furchtbare Niederlage, wobei die Parlamentswahlen auch zeigten, dass sie nach wie vor die zur Zeit dominierende linke Kraft sind. Die Grünen konnten ihren Platz in der politischen Landschaft Frankreichs festigen, ohne jedoch den der KPF einnehmen zu können. Die extreme Linke hatte im Spiel der institutionalisierten Linken die Rolle des Spielverderbers übernommen, blieb jedoch in ihrem Wirken durch die unzureichende regionale Verankerung eingeschränkt, an der auch die Regionalwahlen von 1998 und die Kommunalwahlen von 2001 nicht wirklich etwas änderten. Die KPF hingegen blieb auf der Strecke, bewahrte sich jedoch eine solide lokale Grundlage und hat den Trumpf einer Parlamentsfraktion, die ihre Positionen in den zu erwartenden Debatten geschickt einzubringen versteht. Insgesamt betrachtet muss sich die Linke auf neue Kräfte besinnen.

2.2.1. Die Sozialistische Partei

Für die Sozialistische Partei ist der Zeitpunkt einer Neuordnung noch nicht gekommen, doch muss sie aufpassen, den Moment nicht zu verpassen. Offiziell hat sich die Mehrheit der Partei gegen die »sozial-liberale« Richtung der britischen Labour-Partei ausgesprochen. Der von Tony Blair propagierte »Dritte Weg« steht für die Suche nach einer Art Ersatz für den Wohlfahrtsstaat, der die sozialdemokratische Entwicklung der Nachkriegszeit bestimmte hatte. Folglich haben die theoretischen Überlegungen von Ulrich Beck und Anthony Giddens bis heute die französischen Sozialisten nicht überzeugt, da sie mit der historisch

bedingten unausrottbaren Lebenskraft einer radikalen politischen Strömung rechnen müssen, die im angelsächsischen Raum kaum vorhanden ist. Lionel Jospin pflegte daher die Unterschiede zu seinem britischen Amtskollegen. Doch auch wenn sich der Diskurs der französischen Sozialisten von dem jenseits des Ärmelkanals unterscheidet, scheint sich doch die stärker sozial ausgerichtete französische Regierungspolitik von der an den Ufern der Themse verfolgten Richtung nicht allzu sehr zu unterscheiden. Auf europäischer Ebene wird Lionel Jospin innerhalb der Sozialdemokraten als ein Gegengewicht zum »Blairismus« wahrgenommen. In Frankreich trifft dies dagegen nicht zu, hier haben die Einwände der sozialen Bewegung ernste Zweifel an der Reformkraft und dem sozialen Engagement der Regierung aufkommen lassen. Wenn sie heute zwischen Sozial-Liberalismus und Sozial-Demokratie wählen müsste, worauf würde sie die Wahl wohl gründen?

Die dominierende Kraft des der Vergangenheit angehörenden Linksbündnisses befindet sich in der Krise. Was ist den Sozialisten widerfahren? Haben sie schlecht regiert? Ja und nein, antwortet Henri Emmanuelli: Seit 2000 verzichtete die Regierung darauf, Reformen durchzuführen, und ist »zum Verwalter einer sozial-liberal geprägten Phase« geworden (Libération, 12. September). Ein trügerisches Argument, behaupten zehn Tage später Alain Bergounioux und Henri Weber (Libération, 23. September): Reformen ziehen sich durch die gesamte Legislaturperiode. Sie meinen jedoch auch, dass es den Sozialisten nicht gelungen sei, die »realistische Utopie zu verkörpern, ohne die sich die Bürger zurückziehen«. Was tun? Die Liste der Antworten, die die Sozialisten vorschlagen, ist lang. Theoretisch will keiner dem britischen Beispiel folgen: Laurent Fabius lehnt es ab, als geklonter Tony Blair daherzukommen, und Dominique Strauss-Kahn schwört bei allem, was ihm heilig ist, dass er nicht liberal sei. Doch der Fabius-Anhänger Henri Weber diskutiert öffentlich mit Jean-Marie Bockel, der aus seiner Bewunderung für den Führer der englischen Labour-Partei keinen Hehl macht.

Am Tag nach der Wahl, die mit aller Deutlichkeit den Vertrauensentzug des Volkes für die Linke deutlich gemacht hatte, war man nicht gut beraten, wenn man sich in der Sozialistischen Partei zu weit »rechts« zeigte. Bis heute befinden sich die eindeutig linken Strömungen im Aufwind. Henri Emmanuelli, der 1995 gegen Lionel Jospin im Vorentscheid zum Präsidentschaftskandidaten angetreten war, veröffentlichte sofort seinen Appell, das »Zentrum der Schwerkraft in der Sozialistischen Partei zu verschieben«, um, wie er hinzufügte, es »wieder links zu verankern«. Ihm schloss sich ein Teil der sozialistischen Linken um Jean-Luc Mélançon an. Julien Dray dagegen folgte ihnen nicht: Er hielt es lieber mit den alten »Jospinisten« wie Jean-Marie Peillon oder dem populären Arnaud Montebourg, um mit ihnen gemeinsam dem Bedürfnis nach einer »Neuen Sozialistischen Partei« nachzukommen, während sich Martine Aubry Ende Juni

darauf beschränkte, mit ehrlicher Überzeugungskraft von den Sozialisten eine »Allianz der Ausgegrenzten, der unteren und mittleren Klassen« zu fordern, was für sie auch bedeutete, den Gemeinschaftssinn wieder zu entdecken, den die liberale »Individualisierung« zurückgedrängt hatte.

Welche politischen Inhalte und welche Allianzen werden gebraucht?

- Insgesamt bleiben die Sozialisten ihrer Logik des herrschenden ökonomischen Systems treu. Der Fragebogen, der Anfang September an die Mitglieder versandt wurde, erinnert daran, dass es das Ziel der Sozialisten ist, »den Kapitalismus zu steuern«, und selbst Henri Emmanuelli, der sich gegen einen »pseudorevolutionären Diskurs des Bruchs« mit dieser Gesellschaftsordnung aussprach, ließ den Gedanken einer »Unterstützung der Marktwirtschaft« zu, wobei er hinzufügt, dass man sich ihr nicht »unterwerfen und vorbehaltlos verschreiben« dürfe. Innerhalb dieser gemeinsamen Vorgehensweise, die langfristig die Grundlage der sozialdemokratischen Herausforderung bildet, zeichnen sich jedoch unterschiedliche Modalitäten ab. Als Leser der Theoretiker des Sozial-Liberalismus ziehen die Fabius-Anhänger eine Chancengleichheit für jeden Menschen der traditionellen Logik einer Verteilungsgleichheit vor. Der linke Flügel dagegen scheint sich eher der Suche nach einer Politik der sozialen Umverteilung verschrieben zu haben, die sich auf die Erhaltung eines staatlichen Sektors stützt.

- Mit welchen Allianzen soll all dies erreicht werden? Die provisorische, von Francois Hollande (der sich kürzlich zu einem von der stärksten Partei genau kontrollierten Linksbündnis bekannte) vertretene Hauptachse behält natürlich die »Sammlung der Linken« als Ziel bei. Aber sie sträubt sich noch gegen das Projekt einer Einheitspartei, dessen Wirklichkeitsferne die Sozialisten am Ende des Sommers erfahren mussten. Wodurch nun kann dieses Linksbündnis ersetzt werden? Auf diese Frage wird man später antworten. Im Augenblick, so erklärte Francois Hollande auf der Sommeruniversität seiner Partei, »schlage ich vor, dass wir uns nur noch mit uns selbst beschäftigen«.

- Es sind eher die Anhänger des »rechten« Flügels der Sozialistischen Partei, die weiterhin für eine »große Partei der Linken« plädieren. Am 2. Oktober erklärte Dominique Strauss-Kahn, der erste Minister für Wirtschaft und Finanzen im Kabinett Lionel Jospin, in einem Artikel der Zeitung Le Monde, dass man zwischen »Reformen« und »Radikalität« zu wählen und sich zwischen dem Weg einer »linken Partei« und dem eines »radikalen Pols« zu entscheiden habe. Er brachte damit seine Befürchtungen angesichts eines eventuellen Bündnisses mit den Kommunisten, der extremen Linken, den Grünen und einem Teil der sozialen Bewegung zum Ausdruck.

2.2.2. Die Grünen

Seit den Präsidentschaftswahlen zeigen sich die Grünen sehr aktiv und wollen mit einer gewissen politischen Radikalität Boden gewinnen. Noel Mamère zufolge ebnet der Rückgang der Sozialistischen Partei und der KPF den Grünen den Weg, die »durchaus legitimiert sind, eine Mittlerrolle zwischen der politischen und der sozialen Linken, zwischen einer Linken in der Opposition und einer Linken in der Verantwortung zu spielen« (Le Monde, 26. April). Der Kandidat der Umweltpartei bezog während des gesamten Wahlkampfes eine eindeutig »radikale« Stellung. Er strebte an, aus seiner politischen Bewegung auf dieser Grundlage den Ausgangspunkt für eine Neuordnung »all derer, die vom Geist von Seattle und Mailand erfüllt sind«, zu formen. Die Grünen lehnen alles ab, was den Anschein eines »radikalen Pols« weckt und bevorzugen einen Diskussionsraum oder ein »Forum«, wobei sich der Bogen »von Attac bis Act-Up« spannt. Sie hoffen, sich mit der Besetzung des von ihrem neuen Kandidaten beschriebenen Terrains als einzige verbindende Kraft der Linken zu etablieren und sich damit zum Gesprächspartner par excellence für eine Sozialistische Partei zu machen, die »sich auf ein aggiornamento zu bewegen« wird, wie Noel Mamère weiter sagte.

Die Grünen stecken in der Tat in einer seltsamen Situation. Alles in allem könnten sie mit ihren Wahlergebnissen zufrieden sein, denn es sind die besten, die man bei Wahlen dieser Art erzielen kann. Aber ihre zahlenmäßig geringe parlamentarische Vertretung bewirkt, dass ihre Organisation an chronischer Schwäche leidet und ihre institutionelle Einbindung von dem guten Willen eventueller Partner abhängt. Und ob zu Recht oder zu Unrecht: Die ökologische Bewegung hat das bittere Gefühl, dass ihnen ihre Führungspersönlichkeiten zunächst durch die »national-republikanischen« Hoffnungen eines Jean-Pierre Chevènement und später mit dem Durchbruch der trotzlistischen Linken abhanden gekommen sind. Jetzt, wo sich ein Raum vor ihnen aufzutun scheint, beschäftigen sich die Grünen einmal mehr mit internen Querelen, was zu ihren absoluten Stärken gehört. Sie zu entschlüsseln ist übrigens nicht einfach.

Insgesamt fällt das Urteil der Grünen über das Experiment der Regierungsbeteiligung massiv kritisch aus. Ohne Zweifel ist dies der Hauptgrund für den freiwilligen Rückzug von Dominique Voynet, deren politische Amtsführung in den letzten Jahren nicht immer Zustimmung fand. Die ehemalige Umweltministerin kann sich mühen, wie sie will, damit die fünf Jahre ihrer Beteiligung an »der am weitesten links stehenden Regierung in ganz Europa«, wie sie auf der Sommeruniversität der Grünen am 27. August letzten Jahres erklärte, angemessen bewertet werden. Ihre Zuhörer folgen ihr nicht und kritisieren vielmehr den sozial-liberalen Geist der letzten Regierung. Welche Orientierung soll man beibehalten? In den letzten zehn Jahren haben die Grünen aufgrund ihrer internen Meinungsverschiedenheiten und Umgruppierungen viel gezö-

gert: Linksruck Anfang der 90er Jahre (Distanzierung von Antoine Waechter), Versuch der Annäherung an die »kritischen Linken«, 1994 »liberal-libertinäre« Tendenzen mit Daniel Cohn-Bendit, Beteiligung am Linksbündnis 1997 usw. All dies ist vorbei und hinterlässt bei den Grünen eine Erwartung. Was soll man in der Zukunft tun?

- Dominique Voynet hätte vielleicht den Ehrgeiz, die Rolle eines Joschka Fischer in Frankreich zu spielen: Sie hatte jedoch nicht die Mittel dazu, was vor allem daran lag, dass ihr der absolute Führungsanspruch der Sozialistischen Partei Jospins nicht die Möglichkeit dazu gab. Im Herbst zeigte sie offen ihre Präferenz für die Gründung einer zeitlich begrenzten großen Linkspartei unter Einbeziehung der Grünen, was sowohl die Linken unter den Grünen als auch die Anhänger Noel Maméres ablehnten.

- Die von Noel Mamère vertretenen Grünen wünschen sich eine klare linke Verankerung, womit sie sich gegen die sicherheitsbezogenen Entscheidungen sowohl der Rechten wie auch der Sozialistischen Partei wenden. Sie verteidigen die Existenz eines öffentlichen Sektors und verurteilen entschieden die Globalisierung und die sozial-liberalen Denkweisen, die Noel Mamère ohne Zögern der Sozialistischen Partei unterstellt. Er plädiert für ein Engagement der Grünen gegen Globalisierung und Liberalismus. Mit wem kann man zusammen gehen? Die Grünen nennen bereitwillig die soziale Bewegung und kämpfen einhellig gegen die Vorherrschaft der Sozialistischen Partei. Welche Haltung beziehen sie gegenüber den anderen Teilen der Linken? Hier sind die Formulierungen verschwommener. Es gibt eine starke Tendenz, den Aufschwung der Grünen zur Bedingung einer Neugestaltung der Linken zu machen. »Seid stolz, zu den Grünen zu gehören!«, so etwa war der Sinn der Worte Noel Maméres während der jüngsten Sommeruniversität, »geht in die Verbände und zeigt euch dort als streitbare Umweltschützer«. Man kann annehmen, dass der Erfolg ihrer Gesinnungsgenossen jenseits des Rheins die Grünen noch mehr in diese Richtung drängen wird. Doch ihre Situation ist und bleibt trotz aller Bündnismöglichkeiten ungefestigt.

- Die Linken innerhalb der Grünen entwickeln hingegen eine alternative Dynamik, die sich nach wie vor an der Tradition der deutschen Grünen in den 80er Jahren orientiert. Zur Zeit der Präsidentschaftswahlen waren sie unterbewertet, doch scheinen sie von den Entwicklungen nach den Wahlen zu profitieren. Ende November stieg Alain Lipietz, der eine Zeit lang der offizielle Präsidentschaftskandidat der Grünen war, in den Parteistrukturen auf, so dass er in Zukunft eine ganz entscheidende Rolle spielen könnte.

2.2.3. Die Kommunistische Partei Frankreichs

Die Kommunistische Partei ist auf der Suche nach einer Ersatzformel für das Linksbündnis und nach einer Möglichkeit, sich der Vorherrschaft der Sozialistischen Partei zu entziehen. Während seines Wahlkampfes hatte Robert Hue das Kräfteverhältnis der Linken kritisiert und betont, dass man etwas anderes finden müsse. Alternative Vorschläge entwickelte er jedoch nicht. Unmittelbar nach dem ersten Wahlgang formulierte Marie-George Buffet die Idee der Schaffung eines ständigen Forums, das auf die »Mobilisierung aller Kräfte zielen und sich mit den Fragen der sozialen Umgestaltung auf der Ebene der Politik, der Gewerkschaften, der Verbände und der Bürger befassen« sollte. Sie tat das in der Überzeugung, dass die »Linke die Initiative in die Hand nehmen« müsse. Unmittelbar vor dem zweiten Wahlgang wiederholte sie ihren Vorschlag in *Le Monde* vom 4. Mai, wobei »jede Sammlungsbewegung, die lediglich auf einer simplen Addition der Stimmen oder der politischen Kräfte aufbaut«, von ihr abgelehnt wurde. »Wir brauchen«, fuhr sie fort, »eine neue Dynamik des Zusammenschlusses, die sich um einen starken politischen Inhalt organisiert.«

Muss die KPF ihre Strategie nicht noch präzisieren, und muss sie nicht wenigstens in klarer Form über mögliche Perspektiven diskutieren? Diejenigen, die sich selbst als »Neugründer« bezeichneten, verlangen genau das. Seit Jahren schlagen sie eine tiefgreifende Reorganisation der Linken auf der Grundlage eines »neuen Gleichgewichts« vor, wodurch die Vorherrschaft der Sozialisten abgebaut und die weiter links liegenden Komponenten gestärkt werden könnten. Dieser Schritt der Umstrukturierung, der unter dem Schlagwort »radikaler Pol« oder »alternativer Pol« bekannt ist, hat weder die Gründung einer einzelnen politischen Formation auf der Seite der Radikalen noch einen einfachen Zusammenschluss der Organisationen links von der Sozialistischen Partei im Sinn. Aus den Erfahrungen des Dezember 1995 zielt der Vorschlag, den das Wochenblatt der »Neugründer« *Futurs* mehrfach unterbreitet hat, darauf ab, die am stärksten nach »Radikalität« strebenden Kräfte zu sammeln, damit sie ein wirkliches Alternativprojekt zum Liberalismus in Umrissen entwerfen und bei Wahlen den Schwung einer subversiven politischen Dynamik nutzen können. Das ist mehr als ein einfacher Diskussionsraum, der es den einzelnen Parteien überlässe, die Radikalität politisch auszudrücken, und ist gleichzeitig doch weniger als eine homogene politische Formation.

Im Unterschied zu den Ereignissen der 80er Jahre hat die KPF das Experiment ihrer Regierungsbeteiligung bis zum Ende durchgestanden. Sie musste zwar »manchmal die Stimme heben«, wie sie es selbst formuliert, doch sie war bis zum Schluss in der Regierung vertreten und hat damit grosso modo die Spielregeln der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse eingehalten. Jetzt muss sie für ihre damalige politische Entscheidung geradestehen. Wie kann man aus der Talsohle herauskommen? Am 26. Juni diesen Jahres stellte

Marie-George Buffet auf der Nationalkonferenz in Gennevilliers noch einmal die Fragen, die sie in ihrem Schlusswort auf dem Parteitag im vergangenen Jahr schon gestellt hatte. Ist die Zersplitterung der Kräfte, »die etwas anderes erwarten, nicht die Ursache für unsere Wirkungslosigkeit«, formulierte sie und setzte auf der gleichen Linie fort: »Muss man nicht aus diesem Anspruch – der Fähigkeit dieser Kräfte zur sozialen Umgestaltung genügend Gewicht zu geben – eine strategische Frage machen?«

Doch die Gestaltung des politischen Weges führt schnell zu Diskussionen in einer Partei, in der alle danach zu streben scheinen, die faktische Unterordnung unter die von der Sozialistischen Partei durchgesetzten Mehrheitsentscheidungen zu durchbrechen. Ein Teil der Mitglieder der KPF wie auch der Parteiführung sucht nach Bündnismöglichkeiten links von der Sozialistischen Partei. Niemand, noch nicht einmal diejenigen, die auf die Gründung eines »radikalen Pols« orientieren, scheint dabei die Gründung eines engen Zusammenschlusses mit den Organisationen der extremen Linken anzustreben. Doch die Kommunisten zögern, wenn es um die Nutzung der politischen Konvergenzen geht. Muss man versuchen, sich von den bestehenden Gruppierungen zu lösen und die Millionen von Menschen, die ihrem Wunsch nach einer Alternative Ausdruck verliehen haben oder sich der Stimme enthielten, direkt zusammenzuführen? Dies würde voraussetzen, dass die KPF eine Fähigkeit der Sammlung verschiedener Kräfte entwickelt, von der die anderen, ob nun einfache Mitglieder oder politisch Verantwortliche, weit entfernt sind. Herstellung neuer Beziehungen zum Volk, Entwicklung anderer Formen des Umgangs mit den Verbänden, Suche nach Konvergenzen, einschließlich von Wahlbündnissen, mit allen radikalen Gruppierungen – das wären die anzustrebenden Ziele. Hierfür müssen jedoch Vorurteile überwunden werden, die immer noch viele Mitglieder haben und ein Grund für ihre vehemente Ablehnung der Sozialdemokratie und der extremen Linken sind.

2.2.4.. Die extreme Linke

Wird die extreme Linke in der Lage sein, ihren Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen fruchtbringend für sich zu nutzen? Die unnachgiebige Haltung von Arlette Laguiller im zweiten Wahlgang (sie hatte es entschieden abgelehnt, ihren Anhängern eine Wahlempfehlung für Jaques Chirac zu geben) zeigt, dass der Wahlerfolg nichts an der strategischen Ausrichtung der äußerst sektiererischen »Union Communiste Internationaliste« geändert hat. Am Abend des 21. April versicherten die Freunde Arlette Laguillers lediglich, »dass es in Zukunft für die verschiedenen Abteilungen der extremen Linken darauf ankommen wird, abgesehen von den Wahlergebnissen, eine größere Rolle in der Welt der Arbeiter und ihren zukünftigen Kämpfen zu spielen«. Die LCR fühlte sich durch das

unerwartet gute Ergebnis Olivier Besancenots ermutigt und betonte, dass »die Frage einer neuen antikapitalistischen Kraft, einer neuen Partei der Arbeiter und der Jugend in aller Schärfe gestellt« werden müsse. Die Organisation Alain Krivines hatte in den 80er und 90er Jahren eine Linie entwickelt, die darauf abzielte, eine Bewegung und offen für neue Formen der Mobilisierung zu sein (Protestbewegungen wie Ras l'front, les Sans). Sie verzichtete nach den Regionalwahlen von 1998 auf die Perspektive einer das Feld der Radikalität mit einbeziehenden politischen Formation und kehrte zu einer im klassischen Sinn »bolschewistischen« Linie zurück, wobei sie darauf abzielte, sich das Netz der Verbände zur Stärkung der politischen Avantgarde zu Nutze zu machen. Welche langfristigen Auswirkungen werden die Präsidentschaftswahlen haben? Im Augenblick zögert die LCR, zurückgeschreckt durch die heftigen Vorwürfe der LO, sie habe sich mit dem Aufruf, am 5. Mai »gegen Le Pen« zu stimmen, selbst verleugnet.

Am Tag nach der eher enttäuschenden Parlamentswahl kehrte die extreme Linke in ihre Situation der Spaltung zurück. Die 10% des 21. April haben jedoch die Notwendigkeit einer Neudefinition der strategischen Perspektiven offenkundig gemacht.

- Die Bündnisfrage beunruhigt die Freunde Arlette Laguillers sicherlich kaum, da sie es wieder einmal vorziehen, die Einsamkeit des »Revolutionärs« zu pflegen, und sie es nicht lassen können, die »Kleinbürger« der LCR zu geißeln.

- Die LCR dagegen ist unschlüssig. Die Aktivisten dieser Organisation wissen, dass ihr politischer Einfluss begrenzt bleibt. Eine Zeitlang hatte sie sich auf dem »Wählerkredit« der allgemeinen Sympathie für »Arlette« ausgeruht. Heute sind sie gezwungen, andere Konvergenzen zu finden. Aber mit wem? Im Augenblick ist die LCR etwas blockiert durch die generelle Ablehnung des Linksbündnisses und der Regierungsbeteiligung. Wenn gesagt wird, dass das Verhalten Einzelner in der Zeit von 1997 bis 2000 kein Hindernis für gemeinsame Aktionen sein müsse, so sind das schüchterne Ansätze. Aber die Idee eines Bündnisses mit den Mitgliedern der früheren parlamentarischen Mehrheit bleibt verboten. Die LCR hält sich demnach offiziell an eine doppelte Erklärung: Die Forderung nach »einer Mobilisierung aller demokratischen Kräfte« (vgl. die Erklärung der LCR vom 20. August) gegen »die Freiheit beschränkenden Projekte« und die Idee, dass man »eine neue antikapitalistische Kraft gründen muss, die einen Bruch mit der negativen Bilanz der Linkskoalition vollzieht«. (Olivier Besancenot, 10. Juni 2002)

2.3. Außerhalb der Parteien

Seit 1995 ist die Szene der »sozialen Bewegung« mit ihren zahlreichen Versuchen einer autonomen Politisierung beschäftigt. Ausgelöst durch die Novem-

ber- und Dezemberstreiks, fand Ende 1995 ein Treffen zwischen den Aktivisten der Bewegung – häufig Gewerkschafter, die in den eigenen Organisationen eine Minderheit bilden oder Mitglieder in der jungen, aus der CFDT hervorgegangenen Gewerkschaft Sud sind – und Intellektuellen von der extremen Linken bzw. aus dem Umfeld des Soziologen Pierre Bourdieu statt. Erklärtes Ziel dieses Treffens, das sich den Namen »Generalstände der sozialen Bewegung« gab, ist es, ausgehend von der Bewegung einen politischen Schulterschluss herzustellen, der nicht von Anfang an über die Parteien läuft. Die Bewegung schaffte es jedoch nicht, sich als Kraft zu etablieren. Doch die Akteure von 1995 treffen sich seither regelmäßig, um in einer weiter gefassten Perspektive über die anfangs gemeinsam konzipierten Aktionen hinaus im Gespräch zu bleiben. Wenn sich aus dieser Erfahrung auch keine greifbaren politischen Ergebnisse ableiten ließen, so führte sie doch wenigstens zu praktischen Gemeinsamkeiten, z.B. zur Schaffung der Kopernikus-Stiftung (Jacques Kergoat, später Yves Salesses), die sich zur Aufgabe machte, links von der Linken eine Art »Projektlaboratorium« zu sein, vergleichbar mit der Saint-Simon-Stiftung für die Rechte und einen Teil der Linken.

Der Versuch der Politisierung der »sozialen Bewegung« gelang nicht, wofür man mehrere Gründe anführen könnte: das bewusste oder unbewusste Desinteresse der politischen Formationen, die das politische Meinungsmonopol der sozialen Bewegung weiter für sich beanspruchte; die Beibehaltung einer gewissen Kultur revolutionär- bzw. anarcho-syndikalistischer Herkunft, die gegenüber allzu staatsorientierten Parteiorganisationen prinzipiell misstrauisch ist; innerhalb der Bewegung sehr unterschiedliche Vorstellungen von dem, was moderne Radikalität bedeuten kann. Aus diesen Gründen konnten sich die radikalisierte soziale Bewegung von 1995 und die politischen Strukturen nicht zusammenschließen. Die Kluft zwischen ihnen zeigte sich besonders deutlich während der Parlamentswahlen von 1997: Alle Versuche, zu einer Absprache zwischen den Aktivisten der sozialen Bewegung und den »spezialisierten« politischen Akteuren zu kommen, endeten mit einem Misserfolg.

Unmittelbar nach den Wahlen von 2002 wurde eine Vielzahl von Appellen verfasst, die alle zu einer Neuordnung der Linken insgesamt und zur Herbeiführung einer politischen Dynamik links von der Linken aufriefen. Diese auf Initiative von Minderheitsgruppen oder ehemaligen Mitgliedern linker Organisationen (KPF, Grüne, extreme Linke) verfassten Appelle führten zu keiner Veränderung der Parteienlandschaft. Doch die Zahl der Texte und ihrer Unterzeichner und der relativ große Erfolg der gemeinsamen Treffen lassen erkennen, wie umfassend das Feld möglicher Politisierungen im radikalen Bereich ist und wie schwer es ist, diese Initiativen der Aktivisten mit den bestehenden Organisationen zusammenzuführen

3. Allgemeine Überlegungen

3.1. Das Ende einer Ära

Insgesamt steht die französische Linke mit all ihren Strömungen vor einer Entwicklung, die von mehreren historischen Umbrüchen geprägt wird:

Das Ende des Ford-Kapitalismus: Die Globalisierung geht mit einer generalisierten Liberalisierung einher, die die Lohnverhältnisse neu strukturiert, sowohl den Nationalstaat als auch den Wohlfahrtsstaat schwächt, die weltweite Ungleichheit verstärkt und das anfällige, durch den Sieg über den Faschismus und im Ergebnis des Kalten Krieges erzielte Gleichgewicht destabilisiert. Der Eintritt in diese neue Phase schafft sowohl für die dominanten Führungen als auch für die klassischen Formulierungen der Alternative Irritationen: Die klassische sozialdemokratische Umverteilung und der »radikale Keynesianismus« der Nachkriegszeit (also die am weitesten links einzuordnenden Varianten der Sozialdemokratie und das kommunistische Projekt der 60er Jahre) sind ebenso wie die Regierungsverantwortung nach bolschewistischem Modell den realen Gegebenheiten des heutigen Kapitalismus nicht mehr angemessen.

Das Ende der mechanischen Industrie und der Arbeiterbewegung: Die technologischen Revolutionen und der Beginn des Informationszeitalters haben zumindest in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Produktionsprozesse verlagert, die Arbeitskollektive aufgelöst und die klassischen Grundlagen (Verbindung zwischen Großindustrie und Stadt) der Arbeiterbewegung verändert. Dabei ist der Arbeiter nicht etwa verschwunden, ganz im Gegenteil, sondern das Ende der Expansion der Gruppe der Arbeiter und die in die Tiefe gehende Transformation des Industrienetzes haben dem Mythos von der Klasse, die gemeinhin mit dem Volk gleichgesetzt wurde und deren Befreiung also auch die der Gesellschaft insgesamt sein sollte, eine Ende gesetzt. Die Betonung des Individuums, nicht zu verwechseln mit dem Individualismus, der spezifisch kapitalistischen Antwort auf diese neue Rolle des Einzelnen, und die Erkenntnis, dass soziale Entfremdung und Ausbeutung nicht zu trennen sind, jedoch auch nicht miteinander verschmelzen, relativierten den klassischen proletarischen gemeinsamen Kampf und gaben den verschiedenen Formen der Kritik an der alten Herrschaftsordnung mehr Raum. Durch den Rückgang der »Arbeiterbewegung« wurde der Weg für die »sozialen Bewegungen« frei, in deren Mitte die »Bewegung für eine andere Globalisierung« den universellsten Ausdruck im Weltmaßstab darstellt. Was diese soziale Bewegung – das globale Emanzipationsmodell – braucht, ist die politische Struktur, die die treibende Kraft der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts war und die ihr bisher noch fehlt.

Das Ende der repräsentativen Demokratie: Dieses Modell demokratischer Vertretung des Volkes hatte sich im 18. und 19. Jahrhundert durchgesetzt. Zur ersten ersten Krise kam es mit der durch den Ersten Weltkrieg beschleunigten »Vermassung«. 1945 erlebte sie einen neuen Aufschwung und wurde »sozialer«. Gegenwärtig sieht sie sich einer bisher so nicht gekannten Strukturkrise ausgesetzt, die folgende Gründe hat: Die Nachkriegsgesellschaft wurde von Grund auf verändert (Entlohnung, Verstädterung, Feminisierung, Globalisierung, Individualisierung u.a.m.), ohne dass die Institutionen angepasst wurden. Die traditionellen Trennlinien zwischen Wirtschaft, Sozialbereich und Kultur erfassen die Komplexität der heutigen Gesellschaften nicht mehr. Die Bürgerbeteiligung, durch die der demokratische Zusammenhalt hergestellt wird, hat in den traditionellen territorialen Räumen und insbesondere im nationalen Rahmen keinen Platz mehr. Die heutige Demokratie leidet daran, sich für das Übernationale, die Welt der Arbeit und ganz allgemein die »Gesellschaft« nicht genügend öffnen zu können. Allein im Rahmen des Repräsentationssystems wird sie dies auch nicht erreichen können.

Das Ende der »Union der Linken«, die zu Beginn der 60er Jahre ins Zentrum der Debatte rückte, als die KPF sie als Reaktion auf die Etablierung des gaullistischen Regimes der Fünften Republik auf ihre Fahnen schrieb: Sie kannte zwei Höhepunkte: 1972, als die Sozialistische Partei unter Mitterrands Führung den Vorschlag des Zusammenschlusses aufgriff und mit der KPF und den Linksradikalen das »Gemeinsame Regierungsprogramm« unterzeichnete, und 1981, als Francois Mitterrand zum ersten Mal seit 1947 eine Regierung unter Einbeziehung kommunistischer Minister bildete. In der Zwischenzeit hatte die Sozialistische Partei ihren kommunistischen Verbündeten und Rivalen verdrängt. Die linke Regierungskoalition der jüngsten Geschichte stellt zweifellos die letzte Episode dieser historischen Periode dar.

Das heißt natürlich nicht, dass sich die französische Linke zur ihrer politischen Führungsrolle und den Mehrheitsverhältnissen, die derartige Entwicklungen ermöglichen, keine Fragen mehr stellen müsste. Doch die »Union der Linken«, die auf dem Bündnis zwischen mehreren institutionellen Parteien (an erster Stelle der KPF und der Sozialistischen Partei) aufbaute, entsprach einem bestimmten Zustand der Lohngesellschaft, der Volksvertretung und des Wohlfahrtsstaates. Die Suche nach einem Bündnis speziell zwischen den institutionellen Parteien entsprach der These, dass durch eine Präsenz in verschiedenen Behörden und Regierungsstellen die keynesianische Umverteilung organisiert und verbessert werden könnte. Für die Sozialistische Partei ging es in den 70er Jahren darum, die reformistische Tradition des Wohlfahrtsstaates fortzusetzen. Die KPF dagegen wollte durch eine gewagte Politik demokratischer Reformen (Nationalisierungen und Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer) die Bevölkerung auf sozialistisch-kommunistische Strukturreformen

vorbereiten. Dieses Gleichgewicht ist heute nicht mehr gegeben, was auf die sich unter dem Druck der Globalisierung, der Krise der politischen Vertretungen und der gegenwärtigen Art der Emanzipation vollziehende Transformation der Gesellschaft zurückzuführen ist.

3.2. Die Grundlagen einer Neuformierung

Die Linke wird also mit Forderungen konfrontiert, die eine Neugründung verlangen und die sich sowohl auf die Parteienlandschaft insgesamt als auch auf die Entwicklung jeder einzelnen Komponente beziehen.

Die Linke muss ihr Verhältnis zum Volk überdenken. Solange sie in der Lage war, die Erwartungen des Volkes (durch ihre aktive »gesellschaftliche« Beteiligung) konkret auszudrücken und Träger der auf das Volk gerichteten Förderungsbemühungen zu sein, konnte sie das Volk durch eine Politik der sozialdemokratischen Umverteilung oder über den Umweg einer aus sowjetischer Utopie und konkretem Realismus bestehenden Mischideologie, die früher die Stärke der französischen Kommunisten war, durch städtische Aktionen und Gewerkschaftsmobilisierung »repräsentieren«. Um den verloren gegangenen Kontakt zum Volk wieder herzustellen, muss die Linke eine neue Basis finden (mit Blick auf die gegenwärtigen Formen der Sozialisierung und der vom Volk ausgefochtenen Kämpfe und nicht mit Sehnsucht nach der Vergangenheit). Andererseits wird von ihr erwartet, dass sie ein Gesellschaftsprojekt formulieren kann, in dem die verschiedenen Schichten der Bevölkerung den Platz finden können, den ihnen der Wohlfahrtsstaat teilweise zugestanden und der Neoliberalismus radikal weggenommen hatte.

Um wieder volksnah zu sein, muss die Linke ihre zukunftsorientierte und alternative Funktion zurückgewinnen. Ihre politische Niederlage hat vielfältige subjektive und objektive Ursachen. Ihre historischen Schwierigkeiten scheinen vor allem durch das Versagen sowohl des sowjetischen Systems als auch der Sozialdemokratie bedingt zu sein.

Neue zeitgenössische Projekte »marxistischer« Herkunft werden den grundlegenden Dualismus, der für Frankreich so typisch ist, noch verstärken: Die Linke teilt sich in zwei Lager: Die einen passen sich an, da sie den Kapitalismus für unüberwindbar halten, und versuchen lediglich, seine »Auswüchse« zu korrigieren; die anderen gehen davon aus, dass es im Wesen des Kapitalismus liegt, Ungleichheiten zu schaffen; sie sind deshalb der Ansicht, dass soziale Umgestaltung im Interesse der Gerechtigkeit verlangt, den Kapitalismus zu »überwinden« oder »abzuschaffen«. Dieser Dualismus hat Gründungsfunktion.

Die Neuorientierung muss mehr als ein einfaches »Zurück zu den Quellen« sein. Weder die sozialdemokratische Anpassung noch der »revolutionäre« Geist werden durch das einfache Wiederholen der Lösungen des vergangenen

Jahrhunderts weiterleben können. Die Sozialdemokraten müssen sich zwischen neuen und wirklichkeitsnahen Formen der Umverteilung einerseits und der »soften« Version des »Sozial-Liberalismus« andererseits entscheiden. Der radikale bzw. alternative Weg muss andere Alternativen zum Liberalismus für sich finden als das klassische Besinnen auf den Staat. Das sowjetische System hat in grausamer Weise gezeigt, in welche Sackgassen ein solcher Weg führen kann. Die kommunistische Tradition muss auf die alte, historisch jedoch in Vergessenheit geratene, Erkenntnis zurückgreifen, dass der Kampf für die Emanzipation den Einklang von Kollektivem und Individuellem, die Ablehnung des Liberalismus und die Kritik am Etatismus bedeutet. Darin unterscheidet sich der revolutionäre (oder radikale) Ansatz von der sozialdemokratischen Lösung und vom »republikanischen« Diskurs. Gleichzeitig gilt es, klar zu formulieren, dass eine Logik des »Überwindens« des Kapitalismus davor schützt, den sozialdemokratischen Weg mit den Sackgassen eines »sowjetischen« Systems verquicken zu wollen. (Letzteres übt auf die extreme politische Linke nach wie vor Anziehung aus.)

Die Linke muss sich neu konstituieren, indem sie zwei Prämissen formuliert:

Neugestaltung der Beziehungen zwischen sozialer Bewegung und politischen Strukturen. Das klassische Modell der Beziehung (sozialdemokratische und kommunistische Unterordnung; Trennung von »revolutionär-syndikalistisch«) entspricht nicht mehr der heutigen Zeit, in der Wirtschaft, Soziales und Politisches miteinander verwoben sind, das klassische Repräsentationsmodell, das den Parteien das Monopol der politischen Meinungsäußerung einräumte, disqualifiziert ist und die Beziehungen zwischen Einzelperson und Kollektiv neu geregelt werden. (Der Hauptgegensatz liegt tendenziell nicht mehr zwischen Individuum und Kollektiv, sondern zwischen einerseits vereinzelt und andererseits solidarisch handelnden Individuen, zwischen Individuum der Kapitalgesellschaften und Individuum der Gesellschaft, in der die Mitglieder gemeinsam für die Entwicklung der Menschen verantwortlich sind.) In der kommenden Periode wird es also darum gehen, neue Arten von Beziehungen zwischen den verschiedenen, am sozialen Konflikt beteiligten Akteuren herzustellen: Gewerkschaften, Verbände und Parteien müssen lernen, gemeinsam Projekte zu erarbeiten und dabei ihre funktionalen Unterschiede beizubehalten.

Die Herstellung neuer Beziehungen zwischen den Komponenten der beiden Pole (Anpassung oder Überwindung des Kapitalismus) und zwischen den beiden Polen selbst. Diese neuen Beziehungen setzen voraus, dass man von dem klassischen Modell der organischen Verbindung (jeder Klasse oder jeder großen politischen Strömung seiner Partei) übergeht zu dem Modell der Zusammenarbeit in Netzwerken. In dieser Hinsicht muss die Projektzusammenarbeit an

die Stelle der Zusammenarbeit zwischen Strukturen treten (was mehr oder weniger dauerhafte politische Gruppierungen nicht etwa ausschließt, sondern vor allem im Umgang mit den Institutionen impliziert).

Seit Beginn der 30er Jahre hat die Linke mehrere jeweils etwa 12 Jahre dauernde Zyklen der »Mäßigung« (1947-1962; 1978-1993) und der »Radikalisierung« (1934- 1947; 1962- 1978) durchlaufen. Nach dem Rückgang in den neoliberalen Jahren könnte man einen Radikalisierungszyklus mit etwaigem Beginn im Jahr 1993 ansetzen. Wird dieser Zyklus die Lage der Linken verändern und der Volksbewegung einen Aufschwung verleihen? Wie kann man in Frankreich und sicher auch in Europa der »sozialen Bewegung« und der Bewegung der Globalisierungsgegner politische Kraft verleihen? Wird es auf dieser Grundlage möglich sein, eine Bewegung aufzubauen, die wie die Arbeiterbewegung in der Vergangenheit Veränderungen herbeiführt? Wird sich die Radikalität dieser »Bewegung« bis in die nationalen und europäischen Institutionen durchsetzen? Diese Fragen werden die vor uns stehende Ära beherrschen, so wie die Union der Linken die drei vergangenen Jahrzehnte bestimmt hat.

Anhang

1. Stimmenthaltungen seit 1958 (Parlamentswahlen – Frankreich – in %)

Wahlen	1. Wahlgang	2. Wahlgang
23. und 30. November 1958	22,8	23,7
18. und 25. November 1962	31,3	28
5. und 12. März 1967	18,9	20,2
23. und 30. Juni 1968	20,0	22,2
4. und 11. März 1973	18,7	18,2
12. und 19. März 1978	16,8	15,1
14. und 21. Juni 1981	29,1	25
16. März 1986	21,5	
5. und 12. Juni 1988	33,9	29,8
21. und 28. März 1993	30,5	32,3
25. Mai und 1. Juni 1997	31,5	28,5
9. und 16. Juni 2002	35,8	
Mittelwert 1958-1978	21,4	21,2
Mittelwert 1981-2002	30,4	28,9
Mittelwert 1958-2002	25,9	24,3

2. Die Linksparteien zu den Parlamentswahlen unter der Fünften Republik

	1958	1962	1967	1968	1973	1978	1981	1986	1988	1993	1997	2002
KPF	18,89	21,87	22,51	20,02	21,41	20,61	16,13	9,7	11,32	9,18	9,88	4,82
SP	15,48	12,43	18,9	16,54	19,1	22,79	36,05	30,8	34,76	17,59	23,83	24,11
RAD/	5,75	4,95			1,72	2,16	1,48	0,8	1,11	0,89	1,49	1,54
DVG	5,12	2,47		0,74	0,41	1,37	0,7	1,2	1,65	1,79	2,86	2,29
Grüne											4,17	4,51
Linke Gesamt	45,24	41,72	41,41	37,3	42,64	46,93	54,36	42,5	48,84	29,45	42,23	37,27
Extrême Linke		2,02	2,21	3,96	3,2	3,27	1,22	1,5	0,36	1,77	2,23	2,69

3. Die Linksparteien zu den Präsidentschaftswahlen unter der Fünften Republik

	1965	1969	1974	1981	1988	1995	2002
PCF		21,27		15,35	6,76	8,6	3,37
SP		31,72	5,01	43,25	25,85	34,09	23,3
MRG/PRG				2,21			2,32
DVG							
Grüne			0,75		3,78	3,3	5,25
Extrême Linke		4,67	2,7	3,41	4,38	5,3	10,44
Linke. (2.Wahlgang)	44,8		49,19	51,76	54,02	47,36	

4. Entwicklung des Verhältnisses links/rechts seit 1958
 (Parlamentswahlen – Frankreich – 1. Wahlgang – in %)

Wahlen	Linke	Rechte	Differenz (in %)
23. November 1958	43,6	56,4	12,8
18. November 1962	43,8	56,2	14,4
5. März 1967	43,6	56,3	12,7
23. März 1968	40,5	58,9	18,4
4 März 1973	45,8	54,2	8,4
12. März 1978	52,2	47,5	4,7
14. Juni 1981	55,6	43,2	12,4
16. März 1986	45,6	54,6	9,0
5. Juni 1988	49,4	50,4	1
21. März 1993	35,3	57	21,7
25. Mai 1997	46,2	51,2	5,0
9. Juni 2002	38,8	56,1	17,3
Mittelwert 1958-1978	44,9	54,9	10
Mittelwert 1981-2002	45,2	52,1	5,6

5. Die Zusammensetzung der Wählerschaft jedes Kandidaten im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen (21. April 2002)

Lesehilfe: Die Wählerschaft von Arlette Laguillers besteht zu 50% aus Männern und 50% aus Frauen; die Gruppe der 18-24-Jährigen macht 9% dieser Wählerschaft aus, die 25-34-Jährigen 20% etc.

	Arlette Laguiller	Olivier Besancenot	Robert Hue	Lionel Jospin	Jean-Pierre Chevènement	Noël Mamère	Jacques Chirac	Jean-Marie Le Pen
	%	%	%	%	%	%	%	%
Geschlecht								
Mann	50	50	57	45	54	47	49	57
Frau	50	50	43	55	46	53	51	43
Alter								
18-24 Jahre	9	21	2	7	6	19	5	10
25-34 Jahre	20	22	8	15	10	26	12	15
35-44 Jahre	25	19	16	19	17	21	13	20
45-64 Jahre	30	26	32	33	31	24	35	35
65-74 Jahre	16	3	15	12	13	5	19	13
75 Jahre und mehr	2	7	27	14	22	5	16	8
Beruf								
Dienstleistungsberufe	12	20	10	12	15	18	9	13
Angestellte	24	18	14	19	11	18	15	18
Arbeiter	27	15	16	9	9	17	11	19
Rentner	18	13	45	32	37	8	35	21
Arbeitslose	3	4	2	3	1	3	3	6
Politische Nähe								
KPF	8	11	65	2	7	1	2	2
SP	21	18	10	63	17	18	2	4
Die Grünen	5	7	0	3	4	47	1	2
Rechte	8	4	1	2	13	2	63	17
Front nationale/ MNR.	0	2	0	0	1	0	1	37

Die italienische Partei der kommunistischen Neugründung (PRC)

1. Grundgedanken

Die Rahmenbedingungen der sozialistischen Politik haben sich nach der Krise der kommunistischen Erfahrungen im Osten und der sozialdemokratischen im Westen radikal verändert. Grundlage beider Erfahrungswelten war die industrielle *Arbeiterklasse*, Ziel und Instrument beider war die Umwandlung des Eigentums sowie die Neuverteilung des Einkommens mittels einer ausgebauten Macht des *Nationalstaates*, und beide sahen die *Partei* als einzige politische Kraft an, die in der Lage ist, die Klasse bei der Eroberung und Umwandlung der Staatsmacht zu führen. Die in den 80er Jahren begonnene kapitalistische Revolution hat die Struktur der Arbeiterklasse zersetzt, den Nationalstaat erheblich geschwächt (einerseits weil sie einen Großteil der Macht auf über-nationale Organisationen übertragen hat, andererseits weil sie die materielle Produktion und die Produktion von Wissen auf solche Weisen beeinflusst hat, die nicht einfach durch die Politik des Staates verhindert werden können) und dadurch die Parteien sowohl hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Basis als auch ihres politischen Handlungsspielraums schwer getroffen. Da sich die sozialistischen und kommunistischen Parteien zum großen Teil mit dem Staat identifiziert hatten, sind sie von dessen Krise erfasst worden, ohne einen neuen Aktionsraum zu finden.

Unter diesen neuen Bedingungen können die Kriterien zur Einschätzung der Erfolgsaussichten alternativer Linksparteien nicht mehr dieselben sein, die bei den alten Parteien angewandt wurden. Sie können nicht mehr einfach die Verwurzelung in der Arbeiterklasse, der Wahlerfolg oder die Fähigkeit, das Einkommen umzuverteilen und Eigentum neu zu definieren, sein. Die Parteien der alternativen Linken müssen heute auf der Grundlage ihrer Fähigkeit bewertet werden, mit zahlreichen und verschiedenen Mitgliedern der Gesellschaft in Beziehung zu treten, den nationalen Kampf direkt mit dem globalen zu verbinden, gemeinsam mit den oben genannten vielfältigen Akteuren die

zahlreichen und unterschiedlichen Bereiche der gesellschaftlichen Macht zu verändern, in denen der Kapitalismus seine Kraft bewiesen hat: die Wissens- und Produktionsprozesse, die Bildung und Information, die Territorialstruktur und die Umwelt, die Rollen der Geschlechter und der Familie usw.

Dabei muss klargestellt werden, dass unter diesen Bedingungen der traditionelle Kampf der Arbeiterklasse nicht an Stellenwert verliert, sondern im Gegenteil seine ganze Bedeutung beibehält. Jedoch kommt der Kampf untypischer Schichten der Arbeiterklasse hinzu (so genannte prekäre Arbeitskräfte ohne festes Beschäftigungsverhältnis, formal Selbständige, jedoch im Wesentlichen abhängige Arbeitnehmer) sowie der Kampf von Bewegungen, in denen sich nicht so sehr die Initiative des »produzierenden Individuums« als vielmehr die Initiative des »gesellschaftlichen Individuums« äußert, von dem schon Marx in seinen *Grundrissen* sprach (auch wenn es sich hierbei nicht, wie es Antonio Negri und seine Anhänger gern hätten, um ein *unmittelbar gesellschaftliches Individuum* handelt).

Allerdings (und das ist für den Gegenstand unserer Untersuchung von großer Bedeutung) erscheint *in der gegenwärtigen Phase* der Kampf der traditionellen Arbeiterklasse in Europa weniger einschneidend und radikal als in der Vergangenheit zu sein und eher dazu geneigt, das Gebot des Weltmarktes und die Logik des Unternehmertums zu akzeptieren. Dabei darf jedoch nicht die Tatsache außer Acht gelassen werden, dass sich in den neuen Bewegungen, in denen sich das »gesellschaftliche Individuum« ausdrückt, sehr oft Arbeitskräfte sowohl aus der Privatwirtschaft als auch aus dem öffentlichen Bereich zahlreich und stark engagieren. Die neuen Bewegungen bringen, kurz gesagt, oft einen »verschobenen« Klassenkonflikt zum Ausdruck, eine Radikalität, die – *derzeit* – im traditionellen Kampf der Gewerkschaften keinen Raum findet.

Diese Vorbemerkungen leiten uns darauf hin, dass das Studium der Parteien der alternativen Linken mit Instrumenten vorgenommen werden muss, die es erlauben, anstatt ihrer *Kontinuität* hinsichtlich der traditionellen Parteimodelle ihre *Wandlung* zu erfassen. Man muss die Parteien der alternativen Linken nicht fragen, ob und in welchem Maße sie der »klassischen« Gestalt einer Massenpartei entsprechen, sondern ob und in welchem Maße sie Teil *der dynamischen Prozesse der Bildung neuer Massenparteien* oder zumindest neuer Parteien, die die Massen beeinflussen können, sind. Nur auf diese Weise kann man nachvollziehen, ob sie in der Lage sind, in der neuen Ära des antikapitalistischen Kampfes zu handeln.

Im Folgenden werden einige Begriffe erklärt, die in dieser Abhandlung verwendet werden. Diese Begriffe betreffen: a) die Bedingungen für die Entstehung neuer Massenparteien, b) die neuen *Cleavages*, d.h. die neuen Kluften, die sich durch die Gesellschaft ziehen, und ihren Einfluss auf die Bildung von Parteien sowie c) die Wandlung der Massenparteien.

A) Damit die Entstehung neuer Parteien der Masse überhaupt möglich wird, muss die Gesellschaft eine starke Legitimationskrise durchlaufen, müssen neue Mitglieder der Gesellschaft hervortreten, die vorher nicht (oder nicht ausreichend) vom politischen System vertreten waren, und müssen sich gleichzeitig die Mechanismen der politischen Vertretung wandeln (vor allem, jedoch nicht nur, die Wahlverfahren). Die neuen Parteien müssen letztendlich eine neue *globale* Tendenz ausdrücken, da – wie Sigmund Neumann anführt – keine Partei eine nationale (oder »lokale«) Funktion erfüllen kann, wenn sie nicht das Ergebnis einer mehr oder weniger organisierten internationalen Bewegung ist. Um das Wesen der entstehenden Parteien zu erkennen, muss man darüber hinaus wissen, in welcher Beziehung sie zu den anderen Vereinigungsformen der untergebenen Klassen (Gewerkschaften, Genossenschaften, kulturelle Vereinigungen, *Single-Issue-Gruppen*) stehen. Die Parteien unterscheiden sich, je nach dem, ob sie *vor* dem Netz von Vereinigungen, *gleichzeitig* mit diesem oder *nach* der Entwicklung zahlreicher und verbreiteter Vereinigungen entstanden sind.

B) Grundlegend für das Verständnis des Wesens der neuen Parteien ist das System der gesellschaftlich relevanten *Cleavages*. Diese *Cleavages* können klassenspezifischer, religiöser, ethnisch-linguistischer, geografischer, generationsspezifischer und anderer Natur sein. Sehr oft überlagern sich die *Cleavages*, nähren sich gegenseitig oder verschleiern einander. Die *Cleavages* der Klassen werden zum Beispiel oftmals durch *Cleavages* geografischer oder ethnisch-linguistischer Natur (Regionalismus) versteckt oder verändert. Den klassischen Ausführungen von Stein Rokkan zufolge muss ein *Cleavage*, damit er tatsächlich Bedeutung erlangt, von politischen Institutionen (Parteien, Vereinigungen, Staaten), die den verschiedenen Schichten Strukturen zur Identifikation und Organisation bieten können, verfestigt (*freezed*) werden.

Heute stellt sich neben die soeben genannten traditionellen *Cleavages* auch die weltweite Kluft zwischen Liberalismus und Antiliberalismus, die noch nicht vollständig verfestigt ist, jedoch bereits wirksam von der antiliberalistischen Bewegung interpretiert wird. Das Wesen und die Form der neuen Klassenparteien (oder die Erneuerung der alten Parteien) werden sehr von ihrer Fähigkeit abhängen, an der Verfestigung dieser Kluft mitzuwirken, sowie von der Art, in der letztere sich mit dem klassenbezogenen *Cleavage* verflechtet. Eine dem Liberalismus ergebene Arbeiterinitiative kann nicht die Entstehung neuer und unabhängiger Klassenparteien fördern. Eine auf Nationalismus oder Regionalismus basierende antiliberalistische Initiative wird das Entstehen lokalistischer Parteien traditioneller Form begünstigen, die wahrscheinlich nicht in der Lage sind, sich den liberalistischen Tendenzen in der Welt entgegenzustellen. Eine antiliberalistische Arbeiterinitiative, die mit der weltweiten antiliberalistischen Bewegung verbunden ist, kann die Entstehung neuer Klassenparteien fördern, welche sofort für die globale Dimension offen sind und wahrscheinlich in ihrer

inneren Struktur erneuert sein werden aufgrund der Notwendigkeit, mit den zahlreichen Akteuren der Bewegung in Beziehung zu treten.

C) Sämtliche alten Massenparteien, ob sozialistische oder kommunistische, haben sich inzwischen grundlegend gewandelt. Die Funktion der Eingliederung und Aufklärung der Massen ist heute viel weniger wichtig als früher, während die Aufgaben der Interessenvertretung und damit die Wahlaufgaben an Bedeutung gewonnen haben: Von der Partei der Massen*integration* ist man zur Massen-*Wähler*partei übergegangen (Duverger). Des Weiteren haben sich die Vorahnungen von Otto Kirkheimer als begründet erwiesen (ihm zufolge tendieren sämtliche Parteien dazu, sich in *Catch-All-Parteien* zu verwandeln), und die Bedingungen, unter denen gegenwärtig die Wahlkämpfe ablaufen (zentrale Bedeutung der *Medien* und insbesondere des Fernsehens), haben viele Parteien gezwungen, sich kostspieliger Werbekampagnen und auf *Politikmarketing* spezialisierter Agenturen zu bedienen an Stelle der Arbeit der Aktivisten. Sie haben sie damit zu *kapitalintensiven* und nicht *personalintensiven* politischen Verfahrensweisen gezwungen, welche sich negativ auf die Beteiligung der Aktivisten an der Politik ausgewirkt haben.

Der Schlüssel für diese Veränderungen liegt in dem Verhältnis zwischen Partei und Staat. Wenn der Massenpartei die Erfüllung ihrer historischen Aufgabe gelingt (die der Integration der Massen in den gesellschaftlichen Staat), dann wird sie sich, gerade aufgrund dieses Erfolges, in etwas völlig anderes verwandeln. Daran gewöhnt, mehr für die vom Staat anerkannten Rechte zu kämpfen als für die Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, verwandeln sich die »Arbeiter« erst in »Bürger« und dann einfach in »Wähler«. Die Funktionäre der Partei ihrerseits werden oft zu Staatsfunktionären, und die Aktivisten zu einfachen Agitatoren. Das von den Parteien gewonnene »politische Wissen« reduziert sich fast immer auf propagandistische und administrative Fähigkeiten. Auf diese Weise erweisen sich die Parteien immer weniger in der Lage, sich mit der Komplexität der gesellschaftlichen Beziehungen auseinander zu setzen, und demnach auf die kapitalistische Offensive der 80er und 90er Jahre zu reagieren, die vor allem die Veränderung der gesellschaftlichen Hegemonie in der produktiven Arbeit, in der Reproduktion, in der Bildung von Wissen und Kultur betraf. Die Parteien werden so in die Krise des gesellschaftlichen Staates hineingezogen. Dieselbe Parteienherrschaft, die ein Zeichen für die größte Macht der Parteien scheint, ist in Wirklichkeit ein Ausdruck ihrer Schwäche: Die Parteien nehmen »Zuflucht« im Staat, weil sie die Fähigkeit verloren haben, sich in der Gesellschaft zu verwurzeln.

Es ist jedoch wahr, dass die von der gegenwärtigen Herrschaft des Kapitals herbeigeführten gesellschaftlichen Legitimationskrisen die Entstehung neuer Massenparteien begünstigen können. Diese können jedoch nicht länger die Eigenschaften der alten Parteien tragen. Tatsächlich fehlt es an einer starken

sozialistischen Ideologie, die die Massen vereinigen könnte. Es fehlt die Möglichkeit, sich des Staates als ausschließlichem Instrument zur Neuverteilung des Einkommens und der Macht zu bedienen. Es fehlt die politische Kultur, die den Parteien zahlreiche Vollzeit-Aktivisten einbrachte. Vor allem kann, da inzwischen klar ist, dass die Gesellschaft nicht allein vom Staat ausgehend gelenkt werden kann und dass sich viele Selbstregierungsinstitutionen in den diversifizierten gesellschaftlichen Bereichen bilden müssen, die Partei sich nicht mehr darauf beschränken, eine Wahl- und Verwaltungskultur zu schaffen. Um die zeitgenössische Gesellschaft zu regieren, ist umfangreiches und diversifiziertes Wissen notwendig: Der Übergang der untergebenen Klassen in führende Klassen (historische Aufgabe der Partei) kann heute nicht mehr das Werk allein der traditionellen Partei sein, vielmehr obliegt dies einem Netzwerk verschiedener *gesellschaftlicher* Institutionen, die sich in den unterschiedlichsten Bereichen betätigen (Gewerkschaften und Genossenschaften von Arbeitern, Studentenausschüsse, Bürgervereine, feministische und Umweltschützer-Gruppen, Vereinigungen von kritischen Experten und Wissenschaftlern). Der Partei der Zukunft wird vor allem die Aufgabe zufallen, diese verschiedenen Institutionen untereinander zu verbinden (ohne sie in sich aufnehmen zu können) und gemeinsam mit ihnen das neue Gesicht des Sozialismus zu entdecken. Sie wird nicht einfach der Vermittler sein, der die sozialen Bewegungen bei den *staatlichen* Institutionen *vertritt*, sondern sie wird ein Bestandteil der Bewegungen selbst und jener gesellschaftlichen Institutionen sein. Vor der Herstellung einer Beziehung zwischen Masse und Staat muss sie eine Beziehung zwischen den einzelnen Teilen der Massen herstellen und gemeinsam mit ihnen einen neuen »öffentlichen Raum« definieren.

Auch aus diesem Grund wird man, wahrscheinlich, aus Sicht der politischen Soziologie, nicht mehr einfach von einer Massenpartei sprechen können, sondern sagen müssen, dass nach der Partei der Massen*integration* und nach der Massen-*Wählerpartei* die Epoche der massen*verbindenden* Partei beginnt. Wir werden nicht länger vor einer Partei stehen, die sämtliche Einzelpersonen und sämtliche Vereinigungen, die sich politisch engagieren, in sich integrieren kann oder will, sondern vielmehr vor einer Partei, die mit unabhängigen äußeren Kräften in Beziehung tritt und die Spezialisierung dieser Kräfte »ausnutzt«, um einen Einfluss auszuüben, den sie (aus historischen und gesellschaftlichen Gründen) nicht mehr direkt ausüben kann. Das Verhältnis der neuen Partei zu diesen externen Vereinigungen wird dabei jedoch nicht analog zum Verhältnis zwischen den alten Parteien und ihnen nahe stehenden Vereinigungen sein. Vielmehr muss es ein *paritätisches* Verhältnis sein: Aufgrund der erfolgten Politisierung sämtlicher bedeutender Bereiche der Gesellschaft kann jede gesellschaftliche Vereinigung, auch wenn sie spezialisiert ist, ab und an allgemeine Perspektiven entwickeln und dadurch mit der Partei in »Konkurrenz« treten:

Jede Vereinigung ist ein vollständiges politisches Subjekt oder kann es sein, und die Partei muss jedes Mal erneut ihre tatsächliche Fähigkeit, eine »allgemeine Politik« zu entwickeln, unter Beweis stellen.

Das Wesen der Bindung zwischen der Partei und den anderen Vereinigungen sowie das unterschiedliche Gewicht der einen bzw. der anderen wird sowohl von der für die Bildung der verschiedenen Strukturen notwendigen Zeit als auch von der allgemeinen Funktionsweise des politischen Systems abhängen (ein System, dass die parlamentarische Vertretung der Interessen fördert, begünstigt die Partei, ein System, dass die Aktivität der außerparlamentarischen Pressuregroups fördert, begünstigt die anderen Vereinigungen).

2. Kurzer geschichtlicher Abriss der *Rifondazione Comunista*

Um die Situation der Partei der kommunistischen Neugründung (Partito della Rifondazione Comunista, PRC) richtig zu verstehen, muss man zumindest einige der Aspekte des gesellschaftlichen und politischen Systems Italiens sowie einige der kulturellen Veränderungen, die in den 80er und 90er Jahren in diesem Land stattfanden, kurz ansprechen.

In den 80er Jahren erlebte man den Sieg einer Strategie der herrschenden Klassen, die darauf ausgerichtet war, sich den von der Kommunistischen Partei (Partito Comunista, PCI), die die Schwelle der Zentralregierung erreicht hatte und bereits in vielen peripheren Verwaltungen regierte, und von der Gewerkschaftsbewegung gesammelten Kräften entgegenzustellen. Diese Strategie begann auf gesellschaftlicher Ebene mit der Beschleunigung der Dezentralisierung der Produktion (und mit der daraus resultierenden Schwächung der Arbeiterklasse der großen Fabriken) sowie auf politischer Ebene mit der Einschränkung der Rolle des Parlaments und dadurch mit der Verringerung des Vetoeinflusses, den die PCI über das Parlament auf die Entscheidungen der Regierung ausüben konnte. Während allmählich einige der Leistungen des *Welfare State* reduziert wurden, baute gleichzeitig die politische Regierungsschicht der Democrazia Cristiana (Christdemokraten) und Partito Socialista (Sozialistischen Partei) durch die Erhöhung der *Staatsschulden* und die Ausgabe von *Staatsanleihen* zu äußerst günstigen Zinsraten ihren Konsens auf. Diese Politik rieb den gesellschaftlichen Block, der in der PCI Ausdruck fand, auf, nutzte die Unentschlossenheit dieser Partei aus (die zwischen einer Strategie des Einverständnisses mit den Kräften des »Zentrums« und einer alternativen Strategie der Linken schwankte), aber löste nicht, sondern erschwerte vielmehr die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme der Nation. Ende der 80er Jahre erstickte Italien in den Staatsschulden, belastet mit einem äußerst teuren und wenig leistungsfähigen Staatsapparat und von einer Parteienherrschaft geführt, die regelmäßig von Korruption Gebrauch machte, um die eigenen Be-

ziehungen mit den Gruppen der Wirtschaft zu regeln. Das Wirtschaftssystem des Landes erlebte die Vorherrschaft großer kapitalistischer Konzerne, meist als »Familienbetriebe« geführt, die vom Staat in starkem Maße unterstützt wurden und mit den großen Konzernen der öffentlichen Hand verflochten waren. Hinter diesen dominierenden Konzernen entwickelte sich, vor allem im Nordosten des Landes, ein dichtes Netz an kleinen und Kleinstunternehmen, die auf einer starken Ausbeutung (und »Selbstaussbeutung«) der Arbeitskraft beruhten und kaum auf technologische Innovation ausgerichtet waren.

Solange die PCI existierte, waren die verschiedenen Teile der herrschenden Klasse gezwungen, das teure und korrupte System von Politik und Staat zu akzeptieren. Die weltweite Krise des Kommunismus und der Fall der Berliner Mauer führten die PCI dazu, ihr »Kleid zu wechseln« und, bis hin zur Namensänderung, ihre alten ideologischen Bezüge fallen zu lassen. Mit dem Verschwinden der PCI konnte auch die DC (und die PSI) verschwinden. Danach begann eine große Gerichts- und Medienkampagne auf der Grundlage der folgenden Themen: Kampf gegen die Parteienherrschaft und Korruption, progressive Liquidierung des Staatskapitalismus, Einschränkung des Wohlfahrtsstaates und des öffentlichen Apparats, Überwindung der parlamentarischen Demokratie mittels der Einführung des Mehrheitswahlsystems und der Ausweitung der Regierungsbefugnisse sowie die weitere Beschränkung der Macht der Gewerkschaften.

Zu Beginn der 90er Jahre, mit der eintretenden Wirtschaftskrise und der Auflösung der DC (oft zugunsten eines xenophoben Regionalismus der Lega Nord, Ausdruck der kleinen Unternehmen, aber auch breiter Bevölkerungsschichten) erzielte diese Operation zwei große Erfolge. In den Jahren 1992 und 1993 wurden so genannte Abstimmungsvereinbarungen von der Regierung, den Gewerkschaften und den Unternehmern unterzeichnet, die die Gehaltserhöhungen drastisch einschränkten. Zur gleichen Zeit wurde ein Mehrheitswahlsystem eingerichtet, das auch von der ehemaligen PCI unterstützt wurde – inzwischen die Demokratische Partei der Linken (Partito Democratico della Sinistra, PDS). Auf diese Weise wurde einerseits der Kampf der Arbeiterklasse eingeschränkt und einer politischer Bedeutung beraubt. Zum anderen entbehrte die Politik (mit dem Verschwinden der PCI und der Tendenz des Mehrheitsystems, das Gewicht der extremen Linken zu reduzieren) jeglichen Bezugs zur Arbeiterklasse und wurde lediglich zum Ort der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Teilen des Bürgertums. In der Zwischenzeit war die Leere an politischer Organisation im Mitte-Rechts-Block, die durch das Verschwinden der DC und der PSI hervorgerufen worden war, von dem Unternehmer Silvio Berlusconi und seiner Partei, Forza Italia (Produkt der Finanz- und Werbekonzerne desselben Berlusconi und kräftig unterstützt von seinen drei Fernsehsendern), sowie von den ehemaligen Faschisten der Alleanza Naziona-

le, die inzwischen vom allgemeinen Klima antikommunistischer Kultur wieder legitimiert worden waren, ausgefüllt worden.

Auf diese Weise endete die »erste Republik«, die aus der Widerstandsbewegung gegen den Faschismus und Nationalsozialismus entstanden war und auf der führenden Rolle der Parteien, auf der Vetomacht einer großen politischen Kraft der Arbeiter (so gemäßigt sie auch sein mochte) sowie auf der Ausdehnung des öffentlichen Bereichs beruhte. Gerade in diesen schwierigen Jahren entstand die PRC und machte ihre ersten Schritte.

Die PRC ist erst 12 Jahre alt, diese waren jedoch von einem sehr bewegten Leben ausgefüllt. Eine echte Entwicklung ist vollzogen worden, die auch bedeutende *Qualitätssprünge* mit sich brachte. Der wichtigste dieser Qualitätssprünge war der Übergang von einer Phase, in der die Partei sich vor allem im Verhältnis zum *politischen System* definierte, hin zu einer Phase, in der sie sich vorwiegend im Verhältnis zu den *sozialen Bewegungen* definierte. Es ist natürlich wahr, dass es auch in der ersten Phase eine große Aufmerksamkeit für die Bewegungen gab, jedoch waren einerseits diese Bewegungen schwach, defensiv und traditionell, andererseits wurde das Parteileben von der Problematik der Beziehung zu den anderen Parteien der Linken und, im Allgemeinen, zu den Institutionen bestimmt. Genauso richtig ist es, dass die PRC auch in der neuen Phase dem Problem der institutionellen und Wahl-Tradition ihrer Politik keinesfalls gleichgültig gegenübersteht, jedoch ist diese Politik inzwischen von den Zeiten und Fristen der Gesamtheit der Bewegungen, die ab 2000 in Italien und international aufgetreten sind, bestimmt (oder will es sein). Diese Veränderung ist so bedeutsam, dass sie denen Recht gibt, die sie polemisierend als »genetische Mutation« bezeichnen, als Qualitätssprung eben, im Vergleich zur langen Tradition der italienischen Kommunisten, die – auch aus Gründen, die mit den Erfahrungen der *Resistenza*, des antifaschistischen Widerstands, verbunden sind – vom Thema der Einheit der linken Kräfte (und aller, wenn auch gemäßigten Kräfte des Volkes) sowie vom Problem der Eroberung der Regierung und des Staatsapparats besessen war.

Es folgt eine kurze Beschreibung der Umstände, die zu dieser Mutation führten.

Die PRC entstand im Februar 1991, als 90 von 1260 Abgeordneten den Kongress verließen, auf dem die PCI entschied, ihren Namen zu ändern. Die Abspaltung, an deren Erfolg anfangs wenige glaubten, fand vor allem aufgrund des Impulses des »Cossutta'schen« Teils der PCI statt – nach Armando Cossutta benannt, einer angesehenen Führungspersönlichkeit der Partei, die bereits seit 1981 begonnen hatte, ihren Dissens zu zeigen, also seit der Zeit des von Enrico Berlinguer vollzogenen Bruchs mit der Sowjetunion (als der Generalsekretär der PCI nach dem Staatsstreich des Generals Jaruzelski erklärte, dass die vorwärtstreibende Kraft der Oktoberrevolution erschöpft sei). Der Cossutta'sche

Flügel hatte bereits Zeitschriften und Vereinigungen ins Leben gerufen, die die sowjetischen Erfahrungen verteidigten und sich auf den Marxismus und auf die historische Funktion der Arbeiterklasse beriefen, und die der Meinung waren, dass die notwendige Kritik der Mängel und Fehler des sozialistischen Werkes nicht zur Abwendung von der Tradition und zur Entscheidung für die liberalen und bürgerlichen Werte führen sollte. Zum Zeitpunkt der Auflösung der PCI ermöglichte die Existenz dieses organisierten und bewussten Parteiflügels, alle diejenigen zu vereinigen, die den neuen Kurs nicht mittrugen. Der Erfolg dieser politischen Operation überstieg selbst die höchsten Erwartungen seiner Initiatoren. In kürzester Zeit wurden sämtliche der 50.000 von den Abspaltern gedruckten Ausweise ausgegeben und die Bewegung für die kommunistische Neugründung (Movimento per la Rifondazione Comunista), wie sie sich anfangs nannte, zählte zu Beginn etwa 60-70.000 Mitglieder. Dieser Erfolg war, mehr noch als politischen, vor allem gesellschaftlichen Gründen zuzuschreiben, da die PCI auch ein gesellschaftliches Phänomen darstellte, eine durch gemeinsame Symbole und Werte vereinte widersprüchliche Gemeinschaft. Auf diese Weise, wenn es stimmte, dass auch der Eintritt in die PDS seitens der Mehrheit der Aktivisten zum großen Teil auf die während der Erfahrung der PCI erworbenen Denkgewohnheiten zurückzuführen war (»die Partei hat immer Recht« ... auch wenn sie Namen und Richtwerte ändert), zeigte der Eintritt in die PRC die starke Bindung zahlreicher Aktivisten an einen Namen, der sich, in Italien, mit dem Kampf um Demokratie und soziale Gerechtigkeit identifiziert hatte.

Auch aufgrund dieses starken anfänglichen Schubs trennten sich einige Führungskräfte von der PDS, die eine der Cossutta'schen entgegengesetzte Prägung hatten: Lucio Magri und Luciana Castellina sowie weitere, die aus der Erfahrung des *Manifesto* und später der kleinen Partei der Proletarischen Einheit (Partito di Unità Proletaria – PdUP) kamen, die in den 70er Jahren aktiv war und anschließend zum Großteil in der PCI aufging. Alle eben Genannten standen in ihrer politischen Geschichte immer in Opposition zu den Auffassungen von Armando Cossutta. Sie waren vielmehr von den Positionen von Pietro Ingrao beeinflusst, einem anderen angesehenen Führer der PCI, der seit jeher eine starke Erneuerung der Partei vertreten hatte, eine Öffnung gegenüber einer inneren Demokratie, den sozialen Bewegungen und dem Feminismus. Die Gruppe des *Manifesto*, entstanden mit der Welle der 68er, war von der PCI ausgestoßen worden und Cossutta gehörte zu denjenigen, die am meisten das *Manifesto* kritisiert hatten. Diese Uneinigkeiten wurden jedoch vorübergehend beiseite gelegt, sowohl weil Cossutta sich mehr als bereit zeigte, über die Fehler der PCI und der UdSSR zu diskutieren, als auch weil es für alle das Wichtigste war, die Existenz einer unabhängigen kommunistischen Kraft mit Massencharakter zu sichern.

Parteisekretär wurde Sergio Garavini, eine aus der schwierigen Gewerkschaftserfahrung der 50er Jahre bei Fiat hervorgegangene Führungspersönlich-

keit. Armando Cossutta wurde Parteivorsitzender. Der erste Kongress wurde im Dezember 1991 abgehalten und brachte klare Kritiken an der UdSSR: Man sprach von einer endgültigen Krise jener Erfahrung, man beanstandete den Etatismus sowie die Identifikation von Staat und Partei. Im Anschluss daran formulierte man für die PRC den Plan für eine offene und pluralistische Partei. Als man von Aussagen zu organisatorischen Entscheidungen überging, traten die Schwierigkeiten der Erneuerung jedoch sofort zu Tage: Zum Beispiel weigerte sich der Kongress einen speziellen »Ort« einzurichten, an dem diesbezügliche Standpunkte geäußert werden könnten, und lehnte die Forderung nach der Schaffung eines »Frauenforums« ab.

Inzwischen hatte die erste Wahlprobe bereits bestätigt, dass die PRC keine vergängliche politische Erscheinung war: *Rifondazione* (wie die Partei heute allgemein genannt wird) erhielt am 5. April 1991 5,6 % der Stimmen in der Abgeordnetenkammer und 6,5 % im Senat. Dabei handelte es sich um ein bedeutendes Ergebnis (man denke daran, dass die PDS 16,1 % der Stimmen erhielt), das in einem äußerst schwierigen Wahlkampf errungen wurde, welcher mit geringen Mitteln und gegen die Feindseligkeit aller anderen politischen Kräfte und der Medien geführt worden war. Dieses Ergebnis zeigte (wenn man annimmt, dass die PDS die starken Teile der bereits in der PCI präsenten *gemäßigten Linken* darstellt), dass es in Italien zum ersten Mal eine »alternative« – d.h. für antikapitalistische Positionen eintretende – Linke gab, mit potenziell recht bedeutendem Ausmaß, sowohl in Bezug auf Mitglieder – ihre Zahl schwankte anfangs um die 100.000 – als auch Stimmen.

Hinzu kam eine weitere Tatsache. Im Juni 1991 löste sich die Democrazia Proletaria auf (eine kleine Partei von etwa 10.000 Mitgliedern, die einzige relevante politische Organisation, die sich auf die Erfahrungen der 70er Jahre berief, auf die außerparlamentarische Neue Linke, auf die Themen der Direktdemokratie, des Umweltschutzes, des Feminismus und des Pazifismus) und entschied, der Rifondazione Comunista beizutreten. Diese Entscheidung kam nicht aus heiterem Himmel: Seit langem schenkte man in der Democrazia Proletaria (DP) der Rifondazione eine gewisse Aufmerksamkeit. Sicherlich wurde die Entscheidung jedoch vom Wahlerfolg der PRC beschleunigt. Auf diese Weise *fügten sich zum ersten Mal die Themen der Neuen Linken der 70er Jahre in eine Organisation mit Massencharakter ein*, während bis dahin die Organisations- und Wahlerfolge der Kräfte der Neuen Linken recht unbefriedigend gewesen waren.

Die PRC entstand demnach aus einem Zusammentreffen von einer teilweise vom PCI »geerbten« Massenbasis und heterogenen politischen Kulturen (die Cossutta'sche, die des *Manifesto*-PdUP, die der DP), die sich vorher auch bitter bekämpft hatten, dann jedoch in dem Plan übereinstimmten, in Italien eine neue kommunistische Kraft ins Leben zu rufen. Im Erbgut der PRC gab es daher

einen Widerspruch, der später auch sichtbar werden sollte. Dieser Widerspruch zeigte sich nicht so sehr im Urteil über die UdSSR (auch wenn Uneinigigkeiten bestanden, denn die Kritik der DP war viel härter als die von Cossutta), als vielmehr in den *konkreten politischen Entscheidungen* und damit beim Thema der Einheit und Unabhängigkeit von den anderen Kräften der Linken.

Nach den Wahlen von 1991 folgten zwei Regierungen: erst unter Giuliano Amato und dann unter Carlo Azeglio Ciampi. Dabei handelte es sich um Exekutiven, die in der politischen Fachsprache Italiens als »technische Regierungen« bezeichnet wurden, da bei ihrer Bildung der Einfluss der Parteien, die sich inzwischen in voller Krise befanden, relativ gering war. Die Ministerpräsidenten wurden – nicht nur formal, wie dies stets der Fall gewesen war, sondern nun auch tatsächlich – vom Präsidenten der Republik ernannt, und es handelte sich bei ihnen um eng mit der Wirtschaft verbundene Personen (Ciampi war Präsident der Banca d'Italia, der italienischen Staatsbank). Diese Regierungen verfolgten die Politik der *Deregulation* und finanziellen Strenge (suchten dabei aber stets das Einvernehmen mit den Gewerkschaften) und erreichten die Überwindung des Verhältniswahlrechts zugunsten eines Mehrheitswahlsystems (das jedoch einen Restanteil von Sitzen vorsieht, die proportional verteilt werden). In der Zwischenzeit hat die PRC ihren Aufbau weiter vorangetrieben, sich aktiv an der Kampagne gegen die Abstimmungsvereinbarungen der Gewerkschaften beteiligt, einen zweiten Kongress einberufen, der Fausto Bertinotti zum neuen Parteisekretär gewählt hat. Auch dieser war Gewerkschaftsführer und kam aus der Erfahrung der sozialistischen Linken, einer in den 70er Jahren recht aktiven politischen Strömung, die sehr den Themen der Direktdemokratie und der Fabrikräte verbunden und oft zugunsten einer sehr »offenen« Auffassung der Partei war. Auf dem Kongress wurde die Linie beschlossen, sich bei den Wahlen mit den Kräften der gemäßigten Linken zu vereinigen (eine Einheit, die auch durch die die Bildung von Koalitionen erfordernden Mechanismen des Mehrheitswahlsystems notwendig geworden war), selbst wenn dabei eine unabhängige gesellschaftliche Initiative bewahrt werden sollte. Im Gegensatz zu diesen Auffassungen entstand eine innere minderheitliche, jedoch kämpferische Linke, in die ein Großteil des DP-Anteils floss. Die Wahlen von 1993 brachten eine Bestätigung des guten Ergebnisses der PRC (6 % im Verhältnisanteil), jedoch auch die Niederlage der vereinten Listen der Linken (die auch Kräfte des Zentrums einschlossen) und den unerwarteten Sieg von Silvio Berlusconi (im Bündnis mit der xenophoben Partei Lega Nord im Norden Italiens und im Süden mit den Postfaschisten der Alleanza Nazionale). Die Regierung Berlusconis, die das Ergebnis einer Koalition war, die auch zahlreiche kleinere Unternehmen umfasste, setzte später die liberalistische Politik der Vorgängerregierungen fort, suchte im Unterschied zu jenen jedoch nicht das Einverständnis der Gewerkschaften. Gerade aus diesem Grund stürzte sie dann 1994 infolge von Kämpfen der

Gewerkschaften gegen einen Plan von Rentenkürzungen. Auf diese Weise wurde eine weitere technische Regierung eingesetzt – mit dem Ministerpräsidenten Lamberto Dini, auch er gehörte der *Banca d'Italia* an –, die eine Reform der Renten analog zu der von Berlusconi vorgesehenen vorschlug, die in ihren Inhalten und Umsetzungsfristen jedoch »weicher« war und vor allem im Einvernehmen mit den Gewerkschaften vorgenommen wurde. Diese Regierung, die die Politik von Amato und Ciampi fortführte, wurde von der Mitte-Links-Koalition, jedoch nicht von der PRC unterstützt. Infolge von Ereignissen, die zu kompliziert sind, um hier wiedergegeben zu werden, befand sich an einem gewissen Punkt die PRC in der Lage, Dini zum Rücktritt zu zwingen, und entschied sich, dies zu tun. Dieser Entschluss führte zur *ersten Spaltung* der PRC. Eine bedeutende Gruppe von Führungspersönlichkeiten und Parlamentariern (zu denen der ehemalige Parteisekretär Garavini, Magri und viele andere aus der PdUP Stammende gehörten), die jedoch unter den Aktivisten der Partei wenig einflussreich war, entschied sich dazu, die Gruppierung der *Comunisti Unitari* ins Leben zu rufen, die Regierung Dini zu unterstützen (da es sich immerhin um eine Regierung handelte, die von der Linken mitgetragen wurde), aus der Partei auszutreten und sich wieder der PDS und dem Mitte-Links-Block anzuschließen. Diese Spaltung in der PRC führte dazu, dass sich ein Teil der internen Minderheit wieder der Führungsgruppe näherte; die PRC erfuhr vor allem eine kräftige Bestätigung während der Gemeindewahlen 1995, bei denen sie um einen Mittelwert von 8 % schwankte.

In den folgenden politischen Wahlen 1996 beschloss die PRC, keine gemeinsamen Listen mit dem Mitte-Links-Bündnis zu präsentieren, es gelang ihr jedoch trotzdem, mittels einiger Kunstgriffe des Wahlsystems, von außen Kandidaten aus jenem Lager zu unterstützen und dabei die eigene Unabhängigkeit zu bewahren. Das Mitte-Links-Bündnis (das als sein Symbol und Namen den Ölbaum – *Ulivo* – gewählt hat) gewann die Wahlen und die PRC erzielte ein ausgezeichnetes Ergebnis: 8,6 % der Stimmen.

Auf diese Weise begann die Zeit der Regierung Prodis, deren Aufgabe es war, durch die Sanierung des Haushalts nach den Maastricht-Kriterien »Italien nach Europa zu führen«, und die eine Linie des »gemäßigten Liberalismus« einschlug, in Fortsetzung der Politik der vorangegangenen Regierungen, jedoch unter stärkerer Einbeziehung der Gewerkschaften. Die PRC stützte die Regierung von außen und erhielt das Versprechen für einen Plan zur Verkürzung der Arbeitszeiten sowie einige Garantien zur Erhaltung des *Welfare State*.

Diese Entscheidung stellte die PRC jedoch vor zahlreiche Widersprüche. Die Privatisierungspolitik wurde fortgesetzt, die Löhne und Gehälter sanken weiter – auch dank der Abstimmungsvereinbarungen –, des Weiteren wurde (auch mit der Stimme der PRC) ein neues Gesetz über die »atypischen« Arbeitsverträge verabschiedet, das die Zahl der unterbezahlten und ohne festen Vertrag

beschäftigten Arbeitskräfte vervielfachte. Gleichzeitig kam bei einem Großteil des Mitte-Links-Bündnisses und bei der PDS die Idee auf, dass es möglich und notwendig wäre, auf die PRC und ihre ständigen Drohungen, der Regierung das Vertrauen zu entziehen, zu verzichten.

Als nach Abschluss der Phase der finanziellen Sanierung und des Eintritts in die Europäische Union die PRC der Regierung, ohne Erfolg, riet, die politische Linie zu ändern (eine Neuverteilung des Einkommens zugunsten der Volksschichten, die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung), explodierten die Widersprüche und die Rifondazione entschied sich, der Regierung das Vertrauen zu entziehen. All dies führte 1998 zu einer *zweiten Spaltung*, weitaus größeren Ausmaßes als die erste. Derjenige, der am meisten zur Entstehung der Partei beigetragen hatte, verließ diese nun: Armando Cossutta. Mit ihm gingen etwa 50 % der Führungsgruppe und 70 % der Abgeordneten, jedoch nur etwas mehr als 5 % der Mitglieder: Gemeinsam gründeten sie die Partei der Italienischen Kommunisten – Partito dei Comunisti Italiani (PdCI). Noch einmal fand die Spaltung eher an der Spitze als an der Basis der Partei statt, und noch einmal vor dem Hintergrund der Einheit der Linken. Aber wenn im Falle der Regierung Dinis Cossutta zu denen gehörte, die den Bruch mit der Regierung wählten, entschied er sich jetzt, nach der Erprobung der Kraft von Berlusconi und den Postfaschisten und angesichts einer technischen, aber immerhin Mitte-Links-Regierung, für den Bruch mit der Partei. Die politische Kultur, aus der diese Entscheidung hervorging, gehörte zum »Erbgut« der PCI: die Notwendigkeit der Vereinigung aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen den Faschismus und die Rechte, die zentrale Rolle der Initiative in den Institutionen für den Gesellschaftskonflikt, welcher eher als ein Mittel zur Verschiebung der institutionellen Machtverhältnisse zugunsten der Partei angesehen wird.

Sehr verschieden fiel dagegen die Bewertung der Mehrheit der PRC aus: Die antifaschistische Einheit war nicht länger möglich, da das Mitte-Links- und das Mitte-Rechts-Bündnis nicht mehr gegensätzlich waren, sondern zwei Gesichter derselben neoliberalistischen Politik darstellten. Das Mitte-Links-Bündnis stellte sogar die Weichen für einen stärkeren Sieg des Mitte-Rechts-Blocks, da es die Klassen des Volkes schwächte und zersetzte und einer echten politischen Vertretung beraubte, und weil es aktiv an der antietatistischen und antikommunistischen Propaganda beteiligt war. Daher war es nicht richtig, eine Regierung zu retten, nur weil an ihr linke Kräfte beteiligt sind, unter der Gefahr, auf diese Weise jede ideologische und praktische Unabhängigkeit zu verlieren. Vielmehr musste man auf die Wiederbelebung des Gesellschaftskonflikts setzen und die Bedingungen dafür schaffen, indem man statt in den Institutionen in der Gesellschaft aktiv wurde.

Indem sie dies tat, hat zum ersten Mal eine kommunistische Massenkraft, oder zumindest eine erheblicher Bedeutung, mit der politischen Tradition der

PCI gebrochen, und zwar in dem wichtigsten *praktischen* Punkt: der Beziehung zu den anderen Kräften der Linken und zur Regierung. Dabei handelte es sich, wie Cossutta erklärte und wie oben bereits gesagt wurde, um eine echte »genetische Mutation«: Es war höchstwahrscheinlich die tatsächliche Entstehung einer kommunistischen Politik neuen Typs, wie auch immer das Urteil darüber ausfallen mag, der erste Augenblick einer *echten* Neugründung.

Nach dem Sturz von Prodi bildete sich unter Beteiligung der PdCI eine neue Mitte-Links-Regierung, geführt vom ehemaligen Kommunisten D'Alema (einer der Führungspersönlichkeiten, die sich am stärksten für den Ausschluss der PRC von der Politik eingesetzt hatte), eine Regierung, die auch von einigen ehemaligen Mitte-Rechts-Parlamentariern unterstützt wurde. Diese Regierung veranlasste die Beteiligung Italiens am »humanitären« Krieg gegen Serbien und versuchte sich durch einen Volksentscheid für die Einrichtung eines reinen Mehrheitswahlsystems zu stärken, welcher jedoch fehlschlug. Die PRC ging aus den Gemeinde- und Europawahlen 1999 geschwächt hervor (4,3 %, während die PdCI 2 % erzielte und die PDS – die sich jetzt einfach DS – Democratici di Sinistra [Linksdemokraten] nannte – 17 %). In den Regionalwahlen des darauf folgenden Jahres unterstützte die PRC das Mitte-Links-Bündnis mit einer flexiblen Taktik, die zwischen den Vereinbarungen auf der Ebene der nationalen Regierung (für unmöglich gehalten) und denen für die regionalen Regierungen unterschied, bei denen sie scheinbar nicht vollständig liberalistische Koalitionen ermöglichen konnte. Dies verhinderte jedoch nicht den Sieg von Mitte-Rechts und ermöglichte der PRC nur eine leichte Verbesserung ihrer Ergebnisse des Vorjahres (+0,6 %). Nicht viel anders waren die Ergebnisse der politischen Wahlen 2001. Trotz der zahlreichen Einigungsversuche, die von D'Alema, der auf die endgültige Niederlage der PRC setzte, stark behindert wurden, liefen letztere und das Mitte-Links-Bündnis getrennt: Der Sieg fiel erneut Berlusconi zu, die PRC erzielte 5 % der Stimmen, die PdCI erreichte 1,7 % und die DS 16,6 %. Das Ergebnis der PRC war in Anbetracht der Spaltung und einer stark isoliert verlaufenen Wahlkampagne (die Rifondazione war die einzige Kraft, die den Ausstieg aus dem Neoliberalismus, die Verteidigung des *Welfare State*, die Rückkehr zum Verhältniswahlrecht und die Ablehnung des Krieges vorschlug) insgesamt gesehen positiv: Der Versuch, sie von der politischen Schaubühne zu vertreiben, war gescheitert.

Vor allem jedoch nahmen die sozialen Konflikte wieder Gestalt an. Ab 2000 trat die Bewegung in Erscheinung, deren Name sich von Seattle und dann von Porto Alegre herleitete. Die PRC beteiligte sich sehr aktiv an sämtlichen Ereignissen und Demonstrationen, die in ihrer Spur entstanden (Prag, Nizza, Neapel). In Italien belebte sich der Klassenkonflikt wieder dank des Richtungswechsels der FIOM (der Metallarbeiter-Gewerkschaft des CGIL), die die füg-same Politik der anderen Gewerkschaftsverbände nicht akzeptierte und allein mit großem Erfolg Streiks organisierte.

In der Zwischenzeit hat die Partei organisatorische Veränderungen vorgenommen: Auf dem dritten und vierten Kongress nahmen das Frauenforum und die eigene Organisation der Jugendlichen (Giovani Comunisti) Gestalt an. Die letztere spielte später eine entscheidende Rolle bei der Organisation sämtlicher antiliberalistischer Demonstrationen Europas und Italiens. Die politische Linie wurde in verschiedenen Bereichen konkretisiert: Reform der Partei hin zu einer größeren Öffnung derselben, Beziehungen zu allen Bewegungen, Vorschlag zur Einrichtung eines Forums, das die gesamte alternative Linke zusammenführt, fortgesetztes Augenmerk auch auf die Schwierigkeiten der gemäßigten Linken, um sie zu neuen Perspektiven zu drängen. Ein starkes Engagement galt auch der ideologischen Erneuerung: Bei der Begehung des achtzigsten Jahrestages der Gründung der PCI im Jahr 2001 verteidigte Fausto Bertinotti die gesamte Geschichte der Kommunisten, unterstrich jedoch auch deren Fehler und Schrecken, identifizierte im Stalinismus (als einer bestimmten Auffassung der Politik, die die Partei und den Staat *gegen* die Gesellschaft und die Bewegungen privilegiert) das negative Erbe, das entschieden überwunden werden muss, diesmal jedoch »von links« und nicht »von rechts«, d.h., nicht mit der simplen Akzeptanz der liberalen Demokratie zum Nachteil des Gesellschaftskonflikts, sondern mit der Betonung der Direktdemokratie, der generellen Kritik am Kapitalismus und nicht nur an seinen rechtlichen Aspekten (Privatbesitz) sowie der Konflikte bezüglich des Umweltschutzes und der Befreiung der Frauen. In anderen Momenten der Diskussion schlug die PRC (mit einer lebhaften Debatte, bei der ein Großteil derer in Opposition gingen, die, auch wenn sie Teil des Cossutta'schen Flügels waren, Cossutta nicht in die PdCI gefolgt sind) eine Lesart des globalen Kapitalismus vor, nach der die interimperialistischen Konflikte keine zentrale Rolle mehr spielen und es daher nicht mehr denkbar ist, eine Front aufzubauen, die zum Beispiel China und Russland als dem Imperialismus der USA entgegengesetzte Kräfte einschließt. Sie unterstrich des Weiteren, dass die Gleichwertigkeit von wirtschaftlicher Entwicklung und Fortschritt inzwischen nicht mehr gültig war und dass die Entwicklung der Produktivkräfte nicht länger als ein unbestreitbarer Wert angesehen werden konnte, da sie nicht mehr die Stärkung der Arbeiterklasse und der Demokratie zur Folge hatte, sondern im Gegenteil beide untergrub sowie schwere Umweltschäden verursachte.

Von all diesen Versuchen, das alte kommunistische Paradigma zu überwinden, um ein neues aufzubauen, war der interessanteste vielleicht der, der sich in dem Vorschlag zusammenfasste, ein Forum der alternativen Linken aufzubauen, das diverse Parteien, Gruppen, Vereinigungen zusammenbringt und in dem die PRC keine hegemonische, sondern eine paritätische Rolle zu spielen beabsichtigte. Das war ein bedeutender Vorschlag, denn er begann das zu verändern, was den Kernpunkt der kommunistischen Identität ausmachte:

die Auffassung von der Partei. Jedoch erschien dieser Vorschlag, der spätestens ab 1999 vorgebracht wurde, anfänglich für die politische Schicht bestimmt zu sein und erzielte keinen nennenswerten Erfolg. Bis nach den Ereignissen von Genua im Juli 2001 ein gesellschaftliches Phänomen von großer Bedeutung auch in Italien eine klare politische Gestalt annahm: die Präsenz und die Radikalisierung zahlreicher Vereinigungen unterschiedlicher Natur, die schweigend, in den Jahren des Triumphes des Neoliberalismus und der Krise der Parteien und der Linken, unzählige Einzelpersonen um sehr konkrete solidarische und genossenschaftliche Verfahrensweisen der Politik organisiert hatten. Diese gesellschaftlichen Vereinigungen waren durch die Härte des Neoliberalismus gezwungen, selbst eine politische Rolle zu übernehmen, und trafen auf eine politische Partei, die seit langem die Möglichkeit einer paritätischen Verbindung von gesellschaftlichen Vereinigungen diverser Natur anvisierte. Für die PRC begann eine neue Zeit voller Möglichkeiten. Die Rifondazione war in allen Initiativen der Bewegung vertreten. Ihre Aktivisten spielten eine entscheidende Rolle bei der Stärkung der Bewegung und seiner Unabhängigkeit. Die PRC war – in Italien, aber nicht nur – die einzige Partei, die *als solche* im Innern der Bewegung selbst akzeptiert wurde.

Gerade auch um diese neue Situation, die die Gültigkeit der schwierigen Entscheidungen der vorangegangenen Jahre bestätigte, mit größerer Entschlossenheit zu bewältigen, rief die PRC im April 2002 auf der Grundlage radikal innovativer Thesen ihren fünften Kongress ein. Diese Thesen unterstrichen die Erfolglosigkeit der Hypothese eines gemäßigten Liberalismus in der ganzen Welt und damit die Niederlage der gemäßigten Linken. Sie bekräftigten den Unterschied zwischen Globalisierung und Imperialismus sowie die Unmöglichkeit, von interimperialistischen Konflikten auszugehen. Sie bestätigten und entwickelten den Gedanken der radikalen Erneuerung der Parteiform unter Anerkennung der Tatsache, dass die Partei nicht länger der einzige oder der zentrale Träger der Veränderungen ist, auch wenn die Partei immer noch erforderlich war, um eine sozialistische Perspektive zu definieren und als Verbindung zwischen den verschiedenen antagonistischen Akteuren zu fungieren. Schließlich unterstrichen sie die zentrale Rolle der Beziehungen zu den Bewegungen für das Verhältnis zu den Institutionen sowie die Notwendigkeit, eine neue Arbeiterbewegung aufzubauen, in dem sich der Kampf um Gehälter und für bessere Arbeitsbedingungen mit dem allgemeineren Kampf um menschlichen Emanzipation verflechten würde. Um diese Thesen, die vom Parteisekretär Bertinotti mit Überzeugung verfochten wurden, formierte sich eine starke Mehrheit, die inzwischen fast den gesamten aus der DP stammenden Flügel umfasste, sowie die Aktivisten und Führungskräfte traditionellerer Prägung, die nicht den Entscheidungen Cossuttas gefolgt waren. Dieser Mehrheit stellte sich in eindeutiger Weise nur ein Teil des trotzkistischen Flügels entgegen

(der andere, der sich um die Zeitschrift *Bandiera Rossa* versammelt, gehörte bereits zur Mehrheit), der eine direkte Wiederaufnahme der kommunistischen Initiative vorschlug und die Notwendigkeit sah, dass die Partei innerhalb der Bewegungen um die eigene Hegemonie kämpfe. Die wahre politische und kulturelle Auseinandersetzung des Kongresses findet jedoch zwischen zwei Seelen innerhalb derselben Mehrheit statt. Tatsächlich schlug der traditionalistische Flügel, jetzt um Claudio Grassi versammelt und seit langem um die Zeitschrift *L'Ernesto* formiert, keine alternativen Thesen vor, sondern lediglich einige Ergänzungen der Thesen der Mehrheit, in denen eine weniger kritische Bilanz der Erfahrung des Kommunismus gezogen und die Gültigkeit der Kategorie des Imperialismus sowie die zentrale Rolle der Arbeiterklasse und der Partei erneut bestätigt wurden. Im Hinblick auf die letztgenannte wurde nicht so sehr eine Erneuerung als vielmehr eine Stärkung und größere Verwurzelung an den Stätten der Arbeit vorgeschlagen. Die Ergänzungen wurden vom Kongress nicht angenommen, so dass sich die PRC inzwischen mit einem ideologischen Profil präsentierte, das sich stark von ihrem ursprünglichen unterschied.

Sofort nach dem Kongress kamen neue Elemente hinzu, die das Bild der Bewegungen bereicherten und verkomplizierten. Neben der »Bewegung von Genua« trat auch die Gewerkschaftsbewegung wieder stärker auf, da sich inzwischen die gesamte CGIL – nicht nur die FIOM – den Entscheidungen der anderen Gewerkschaften entgegenstellte und Streiks sowie riesige Demonstrationen zur Unterstützung des Gesetzes organisierte, das die Arbeiter vor ungerechten Kündigungen schützt (Artikel 18 des Arbeitnehmerschutzgesetzes). Die PRC reagierte vom Innern dieser Bewegung heraus (der auch die nach den Ereignissen von Genua entstandenen Social Forum beitraten) und belebte die Initiative erneut durch den Vorschlag einer Reihe von Volksabstimmungen, die nicht nur die Verteidigung des Artikels 18, sondern auch dessen Ausdehnung auf kleinere Produktionseinheiten vorsahen. Schließlich wurde auch die so genannte »Bewegung der Girotondi« – so bezeichnet wegen des Brauchs, die Sitze der jeweiligen Institutionen, gegen die sie protestieren, mit pazifistischen Ringelreihen einzukreisen – zum wichtigen politischen Akteur, der sich vor allem als eine Form des Drucks zeigte, den die Wähler der gemäßigten Linken auf ihre Parteien ausübten, um sie zu erneuertem und schärferem Handeln zu drängen. Gegenstand der Politik der Girotondi war vor allem die Informations-, Schul- und Justizpolitik. Bezüglich der letztgenannten rief die Bewegung im Sommer 2002 in Rom zu einer Demonstration auf, die großen und unverhofften Erfolg brachte. Auch in diesem Fall nahm die PRC an der Demonstration teil, jedoch mit einer unabhängigen Plattform, die sich nicht auf die Verteidigung der Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit beschränkte (wie sie die Bewegung der Girotondi fordert), sondern auch die Notwendigkeit hervorhob, das Klassenwesen der Justizverwaltung zu verändern. Das neue Handeln der CGIL und die

Girotondi hatten vor allem die Erneuerung der gemäßigten Linken zum Ziel: All dies brachte jedoch, zumindest bis zum Herbst 2002, nicht den erhofften Erfolg, einerseits weil die Führungspersönlichkeit der CGIL, Sergio Cofferati, von vielen als der neue Führer der gesamten Linken berufen, entschied, innerhalb der Grenzen der Mitte-Links-Politik zu bleiben, zum anderen weil die Parteien der gemäßigten Linken, und insbesondere die DS, starke Schwierigkeiten hatten, die Rolle einer sozialen Bewegung anzuerkennen, die ihre politische Mediation stört.

Angesichts dieses Bildes nimmt sich die PRC vor, zwischen den verschiedenen Bewegungen und den diversen politischen Kräften auszuwählen und dabei alles das zu unterstützen, was die Entstehung einer alternativen Linken begünstigen könnte, zu der die Rifondazione gehören würde, jedoch nicht notwendigerweise in führender oder hegemonischer Rolle.

3. Die politische Kultur der Rifondazione Comunista und ihre Wandlung

Von Beginn an hat sich die PRC offen als ein Ort der Auseinandersetzung zwischen heterogenen politischen Kulturen gezeigt, die allesamt auf die Überwindung des Kapitalismus ausgerichtet sind, sich untereinander jedoch erheblich unterscheiden. Auch die PCI ist unter dem Gesichtspunkt der Kultur nie eine einheitliche Partei gewesen: In ihr existierten allgemein demokratische Elemente und solche die der sozialistischen Tradition verbunden waren neben kommunistischen Elementen unterschiedlicher Ausrichtung. Sie alle hatten sich jedoch innerhalb ein und derselben politischen Organisation entwickelt oder waren dieser infolge wichtiger gemeinsamer Erfahrungen, wie die *Resistenza*, zugeströmt. Die PRC ist hingegen unter Mitwirkung politischer Kulturen gegründet worden, die nicht nur verschieden waren, sondern die sich – wie bereits angemerkt wurde – seit der Mitte der 60er Jahre untereinander schwer bekämpft hatten und die sich nun nicht deshalb vereinten, weil sie ihre theoretischen und strategischen Meinungsverschiedenheiten überwunden hätten, sondern aufgrund des gemeinsamen Bedürfnisses, die Existenz einer kommunistischen politischen Kraft im Land zu sichern.

In einer kurzen Skizzierung ist es nicht möglich, sämtliche kulturellen Bestandteile der PRC, ihre nicht lineare Entwicklung, ihre Verflechtungen und ihre Konflikte zusammenzufassen. Deshalb werden wir uns darauf beschränken, die beiden am einfachsten zu identifizierenden Kulturen zu betrachten: Die eine folgt dem traditionellen Marxismus, die andere stammt aus der Erfahrung der DP. Schwieriger wäre es, den Beitrag der Ingrao'schen Kultur zu analysieren oder den der Kultur des linken Sozialismus, zwei Strömungen, aus denen zahlreiche Führer hervorgegangen sind (auch, zum Teil, der Parteisekretär Berti-

notti) und die manchmal eine Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen Seelen der Partei erfüllen.

Die traditionalistische Komponente stellt jedoch nicht das Erbe der vorherrschenden Kultur der alten PCI, die den von Palmiro Togliatti vorgezeichneten Linien treu war, dar. Die Togliatti'sche Kultur, die später von Enrico Berlinguer wiederaufgenommen und weiterentwickelt wurde, baute auf dem Versuch auf, einen *originellen* und *spezifischen* Weg für den Sozialismus in Italien zu finden, während man nach und nach die Unterschiede zu den Erfahrungen des Sozialismus im Osten deutlich machte. Der »italienische Weg zum Sozialismus« war insbesondere durch die volle Anerkennung der parlamentarischen Demokratie und den Aufbau einer breiten Einheit unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte (nicht nur der Arbeiter, sondern auch der »mittleren Klassen«, kleinen und mittelständischen Unternehmen, Freiberufler...) gekennzeichnet, zu deren gemeinsamen Zielen der Ausbau der Demokratie, die Entwicklung der Produktivkräfte und damit die Einführung von Elementen des Sozialismus in das Land gehörten. Dabei muss hervorgehoben werden, dass die Identifizierung des Sozialismus mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen des Ausbaus der parlamentarischen Demokratie, typisches Merkmal der Togliatti'schen Ideologie, den Hintergrund darstellte, vor dem sich mit den Jahren die Kultur der »Verbesserer« der PCI entwickelt hat, so bezeichnet wegen ihrer Ablehnung der *Umwandlung* vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Entscheidung, sich für eine einfache *Verbesserung* der gegenwärtigen Gesellschaft einzusetzen. Die »Verbesserer«-Kultur spielte natürlich eine bedeutende Rolle beim Übergang von der PCI zur PDS.

Anstatt die Originalität und Spezifität des Übergangs zum Sozialismus in Italien zu unterstreichen, entstand der traditionalistische Flügel eher zur Verteidigung der Erfahrungen der Sowjetunion und zur Erinnerung an die zentrale Rolle der Arbeiterklasse. Er schlug demnach seine Wurzeln in einer Kultur, die sich nie *vollkommen* mit Togliatti und Berlinguer identifiziert hatte (und noch weniger mit dem Flügel der »Verbesserer«), auch wenn sie deren Hegemonie akzeptiert hatte. Diese seit vielen Jahren in der PCI latente Kultur trat mit der Opposition gegen den durch Berlinguer vollzogenen Bruch mit der Sowjetunion ans Tageslicht und wurde in den darauf folgenden Phasen nach und nach immer deutlicher. Dieser Flügel konnte in den 90er Jahren nicht länger in der einfachen Verteidigung der Sowjetunion verankert bleiben. Allmählich erkannte er die schwierigen Grenzen jener Erfahrung an, darunter auch die Tatsache, dass die Umwandlung der PCI nicht nur das Ergebnis des »Verrats« der Führung, sondern auch auf tief greifende Fehler zurückzuführen war, die bereits in jenem »italienischen Weg zum Sozialismus« präsent waren und noch mehr in der Berlinguer'schen Strategie des »historischen Kompromisses«. Die Fehler der Führungsgruppe der KPdSU und diejenigen der Führungsgruppe

der PCI wurden jedoch als *politische* Fehler angesehen, infolge von subjektiven Mängeln oder der fehlerhaften Anwendung der richtigen Prinzipien. Weder die Prinzipien des traditionellen Marxismus noch der Gedanke der zentralen Rolle der politischen Partei wurden je wirklich in Frage gestellt. Selbst der Gedanke der zentralen Funktion der Arbeiterklasse –, wenn er einerseits bei den Aktivisten den Willen und die Fähigkeit nährt, bedeutende antikapitalistische Initiativen zu entwickeln, führt sie andererseits zur Bestätigung der zentralen Bedeutung der Partei (denn im traditionellen Marxismus hat die *Klasse* ohne die *Partei* keine wahre politische Existenz) sowie zur Behinderung schöpferischer Beziehungen zu anderen potenziell antikapitalistischen Gesellschaftsschichten. Trotz dieser »konservativen« Einstellung vollzog der traditionalistische Flügel mit der Zeit zahlreiche und bedeutende Veränderungen: Zum Beispiel wurden die feministischen und Umweltschutzthemen – deren Einführung in die PCI als ein Moment der Auflösung der kommunistischen Identität angesehen worden war – nach und nach als bedeutende Themen der antikapitalistischen Strategie anerkannt; des Weiteren war eine gewisse Neubewertung der 1968 entstandenen Bewegungen sowie eine größere Toleranz gegenüber »alternativen« Lebensstilen zu beobachten (bereits seit ihrer Entstehung hatte sich die PRC die Liberalisierung der »weichen« Drogen vorgenommen).

Für einen bedeutenden Teil dieses Flügels wurden diese Teilaktualisierungen des traditionellen kommunistischen Guts jedoch unterbrochen, als man den *zentralen Punkt* der historischen Identität der PCI anrührte, nämlich die Auffassung, dass der Nationalstaat und das Parlament die *wichtigsten Schauplätze* kommunistischer Politik seien und dass die Einheit der Linken und aller demokratischen Kräfte gegen die Rechte der *Hauptinhalt* dieser Politik sei. Dieser Teil – der später die zweite Spaltung herbeiführte – konnte die Schwächung des Nationalstaates und des Parlaments, die Bedeutung der sozialen Bewegungen und die Umwandlung der »gemäßigten« Linken in eine *liberale* Linke, die vollkommen in die Werte der kapitalistischen Gesellschaft integriert ist, nicht verstehen.

Wie jedoch bereits gesagt wurde, akzeptierte die Mehrheit des Flügels diese Schlussfolgerung nicht. Aber die Entscheidung, in der PRC zu verbleiben, schien – zumindest anfangs – nicht von einer tatsächlichen Wandlung der traditionalistischen Haltung diktiert worden zu sein. Vielmehr war diese Entscheidung auf den Gedanken der zentralen Rolle der Partei und auf die richtige politische Intuition zurückzuführen, der zufolge die Unterstützung der Regierung Prodis zur Unterordnung der PRC unter das Mitte-Links-Bündnis, zum Verlust der Unabhängigkeit seitens der Kommunisten und allmählich zum Verschwinden oder zur Irrelevanz der so mühsam aufgebauten kommunistischen Partei geführt hätte. Der Entschluss der Mehrheit der Traditionalisten scheint demnach eher von politischen als von theoretischen oder kulturellen Beweggründen

herbeigeführt worden zu sein, so dass auf dem V. Parteikongress dieser Flügel eine Position kräftiger *Aktualisierung* der kommunistischen Identität einnahm, sich jedoch durch die Ergänzungen, von denen bereits gesprochen wurde, einer tiefgreifenden *Neudefinierung* derselben widersetzte.

Es scheint offensichtlich, dass ohne den Beitrag des traditionalistischen Flügels in seiner Gesamtheit die PRC nicht hätte entstehen und überleben können. Armando Cossutta gelang es, einige Grundprinzipien des kommunistischen Handelns festzuhalten – insbesondere die Notwendigkeit, dass dieses Handeln über unabhängige politische Instrumente erfolgt –, und vor allem gelang es ihm, den richtigen Zeitpunkt für die Abspaltung von der ehemaligen PCI zu wählen. Vor der Namensänderung der Partei wären der Abspaltung nur eine begrenzte Zahl an Aktivisten und Wählern gefolgt, aber nach dieser Veränderung wurde sie als richtig und notwendig angesehen, als ein Signal der Hoffnung für hunderttausende Männer und Frauen.

Es erscheint jedoch genauso offensichtlich, dass, wenn die PRC Cossutta bis zum Schluss gefolgt wäre, sie ihre Identität verloren hätte, gezwungen gewesen wäre, nicht nur die neoliberalistische Politik von Mitte-Links, sondern auch den Krieg zu akzeptieren, und die neuen sozialen Bewegungen hätte behindern können.

Der aus der DP stammende Flügel stellt, zusammen mit anderen Beiträgen von Einzelnen und Gruppen in der PRC, die Essenz vieler kommunistischer Erfahrungen aus den 60er und 70er Jahren dar, die *außerhalb* der PCI stattfanden und *gegen* diese gerichtet waren. In jenen Jahren entstand aus der Kritik am »italienischen Weg zum Sozialismus« die Auseinandersetzung mit der PCI. Den Gruppen der Neuen Linken zufolge, die mit der 68er Welle entstanden waren, enthielt diese Strategie mindestens zwei schwere Fehler, da sie auf einer ökonomistischen Auffassung der Entwicklung der Produktivkräfte und auf einer etatistischen Sichtweise des Aufbaus des Sozialismus beruhte. Für die Neue Linke waren die Entwicklung der Produktivkräfte und die Erweiterung der Formen kapitalistischer Reproduktion nicht eindeutig Synonyme des Fortschritts, da sie zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse und zur Verschärfung der Unterordnung zahlreicher anderer Gruppen, wie Jugendlicher, Frauen und Intellektueller, führten. Deshalb konnte sich der Sozialismus nicht nur mit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung im Rahmen der Ausdehnung des staatlichen Eigentums der Produktionsmittel (und der Demokratie) identifizieren, sondern musste auf der internen Transformation der Produktionsprozesse mithilfe der in Räten organisierten Arbeiter aufbauen. Und die Arbeiterräte mussten sich mit allen Formen der Selbstorganisation anderer antikapitalistischer Gruppen der Gesellschaft verbinden. Die antikapitalistische Strategie durfte sich daher nicht auf das Parlament stützen, sondern auf die soziale Selbstorganisation. Die Kritik am Parlamentarismus der PCI schloss sich der Kritik

an der Sowjetunion an, dem Land, dessen nicht demokratischer Aufbau als das Ergebnis einer etatistischen Konstruktion des Sozialismus angesehen wurde, die die ursprünglichen Elemente der Arbeiterdemokratie ausgelöscht hatte.

In den 70er Jahren blieb die Neue Linke, auch wenn sie wichtige soziale Kämpfe und politische Kampagnen organisierte, stark in der Minderheit. Viele ihrer Organisationen lösten sich wieder auf, viele Aktivisten gingen in die PCI oder die PSI von Bettino Craxi. Die Kritik am Etatismus konnte in einer historischen Phase, in der der National- und Sozialstaat noch seine Wirkung zeigte, keine Massen für sich gewinnen. Die Kritik am »Realsozialismus« und an der PCI konnte von der Mehrheit der Arbeiter nicht gebilligt werden, weil die UdSSR und die PCI, deren schwere Mängel viele Arbeiter durchaus sahen, trotz allem als eine Verteidigung gegen die Macht des Kapitalismus angesehen wurden. Die Mehrheit der potenziell antikapitalistischen Gruppen, die sich jedoch von der traditionellen Arbeiterklasse unterschieden – Jugendliche, Frauen, prekäre Arbeitnehmer, kritische Intellektuelle –, suchten entweder den Weg des Beitritts zur PCI oder beschlossen, sich von der Politik zu distanzieren.

Die DP blieb während der gesamten 80er Jahre die einzige organisierte politische Kraft, die sich auf die Werte der Neuen Linken berief. In den Jahren der kapitalistischen Restauration setzte sie sich sowohl für den Klassenkampf ein – indem sie die gemäßigten Tendenzen der Mehrheitsgewerkschaften bekämpfte – als auch für die Öffnung der kommunistischen Kultur für Umweltschutz-, Frauen- und Pazifismus-Themen. Darüber hinaus versuchte sie, die Partei zu erneuern, in dem sie »unabhängige Orte« erschuf, an denen die Aktivisten ihrer speziellen Identität, d.h. der von Frauen, Jugendlichen usw., Ausdruck verleihen konnten. Sie versuchte, eine neokommunistische Kultur zu entwickeln, und sträubte sich gegen die Absorption der Partei in einer allgemeinen »grünen« Kultur.

Trotzdem überschritt die DP nur kaum die Schwelle von 10.000 Mitgliedern und erzielte stets enttäuschende Wahlergebnisse. Man kann vielleicht sagen, dass die Neue Linke, und mit ihr die DP, viele der Themen erahnt hatte, die später zur Niederlage der PCI und dem Zusammenbruch der UdSSR führten, dass diese Ahnung jedoch kein Massenphänomen werden konnte, solange nicht die historische Ära des Kommunismus des 19. Jh. zu Ende gegangen war. Das Verdienst der Führungsgruppe der DP war es zu begreifen, dass die Entstehung der Rifondazione Comunista die Gelegenheit war, die Themen der Neuen Linken in einem größeren politischen Rahmen zum Leben zu erwecken, und daher zu beschließen, mit der PRC zusammenzugehen. Auf diese Weise begann eine Zeit großer politischer Konfrontation, bei denen die Mitglieder der ehemaligen DP sehr oft in der Minderheit waren, sich aber auch der Führungsgruppe der Partei annäherten, bis sie integraler Bestandteil derselben wurden, während die Partei eine immer kritischere Haltung zur gemäßigten Linken und eine immer positivere gegenüber den sozialen Bewegungen einnahm.

Die DP hatte demnach, wie wir gesehen haben, bereits in den 80er Jahren viele der wichtigsten Themen der kommunistischen Erneuerung ausgearbeitet. Im Jahre 2000 begünstigte dann die Krise der staatlichen und parlamentarischen Mediation, indem sie die Rolle der Bewegungen im Vergleich zu den traditionellen Parteien stärkte, eine politische Kultur, die stets von der Bedeutung der Bewegungen und der Notwendigkeit, dass diese aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bestehen, ausging.

Die Kultur der Neuen Linken hat der PRC demzufolge in dem Augenblick als »Entwicklungsalternative« gedient, in dem der traditionelle Marxismus Gefahr lief, sowohl die Unabhängigkeit der Partei als auch die Öffnung gegenüber den sozialen Bewegungen zu behindern.

Die Möglichkeit, dass die beiden politischen Hauptkulturen der PRC weiterhin schöpferisch sind, hängt von ihrer Fähigkeit zur Weiterentwicklung ab. Der Kultur des traditionellen Marxismus müsste es gelingen, sich noch weiter für die neuen Formen politischen Handelns zu öffnen. Die aus der Neuen Linken stammende Kultur sollte ihre Beziehungen zu den Bewegungen vervollkommen und versuchen, ausgehend von den inzwischen erworbenen neuen Werten, die »alten« Themen der Regierung, der Macht und der gesellschaftlichen Steuerung der Produktion wieder zur Sprache zu bringen.

Wenn es stimmt, dass die Kultur der DP die Erneuerung der PRC in einem entscheidenden Augenblick begünstigt hat, darf man auch nicht vergessen, dass sie trotz allem – wie die Kultur des »orthodoxen« Marxismus – selbst aus einer *Tradition* hervorgegangen ist, d. h. aus einer in der Vergangenheit entstandenen und entwickelten Konzeption, und dass die aktuellen Schwierigkeiten der antiliberalistischen und antikapitalistischen Bewegung zum Teil neuer Natur sind. Es ist kein Zufall, wenn sich angesichts der neuen Situation ein Teil der Führungsgruppe und der Aktivisten der PRC, zumindest in einigen Fragen, von Antonio Negri ausgearbeiteten Themen zugewandt hat (*Imperium versus Imperialismus*, *Vielzahl versus Klassen und Massen*) sowie solchen des zivilen Ungehorsams, wie sie der US-amerikanischen Bewegung am Herzen liegen. Auch dies sind kulturelle *Traditionen* (die Ausführungen von Negri überwinden zum Beispiel nicht das Paradigma des italienischen Operaismus und weisen daher erhebliche Grenzen auf, alte wie auch neue), aber sie scheinen auf einfache Weise einige sofortige Antworten auf *praktischem* Gebiet zu liefern.

Der von der PRC übernommene und ausgeübte ideologische Pluralismus könnte jedenfalls den gemeinsamen Boden liefern, auf dem man in dialektischer Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Traditionen einen neuen und originellen kommunistischen Standpunkt aufbaut.

4. Die Organisation der PRC

Die Organisation der PRC ähnelt zum großen Teil der einer traditionellen Massenpartei. Die Gebietsvereine (zusammen mit den Vereinen, die in den Produktionsstätten entstehen) stellen formal die *Basiseinheit* der Partei dar. Diese wählen – zu jedem Kongresstermin – die Delegierten des Kongresses des *Provinzialverbandes*. Auf dem Kongress des Verbandes werden die Mitglieder des *politischen Föderalkomitees* gewählt sowie die Delegierten zum *Regionalkongress* und zum *Nationalkongress*. Der letztere wählt das *politische Nationalkomitee* (bestehend aus ca. 150 Mitgliedern) sowie den Nationalsekretär. Das politische Nationalkomitee wählt schließlich einen kleineren *Vorstand* und das *Nationalsekretariat*. Bei jeder Wahl ist eine Mindestfrauenquote vorgesehen.

Es ist nicht einfach, genaue Angaben über die Zahl und die Zusammensetzung der Parteivereine zu finden. Im Jahr 1998 wurden 2.690 Gebietsvereine und 150 Unternehmensvereine registriert, und die PRC war in 2.404 italienischen Gemeinden (von insgesamt 8.191 Gemeinden) vertreten. Die Mitgliederzahl schwankte um die 100.000 vor der zweiten Spaltung und um die 90.000 danach. Sehr stark ist das Phänomen des *Turnover* der Mitglieder: Das heißt, jedes Jahr gibt es sowohl eine hohe Zahl an erstmaligen Mitgliedschaften als auch eine hohe Anzahl nicht verlängerter Mitgliedschaften. Es gibt keine generellen Untersuchungen über dieses Phänomen, aber einige bei einzelnen Verbänden durchgeführte Studien ergaben, dass die ausbleibende Verlängerung der Mitgliedschaft fast nie auf mangelnde Zustimmung zur Parteilinie zurückzuführen ist, sondern oft auf Schwierigkeiten politisch-organisatorischer Art, durch die es den Vereinen nicht gelingt, eine dauerhafte Beziehung zu vielen der Mitglieder aufrechtzuerhalten. Wenn man gezielt und organisiert die Wiedergewinnung alter Mitglieder angeht, sind die Ergebnisse im Allgemeinen zufriedenstellend. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, dass der hohe *Turnover* auf ein grundlegendes Problem in der Funktionsweise der Vereine und im Aufbau der Partei hindeutet: Tatsächlich obliegt sehr oft und vor allem in den größeren Städten die konkrete Initiative der Partei mehr den *thematischen Kommissionen* als den Vereinen. Diese Kommissionen sind spezialisierte Strukturen, die die Fragen des Friedens, der Einwanderung, des *Welfare State*, der Arbeit usw. behandeln. Es besteht daher ein Widerspruch zwischen der Rekrutierungsstruktur (dem Verein) und dem Ort der politischen Initiative (der Kommission), und all dies wirkt sich notwendigerweise negativ auf die Mitgliedschaft aus.

Die Finanzierung der Partei beruht zum überwiegenden Teil auf der *staatlichen Finanzierung* (Erstattung der Wahlkampfkosten) und auf der Besteuerung eines erheblichen Anteils ihrer Vergütung seitens der Gewählten. Geringfügig ist die Zahl der Funktionäre, die ein Gehalt empfangen: Der größte Teil der Arbeit wird von den Aktivistinnen und Aktivisten ehrenamtlich ausgeführt.

Die Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung ist recht paradox bei einer Partei, die allmählich ihren antietatistischen Charakter herausgestellt hat. Dies zeigt einerseits einen bemerkenswerten *politischen Mut* von Seiten einer Partei, die Entscheidungen getroffen hat (wie der Bruch mit der Regierung Prodis), die sie der Gefahr aussetzten, von den Wahlen ausgeschlossen zu werden und somit von ihrer wichtigsten Unterstützungsquelle, jedoch ist es andererseits ein Zeichen für eine Konditionierung, die die Bewegungsfreiheit der Partei selbst einschränken könnte. Auch aus diesem Grund stellt sich die Partei ständig die Frage der *Eigenfinanzierung*: Einerseits vergrößert sie ihr *Immobilienvermögen* (im Jahr 2000 war die PRC Eigentümerin von 60 ihrer Geschäftsstellen, im Gesamtwert von etwa 20 Milliarden Lire bzw. 10 Millionen Euro), andererseits probiert sie Formen zur Verbindung von Massenpräsenz und Eigenfinanzierung aus. In einigen Vereinen tut sie dies zum Beispiel mit der Eröffnung von Dienstleistungseinrichtungen: Kinderhort, Aufklärungszentren zu sozialen Problemen (Arbeit, Zuhause usw.) sowie Informatikkurse. Diese Dienstleistungen werden zu einem ermäßigten Preis erbracht, der sowohl die Nutzung durch zahlreiche Bürger als auch die Verwendung zur Eigenfinanzierung der anderen Aktivitäten der Vereine ermöglicht.

Der Abhängigkeit vom Staatsapparat widersprechen, aus einer allgemeineren Sicht, auch die Satzungsbestimmungen, die das Gewicht der *parlamentarischen Gruppen* in den Entscheidungsprozessen der Partei begrenzen und dadurch die Identifizierung der parlamentarischen Gruppen selbst mit der nationalen Führungsgruppe verhindern. Diese Bestimmungen sind nicht nur aus prinzipiellen mit den Grundwerten der PRC übereinstimmenden Gründen gerechtfertigt, sondern auch durch die konkrete Erfahrung der beiden Spaltungen, bei denen gerade die Parlamentarier im Vordergrund standen: Der prozentuale Anteil der Verfechter der Spaltung fiel unter den Parlamentariern sehr viel höher aus als unter den Aktivisten.

Die PRC hat sich seit ihrer Gründung stets die Frage der *Innovation ihrer Organisation* gestellt, die auf allen Kongressen und zwei nationalen Konferenzen (1997 und 2000) angesprochen wurde. In Bestätigung der Entscheidung, hauptsächlich *in der Gesellschaft* tätig zu werden, und auch in Anbetracht der Tatsache, dass die Partei bessere Wahlergebnisse in den Gebieten erzielt, in denen ein Netz von sozialen Vereinigungen besteht (die Partei ist nicht zufällig im Süden des Landes schwächer als anderswo), hat die PRC beschlossen, als soziale und politische Aktionsform nicht nur den Verein anzusehen, sondern auch den Aufbau von Volkshäusern und Arbeiterkammern. Diese Einrichtungen sollten, so die Intention, Orte sein, an denen sich verschiedene Mitglieder der Gesellschaft, in und außerhalb der Partei, treffen und Initiativen ergreifen. An diesen Orten sollte die Partei versuchen, eine »Gesellschaft zu gründen«, sowohl indem sie ansonsten vereinzelt Personen Raum bietet, als auch indem sie unabhängige

Vereinigungsstrukturen miteinander verknüpft. Dieses Vorhaben erinnert zum Teil an die Erfahrung der alten PCI (nicht zufällig hat an einigen Stellen, während die DS die Volkshäuser schlossen und deren Räumlichkeiten verkauften, die PRC sie wiedereröffnet). Während die Volkshäuser der früheren PCI von einer erheblichen ideologischen Einheit gekennzeichnet waren, stellen sich die der PRC jedoch als gegenüber den verschiedensten Kulturen und Mitgliedern der Gesellschaft offene Orte dar. Aus diesem Grund werden sie oft in den *Plural* umbenannt: *Häuser der Völker und Kammern der Arbeiten*.

Die Heterogenität, Offenheit und das Vorhandensein zahlreicher Dienstleistungseinrichtungen führen vielleicht dazu, dass die PRC, in diesem Bereich, eher der früheren PSI am Ende des 19., Beginn des 20. Jh. ähnelt als der alten PCI.

Trotzdem muss gesagt werden, wie es auch oft von der Parteipresse zugestanden wird, dass diese und andere Innovationen große Mühe haben, Gemeingut der gesamten Partei zu werden und dass zu viele Vereine eine verschlossene und sektiererische politische Praxis entwickeln.

Die Existenz (oder zumindest das Vorhaben) der Arbeiterkammern stellt eine weitere innovative Eigenschaft der PRC dar: Angesichts der Veränderungen der Arbeit, seiner Prekarisierung und seiner territorialen Streuung reicht eine einfache Gewerkschaftsinitiative nicht mehr aus (vor allem, wenn man bedenkt, dass die – in ihrer Art sehr gemäßigten – Gewerkschaften Mühe haben, selbst in den traditionellen Produktionseinheiten Konflikte zu bewältigen). Aus diesem Grund sind weitreichendere, territorial verwurzelte politische Initiativen notwendig und die PRC stellt sich als ein Instrument zur Erzeugung zahlreicher lokaler *Auseinandersetzungen* dar: Sie organisiert Veranstaltungen gegen die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, gegen den Abbau der Leistungen und gegen die Umweltzerstörung. Sowohl aus Notwendigkeit als auch ideologischer Neigung führt die PRC daher einen Bruch der alten Zweiteilung zwischen (der Gewerkschaft übertragenem) *wirtschaftlichem* Handeln und (der Partei obliegendem) *politischem* Handeln herbei. Jeder Kampf ist gleichzeitig »wirtschaftlich« und »politisch«, und die Partei trägt zur Organisation der Initiativen der Arbeiter und Bürger bei, manchmal allein, aber fast immer in Zusammenarbeit mit anderen unabhängigen Vereinigungen und setzt sich für die Verbindung dieser Initiativen und der traditionellen Arbeit innerhalb der lokalen Verwaltungsorgane (Gemeinden, Provinzen, Regionen) ein. Der Gedanke der Schwächung des nationalen Parlaments bedeutet für die PRC keinesfalls Gleichgültigkeit gegenüber dem Parlament und vor allem den lokalen Ämtern, die oft als Schnittstelle der gesellschaftlichen Initiative und als Momente des Aufbaus einer Einheit der Linken, unabhängig von den Spaltungen, die auf nationaler Ebene bestehen, angesehen werden.

Mit der Politik der lokalen Streitigkeiten ist die – oft eher theoretische als praktische – Anwendung der Methode der *Meinungsbefragung* als *normale* und »obligatorische« Vorgehensweise des politischen Handelns verbunden: ein

Versuch, eine nicht ideologische Initiative aufzustellen, die in der Lage ist, das Bewusstsein sowohl der Aktivisten als auch der in die Umfrage einbezogenen Bürger und Arbeiter selbst zu stärken.

Zwei weitere Neuheiten die – diesmal parteiinterne – Organisation betreffend müssen hier aufgeführt werden. Die erste ist die Akzeptanz der Bildung von um unabhängige Zeitschriften organisierten Kulturbereichen sowie von Gruppierungen von Aktivisten in Abhängigkeit von der Kongressdiskussion. Diese Entscheidung – die jedoch mit der Ablehnung der Bildung dauerhaft organisierter Strömungen einhergeht – erlaubt natürlich eine reichere und lebendigere interne Debatte. Die zweite ist die Schaffung von unabhängigen Orten für Frauen und Jugendliche. Dies sind Orte, an denen Frauen und Jugendliche unabhängige Vertretungsformen zusätzlich zu denen der Partei entwickeln, in welchen sie einen spezifischen Standpunkt erarbeiten können, der dann in die Partei eingebracht wird. Hierbei handelt es sich um eines der stärksten Anzeichen der Erneuerung (nicht zufällig stieß man bei der Schaffung des Frauenforums auf großen Widerstand), das einen Versuch anzeigt, die Heterogenität der Mitglieder der Gesellschaft zur Kenntnis zu nehmen und das die einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten im Vergleich zur Gesamtorganisation stärkt, da es ihnen einen Ort verleiht, an dem sie ihre Zugehörigkeit wahrnehmen und von dem aus sie die Arbeitsweise der übrigen Partei betrachten können.

Diese *innere* Anerkennung der Heterogenität ist auch Voraussetzung für eine wirksamere *äußere* Initiative. Gerade die Organisation der *Giovani Comunisti* war der »Sensor«, der der gesamten Partei ermöglicht hat, die Bedeutung der »Bewegung von Genua« zu verstehen und sich ihr anzuschließen.

All diese Innovationen werden, um es noch einmal zu wiederholen, von der Partei als ein Prozess angesehen, der alles andere als abgeschlossen und in der gesamten Organisation verbreitet ist (erst kürzlich ist ein für die organisatorische Erneuerung zuständiges zentrales Büro eingerichtet worden). Die Schwierigkeiten der Innovation sind sowohl subjektiv (die politische Kultur, das Alter, die den Aktivisten zur Verfügung stehende Zeit) als auch objektiv (die geringen Mittel, die Dringlichkeit, ständige und schwierige politische Schlachten zu führen). Aber wahrscheinlich gibt es eine allgemeinere Schwierigkeit: Die PRC ist weiterhin wie eine traditionelle Massenpartei aufgebaut und wird so finanziert, während sie sich *tatsächlich* nicht mehr wie eine solche verhält, da sie die gesellschaftliche Tätigkeit gegenüber der institutionellen vorzieht und nicht einfach mithilfe ihre Aktivisten handelt, sondern mittels eines Netzes von Individuen (einzeln oder in unabhängigen Vereinigungen zusammengefasst), die nicht notwendigerweise Mitglied der Partei sind oder es werden.

All dies führt zwangsläufig zu erheblichen Problemen, deren Lösung wahrscheinlich ein bedeutendes Experimentierfeld darstellt, das für sämtliche Parteien der alternativen Linken nützlich ist.

5. Die Perspektiven des PRC

Wenn man die Dinge vom Standpunkt der alten Massenpartei aus betrachtet bzw. von dem Standpunkt, dass die Partei das Hauptsubjekt politischen Handelns darstellt, das über die Mitgliedschaft den größten Teil der politikinteressierten Einzelpersonen in sich einschließt, sie in einer konkreten Ideologie vereint und ihr Handeln auf die demokratische Umwandlung des Nationalstaates ausrichtet, erscheinen die Perspektiven der PRC unsicher und unbeständig. In der italienischen Gesellschaft ist die Abneigung gegenüber sämtlichen politischen Parteien sehr groß, während die Ausübung von Politik in Basisgruppen, in *Single-Issue-Vereinigungen* und in der ehrenamtlichen Arbeit weit verbreitet ist. Die sozialistische und kommunistische Ideologie ist seit langem keine klar umrissene und eindeutige Idee mehr, die in der Lage wäre, Zustimmung zu finden, sondern vielmehr eine Idee, die über den Wettbewerb und die Erfahrung verschiedener politischer und gesellschaftlicher Akteure neu konstruiert werden muss. Der Nationalstaat hat seine Fähigkeiten zur Neuverteilung des Eigentums und zur Führung der Wirtschaft verloren, und das Parlament hat gegenüber der Regierung, der Politik der Pressuregroups, der Bürokratie und dem System der *Medien* an Bedeutung verloren. Unter diesen Bedingungen kann der Versuch, in Italien eine traditionelle Massenpartei wieder aufzubauen, nur zur Schaffung politischer Minderheitsformierungen führen, die zu einem äußerst langsamen Wachstum oder gar zum täglichen Kampf ums Überleben verurteilt sind.

Die Aussichten ändern sich jedoch erheblich, wenn man die Dinge vom Standpunkt eines neuen Parteimodells aus betrachtet, das einige Aspekte der Massenpartei beibehält (Mitgliedschaft, formalisierte Verfahren zur Ernennung der Führungsgruppen, Engagement bei den Wahlen, umfassendes politisches Handeln, allgemeine ideologische Ausrichtung), aber bei dem die Partei sich nicht anmaßt, das gesamte relevante politische Handeln in sich aufzunehmen, und sich mit anderen politischen und gesellschaftlichen Akteuren vereint, indem sie diese als *paritätisch* und ebenso zu lokalen wie auch allgemeinen Initiativen fähig ansieht.

Tatsächlich werden die Weichen für die Entstehung neuer *massenverbindender Parteien* (wie im Vorangegangenen erläutert) gestellt, wenn man mit diesem Begriff Parteien bezeichnet, die in einer *Konstellation* von Akteuren stehen, die auf verschiedenen Ebenen der gesellschaftlichen Gesamtheit handeln und die von einem erneuerbaren politischen Pakt vereint sind und nicht von der Zugehörigkeit zu einer einzigen Organisation. Die neoliberalistische Globalisierung steckt inzwischen in einer wahren Legitimationskrise. Neue gesellschaftliche Subjekte, die sich früher selbst von der Politik ausgeschlossen hatten, indem sie sich auf bereichsbezogene Aktivitäten beschränkten, kehren jetzt in die politi-

sche Arena zurück, wobei sie eine entscheidende Rolle für sich beanspruchen und niemanden finden, der sie vertritt. Besser gesagt, sie lehnen es tendenziell ab, lediglich von einer Partei *vertreten* zu sein und wollen selbst politische Akteure mit allen Rechten sein, finden jedoch noch nicht die angemessene Form dafür. Diese Subjekte gehören zu einer weltweiten Bewegung und daher wären die neuen politischen Gruppierungen, die entstehen müssten, in einer weltweiten Tendenz verwurzelt, eine Grundvoraussetzung für ihr Überleben und ihre Wirksamkeit.

Unter diesen Bedingungen kann die PRC für eine entscheidende Rolle kandidieren, indem sie sich als ein Ort zur Verbindung unterschiedlicher Erfahrungen und Erarbeitung einer gemeinsamen Kultur zur Verfügung stellt. Sie hat die politische Kultur, um diesen Schritt auszuführen, da sie davon überzeugt ist, dass die Rolle einer Partei heute nicht mehr so sehr darin besteht, die Bewegungen in den staatlichen Institutionen zu *vertreten*, als vielmehr sich gemeinsam mit anderen am *Aufbau* und der *Verbindung* der Bewegungen zu beteiligen, um *dann* Wege zur Einflussnahme auf staatliche Entscheidungen zu finden.

Die Möglichkeit, diese Funktion auszuüben, hängt von einer Vielzahl innerer und äußerer Bedingungen ab. Die inneren Bedingungen betreffen die ideologische Evolution der Partei (d.h. die Fähigkeit, den Weg der Erarbeitung einer neuen kommunistischen Identität weiterzuverfolgen) und ihre organisatorische Entwicklung (d.h. die Fähigkeit, die konkreten Funktionsweisen der Partei zu identifizieren, die der ideologischen Erneuerung und der notwendigen Wirksamkeit der Initiative gerecht werden). Die äußeren Bedingungen betreffen die Entwicklung der sozialen Bewegungen und die des institutionellen und politischen Systems.

Seitens der sozialen Bewegungen ist erforderlich, dass die Vereinigungen und die Einzelpersonen, die die »Bewegung von Genua« ins Leben gerufen haben, ihren Radikalisierungsprozess fortsetzen. Dies hängt von der Kultur dieser Bewegungen ab, von der Dynamik der Wirtschaftskrise und von den Entwicklungen des institutionellen und politischen Systems. Die Radikalisierung der Bewegungen ist ein entscheidender Punkt, da, wenn es stimmt, dass die PRC *vor* diesen Bewegungen entstanden ist, es auch wahr ist, dass die wirkliche Neudefinierung der PRC als *neue* Partei *nach* der Entwicklung der Bewegungen und der Vereinigungen, die diese organisieren, erfolgt. Die *neue* PRC agiert daher gerade innerhalb eines Systems *präexistenter* Vereinigungen, eine Tatsache, die sich stark auf ihre Zukunft auswirkt. Des Weiteren ist es seitens der sozialen Bewegungen wichtig zu sehen, wie sich die Arbeiterbewegung verhalten wird. Bis jetzt hat sich die PRC in den *Cleavage* zwischen Liberalismus und Antiliberalismus eingefügt, aber dieser entspricht in Italien noch nicht dem *Cleavage* zwischen Arbeiterklasse und Kapital, denn die Mehrheit der Arbeiterklasse erkennt sich in den traditionellen politischen und Gewerkschaftsstrukturen

und in ihrer gemäßigten Praxis (wenn nicht sogar in der Partei von Berlusconi) wieder. Die PRC ist in der Arbeiterbewegung stets sehr aktiv gewesen und ihr Bestehen wird auch von vielen Arbeitern, die sie wählen, als positiv anerkannt. Ihr Einfluss auf die antiliberalistische Bewegung ist jedoch stärker als ihr Einfluss auf die Arbeiterbewegung.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt findet die Wiederbelebung des Arbeiterkonflikts noch unter der Hegemonie der gemäßigten Linken statt. Die streikenden Arbeiter und die Bewegung der Girotondi fordern von der gemäßigten Linken, wie bereits gesagt wurde, ihre Linie zu ändern, ihre übermäßige Zustimmung zum Neoliberalismus zu korrigieren und sich eine glaubwürdigere Führung zu geben. Wenn diese Teilerneuerung der gemäßigten Linken ihr Ziel erreichen sollte, könnten sich die Dinge für die PRC schwieriger gestalten, und außerdem könnte ein Teil der Bewegung von Genua sich entscheiden, das Mitte-Links-Bündnis zu unterstützen. Wenn sich jedoch, wie es wahrscheinlich ist, bald ihre Grenzen aufzeigen sollten (die allesamt in der Akzeptanz der neoliberalistischen Globalisierung liegen), würde die Verflechtung von Arbeiterbewegung und antiliberalistischer Bewegung über radikalere Inhalte erfolgen, und dies würde die PRC begünstigen. (Kurzgesagt liegt vom politisch-soziologischen Standpunkt aus das Problem der PRC darin, dafür zu sorgen, dass sich der *Cleavage* zwischen Liberalismus und Antiliberalismus in stabilen Strukturen verfestigt und mit dem neuen *Cleavage* der Klassen verschmilzt.)

Aus diesem Grund setzt sich die PRC heute dafür ein, die Entwicklung der Linken vorauszuahnen, gemeinsame Ziele aufzustellen, die die gemäßigte Linke zwingen zu klären, ob und inwieweit sie gegen den Neoliberalismus ist, und die Bildung einer Koalition der alternativen Linken vorzuschlagen, die außer der Rifondazione und der Bewegung von Genua auch Teile der linken DS, der CGIL, die antagonistischen Gewerkschaften und die Grünen umfasst.

Eine weitere Bedingung für die Schaffung einer neuen Partei ist die Weiterentwicklung des Wahlsystems und der Institutionen. Die Entstehung der Arbeiterbewegung ging einher mit der Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts: Auch aus diesem Grund konnten sich die alten Massenparteien entwickeln. Die Entstehung neuer gesellschaftlicher Subjekte und die Radikalisierung der »alten« Arbeiterklasse finden wir heute, in Italien aber auch anderswo, im Zusammenhang mit einer Reduzierung der demokratischen Spielräume, der Wirksamkeit der Stimmabgabe sowie der Rolle des Parlaments. In Italien drängt das Mehrheitswahlsystem die politischen Kräfte zum »Zentrum«, belohnt die Koalitionen, bringt auch potenzielle Wähler der PRC dazu, für eine Mitte-Links-Koalition zu stimmen, damit ihre Stimme etwas »nutzt«. Die gesamte gemäßigte Linke verteidigt das Mehrheitswahlsystem, auch um ein Wachstum der PRC zu behindern. Damit hängt die Entwicklung dieser Partei zum Großteil von der Überwindung des Mehrheitssystems ab. Mangels dessen hängt sie von der

Fähigkeit ab, neue Koalitionsformen mit dem Mitte-Links-Bündnis zu erfinden, die die Unabhängigkeit der Partei sichern.

Wenn jedoch für eine traditionelle Massenpartei die Entwicklung des Wahlaspektes der Demokratie ausreicht, ist es für eine Partei neuen Typs erforderlich, dass sich ein breiterer und unterschiedlicher »öffentlicher Raum« entwickelt. Die vom Wahlsystem aufgestellten Grenzen könnten teilweise von der Einrichtung einer neuen »öffentlichen Sphäre« kompensiert werden, d.h. von der Erweiterung eines Handlungsspielraums, in dem die Entstehung und der ausgeübte Druck der Bewegungen und Vereinigungen Resultate erlangen können, die sich nicht über die normalen parlamentarischen Kanäle erreichen lassen. Die PRC könnte sich in diesem neuen öffentlichen Raum voll legitimieren und in ihm auch die Kraft finden, auf Wahl- und Parlamentsebene Einfluss zu nehmen. All dies setzt jedoch die Beschleunigung der ideologischen und vor allem der die Organisation betreffenden Veränderungen voraus, von denen hier gesprochen wurde.

Literatur

Allgemeine Werke

Belligni, S. (ed.): *Il partito di massa. Teoria e pratica*, Milano 1975

Calise, M. (ed.): *Come cambiano i partiti*, Bologna, 1992

Duverger, M.: *Les partis politiques*, Paris 1951

Kirkhheimer, O.: *The Transformation of the Western European Party Systems*, in LaPalombara, J., Weiner, M. (eds.), *Political Parties and Political Development*, Princeton 1966

Neumann, S.: *Modern Political Parties. Approaches to a Comparative Politics*, Chicago 1956

Porcaro, M.: *Metamorfosi del partito politico. Associarsi contro il capitale*, Milano 2000

Rokkan, S.: *Citizens, Elections, Parties*, Oslo 1970

Werke über die politische Geschichte Italiens der 80er und 90er Jahre

Calise, M.: *Dopo la partitocrazia. L'Italia tra modelli e realtà*, Torino 1994

Ginsborg, P.: *L'Italia del tempo presente. Famiglia, società civile, Stato 1980-1996*, Torino 1998

Mastropaolo, A.: *La repubblica dei destini incrociati. Saggio su cinquant'anni di democrazia in Italia*, Firenze 1996

Pitruzzella, G.: Forme di governo e trasformazioni della politica, Roma-Bari 1996

Scoppola, P.: La repubblica dei partiti. Evoluzione e crisi di un sistema politico, Bologna 1997

Werke über die Partei der kommunistischen Neugründung

Dalmasso, S.: Rifondare è difficile. Rifondazione comunista dallo scioglimento del PCI al »movimento dei movimenti«, Torino 2002

Diliberto, A.: Diliberto, O., La fenice rossa, Roma 1998

Domagen, J.-Y.: I comunisti. dal PCI a Rifondazione, Roma 1996

Valentini, A.: La vecchia talpa e l'araba fenice, Napoli 2000

Veröffentlichungen der Partei der kommunistischen Neugründung

Liberazione, kommunistische Zeitung

Rifondazione, Monatszeitschrift für Politik und Kultur

Partito di massa, Bulletin der Organisationsabteilung der PRC

Zeitschriften der Kulturbereiche der Partei

Alternative/i, vierteljährliche Zeitschrift für Politik und Kultur

Bandiera Rossa

L'Ernesto, kommunistische Zeitschrift

Proposta

Die PDS zwischen Krise und Kampf um einen Neubeginn

1. Die gegenwärtige Ausgangsposition der PDS

Die PDS stellte zwischen 1990 und 2002 ein relativ erfolgreiches Beispiel einer Nachfolgpartei einer kommunistischen Staatspartei dar.¹ Als Vertretung der Dienstklasse der DDR im Prozess des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland und als ostdeutsche linke Volkspartei konnte sie beachtliche Erfolge erringen, ohne dass es ihr gelang, sich als bundesweite linke Partei dauerhaft zu etablieren. Die Stärken einer Nachfolgpartei sind mittlerweile zu Schwächen im politischen Wettbewerb der Bundesrepublik² geworden. Ihre soziale Verankerung in der ostdeutschen Gesellschaft hat trotz hoher Repräsentanz der PDS in den Parlamenten und der Beteiligung an zwei Landesregierungen abgenommen, in Westdeutschland hat sie sich bisher nicht als stärkere politische Kraft etabliert. Es wird sich erst noch erweisen müssen, ob sie sich bezogen auf die verschärfenden gesellschaftspolitischen Konfliktlinien der Bundesrepublik Deutschland und die Rückkehr der soziale Frage und sozialer Kämpfe eine bundesweite Funktion erwirbt und bezogen auf die besonderen Problemlagen Ostdeutschlands sich dauerhaft als erfolgreich erweist.

Die Niederlage bei der Bundestagswahl im September 2002³ löste eine Partei-krise aus, die im Frühjahr 2003 zu einem Sonderparteitag führte. In der Folge kam es zu einer zeitweiligen Konsolidierung auf der Grundlage der ostdeutschen Verbände. Der seit mehreren Jahren diskutierten Entwurf eines neuen

1 Vgl. dazu insbesondere: Brie/Herzig/Koch 1995, Neugebauer/Stöss 1996.

2 Gapper 2003.

3 Die PDS erzielte nur 4,0 Prozent der Stimmen gegenüber 5,1 Prozent im Jahre 1998 und ist nur mit zwei direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag vertreten.

Parteiprogramms, der individuelle Selbstbestimmung und soziale Sicherheit in das Zentrum rückte und Strategien des Kampfes um grundlegende Freiheitsgüter wie Demokratie, Zugang zu Erwerbstätigkeit, Frieden, Bildung, Gesundheit usw. in den Vordergrund rückte, wurde im Oktober 2003 mit fast 80 Prozent Zustimmung durch einen Parteitag angenommen.

Im Jahre 2004 gelang es der PDS, bei Landtags- und Kommunalwahlen teilweise deutliche Steigerungen ihrer Stimmenanteile zu erreichen (teilweise über 25 Prozent). Bei den Europawahlen erreichte sie ein Ergebnis von 6.1 Prozent und wurde erstmalig in einem der ostdeutschen Bundesländer (Brandenburg) stärkste Partei vor CDU und SPD. Es kam gleichfalls zu einer gewissen Stabilisierung der PDS in jenen Ländern, in denen sie den Juniorpartner der SPD stellt (Berlin und Mecklenburg-Vorpommern). Zugleich bemühte sie sich dort um eine klarer Profilierung aus der Regierungsverantwortung heraus.

Die besonderen Probleme der PDS werden durch die allgemeineren Probleme der »harten Linken« in Europa noch verstärkt. Angesichts der Krise des fordistisch-sozialstaatlichen Kapitalismus und seiner sozialen Struktur sowie der Neuorientierung der Sozialdemokratie sind klassische Funktionen der kommunistischen oder radikalen Linken in Auflösung begriffen (insbesondere ihr Wirken als »linkes Korrektiv« der Sozialdemokratie bzw. Vertreter bestimmter Kerngruppen der Arbeiterschaft und der staatlichen Angestellten). Ihre Verankerung in kulturellen Milieus und ihr Bezug auf eine alternative soziale Vision sind weitgehend aufgelöst (Birnbäum 2003). Die Krise der PDS ist also zugleich Krise einer besonderen Nachfolgepartei und Teil der Krise der »harten Linken« in Europa.

2. Die neuen Bedingungen des politischen Wettbewerbs

Im 14. Jahr nach der Vereinigung Deutschlands haben sich die Bedingungen für linkssozialistische Kräfte in Deutschland grundlegend verändert, aber nicht unbedingt verschlechtert. Erstens hat die Transformation Ostdeutschlands dazu geführt, dass dort eine eigenständige ostdeutsche Teilgesellschaft auf relative Dauer gestellt ist, die sich durch eigene wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Strukturen auszeichnet. Die PDS hat Voraussetzungen, diese besondere Teilgesellschaft von linken Positionen aus bundesweit zu repräsentieren. Sie ist in zwei Bundesländern an einer von der SPD geführten Regierung beteiligt und in den anderen ostdeutschen Bundesländern stärkste Oppositionspartei. Sie versucht, eigene Konzepte für Ostdeutschland zu entwickeln und durchzusetzen.

Zweitens: Die Konfliktlinien der Gesellschaft und ihre soziale Wahrnehmung verändern sich. Soziale Polarisierung, Ausgrenzung und Entsolidarisierung werden zu praktischen Erfahrungen. In den achtziger und neunziger

Jahren kam es mit der Krise des Fordismus⁴ zur Erosion der wirtschaftlichen Grundlagen des gesamten sozialen und politischen Systems. Damit brachen soziale Konflikte auf, die vorher randständig gewesen zu sein schienen. Dies gilt erstens für den Konflikt zwischen »Arm« und »Reich«. War er Anfang der neunziger Jahre nur für eine (wesentliche) Minderheit bedeutungsvoll (im Bundesgebiet West 1993 für 36 Prozent), so seit Ende der neunziger Jahre für 70 bis 80 Prozent⁵. Er gehört zu jenen Konflikten, von denen große Mehrheiten annehmen, dass sie sich verschärfen.

Es entsteht eine Kluft zwischen der erlebten Gesellschaft und den eigenen Wertevorstellungen. Die »Mitte« der Gesellschaft befindet sich im Umbruch und ist durch dramatische Zukunftsängste geprägt, die vor allem in der sozialen Spaltung der Gesellschaft, in der Auflösung ihres sozialen Zusammenhalts und in der Entstehung oder Ausbreitung von bedrohlichen »Randgruppen« gesehen werden. Die Gesellschaft und der Staat scheinen unfähig, die Bedingungen für eine sichere Zukunft zu schaffen. Individuelle Anstrengungen dafür werden erhöht, können aber nur bei einem Teil den Rückzug der Gesellschaft aus diesen Aufgaben kompensieren (siehe die Ergebnisse der Pisa-Studie), was die soziale Polarisierung noch verstärkt. Die Agenda 2010 der von der SPD-geführten Bundesregierung werden als Angriff auf elementare soziale Errungenschaften verstanden. Gerade auch in Ostdeutschland hat eine Welle von sozialem und politischen Protest begonnen.

Drittens: Breite Teile der Bevölkerung sind gegenüber den herrschenden Eliten zutiefst misstrauisch und bezweifeln auch die Tauglichkeit der Ausrichtung der Politik zur Lösung der wichtigsten Probleme, ohne aber über eigene konsistente Grundvorstellungen zu verfügen. Während noch 1981 galt, dass »sich die bundesdeutschen Eliten durch sektoral und parteipolitisch verankerte Einstellungsunterschiede« auszeichneten, »in denen die Interessenlagen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen repräsentiert waren« und die die politischen Konflikte auf einer von Eliten und Bürgerschaft gleichermaßen getragenen Zufriedenheit mit dem bestehenden Demokratie- und Strukturmodell der Bundesrepublik«⁶ ruhten, so hatte sich dies schon zu Mitte der neunziger Jahre verändert.

Herrschte bis Anfang der achtziger Jahre der Konsens von umfassender Staatlichkeit und begrenzter Demokratie vor, so begannen die Eliten zunehmend auf ein eher minimalistisches Konzept von Staatlichkeit und Demokratie zu setzen, um die in ihren Augen zu lösenden Probleme zu lösen, während

4 Vgl. dazu ausführlich Klein 2003.

5 Vgl. dazu Chrapa/Wittich 1998 und Chrapa/Wittich 2001.

6 Welzel 1998, S. 4.

die Demokratieorientierung der Bevölkerung deutlich zunahm und in der Frage der Rolle des Staates zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zwar eine bestimmte Unsicherheit und auch Skepsis zu beobachten ist, aber keinesfalls von einem minimalistischen Staatsverständnis gesprochen werden kann (vgl. dazu die Grafik 9 in »Strategische Herausforderungen der Europäischen Linken«, auch in diesem Band). Es muss von einem »ordnungspolitischen Dissens« zwischen Eliten und Bevölkerung gesprochen werden⁷, der mittlerweile in eine offene Rebellion gegen die herrschenden Eliten übergeht. Im Sommer 2004 mussten erstmals Reformvorhaben unmittelbar unter dem Druck von Demonstrationen verändert werden.

Größere Teile der Bevölkerung sind von Umbrüchen erfasst, deren gesellschaftspolitische Richtung sie missbilligen, die sie bzw. ihre Kinder und Enkelkinder bedrohen, deren Akteuren sie zutiefst misstrauen. Die Durchsetzungskraft der gegenwärtigen Politik liegt also nicht darin, dass sie wirklich hegemoniefähig geworden ist, sondern dass sie als alternativlos hingenommen wird.⁸ Obwohl von wesentlichen Gruppen der Bevölkerung die Politik von Regierung wie Opposition abgelehnt wird, ist deshalb das Mobilisierungspotenzial gering. In dem Maße, wie die Folgen der von SPD und Grünen seit nunmehr knapp sechs Jahren verfolgten Politik immer offensichtlicher werden, sich die Zurückdrängung wichtiger sozialer Grundrechte mit einer anhaltenden schlechten wirtschaftlichen Entwicklung verbinden, ist es zu ersten Massendemonstrationen gegen die Reformagenda der Regierung gekommen. Die Gewerkschaften versuchen, zum einen den Kontakt zur SPD nicht zu verlieren und zum anderen, Grundzüge einer eigenen Reformpolitik zu formulieren und öffentlich zu vertreten. Dabei sind auch engere Beziehungen mit den sozialen Bewegungen, besonders zu ATTAC Deutschland entstanden. Es hat sich eine Wahlalternative gegründet, die gestützt vor allem durch gewerkschaftliche Kreise, auf die Gründung einer eigenen Partei links von der SPD zielt und gerade in Westdeutschland deutlichen Zuspruch erfährt.

3. Das Wählerpotenzial der »harten Linken«

Der Versuch, eine solche Gegenhegemonie aufzubauen, kann die geistigen und politischen Kräfteverhältnisse der bundesdeutschen Gesellschaft mittelfristig nachhaltig verändern. Eine alternative politische Formation, die sich diesem Ziel verschreibt, hat reale Chancen. Die PDS ist aber gegenwärtig

7 Ebenda, S. 25.

8 Vgl. zu dieser auf Max Weber zurückgehenden Unterscheidung Meuschel 1992.

nicht in der Lage, das demokratisch-sozialistische Potenzial in Ostdeutschland auszuschöpfen und erreicht es in Westdeutschland nur zu einem geringen Teil. Bei den Europawahlen 2004 haben sich große Teile der Wählerschaft der SPD von dieser abgewandt, sind Nichtwähler geworden, haben die PDS gewählt und werden sich möglicher Weise vor allem auf die Wahlalternative orientieren.

Fragt man nun nach jenen Gruppen, die durch linkssozialistische Parteien vor allem als Wählerinnen und Wähler erreicht werden können, so sind es für die PDS in Deutschland Bürgerinnen und Bürger, die soziale Konflikte entlang der Dimension »arm«-»reich« und »Arbeitgeber«-»Arbeitnehmer« im Besonderen thematisieren und zugleich mit dem Konflikt »links«-»rechts« verbinden sowie sich für eine stärkere direkte partizipative Demokratie einsetzen. Dabei wird Gerechtigkeit im Sinne von Leistungsprinzip und zugunsten sozial Schwacher mit dem Bedürfnis nach Verfahrensgerechtigkeit, öffentlicher Diskussion und Partizipation verbunden.⁹ Die Bereitschaft eines beträchtlichen Teils der Bürgerinnen und Bürger, sich politisch engagieren zu wollen (zwischen 35 und 45 Prozent), kontrastiert mit der Einschätzung vieler, dass dies zwecklos ist (rd. 50 Prozent der Bevölkerung).

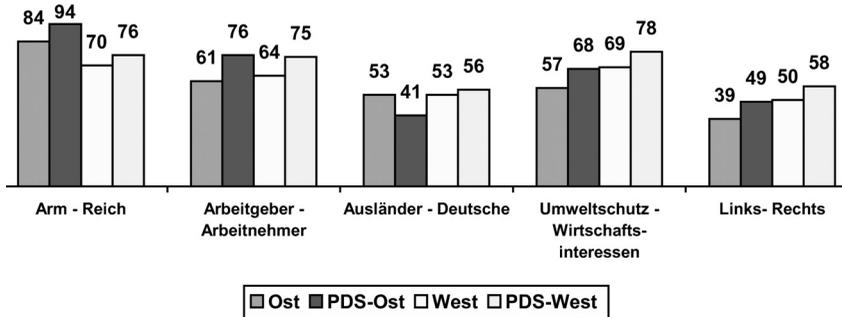
Die reale Wählerschaft der PDS und die potenzielle Wählerschaft einer linkssozialistischen Partei in Deutschland haben deutlich demokratisch-soziale Einstellungen und gehen von einem Modell einer guten Gesellschaft aus, in der durch Solidarität und starke soziale Regulation die Bedingungen für soziale Gerechtigkeit, gleiche Teilhabe und ein hohes Maß an Selbstbestimmung geschaffen werden können.¹⁰ Vorstellungen wie die von der Einföhrung einer sozialen Grundsicherung, der Entwicklung eines gemeinnützigen sozialen Sektors, der Sicherung eines Internet-Zugangs für alle und der umfassenden Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit wird von Mehrheiten bzw. von mehr als 40 Prozent der Bevölkerung geteilt.¹¹

9 Chrapa/Wittich 2001, S. 31 f.

10 Für den Osten gilt, dass dort besonders die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf angesichts der exzeptionellen Bedeutung dieser Bereiche für die Bürgerinnen und Bürger in den östlichen Bundesländern eine zentrale Rolle spielt - Brähler/Berth/Deckerer/Richter 2000, S. 4.

11 Chrapa/Wittich 2001, S. 35.

Grafik 1: Wahrnehmung von Konflikten (sehr stark/stark) durch Wählergruppen (Ostdeutschland, Wähler der PDS in Ostdeutschland, Westdeutschland, Wähler der PDS in Westdeutschland)



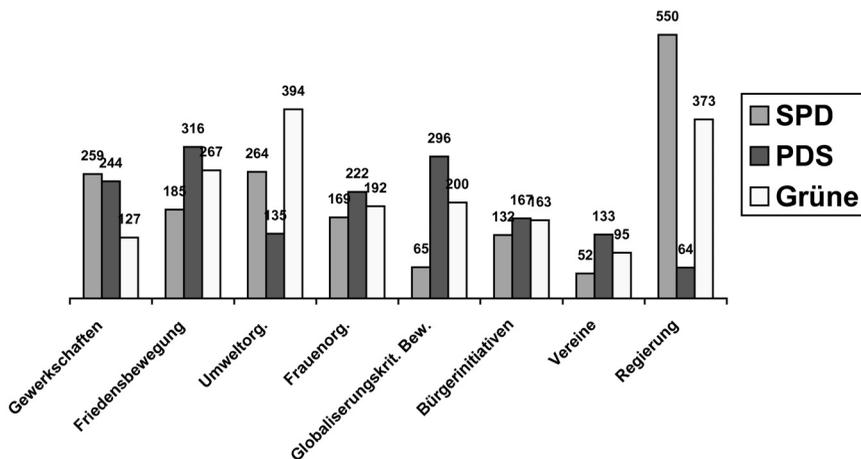
Sozialstrukturell, so beweisen zumindest die Ergebnisse derjenigen Wahl, bei der die PDS am erfolgreichsten war, der Wahl Ende 2001 im Lande Berlin, kann sie zugleich Gruppen ansprechen, die von sozialer Ausgrenzung, Abwertung und Stigmatisierung betroffen sind (Arbeitslose, alleinstehende Frauen mit Kindern, ausländische Mitbürgerinnen und -bürger) sowie auch Gruppen, die den modernen Mittelschichten angehören, über eine hohe Qualifikation und überdurchschnittliche Einkommen verfügen, Selbstbestimmung mit sozialer Gerechtigkeit und Solidarität sowie einer solidarischen und friedlichen Weltordnung verbinden wollen. Sie hat auch breitere Kreise von Jugendlichen zu erreichen vermocht, die sich durch eine starke alternative Protestorientierung auszeichnen.¹² Alles dies gilt erneut für die Europawahl 2004.

Löst man die Fragestellung für einen Moment von der PDS und fragt nach einem politischen Profil, das es einer politischen Gruppierung links von der SPD und den Grünen ermöglichen würde, deutlich über fünf Prozent zu kommen, so stellt sich erstens das Problem, ob eher eine Gruppierung gewählt werden würden, die sich als potenzieller Bündnispartner der SPD und der Grünen darstellt oder aber als eine Gruppierung mit einem eigenen politischen Projekt, das Fragen von Koalitionen auf Bundesebene davon abhängig macht, ob die jetzige Richtung der Politik verändert wird. Die Herbeiführung eines Richtungswechsels und nicht die Frage einer Politik des kleinere Übels wäre dann das eigentliche politische Ziel.

12 2001 konnte festgestellt werden: »Das soziale Profil der Wählerschaft der PDS wird besonders stark durch Frauen, im Westen Jüngere, im Osten Ältere, Personen mit mittleren bis oberen Bildungsabschlüssen, Berufstätige und Arbeitslose, insgesamt Angestellte, im Osten Arbeiter, Führungskräfte und Angehörige freier Berufe, Kleinunternehmer und Informationsarbeiter geprägt. Verstärkte Akzeptanz findet die PDS bei Frauen, bei Jüngeren, Berufstätigen, Schülern und Studenten sowie in den Gruppen der Informationsjugend und der Informationsarbeiter.« Chrapa/Wittich 2001, S. 53.

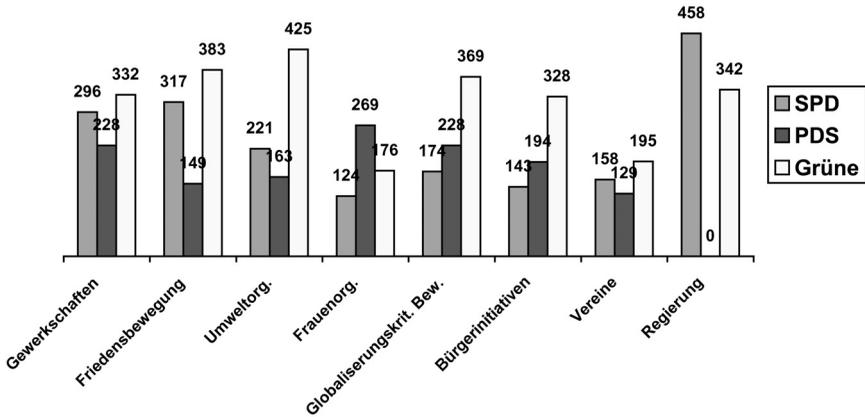
Die parteipolitische Ratio einer Position, die auf ein substantiell eigenes Projekt setzt und das eigentliche politische Ziel nicht in der unmittelbaren Veränderung von gegenwärtiger Regierungspolitik sieht, sondern in der Schaffung von Voraussetzungen, um in der Perspektive einen Richtungswechsel überhaupt erst zu ermöglichen, für den gegenwärtig nicht nur parteipolitische Mehrheiten fehlen, besteht darin, dass sich relevante Minderheiten parteipolitisch nicht vertreten fühlen und nach einer solchen vertrauenswürdigen parteipolitischen Artikulation ihrer Interessen streben. Man könnte auch behaupten, dass die parteipolitische Lücke, die durch die gegenwärtige PDS nicht gefüllt werden kann, nicht lange frei bleiben wird. Die Gründung der Wahlalternative ist ein deutliches Signal, dass es zu einer erneuten Veränderung im linken Teil des Parteienspektrums kommen kann, wie er 1980 mit der Gründung der Grünen und 1990 mit dem »Eindringen« der PDS in den Klub der (west)deutschen Parteien verbunden war. Gegenwärtig ist aber noch zu verzeichnen, dass es für die PDS durchaus relevante Potenziale in der Bevölkerung gibt, die sich zugleich positiv auf die neuen sozialen Bewegungen und/oder Gewerkschaften beziehen *und* auch positiv auf die PDS.

Grafik 2: Korrelation bei Interessenvertretung durch Partei und durch Verbände/soziale Bewegungen/Initiativen/Bundesregierung in Ostdeutschland¹³



13 Angabe des Korrelationskoeffizienten ($\times 1000$) bei der wechselseitigen Interessenvertretung. (Anhänger der Partei/Bewegung/Organisation X sagen aus: »Partei/Bewegung/Organisation Y könnte meine Interessen vertreten: Ja/Etwas/Nein.«) Dieser Koeffizient drückt recht klar die jeweilige »Nähe« der verschiedenen Akteure zueinander aus. Dies bedeutet bspw. im linken Teil der Grafik: »In Ostdeutschland gibt es von Seiten der Gewerkschaftsaktivisten/innen eine bemerkenswerte Zuwendung zu SPD und PDS und nur eine geringe zu Bündnis 90/Die Grünen.« – Chrapa 2002b.

Grafik 3: Korrelation bei Interessenvertretung durch Partei und durch Verände/soziale Bewegungen/Initiativen/Bundesregierung in Westdeutschland



Die Grafiken zeigen, dass die PDS durchaus auf eine bestimmte positive Verbindung mit der Zivilgesellschaft verweisen kann. Sie konkurriert dabei im Osten teilweise auch erfolgreich mit SPD und den Grünen, und selbst die Werte in Westdeutschland sind nicht allzu schlecht. Gleichzeitig entspricht dieser positive Bezug weder einer entsprechenden Personalzusammensetzung in den Führungsgremien der PDS (es gibt zu wenige »Andockmöglichkeiten« für die Zivilgesellschaft) noch in der Aktivistenschaft. Die PDS wird als zu wenig attraktiv und zu schwach zur Artikulation, Repräsentation und Durchsetzung der Anliegen jener angesehen, die sich positiv auf die emanzipativen Kräfte der Zivilgesellschaft beziehen.

Die zweite Frage ist, ob ein solches eigenständiges politisches Projekt auch einen praktischen Gebrauchswert im Sinne der Fähigkeit von Veränderung und Zukunftsorientierung hat. Gerade Wähler der PDS stehen Wahlen kritisch gegenüber und lassen sich nach ihren eigenen Aussagen nur unterdurchschnittlich durch sie beeinflussen.¹⁶ Dies und eine mittlerweile stark zurückgegangene Stammwählerschaft bedeuten aber auch, dass die Wahl der PDS für potenzielle Wählerinnen und Wähler kein Selbstzweck ist, sondern sich für sie durch den »Gebrauchswert« der PDS erschließen muss. Sie »geben« ihre Stimme und verlangen dafür einen »Nutzen«, der hinreichend groß sein muss, um andere Wahlkalküle oder die Wahlabstinz auszuschließen. Die Wählerinnen und Wähler wollen in der Mehrheit durch Wahlen etwas verändern. Zugleich trauen

16 Chrapa 2002, S. 23.

nur vier bis sechs Prozent im Bundesdurchschnitt der PDS eine solche Fähigkeit zur Veränderung zu.

Gerade in diesem Zusammenhang ist die Bedeutung von Regierungskoalitionen der PDS mit der SPD auf Landesebene bzw. des langjährigen Modells der Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt zu sehen. Durch Übernahme direkter oder indirekter Regierungsverantwortung auf Landesebene muss sich der Gebrauchswert der PDS auf neue Weise bestätigen oder sie verliert auch auf jenen Gebieten, wo sie bisher Zuspruch hatte. Dabei hat sie eigene Maßstäbe für ihre Landespolitik als Oppositions- oder Regierungskraft zu entwickeln.

In der Diskussion dazu wurden vor allem die folgenden Forderungen erhoben: Die Landes- und Kommunalpolitik der PDS solle sich daran messen, wie sie erstens dazu beiträgt, auch innerhalb der gegebenen bundes- und europapolitischen Rahmenbedingungen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere der sozial Schwachen und durch Ausgrenzung bedrohten und schon erfassten Gruppen zu vertreten sowie die Potenziale für eine langfristige eigenständige Entwicklung der Kommunen und Regionen zu stärken, zweitens die sozialen Kräfte für einen Richtungswechsel der Politik in den Kommunen, Ländern und in der Bundesrepublik insgesamt zu formieren und drittens die Entwicklung eines transformatorischen Projektes voranzutreiben, das die Profitdominanz über die Wirtschaft und Gesellschaft überwindet. Dazu müsse die PDS sich befähigen, wirkungsvolle Zeichen für »eine andere Politik« zu setzen. Kernelemente einer solchen Politik seien 1. ein demokratisch-partizipativer Politikstil, 2. die gezielte Förderung regionaler Ökonomie, 3. die nachhaltige Erneuerung der öffentlichen Daseinsvorsorge und 4. eine Politik sozialer und transkultureller Integration. Die PDS bräuchte eine offene und selbstkritische Diskussion darüber, ob und wie uns dies gelingt. Dazu müsse sich die PDS als Gesamtpartei mit ihrem Wirken in den ost- und westdeutschen Ländern öffentlich und erkennbar auseinander setzen, an den strategischen Zielen messen und bewerten. Dies gelte gleichermaßen für eine Politik in Regierung oder Opposition.

Die PDS hat mit sehr großer Verspätung und ohne Konsequenz auf die sich schon Ende der neunziger Jahre abzeichnenden Krisenprozesse reagiert. Mit großer Mühe wurde eine programmatische Erneuerung eingeleitet, die im Oktober 2003 in die Annahme eines neuen Parteiprogramms mündete (siehe unter Abschnitt 4). Völlig vernachlässigt wurde die strategische Diskussion, die selbst auf dem Sonderparteitag nicht ernsthaft in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt wurde. Ideologische Kontroversen überlagern immer wieder die Ausarbeitung einer langfristigen Strategie (siehe Abschnitt 5).

4. Die programmatische Erneuerung der PDS

Die programmatische Entwicklung der PDS war durch die Dominanz sozialistischer, intellektueller Reformkräfte aus der SED geprägt, deren Konzept schon in den späten achtziger Jahren die Verbindung von »Sozialismus« und »Moderne« zugrunde lag. Ihr Verständnis sozialistischer Reformpolitik beruhte auf der Annahme, dass Sozialismus eine spezifische Evolutionsweise der Moderne unter den Kriterien der Menschenrechte darstelle und aus den Kämpfen zur Durchsetzung einer »Logik des Sozialen« gegenüber der Kapitallogik und Profitdominanz hervorgehe. So wurde formuliert: »Der politische Anspruch des Sozialismus besteht in einer solchen Gestaltung moderner Gesellschaften mit ihren Institutionen und Machtstrukturen, dass die Durchsetzung der Menschenrechte in der Einheit von politischen, sozialen und individuellen Rechten und ihrer Unteilbarkeit für jeden Einzelnen und alle garantiert wird.«¹⁷

Während das Programm von 1993 weitgehend einen Kompromiss zwischen diesen Positionen und Traditionen eines staatssozialistischen Marxismus darstellte, hat sich in der erneuten fünfjährigen Programmdiskussion der oben skizzierte Ansatz weitgehend durchgesetzt, wobei er zugleich wesentliche Modifikationen erfuhr. Charakteristisch für das jetzige Parteiprogramm wie auch seine Entwürfe ist, dass die Grundwerte des demokratischen Sozialismus und die Konturen einer demokratisch-sozialistischen Reformpolitik einheitlich von dem Anspruch jeder und jedes Einzelnen auf ein selbstbestimmtes Leben abgeleitet werden.¹⁸

17 Brie et al. 1997, S. 49. Der Programmkommentar begründete ausführlich die hier umrissene Grundposition, seine Präsentation 1997 wurde vom damaligen und jetzigen Vorsitzenden der PDS zur Erklärung genutzt, die PDS brauche ein neue Parteiprogramm. Das damals gültige Programm war 1993 verabschiedet worden.

18 Im beschlossenen Programm (www.sozialisten.de/partei/grundsatzdokumente/programm/index.htm) heißt es dazu: »Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können? In den Kämpfen ausgebeuteter, unterdrückter und herabgewürdigter sozialer Gruppen hat sich gezeigt: Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens selbst und gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Sie brauchen den Schutz vor Gewalt. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit, Erwerb und Verteilungsgerechtigkeit. Sie brauchen Bildung und Kultur. Sie brauchen soziale Sicherheit und Gesundheit. Für Hunderte Millionen Menschen geht es dabei noch immer um das Elementare: um die Überwindung absoluter Armut. Sie brauchen das tägliche Brot, um nicht zu verhungern. Menschen müssen ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln können. Es ist die Verfügung über diese Güter, die entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind grundlegende Freiheitsgüter. Der Anspruch auf gleiche Teilhabe an ihnen ist zugleich Anspruch auf Wahrnehmung fundamentaler Menschenrechte. Es war die Internationale, die den Kampf um diese Menschenrechte zu ihrer weltumspannenden Botschaft machte. Sozialismus entsteht in unserem Verständnis nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsplans, sondern er geht von den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen aus. Deshalb suchen wir Mitglieder der PDS das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Aktivistinnen und Aktivisten sozialer Bewegungen, Organisationen und Initiativen. Sozialismus entsteht für uns in den demokratischen Kämpfen, die geführt werden, um die strukturellen Bedingungen für Unfreiheit, Ungleichheit

Es handelt sich um einen libertären Sozialismus, der sich auf die Traditionen der Großen Französischen Revolution, der großen Emanzipationsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts und des humanistischen Marxismus beruft. Er steht vor allem den skandinavischen Parteien der »harten Linken« und jenen Traditionen nahe, die mit den soziokulturellen Emanzipationsbewegungen der späten sechziger und der siebziger Jahre verbunden sind und sich damals von den westlichen kommunistischen Parteien abspalteten. Die Radikalität der Betonung des Wert der Gleichheit und die Orientierung auf umfassende Veränderungen von Eigentums- und Machtverhältnissen markieren deutliche Unterschiede zur Sozialdemokratie in Deutschland.

Als soziale Grundlage des sozialistischen Kampfes wird ein Bündnis sozialer Kräfte angesehen, jener, »die sozial besser gestellt sind, sich aber mit sozialer Ausgrenzung aus der Gesellschaft nicht abfinden wollen, mit jenen, die durch die jetzige Politik in soziale Unsicherheit und Verarmung gedrängt werden und mit all jenen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Bedingung eines eigenen selbstbestimmten Lebens einsetzen«. In deutlicher Abgrenzung zu jedem überkommenen kommunistischen Avantgardismus wird betont: »Die PDS will Teil einer breiten Allianz sein, die sich gegen eine Politik richtet, deren Ziel es ist, Übereinstimmung mit den ökonomisch Mächtigen auf Kosten der sozial Schwachen zu erzielen. Wir setzen uns dafür ein, die geistige und politische Hegemonie der neoliberalen Ideologie und Politik in Deutschland und in der Europäischen Union zu überwinden. Wir wollen sozialistische Politik dauerhaft als ein eigenständiges selbstbewusstes politisches Projekt etablieren, damit zukunftsorientierte demokratische, soziale und ökologische Alternativen durchgesetzt werden können. Wir sind als sozialistische Partei bereit, langfristig an einem Mitte-Links-Bündnis mitzuwirken, das auf solche Veränderungen gerichtet ist.«

Offene Fragen innerhalb der programmatischen Diskussion in der PDS wie in der gesamten »harten Linken« sind vor allem damit verbunden, dass das staatssozialistische Modell einer alternativen Ordnung nicht durch ein anderes ersetzt werden konnte. Zwar werden Kriterien benannt, die an die Entwicklung einer solchen Ordnung anzulegen sind,¹⁹ doch kann dies nicht

und Ausbeutung sowie jene Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden. In diese Kämpfe wollen wir uns mit unseren Einsichten und Erfahrungen einbringen.

Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik. Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung und bleibt den Mächtigen vorbehalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit.«

19 »Die Eigentumsfrage ist vor allem eine Frage der realen Verfügung über wirtschaftliche Machtressourcen, bei deren Regelung Rechtstitel eine wesentliche Rolle spielen. Entscheidend sind realer Inhalt und soziale Wirkung konkreter Eigentumsordnungen. Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum besteht

zu konkreten alternativen Ordnungsvorstellungen verdichtet werden. Damit stößt die PDS auf die gleichen Probleme wie andere Parteien der »harten Linken« auch. Verweise auf die starke Rolle öffentlicher demokratischer Kontrolle, Wirtschaftsdemokratie usw. sind kaum hinreichend, um derartige Positionen wirksam in der Öffentlichkeit vertreten zu können. Es fehlen der PDS wie der Linken insgesamt institutionelle Ordnungsvorstellungen, die von größeren Teilen der Bevölkerung als Alternative zum Neoliberalismus geteilt werden könnten. Experimente wie die mit dem partizipativen Haushalt (eingeführt seit 1990 in Porto Alegre, Brasilien) sind bisher marginal. Vorstellungen zum Ausbau des Dritten Sektors und alternativer Ökonomien haben weltweit noch keine Ausstrahlungskraft entfaltet.

5. Die PDS auf der Suche nach einer Strategie

In der PDS ist spätestens seit der Wahlniederlage vom Herbst 2002 eine lange vernachlässigte strategische Diskussion begonnen worden, die bisher nicht zu klaren Ergebnissen geführt hat. Diese Diskussion beginnt bei der Einschätzung des strategischen Umfelds, in dem die PDS handelt: des politischen Projekts der »gemäßigten Linken«, die in Deutschland seit 1998 regiert; der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Schaffung eines alternativen sozialen und politischen Bündnisses; des Verhältnisses zu den sozialen Bewegungen sowie der Möglichkeit der Entwicklung grundlegender Alternativen (Tabelle 1).²⁰

deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen.

Alle Eigentumsformen genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere –, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, sollten gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern, sollten zurückgedrängt und überwunden werden. Wir halten an der durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeit von Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest und sind dafür, diese Möglichkeit umzusetzen, wenn dies nach Ansicht der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu sozialer Gerechtigkeit und wirksamer Bereitstellung der sozialen Grundgüter beiträgt. Wir wollen das weltweite Diktat von Welthandelsorganisation (WTO) und Internationalem Währungsfonds (IWF) über die Rahmenbedingungen von Wirtschaft überwinden und die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Wissen stoppen.«

20 Vgl. dazu ausführlicher: André Brie/Michael Brie/Michael Chrapa: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 2002; Michael Brie: Ist die PDS noch zu retten? Rosa-Luxemburg-Stiftung; Standpunkte 3/2003. Zur neueren Diskussion vgl. die Beiträge von Dietmar Wittich, Thomas Falkner, Elke Breitenbach und Katina Schubert in der Zeitschrift *Utopie kreativ*, Heft 165/166, Juli/August 2004. Im europäischen Maßstab haben vor allem die Positionen von Fausto Bertinotti auf sich aufmerksam gemacht – siehe Beitrag in diesem Band.

Tabelle 1: Alternative Annahmen über die Umwelt, in der die PDS strategisch agiert (in zugespitzter Darstellung)

Position A	Position B
es gibt auf absehbare Zeit keine prinzipielle Alternative zum jetzigen Kurs der SPD und der Grünen	ein Richtungswechsel ist prinzipiell möglich, doch sind die Voraussetzungen dafür erst noch zu schaffen
der Unterschied zwischen dem Kurs der SPD und der CDU ist qualitativ	bei den Differenzen zwischen SPD und CDU handelt es sich nur um Unterschiede innerhalb ein und desselben neoliberalen Lagers
keine Möglichkeit eines alternativen Blocks; es gibt keine relevante Wählerschaft für ein eigenes Projekt	Möglichkeit eines alternativen Blocks; die PDS kann nur im Rahmen eines eigenen Projekts eine relevante Wählerschaft von bis zu 10 Prozent bundesweit erreichen
es gibt keine Möglichkeit starker außerparlamentarischer Mobilisierung	wachsende außerparlamentarische Mobilisierung nicht nur im Zusammenhang mit Fragen Krieg-Frieden
soziale Bewegungen sind temporär und vertreten nur partielle Interessen	die neuen sozialen Bewegungen bilden ein Netzwerk, dass von relativer Dauer ist und die Forderung nach einem politischen Richtungswechsel vertritt
die wirtschaftliche und soziale Krise kann in absehbarer Zeit abgeschwächt werden; die Legitimationskrise des jetzigen Regierungsblocks vertieft sich nicht	lang andauernde soziale und wirtschaftliche Krise und Verschärfung der Legitimationskrise

Ausgehend von den unterschiedlichen Einschätzungen des strategischen Umfelds der PDS werden für die PDS auch sehr verschiedene Organisationsziele formuliert. Diese bestimmen unmittelbar die Opposition- bzw. Regierungsarbeit, die Ausrichtung von öffentlichen Kampagnen und des Wahlkampfes, der Adressierung von Bündnispartnern und der Formulierung der Reformalternativen (Tabelle 2).

Tabelle 2: Alternative organisationspolitische Ziele und Mittel der PDS

Position A		Position B
Entwicklung von konkreten Projekten mit dem Ziel der Stärkung der Koalitionsfähigkeit der PDS als Hauptprofil	unmittelbare organisationspolitische Ziele	Herausbildung von Ansätzen für ein neues politisches Projekt mit PDS als wesentlichem Akteur und Ausbau entsprechenden Profils
Wahlsiege 2004		Wahlsiege als Teil der Formierung einer neuen strategischen Formation
Profilierung der PDS als verlässlicher linker Reformmotor in parteipolitischen Bündnissen	mittelbare organisationspolitische Ziele	Profilierung der PDS als verlässlicher und handlungsfähiger Akteur im Netzwerk sozialer Organisationen und Bewegungen
Ausbau der Macht der PDS in Fraktionen und von dort der Beziehungen zu Staat, Gewerkschaften, Unternehmerverbänden usw.		Erweiterung der PDS oder Schaffung einer neuen übergreifenden politischen Struktur und Nutzung parlamentarischer Stärken der Partei
parlamentarisch-exekutiv: verhandeln und verwalten	Politikstile	auf die Stärkung der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger gerichtet; übersetzend, um gestützt darauf auch parlamentarisch wirksam zu werden
zentrale Rolle der Teilnahme an Landesregierungen als Machtgrundlage	wichtigste Mittel	zentrale Rolle der Kooperation mit sozialen Organisationen und Bewegungen als Schaffung der Legitimation und des Profils
Versuch der Gewinnung neuer Mitglieder innerhalb der gegebenen Struktur		Gewinnung neuer Gruppen für ein gemeinsames politisches Projekt
PDS und SPD können koalieren	Koalitionsmöglichkeit auf Bundesebene	PDS und SPD sind aus jeweils inneren Gründen nicht koalitionsfähig; die PDS würde zerbrechen bei einem entsprechenden Versuch; gegenwärtig bestenfalls besteht die Möglichkeit einer selektiven Tolerierung; Mitte-Links-Bündnis als langfristiges Ziel
die parteipolitische Isolation der PDS kann in den nächsten Jahren überwunden werden		parteipolitische Isolation der PDS gegenüber SPD und Grünen auf Bundesebene, die auch mittelfristig nicht aufgebrochen werden kann

Position A		Position B
Nutzen der PDS für die Bürgerinnen und Bürger als Sicherung einer linken Regierung unter der SPD gegen einen Rechtstrend mit der CDU und CSU (Stoiber); dadurch Gewinnung wichtiger Kreise in der Gesellschaft	Chancen der Profilierung	Nutzen der PDS für die Bürgerinnen und Bürger als parteipolitische Artikulation und Repräsentation antineoliberaler Politik; dadurch Gewinnung wichtiger Kreise in der Gesellschaft; Profilierung als eigenständige politische Kraft in Landesregierungen und Kommunen
pragmatisch		Visionär
»linkes Korrektiv«		»alternatives Projekt«
ohne die Erreichung wichtiger Kreise der globalisierungskritischen Bewegungen und der linken Kräfte in den sozialen Organisationen kommt es dort zur Herausbildung einer eigenen parteipolitischen Formation in Konkurrenz zur PDS	Gefahren für die Organisation	die PDS erweist sich als prinzipiell nicht in der Lage, neue Kräfte einzubinden und verliert bei diesem Versuch zugleich ihre jetzige Wählerschaft; der Kurs öffnet den Weg in die Sekte
Verkümmerung zu einer Provinzpartei mit sehr geringer Ausstrahlung mit verbaler sozialistischer Rhetorik		linksintellektuelle Gruppierung ohne soziale Verankerung mit verbalem Linksradikalismus
Abhängigkeit und Subalternität gegenüber SPD		dauerhafte Isolation und Marginalisierung
Reste einer linken Volkspartei im Osten, die aber nicht ausreichen, um sich langfristig zu behaupten (Erosion größer als Neuformierung)	innere Ressourcen für die Verfolgung bestimmter Strategien	Reste eines emanzipativen politischen Projekts aus dem Zerfall der SED sowie aus Beitritten im Westen, die aber nicht ausreichen, um das genannte Projekt zu verfolgen
Schwäche sozialer Verankerung im Osten, daher weitere Verluste gegenüber der SPD und Sinken unter 15 Prozent; keine Verankerung als Partei im Westen (im Westen Sinken unter ein Prozent)	wichtigste Ressourcen-defizite	Schwäche des emanzipativen Potenzials; kaum Verankerung im Westen in diesem Potenzial; Schwierigkeiten, im Westen Fuß zu fassen, was aber gemeinsam mit der Festigung von Position im Osten entscheidend für dieses Projekt

Wenn man die mittlerweile umfassende Diskussion innerhalb der PDS zusammenfasst, so lassen sich die beiden Hauptpole folgendermaßen zusammenfassen (Tabelle 3):

Tabelle 3: Alternative Vorstellungen zum Selbstverständnis der PDS

Position A		Position B
2006 (Strategie der Selbstbehauptung bei Wahlen)	Zeithorizont	ein Jahrzehnt (2006 nur als Zwischenschritt)
Veränderung der parlamentarischen Machtverhältnisse	unmittelbares politisches Ziel	Untergrabung der politischen Legitimation des herrschenden Kurses und Schaffung von Bedingungen für ein neues Bündnis
bei Richtungskonstanz linkere Ausrichtung eines DrittenWeges durch Regierungsbündnis mit SPD und Grünen	strategisches politisches Ziel	Schaffung der Voraussetzungen für einen Richtungswechsel (hin zu ziviler und sozialer Demokratie durch Veränderung der Hegemonie in der Gesellschaft)
Oben-Mitte bei »Abfederung« für Unten	soziale Orientierung	Mitte-Unten
die »Mitte«	soziale Gruppen, mit denen besonders kommuniziert werden soll (potenzielle WählerInnen)	Gruppen mit hohem kulturellen Kapital und solidarischen Einstellungen <u>und</u> spezifische benachteiligte Gruppen (alleinstehende Frauen mit Kindern; Arbeitslose etc.)
SPD und Grüne (die ihrerseits sozial verankert)	primäre Bündnispartner	linke GewerkschaftlerInnen und soziale Bewegungen
Parteien	langfristige Partner	neues Netzwerk von linksorientierten sozialen Organisationen und Bewegungen, dessen Teil und Partner die PDS ist; starke Vertretung von Persönlichkeiten derselben in Führungsgremien und bei AktivistInnenenschaft
parlaments- und regierungszentriertes Projekt	Parteiprojekt	als parteipolitischer Akteur im Netzwerk von Organisationen und Bewegungen
Fraktionen und »Stäbe«; parlamentarische und Regierungsmaschine	organisatorische Grundformen der Partei	Vernetzungsgremien und Projekte (deren Teil die Fraktionen und Basisorganisationen sind)
Funktions- und Wählerpartei		Mitglieder- und Aktivistenpartei, die in der Zivilgesellschaft verankert ist und breite Teile der Bevölkerung unmittelbar im Alltag erreicht

Wenn im wesentlichen Einigkeit innerhalb aller relevanten Gruppen der PDS darüber besteht, dass ein Richtungswechsel der bundesdeutschen Politik eingeleitet werden muss, dessen Inhalte u. a. im Entwurf zum Parteiprogramm der PDS, in strategischen Dokumenten der linken Gewerkschaften, globalisierungskritischer Bewegungen wie ATTAC usw. formuliert sind, dann ist es, so die Position des Autors, das wichtigste Ziel sozialistischer Politik, die gesellschaft-

lichen und politischen Voraussetzungen für einen solchen Richtungswechsel zu schaffen. Einer solche Position impliziert, dass Rot-Grün ohne gravierende Veränderungen des Kräfteverhältnisses, keinen Richtungswechsel tragen wird. Die von der jetzigen Regierung vertretenen Positionen sind bewusst gewählt und werden innerhalb von SPD und Grünen mit Macht durchgesetzt. Parteipolitisch bedarf es des Aufbaus einer strategischen Alternative zum herrschenden Kurs in diesen beiden Parteien als Voraussetzung eines Richtungswechsels. Dies schließt spätere bundespolitische Koalitionen mit SPD und Grünen nicht aus, sondern macht sie erst möglich.

In den letzten Monaten haben sich die Voraussetzungen für einen solchen Kurs wesentlich verbessert. Teile der Gewerkschaften haben begonnen, einen offenen Konflikt mit dem Regierungskurs und der Agenda 2010 auszutragen und sind dabei auch bereit, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Innerhalb der SPD und den Grünen haben die innerparteilichen Konflikte eine völlig unge wohnte Schärfe angenommen, die bis zu Sonderparteitagen und der Drohung des Entzugs der Regierungsmehrheit gehen.²¹ Aus den Gewerkschaften und linken Kreisen der SPD sowie den sozialen Bewegungen heraus ist es zur Gründung der WASG gekommen, für die sogar der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine Unterstützung zugesagt hat, falls der jetzige Bundeskanzler nicht zurückträte.

Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Irak-Krieg ist die hohe Bereitschaft von Teilen der Bevölkerung deutlich geworden, sich durch die Teilnahme an Demonstrationen zu engagieren. Im Sommer 2004 ist zum Wiederaufleben der »Montagsdemonstrationen« unter der Losung »Wir sind das Volk!« gekommen, die sich an jene demokratische Erhebung anlehnen, die im Herbst 1989 die Staatspartei der DDR, die SED, zur Fall brachten. Dieses Mal geht es um den Protest gegen die antisozialen Reformen einer SPD-Grünen-Regierung und der CDU-Mehrheit im Bundesrat. Die Erkenntnis, dass ein »Weiter-So« an die soziale Substanz Deutschlands geht, ist deutlich gewachsen. So unklar auch ist, ob sich diese Tendenzen verstetigen, so unübersehbar sind aber auch die neuen Chancen für linke Politik in Deutschland, auch wenn sie von Hegemonie und Durchsetzungsfähigkeit in Regierungen weit entfernt sind. Es steht die Aufgabe, einen historischen Block (Gramsci) für eine wirklich soziale und demokratische Reformalternative zu schaffen.

Der Aufbau einer starken und attraktiven parteipolitischen Formation außerhalb von SPD und Grünen ist eine der notwendigen Bedingung für einen Richtungswechsel, in dessen Zentrum ein sozialer, demokratischer und ziviler

21 In diesem Zusammenhang kann nur noch einmal vor einem billigen »Antisozialdemokratismus gewarnt werden, der die Suche nach eigenen Antworten durch bloße Negation ersetzt und sich dem linken Potenzial von SPD und Grünen nicht stellt.

Gesellschaftsvertrag stehen würde. Diese Formation könnte sich einerseits durch die Stärkung der PDS und/oder andererseits durch die Bildung einer vor allem im Westen Deutschland verankerten parteipolitischen Alternative herausbilden.

Michael Chrapa macht vier mögliche Szenarien der PDS aus – Regierungspartei (mit enger Bindung an die SPD), Regionalpartei Ost, bundesweite linkssozialistische Partei und sektenartige Opposition als antikapitalistische Kampfpartei²² (siehe Tabelle 5). Gegenwärtig scheidet die Option Regierungspartei aus, da es dafür von Seiten der rot-grünen Koalition kein Interesse gibt aufgrund der Schwäche der PDS und der hohen, teilweise wachsenden inhaltlichen Differenzen. Zugleich würde eine solche Option die PDS zerreißen. Die auf dem Geraer Parteitag aufscheinende Option der Verwandlung der PDS in eine antikapitalistische Kampfpartei ist meines Erachtens weder wünschenswert noch wird sie von der Mehrheit der PDS-Mitglieder getragen.

Tabelle 5: Denkbare Entwicklungsvarianten der PDS (Chrapa 2002b)

Variante	Stärken/Gewinne	Schwächen/Gefahren
A. Regierungspartei	legislative und exekutive Gestaltungsmöglichkeiten, Kompetenzgewinne, Partnerschaft mit SPD	Verlust an systemkritischem Profil, veränderte Perspektiven durch »Einbindung«, größerer Kompromisszwang, innerer Zerfall
B. linke Volkspartei Ost	feste Verankerung in ostdeutscher Teilgesellschaft, regionale Gestaltungsmöglichkeiten	Verlust an gesamtdeutscher Ausstrahlung, thematische Beschränkung, Verdrängung durch SPD
C. bundesweite sozialistische Partei	gesamtdeutsche Orientierung, Themenprofilierung, Bewegungsnähe, Protestartikulation	schwache Durchsetzungskraft, Schwächung der realen Gestaltungskraft und Vernachlässigung wesentlicher Themen; Verschwinden als ostdeutsche Volkspartei
D. »antikapitalistische Kampfpartei«	Gewinnung von Protestpotenzialen	Verengung, Isolation, Zerfall

22 Vgl. Chrapa 2002b und 2003 und Beitrag in diesem Band.

Folgt man dieser Beschreibung der möglichen Optionen, so scheinen nur die Optionen Regionalpartei Ost und bundesweite sozialistische Partei sinnvoll und erstrebenswert. Die Voraussetzungen für die beiden Optionen sind aber sehr unterschiedlich. Die PDS verfügt auf Länderebene im Osten noch über eine relativ starke soziale Verankerung, eine breitere Aktivistenschaft mit praktischer Orientierung und sozialistischen Überzeugungen und Funktionärsträger in Parlamenten und auch Verwaltungen sowie den Vorständen, die über eine große Erfahrung verfügen. Auf Landesebene gibt es Politikerinnen und Politiker, die durchaus mit denen der anderen großen Parteien erfolgreich konkurrieren können und der Mehrheit der Bevölkerung in dem jeweiligen Land auch bekannt sind.

Die Schwäche der PDS als linker Volkspartei im Osten liegt vor allem in der Schwäche als Bundespartei begründet (der Erfolg der CSU war auch an die Existenz einer starken bundesweiten CDU/CSU geknüpft). Eine reine Regionalpartei hat es in Deutschland sehr schwer, weil das föderale System die Bildung eines gesamtdeutschen Parteiensystems eher fördert als behindert und mächtige Regionalparteien ohne bundesweite Verankerung in einer Art Isolation geraten. Die PDS brauchte die Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin auch, um diese Isolation zu durchbrechen und zu versuchen, über die Länderkammer Einfluss auf die Bundespolitik zu gelangen. Eine zweite Schwäche der PDS in den ostdeutschen Ländern ist es, dass sie durch ihre eigene Zusammensetzung die Ansprüche moderner linker Mittelschichten nur unzureichend zu artikulieren und zu repräsentieren vermag.

Während die PDS für die Option linke Volkspartei Ost also durchaus wesentliche Voraussetzungen hat, fehlen ihr diese Bedingungen in viel stärkerem Maße für die Option als bundesweite sozialistische Kraft. Dies wirkt sich schwächend auch für ihre Chancen aus, sich als Volkspartei Ost zu profilieren. Es steht deshalb die Aufgabe, zugleich bundesweit für einen Richtungswechsel zu wirken und sich vor allem im Osten (aber perspektivisch nicht nur) als Gestaltungskraft auf kommunaler und regionaler Ebene auch unter den heutigen Bedingungen zu erweisen. Da das interne Potenzial der PDS zur Entwicklung als wettbewerbsfähiger bundesweiter sozialistischer Kraft unzureichend ist, bedarf es dringend der Gewinnung neuer Kräfte für ein politisches Projekt links von SPD und Grünen. Und umgekehrt würde eine derart gestärkte PDS als ostdeutsche linke Volkspartei prägende Bedeutung für den Aufbau einer bundesweiten sozialistischen Formation in Deutschland haben.

Das Problem der Verbindung von Stärken der PDS und der Stärken anderer politischer Kräfte in einem sozialistischen Projekt kann unter den gegenwärtigen Bedingungen nur dadurch bearbeitet werden, dass die Entwicklung der PDS als linker ostdeutscher Volkspartei und als Teil eines umfassenderen Projekts in einer Art Verkopplung bei gleichzeitiger erkennbarer Selbständigkeit

angestrebt werden. Was sich in der Folge aus den verschiedenen Schritten real ergibt, kann sich erst durch die politische Praxis erweisen. Zumindest in der ersten Phase gäbe es die Möglichkeit, durch die hohe Selbständigkeit beider Elemente (linke ostdeutsche Volkspartei und *PDS Plus*) ihre jeweiligen Potenziale zu erschließen und dazu beizutragen, dass sie sich wechselseitig stärken.

Am chancenreichsten für die Erreichung des strategischen Ziels – dem Aufbau einer starken linken politischen Formation jenseits von SPD und Grünen – ist die Verfolgung einer Doppelstrategie für die PDS: ihr Ausbau als linker Volkspartei im Osten und die Einleitung von Schritten der Öffnung der PDS und ihrer Entwicklung als bundesweiter politischer Kraft, die neben der Fortsetzung des Aufbaus im Westen Deutschlands zugleich die Gewinnung neuer Kräfte für ein solches Projekt verlangt (*PDS Plus*).

Die PDS war immer in der Versuchung, sich in die linke Phrase zu flüchten. Bei innerparteilichen Kämpfen konnten die Vertreter solcher Versuche durchaus auf Zuspruch aus der Basis hoffen. Es gab aber auch die Versuchung, sich mit der eigenen Beteiligung an der Verwaltung von Sachzwängen zu begnügen und sozialistische Politik auf das kleinere Übel zu reduzieren. Die eigentliche Schwierigkeit sozialistischer Politik unter den realen Verhältnissen liegt aber nicht in der Radikalität der Negation, sondern in der Fähigkeit zu sozialistischer Realpolitik, einer Politik, die um eine neue Hegemonie kämpft, Kräfteverhältnisse wirklich verändert, alltagstaugliche Reformprojekte auf den Weg bringt, der Polarisierung der Gesellschaft in arm und reich wirksam wehrt, die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Politik dauerhaft erhöht. Es wäre eine Politik, die ihre praktische Fähigkeit beweist, die Wirtschaft in den Dienst der breiten Gesellschaft zu stellen. Dies alles würde der gegenwärtigen PDS kaum jemand zutrauen. Eine *PDS Plus* müsste dazu fähig werden.

Eine solche Entwicklung der PDS würde es verlangen, zum einen wichtige alternative Politikansätze und Orientierungen eines politischen Richtungswechsels gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften zu diskutieren und zu präzisieren, um auf dieser Basis für ein gemeinsames Programm einer modernen sozialen, demokratischen, ökologischen und zivilen Antwort auf die neuen Probleme zu wirken. Zum anderen bedürfte es auch der personellen und organisatorischen Öffnung der PDS für eine breitere gesellschaftliche und politische Kooperation, die fähig ist, den Kampf um Hegemonie und die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wirksam zu führen.

So wichtig die Entwicklung des genannten bundespolitischen Projekts ist, so wichtig ist auch die Stabilisierung und Entwicklung der PDS als linker ostdeutscher Volkspartei. Dabei kann sie auf wichtigen Ergebnissen aufbauen – vor allem den Landtagswahlen des Jahres 2004 sowie der Europawahl. Sie hat es zumindest in Ostdeutschland verstanden, die wichtigste parteipolitische Kraft

zu sein, die dem Protest gegen die Agenda 2010 Ausdruck verleiht. Sie hat ihr soziales und demokratisches Profil wieder geschärft.

Die PDS muss in Opposition oder Regierung beweisen, dass sie in der Lage ist, bei offensiver Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung eine Politik zu verfolgen, die den Interessen breiter Schichten der Bevölkerung mit demokratisch-sozialen und sozialistischen Vorstellungen gerecht wird. Sie hat Protest und Gestaltung überzeugend zu verbinden, steht vor der Anforderung, einen eigenen Politikstil zu entwickeln, der ihrem Charakter als linker Volkspartei entspricht und muss Projekte ausarbeiten, die Elemente von Reformalternativen politisch umsetzen

Zusammenfassend sei behauptet: Die PDS wird sich nur behaupten können, wenn sie sich grundlegend verändert, in ein umfassenderes parteipolitisches Projekt einbringt und zugleich als linke ostdeutsche Volkspartei profiliert. Ob sie dafür (noch) die Voraussetzungen hat, ob sie in der Lage ist, die notwendigen Bündnispartner zu finden, ob sie es schafft, bis 2006 dafür die notwendigen Schritte erfolgreich einzuleiten, kann nur die Praxis zeigen. Auch hier gilt: *The proof of the pudding is the eating.*

Literatur

- Birnbaum, Norman (2003): Nach dem Fortschritt. Vorletzte Anmerkungen zum Sozialismus, Stuttgart/München.
- Brähler, Elmar/Berth, Hendrik/Decker, Oliver/Richter, Horst-Eberhard (2000): Befindlichkeiten und Zukunftserwartungen in Ost- und Westdeutschland 10 Jahre nach der Wende – Ergebnisse zweier Repräsentativbefragungen, Leipzig: Manuskript.
- Brie, André/Brie, Michael/Dellheim, Judith/Falkner, Thomas/Schumann, Michael/Wittich, Dietmar (1997): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin.
- Brie, Michael/Herzig, Martin/Koch, Thomas (1995): Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln.
- Chrapa, Michael (2002a): Wahlen im Rückblick – Aufbruch 2002. Politische Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern nach der Bundestagswahl im September 2002. Soziologisch-empirische Studie, Halle: Manuskript.
- Chrapa, Michael (2002b): SPD und PDS im Verhältnis zu Verbänden und sozialen Bewegungen – aktuelle empirische Fakten zum Meinungsbild der Parteienhängerschaften. Beitrag auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Das Verhältnis von sozialdemokratischen und linkssozialistischen

- und kommunistischen Parteien zueinander im europäischen Vergleich«, Berlin, 4. April 2002.
- Chrapa, Michael (2003): Umbruch und Suche: Aufgaben der PDS bei der Ausprägung ihres Profils als linke und sozialistische Partei, in: Michael Brie (Hrsg.): Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien, Berlin.
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar (1998): Projekt Gesellschaftskritische Potenziale, Halle/Berlin.
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar (2001): Zwischen den Wahlen. Politische Meinungen, Erwartungen, Vorstellungen und Positionen, Studie.
- Gapper, Stuart (2003): The Rise and Decline of the PDS in a Comparative Communist Successor Context. The Former Regime Party Struggling to Keep Up with its Central and Eastern European Counterparts, Manuskript.
- Klein, Dieter (Hrsg.) (2003): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteienherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945 - 1989, Frankfurt am Main.
- Neugebauer, Gero/ Stöss, Richard (1996): Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen.
- Welzel, Christian (1998): Vom Konsens zum Dissenz? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich. WZB, FS III 98-201.

Sozialistische Politik in schwierigen Zeiten: Aufgaben und Probleme der PDS

Thesen aus dem Jahr 2002

1. Die »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) befindet sich gegenwärtig in einer sehr komplizierten Entwicklungsphase. Die klare Niederlage bei den Bundestagswahlen im September 2002 und scharfe innerparteiliche Auseinandersetzungen zwingen dazu, das Profil der Partei und ihre Positionierung in der Gesellschaft wesentlich genauer zu bestimmen. Die solidarische Diskussion zu den Erfahrungen anderer Linksparteien in einem solchen Suchprozess ist deshalb von existenzieller Bedeutung.

Die PDS ist nach mehr als zehn Jahren einer überwiegend erfolgreichen Entwicklung in eine krisenhafte Situation geraten. Bereits im Frühjahr des Jahres 2002 zeichneten sich ernste Probleme der Partei im Wahlkampf ab. Bei den Bundestagswahlen im September 2002 verlor die PDS landesweit rund 20 Prozent der früheren Stimmanteile und konnte ihren Status als Fraktion im Bundesparlament nicht erneuern (siehe Anhang, Grafik 1).¹ In enger Verbindung mit der Wahlniederlage kam es auf dem folgenden Parteitag (Oktober 2002) zu heftigen Auseinandersetzungen, bei denen prinzipiell gegensätzliche Positionen formuliert wurden (vgl. 8. PDS-Parteitag 2002). Selbst die Möglichkeit einer Parteispaltung geriet ins Blickfeld. Trotz klarer Abstimmungsmehrheiten zugunsten der wieder gewählten Parteivorsitzenden bleiben die Streitfragen weiterhin aktuell und drohen die Partei handlungsunfähig zu machen. Ein politischer Aufbruch ist somit notwendiger denn je, wenn die PDS nicht in die Bedeutungslosigkeit verfallen soll.

1 Die PDS ist im Bundestag weiterhin lediglich mit zwei Vertreterinnen präsent, die bei der Bundestagswahl 2002 ein Direktmandat gewinnen konnten.

Ein Blick nach Europa und in andere Teile der Welt zeigt, dass nicht wenige Linksparteien mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Die Linke befindet sich vielerorts in einem Suchprozess. Verallgemeinert gesagt, gilt es dabei, schlüssige und politisch produktive Antworten zu mindestens folgenden Fragen zu finden: Was vermag eine linke Partei in komplex entwickelten, in die Globalisierung einbezogenen kapitalistischen Gesellschaften tatsächlich zu verändern? Mit welchem Profil und mit welchen politischen Themen bzw. Forderungen muss sie in Erscheinung treten? Wie soll eine moderne Partei aufgebaut sein, um möglichst viele Mitglieder zu binden und um gleichzeitig spürbar in die Öffentlichkeit hinein wirken zu können?

Mit Sicherheit ist es einer einzelnen Partei allein nicht möglich, ausreichende Antworten zu diesen komplizierten Fragen zu finden. Die theoretische Diskussion und der Austausch von Erfahrungen mit anderen linken Akteuren sind deshalb zwingend notwendig. In diesem Sinne kann der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte Workshop ein wichtiger Schritt auf dem Weg längerfristiger Lernprozesse sein.

2. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Wirken der PDS sind in Deutschland durch Prozesse wirtschaftlicher Stagnation und durch ein relatives politisches Kräftegleichgewicht zwischen neoliberal-konservativen Akteuren und starken Vertretern eines rechtsorientierten sozialdemokratischen Kurses gekennzeichnet. Trotz wachsender sozialer Konflikte bleiben die Chancen für eine kurzfristige Änderung des politischen Kräfteverhältnisses eher gering.

Die deutsche Gesellschaft befindet sich in einer komplizierter Situation, die in vieler Hinsicht mit dem Begriff »Blockade« beschrieben werden kann. Seit Jahren sind Massenarbeitslosigkeit und nur geringe wirtschaftliche Wachstumsraten zu verzeichnen, so dass sich die Haushaltslage extrem angespannt hat. Infolge dessen ist das relativ weit gefächerte Sozialsystem, das als wichtige zivilisatorische Errungenschaft gelten kann, in seiner Substanz bedroht. Realistische Konzepte eines wirtschaftlichen Aufschwungs sind nicht in Sicht. Blockierend scheint auch das Kräfteverhältnis zwischen wichtigen Großakteuren zu wirken, so dass durchgreifende Gestaltungsprojekte für die deutsche Gesellschaft nicht in Angriff genommen werden.

Das mit knapper Mehrheit regierende Bündnis einer eher rechtsorientierten Sozialdemokratie mit den Grünen steht einem fast gleichstarken Block konservativ-neoliberaler Kräfte (partei politisch in Form der Christlichen Parteien und der Liberalen) gegenüber. In der Entscheidungsfindung überwiegen so Kompromisse und ein Vorgehen des »Muddling Through«, insgesamt aber in Richtung eines überwiegend neoliberal geprägten Entwicklungspfad.

Als wichtige Rahmenbedingungen fallen auch mehrere kulturelle und mentale Faktoren ins Gewicht. Deutschland ist ein Land mit starker Ordnungs- und Staatsfixierung, in dem Dynamik, Risikobereitschaft oder Improvisationsfähigkeit, aber auch Humor, Gelassenheit und Lebenslust keine sonderlich hoch geschätzten Eigenschaften darstellen. Vor allem in Westdeutschland ist die Situation zu verzeichnen, dass sich bei großen Teilen der Bevölkerung Bestrebungen der »Besitzstandswahrung um jeden Preis« mit vermehrten Ängsten infolge von Zukunftsunsicherheit vermengen. Ostdeutschland bleibt ein Bundesgebiet mit fortdauernder wirtschaftlich-sozialer Benachteiligung und Instabilität; dennoch haben hier viele Menschen die Erschütterungen der staatlichen Vereinigung nach 1990 verarbeitet und eigene Lebensstrategien entwickelt. In ihrem Denken und Fühlen ist das Streben nach Anerkennung ihrer Leistungen und nach gleichberechtigter Behandlung deutlich zu spüren.

Insgesamt werden im Alltagsbewusstsein der Bevölkerung vor allem die sozialen Konflikte, aber auch die erlebten Machtverhältnisse kritisch reflektiert (siehe Anhang, Tabelle 1). Die Tatsache, dass Massenarbeitslosigkeit zur Dauererscheinung geworden ist und dass die Sozialsysteme zu erodieren drohen, drückt sich dementsprechend auch in den von vielen Bürgern formulierten Forderungen bzw. Erwartungen an die neue Regierung aus (siehe Anhang, Tabelle 2).

Das Spektrum von politischen Kräften, die sich einem neoliberalen Kurs entgegenstellen können, ist weit gefächert, aber gleichzeitig auch zersplittert. Gewerkschaftliche Aktionen entwickeln sich, bleiben aber vom Umfang her begrenzt. Umwelt-, Friedens- und globalisierungskritische Bewegungen können in der letzten Zeit auch in Deutschland einen gewissen Aufschwung verzeichnen (siehe Anhang, Tabelle 3); bislang wird dadurch aber noch kein spürbarer Einfluss auf das politische Kräfteverhältnis ausgeübt. Im Parteiensystem vertritt gegenwärtig allein die PDS konsequent linke soziale, demokratische und friedenspolitische Positionen; sie besitzt zurzeit jedoch keine ausreichende Handlungsfähigkeit, um einen Beitrag zum notwendigen politischen Aufbruch leisten zu können.

3. Die PDS ist eine Partei, in deren Entwicklungsgeschichte mehrere historisch besondere Faktoren zum Tragen kommen. Entstanden aus schmerzhaftem Bruch mit einem staatssozialistisch fixierten Parteienmodell wirkte sie in den 1990er Jahren insgesamt erfolgreich. Gegenwärtig treten jedoch angestaute Probleme zu Tage, die seit mindestens fünf Jahren im Rahmen innerparteilicher Diskussionen nicht bearbeitet bzw. verdrängt wurden.

Die PDS entstand unter besonderen Bedingungen, die bis in die Gegenwart ihre innere Verfasstheit beeinflussen. Mit dem Zusammenbruch des staatssozialistischen »DDR-Modells« bildete sich aus Teilen der ehemals herrschenden Partei,

der SED, in Verbindung mit linken Aktivisten aus Westdeutschland schrittweise eine neue Partei heraus. Dieser Neuanfang war von scharfen und schmerzhaften Auseinandersetzungen geprägt, die vor allem das Scheitern des sozialistischen Systems, das Thema »Stalinismus« und die Perspektive einer linken Alternative zum Gegenstand hatten. Die PDS trug von Beginn an die Merkmale einer gleichsam »asymmetrischen Zusammensetzung«. In ihrer Mitgliedschaft, die von etwa 200.000 Personen im Jahr 1990 auf gegenwärtig rund 78.000 Frauen und Männer sank, sind heute mehr als die Hälfte im Rentenalter, die meisten davon ehemalige Mitglieder der SED und zu großen Teilen eng an die Geschichte der DDR gebunden. Im westlichen Teil Deutschlands bilden bisher etwa 5.000 Personen ein Netz von PDS-Verbänden, wobei deren politischer Einfluss insgesamt gering bleiben muss.

Die Entwicklung der PDS lässt sich anhand folgender Phasen beschreiben:

- 1989/90: Eine Zeit des »Umbruchs«. In diesem Zeitraum vollzog sich der Übergang von der SED zur PDS. Dies war mit turbulenten Vorgängen und Auseinandersetzungen verbunden, in deren Ergebnis man den Willen bekundete, eine »neue« Partei zu formieren, die sich vom stalinistischen Erbe distanziert und in strikt demokratischer Weise sozialistische Werte vertritt. Die PDS konnte aufgrund der zu dieser Zeit besonderen Wahlgesetzgebung im Status einer »Gruppe« im Bundesparlament tätig werden.
- 1991 bis 1993/94: Eine Zeit der Konsolidierung der PDS, in der sich die Parteistrukturen festigten und wichtige Diskussionen zur genaueren Bestimmung des Charakters der PDS geführt wurden. 1993 erfolgte die Annahme eines neuen Parteiprogramms. Bei den Wahlen 1994 verfehlte die PDS knapp die 5-Prozent-Marke, verblieb aber weiterhin im Bundestag. In einem Bundesland erreichte die Partei eine so starke Position, dass sie die Regierungsfunktion – in Form der Tolerierung – mit beeinflussen konnte.
- 1994 bis 1998: Eine Zeit der Stärkung der PDS, aber auch neu entstehender Problemlagen. Die PDS konnte ihren Einfluss auf kommunaler Ebene deutlich erhöhen.² Man begann stärker über das Problem von Regierungsbeteiligung zu diskutieren, wobei nicht selten konträre Positionen zu Tage traten. Bei den Wahlen 1998 verzeichnete die PDS fast überall Gewinne und konnte als Fraktion in den Bundestag einziehen. In einem Bundesland bildete sie gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei (SPD) die Regierungskoalition. Gleichzeitig blieben aber wichtige Probleme ungelöst: Diskussionen zur langfristigen Strategie wurden immer wieder verschoben; ferner gelang es nicht, den Aufbau der PDS

2 Der Einfluss der PDS ist im Osten Deutschland auch weiterhin beachtlich: Sie verfügt über fast 6.500 kommunale Mandate, davon 3 Landratsmandate und über 200 Bürgermeisterposten. In Westdeutschland gibt es etwa 100 Mandatsträger, darunter eine Stadträtin in der Großstadt München.

in Westdeutschland voranzutreiben und sich im geistig-kulturellen Leben der Gesellschaft fest zu verankern.

- 1999 bis Ende 2001: Eine Zeit weiterer Erfolge, aber auch einseitiger Entwicklungen. Die PDS verstärkte ihren Einfluss auf kommunaler Ebene und war in Regierungsverantwortung mehr oder weniger erfolgreich bemüht, eigene politische Projekte zu bearbeiten. Beim Aufkommen von internationalen Konflikt- und Kriegssituationen vertrat die Partei einen klaren, konsequent friedensbejahenden Kurs. Als in der Hauptstadt Berlin infolge eines Finanzskandals Neuwahlen notwendig wurden, erzielte die PDS ein sehr gutes Wahlergebnis und bildete gemeinsam mit der SPD eine Rot-Rot-Regierung. Problematisch blieb weiterhin, dass die Strategie-Diskussionen – auch angesichts neuer Fragestellungen in einer globalisierten, veränderten Welt – und die notwendige innere Modernisierung der Partei nicht auf den Weg gebracht wurden.

- Ende 2001 bis Ende 2002: Eine Zeit der Stagnation und des Aufbrechens von Krisen. Insgesamt gelang es nicht, der Öffentlichkeit ein klares Bild vom politischen Profil der PDS zu vermitteln.

Erfolge in der Regierungstätigkeit blieben gering und umstritten; in Berlin geriet die Partei immer mehr in die Kritik der Bevölkerung. Ein wenig überzeugend und widersprüchlich geführter Wahlkampf ab Beginn des Jahres 2002 verstärkte die negativen Tendenzen. Die PDS musste bei allen Wahlen Niederlagen hinnehmen. Im Herbst des Jahres wirkte die Partei innerlich zerrissen und ohne nennenswerte politische und intellektuelle Ausstrahlung. Sie bedarf grundlegender Schritte der Modernisierung und Erneuerung.

4. Innerhalb der PDS existiert ein Spannungsfeld mehrerer ungeklärter Probleme, angestauter Konflikte und beachtlicher Defizite in Bezug auf wichtige Politikbereiche. Herausragend sind hier vor allem Fragen des Verhältnisses von »Systemopposition« und »verantwortungsvoller Gestaltung« in der Gesellschaft. Probleme der »politisch-kulturellen Hegemonie« und der Umgang mit Macht werden in diesem Kontext zu wenig thematisiert.

Wie bereits angedeutet, haben sich bei der PDS in den letzten Jahren einerseits zu wichtigen Themenfeldern unterschiedliche Ansichten herausgebildet; zum anderen wurden nicht wenige Problembereiche faktisch ignoriert oder gering geschätzt.

Dissens zu konkreten politischen Positionen oder zur Bedeutung des jeweiligen Gegenstandes ist vor allem bei folgenden Themen anzutreffen:

a) Das Verhältnis von »Opposition« und »Gestaltung« bildet einen zentralen Punkt von Auseinandersetzungen, wobei »Gestaltung« insbesondere in Hinsicht auf die Mitwirkung in Regierungsverantwortung konträr diskutiert wird. Die jeweiligen Vertreter »extremer« Positionen formulieren hierbei ein

Ausschließungsverhältnis: Die PDS solle *entweder* in prinzipieller Opposition zum kapitalistischen System nahezu vollständig Protest zum Ausdruck bringen, weil eine Teilhabe an Regierungsverantwortung ineffektiv sei und nur zur Anpassung führe *oder* sie müsse gerade durch Mitwirkung an Verwaltung sowie Regierung tätig werden und Kritik bzw. Protest zurückstellen.

b) Eng damit verknüpft, ist der *Umgang mit den politischen »Stärken« und Schwächen«* der PDS, die auch im Meinungsbild der Bevölkerung in Form von unterschiedlichen Images der Partei zu Tage treten, problematisch (siehe Anhang, Tabelle 4). Wie sich zeigt, verfügt die PDS über mehrere klar positiv besetzte Image-Felder (Eintreten für soziale Gerechtigkeit, die Interessen Ostdeutschlands, für Frieden, für Demokratie »von unten« u. a.). Hier ist die Zahl der Menschen, die Erwartungen an die Partei haben, bedeutend größer als die Anzahl der realisierten Wählerstimmen. Gleichzeitig wird aber erkennbar, dass man der PDS auf verschiedenen Gebieten nur wenig zutraut – bei der Wirtschaftspolitik, auf dem Feld der inneren Sicherheit oder allgemein in Hinsicht auf die Fähigkeit, politische Forderungen wirklich durchsetzen zu können. Im innerparteilichen Streit wird dieses unterschiedliche Meinungsbild gegenüber der PDS zumeist einseitig betrachtet: Einige Kräfte sehen allein die »Schwäche« der Partei (z. B. bei der Wirtschaftspolitik), kritisieren dies und fordern auf, schnellstens alle Kompetenzen einer regierenden Partei zu erwerben. Andere Vertreter meinen, die Profilierung der PDS solle vor allem auf den Feldern erfolgen, auf denen ihre »natürlichen Stärken« liegen (z. B. Eintreten für soziale Gerechtigkeit). Ein produktiver Umgang mit diesem Widerspruchsverhältnis ist jedoch bisher nicht erreicht.

c) Im Rahmen der PDS betrachtet man politische Probleme in zu geringem Maße aus einer klaren *Machtperspektive* heraus. Noch zu selten werden Fragen nach dem jeweiligen konkreten Kräfteverhältnis (innerhalb von Regierungen oder im Parlament, aber auch im öffentlichen politischen Raum) gestellt. Daraus folgt, dass die PDS oft nicht in der Lage ist, die gegebenen Kräfteverhältnisse zu beeinflussen und zu ihren Gunsten zu verschieben. Die Schaffung von »Gegenmacht«, z. B. über eine mobilisierte Öffentlichkeit, oder die gezielte Inszenierung von Konflikten in parteipolitischen Koalitionen gehören bislang nur vereinzelt zum Handlungsrepertoire der PDS.

d) In der PDS werden *Fragen des »Kulturell-Politischen«*, insbesondere Probleme einer veränderten »kulturellen Hegemonie« in der Gesellschaft oder in Teilen von ihr, nicht in notwendigem Maße diskutiert. Dies liegt zum einen darin begründet, dass große Teile der (älteren) Mitgliedschaft infolge ihrer Sozialisation in der DDR wenig Verständnis für zivilgesellschaftliche und soziokulturelle Ansätze oder Aktionsformen entwickelt haben. Zum anderen wurden in den letzten Jahren in PDS-internen Debatten Überlegungen zu einer »kritischen Gegenkultur« mit Distanz behandelt oder geradezu vernachlässigt.

Solche Diskussionen betreffen beispielsweise den Umgang mit der Medienwelt und mit der öffentlichen Meinungsbildung, die heutige Rolle der Kunst sowie auch Fragen eines selbstbestimmten und solidarischen Alltagslebens der Bürger, die sich Tendenzen der »Vermarktung« zu widersetzen vermögen.

e) In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass das *Verhältnis der PDS zu den neuen sozialen Bewegungen* bisher nicht produktiv entwickelt werden konnte. Gerade zu diesem Thema gab es in den letzten Monaten oftmals scharfe, aber nicht sonderlich fruchtbringende Auseinandersetzungen, die vor allem auf das Verhältnis der PDS zur globalisierungskritischen und Friedensbewegung gerichtet waren. Zahlreiche Funktionäre und Verantwortungsträger der Partei sehen in den neuen sozialen Bewegungen keine wesentlichen politischen Kräfte und fürchten, dass eine enge Bindung der PDS an diese Gruppen das Ansehen der Partei im parlamentarischen Raum beschädigen könne. Nicht wenigen Mitgliedern sind die Bewegungen oftmals noch fremd, und sie können sich Formen des Zusammenwirkens nur schwer vorstellen. Im Ergebnis dessen ist festzustellen, dass die PDS trotz wichtiger thematischer Übereinstimmungen mit verschiedenen neuen Akteuren (z. B. mit den Forderungen von Attac) de facto in der Position eines mehr oder weniger interessierten Beobachters der aktuellen Kämpfe verharrt.

f) Die innere Verfasstheit bzw. der *Charakter und die Arbeitsweise der Partei* selbst bilden gleichfalls Punkte, bei denen Auseinandersetzungen über Jahre hinweg nicht zu den erforderlichen Resultaten geführt haben. Die dringend notwendige »Erneuerung« der Partei (Umbau der Strukturen, Kommunikation, Personal, Mitgliederengewinnung etc.) wurde nur zögernd betrieben. Dem lag zugrunde, dass die Positionen der Personen, die eine weitere Gestaltung der PDS als »moderner Mitgliederpartei« anstreben, auf den Widerstand derer stießen, die das Modell einer »Wähler-« bzw. »Berufspolitiker-Partei« (vgl. von Beyme 2000) favorisierten. Im Ergebnis dessen trat faktisch eine Blockade-Situation ein.

5. Die PDS steht vor außerordentlich wichtigen strategischen Entschlüssen. Neben der endgültigen Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms geht es um die Entscheidung über strategische Optionen für die nächsten fünf bis zehn Jahre. In der aktuellen Debatte zeichnen sich hier gegensätzliche Positionen ab.

Eine entscheidende Bedingung für das politische Überleben der PDS besteht darin, dass im Zeitraum der Jahre 2002/2003 klare Entscheidungen über die künftige Programmatik der PDS und über den strategischen Kurs der Partei getroffen werden. Vorgesehen ist, dass ein neues Parteiprogramm bis zum Oktober 2003 zur Abstimmung kommt. Die notwendigen Diskussionen dazu konzentrieren sich

bisher auf einen Entwurf, der im April 2001 vorgelegt wurde. Den Kern dieses theoretisch ernst zu nehmenden Dokumentes bildet ein gewisser »Bruch« mit bestimmten früheren Sozialismus-Vorstellungen, die eine neue Gesellschaft vor allem als »Struktur-Modell« auffassten. Im Unterschied dazu wird im neuen Entwurf »Sozialismus« nicht als abstraktes Modell oder als ein gesamtgesellschaftliches System definiert, sondern als das Streben nach einem Zustand aufgefasst, in dem alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu wichtigen Gütern erhalten, die ihnen ein Leben in Selbstbestimmtheit, Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglichen. Zu diesen »Freiheitsgütern« zählt man demokratische Partizipation, Schutz vor Gewalt, soziale Sicherheit, Zugang zur Erwerbsarbeit, geschützte Umwelt sowie Zugriff auf Bildung und Kultur. Es heißt dazu im Programmentwurf: »Sozialismus geht von den realen Bedürfnissen und Interessen von Menschen aus. Sozialismus fragt danach, welche Lebensbedingungen Menschen hervorbringen müssen, um frei zu sein, und was sie tun müssen, damit die Verfügung über diese Güter nicht zur Ausbeutung und Unterdrückung anderer führt. Sozialismus ist für uns jene historische Bewegung, die die gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse so gestalten will, dass diese Güter auch wirklich effektiv und umweltgerecht produziert werden und dass über sie solidarisch verfügt wird.« (Programmentwurf der PDS 2001: 4-5). Ohne Übertreibung kann hier festgehalten werden, dass der vorgelegte Programmentwurf Positionen umreißt, die für die deutsche Linke einen wirklichen geistigen Aufbruch verkörpern.

Programmatische Entscheidungen sind jedoch noch nicht identisch mit der Festlegung notwendiger strategischer Optionen. »Strategie« muss hier als »*situationsübergreifendes, erfolgsorientiertes Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkül*« verstanden werden (Raschke 2002: 210). Für die PDS bedeutet dies, ausgehend von sozialistischen Werten und Zielen, eine strategische Orientierung zu formulieren, die dem gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnis entspricht und die sowohl die »Stärken« als auch die »Schwächen« der PDS berücksichtigt. In den gegenwärtigen Diskussionen innerhalb der PDS existieren – mit unterschiedlicher Deutlichkeit formuliert – im Wesentlichen drei strategische Herangehensweisen:

Zum *einen* sind es Überlegungen, die den neoliberalen Kapitalismus gleichsam als »Supermacht« ansehen, der alle Gesellschaftsbereiche fortschreitend dominiert. Notwendig wären deshalb die Verteidigung sozialer und demokratischer Errungenschaften, konsequenter Protest, das Führen von Abwehrkämpfen und die scharfe Kritik an den kapitalistischen Zuständen. Für die PDS würde daraus folgen, dass sie sich vor allem als »*systemkritische Kampfpartei*« darstellen müsse. Problematisch an diesem Ansatz ist, dass er reale Gestaltungsmöglichkeiten des Hier und Heute gering schätzt oder negiert. Eine solche Strategie birgt die Gefahr in sich, dass die PDS, trotz scheinbarem Radikalismus, in ihrer Tätigkeit wirkungslos bleibt, sich selbst isoliert und die Züge einer Sekte annimmt.

Zweitens gibt es, durch eine Reihe prominenter Verantwortungsträger in der Partei unterstützt, die strategische Option vor allem im Bündnis der so genannten Mitte-Links-Parteien, also vor allem mit der sozialdemokratischen Partei und den Grünen, Reformprojekte anzustreben. Dies schließt ein, möglichst starke Positionen im parlamentarischen System zu erlangen und Kurs auf breite Regierungsbeteiligungen (auf Länder- und Bundesebene) zu nehmen, weil – so eine Auffassung der Vertreter dieses Projekts – nur auf diesem Wege («von oben») Veränderungen zu erreichen wären. Die PDS müsste sich dementsprechend vor allem als eine »regierungsorientierte Reformpartei« definieren. Die hier skizzierte strategische Option beinhaltet zweifellos wichtige positive Elemente. Parteienbündnisse und Regierungsbeteiligungen sind auch aus linkssozialistischer Sicht notwendig und können unter bestimmten Bedingungen sehr nützlich sein. Sie ermöglichen neue Gestaltungsfelder und fordern die praktischen Kompetenzen einer Partei heraus. Problematisch ist bei diesem Ansatz jedoch, dass er die realen gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse ignoriert und die Chancen der PDS deutlich überschätzt. Das daraus resultierende »Etikett« der PDS, vor allem Partnerin der Sozialdemokratie zu sein, würde zudem dazu führen, dass die Partei ihr eigenständiges Profil verliert.

Eine *dritte* strategische Variante orientiert gezielt auf ein eigenständiges politisches Projekt der PDS. In einem aktuellen Strategiepapier wird der Ansatz folgendermaßen charakterisiert: Für die PDS geht es darum, »mit sehr langfristiger Perspektive den Weg einer gestaltenden Oppositionskraft zu beschreiten und ihr Hauptziel in einem Beitrag zur Veränderung von geistigen und politischen Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft, der Schaffung von Voraussetzungen für eine deutliche Linkswende zu sehen. Unter den gegebenen Bedingungen kann gestaltende Oppositionskraft nur bedeuten, radikaldemokratische Positionen in allen Bereichen der Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Die Gestaltungsmacht sollte vor allem im Hinblick auf die Formierung alternativer Ansätze, das Erproben auf kommunaler und regionaler Ebene, die Förderung breiter alternativer gesellschaftlicher Koalitionen, die Herausbildung einer kritischen Gegenöffentlichkeit, die Stärkung von Protestfähigkeit und realer Partizipation entwickelt werden. Dies schließt Regierungsbeteiligung (auch perspektivisch auf der Bundesebene) nicht prinzipiell aus, ordnet sie aber der Opposition gegenüber dem Neoliberalismus in seinen verschiedenen Spielarten unter. ... Es wäre ein Ansatz, der Aktivität, Selbstbestimmung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen sucht und nicht bestrebt ist, politische Ziele vor allem dadurch zu erreichen, indem für »unsere Menschen« besser verwaltet wird. Es ist ein Ansatz der Aktivierung der politischen Gesellschaft anstelle ihrer Verwaltung, der Veränderung von unten anstelle der Verordnung von oben und der Selbstorganisation anstelle der Bevormundung. Dies schließt Regierungskoalitionen auf Länderebene nicht aus, ordnet sie aber diesem Ziel unter und betont damit die

strategische Eigenständigkeit der PDS. Die PDS würde sich als Partei des sozialen und demokratischen Engagements für Gerechtigkeit und Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger sowie friedlicher Konfliktlösung profilieren. Es wäre ein Ansatz, der es erlaubt, eigene Vorstellungen zur Zukunft jenseits einer neoliberalen Globalisierungskonzeption gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen mit höherer Wirksamkeit und Akzeptanz auf die Tagesordnung zu stellen. Dies schließt Berührungspunkte mit der SPD und den Grünen ein, aber ausgehend von einem eigenen Ansatz. Ein solcher Ansatz zielt darauf, in Gesamtdeutschland schrittweise das vorhandene Potenzial linker Bürgerinnen und Bürger für die PDS zu gewinnen und in Ostdeutschland die Hegemonie links von der Mitte in der ganzen Breite zurückzugewinnen und auch Teile derer, die sich der politischen Mitte zuordnen und zugleich stark Werte von Solidarität, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung betonen, wieder zu gewinnen.« (Brie/Brie/Chrapa 2002: 11)

Der Vorteil des letztgenannten Ansatzes liegt in seinem konsequenten Realismus. Schrittweise und partielle Veränderungen der Gesellschaft werden hierbei – unter genauer Kalkulation der wirklichen Kräfteverhältnisse – als breiter und komplexer Prozess aufgefasst, im dem die demokratische Teilhabe selbstbestimmt handelnder Individuen entscheidend ist. Die Rolle der PDS könnte bei einem solchen Herangehen als »Partei der politischen Gesellschaft« charakterisiert werden. Schwierigkeiten bei dieser Orientierung bestehen zweifellos darin, dass Schritte auf einem so skizzierten, sehr langen Weg ungeheure Anstrengungen erfordern und eine Veränderung des Politik-Stils der PDS notwendig machen.

6. »Erfolgskriterien« für das Wirken einer linksdemokratischen, sozialistischen Partei lassen sich nicht in formaler Weise festlegen. Traditionell gilt die »Kräftemaximierung« im politischen System als politikwissenschaftlich begründeter Erfolgsfaktor. In Ergänzung bzw. als für linke Parteien wichtige Präzisierung dessen werden drei weitere Kriterien zur Diskussion gestellt.

Parteien wirken in einer komplexen Umwelt, die ständigen Veränderungen unterworfen ist. Sie handeln als kollektive Akteure in Konkurrenz mit anderen und mit der Orientierung auf Ziele in einem unterschiedlichen Zeithorizont. Es ist deshalb recht schwierig, klare »Erfolgskriterien« für die Tätigkeit von Parteien zu bestimmen. Wenn solche Kriterien Sinn haben sollen, dann müssen sie der empirischen Überprüfung zugänglich, also auch in gewisser Hinsicht »messbar« sein. In der aktuellen politikwissenschaftlichen Literatur werden deshalb teilweise formalisierte Kriterien benannt: Parteien wären dann erfolgreich, wenn sie ein Maximum an »Wählerstimmen« (»Votes«), an »Ämtern« (»Offices«) und an »politischem Einfluss« (»Policies«) erzielen (vgl. Wiesendahl 2002: 194f.). Ein solches Herangehen ist zweifellos praktikabel; mindestens der

Stimmen- und Ämter-Anteil sagt – über längere Zeit betrachtet – tatsächlich messbar etwas über Erfolg oder Misserfolg einer Partei aus. Bei der Bewertung des politischen Einflusses fällt eine genaue Erfassung naturgemäß schwerer.

Das hier skizzierte Kriterium der »Kräftemaximierung« bleibt allerdings insofern formal und einseitig, da es in starkem Maße auf die Rolle von Parteien im politisch-parlamentarischen System ausgerichtet ist. Um den inhaltlichen Aspekten von Politik und dem Wirken von Parteien auch im außerparlamentarisch-zivilgesellschaftlichen Raum besser zu entsprechen, sollen drei weitere Kriterien zur Diskussion gestellt werden. Nach Ansicht des Autors wirkt eine Partei dann erfolgreich, wenn sie folgende Bedingungen erfüllt (und, damit verknüpft, über die Zuwächse an »Policies« zunächst »Votes« sowie auch »Offices« erreicht):

Erstens: Begründete strategische Positionierung im Spannungsfeld wichtiger Konfliktlinien in der Gesellschaft.

Mehrere fundierte politikwissenschaftliche Theorieansätze gehen davon aus, dass die in der Gesellschaft vorherrschenden wichtigen Konfliktlinien (»Cleavages«) den Raum markieren, in dem Parteien ihre Identität bestimmen und Felder der wirksamen politischen Aktivität festlegen können. Für die PDS bedeutet dies, ihren strategischen Fokus auf ausgewählte, empirisch überprüfbare Konfliktlinien zu richten. Dies wären vor allem die Konflikte »Soziale Exklusion vs. soziale Inklusion« (mit den Themen: Soziale Gerechtigkeit, Sicherheit, Arbeit), »Antidemokratisch-hierarchische Tendenzen vs. demokratisch-selbstbestimmte Partizipation der Bürger« (mit den Themen: Gesetzgebungen, Mitbestimmung, Verstärkung plebiszitärer Elemente u. a.) und »Kriegerische/Gewaltorientierte vs. friedliche Konfliktlösungsmechanismen« (mit den Themen: Kriegsverhinderung, internationale Sicherheit etc.). Es kann empirisch nachgewiesen werden, dass alle diese Cleavages im Denken großer Menschengruppen eine bedeutende Rolle spielen (siehe auch Anhang, Tabellen 1 und 2).

Zweitens: In der Öffentlichkeit (und der öffentlichen Meinung) deutlich wahrnehmbare Vertretung charakteristischer Politik-Projekte. Für linke Parteien ist der Zugang zur »Öffentlichkeit« wichtiger denn je. Dies betrifft nicht nur das Agieren der Parteien im Spiegel der großen Massenmedien, sondern ebenso die Öffentlichkeit des Alltagslebens (Kommunen, Gemeinschaften, Organisationen). Für die PDS wäre zwischen Erfolg und Misserfolg insofern zu unterscheiden, inwieweit es ihr gelingt, mit ausgewählten, inhaltlich begründeten Politik-Projekten in der Vielfalt von Öffentlichkeit größere Menschengruppen diskursiv zu erreichen. Bei den Projekten sollte es sich um alternative Vorschläge zu solche Themen wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, moderne Bildungspolitik, gerechte Renten und Löhne, gesellschaftliche Umverteilung, Friedenssicherung oder die demokratische Gestaltung der Globalisierungsprozesse handeln. Ob ein solches Vorgehen letztlich »erfolgreich« ist, könnte über empirische Untersuchungen (z. B. Medienanalysen, Bevölkerungsumfragen u. a.) ermittelt werden.

Drittens: Spürbare und mit Lerneffekten verbundene innere Weiterentwicklung (Modernisierung) der Partei als politische Organisation.

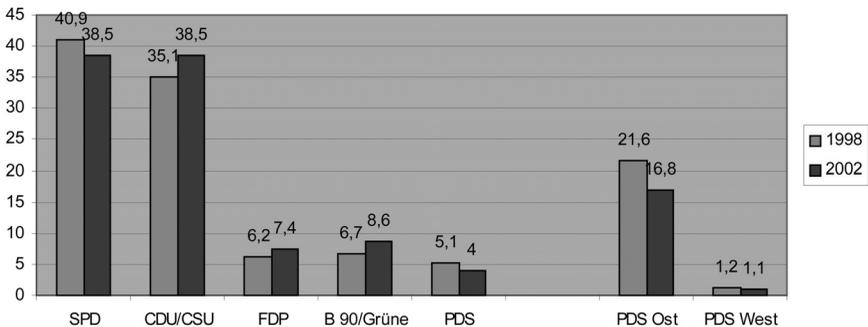
Dieses Kriterium geht von der Gestaltung des Widerspruchs »Stabilität (und Stagnation)« vs. »Veränderung« innerhalb von Parteien aus. Für einen solchen Ansatz steht der Begriff »Parteireform«, wobei diese Handlungsform jedoch nicht als einmaliger Akt, sondern als dynamischer Prozess des »reflexiven Lernens« zu verstehen ist. Für die PDS folgt daraus, dass es ihr gelingen muss, in den nächsten zwei Jahren spürbare Veränderungen auf den Feldern »Innere Struktur« (neues System der Basisorganisationen, »offene« Strukturen etc.) »Kommunikation« (Transparenz des Parteilebens, Nutzung moderner Kommunikationsmittel u. ä.) und »Aktionfähigkeit« (Wirken im öffentlichen Raum, Kampagnen, Eröffnung breiter linker Diskussionskreise u. a.) zu vollziehen.

Wie bereits angedeutet, ist der »Erfolg« einer Partei nicht allein in Zahlen auszudrücken. Andererseits bestehen dennoch Chancen, sich dieser Größe analytisch anzunähern. Gelingt es dabei, regelmäßig konsequent realistische Einschätzungen vorzunehmen (z. B. über besondere kollektive Gremien der Partei) und wird dies mit den Möglichkeiten eines externen Screenings durch Experten verbunden, dann könnten sich die hier zur Diskussion gestellten Kriterien als produktiv erweisen.

Anhang: Ausgewählte empirische Daten

Grafik 1: Wahlergebnisse wichtiger Parteien in Deutschland - Bundestagswahlen 1998 und 2002

(SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands, CDU/CSU = Christlich Demokratische Partei/Christlich Soziale Union, FDP = Freie Demokratische Partei, B 90/Grüne = Partei »Bündnis 90/Die Grünen«, PDS = Partei des Demokratischen Sozialismus)



Angaben in Prozent. Quelle: Amtliche Wahlstatistik.

Tabelle 1: Wahrnehmung von Konflikten in der deutschen Gesellschaft
(Oktober 2002)

(In Prozent, gerundet)	Deutschland Ost				Deutschland West			
	Konflikt ist...		Konflikt wird...		Konflikt ist...		Konflikt wird...	
Konflikt...	sehr stark/ stark	ge- ring	an- wach- sen	ab- neh- men	sehr stark/ stark	ge- ring	an- wach- sen	ab- neh- men
Arm - Reich	80	1	84	1	70	4	70	6
Arbeitgeber/ Arbeit- nehmer	69	5	61	3	64	8	50	8
Oben/ Unten	66	6	58	4	62	11	50	7
Umwelt- schutz- Wirtschafts- interessen	66	4	57	5	69	4	59	8
Ost-West	57	6	24	32	46	13	18	41
Ausländer Deutsche	56	5	53	7	53	8	52	12
Links-Rechts	52	8	39	7	50	15	34	13
Jung - Alt	37	18	39	7	48	20	46	11
Familien mit Kindern - Singles	34	26	30	10	43	24	42	11
Männer - Frauen	16	46	10	16	20	48	10	29

Quelle: FOKUS-Studie »Aufbruch 2002?«

Tabelle 2: Erwartungen an die neue Bundesregierung (Oktober 2002)

(In Prozent, gerundet)	Deutschland Ost			Deutschland West		
	muss oberste Priorität haben	ist auch sehr wichtig	ist nicht so wichtig	muss oberste Priorität haben	ist auch sehr wichtig	ist nicht so wichtig
Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit	92	7	1	90	9	1
Chancen für die Jugend	58	40	2	59	35	6
Modernisierung des Bildungswesens	56	41	3	55	41	4
Gestaltung des Rentensystems	51	46	3	58	40	2
Schutz vor Rechtsextremismus	50	40	10	43	41	16
Durchsetzung von Sicherheit und Ordnung	50	42	8	40	43	17
Annäherung der alten und neuen Bundesländer	45	45	10	27	48	25
Soziale Gestaltung des Steuersystems	45	46	9	42	44	14

Bessere Chancen für kleine und mittlere Unternehmen	44	49	7	54		
Wirksamer Umweltschutz	38	57	5	39	52	9
Förderung von Familien	37	53	10	38	43	19
Beiträge zur friedlichen Konfliktlösung bei internationalen Streitfällen	35	46	19	34	44	23
Gleichstellung der Geschlechter	21	48	31	21	49	31
Stärkung internationaler Positionen Deutschlands	19	54	27	22	53	25
Förderung von Großunternehmen	8	32	60	13	35	52

Quelle: FOKUS-Studie »Aufbruch 2002?«

Tabelle 3: Bewertung wichtiger politischer und sozialer Akteure
(Oktober 2002)

	Ich kann mir die Vertretung meiner Interessen vorstellen durch...		Ich interessiere mich für diese Organisation...
	Ja	Ja, teilweise	Ja + Ja, etwas
(In Prozent, gerundet)			
Umweltorganisationen/-bewegungen	29	31	50
Gewerkschaften	24	30	36
Friedensbewegung	22	28	40
Bürgerinitiativen	19	31	37
Globalisierungskritische Bewegung (z. B. Attac)	12	18	25
Vereine	11	27	31
Regierung	10	36	/
Frauenorganisationen/-bewegungen	9	26	24
Kirchen	6	23	26

Quelle: FOKUS-Studie »Aufbruch 2002?«

Tabelle 4: Images der PDS im Meinungsbild der wahlberechtigten Bevölkerung

	Deutschland Ost			Deutschland West		
	1998	2001	2002	1998	2001	2002
(In Prozent, gerundet)						
Die PDS...						
Setzt sich für Menschen in Ostdeutschland ein	63	47	56	41	35	38
Engagiert sich für sozial Benachteiligte	48	36	43	10	13	16
Setzt sich für soziale Gerechtigkeit ein	35	39	42	4	13	12
Praktiziert auch öffentlichen Protest	/	33	41	/	13	18
Engagiert sich für friedliche/richtige Außenpolitik	/	26	33	/	9	10

Hat Politiker/innen, die mich überzeugen	24	25	33	3	8	7
Handelt entschlossen gegen Rechtsextremismus	/	31	/	/	13	/
Engagiert sich für mehr Demokratie »von unten«	25	29	/	7	8	/
Sollte künftig mehr Einfluss haben	/	27			8	
Ist Meinungen der Bürger gegenüber aufgeschlossen	/	25	/	/	6	/
Setzt sich für Freiheits- und Bürgerrechte ein	/	23	/	/	9	/
Vertritt am wirksamsten meine Interessen	/	20	/	/	4	/
Vertritt Position gegenüber Ausländern, die ich teile	/	19	/	/	4	/
Hat zukunftsorientierte Ideen	13	16	22	2	4	8
Vertritt zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik	8	12	8	1	2	1
Engagiert sich für Umweltschutz	/	11	/	/	1	/
Hat gute Konzepte für innere Sicherheit	7	11	10	1	2	2
Kann wirklich Veränderungen durchsetzen	11	6	14	3	2	5

Quellen: Wahlstudien der PDS.

Literatur

8. Parteitag der PDS (2002): Materialien des Geraer Parteitages. In Disput, 10/2002. Berlin.
- Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel, Wiesbaden.
- Brie, Andre/Brie, Michael/Chrapa, Michael (2002): Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 7/2002. Berlin.
- FOKUS-Studie »Aufbruch 2002?«, 2002. Politische Einstellungen der Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern nach der Bundestagswahl. Berlin/Halle.
- Programmwurf der PDS (2001). In: Pressedienst der PDS. 27.04.2001. Berlin.
- Raschke, Joachim (2002): Politische Strategie, in: Frank Nullmeier/Thomas Saretzki (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalltags, Frankfurt/Main.
- Wiesendahl, Elmar (2002): Die Strategie(un)fähigkeit politischer Parteien, in: Frank Nullmeier/Thomas Saretzki (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalltags, Frankfurt/Main.

Die spanische Vereinigte Linke im Jahr 2004

Das Wahljahr 2004 ist der vorläufige Tiefpunkt einer anhaltenden Krise der spanischen Linkspartei Izquierda Unida (Vereinigte Linke, IU). Sowohl in den nationalen Parlamentswahlen als auch bei den Europawahlen fuhr die IU ihr jeweils schlechtestes Wahlergebnis ein. Im Nachspiel der Wahlen wird von »organischer Krise« und notwendiger »Neuorientierung« gesprochen, andererseits interpretierte der alte und neue Vorsitzende Gaspar Llamazares die Ablösung der rechtskonservativen Regierung als einen Erfolg der Linken, welcher mittelfristig der »Pluralen Linken« jenseits der Regierungspartei zu kommen werde.¹

Mit nur 4,16% bei den Europawahlen und 5,1% Prozent der Stimmen bei den Spanienwahlen – inklusive den ihr nahe stehenden regionalen Parteien – schaffte diese es allerdings nur auf fünf Abgeordnete im nationalen Parlament und zwei EU-Parlamentarier. Die Vereinigte Linke ist geprägt von einer andauernden Strategiediskussion, von internen Streitigkeiten über ihr Verhältnis zur regierenden Sozialistischen Partei, zum »Neuen Europa« und dem Dilemma zwischen Opposition auf nationaler und Regierungsbeteiligung auf regionaler Ebene.

Die vorliegende Studie geht davon aus, dass die Vereinigte Linke in einer anhaltenden Krise steckt, unterschiedliche Problemanalysen vorliegen, diese sich in verschiedenen Personen und Gruppen manifestieren und bisher noch kein kohärenter Fahrplan zur weiteren politischen Orientierung der Linkspartei entwickelt wurde, wenn auch eine dominante Strömung sich um die Führung der Partei herauskristallisiert.

1 Im Nachspiel der Europawahlen kam es deshalb zu einer deutlichen Selbstkritik und zu Verfahrensvorschlägen, auf die im Abschnitt IV. und V. kurz eingegangen wird.

Um die für die künftige Entwicklung entscheidenden Kriterien herauszuarbeiten, habe ich folgende Struktur des Textes entwickelt. Zunächst gebe ich einen Problemfund der Vereinigten Linken zu Beginn des Jahres 2004 (Doppelwahljahr Spanien und Europa) wieder. Von diesem ausgehend, fasse ich die einzelnen Konflikt- und Entwicklungslinien – cleavages – in Thesenform zusammen. Diese werden im Kontext der Entwicklungslinie der Vereinigten Linken diskutiert. Auf dieser Grundlage werde ich anschließend die jüngsten internen Entwicklungen und Kontinuitäten innerhalb der IU aufzeigen, die den Schlussteil der Arbeit bilden. Dies geschieht anhand einer Analyse der jüngsten Parteidokumente und der strategischen Diskussionen, die sich an ihnen entfalten haben. Zum besseren Verständnis wird zudem ein Kurzüberblick über die Einordnung der IU in den europäischen Kontext gegeben. Zur Grundlage dieser Studie zählen die im Literaturverzeichnis zitierten politikwissenschaftlichen Untersuchungen zur Spanischen Kommunistischen Partei / Vereinigte Linke, zum politischen System Spaniens sowie eigene Auswertungen spanischer Periodika, vor allem der Tageszeitung *El País* sowie der Parteiprogramme und Statuten und der Internetveröffentlichungen der Vereinigten Linken. (Stand: Ende Juni 2004)

I. Die Ausgangslage – Vereinigte Linke (IU) im Jahr 2004

1. Grundströmungen in der IU

Innerhalb der IU werden in der hier analysierten wissenschaftlichen Literatur zwei grundsätzliche Strömungen unterschieden. Die so genannten »renovadores« (Erneuerer) und die »tradicionalistas« (Traditionalisten). Erstere streben eine »moderne linke Partei« des parlamentarischen Systems an, die eine Zusammenarbeit mit diversen anderen Gruppierungen und Parteien suchen und sich einem weiten Spektrum sozialer Fragen und Anliegen öffnen möchte. Sie favorisieren eine wählerorientierte Organisation mit einer *catch-all* Ausrichtung bei linker Orientierung. Diese Strömung nähert sich tendenziell der regierenden Partei, *Partido Socialista Obrero Español* (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, PSOE), an. Vertreten ist sie derzeit von dem Generalkoordinator Gaspar Llamazares und der ihm nahe stehenden Gruppe, zu der auch die Kandidaten für die Wahlen zum EU-Parlament gehören.

Die »Traditionalisten« sind weiterhin zu differenzieren in einen »orthodoxeren« Teil, der – oftmals noch in der Franco-Diktatur sozialisiert – klassisch marxistisch orientiert ist, eine Zusammenarbeit mit bestimmten Gruppen oder Bereichen ablehnt und relativ feste Prinzipien vertritt. Ihre Basis sind die »Interessen der Arbeiter«, ihre Perspektive eine gesellschaftliche Umgestaltung. Die andere Strömung innerhalb der »Traditionalisten« besitzt ein deutlich stärker

nach links gerichtetes Profil als die Erneuerer; sie vertreten hauptsächlich die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen und erwarten von der IU, dass sich diese in ihrer konkreten Politik widerspiegeln – auch wenn dies eine offene Konfrontation mit dem politischen Establishment bedeutet (aktuelles Beispiel: Ablehnung der gegenwärtigen EU-Verfassung). Repräsentiert sind sie unter anderem in der Strömung *Corriente Roja* (Rote Strömung), einigen regionalen Gruppen und diversen Publikationen.

Beide lehnen eine Zusammenarbeit mit der Regierungspartei ab und vertreten die Ansicht, dass die Legitimität der IU proportional zur Annäherung an die PSOE abnimmt. Nur wenn die IU ein deutliches und glaubwürdiges linkes Profil entwickle, habe sie eine Chance, sich langfristig in Spanien als politische Kraft zu behaupten. Nach der Europawahl wurde zudem deutlich, dass die in der IU hegemoniale Partei, die *Partido Comunista de España* (Kommunistische Partei Spaniens, PCE), zunehmend mit dem Führungskurs des Generalkoordinators divergiert. Sie favorisiert insbesondere eine strukturell verbesserte Partizipation der Parteimitglieder und Sympathisanten sowie ein deutlicheres politisches Profil, in dessen Zentrum die Arbeit steht.

2. Rahmenbedingungen

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Vereinigte Linke gegenwärtig agiert, haben sich seit ihrer Gründung erheblich verändert.

Die Struktur, Ausrichtung und Zusammensetzung der IU wurde bis in die Gegenwart maßgeblich von der PCE bestimmt. Auch wenn diese von Beginn der demokratischen Transition (1977) aus der Franco-Diktatur (seit 1939) durch ihre Zustimmung zur Verfassung (1978) und ihre daran geknüpfte Legalisierung damit de facto die Institutionen und Spielregeln der neuen parlamentarischen Demokratie anerkannte, lehnten vor allem in den ersten Jahren der jungen Demokratie ein Teil der Mitglieder- und Wählerschaft diese Institutionen und ihre Politik ab, vor allem wegen der personellen Kontinuitäten des Franco-Regimes (in Justiz, Verwaltung, Polizei, Militär, Kirche, etc.) und ihrer inhaltlichen Ausrichtung (neoliberal). Allerdings hat sich der spanische Staat seit der Hochzeit der PCE (bis 1978) erheblich modernisiert: Ein klassisches Industrieproletariat hat sich wieder zurückgebildet, wurde prekarisiert und inkorporiert; neue Themen wie Arbeitslosigkeit, Bildung, Umweltprobleme, Migration und Sicherheit stehen auf der Tagesordnung. Kommunikationsformen und Medienstrukturen haben sich verändert, erweitert und monopolisiert.²

2 Der Medienwissenschaftler Jean-Pierre Castellani kommt in seiner Untersuchung zur spanischen Tagespresse zu der Schlussfolgerung, dass die Medien zunehmend in Abhängigkeit grosser Konzerne geraten und sich dadurch »das Ende der Freiheit der Presse« abzeichnen könnte (Castellani 2004: 676).

Die Koordinaten des Parteiensystems haben sich erneut verschoben. Während die PSOE 14 Jahre lang regierte (1982-96) und es der IU nicht gelang, aus der Regierungspolitik ausreichend politisches Kapital zu schlagen, befand sie sich die vergangenen acht Jahre, gemeinsam mit der PSOE, in Opposition zur rechtskonservativen *Partido Popular* (Volkspartei, PP). Erst seit März 2004 steht sie wieder vor der Frage, ob sie die PSOE kritisch begleiten will oder das Profil einer linken Opposition zu entwickeln vermag. Das Parteiensystem hat sich unterdessen weiter in Richtung eines »limitierten Mehrparteiensystems mit einer Tendenz zur Bipolarität der Optionen« (Ramirez, zit. nach Heywood 1995: 174) zwischen der rechtskonservativen PP und der sozialdemokratischen PSOE entwickelt. Die Wahlergebnisse von 2004 haben diese Tendenz weiter verstärkt – 84% aller Stimmen vereinigten die beiden großen Parteien auf sich. Zudem ist bei allen Parteien – und damit liegen sie im europäischen Trend – die Mitgliederbasis geschwächt. Zuwachs hingegen erhielten neue soziale Bewegungen, vor allem in den Bereichen Antiglobalisierung, Frieden und Umwelt, die zugleich Ausdruck einer wachsenden Unfähigkeit der Parteien sind, diese Anliegen adäquat zu integrieren. Eine weitere politikprägende Konfliktlinie ist die fortdauernde Auseinandersetzung um den Status der autonomen Regionen und ihrer politischen Vertretungen, die nach wie vor starken Einfluss sowohl auf die regionale wie auch nationale Politik nehmen.

3. Der Ist-Zustand nach den Wahlen

Die Voraussetzungen waren günstig, um die Schwierigkeiten der Vereinigten Linken, die diese seit ihrer Gründung 1986 begleiten, und die seit 1999 kontinuierlich sinkenden Wählerstimmen aufzuhalten und entgegenzusteuern (vgl. Anhang, 5.1-2). Im Dezember 2003 hielt die IU ihren VII. Kongress ab und bestätigte Gaspar Llamazares³, der seit Oktober 2000 den Posten des Generalkoordinators innehat, im Amt. Interne Streitigkeiten standen nicht so deutlich im Vordergrund, wie dies bei vorherigen Ereignissen der Fall war (Cambio 16, 29.12. 2003: 26). Die IU verfolgte ihren Kurs weiter, sich dem linken Spektrum zu öffnen, und es gab zumindest in diesem Punkt keinen bemerkenswerten Widerstand, wie dies in vorigen Jahren noch der Fall war (ebd.).

Die Partei bereitete sich auf die Wahlen im März vor, deren erklärtes Hauptziel in der Beseitigung der rechtskonservativen Regierung der Volkspartei (*Partido Popular*, PP) lag. Dieses Ziel wurde, wohl nicht zuletzt wegen der Folgen

3 Gaspar Llamazares Trigo, geboren 1957, gelernter Arzt, begann seine Parteikarriere bereits nach der Transition im Jahr 1981 in der PCE. Seit 1988 Generalsekretär der KP Asturias, wurde er 1991 Abgeordneter und Sprecher der Parlamentsgruppe der IU von Asturias. Im März 2000 wurde er Abgeordneter im Spanischen Parlament, seit dem VI. Parteikongress der IU im Oktober 2000 ist er deren Vorsitzender.

der Attentate vom 14. März 2004, auch erreicht (siehe hierzu: IV.1.). Allerdings geschah die Abwahl gänzlich anders als dies von der Vereinigten Linken erwartet wurde. Nicht zuletzt wegen des »Nützlichen Wählers« (*voto util*), als Kampagne der PSOE, erhielt diese eine absolute Mehrheit, und die Vereinigte Linke hatte erhebliche Stimmenverluste hinzunehmen (vgl. Anhang, 5.1). Bei der Europawahl im Juni 2004 war es das erklärte Ziel, die »geliebten Stimmen« zurückzuziehen und einen größeren Teil ihres Wählerpotenzials zu erreichen. Beide Ziele wurden verfehlt. Die Stimmenzahl sank dramatisch von fast 400.000 (1999) auf etwa 125.000 und wurde nur durch die geringe Wahlbeteiligung von 46% relativiert (El País, 15.6.2004). Die IU befindet sich weiterhin in einer tiefen Krise. Analysen und gegenseitige Schuldzuweisungen begannen nach den Wahlen. Sie waren zugleich oftmals auch Ausdruck der dahinter stehenden politischen Konzepte unterschiedlicher Strömungen innerhalb der IU und ihrer Antizipation eines erfolgreichen Zukunftskurses der Wählervereinigung. Ich werde sie deshalb in ihren Grundaussagen wiedergeben.

4. Thesen zur strategischen Orientierung der IU

Die hier von mir aufgestellten Thesen zu Entwicklungsoptionen und Konfliktlinien der Vereinigten Linken ergeben sich aus der für diese Studie analysierten Dokumente. Sie sind eine vorläufige Synthese, deren Gültigkeit anhand des hier gesammelten Materials im weiteren Verlauf der Arbeit überprüft wird.

1. Politische Identität und gesellschaftliche Perspektive

Die IU hat ein politisches Identifikationsproblem. Sie schwankt noch immer zwischen den Polen derjenigen, die einen grundsätzlichen politischen Wandel, eine systemische Transformation, sowohl für nötig als auch möglich erachten und denjenigen, die eine plurale, offene, linke Identität als Basis für eine erfolgreiche, moderne und vornehmlich auf Wählerstimmen basierende Partei sehen – IU als linke *catch-all*-Partei?

2. Ein neues Partei- und Integrationsmodell

Die IU war bisher bestimmt durch die Dominanz der PCE als klassische, marxistische und arbeiterorientierte Partei, die ihre Wähler- und Mitgliederbasis schwinden sieht und auf der Suche nach einem neuen Integrations- und Attraktionsmodell ist. Dieses Parteimodell wurde zunehmend infrage gestellt. Zugleich hat sich bis heute keine realisierbare Alternative herausgebildet.

3. Interne Demokratie

Die IU besitzt ein internes Demokratiedefizit, das einerseits Auswirkungen auf die innere Repräsentation unterschiedlicher Strömungen und somit ihrer

Integration, andererseits auf die äußere Glaubwürdigkeit und die Wählerattraktion entfaltet.

4. Nationale Struktur versus regionale Autonomie

Die IU ist eine zentralistisch operierende und organisierte Partei, die im Spannungsfeld und in Konkurrenz zu regionalen Linksparteien und ihrem erklärten Anspruch steht, eine die föderativen Strukturen und regionale Autonomie stützende Partei zu sein.

5. Sammelbecken der Bewegungen oder Regierungspartei

Die IU war bislang die drittstärkste politische Partei in Spanien. Sie steht damit vor einer strategischen Orientierung in Richtung eines Sammelbeckens und Schmelztiegels verschiedener linker Gruppen, Bewegungen und Parteien mit samt ihrer sozialpolitischen Ansprüche und transformatorischen Implikationen einerseits oder andererseits eines regierenden Gestaltens mit all seinen Widersprüchen und Gefahren auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene.

6. Spannungsverhältnis gesellschaftliche Transformation – institutionelle Integration

Als einzig möglicher Ansprechpartner und Repräsentant im parlamentarischen System linker emanzipativer Bewegungen in Spanien bewegt sich die IU im Spannungsverhältnis zwischen ihren formulierten Forderungen (Beispiel: Ablehnung der EU-Verfassung) und den systemischen Erwartungen einer institutionalisierten Partei, die sich im Wesentlichen von staatlichen und europäischen Zuwendungen finanziert.

7. Erfolgskriterium Wahlergebnisse?

Die bisherige Geschichte des demokratischen Spaniens ist geprägt von einem nicht widerspruchsfreien Kurs eines durch Privatisierung und Modernisierung geprägten Entwicklungsmodells zunehmend neoliberaler Prägung. Während die Zahl der ausgeschlossenen, arbeitslosen und prekarierten Menschen wächst, ist der IU ein Zuwachs in ihren Wahlergebnissen nicht gelungen. Fraglich ist deshalb, ob eine reformorientierte Partei durch Wahlversprechen und Parlamentsarbeit ihre Unterstützung wird vergrößern können, oder ob zunehmend außerparlamentarische Initiativen wieder (wie bereits vor ihrer Legalisierung) Schwerpunkt ihrer Arbeit werden sollten.

Damit die hier angesprochenen Fragen und Konflikte wie Autonomie, Demokratie, Identität etc. vom Leser zugeordnet und selbst beurteilt werden können, folgt eine Einordnung in die jüngere Entwicklung der Partei und zunächst in den europäischen Kontext, in der einige der Ursachen und Kontinuitäten der heute bedeutenden Konflikte sichtbar werden.

II. Vereinigte Linke im europäischen Kontext

Mit seinem neuen Kabinett, der Einberufung erfahrener EU-Politiker in die Ämter der Außen- und Wirtschaftsministerien und der Ankündigung der »absoluten Priorität nach Europa zurückzukehren und Europa gemeinsam zu gestalten«, begann die sozialistische Regierung einen Paradigmenwechsel in der Spanischen Außenpolitik (El País, 17.03.2004). Nach einer de facto 35-jährigen Isolation von seinen europäischen Nachbarländern durch die Eigenarten der Diktatur (1939-75), einem 14-jährigen europäischen Neuanfang unter der PSOE (1982-1996) und einem darauf folgenden 8-jährigen Zwischenspiel einer wachsenden Orientierung an den USA unter der konservativen Regierung (1996-2004) scheint Spaniens Regierung seit März 2004 wieder einen »europäischen Kurs« eingeschlagen zu haben.⁴

Um auch die Entwicklung der IU europäisch vergleichend einordnen zu können, werde ich in diesem Abschnitt einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu anderen linkssozialistischen Parteien in Westeuropa herausstellen.⁵

1. In den Untersuchungen zu sozialistischen Parteien Europas fällt auf, dass die Positionierung der sozialistischen Parteien zur Europäischen Gemeinschaft bis in die 80er Jahre hinein starke Unterschiede aufweisen. Das Spektrum reicht von einer enthusiastischen Befürwortung und aktiven Partizipation im Falle der PSOE bis zu einer weit reichenden Ablehnung wie bei der britischen Labour Party (Featherstone 1988: 2ff). Die Haltung der kommunistischen Parteien kann nicht als einheitliche Ablehnung interpretiert werden – wie dies jedoch oft in der Literatur geschieht (vgl. Haas in: ebd.: 12), zutreffend ist eher die Ablehnung einer bestimmten Form von Integration (ebd.: 12). Dies trifft auch für die PCE zu.

2. Ein wichtiges Kriterium zur weiteren Entwicklung und Identität der kommunistischen Parteien ist der Impact der Auflösung des sozialistischen Blocks. Die Auswirkungen dieses Prozesses betreffen vor allem die Rolle und Legitimation der kommunistischen Parteien selber.

Ein besonderer Faktor Spaniens im Vergleich zu anderen kommunistischen Parteien ist die frühzeitige »Erweiterung und Pluralisierung« der spanischen KP durch den pluralistischen Charakter der IU. Dieser Prozess einer Neugründung setzte bei vielen anderen kommunistischen Parteien erst nach dem Wegbruch des Realsozialismus ein (Italien, Deutschland). Die PCE agierte zudem in einem politischen Feld, das 14 Jahre lang durch die ununterbrochene Herrschaft einer

4 Für eine ausführlichere Darstellung der historischen Entwicklungslinien siehe Schultz 2004.

5 Die neue Entwicklung der Europäischen Linkspartei (EP) kann in diesem Zusammenhang noch keine ausreichende Berücksichtigung finden. Im VI. Abschnitt werde ich allerdings kurz auf die Position der spanischen Linken zur EP eingehen.

sozialistischen Partei dominiert war. Dieser Umstand war einzigartig in Westeuropa. Die Beziehungen zwischen den beiden Parteien waren bis zum Jahr 2000 auf nationaler Ebene nicht entwickelt, weil die Führung sie ablehnte, und wurden bis dahin beschränkt auf einzelne, persönliche und zumeist regionale Initiativen.

3. In der Entwicklung eines neuen strategischen Kurses einer europäischen kommunistischen Partei nahm die PCE durch ihren Beitrag zum Eurokommunismus eine Vorreiterrolle ein. Die PCE war gemeinsam mit der PCI eine der Protagonistinnen eines von Moskau unabhängigen Weges, der einen friedlichen Weg zum Kommunismus für möglich hielt. Die Entwicklung der PCE ist vor allem auch durch ihre vier Jahrzehnte dauernde Illegalität gezeichnet. Während dieser Zeit waren Vertrauen, Geheimhaltung, innere Einheit und geschlossenes Auftreten Voraussetzung nicht nur zum politischen Überleben. Diese Bedingungen hatten Auswirkungen sowohl auf die inneren Strukturen der Partei (Stichwort Demokratie) als auch auf die Entwicklung nach ihrer Demokratisierung, als dieser vereinheitlichende Faktor eines gemeinsamen Feindes (der Diktatur) wegbrach.

4. Die Zusammensetzung der PCE-Mitglieder während der Transitionszeit unterscheidet sich, wie der Parteienforscher Juan Botella betont, nicht wesentlich von anderen westeuropäischen kommunistischen Parteien: zumeist junge Menschen, mehrheitlich der Arbeiterklasse entstammend (aber mit einer starken Repräsentation von technischen Berufen, den »Professionals« (Akademikern) und nichthandwerklichen Arbeitern, einer geringen Präsenz von Frauen usw. (Botella: 71, vgl. Anhang, 3.).

III. Gründung und Entwicklungslinien der Vereinigten Linken

Nach der schweren Krise seit Beginn der 80er Jahre, den folgenden Spaltungen und der Unfähigkeit der PCE, als linke Opposition die PSOE auf ökonomisch-sozialem Gebiet niederzuringen, entwickelte sich Mitte der 80er Jahre eine neue politische Konstellation, die einen stärkenden Effekt auf die mittlerweile weit verstreute Linke in Spanien hatte. Um einen Austritt Spaniens aus dem NATO-Militärbündnis möglich zu machen, überwand die zerstrittene Linke ihre Divergenzen, um in diesem zentralen Punkt gemeinsam gegen die Regierung zu mobilisieren. Dies ist die Geburtsstunde der Vereinigten Linken. In diesem Bündnis fanden sich nicht nur die zuvor abgespaltenen Gruppen der PCE wieder zusammen, sondern auch abtrünnige PSOE-Mitglieder sowie einige andere humanistisch und pazifistisch ausgerichtete Gruppen.⁶

6 Ausführlicher zu diesem zentralen politischen Ereignis und mit einer detaillierteren Darstellung der Entwicklung der Vereinigten Linken: Schultz 2004.

Als im Juni 1987 bei den Europawahlen nur ein leichter Zuwachs der IU zu verzeichnen war, wurde auf dem Parteikongress im Februar 1988 der bisherige Vorsitzende durch Julio Anguita, dem Anführer der Parteiliste aus Andalusien, der erfolgreichsten Provinz der PCE, abgelöst.

Der Parteienforscher und Spanienexperte Paul Heywood schreibt, dass von nun an die PCE-IU einen »effektiven Wandel von einer marxistischen zu einer ›catch-all-Partei‹ vollzieht« (Heywood 1994: 70). Auch durch ihre plurale Zusammensetzung war es ihnen nun möglich, ein breiteres und differenzierteres Publikum anzusprechen. Neben der dominanten PCE fanden sich in dem Bündnis die PASOC – eine kleine Gruppe Sozialisten, die jene Strömung innerhalb der PSOE verkörperten, die dem späteren Regierungschef Gonzáles in dem Richtungs- und Erneuerungskampf 1972-74 unterlegen waren; die PCPE, eine föderalistische Vereinigung, die 1984 von dem ehemaligen Kommunisten Ramon Tamames gegründet worden war, sowie einzelne kleine Gruppen wie die *Carlistas*, die Humanistische Partei und die Republikanische Linke und schließlich einige Unabhängige (ebd.).

1. 1989/91: Weitere Krisen, neue Cleavages

Während also die Wahlergebnisse eine allmähliche Erholung der linkssozialistischen Kräfte in Spanien suggerierten, kam es in Osteuropa zum Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Obwohl der damalige Parteivorsitzende Julio Anguita unmittelbare Konsequenzen für die PCE abstritt, sah sich die Partei vor drei grundsätzliche Fragen erneut gestellt: Die Bedeutung einer kommunistischen Partei in einem postkommunistischen Zeitalter, die Beziehung zwischen der Parteiführung und ihrer regionalen Bereiche sowie die Debatten über Struktur und Richtung der Parteientwicklung (Cambio 16, 18.12.1989: 18).

Auf der Tagesordnung standen also die Beziehungen zwischen der IU und ihrer wichtigsten Partei, der PCE. Während der Vorsitzende Anguita bei politischen Statements und in Interviews die Kontinuität der kommunistischen Identität betonte (ebd.) und bereit war, diese auch gegen eventuelle Kursänderungen der osteuropäischen »Bruderparteien« zu verteidigen, unterschied sie sich auf der realen Ebene kaum von einer linksorientierten »catch-all-Partei« (Heywood 1995: 71). In seinen Augen war es Aufgabe der PCE, theoretische, marxistische Analysen zu liefern, der IU oblag es, diese in ein kohärentes Programm zu formulieren.

Die debattierte Option einer Umwandlung in eine eigenständige Partei lehnte Anguita ab, da dies dem Grundcharakter als plurale linke Vereinigung widerspräche. Er konzedierte jedoch, dass mit dem weiteren Anwachsen der IU sich die Rolle der PCE von der »führenden« zu lediglich einer »fundamen-

talen« Rolle änderte, es zugleich aber bei der »kompletten Symbiosebeziehung« beider bliebe (ebd.: 73).

Auch die beiden anderen grundsätzlichen Fragen – die Beziehung der Parteiführung zu den Regionalparteien sowie ihre Kontakte in andere gesellschaftliche Gruppen – wurden zu starken Dissenspunkten. Offizielle Linie blieb es, keine Annäherung an die PSOE zuzulassen, de facto arbeiteten jedoch vor allem auf EU-Ebene die Vertreter der IU zunehmend mit den Sozialisten zusammen. Auch auf der gewerkschaftlichen Ebene wuchsen Initiativen, seitens der kommunistisch geprägten Arbeiterkommissionen (*Comisiones Obreras*, CC.OO.) stärker mit der der PSOE nahe stehenden Gewerkschaft (*Confederacion General de Trabajo*, CGT) zusammenzuarbeiten. Noch bedeutender aber waren die Annäherungen zwischen den regionalen IU-Parteien und der dortigen PSOE. Sowohl in Madrid als auch in Andalusien, Katalonien und im Baskenland war diese wachsende Nähe zu beobachten. Hier manifestierten sich deutliche politische Unterschiede, weil die zentrale IU-Führung diese Form der regionalen Autonomie ablehnte, da dies ihre zentrale Rolle untergraben würde. Andererseits hatte sich die IU politisch ebenso zu einem mehr föderalen Staat verpflichtet. Ähnliche Differenzen ergaben sich in den meisten anderen Regionen: Valencia, Sevilla, Galizien etc.

Weiterer Streitpunkt, der bis in die Gegenwart einer der zentralen *cleavages* blieb, wurde das Verhältnis zur EU. Mit der Verabschiedung des Maastricht-Vertrags 1992 war die »Neue Linke« einverstanden, da sie keine reale Alternative hierzu sah. Der Vorsitzende und die »Offiziellen« waren jedoch tendenziell gegen den EU-Vertrag und plädierten für ein Referendum.

2. Finanzen und Mitglieder

Erst auf ihrem II. Kongress wurde eine Finanzordnung erlassen, 1992 kamen weitere Regelungen hinzu. Diese betrafen: Die Rechte und Pflichten der Abgeordneten, die Ermöglichung von Fraktionsbildung und die Einrichtung von Arbeitsgruppen. Während bis zum III. Kongress die Mitgliedsparteien zugleich auch Mittler zwischen den Individuen und der IU fungierten, war seitdem auch eine direkte Mitgliedschaft in der IU möglich. Die Mitgliedschaft der IU bleibt aber insgesamt relativ gering und hat sich bis 2000 bei ca. 65 000 eingependelt (Ramiro: 14). Diese Mitgliederzahlenentwicklung ist regional sehr unterschiedlich. Zugleich hat der Anteil der PCE-Mitglieder kontinuierlich abgenommen. Er sank von ca. 200.000 während der Transitionszeit schon zu Beginn der 80er bereits auf 83.000, und fiel seitdem beständig weiter bis 1999 auf seinen Tiefstand von 27.000 (Ramiro: 14, vgl. auch: Anhang, 2.1-2).

3. Innere Veränderungen, Positionierung entlang der PSOE

Das Verhältnis zur PSOE ist einer der zentralen *cleavages* für die strategische Entwicklung der IU. Von Mitte der 90er Jahre, als die PSOE-Regierungsmehrheit brüchig wurde und die IU sich als drittstärkste politische Kraft in Spanien zu behaupten wusste, bis in die jüngste Vergangenheit ist dies ein zentrales Thema in der Wahlallianz. Wie zuvor aufgezeigt, entwickelten sich entlang dieser Frage viele folgenreiche Friktionen in der IU. Dahinter steht die grundlegende Entscheidung, ob die Partei eine erhöhte elektorale Chance besitzt, wenn sie sich der politischen Mitte annähert und sich zum potenziellen Regierungspartner der PSOE entwickelt – so wie dies auf regionaler Ebene bereits exzerziert wurde –; oder ob das genaue Gegenteil zutrifft und die IU sich nur durch eine deutliche Differenz und Kritik einen sicheren Platz in der politischen Landschaft Spaniens zu sichern vermag. Für beide Positionen lassen sich Argumente finden.

4. Die innerparteiliche Führung und ihr Konfliktpotenzial

Im Ergebnis dieser unterschiedlichen Perzeption einer möglichen Entwicklung der IU und ihres ideologischen Kurses haben sich insbesondere die PCE-Mitglieder und -Funktionäre um eine weitere ideologische und organisatorische Stärkung ihrer Partei innerhalb der IU bemüht und dadurch der bereits möglich erscheinenden potenziellen Auflösung der PCE in die IU oder der Neugründung der IU als Partei einen Riegel vorgeschoben. Trotzdem bestanden beide Strömungen – die der »Erneuerer« und der »PCE-Traditionalisten« – weiter fort und lieferten sich Auseinandersetzungen. Vorläufiger Kulminationspunkt war die erstmalige Kampfkandidatur um den IU-Vorsitz auf der Generalversammlung im Dezember 2000. Beide Kandidaten, Francisco Frutos und Gaspar Llamazares, waren Funktionäre der PCE. Frutos stand für die traditionelle Rolle der PCE, Llamazares als Repräsentant der PCE in einer starken IU (Ramiro: 25).

Llamazares trat seitdem ebenso für einen vorsichtigen Annäherungskurs der IU an die PSOE ein, nachdem die Strategie, die PSOE im Wahljahr 1999 (regional und Europa) als linke Kraft zu überholen, zumindest gemessen an den Wahlergebnissen, eindeutig als gescheitert zu betrachten war (siehe Anhang, 1.). Bis dahin hatte eine explizite Ablehnung und Bekämpfung der PSOE als rechter Partei dominiert. Diese Position wurde für die Wahlen 2000 revidiert, als man sah, dass sich die PSOE erneut als linke Partei zu profilieren begann. Mit dem Vorsitz Llamazares begann auch eine neue Ära der IU, in der erstens mit der sich wieder anbahnenden Wählerkrise und zweitens mit der Entwicklung einer neuen Identität und Strategie zu arbeiten war. Zugleich bleibt Frutos von entscheidender Bedeutung und meldete sich vor allem nach den Wahlschlägen 2004 wieder zurück mit Analysen der PCE und direkten Vorwürfen an die IU-Führung (vgl. PCE 2004b, 2004c).

IV. Die Programmentwicklung der IU

1. Wahlen 2004

Nach den verheerenden Anschlägen vom 11. März 2004, bei denen über 190 Menschen durch mehrere Bomben getötet wurden (mehr als 1500 Verletzte), erfuhr die rechtskonservative Regierung – allen Prognosen zum Trotz – drei Tage später eine Wahlschlappe, die PSOE trat daraufhin die Regierung an.

Im Rückblick erlangt dadurch der im Dezember 2003 abgehaltene VII. Kongress der IU eine besondere Bedeutung für die Positionierung der IU in den Spanien- und Europawahlen. Umso schwerer wiegt die Kritik der dem Grundlagenpapier beigefügten Anhänge verschiedener regionaler Parteien und Meinungsströmungen, die dem im wesentlichen von der nationalen Führung ausgearbeiteten Dokument eine »Mehrdeutigkeit und Abstraktheit wie nie zuvor« vorwarfen (siehe Abschnitt IV.4.).

Die Vereinigte Linke verfolgte in den nationalen Wahlen das Hauptziel der Ablösung der konservativen Regierung. Gleichzeitig präsentierte sie ein sehr elaboriertes Wahlprogramm mit unzähligen konkreten Vorschlägen und Gesetzesvorhaben aus allen Politikbereichen (vgl. hierzu Abschnitt IV.5.).⁷

Trotzdem gelang es der IU nicht, aus den jüngsten Entwicklungen politisches Kapital zu schlagen. Die meisten Wähler folgten dem Aufruf der PSOE und entrichteten eine »nützliche Stimmabgabe«, um damit sicherzugehen, dass die PP entmachtet wird.

Kritiker des offiziellen IU-Kurses lasten dieses Ergebnis der mangelnden Abgrenzung der Parteiführung von der PSOE an. Tatsächlich fielen die PSOE betreffende Positionierungen und Kommentare weitaus zurückhaltender aus als in den Jahren zuvor. Anhand der offiziellen Dokumente war zwar auch immer wieder eine Kritik der PSOE-Politik (zum Beispiel in Bezug auf den Status des Baskenlandes) festzustellen, allerdings ließ sich in keinem Satz ein Ausschluss der Zusammenarbeit finden. Dies deutet darauf hin, dass Teile in der IU-Führung eine Zusammenarbeit mit der ehemaligen Regierungspartei für denkbar und möglich hielten. Auch ihre Konzentration auf die Entstehung eines »dritten politischen Raumes« steht hierzu nicht im Widerspruch. Dieser könnte ebenso in Verbindung oder Zusammenarbeit mit der PSOE entwickelt werden. Der Parteiführung um Llamazares zufolge ist das Wahlergebnis der Spanienwahlen insgesamt positiv zu interpretieren, da es einen Stimmenzuwachs von 3,5 Mio. Stimmen auf der Linken bedeutet und viele Wähler sich nur

⁷ Sie konzentrierte ihre Wahlkampagne im Wesentlichen auf die Person ihres Generalkoordinators Gaspar Llamazares, dessen Webpage zeitweilig die des Parteienzusammenhangs ersetzte und mit zahlreichen Interviews und Videos seiner Person ausgestattet war.

deshalb gegen die IU entschieden haben, um sicherzugehen, dass Aznar aus dem Amt fliegt (IU 2004b: 1). Die IU habe sich weiter durch realistische Politikforderungen und öffentliche Präsenz zu festigen. Durch diese Äußerungen wird deutlich, dass Llamazares die PSOE nicht mehr als potenziellen Gegner sieht, gegen den es sich zu profilieren gelte, sondern als Teil des linken politischen Feldes in Spanien (zur Kritik: vgl. Abschnitt V.3.).

Für die Europawahlen stand eine direkte Positionierung gegenüber der PSOE nicht derart im Vordergrund wie bei den Wahlen im März. Allerdings entwickeln sich die Konfliktlinien ebenso um die Positionierung und Praxis der PSOE. Die Prinzipien der IU und Forderungen der sozialen Bewegungen stehen im Spannungsverhältnis mit dem Anspruch der IU, sich auch als politische Kraft zu entwickeln, die »fähig ist zu regieren«.

Einige zentrale Themen geraten hier in den Fokus der Auseinandersetzung. Dazu zählen insbesondere die EU-Verfassung, die Frage der Demokratie in der EU und Struktur Gelder, vor allem in Bezug auf die Landwirtschaft.⁸ Die weiter gesunkene Wählerzahl bedeutete jedoch eine Falsifizierung der Llamazares-These, dass die Wahlniederlage der IU in den Spanienwahlen hauptsächlich dem »nützlichen Wählen« geschuldet sei. Das »nützliche Wählen« war in der Europawahl ohne Bedeutung, da keine Regierung zu wählen war – darauf wies auch die IU während ihrer Kampagne hin. Trotzdem erlitt sie herbe Stimmenverluste.

2. Angestrebte Umstrukturierung – der VII. Kongress

Auf ihrem VII. Kongress im Dezember 2003 legte die IU die Grundlagen ihrer Politik der ersten Monate des Jahres 2004. Aus diesem Grund gebe ich hier einige zentrale Stellen des verabschiedeten Dokuments überblicksartig wieder.

Organisatorisch sieht sich die IU vor einer neuen Strukturierungsphase. Ähnlich wie zum Zeitpunkt ihrer Gründung haben sich strukturelle Veränderungen ergeben, die ähnliche Anpassungen in der IU erfordern (IU 2003a: 42). Vor allem sehen sie diese gekennzeichnet durch eine starke Mobilisierung der sozialen Bewegungen, die ihrerseits wiederum auf die politischen Veränderungen im Land reagierten. Im Dokument wird von einem Neuanfang gesprochen (ebd.).

Die IU begreift sich als eine »alternative, transformatorische Kraft«, die eine dem Kapitalismus unterschiedene Gesellschaft anstrebt (ebd.: 43). Sie bezeichnen sich deshalb auch »ökopazifistisch, rot, grün-violett« (ebd.).

8 Nach Angaben des Europaparlamentariers der IU, Willy Meyer, seien 80% der spanischen Landwirtschaft gefährdet, wenn die gegenwärtig geplante EU-Agrarpolitik umgesetzt wird (El País, 24. 05. 2004).

Sie will neue politische Beziehungen eingehen und damit auch ihre interne Struktur in Richtung einer stärker föderalen Orientierung umbauen. Dies soll in einem neuen Statut entwickelt werden, dass diese Struktur stärker als bisher berücksichtigt. Dafür soll eine neue Institution entstehen, die den Anliegen und Forderungen der regionalen Parteien mehr Raum verschafft.⁹ Die wachsende Pluralität wird explizit anerkannt und soll im Einvernehmen mit dem Statut eine stärkere Berücksichtigung finden. Ebenso soll eine neue interne Kultur entwickelt werden, in der konstruktive Dialoge gestärkt werden, um damit die Differenzen und Konflikte zu überwinden (ebd.: 45).

Als Manko und gleichzeitig notwendiger Anspruch der Verbesserung wird angestrebt, die Präsenz in der Öffentlichkeit und in den sozialen Bewegungen zu verbessern: eine Verstärkung der Verbindungen zwischen der Parteistruktur und denjenigen, die aktiv in den Bewegungen sind. Hierzu zählen auch organisatorische Veränderungen, um die IU auch strukturell den Bewegungen gegenüber zu öffnen (ebd.).

Als wichtige Veränderung wird auch die interne Demokratisierung genannt. Es sollen neue Mechanismen entwickelt werden, um dadurch eine größere Anzahl von Parteimitgliedern in den Meinungsbildungs- und Politikprozess einzubinden (ebd.: 47). Konkret wird vorgeschlagen, Konfliktlösungskommissionen einzurichten und Wahlen an einen breiteren Konsens zu knüpfen: genannt werden mindestens 65% Zustimmung (ebd.: 48).

Die Finanzstrukturen¹⁰ der IU sollen künftig transparenter gestaltet werden; es soll ein Mechanismus gefunden werden, nach dem auch strukturschwache Regionalparteien eine ökonomische Unterstützung aus der föderalen Leitung erhalten. Ein neues Finanzsystem, das zur Effizienzsteigerung beiträgt, ist angestrebt.

3. Das neue Statut – Uneindeutigkeiten

Ebenso gibt sich die IU auf ihrem VII. Kongress ein neues Statut. Als Gründe werden vornehmlich genannt: die IU einsichtiger und attraktiver für Nicht-Parteimitglieder zu machen, zu vereinfachen und aktualisieren, mehr junge Menschen in die Parteiführung zu bringen und den Anforderungen des neuen Gesetzes gerecht zu werden (ebd.: 54-55).

Entscheidungsprinzip soll der »diskutierte Konsens« sein, andernfalls eine breite Mehrheit. Um die Pluralität zu wahren, werden Meinungsströmungen anerkannt. Zudem wird den Mitgliedsorganisationen ein Recht zugestanden auf

9 Beides ist bisher noch nicht weiter konkretisiert bzw. öffentlich diskutiert worden.

10 Zur Aufschlüsselung der Einkünfte der IU siehe auch die Tabelle 4 im Anhang der Arbeit.

parallele Mitgliedschaft in anderen Körperschaften – solange diese nicht im Widerspruch zu den IU-Prinzipien stehen (ebd.: 62). Zur Herstellung der geschlechtlichen Gleichheit wird eine Quotenregelung für die Parteiposten und Wahllisten aufgestellt, nach der kein Geschlecht mehr als 60% repräsentieren kann (ebd.: 64). Um eine größere Integration junger Menschen zu erreichen, die aufgrund der immens hohen Arbeitslosigkeit besonders perspektivschwach erscheint, wird erstmalig eine Jugendquote eingeführt. Demnach sollen mindestens 15% der internen Gremien und der Wahllisten von Mitgliedern unter 30 Jahren besetzt sein.

Die Limitierung der Ämter wird als Problem erwähnt, ebenso die Transparenz und Rechenschaftspflicht, die Höchstzeit der kontinuierlichen Besetzung eines Amtes wird auf acht Jahre begrenzt (ebd.: 87).

Die Zuständigkeit der nationalen Leitung bleibt bei allen nationalen und internationalen Angelegenheiten und Institutionen sowie bei der Erarbeitung der Leitlinien der IU, hierzu zählen auch Bündnisse – »soweit sie die Kohärenz des nationalen Projekts beeinträchtigen« –, in der nationalen Parteiführung (ebd.: 68). Die Aufgaben der regionalen Parteien verteilen sich entsprechend, hierzu zählt auch die Aufstellung von Wahllisten und Programmen bei den regionalen Wahlen sowie der »Beitrag zum ökonomischen Unterhalt der nationalen Leitung« (ebd.). Ihnen wird ebenso Autonomie in der parlamentarischen Arbeit und Gruppenbildung zugestanden – mit der oben erwähnten Einschränkung.

Sowohl auf regionaler wie nationaler Ebene besteht ein Streitschlichtungskomitee, das zugleich für die Einhaltung der demokratischen Rechte zuständig ist (ebd.: 93). Zusammengesetzt ist diese aus bis zu acht Mitgliedern, die keinen anderen Parteiposten innehaben dürfen. Gewählt werden sie von den jeweiligen Parteikongressen.

Die Finanzierung der IU wird folgendermaßen geregelt: Der Hauptanteil kommt weiterhin durch staatliche Zuschüsse sowie Spenden und Donationen. Außerdem wird ein Mindestbeitrag von drei Euro pro Mitglied erhoben. 25% der Gelder gehen an die nationale Leitung / Partei, 75% bleiben in den jeweiligen Parteien (ebd.: 105).¹¹

4. Kritik am Statut: Mehrdeutigkeit zugunsten der Parteiführung

Gemeinsam mit dem offiziellen Dokument des Kongresses werden Anhänge einiger Minderheitspositionen von Meinungsströmungen und Regionalparteien vorgestellt, die eine sehr weit reichende Kritik daran formulieren. Allen gemeinsam ist die Unzufriedenheit über die Mehrdeutigkeit und fehlende Präzision, die bis zur Beschwerde über fehlende Inhalte reicht.

11 Zur prozentualen Verteilung der Parteifinanzierung vgl. die Zahlen im Anhang, 4.

Nach Meinung der katalanischen Fraktion fand insbesondere keine Auswertung und kritische Evaluierung der bisherigen Etappen der Erneuerung statt (ebd.: 162). Sie fordern vor allem eine reale und kritische Beschreibung des Ist-Zustandes, um daraus Konsequenzen für die weitere Entwicklung zu ziehen.

In eine ähnliche Richtung zielt die Kritik der Roten Strömung. Ihre Unterstützer bemängeln, dass, ausgehend von der Gesellschaftsanalyse des Dokuments, in der nur allgemein »neue Widersprüche und Herausforderungen« erwähnt werden, keine konkrete, bindende Politik zu entwickeln sei (ebd.: 141). Sie verlangen deshalb ein weiteres Dokument, welches die erwähnten Vorschläge konkretisieren solle.

Für sie liegt der Schwerpunkt der IU in der außerparlamentarischen Arbeit. Die Posten und das Mitwirken solle einzig der besseren Mobilisierung und Politisierung der Bevölkerung dienen und nicht zu einem Zweck an sich verkommen (ebd.: 140). Sie sehen die IU weiterhin als antisystemische Kraft.

5. Das Parteiprogramm 2004: Der »dritte Raum«

Hauptziel für die Wahlen im Jahr 2004 war es, die Regierung der PP abzulösen. Die IU strebt strategisch eine Etablierung als dritte politische Kraft Spaniens an. Ihr zentraler Begriff ist dabei die Herstellung eines »dritten Raumes« (*tercer espacio*), bei dem die Wähler nicht mehr zwischen dem »nützlichen Wählen« zum Abwählen der Regierung und dem Nichtwählen als Option entscheiden müssen, sondern einen neuen politischen Raum generieren. Sie möchte die »kulturellen, moralischen und organisatorischen Bedingungen« herstellen, damit bislang ausgeschlossene Bürger sich aktiv mit ihren Vorstellungen in die Politik einbringen können. Dies nennen sie das Projekt der »Autoinstitutionalisierung«. Die IU möchte demokratische Strukturen, die sie unter acht Jahren PP-Regierung systematisch abgebaut sieht, zurückerobern und ausbauen und damit strategisch ein Wählerpotenzial einbinden, das sich bisher aus der Politik herausgehalten hat. Dies umschließt zum einen die relativ hohe Zahl der Nichtwähler, zum anderen eine Herabsetzung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre.

Die Beziehung zu den sozialen Bewegungen will die IU weiter verstärken. Sie macht in ihrem Parteiprogramm an zentralen Stellen einen direkten Bezug zu den verschiedensten sozialen Bewegungen und formuliert, dass sie als Partei ihre institutionellen Vertreter seien. Sie will die »Ansätze der alternativen und kritischen Linken in programmatischer und institutioneller Hinsicht übersetzen«. Sie erkennt die sozialen Bewegungen als die große mobilisierende und politisierende Kraft im gegenwärtigen Spanien an und ebenso ihren Beitrag zur Abwahl des Regierungschefs Aznar.

Die IU führt eine breite Palette von Gruppen und Organisationen in ihrem 99-seitigen Parteiprogramm auf, die zur Entwicklung des Programms beigetra-

gen haben – die Spannweite reicht von den verschiedenen Gewerkschaften über ökologische und internationalistische, kirchliche und sexuelle Bewegungen bis zu Kino- und Fußballvereinigungen.

Die Ausgangslage in der Gesellschaft wird beschrieben als basierend auf »Prekarität und Arbeitslosigkeit« und mit einer zunehmenden »Merkantilisierung des Lebens«, die dazu führe, dass die politischen Rechte zu einer reinen Formalität verkommen, da diese »immer stärker vom Kapital abhängig« werden und »immer weniger autonom« seien.¹²

V. Ausblick: Gegenwärtige Strategiediskussionen

1. Ausgangsüberlegungen

Vor dem nun entfalteten Hintergrund einiger Konfliktlinien innerhalb der Partei, ihrer Rahmenbedingungen sowie der programmatischen Änderungen lassen sich die unterschiedlichen strategischen Optionen und Programme, die gegenwärtig diskutiert werden, skizzieren und einordnen.

Zunächst ist an die Integration der PCE in das parlamentarische System durch ihre Zustimmung zum Moncloa-Pakt (darin wurden die Grundlagen der heutigen spanischen Verfassung erarbeitet) und die darauf folgende Legalisierung zu erinnern. Durch die sich verfestigende Demokratie und die eingeleiteten wirtschaftlich-politischen Umstrukturierungen und Modernisierungen in der spanischen Gesellschaft hat sich sowohl die Unterstützung der Parteien verschoben als auch insgesamt verkleinert. Zugleich fand eine Verschiebung und Ausdifferenzierung der politischen *cleavages* statt. Die prägenden Konfliktlinien Franco-Diktatur versus demokratisch-linke Opposition mitsamt der damit zusammenhängenden Felder Religion (Katholizismus) und Staatsform (Monarchie versus Republik) wurden durch die politische Entwicklung weitgehend gegenstandslos beziehungsweise differenzierten sich stark aus. Parallel hierzu fand eine Neustrukturierung des spanischen Parteiensystems statt: eine starke, moderne, zugleich zunehmend neoliberal agierende Sozialistische Partei auf der einen Seite und eine konservative Allianz auf der anderen Seite. In Bezug auf diese Pole entwickelte sich die Vereinigte Linke. Gleichzeitig begann innerhalb des Parteienkonglomerats eine Strukturveränderung von einer autoritär geprägten, charismatischen Führung auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus hin zu einer immer noch personenorientierten,

¹² Es folgen eine Reihe sehr konkreter politischer Maßnahmen und Gesetzesvorschläge, die hier nicht im Einzelnen wiedergegeben werden können. Sie sind im Internet einsehbar, und das Literaturverzeichnis dieser Studie verweist auf das entsprechende Dokument.

nun jedoch kollektiveren Parteiführung, die sich durch zunehmende Professionalisierung auszeichnete, was zugleich eine wachsende Kompetenz und somit Einflussnahme für sie bedeutete.

Mit diesem historischen Gepäck sind die jüngsten Strategiediskussionen innerhalb der IU zu betrachten. Zunächst stelle ich die strategischen Überlegungen der Parteiführung vor, welche dann durch die parteiinterne Kritik und die externe Analyse kontextualisiert werden.

2. Parteiführung: Erneuerung und Regierungsoption

Trotz der Wahlniederlage der IU bei den nationalen Parlamentswahlen und ausgehend von ihrer Interpretation als Stärkung für »die Linke« hält die Parteiführung an einer Fortsetzung des bisherigen Kurses der »Erneuerung« fest.

In einem programmatischen Artikel für die bedeutendste spanische Tageszeitung *El País*¹³, wenige Tage vor dem VII. Kongress der IU im Dezember 2003, hob der Vorsitzende Llamazares vor allem zwei grundlegende Entwicklungen der IU hervor. Erstens die Fortführung des Prozesses, der 1986 begann: eine Entwicklung von der reinen Opposition zum gestaltenden Mitregieren – explizit spricht er die Möglichkeit einer Regierung in Madrid an (*El País*, 16.12.2003). Seiner Ansicht nach geht die aktuelle politische Entwicklung Spaniens eindeutig vom »Zweiparteien-System« weg und damit würde eine Zusammenarbeit auf der Linken unumgänglich. PSOE und IU müssten in sozialen und konföderativen Fragen zusammenarbeiten (*El País*, 23. 12. 04). Befragt, ob die IU für den realistisch scheinenden Fall einer Koalition mit der PSOE nach den Wahlen vorbereitet wäre, antwortet er: »Wir sind bereit«, lediglich in der PSOE gäbe es noch viel Widerstand, weil diese der Meinung wäre, dass die Alternative im Zentrum läge (*El País*, 23. 12. 04).

Zweitens gibt es nach Ansicht der Parteiführung eine Erweiterung der Parteibasis von der traditionellen Linken, die seit der Franco-Diktatur vor allem die PCE unterstützt, hin zu den neuen sozialen Bewegungen – Llamazares zählt hierzu vor allem Ökologie und Feminismus – damit die IU deren Anliegen in die Institutionen tragen könne (ebd.). Zudem betont er in einem Interview nach dem Kongress die Bedeutung der wiederhergestellten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Ausdruck hierfür sei auch der große Applaus der 800 Delegierten für Rede des Vorsitzenden der CC.OO., José María Fildalgo, auf dem Kongress (*El País*, 23.12.2004).

13 *El País*, 1976 gegründet zählt mit einer Auflage von mehr als 433.000 zu der mit Abstand größten gesamtspanischen Zeitung. »«Tatsächlich ist *El País* heute die wichtigste allgemein informierende Tageszeitung in Spanien, ein Blatt mit fast unbestrittener Autorität« (Castellani 2004: 660-67).

In sämtlichen bisher veröffentlichten Positionen der IU nach den Europawahlen wird insbesondere eine stärkere Partizipation ihrer Mitglieder und Sympathisanten angestrebt. Llamazares stellte in der Tageszeitung *El Mundo* die drei Phasen dieser Strategie dar: In einem ersten Schritt sollen alle der IU nahestehenden Gruppen nach ihrer Meinung befragt werden. Die Ergebnisse sollen dann in einem außerordentlichen Parteitag als konkrete Maßnahmen diskutiert und verabschiedet werden. In der anschließenden Phase soll dies in einem parteiinternen Referendum zur Abstimmung gebracht werden (*El Mundo*, 16. Juni 2004).

3. Die Opposition – Kritik am Führungskurs

Die kritischen Stimmen innerhalb der Debatte basieren ihre Analysen und Schlussfolgerungen auf unterschiedlichen Beobachtungen und Einschätzungen, die ich zum besseren Verständnis hier zusammenfasse.

Es lassen sich zwei den weiteren Ausführungen zugrunde liegende Strategien unterscheiden. Ein Teil der Mitgliedschaft und Funktionäre der IU hält den zunehmend auf Regierungsfähigkeit ausgerichteten Kurs der IU unter den herrschenden politischen Rahmenbedingungen für grundsätzlich verkehrt. Ihrer Ansicht nach sei es unter der gegebenen neoliberalen Dominanz nicht möglich, die Anliegen und Forderungen der sozialen Bewegungen in einem Regierungsprogramm durchzusetzen. Deshalb habe sich die IU weiterhin als eine außer- und innerparlamentarische Kraft der Linken zu verstehen.

Eine zweite Gruppe von Stimmen kritisiert die Parteiführung von einer unterschiedlichen Perspektive. Als regionale Parteien sind sie unzufrieden mit dem nach wie vor dominanten Kurs der Parteiführung und sehen sich in ihrer politischen Entwicklung unzulässig eingeschränkt.

Beide bemängeln eine undemokratische Praxis innerhalb der IU und werfen Llamazares vor, eine Vertrauens- oder Kerngruppe um sich gebildet zu haben, und dadurch wichtige Entscheidungen – wie die Besetzung von Wahllisten – im Zusammenhang der EU-Wahlen von oben zu dekretieren. Auch die Führung der PCE hat sich inzwischen positioniert und von der IU-Führung distanziert. Das gegenwärtige Problem der IU sei nicht durch »neue Namen und Voluntarismus« zu beheben. Es müsse stattdessen eine neue und klare politische Linie entwickelt und vermittelt werden. Die fünf wichtigsten Achsen sind dabei: die Arbeitswelt als zentraler Bezugspunkt jedes linken Projekts, ein sozialistischer Feminismus, Ökologie, Frieden – gedacht nicht nur als Waffenstillstand, sondern als soziale und nachhaltige Entwicklung, Internationalismus, Föderalismus und Dezentralisierung (PCE 2004c).

Die katalanische CiU, die regionale Partei der IU in der bevölkerungs- und wirtschaftsstarken Region Katalonien, ist ein zentrales Standbein der IU insge-

samt.¹⁴ Sie kann der zweitgenannten Kritikströmung der regionalen Parteien zugerechnet werden. Seit der Transition ist die CiU alternierend mit der PSC-PSOE, einer der regionalen PSOE nahe stehenden Partei, in der Regierung. Sie vollzog dadurch einen gänzlich anderen Prozess als die IU insgesamt. Die CiU hat enge Verbindungen zum Finanzsektor und repräsentiert dort eher die politische Mitte (Heywood 1995: 210). Folgerichtig machte sie nach dem Mauerfall einen ähnlichen Prozess wie die Italienische Kommunistische Partei durch und gründete sich im April 1990 formal als sozialistische Partei neu. Kritiker bemängeln deshalb den starken Einfluss dieser eher der Wirtschaft nahe stehenden Partei auf die Gesamtentwicklung der Vereinigten Linken. Ihre Kritik an der Führung der nationalen IU ist daher aus einer grundsätzlich verschiedenen Perspektive zu bewerten.

Zuletzt seien die finanziellen Probleme der IU erwähnt. Durch die mehr als 120.000 verlorenen Stimmen wird die staatliche Unterstützung der IU um 390.000 Euro sinken (Rebellion, 28. April 2004). Ähnliches ist für die Europawahlen zu erwarten.

Somit zeigt sich ein facettenreiches Bild der Vereinigten Linken am Ende der ersten Jahreshälfte 2004. Durch die personelle Besetzung der gegenwärtigen IU-Führung und auch der EU-Kandidatenliste scheint sich ein Kurs abzuzeichnen, der die radikale Opposition gegenüber der regierenden PSOE ablehnt. Vielmehr scheint diese Gruppe um den Vorsitzenden Llamarez den »dritten politischen Raum«, den sie generieren möchte, als anschlussfähig an die regierenden Sozialisten zu halten. Da sie die Wahlergebnisse vom 14. März als »Wahl für die Linke« werteten, bei der sich viele Wähler nur aus unmittelbar pragmatischen Gründen für die PSOE und gegen die IU entschieden hätten, waren die Europawahlen im Juni 2004 ein wichtiger Test für die Richtigkeit ihrer Strategie. Dagegen stehen nun die lauter werdenden kritischen Stimmen innerhalb der IU, die durch die weitere Annäherung an die PSOE die politische Überlebensfähigkeit ihres Parteizusammenhangs gefährdet sehen. Fragen einer organisatorischen Öffnung und inhaltlichen Annäherung an soziale Bewegungen und einer weiteren Demokratisierung der Parteistrukturen sind noch nicht entschieden.

14 Zu ihrem Anteil an den Gesamtstimmen der IU siehe Anhang.

VI. Anhang

1. Wahlergebnisse der PCE und der IU, 1977-2004

		%	Stimmen
PCE	1977 General	9,3	1.718.026
PCE	1979 General	10,7	1.940.236
PCE	1979 Local	12,7	2.139.603
PCE	1982 General	4,1	965.670
PCE	1983 Local	8,0	1.500.017
IU	1986 General	4,6	935.504
IU	1987 Local	6,1	1.212.262
IU	1987 European	5,3	1.011.830
IU	1989 European	6,0	981.742
IU	1989 General	9,1	1.851.080
IU	1991 Local	8,3	1.579.097
IU	1993 General	9,2	2.202.282
IU	1994 European	13,4	2.486.550
IU	1995 Local	11,6	2.590.301
IU	1996 General	10,5	2.639.774
IU	1999 European	5,7	1.213.254
IU	1999 Local	6,5	1.383.151
IU	2000 General	5,4	1.263.043
IU	2004 General	5,1	1.324.370
IU	2004 European	4,16	636.458

Quelle: Innenministerium

2. 1 Mitgliederzahlen IU, 1992-2000

Jahr	Mitglieder
1992	57.303
1994	52.711
1995	57.000
1996	65.999
1997	71.578
1999	69.000
2000	65.000

Quelle: IU, zitiert nach Ramiro 2002: 14

2. 2 Mitgliederzahlen PCE, 1977-1999*

<i>Jahr</i>	<i>Mitglieder</i>
1977	191.607 (201.757; Heywood) (240.000; Botella)
1978	156.184
1981	132.069
1983	82.877
1985	67.808
1987	62.342
1991	55.000
1992	44.775 (78,1)
1996	34.704 (53,3)
1997	35.000 (48,8)
1999	26.553 (38,4)

* Angaben in Klammern 1992-1999: Anteil der PCE-Mitglieder an der Gesamtmitgliederzahl der IU.

3. Zusammensetzung der PCE-Mitglieder

Geschlecht

Männer	87
Frauen	13

Eintrittsdatum

Vor 1939	9
1940-60	14
1961-70	32
1971-78	45

Beschäftigung

Industriearbeiter	39
Nichthandwerkliche Arbeiter	15
Akademiker	32
Kleine Geschäftsleute und Selbstständige	3
Landarbeiter	3
Studenten	4
Andere	4

Quelle: PCE, zitiert nach Botella 1988: 71.

4. Die PCE-Einnahmen 1988-1999

Jahr	Einkommens- veränderung	Einkommen aus IU-Geldern	Mitglieds- beiträge	Andere Beiträge
1988		43,1	7,9	49,0
1989	-17,3	52,0	4,1	43,9
1990	+103,3	61,4	4,1	34,5
1991	-26,2	81,7	2,5	15,8
1992	+31,9	68,5	5,0	26,5
1993	+1,7	50,8	4,6	44,6
1994	+76,9	24,0	3,5	72,5
1995	-48,7	41,8	12,5	45,7
1996	+16,7	35,8	10,7	53,5
1999	-56,8	83,0	10,9	6,1

Quelle: Die Zahlen sind den PCE-Berichten entnommen. Die erste Spalte zeigt die Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent an, die anderen Spalten den prozentualen Anteil am Gesamteinkommen im jeweiligen Jahr. Der hohe Anteil an IU-Geldern verdeutlicht die Abhängigkeit der PCE von staatlichen Zuwendungen, die nur die IU erhält. Zitiert nach Ramiro 2002.

5. Die Parlamentswahlen 2004¹⁵

5.1. Nationale Parlamentswahlen 2004

Partei	Stimmen	%	Sitze
Partido Socialista Obrero Español (PSOE)	11.026.163	42,6	164
Partido Popular (PP)	9.763.144	37,7	148
Convergència i Unió (CiU)	835.471	3,2	10
Esquerra Republicana de Catalunya (ERC)	652.196	2,5	8
Euzko Alderdi Jeltzalea-Partido Nacionalista Vasco (EAJ-PNV)	420.980	1,6	7
Izquierda Unida (IU)	1.324.370	5,1	5
Coalición Canaria (CC)	235.221	0,9	3
Bloque Nacionalista Galego (BNG)	208.688	0,8	2
Chunta Aragonesista (ChA)	94.252	0,4	1
Eusko Alkartasuna (EA)	80.905	0,3	1
Nafarroa Bai (Na-Bai)	61.045	0,2	1
Partido Andalucista (PA)	181.868	0,7	0
Andere	599.201	2,3	0

¹⁵ Näheres unter: <http://electionresources.org/es/maps.php?election=2004>. Diese Adresse ist zugleich Quelle der hier aufgeführten Wahlergebnisse.

5.2 Europawahlen 2004

<i>Partei</i>	<i>Stimmen</i>	<i>Prozente</i>	<i>Sitze</i>
PSOE	6.621.570	43,30	25
PP	6.315.294	41,30	23
GALEUSCA	790.051	5,17	3
IU-ICV-EUiA	636.458	4,16	2
EdP	380.095	2,49	1

PSOE: Partido Socialista Obrero de Espana – Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens

PP: Partido Popular – Partei des Volkes

Galeusca: Pueblos de Europa – Völker Europas

Iniciativa per Catalunya Verds: Initiative für Katalonien/Die Grünen, Esquerra Unida i Alternativa

– Vereinigte und Alternative Linke (baskisch)

EdP: Europa de los Pueblos – Europa der Völker

Quelle: <http://www.elecciones.mir.es/elecjun2004/peuropeo>

Literatur

1. Dokumente der Vereinigten Linken

Izquierda Unida (Hrsg.) (2003a): Asamblea Federal de Izquierda Unida. 19, 20 y 21 de Diciembre de 2003 (Generalversammlung (Kongress) der Vereinigten Linken), Madrid.

Izquierda Unida (Hrsg.) (2003b): Desafios para la nueva etapa de Izquierda Unida: abrir un ciclo politico de Izquierdas en Espana. Informe politico al pleno de la VII. Asamblea, Madrid 19, 20 y 21 de Diciembre de 2003 (Herausforderungen für eine neue Etappe der Vereinigten Linken: Die Öffnung eines linken politischen Raumes in Spanien. Bericht für das Plenum des VII. Kongresses).

Izquierda Unida (Hrsg.) (2004a): Programa electoral de Izquierda Unida. Elecciones Generales del 14 de Marzo de 2004 (Wahlprogramm der Vereinigten Linken. Nationalwahlen am 14. März 2004), Madrid.

Izquierda Unida – Presidencia Ejecutiva Federal (Hrsg.) (2004b): Sobre la importancia de las próximas elecciones europeas, Madrid, 21.4. 2004 (Präsidium des Exekutiv-Ausschuss: Über die Bedeutung der nächsten europäischen Wahlen).

Partido Comunista de Espana – Comité Federal (Hrg.) (2004a): Sobre la construcción europea y las elecciones, Madrid 24.04. 2004 (Federales Komitee: Über die Entstehung Europas und die Wahlen).

Partido Comunista de Espana – Comité Federal (Hrsg.) (2004b): Conferencia politico-organizativa, Madrid 3 y 4 de Julio 2004.

Partido Comunista de Espana – Comité Federal (Hrsg.)(2004c): Resolucion de la Comision permanente del PCE 14 de Junio 2004.

2. *Monographien und Aufsätze zu den spanischen Linksparteien*

Botella, Juan (1988): Spanish Communism in Crisis. The Communist Party of Spain, in: Waller, Michael; Fennema, Meindert (Hrsg.): Communist Parties in Western Europe. Decline or Adaption, Oxford, New York, S. 69-86.

Camiller, Patrick (1994): The Survival of Spanish Socialism?, in: ders; Anderson, Perry (Hrsg.): Mapping the West European Left, London, New York, S. 233-65.

Heywood, Paul (1994): The Spanish Left: Towards a »Common Home«?, in: ders.; Bull, Martin J. (Hrsg.): West European Communist Parties after the Revolutions of 1989, London, S. 56-90.

Ramiro Fernandez, Luis (2002): Electoral incentives and organisational limits. The evolution of the Communist Party of Spain (PCE) and the United Left (IU), Barcelona.

Schultz, Rainer (2004): Vom kommunistischen Widerstand zum gestaltenden Mitregieren. Die Entwicklung der Vereinigten Linken (IU) – Kommunistischen Partei in Spanien anhand ihrer zentralen Konfliktlinien, in: left-parties.rosalux.de

3. *Zum spanischen politischen System im Allgemeinen*

Barrios, Harald (2004): Grundzüge des politischen Systems Spaniens, in: Bernecker, Walther; Dirschl, Klaus (Hrsg.): Spanien heute. Politik Wirtschaft Kultur, 4. vollständig neu bearbeitete Auflage, Frankfurt am Main, S. 51-79.

Castellani, Jean-Pierre: Die Tagespresse im Medienwettbewerb, in: Bernecker, Walther; Dirschl, Klaus (Hrsg.): Spanien heute. Politik Wirtschaft Kultur, 4. vollständig neu bearbeitete Auflage, Frankfurt am Main, S. 657-89.

Featherstone, Kevin (1988): Socialist parties and European integration: a comparative history, Manchester.

Friedel, Sabine; Iniguez, Diego (2002) La prohibicion de partidos politicos en Alemania, in: Claves de la razon practica, 122 (2002), S. 30-41.

Gibbons, John (1999): Spanish politics today, Manchester; New York.

Heywood, Paul (1995): The Government and Politics of Spain, London.

ders. (Hrsg.) (1999): Politics and Policy in Democratic Spain: No longer Different?, London.

Holgado Gonzalez, Maria (2003): La financiacion de los partidos politicos en Espana, Valencia.

Koch, Max (2002) : Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa. Wege zum Postfordismus in den Niederlanden, Schweden, Spanien, Grossbritannien und Deutschland, Berlin.

Pilar Ortuño, Anaya (2002): *European socialists and Spain : the transition to democracy, 1959 – 77*, Hampshire; New York.

Quintanilla Navarro; Miguel Angel (2000): *Los partidos politicos espanoles ante el proceso de integracion europea*, in: *Revista de Estudios Politicos (Nueva Epoca)* Nr. 108 (April-Juni 2000), S. 307-23.

Soto Carmona, Alvaro (1998): *Irrupcion, Cambio y Realineamiento del sistema de partidos en Espana (1977-93)*, in: Di Tella, Torcuato (Hrsg.): *Crisis de representatividad y sistemas de partidos politicos*, Buenos Aires, S. 219-78.

4. Periodika

Cambio 16 – Spanische Wochenzeitung, im Internet: http://www.cambio16.info/en_curso/default.htm

El País: Diverse Artikel, zitiert nach der jeweiligen Tagesausgabe

Encarta: »Spanien«, Microsoft Encarta, 1993-2002.

Rebellion – Periodico electronico de informacion alternativa: <http://www.rebellion.org/>

Die Linke in Zentraleuropa: Herausforderungen und Möglichkeiten¹

Die Parteien der Linken in Zentraleuropa sind mit einer Reihe schwieriger Aufgaben konfrontiert. Sie müssen überzeugende programmatische Profile entwickeln, um die makroökonomische Entwicklung ihrer Staaten in einer zunehmend integrierten europäischen Wirtschaft zu gestalten; sie müssen sich mit den Herausforderungen auseinander setzen, die die Ostexpansion der Europäischen Union mit sich bringt; sie müssen wirksame Politiken entwickeln, um hohe Arbeitslosigkeitsquoten und beträchtliche Ausmaße sozialer Verwerfungen zu überwinden; sie müssen geeignete Auswärtige und Sicherheitspolitiken für ein sehr verändertes internationales Umfeld entwickeln, und schließlich müssen sie ihre Botschaft auf überzeugende Weise einer oft unüberzeugten Wählerschaft »überbringen«.

Die Herausforderungen sind beträchtlich und in vieler Hinsicht entmutigend. Jedoch sind sie nicht weniger beängstigend als die Herausforderungen, die die Linke direkt nach dem Zusammenbruch 1989 und 1990 konfrontierte. Zu Beginn der 90er erschien die Linke entehrt, desorientiert und verbittert, geschlagen von den Pro-Markt Kräften der Rechten und des Zentrums und ohne eine »Mission«, auf der eine zukünftige politische Wiederkehr hätte aufgebaut werden können. Jedoch gelang es sozialdemokratischen, sozialistischen und sogar kommunistischen Parteien oft in bemerkenswert kurzer Zeit, erfolgreich zurückzukommen. Zunächst in Litauen im Jahr 1992 und später allmählich in jedem Land der Region wurde die sozialdemokratische/sozialistische Linke stark genug, ihre politische Fortüne zu wenden und die Zügel der Macht zurückzuerlangen.

1 Die diesem Aufsatz zugrunde liegenden Forschungen fanden mit institutioneller Unterstützung des Instituts für Deutschlandstudien der University of Birmingham und der Leverhulme-Stiftung (London) im Zusammenhang eines Projekts über die externen Einflüsse auf die programmatische Entwicklung in den kommunistischen Nachfolgeparteien statt.

Obwohl die sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien zweifellos in den demokratischen Wahlen der 90er Jahr recht gut abgeschnitten haben, sind die Gründe ihres Erfolgs in keinerlei Weise von Staat zu Staat identisch. Manche profitierten von der Enttäuschung mit den Parteien und Politikern (insbesondere der rechten Mitte), die Anfang der 90er Jahre regierten; andere haben erfolgreich enttäuschte WählerInnen aufgesammelt, die, obwohl sie nicht notwendigerweise starke AnhängerInnen sozialistischer oder kommunistischer Ideale waren, ihre Unzufriedenheit mit den sozialen und ökonomischen Bedingungen ausdrücken wollten, in die sie eineinhalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus geraten waren. Wenn man einen stabilen Fundus loyaler UnterstützerInnen dazuzählt, ist es nicht schwierig zu sehen, warum – im Gegensatz zu manchen der aufgeregten Rufe der frühen 90er – die Linke in der Lage gewesen ist, sich politisch neu zu erfinden.²

Die programmatische und wählerInnenmäßige Erneuerung der Linken (und insbesondere die der Kommunistischen Nachfolgeparteien, engl. Abk. CSPs, deutsch KNP) sieht eminent plausibel aus. Der wirtschaftliche Umbruch, die sozialen Verwerfungen und der psychologische Druck der Ausverkaufstransformation sind von linken PolitikerInnen geschickt genutzt worden, um ihre Parteien mit dem Ziele eines Wiederattraktivwerdens des Sozialismus neu zu prägen.³ Sie sind daher in der Lage gewesen, sich einen Platz in den zentraleuropäischen Parteiensystemen zu sichern. Es haben natürlich nicht nur gerade umorganisierte ehemalige kommunistische Parteien wirksam auf der Linken und in der linken Mitte in Zentraleuropa mobilisiert: andere sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Akteure sind aufgekommen und haben (mehr oder weniger) wirksam mit den anderen Parteien um WählerInnen »links der Mitte« gekämpft.⁴ Die tschechische ČSSD, zum Beispiel, baute auf eine historische Tradition der tschechischen Sozialdemokratie auf, um sich schnell selbst zum prominentesten Spieler auf der Linken des tschechischen Parteiensystems zu entwickeln,⁵ während die Slowakische Kommunistische Partei (KSS), gegründet in 1992, dem offenen Abgleiten der slowakischen KNP, der Partei der Demokratische Linken

2 Denitsch 1990.

3 Ishiyama/Shafqat 2000.

4 Die Kommunistischen Nachfolgeparteien sind als die Parteien definiert, die Wurzeln in den alten vor-1989 Regimen haben. Sie bringen das Erbe des meisten Eigentums und der Organisationsstrukturen und auch ein Maß an Kontinuität in der Mitgliedschaft der alten kommunistischen Parteien in den neuen politischen Wettbewerb ein. Die in diese Kategorie fallenden zentraleuropäischen Parteien sind die polnische SLD (SdRP), die tschechische KSČM, die slowakische SDL, die ungarische MSZP und die ostdeutsche PDS. Die Pfade der KNP mögen sich natürlich in programmatischer, wahlnumerischer und organisatorischer Hinsicht bedeutend voneinander unterschieden haben – ihr vereintes Erbe bedeutet, dass es immer noch richtig ist, sie als eine spezifische Gruppe von Akteuren zu behandeln.

5 Dazu vergleiche auch den Beitrag von Vladimir Handl in diesem Band.

(SDL), nach Rechts widerstand. Die KNP's und ihre Konkurrenten können daher in einer Reihe verschiedener Formen auftreten.

Während eine beträchtliche Anzahl von linken Parteien überall in der Region existieren, erscheint ihre Zukunft wie eh und je etwas ungewiss. Wir können sehr plausibel argumentieren, dass die KNP's genauso sehr von strukturellen Vorteilen außerhalb ihres Einflusses profitiert haben als von ihren eigenen Erfolgen bei Programm und Wahlen. Obwohl sehr wenige Zentraleuropäer zu den politischen Strukturen der Vor-1989-Zeit zurückkehren woll(t)en, waren und bleiben genauso wenige überzeugt, dass der »real existierende Kapitalismus« der Weg zu Erleuchtung und Befriedigung darstellt. Viele BürgerInnen lehnen die Parteien, die ihnen in der Umbruchszeit Freiheit und Fortschritt versprochen hatten ab – und bieten hierdurch der Linken eine Chance an, sich zu reorganisieren und den mitteleuropäischen WählerInnen eine neue Alternative anzubieten. Dies eröffnete neue Möglichkeiten für die KNP's und die anderen Parteien der Linken gleichermaßen.

Dies war jedoch in den 90ern. Heute diskutieren die Parteien die viel ungewisseren Herausforderungen, die für die Linke in den kommenden Jahren abzusehen sind. Anders ausgedrückt, unser Papier betont die Möglichkeiten und Herausforderungen, die durch die Linke überwunden (oder zumindest angepackt) werden müssen, um so das meiste aus den Positionen zu machen, die sie – auf welche Weise und aus welchen Gründen auch immer – im osteuropäischen Parteiensystem geerbt hat. Tatsächlich gibt es keinen Grund, warum Parteien der Linken, vorausgesetzt dass sie gut geführt sind und die Grenzen ihrer eigenen Bestrebungen wahrnehmen, nicht dominierende Kräfte im täglichen politischen Leben für viele weitere Jahre werden und bleiben können.

Die Linken und die zentraleuropäischen Parteiensysteme: ein Rahmen für die Analyse

Die präzise Natur der ideologischen, programmatischen und wahlnumerischen Entwicklung in jedem der Nationalstaaten ist in vieler Hinsicht einzigartig, da sie von einer einzigartigen Matrix von nationalen Gelegenheitsstrukturen, historischen Gegebenheiten und externen (d.h. parteisystemischen) Dynamiken abhängt.⁶ Auf die ehemaligen kommunistischen Parteien trifft das in besonderem Maße zu: einige KNP's entwickelten sich aus kommunistischen Parteien, die sich in der Zeit vor 1989 hart und intolerant gegenüber Widerspruch verhalten hatten.⁷ Oppositionelle Fraktionen innerhalb der Parteien hatten wenig

6 Orenstein 1998.

7 Kitschelt 1995, Waller 1995, Evans/Whitfield 1995, Ishiyama 1997.

Gelegenheit erhalten, ihre Besorgnisse auszusprechen und waren daher für die Revolutionen 1989/90 schlecht vorbereitet. Das gilt für Länder wie der Tschechischen Republik – wo die kommunistische Partei besonders autoritär war –, da die Strukturkonservativen in der Partei leicht und systematisch in der Lage waren, reformistischere Fraktionen auszumanövrieren. In anderen Ländern, wo interne Oppositionsgruppen größere Maße an Autonomie genossen hatten, erlebten viele KNP's tiefer gehende und überzeugendere Reformprozesse, dabei geführt von Reformelementen, die dennoch immer noch den sozialistischen Zielen und Idealen verpflichtet blieben.

Die tschechische KSČM wäre zum Beispiel nicht in der Lage gewesen, sich überzeugend zu sozialdemokratisieren, selbst wenn sie dies gewollt hätte. Andere KNP's ergriffen die Gelegenheiten, die sich ihnen in neu wachsenden Parteiensystemen boten, in denen alle Parteien sich neu einzurichten suchten – sowohl im Verhältnis zueinander und im Verhältnis zur weiteren Wählerschaft – und verwandelten sich in Organisationen mit völlig neuer politischer Ausrichtung.

Die nationalen Gelegenheitsstrukturen – die strukturellen Beschränkungen für die Parameter des politischen Wettbewerbs als Ganzem – sind daher breit gestreut und divers. Im postkommunistischen Kontext kann die Hypothese aufgestellt werden, dass fünf Konfliktlinien⁸ eine Schlüsselbedeutung haben und sie es sind, die die Umgebung gestalten, in der alle Parteien konkurrieren müssen:

1. Konfliktlinie: Politisches Regime

Die Vergangenheit ist für das Verständnis der Gegenwart wichtig – in Zentraleuropa wie auch überall anderswo. Die Natur des real existierenden Sozialismus und die Ansichten der Bürger auf das Regime vor 1989 kann eine tiefe Wirkung sowohl auf die Haltungen zur postsozialistischen Politik im Allgemeinen als auch auf das Wahlverhalten im Allgemeinen haben. Die Wichtigkeit dieser Dimension des Wettbewerbs ist von besonderer Wichtigkeit für die kommunistischen Nachfolgeparteien, die feststellen, dass manche WählerInnen, die Werte, Überzeugungen und Interessen haben, die im Wesentlichen mit den ihren übereinstimmen, sie dennoch ohne weiteres ablehnen. Und die dies immer tun werden – weitgehend wegen des Verhaltens ihrer Vorgängerpartei in der Periode vor 1989.

Jedoch beinhalten tief eingeprägte Ansichten zum vorigen Regime nicht immer negative Konsequenzen für die Linksparteien. Manche überzeugte UnterstützerInnen der ehemaligen Regierungsparteien teilen die ideologischen und

8 Kitschelt et al. 1999, S. 9-63.

programmatischen Ziele der Nachfolgeparteien. Obwohl solche WählerInnen keinesfalls eine Mehrheit bilden, werden sie nichtsdestotrotz eine solide Unterstützerbasis bilden, auf die sich diese Parteien verlassen können. Der Zynismus und die Enttäuschung – die in der Periode vor 1989 herangereift waren – können sich jedoch auch auf gegenwärtiges politisches Verhalten auswirken. Die Bürger können sich dafür entscheiden, a) alle Parteien abzulehnen und sich ganz und gar aus dem politischen Prozess zurückzuziehen; b) die Parteien ablehnen, die wirtschaftlichen Wohlstand und politische Freiheit in den 1990ern versprochen (normalerweise die Parteien der Rechten und der Mitte); c) die ehemaligen kommunistischen Parteien aufgrund ihres Tuns im Amt während der Jahre des Staatssozialismus bestrafen. Was auch immer der Fall ist, Haltungen zum früheren Regime hatten und haben weiterhin wichtige Auswirkungen auf die aktuellen politische Aktivitäten.

2. Konfliktlinie: ökonomische Verteilung

Diese Konfliktlinie entspricht ziemlich genau den wichtigsten Parametern des politischen Wettbewerbs, der in Westeuropa zu beobachten ist. Sozial protektionistische Kräfte versuchen den Status quo festzuhalten und hart erkämpfte Rechte und Privilegien (insbesondere soziale Wohlfahrt, Gewerkschaftsrechte und Arbeitsmarktpolitik) aufrechtzuerhalten, während neoliberale, Pro-Markt-Kräfte die Wirtschaften im Namen von Reichtumsschaffung und persönlicher Freiheit zu deregulieren suchen. Der Zusammenstoß zwischen diesen beiden Gruppen ist in Mitteleuropa genauso offensichtlich wie in Westeuropa, und diese Dynamik hat in der Folge eine Schlüsselbedeutung sowohl für den politischen Wettbewerb als auch für die Wahlausgänge.

In den frühen neunziger Jahren, als die Bürger versuchten, größere Möglichkeiten für politische Freiheit und individuelle Prosperität zu ihrem Vorteil zu nutzen, erreichten Parteien, deren Wirtschaftspolitik reduzierte Niveaus an wirtschaftlicher Regulierung, niedrige Steuern, eine weiter reduzierte Rolle für den Staat und einen »Laissez-faire«-Ansatz zur Wirtschaftsorganisation verkörperte, beträchtliche Wahlerfolge. Vaclav Klaus' Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) dominierte die tschechische Politik von 1992 bis 1998 und schuf eine Agenda, die geschickt Wirtschaftsliberalismus mit politischem Nationalismus verknüpfte.⁹ In Polen bildete eine Vielzahl von Parteien, alle mit starken Wurzeln in der Solidarność-Gewerkschaft und Befürworter der »Schocktherapie«-Ansätze in der Wirtschaftspolitik, die Regierungen 1991 bis 1993, während von 1997 bis 2001 Jerzy Buzeks Solidarność-Wahlaktionspartei

9 Williams 1997, Hanley 1999, Williams 2003.

eine Mitte-Rechts-Koalition führte, die weiterhin einer liberalen Wirtschaftsagenda treu blieb.¹⁰

Das Pendel schwang dennoch sehr schnell fort von dieser Art Parteien, und die Befürworter höherer Maße an sozialer Sicherung, Nachfragemanagement und Wirtschaftskontrolle forderten die politische Macht bald heraus.¹¹ Genau wie Mitte-Rechts die ersten Wahlen auf der Grundlage eines bestimmten programmatischen Pakets gewonnen hatte, genauso antwortete die Linke, indem sie die Bürger von Wechselfällen »neoliberalen« Wirtschaftens zu »beschützen« suchte. Die Linke kam mit Volldampf zurück. Die Grundlagen einer klassenorientierten Spaltung waren durch vier besondere Prozesse gelegt, die das traditionelle linke Spektrum gestalten und bestärken. Diese Prozesse waren:¹²

- Das Aufkommen einer klar sichtbaren Klasse von Eigentümern und Unternehmern in den frühen 1990er Jahren. Obwohl nicht alle von ihnen besonders reich wurden, zogen sie sich aus der Armutsschlinge und sicherten sich eine Mittelklassenexistenz. Die darüber hinausgehende Entstehung einer Klasse von »nouveau riche« – die uneingeschränkt von der Marktwertung der Wirtschaft profitierten und ein Einfluss »neuen Geldes« – führte zu einer Gegenreaktion in den Schichten der Bevölkerung, die keinen Zugang zu derartigen Möglichkeiten hatte.

- Die Rationalisierung der Industrieproduktion und der Beschäftigung bedrohte die materiellen Interessen der Werktätigen. Die Wirtschaftsliberalisierung stellte sicher, dass »Jobs fürs Leben« nicht mehr garantiert sein würden und dass das soziale Netz, das einst existiert hatte, entweder zerlöchert oder abgebaut wurde.

- Die postkommunistischen Gesellschaften erlebten steigende Niveaus an sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit. Die Arbeiter waren gezwungen, ihre Interessen in Gewerkschaften zu verteidigen, um so »die bestmögliche Behandlung« zu erstreiten und Klassenunterschiede abzubauen.

- Die Stärkung der materialistischen Ethik. Das so hochgelobte Aufkommen postmaterialistischer Werte in Westeuropa muss in Zentraleuropa immer noch stattfinden. Der Übergang von einer durch Mangelerscheinungen charakterisierten Wirtschaft zu einer der freien Auswahl beflügelte materialistische Politik weiter und verbot jeden bedeutenden Anstieg in den postmaterialistischen Werten.

Gegenwärtige Kämpfe für wirtschaftliche Vorherrschaft werden daher immer noch auf Terrains ausgefochten, die einem Westler zumindest wie

10 Millard 200, S. 26-27. Zum Verhalten der polnischen SLD vgl. Žuk in diesem Band.

11 Die Wahrscheinlichkeit einer Art Pendelschwung wurde schon 1990 von Lord Dahrendorf betont. Er betonte, dass die Prozesse der Marktbildung und Liberalisierung sicherlich eine Gegenreaktion hervorrufen würden, wenn die sozialen Kosten der Wirtschaftstransformation offensichtlich werden würden. Vgl. Dahrendorf 1990, S. 71f.

12 Mateju/Rehakova/Evans 1999.

»traditionelle« linke Gefilde vorkommen. Die Partei, die die überzeugendsten sozioökonomischen Argumente vorbringt, platziert sich daher in eine extrem starke Stellung, jede anstehende Wahl, zu der sie antritt, zu gewinnen.

3. *Soziokulturelle Konfliktlinie*

Soziokulturelle Fragen sind in vieler Hinsicht die vielfältigsten und am schwersten zu quantifizierenden von allen Dimensionen des politischen Wettbewerbs. Die Themen können von der Rolle der Kirche in der Gesellschaft zu Positionen zu sozialen Fragen wie Abtreibung oder Euthanasie reichen. Manchmal kann diese Spaltung teilend wirken, während sie ein anderes Mal hegemoniale kulturelle Werte hervorbringt. In Polen würden wenige Politiker es wagen, die katholische Kirche irgendwie anders als auf die zaghafteste Weise zu kritisieren. Die Stärke der Unterstützung, die die katholische Kirche und ganz besonders der polnischstämmige Papst Johannes-Paul II. genießt, würde jedes solche politische Abenteuer sicherlich zum Scheitern verurteilen.

Die meisten soziokulturellen Fragen bleiben daher weniger herausragend als sie es zum Beispiel in den Vereinigten Staaten sind. Weit verbreitete hegemoniale Diskurse verbieten es den PolitikerInnen, sich auf moralische Diskussionen über solche Fragen wie Abtreibung oder homosexuelle Heiraten einzulassen, da sehr wenig parteipolitisches Kapital aus der Diskussion solcher Fragen in einer offenen politischen Weise geschlagen werden kann. Kommunistische Nachfolgeparteien insbesondere verstehen in der Regel nicht, sich bei soziokulturellen Fragen zu profilieren – die traditionelle protektionistisch-libertäre Konfliktlinie ist für sie viel relevanter – mit der bemerkenswerten Ausnahme der ostdeutschen PDS, die versucht ostdeutsche, auf einer wachsenden ostdeutschen Identität gegründete Interessen, innerhalb des nationalen politischen Prozesses zum Ausdruck zu bringen.¹³

4. *Konfliktlinie: Nationalismus – Kosmopolitismus*

Fragen der Staatsbürgerschaft und des nationalen Bewusstseins sind traditionell in den östlichen und südöstlichen Teilen des europäischen Kontinents wichtiger gewesen als im Westen. Die meisten mitteleuropäischen Staaten haben dankenswerterweise potenziell gefährliche nationalistische Debatten und Diskurse vermieden. Sogar in Ländern mit großen nationalen Minderheiten wie Ungarn ist nationalistische Rhetorik nicht annähernd so zerstörerisch gewesen wie in anderen europäischen Staaten. Jedoch ist der Nationalismus nicht

¹³ Hough 2002.

tot. Die Trennung der Tschechoslowakei bietet ein ausgezeichnetes Beispiel für nationalistische Diskurse, die den konventionellen politischen Prozess in Geiselnahme nimmt, und Staaten wie Bulgarien und Rumänien haben erlebt, wie die kommunistischen Folgeparteien kühne nationalistische Positionen vertreten haben, schlicht um daraus politisches Kapital zu schlagen. Sogar in der Tschechischen Republik kann man innerhalb der KSČM nationalistische Meinungen identifizieren, die versuchen, den Kommunismus innerhalb der Grenzen des relativ kleinen tschechischen Staats zu schaffen und zu gestalten.

Die Jungen und Gutqualifizierten tendieren, wie man erwarten konnte, zu kosmopolitischeren Orientierungen und mehr Ablehnung der nationalistischen Tagesordnungen. Das ist in sich nicht überraschend, da sie am besten platziert sind, die Gelegenheiten wahrzunehmen, die angeboten werden, nun da ihre Länder sich für den Markt und für die Außenwelt geöffnet haben. Die AnhängerInnen des Nationalismus neigen hingegen dazu, die Durchdringung durch den westlichen Liberalismus zugunsten eines gemeinschaftlicheren Gefühls von Identität und Geborgenheit abzulehnen. Sie neigen auch zu viel autoritäreren Perspektiven hinsichtlich Gesellschafts- und Kulturpolitik – wie sie oben diskutiert wurden. Die Konfliktlinien 3 und 4 können also Hand in Hand gehen. Oft helfen jedoch diese Art sozialer Konfliktlinien uns nicht weiter, um die Natur des Parteienwettbewerbs in den postkommunistischen Gesellschaften vorherzusagen. Sie sind wichtig und beeinflussen den politischen Diskurs, aber selten sind sie für die Ausgestaltung der parteipolitischen Trennlinien ausschlaggebend.

5. Ethnische Konfliktlinien

Die spaltendste und potenziell gefährlichste Dimension des politischen Wettbewerbs sind ethnische Konflikte. Ethnische Kriege in Südosteuropa unterstreichen die Gefahren, die Mobilisierung aufgrund ethnischer Trennungen hervorrufen kann. Obwohl solche ethno-nationalistischen Parteien in Zentraleuropa wenige und selten sind, bietet die Anwesenheit verschiedener ethnischer Gruppen – und besonders der Sinti und Roma – den populistischen Politikern genug Munition, um Unterstützung zu mobilisieren. Glücklicherweise sind sie im Allgemeinen in ihren Versuchen, dies zu erreichen, erfolglos geblieben, und ethnische Trennlinien bleiben weniger herausragend, als sie es in früheren Jahren gewesen sind.

Parteiorganisation und Pfadabhängigkeit

Drei Dimensionen des programmatischen Wettbewerbs (ideologische Richtung, Politikorientierung und Wahlstrategie) sind miteinander kombiniert, wenn der Platz der Parteien im postkommunistischen Parteiensystem gestaltet wird. Es ist jedoch klar, dass die Art und Weise, in der eine Partei sich organisiert, einen beträchtlichen Einfluss auf die programmatische und die ideologische Richtung hat, die sie einschlägt.¹⁴ Die Genese einer Partei wird aber oft die organisatorische Route, die sie einschlägt, grundlegend bestimmen – und die Natur der organisatorischen Entscheidungen in dieser formativen Periode kann einen fundamentalen Einfluss auf ihr Verhalten auf längere Sicht haben.¹⁵ Die Natur des institutionellen Umfelds gestaltet, beschränkt und beeinflusst daher den Aufbau der Organisationen und der Machtverhältnisse innerhalb der politischen Parteien.¹⁶

In Zentraleuropa waren die meisten Parteien, die an den ersten freien Wahlen 1990 teilnahmen, neu geschaffen, was sicherstellte, dass eine kleine Gruppe von Führungspersonlichkeiten einen außerordentlichen Einfluss auf ihre ideologische und programmatische Orientierung hatten. In vielen Fällen waren die Parteien auf ihre Rolle im Parlament beschränkt oder jedenfalls ziemlich eingeschränkt, da ihnen die Mittel fehlten (sowohl was Geld anging, aber auch Zeit und Personal), expansive außerparlamentarische Apparate aufzubauen.¹⁷ Nur mit der Zeit waren sie (wenn überhaupt) in der Lage, ihr organisatorisches Netz über die Gesellschaft zu spannen. Die ehemaligen kommunistischen Parteien, anders als die meisten anderen Parteien in diesen aufkommenden Parteiensystemen, besaßen jedoch eine Reihe von Charakteristika, die sie einzigartig machten:

- sie besaßen ein dichtes Netzwerk lokaler und regionaler Büros,
- sie genossen große, wenn auch schnell sinkende Mitgliederzahlen
- sie profitierten von relativ gesunden Finanzen
- sie hatten Zugang zum Großteil der Verbände und Vereine der Gesellschaft.

Die KNP's befanden sich daher in einer grundsätzlich anderen strukturellen Position. Angesichts ihrer aufgeblähten Organisationsstrukturen aus der Vor-1989-Periode mussten sie ihre außerparlamentarische Organisation eher herunterfahren und sich als flexible, pragmatische demokratische Akteure wieder aufbauen. Eine Reihe von KNP's entschied sich, ihre organisatorischen Strukturen zu zentralisieren und sich schnell in elitegetriebene Kaderparteien

14 Grzymala-Busse 2002.

15 Panebianco 1988.

16 Dahl 1971, van Biezen 1998.

17 van Biezen 2000, S. 396.

zu verwandeln. Sie haben in der Folge größere ideologische und programmatische Flexibilität und auch, unweigerlich, großen Wahlerfolg genossen.¹⁸ Die Kosten der Entscheidungsfindung bleiben viel niedriger, und die Effizienz im Werben um WählerInnen ist stark gestiegen. Das Gegenteil trifft auch zu: Je mehr organisatorische Schichten bestehen und je mehr Akteure im Leben der Partei etwas zu sagen haben, desto umständlicher sind und bleiben die Prozesse der programmatischen Veränderung.¹⁹ Wie Anna Grzymala-Busse überzeugend argumentiert, je weniger die Führer der KNP in der Periode direkt nach 1990 unternahmen, desto geringer die Chancen, dass die Partei in der Lage war, sich in den späteren Jahren grundlegend zu transformieren. Die Parteieliten waren nicht in der Lage, traditionell konservative Mitglieder auf die Zuschauerbank zu versetzen, und die Parteien waren nicht in der Lage, sich auf die neue Situation einzustellen und ihr ideologisches und programmatisches Selbstverständnis zu überholen.²⁰

Diese ursprünglichen organisatorischen Entscheidungen haben die programmatischen Orientierungen der KNP tief greifend beeinflusst. Die, die von einem kleinen Küchenkabinett beeinflusst waren, bewegten sich Richtung Mitte, während die, die weniger zentralisiert waren, ziemlich weit links von der sozialdemokratischen Bewegung verharrten (siehe Abbildung).

Abbildung: KNP-Trajekte, organisatorische Beschränkungen und programmatische Entwicklungen



18 Grzymala-Busse 2002, S. 75.

19 Kitschelt 1994, S. 212.

20 Grzymala-Busse 2002, S. 82.

Die KNP in den frühen 90ern – wie weiter?

Angesichts der herausragenden Stellung der KNP in einer Reihe von mitteleuropäischen Parteiensystemen (Polen, Ungarn, Tschechien, Tschechische Republik, Ostdeutschland), lohnt es sich, kurz zu bewerten, wie und warum sie es geschafft haben, sich in erfolgreiche, demokratische Parteien der Linken zu verwandeln. In den 90er Jahren fokussierte der größte Teil der Literatur über die KNP darauf, warum sie in der Lage waren, sich zu reformieren und wieder zu erstarken.²¹ Ursprünglich betonten die Autoren, dass die in den Wahlen erfolgreicheren KNP die zu sein schienen, die einen durchgreifenden Prozess der ideologischen und politischen Veränderung (und damit eine Bewegung nach »rechts« in ideologischer Hinsicht) durchgemacht hatten, während als die »weniger erfolgreichen« Parteien diejenigen angesehen wurden, die unwillig und unfähig waren, sich an ihre sehr veränderte Umgebung anzupassen.²² Jedoch läuft diese Dichotomie sofort auf Eis: Wie soll man »erfolgreich« definieren? Manche könnten darunter Stabilisierung in einem Parteiensystem auf der Grundlage eines klaren und kohärenten Parteiprogramms verstehen. Andere könnten den Wahlimperativ und die Notwendigkeit, breitere soziale Unterstützung zu erlangen, betonen, während wieder andere bloßes Streben nach Ämtern herausstreichen würden, die Notwendigkeit, andere linke Akteure anzusprechen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel in die Regierung zu kommen. Der akademische Diskurs während der 90er Jahre hat dazu geführt, zwei Wege zum Erfolg zu unterscheiden: die »Grabentaktik« und die »pragmatische Reform«-Option.

- Wenn eine KNP sich für die »Grabentaktik« entscheidet, verschanzt sie sich hinter ihren marxistischen Traditionen und weist viele Begriffe der Moderne zurück. Sie bleibt auch sehr skeptisch gegenüber dem freien Markt und der individualistischen, libertären Ansprüche. Obwohl eine derartige Partei viele Inhalte des »Westlichen« ablehnt, platziert sie sich paradoxerweise instinktiv in der gleichen ideologischen Ecke wie die Parteien der extremen Linken in Westeuropa. Die PDS in Ostdeutschland ist ein Beispiel hierfür (trotz ihres neuen Programms, das sie Ende Oktober 2003 angenommen hat), so wie auch die KSČM, die, wenn auch in einer anderen strukturellen Umgebung, in eine ähnliche Richtung geht.²³
- Die »pragmatische Reform«-Option sieht die KNP dagegen allmählich auf Distanz zu ihren Vorgängerinnen vor 1989 und einem Großteil der von ihnen angenommenen Rhetorik zu gehen (selbst wenn eine Minderheit der

21 Kitschelt 1995, Waller 1995, Ishiyama 1997, Orenstein 1998.

22 Ishiyama und Bozoki 2001, S. 34.

23 Grzymala-Busse 1999, Hough 2002, Hough und Handl 2004.

harten Linken immer noch davor zurückschreckt, dies zu tun). Reformeliten, so wie die in Polen und Ungarn, nehmen die Parteien fest in den Griff und versuchen, sie im (vagen) Stil linker sozialdemokratischer Parteien in Westeuropa umzudefinieren – und steuern dabei in Richtung traditioneller sozialdemokratischer Akteure und sogar solcher Parteien wie New Labour in UK.

Obwohl diese zwei weit gefassten Kategorien der Vielfalt der verschiedenen existierenden KNP's nicht gerecht werden können, bieten sie eine Orientierung zum Verständnis dessen, unter welchen Umständen und an wen sich KNP-Eliten wenden, wenn sie versuchen, ihre politische Legitimität zu stärken und populäre Politiken zu entwickeln.²⁴ Sie bieten auch einen Ausgangspunkt, um zu verstehen, wie diese Parteien die Herausforderungen und Gelegenheiten angehen werden, die die Erweiterung der EU ihnen bietet.

Herausforderungen und Gelegenheiten

Die Linke in ihrer Vielzahl sieht sich jedoch in ihren Versuchen, den dominierenden neoliberalen Zeitgeist zu zähmen, mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Aber Herausforderungen sind häufig auch Chancen. Ein Problem, das auf eine überzeugende und wirksame Weise gelöst wird, kann sich schnell in einen Trumpf und eine Stärke verwandeln, wenn damit versucht wird, die WählerInnen und Akzeptanz durch das Volk zu gewinnen. Die Linke sieht sich einer ganzen Matrix von Herausforderungen gegenüber, die sie zwangsläufig nicht ganz lösen können. Der Schlüssel zum politischen Erfolg (wie auch immer definiert) bleibt dennoch, mit diesen Herausforderungen zu Rande zu kommen, und entweder die negativen Nachwirkungen zu mindern oder klare und kohärente Strategien zu ihrer Überwindung auszuarbeiten. Im restlichen Teil dieses Beitrags hebe ich vier Herausforderungen/Chancen hervor, mit denen die Linke sich befassen müssen, wenn sie ihren politischen Einfluss innerhalb der zentraleuropäischen Politik beibehalten bzw. erweitern will.

Erste Herausforderung: Politik

Parteien müssen ein Regierungsprogramm entwickeln, das erstens die Probleme der heutigen Gesellschaft überzeugend aufgreift und zweitens Resonanz bei den WählerInnen erreicht. Jedoch ist dies nicht so eindeutig, wie es scheinen mag. Parteien können leicht gespalten und zwischen verschiedenen ideologischen und programmatischen Agendas zerrieben werden – was zu

24 Ishiyama und Bozoki 2001, Grzymala-Busse 2002.

Widerspruch, Teilung und häufig Abschreibung durch die Wählerschaft führt. Die Linke ist für das sporadische Aufflammen von internem Dissenz besonders empfänglich, da sie, in vieler Hinsicht, die ideologischere Hälfte des politischen Spektrums ist. Die lange und lebendige kommunistische und sozialistische Tradition hat eine Umgebung geschaffen, in der aktiv zu Diskussion und Debatte ermutigt wird und Meinungsunterschiede als das Brot und Wasser des täglichen Lebens angesehen werden. Obwohl dies sicher von einer demokratischen Perspektive aus wünschenswert ist, hilft es nicht immer beim Erreichen langfristiger Ziele der Partei.

Alle Parteien versuchen, die Gesellschaft (zumindest aus ihrer Sicht) zum Besseren zu verändern. Um dies zu tun, müssen Parteien in demokratischen Systemen Wählerstimmen aus der Öffentlichkeit als Ganzer erhalten, und damit dies geschieht, müssen die Wähler wissen a) wofür die Parteien stehen; b) dass diese ein realistisches Programm anbieten, das umgesetzt werden kann und c) dass die Parteien stabil genug sind, nicht zu zerbrechen, sobald der schwierige Prozess des Regierens beginnt. Anders gesagt, Politiker und Parteimitglieder müssen bereit sein, ihre innerparteilichen Diskussionen zu zügeln und in der Öffentlichkeit geint zu bleiben. Das ist nicht etwas, worin kommunistische, sozialistische und sozialdemokratische Parteien seit jeher besonders versiert sind.

Wenn jedoch linke Parteien in die Regierung eintreten, müssen sie vorsichtig sein, die Erwartungen nicht auf ein unverantwortlich hohes Niveau zu steigern. Die Welle der Erfolge der KNP's baute auf Hoffnungen auf, die diese Parteien niemals wirklich zu erfüllen erwarten konnten – womit sichergestellt wurde, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis die »Schufte wieder herausgeworfen« wurden. Regierungsprogramme müssen umsetzbar sein. Übergroßzügige, in der Opposition erhobene Ansprüche führen nicht nur dazu, dass die Politiker Versprechen brechen müssen, die sie zweifellos gut gemeint hatten, sie fügen außerdem den Wahlchancen der Partei in der Zukunft langfristig Schaden zu.

Zweite Herausforderung: Anpassung an die Parameter der internationalen Umgebung

Mit Eintritt in die Europäische Union wird die Linke weiterhin harte Entscheidungen treffen müssen. Diese Entscheidungen werden in der Sphäre der Wirtschaftspolitik besonders schwer fallen. Viele Kommentatoren beklagen sich weiterhin, dass die Rhetorik der Globalisierung tatsächlich hohl ist, dass die neoliberalen Akteure eine internationale Umgebung schaffen, die ihren eigenen Zielen von Deregulierung und freier Marktmarktwirtschaft gerecht wird. Ich werde nicht für oder gegen diese These argumentieren: Aber *etwas* hat sich offensichtlich geändert, und das ganz abgesehen von der Tatsache, ob man glaubt,

dass die Globalisierung eine Kraft ist, die man verlangsamen, beschleunigen oder eindämmen sollte. Die Rhetorik könnte Veränderungen im Verhalten ausgelöst oder strukturelle Anpassungen erzwungen haben – jedenfalls sind die integrierten Wirtschaften der fortgeschrittenen Welt auf einer qualitativ anderen Stufe als sie es vor noch zehn Jahren waren. Die Linke wird ein Politikpaket zu schnüren haben – nachdrücklich um bestehende internationale Netzwerke harter und weicher linker Gruppierungen herum aufgebaut und auch auf die sozialen Bewegungen in der Zivilgesellschaft bezogen –, das auf überzeugende Weise mit dieser Veränderung fertig wird.

Tony Blairs Maxime, dass das, »was funktioniert, zählt«, mag nicht sein, was viele gerne hören würden, aber sie hat zweifellos ein Quäntchen Wahrheit in sich. Es lohnt sich nicht, verlorene Kämpfe zu kämpfen; die Linke in der Regierung muss innovativ, kreativ und praktisch sein. Andernfalls wird sie sich als politisch unwirksam, vom Wahlstandpunkt her als unpopulär und letztendlich als unfähig erweisen, das politische und/oder Wirtschaftssystem zu verändern, in dem sie arbeitet.

Dritte Herausforderung: die Medien

Die Bedeutung der Medien in unseren Gesellschaften kann kaum überschätzt werden. Die Parteien müssen beträchtliche Zeit und viel Geld ausgeben, um Profile zu schaffen, die in Zeitungen, Internet, Radio und, was am wichtigsten ist, im Fernsehen gut porträtiert werden können. In Polen braucht man nur den Aufstieg von Andrzej Lepper bei der Wahl von 2001 zu betrachten, um zu sehen, wie die Medien schnelle Veränderungen in der politischen Landschaft hervorbringen und erleichtern können.

Durch die ganzen 90er Jahre hindurch zogen die Linke und besonders die KNP in einigen Ländern Nutzen aus ihrem starken Einfluss auf den Output der elektronischen Medien. Dieser strukturelle Vorteil war jedoch nicht von langfristiger Natur und die elektronischen Medien in der ganzen Region werden nun als mehr oder weniger neutral in ihrer politischen Berichterstattung wahrgenommen. Die Herausforderung für die Linke in Zentraleuropa (wie auch häufig in Westeuropa der Fall) kommt von den Druckmedien, da die Medienkonsortien oft linker Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Wo die Parteien sich wirklich sozialdemokratisiert haben, sind die Befürchtungen nicht so groß, aber wo die »Grabentaktik« dominiert, können sozialistisch-kommunistische Parteien aus der öffentlichen Debatte ausgeschlossen (oder herausgeworfen) werden. Die normalen Prozesse der Marktkonsolidierung und die Intervention von Medienmogulen wie Rupert Murdoch werden es der Linken wahrscheinlich nicht erleichtern, eine wertfreie Information herüberzubringen. Tatsächlich ist es oft ausgesprochen schwer, eine Erörterung linker Politik in

manchen Ländern zu finden, da mehr zum Zentrum/zur Rechten neigende Eigentümer Einfluss auf die politische Linie der Redaktionen ausüben.

Die Linke hat nicht die Option, sich nur auf ein Parteiblatt oder eine kleine Anzahl von der Partei produzierter Elemente zu verlassen, um ihre Botschaft an den Mann/die Frau zu bringen. Die 52.000 Leserinnen und Leser von *Neues Deutschland* in Deutschland sind zum Beispiel schon für die Sache der PDS gewonnen (48.000 sind AbonentInnen), und die PDS hat wenig Gelegenheit, ihre Wählerschaft zu expandieren oder andere soziale Gruppen zu erreichen, wenn sie nur dieses Medium nutzt (obwohl das ND natürlich der ungemein nützlichen Aufgabe dient, die Mitgliedschaft über die PDS-Politik und linke Politik im Allgemeinen auf dem Laufenden zu halten).

Parteien müssen die Gelegenheit wahrnehmen, Webpräsenzen zu schaffen, die nicht nur moderne, durchgestylte und professionelle Bilder rüberbringen sondern auch die ständig sich ändernden Bedürfnisse einer neugierigen Wählerschaft zu befriedigen versuchen. Traditionell sind die Parteien vorsichtig bei der Nutzung der interaktiven Kapazitäten dieses neuen Mediums und haben sich mehr auf Informationsvermittlung konzentriert. Dies ist angeblich sogar in den USA so, wo, so würde man denken, solche Kommunikationstechniken entwickelter sind: Während der Präsidentschaftswahlen 1996 beobachteten zwei Akademiker, dass statt der Nutzung des potentiell revolutionären Demokratisierungspotenzial des Internets »es scheint, dass die Kampagnen ihre Internetnutzung auf relativ nicht-interaktive, unidirektionale Weisen der Kommunikation mit WählerInnen, UnterstützerInnen und ReporterInnen beschränken«. ²⁵ Jedoch sind es, wie im Fall der nicht-elektronischen Sphäre, die großen Parteien, die am meisten gewillt sind (aus verständlichen Gründen), Zeit, Energie und Ressourcen in den Elektroniksektor zu stecken und das Meiste aus dem Internet zu machen. Wie Rachel Gibson et. al in ihrer Studie der Nutzung des Internets durch die deutschen Parteien während des 2002-Wahlkampfes betonen, »versuchen die großen Parteien nun, das Internet als Kommunikationsmedium sehr ernst zu nehmen, besonders im Wahlkampf«. ²⁶

Das ist ein klares Beispiel für eine Herausforderung, die auch eine Chance sein könnte. Die soziokulturelle Umgebung in Mitteleuropa ist sehr anders als in den US oder Westeuropa, jedoch wird die Internetnutzung steigen und die Wichtigkeit der elektronischen Kommunikation wird steigen. Die Parteien der Linken in Zentraleuropa müssen jedoch versuchen, schnell auf diese Herausforderungen zu reagieren, um einen klaren Wettbewerbsvorteil zu erreichen, sowohl was weit gefasste politische als auch spezifischere Wahlziele angeht. Der

²⁵ Klinenberg/Perrin 2000, S. 34.

²⁶ Gibson et. al 2003, S. 77.

moderne politische Konsument in Mitteleuropa, so wie in Westeuropa und den USA, wird wahrscheinlich spezifische Informationen aus spezifischen Quellen zu spezifischen Zeitpunkten haben wollen, und dies ist eine Herausforderung, der sich *alle Parteien* werden stellen müssen. Der politische Konsument ist oft bereit, ins Netz zu gehen und danach zu schauen, und es ist notwendig, dass die NutzerInnen wenig Schwierigkeiten haben, die Information zu finden, die sie suchen – andernfalls sind sie (als potenzielle WählerIn) politisch verloren. Obwohl die Quantität der Internetnutzung in Zentraleuropa niedriger ist als in Westeuropa, werden immer mehr Menschen dieses Medium nutzen, um »Schnappschüsse« von Information über Politik zu gewinnen. Die Parteien müssen darauf antworten. Die Bürger könnten vielleicht die Position einer Partei zu einem bestimmten Fall oder Problem wissen wollen, und der leichteste Weg für viele, dies zu tun, ist durch das Internet. Sie werden sich jedoch nicht durch Massen anderer Information kämpfen wollen, um dahin zu gelangen. Die Linke muss sich daher an die sich ändernde Medienlandschaft anpassen und ihre Methoden, in die Gesellschaft einzudringen, erweitern. Dies mag sie nicht befähigen, strukturelle Defizite »wettzumachen«, aber es wird sie befähigen, ihre Nachricht auf klare und kohärente Weise zu denen, die daran interessiert sind, durchzubringen.

Vierte Herausforderung: Parteiressourcen – das organisatorische Dilemma

In Westeuropa scheint das Zeitalter der Massenpartei zu Ende zu sein. In den letzten Jahren sind die Zeitschriften für politische Wissenschaft mit Beiträgen gefüllt gewesen, die versuchen, die verschiedenen Typen von politischer Partei umzudefinieren, die nun in einer Ära zu herrschen scheinen, in der die Mitgliederzahlen in vielen der KNP auf einen unsagbar niedrigen Stand gefallen sind. Traditionell wurde dies als Gefahrensignal gesehen, da so wichtige Kanäle der Interessenvertretung vernachlässigt wurden und die Bevölkerung sich von aktiver Beteiligung zurückzog. Obwohl diese Interpretation bei weitem nicht allgemein akzeptiert wird, ist es klar, dass sich die Natur des Wettbewerbs zwischen politischen Parteien zu ändern beginnt. Das ist sowohl in Zentraleuropa als auch in den alten westlichen Demokratien der Fall.

Die Linke in Mitteleuropa, einschließlich der ehemaligen kommunistischen Parteien, können kaum als Hoffnungsträger in diesem Prozess der Mitgliederschwünde angesehen werden. Aber die KNP bleiben immer noch in einer Position der Stärke, da sie sehr viel mehr Mitglieder haben als ihre Konkurrenten. Das mag langfristig nicht so bleiben, aber es gibt ihnen zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch einen Wettbewerbsvorteil. Wie die empirische politische Wissenschaft weiterhin beweist, laufen starke Bande zu benachbarten Organisationen (z.B. Gewerkschaften) und eine starke Mitgliederbasis auf besseres Abschnei-

den an den Wahlurnen hinaus. Thomas Poguntke argumentiert unzweideutig, dass die Aufrechterhaltung von Beziehungen in der ganzen Gesellschaft und der Versuch, Mitglieder zu behalten (oder sogar zu rekrutieren) der Mühe Wert ist, da sie immer noch »wichtige Wahlkampftrumpfe« darstellen.²⁷

Ende der 90er Jahre hatten Parteien wie die KSČM, obwohl sie das ganze Jahrzehnt hindurch beträchtliche Mitgliederverluste erlitten hatte, immer noch ungefähr 140.000 Mitglieder, während die Demokratische Linke Allianz in Polen ungefähr 80.000 registrierte. Manche prominente Regierungsparteien haben sehr viel weniger Mitglieder gehabt – die Tschechischen Sozialdemokraten zum Beispiel hatten bloße 18.000 Unterstützer mit voll bezahlten Beiträgen und die Bürgerlichen Demokraten nur 19.000.²⁸ Obwohl es sicherlich nicht der Fall ist, dass Mitgliedschaft und Ressourcenvorteil Wahlerfolg garantieren, ist es fair anzunehmen, dass sie Parteien bei der Übermittlung ihrer Botschaft und Ausdehnung ihrer Mitgliedschaft helfen.

Die Mitglieder ehemaliger kommunistischer Parteien sind natürlich im Durchschnitt älter als die Mitglieder anderer Parteien. Die PDS in Ostdeutschland hat das in einen Wahlkampftrumpf gedreht, und die »Knochenarbeit« ihrer »Turborentner« hat der Partei bei der Stabilisierung ihrer Position in Deutschland sehr geholfen. Eine Vernachlässigung der Mitgliedschaft im Namen des Appells an die weitere Wählerschaft ist sicherlich ein gefährliches Spiel. Während starke Partizipation der Mitglieder die politischen Eliten binden kann, müssen die Mitglieder nichtsdestotrotz in den politischen Prozess integriert werden. Wenn die KNP's in der Lage sind, dies weiterhin zu tun, werden ihre beträchtlich größeren Mitgliedschaften in der Tat zumindest auf mittlere Sicht ein Wahlkampftrumpf sein.

Abschließende Bemerkungen

Die Entwicklungspfade, die linke Parteien eingeschlagen haben, sind weder linear noch identisch. Die Konstellation der linken Kräfte, die in ganz Zentral-europa besteht, ist daher von Land zu Land verschieden. In einigen hat eine starke, einige, hartnäckige kommunistische Bewegung sich zur Linken einer reformorientierten sozialdemokratischen Partei etabliert. In anderen sind die Parteien der harten Linken in viel schwächeren Positionen, da Parteien der Mitte und des rechten Flügels dominieren. Parteien, die die Macht in der unmittelbaren Periode vor 1990 in kleinen Gruppen von Eliteakteuren zentralisiert hatten, haben beim Versuch, Wählerstimmen zu maximieren und ideologisch breit

²⁷ Poguntke 2002, S. 58.

²⁸ Lewis 2003, S. 166.

angelegt zu bleiben, mehr Flexibilität genossen. Die Parteien, die sich radikal demokratisiert haben, in dem sie ihren Mitgliedern oder mittleren Kader mehr Einfluss gegönnt haben, sind ideologisch konservativer und neokommunistisch in ihrer Orientierung geblieben, statt sozialdemokratisch zu werden.

Viele Herausforderungen, denen sich die Linke gegenüber sieht, sind nicht einzigartig. Alle Parteien in den zentraleuropäischen Parteiensystemen sehen sich beträchtlichen Herausforderungen gegenüber, wenn sie versuchen, die Dynamik der Transformation vom Kandidaten- zum wirklichen EU-Mitglied erfolgreich zu gestalten. Während viele dieser Herausforderungen ähnlicher Art sind, könnte die Linke gut außergewöhnliche Mittel einsetzen müssen, um sie zu überwinden. Die Linke wird jedoch versuchen müssen, zu redefinieren oder umzudeuten, wie eine sozialistische/kommunistische politische Ökonomie in einer EU des 21. Jahrhunderts aussehen sollte. Die Linke muss vermeiden, ihren UnterstützerInnen zu viel zu versprechen und sich darauf konzentrieren, zu liefern, wenn sie in der Regierung ist. Um Napoleon falsch zu zitieren, »der Ruhm geht vorbei, aber versiebt Wahlen sind ewig«. Wenn die Linke in den Genuss des Ruhmes kommt, eine Wahl gewonnen zu haben, muss sie eine Agenda haben, die es sich umzusetzen lohnt – sonst wird sie in die Bedeutungslosigkeit versinken. Die Linke muss der Herausforderung begegnen, einige der Hauptpolitiken der EU mitgestalten zu müssen: die Gemeinsame Landwirtschaftspolitik, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Regionalpolitik usw. Alle diese müssen reformiert bzw. in den kommenden Jahren erst richtig geschaffen werden, und wenn die Linke in Zentraleuropa politische Akzeptanz genießen will, wird sie zusammenkommen und nach gemeinsamen Positionen und Politiken suchen müssen. Die Parteien der Linken werden auch mit ihren immer weiter schrumpfenden Mitgliederzahlen fertig werden müssen und mit einer Presse, die ihren politische Grundlagen nie grundsätzlich positiv gegenüberstehen wird. Der Herausforderungen sind nicht wenige. Aber wie der berühmte britische Premier während des 2. Weltkriegs, Winston Churchill, einst sagte: »Ein Pessimist sieht die Schwierigkeit in jeder Gelegenheit; ein Optimist sieht die Chance in jeder Schwierigkeit.« Wenn die Linke diese Haltung einnimmt, muss die Zukunft nicht notwendigerweise gar zu grauig sein.

Literatur

- Biezen, Ingrid van (1998): Building Party Organisations and the Relevance of Past Models: The Communist and Socialist Parties in Spain and Portugal, in: West European Politics, 21 (2): 32-62.
- Biezen, Ingrid van (2000): On the Internal Balance of Power: Party Organisations in New Democracies, in: Party Politics, 6 (4): 395-417.
- Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy: Participation and Opposition, New Haven.

- Denitch, Bogdan Denis (1990): *The End of the Cold War: European Unity, Socialism and the Shift in Global Power*, London.
- Evans, Geoffrey/Whitfield, Michael (1995): *Economic Ideology and Political Success: Communist-successor Parties in the Czech Republic, Slovakia and Hungary compared*, in: *Party Politics*, 1 (4): 565-578.
- Gibson, Rachel/Römmele, Andrea/Ward Stephen (2003): *German Parties and Internet Campaigning in the 2002 Federal Election*, in: *German Politics*, 12 (1): 79-108.
- Grzymala-Busse, Anna (1999): *Czech and Slovak Communist Successor Party Transformations After 1990: Organisational Resources, Elite Capacities and Public Commitments*, in: John Ishiyama (ed.): *Communist Successor Parties*, in: *Post-Communist Politics*, Carmack, New York.
- Grzymala-Busse, Anna (2002): *Redeeming the Communist Past*, Cambridge.
- Hanley, Sean (1999): *The New Right in the New Europe? Unravelling the Ideology of Czech Thatcherism*, in: *Journal of Political Ideologies*, 4 (2): 163-190.
- Hough, Dan (2002): *The Fall and Rise of the PDS in Eastern Germany 1989-2000*, Birmingham.
- Hough, Dan/Handl, Vladimir (2004): *The (Post-) Communist Left and the European Union: The Czech KSČM and the German PDS*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 37 (4), Forthcoming.
- Ishiyama, John (1997): *The Sickle or the Rose? Previous Regime Types and the Evolution of the Ex-Communist Parties in Post-Communist Politics*, in: *Comparative Political Studies*, 30 (3): 299-334.
- Ishiyama, John/Bozoki, Andras (2001): *Adaptation and Change; Characterising the Survival Strategies of the Communist Successor Parties*, in: *Communist Studies and Transition Politics*, 17 (3): 32-51.
- Ishiyama, John T./Shafqat, Sahar (2000): *Party Identity Change in Post-Communist Politics: The Cases of the Successor Parties in Hungary, Poland and Russia*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 33: 439-455.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy*, Cambridge.
- Kitschelt, Herbert (1995): *Formation of Party Cleavages in Post-Communist Democracies: Theoretical Propositions*, in: *Party Politics*, 1 (4): 447-72.
- Kitschelt, Herbert et al. (1999): *Post-Communist Party Systems: Competition, Representation and Inter-Party Cooperation*, Cambridge.
- Klinenberg, Eric/Perrin, Andrew (2000): *Symbolic Politics in the Information Age: The 1996 Republican Presidential Campaigns in Cyberspace*, in: *Information Communication and Society*, 3 (1): 17-38.
- Lewis, Paul G. (2003): *Political Parties*, in: Stephen White, Judy Batt and Paul G. Lewis (eds.): *Developments in Central and Eastern European Politics*, Basingstoke, pp. 153-172.

- Mateju, Petr/Rehakova, Blanka/ Evans, Geoffrey (1999): *The Politics of Interests and Class Realignment in the Czech Republic, 1992-96*, in: Geoffrey Evans (ed.): *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context*, Oxford.
- Millard, Frances (2003): *Poland*, in: Stephen White, Judy Batt and Paul G. Lewis (eds.): *Developments in Central and Eastern European Politics*, Basingstoke, pp. 23-40.
- Orenstein, Michael (1998): *A Genealogy of Communist Successor Parties in East-Central Europe and the Determinants of their Success*, in: *East European Politics and Society*, 12 (3): 472-99.
- Panbianco, Angelo (1988): *Political Parties: Organisation and Power*, Cambridge.
- Poguntke, Thomas (2002): *Party Organisational Linkage: Parties Without Firm Social Roots?*, in: Kurt Richard Luther and Ferdinand Müller-Rommel (eds.): *Political Parties in the New Europe*, Oxford, pp. 43-62.
- Waller, Michael (1995): *Adaptation of the Former Communist Parties of East-Central Europe: A Case of Democratisation?*, in: *Party Politics*, 1 (4): 373-90.
- Waller, Michael/Coppieters, Bruno/Deschouwer, Kris (eds.) (1994): *Social Democracy in a Post-Communist Europe*, London.
- Williams, Kieran (1997): *National Myths in the New Czech Liberalism*, in: Geoffrey Hosking and George Schöpflin (eds.): *Myths and Nationhood*, London, pp.132-140.
- Williams, Kieran (2003): *The Czech Republic and Slovakia*, in: Stephen White, Judy Batt and Paul G. Lewis (eds.): *Developments in Central and East European Politics*, Basingstoke, pp.41-73.

Die Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren und ihre Beziehung zu den Sozialdemokraten¹

Die Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren (KSČM) hat sich zu einer politischen Partei entwickelt, die beträchtlichen Einfluss genießt und in der Gesellschaft tief verwurzelt ist. Die reine Wahlarithmetik beweist, dass eine umfassendere Anerkennung und Annahme der KSČM und ihre »Wiederversöhnung« mit der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) die parteipolitische Konstellation in der Tschechischen Republik nach 1989 hätte weitreichend verändern können. Jedoch ist das Koalitionspotenzial der KSČM auf nationaler Ebene bis jetzt beschränkt geblieben. Das Papier argumentiert, dass einer der Gründe hierfür das vieldeutige Bild der KSČM ist. Während eine programmatische Verschiebung hin zur ČSSD schwerlich zu bestreiten ist, ist das Ziel der Partei einer revolutionären, systemischen Veränderung weitgehend als anti-systemische und daher negative oder sogar anti-demokratische Orientierung interpretiert worden. Trotz ihrer revolutionären Rhetorik scheint die Mehrheitsströmung in der Partei in strategischen Fragen wie europäische Integration oder Haltung gegenüber Deutschland der konservativ-liberalen Bürgerlich-Demokratischen Partei (ODS) näher als der ČSSD zu kommen.

Was die Beziehungen zwischen der KSČM und Sozialdemokratie angeht, haben pragmatische Ansätze gegenseitige praktische Zusammenarbeit in einer Reihe von Fragen ermöglicht und beflügelt, die sich jedoch auf die kommunale und regionale Ebene und das tschechische Parlament beschränkten. Dieser Text

1 Der Text beruht auf dem Beitrag des Autors zu einem von Professor William E. Paterson und James Sloam am Institut für Deutschlandstudien, Universität Birmingham zu »Politiktransfer und Programmatischer Veränderung in den kommunistische Nachfolgeparteien von Zentral- und Osteuropa« durchgeführten Forschungsprojekt (Leverhulme Trust Grant-Nummer F/00094/O). Der Autor dankt Radomira Handlová für analytische und Dokumentationshilfe bei diesem Artikel. Ohne ihre Unterstützung hätte der Text nicht geschrieben werden können. Das zuvorkommende und hilfreiche Verhalten der Repräsentanten, Experten und der Mitarbeiter der KSČM soll hier dankbar hervorgehoben werden.

reduziert den Fokus jedoch ausschließlich auf die KSČM. Wir argumentieren hier, dass zwei Faktoren eine vollwertige Kooperation zwischen der »harten« und der »weichen« Linken auf der nationalen Ebene bis jetzt verhindert haben. Zum einen wurde sie von der kommunistischen (»leninistischen«) Identität und dem negativen Image der KSČM beeinträchtigt. Außerdem haben politische und ideologische Unterschiede und auch die Konkurrenz zwischen KSČM und ČSSD eine negative Rolle gespielt. Keiner der beiden oben erwähnten Faktoren hindern die KSČM daran, die Rolle einer Partei des radikalen politischen Protestes zu spielen, oder umgekehrt, ihre Macht und ihren Einfluss in der Zusammenarbeit mit der tschechischen Linken und Rechten pragmatisch zu nutzen. Jedoch haben beide Faktoren potentielle Partner innerhalb der nichtkommunistischen Linken bis jetzt wirksam daran gehindert, sich auf ein uneingeschränktes gemeinsames Engagement mit der KSČM auf der nationalen Ebene einzulassen.

1. Umgestaltung der Tschechischen Kommunistischen Partei

Wie in den anderen Kommunistischen Nachfolgeparteien (englische Abkürzung CSPs) wurde das Fenster zur Veränderung der Tschechischen Kommunistische Partei vor allem in den frühen 90er Jahren geöffnet. In einer Atmosphäre emphatischer öffentlicher Ablehnung der Kommunistischen Partei musste ihre Führung situationsbedingte politische Entscheidungen treffen (Hanley, 2001), die sie in eine defensive Position stieß. Sie führte eine Programmveränderung durch, die eine radikale Abwendung von der Vor-1989-Doktrin darstellte. Die Partei gab ihren Verfassungsanspruch auf die »Führungsrolle« in der Gesellschaft und den Marxismus-Leninismus als Staatsideologie auf, verpflichtete sich der parlamentarischen Demokratie, dem politischen Pluralismus und der Existenz verschiedener Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln. Sie strich das »Klassenkampf«-Axiom aus ihrem Programm und hörte auf, den Kampf gegen den Imperialismus in ihren offiziellen Dokumenten zu erwähnen. Im Kampf gegen den alten Apparat und in der Suche nach demokratischer Erneuerung dezentralisierte die Partei ihre Organisationsstruktur und unterdrückte zeitweilig das organisatorische Prinzip des demokratischen Zentralismus. Die radikale Dezentralisierung verursachte eine bedeutende Besserung der Stellung der Bezirksparteiorganisationen und der Basisorganisationen. Die Verlagerung erwies sich als folgenschwer: Jene, die eine Schnellspurtransformation der Partei angeregt hatten, verließen sie unzufrieden mit ihrem langsamen Verlauf. Die Partei verlor daher die meisten ihrer Mitglieder jüngeren und mittleren Alters. Die KSČM, die immer »erfahrene« und daher ältere »Kader« in den Vordergrund geschoben hatte, wurde nun von Mitgliedern im Pensionsalter

dominiert. Also wurde wie nach Definition die Mehrheit der Partei aus Mitgliedern gebildet, die die »Normalisierung« der Partei nach dem Prager Frühling 1968 aktiv umgesetzt hatten oder ihr zumindest zugestimmt hatten. Eine Art »kommunistische Gegenreformation«, die so genannte Normalisierung, hatte die Partei während der 70er Jahre gründlich ihres Reformcharakters beraubt und eine hochdogmatische Version der marxistisch-leninistischen Ideologie installiert. Die gleichen Parteimitglieder folgten »perestroika« und »glasnost« in der UdSSR mit Misstrauen und wandten sich gegen radikale Veränderungen in Partei und Gesellschaft in den späten 1980ern. Gegenwärtig stellen sie die Mehrheit des traditionalistischen und konservativen Elements in der KSČM. Heller beschreibt daher die KSČM nicht als eine Arbeiterklassepartei, sondern als eine Partei der unteren Schichten der ehemaligen Führungsklasse (Heller, 2003, 28). Nach der Dezentralisierung und der inneren Demokratisierung der Partei modellierten die örtlichen Basis- und Graswurzelorganisationen die Partei in einem Unten-nach-oben-Prozess während der frühen 90er Jahre.

Die reine Größe der traditionalistischen und konservativen Mitgliedschaftsbasis und der ständigen Wählerschaft sicherte einen andauernden Wahlerfolg von 10% und mehr. Die Existenz der Partei war also auch ohne viel Veränderung gesichert – eine Option, die die meisten anderen ehemaligen kommunistischen Parteien nicht hatten. Es gab daher nur eine bedingte Unterstützung für Parteiführer wie Vasil Mohorita (1990), gefolgt von Jiří Svoboda (1990-1993), die auf mehr oder weniger offene und konsistente Weise eine nichtkommunistische Modernisierung der Partei verfolgten, um so weitere linke Kreise anzuziehen. Bald konzentrierte sich die interne Diskussion über die Vergangenheit und das zukünftige Programm auf den Namen der Partei. Der Prostějov Parteikongress 1993 schloss die ursprüngliche Suche nach einer adäquaten Überlebensstrategie ab und konzentrierte sich auf die Beibehaltung der Massenmitgliedsbasis der Partei. Die KSČM optierte tatsächlich für das, was Ishiyama und Bozóki eine »Strategie des linken Rückzugs« (2001, 34) oder schlicht »orthodoxe kommunistische Strategie« (2001, 40) nennen. Jedoch sehen wir die KSČM-Strategie nicht als absolut kohärent an, da sie für einen gewissen Input nicht nur von konservativen Kräften – primär von Neo-Kommunisten – Raum lässt. Andererseits sind wir nicht voll mit Haleys Behauptung einverstanden, dass die Partei eine »neo-kommunistische Strategie« adoptiert hat, obzwar wir »innovative und demokratische Elemente« in der Parteistrategie ausmachen (2001, 97). Wir wollen hier argumentieren, dass der Fall der KSČM-Transformation nicht so klar gestochen ist. Wir sehen die KSČM-Überlebensstrategie als eine Widerspiegelung des augenblicklichen Modus vivendi zwischen den einzelnen Strömungen innerhalb der Partei an.

Wir stimmen mit der allgemeinen, in der Literatur präsentierten Sichtweise überein, dass die Partei sich in den frühen 90ern allmählich in das aufspaltete,

was als die »nicht-kommunistische« (sozialdemokratische), »konservative« (dogmatisch marxistisch-leninistische) und modernisierende (»neo-kommunistische«) Strömungen bezeichnet worden ist. Wir argumentieren jedoch, dass eine vierte Strömung als eigenständiges Element mit in Betracht gezogen werden sollte: die Traditionalisten, die die Mehrheit der Partei darstellen. Zugegeben, die traditionalistische Strömung ist weniger artikuliert als die anderen, da sie eine ziemlich heterogene Gruppe ist, und sie hängt an vertrauten Symbolen und dem vertrauten Ideenkonstrukt des Marxismus-Leninismus, statt an ihren eigenen theoretischen Konzepten zu arbeiten. Da sie, was die Ideen angeht, den Konservativen näher stehen, sind sie oft bereit gewesen, pragmatische Lösungen zu unterstützen.

Es ist nicht überraschend, dass die einflussreichste Kraft der »Strategie des linken Rückzugs« eine versuchsweise »Rückzugskoalition« bestehend aus der konservativen und der traditionalistischen Strömung ist. Der Kern der Strategie ist von dem Willen der bis jetzt verzweifelten Mitgliedschaft der Partei ausgestaltet worden, die sich nicht nach Modernisierung und dem Umgang mit kritischen Diskursen und Veränderung gerissen hat. Das überwältigende Mehrheitsinteresse ist vielmehr die Aufrechterhaltung einer vertraulichen und vertrauten ideologischen und sozialen Zufluchtsstätte inmitten der turbulenten und oft kontroversen Transformation der Gesellschaft. Die Strategie ist jedoch so offen für Anpassungen gewesen wie jeder Modus vivendi.

Die KSČM hat nie aufgehört, Veränderungen ihrer Strategie zu erörtern und sogar anzunehmen, und diese Diskussionen sind durch die kürzliche Verbesserung der Ergebnisse der Partei und die Vorbereitung des wichtigen 6. Kongresses beschleunigt worden. Die im Jahr 1993 gewählte Parteiführung wurde von Miroslav Grebeníček geführt, der in vieler Hinsicht die »Rückzugsstrategie« vertrat, jedoch hauptsächlich zentristische Positionen zu programmatischen Fragen annahm. Unter seiner Führung restaurierte die Partei ihre Einheit durch den Prozess einer gewissen »Re-Bolschewisierung«. Das Zentrum versuchte, eine führende Rolle in der Partei zu erlangen und zu konsolidieren. Die KSČM hat schrittweise ihre Stellung auf der politischen Bühne verbessert.

Die Zusammenarbeit der drei Strömungen in der Partei ist auf der Beibehaltung der kommunistischen »Avantgarde«-Identität und Elementen ihrer traditionellen Ideologie, ihrer vertrauten Sprache, den Symbolen der Partei (am allerwichtigsten ihres Namens) aufgebaut. Die Mehrheit der Partei hat ihre Bewertung der »Freunde« (radikale Linke und »sozialistische« Staaten) als auch der »Feinde« aufrechterhalten. Eine starke Neigung Richtung antideutscher, antiamerikanischer und antiklerikaler Haltung hat of zur Zurückweisung des »kapitalistischen Westens« als Ganzem geführt.

Die KSČM hat wesentliche programmatische Positionen der westlichen Linken – sowohl der nicht-kommunistischen als auch der EURO-kommunistischen

– eingeführt, die die Partei vor 1989 ebenfalls emphatisch abgelehnt hatte. Dennoch verfolgt die Partei »das Konzept der Avantgarde-Partei« (Zprva, 5. Kongress, 1999, 31) und sieht sich als die einzige wirkliche tschechische Linkspartei. Ihr langfristiges Ziel ist ein »Systemwechsel«: die Wende vom Kapitalismus zum Sozialismus (Zprava, 5. Kongress, 1999, S. 25, 27, 31). Die neo-kommunistischen Modernisierer sind die einzige Gruppe gewesen, die weiterhin an einem »modernen Linkspartei«-Konzept gefeilt hat. Programmatische Betonung solcher Punkte wie »Selbstverwaltung«, »Vermittlung innerhalb der Gesellschaft« und »neue Rationalität« reichen über die ziemlich pragmatische programmatische Orientierung der Partei hinaus (Ransdorf, 2001). Miloslav Ransdorf befürwortete resolut eine revolutionäre Gestaltung der Modernisierung der Parteistruktur und -verwaltung (Ransdorf, 2004). Nichts könnte sich mehr von der in der Partei vorherrschenden bürokratischen institutionellen und kulturellen Kontinuität unterscheiden. Je offensichtlicher die Abweichung der neo-kommunistischen Modernisierer von den traditionellen Postulaten, desto größer ihre Distanz sowohl von den Konservativen als auch den Traditionalisten. M. Grebeníček hat die periodische Stärkung der inakzeptablen orthodoxen Positionen bis vor kurzem in Schach gehalten. Seit 2002 hat er sich auf die Konsolidierung der Hegemonie der »Rückzugskoalition« in der Partei konzentriert. Die Vorbereitung für den 6. Kongress zeigte, dass sowohl die Neo-Kommunisten als auch die Konservativen versuchten, den Modus vivendi zu ihren Gunsten umzudefinieren.

Eines der Resultate der Ideenheterogenität der Partei ist ein wachsender Grad des Pragmatismus gewesen. Die KSČM fokussierte auf die Maximierung ihrer Macht und ihres Einflusses, die Partei und Führung auf verschiedenen Ebenen der Politikgestaltung genießen konnten. Der Wahlerfolg der Partei im Jahr 2002 (die Partei erreichte 18,5% der Stimmen) bestärkte diese Haltung. In einer unvorhergesehenen Bewegung unterstützte die Partei ihren ideologischen Rivalen und den Geist der Laissez-faire-Umgestaltung, Václav Klaus, den ehemaligen Vorsitzenden der ODS, in seiner Kandidatur für das Präsidentenamt. Im Parlament hat die KSČM häufiger mit der ODS gegen die Mitte-Links-Koalition gestimmt als umgekehrt. Im Senat, dem Oberhaus des tschechischen Parlament, etablierten die Kommunisten einen Klub zusammen mit einem zweifelhaften Oligopolisten und Medienmagnaten, Železný, einem nationalen Symbol für intransparente Geschäfte, wenn nicht Diebstahl im großen Umfang.

Der Wahlerfolg der Partei bewies sicherlich, dass diese Überlebensstrategie bis jetzt funktioniert hat.² Während das Verhältnis zwischen den Parteimitgliedern

2 Die Partei erhielt 1990 13,25% der Stimmen, 14,5% im Jahr 1992 (die Wahlkoalition »Linker Block« zusammengesetzt aus KSČM, LB und DL[PDŠ]), 10,33% 1996, 11,03% 1998 und 18,5% im Jahr 2002. Die

und den Nichtmitgliedern in der Wählerschaft der KSČM 1990 1:2,5 betrug, verschob es sich bis zum Jahr 2002 auf 1:7 (Vacek, 2002, 9). Die Insider der Partei versicherten jedoch, dass es fragwürdig sei, ob die Partei wirklich eine neue und permanente Wählerschaft angezogen habe. Es schien mehr so, als habe die KSČM die »Protestwähler« angezogen und die, die die ČSSD für ihr Versagen als Regierungspartei abstrafen wollten. Die alternde KSČM hat die Grenzen ihres Wachstums erreicht, wenn sie nicht versucht, die junge, gut ausgebildete städtische Bevölkerung zu erreichen – was mit wachsendem Nachdruck diskutiert worden ist. Im Jahr 2003 betrug das durchschnittliche Alter der Parteimitglieder 68,1, und die Hälfte der Parteimitglieder ist 70 und älter.³

Die Meinungen, die zukünftige Strategie der Partei angehend, sind tief gespalten. Sie spiegeln die Tatsache wider, dass die Partei keine kohärente einheitliche Kraft darstellt. Die traditionelle Überzeugung ist, dass die KSČM ihren »Haupttrumpf« – »die größte und erfahrenste« Mitgliederbasis – besser nutzen sollte (Matulka, 2002, 16). Eine andere Ansicht definierte die KSČM als eine »politische Formation, die zwischen Gruppen, Schichten und Klassen der Gesellschaft vermittelt.« Die KSČM sollte die »Mittlerin, Übersetzerin« sein.⁴ Die Partei, so wird gesagt, sollte sich von ihrer eng definierten Klassenorientierung wegbewegen und muss sich Richtung verschiedener sozialer Strata öffnen (Ransdorf, 2001, 45-47). Während der Vorbereitung des 6. Parteikongresses wandte sich Miloslav Ransdorf mit einem persönlichen Appell an die Parteimitglieder. Er forderte damit den Vorsitzenden Grebeníček und die Hegemonie der »Rückzugskoalition«, die dieser verkörperte, heraus. Das Ergebnis des 6. Kongresses, die Wiederwahl von Grebeníček als Vorsitzendem, bestätigte die Kontrolle der »Rückzugskoalition« über die Partei. Der Kongress lief auf eine schallende Zurückweisung jedweder revolutionärer Veränderung hinaus. Vieles wird davon abhängen, wie der neue Modus vivendi zwischen den einzelnen Strömungen nach dem Kongress gestaltet wird. Wird die wohltemperierte Modernisierung der Partei so weitergehen? Das Programm, entworfen durch das Team Jiri Dolejš und vom Kongress angenommen, betonte Kontinuität und Fokus auf pragmatische Politik.

Partei erhielt traditionell gute Resultate bei den Regionalwahlen. Im Jahr 1999 nahm die Partei an neun Koalitionen mit ČSSD, SDS und KDU-ČSL auf kommunaler Ebene teil. Die radikale Steigerung der Wahlerfolge kam früh im neuen Jahrhundert. Die Wählerschaft der KSČM ist beträchtlich gewachsen.

3 V. Balin, 26.3.2004. Im Jahr 1992 hatte die Tschechische Kommunistische Partei 354.549 Mitglieder in 10.669 Basisorganisationen (vgl. Zpráva, V. Kongress, 1999, S. 52-54); 1999 hatte sie 128.346 Mitglieder in 5.276 Organisationen, im Jahr 2003: 100.781 Mitglieder in 4691 Organisationen. Mit 29.000 Mitgliedern, die jünger sind als 60 Jahre, ist die Partei immer noch die größte in der Tschechischen Republik. Daten aus dem Interview mit Balin, 26.3.2004.

4 M. Ransdorf, 6.1.2003.

2. Die KSČM und ihre Beziehungen zu »Harter« und »Weicher Linke«

Im Dezember 1989 wies Ladislav Adamec, der Vorsitzende der Partei, auf die Erfahrung der sozialdemokratischen Parteien hin (Závěrečné slovo L. Adamce, 1989). Am wichtigsten jedoch war, dass die Führung unter Vasil Mohorita (1990) und Jiří Svoboda (1990-1993) im Prinzip bereit war, extensiven Gebrauch vom programmatischen Know-how der sozialdemokratischen Parteien zu machen. Sie suchten einen nicht-kommunistischen Weg der Umgestaltung der Partei und Anerkennung in der westlichen nicht-kommunistischen Linken. »Wenn es ein Angebot gegeben hätte, wären wir in der Lage gewesen, die Partei Richtung sozialdemokratischer Entwicklung und assoziierter Mitgliedschaft der SI zu ziehen.«⁵

Sogar zu dieser Zeit konnten jedoch die Kontakte zur Sozialdemokratie nicht etabliert werden. Der unmittelbare Grund war, dass die Sozialistische Internationale und ihre Mitgliederparteien sich auf die Wiederbelebung der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie (ČSSD) konzentrierten. Die KSČ, eine der dogmatischsten kommunistischen Parteien des Sowjetblocks, war unmittelbar nach 1989 weder attraktiv noch vertrauenswürdig. Als die ČSSD die Wahlen 1998 und 2002 gewann, gingen die Vertreter der KSČM davon aus, dass die KSČM entweder eingeladen werden würde, an der Regierung teilzunehmen oder die ČSSD-Minderheitsregierung zu unterstützen. Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt. Pro forma ist der Grund dafür die Resolution des Kongresses der ČSSD in Bohumín aus dem Jahr 1995. Die Resolution sagte jeder bedeutenden, politischen Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf nationaler Ebene ab. Es bestand eine ganze Anzahl von Gründen für diese Scheu auf der Seite der ČSSD. In diesem Artikel erörtern wir jedoch einige Gründe, die erklären können, warum die KSČM bis jetzt kein Partner der ČSSD (oder, was das anbetrifft, der Sozialistischen Internationale) für intensivere Zusammenarbeit geworden ist.

2.1 Vorlieben für die »Harte Linke«

Zunächst einmal zeigte, während sich die Sozialdemokraten zu ihren Bruderparteien wandten, die KSČM eine Vorliebe für die »harte Linke« spätestens seit 1993. Angesichts der Ablehnung der Partei durch die Mehrheit der Gesellschaft neigte die KSČM insbesondere in den frühen 1990ern dazu, sich wie »in einer besetzten Festung« vorzukommen.⁶ Die Orientierung der individuellen

5 R. Valenčík, 29.1.2003.

6 J. Heller, 6.1.2003.

Repräsentanten und Ideenströmungen innerhalb der Partei spiegeln die interne Differenzierung der Partei wider. Die Konservativen wie auch die Neo-Kommunisten haben ihre eigenen Auslandskontakte entwickelt und sich direkt mit Partnern mit entsprechenden ideologischen Vorlieben in Verbindung gesetzt.

Die Sache ist die, dass selbst die Beziehungen mit der radikalen Linken sich nur allmählich entwickelt haben. Weder die SI und ihre Mitgliedsparteien noch die ausländischen kommunistischen Parteien und CSPs tauschten sich während des Großteils der 1990er aktiv mit der KSČM aus. Die wichtigste Ausnahme war die Zusammenarbeit mit der PDS. Jedoch sind die Auslandskontakte der KSČM seit 2001 angewachsen. Die »Anti-NATO-Gifel«-Konferenz (Prag, 19. November 2002) eröffnete die Möglichkeit, dass die KSČM die Rolle eines Koordinators der »harten Linken« in Europa spielen könnte.

Trotz des Mangels an Kontakten mit der nicht-kommunistischen Linken hat die KSČM die Dokumente der SI und der Gruppe der radikalen Europäischen Linksparteien im EP studiert. Es besteht jedoch die Ansicht, dass diese Programme nur selten Antworten auf die aktuellsten Fragen geben.⁷ Jedoch hat die KSČM wieder und wieder betont, dass zwischen ihrem Programm und dem der ČSSD eine 70%-ige Übereinstimmung besteht.

2.2 Institutionelle Hindernisse

Zweitens bestehen gewisse institutionelle Einschränkungen. Im Allgemeinen sind weder die Führung noch der politische Apparat der Partei adäquat qualifiziert für den Umfang der Probleme, mit denen sie sich befassen müssen (Grzymala-Busse, 2002, 83-89). Das gilt auch für die Beziehungen der KSČM zu anderen Parteien, insbesondere im Ausland. Es bestehen natürlich Ausnahmen zu dieser Regel, so die beiden Vizevorsitzenden der Partei, Miloslav Ransdorf und Jiří Dolejš. Die meisten anderen Führer der Partei hatten wenig Erfahrungen mit intensiven internationalen Kontakten außer denen zu den sowjetischen Kommunisten und ihrer Alliierten vor 1989. Am meisten fehlen die notwendigen Sprachkenntnisse. Die neuen Führer sind auf internationalem Parkett nicht etabliert und daher fehlt es ihnen an Glaubwürdigkeit im Ausland. Die Kapazität und die internationale Kompetenz der Parteimitarbeiter sind auch beschränkt. Die augenblickliche Außenbeziehungsabteilung des KSČM-Zentralkomitees ist hauptsächlich eine Dienstleistungsabteilung. Das Zentralkomitee hat die Theoretisch- Analytische Einheit (TAP) und eine gut entwickelte Struktur so genannter »Expertenarbeitsgruppen« eingerichtet.⁸ Beide liefern ein

7 J. Dolejš, 7.1.2003.

8 Diese Gruppen sind üblicherweise mit Graswurzel-Parteiorganisationen verknüpft. Was noch wichtiger

umfangreiches Informationsmaterial. Jedoch ist sogar ihre Kapazität kritisch als beschränkt eingeschätzt worden (Matulka, 2002, 16).⁹

2.3 Ideologische Beschränkungen

Schließlich bestehen noch wesentlichere *ideologische Einschränkungen*. Diese haben die oben diskutierten Präferenzen der Außenbeziehungen der Partei wesentlich mitbestimmt. Desgleichen haben die ideologischen Themen jedoch die Haltung der nicht-kommunistischen Parteien, Organisationen und Bewegungen zur KSČM selbst stark beeinflusst. Die Gesellschaft hat die interne ideologische Heterogenität und die »wohltemperierte neo-kommunistische Modernisierung« der KSČM nur marginal zu schätzen gewusst. Das Bild der Partei ist durch die vorsichtige »Rückzugskoalition« der Konservativen und der traditionalistischen Mehrheit dominiert.

Die Partei ist weithin als »nicht-reformiert« angesehen worden. Der kommunistische Name hat die Rolle einer Galionsfigur der Partei gespielt. Das Markenzeichen »kommunistisch« hat jedoch die Anziehungskraft verloren, die es während der 1920er Jahre, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg oder während des »Prager Frühling« von 1968 genoss. Damals war der kommunistische Name weithin mit modernen und progressiven Trends in Politik und Kultur assoziiert. Die Beibehaltung des Namens nach 1989 hat der Konsolidierung der konservativen-traditionalistischen Basis genutzt, die die Partei nach der Niederschlagung der reformistischer Elemente während der 1970-1980er dominiert hat.

Die Sprache der Partei besteht zu einem großen Teil aus verkürzter marxistisch-leninistischer Phraseologie gemischt mit tief eingravierten idiomatischen antideutschen, antiamerikanischen und im Allgemeinen antiwestlichen Wortverbindungen. Das Resultat ist ein ziemlich kohärenter Wortkorpus, eine Art »Klassenkampf/Panslaw-Slang«. Diese Art »lingua franca« der KSČM hat zwei Rollen gehabt. Erstens hat sie, wie der kommunistische Name der Partei, die Partei integriert, indem sie (zumindest formell) die bestehenden Differenzen überbrückt hat und das Kameradschaftsgefühl zwischen den Parteimitgliedern und zwischen ihnen und ihren Vertretern vergrößert hat.

ist, viele von ihnen haben so genannte Klubs (z.B. den »Klub der Wirtschaftswissenschaftler«) eingerichtet, die interessierten Bürgern und Nichtkommunisten offen stehen. In manchen Fällen, wie im Fall des Klubs der Soziologen und Psychologen, haben sich die Klubs zu umfassenderen Diskussionsforen erweitert, die nicht auf den Rahmen der Partei beschränkt sind.

9 Jedoch sind sie offensichtlich durch das hohe Durchschnittsalter ihrer Mitglieder und die Tatsache beschränkt, dass ihre Ausbildung und Berufsleben hauptsächlich unter dem kommunistischen Regime abblief bzw. abgeschlossen wurde, sowie durch ihre beschränkten Sprachkenntnisse.

Zweitens hat sie die Partei von der nicht-kommunistischen Mehrheit der Gesellschaft ferngehalten. Da sie auf der konventionellen ideologischen und bürokratischen Sprache, die der Gesellschaft vor 1989 aufgezwungen wurde, gegründet ist, sind die Zeitgenossen eng vertraut mit ihr. Wenn sie sich daher an Nichtkommunisten wenden, benutzen die Parteimitglieder und ihre Repräsentanten daher eine viel neutralere Sprache, um offene Ablehnung zu vermeiden. Nichtsdestotrotz dominiert der »Klassenkampf/Panslaw-Slang« *Halo noviny* und die meisten anderen Veröffentlichungen der Partei und lässt sie wie ein Relikt der Vor-1989-Ära erscheinen.

Im Allgemeinen besteht ein hoher Grad an *ideologischem Wettbewerb* zwischen der KSČM und den tschechischen Sozialdemokraten. Der Zweck dieses Wettbewerbs ist die Suche nach einer angemessenen programmatischen Haltung zu den sozialen und wirtschaftlichen Prozessen in der Ära der Globalisierung, den internationalen Beziehungen in der Zeit nach dem Kalten Krieg. Auch teilen die KSČM und die ČSSD Teile ihrer Wählerschaft. Der Wettbewerb der Parteien ist daher von wesentlicher Wichtigkeit für ihre Wahlergebnisse gewesen. Zum Beispiel beeinflusste das Konzept des »demokratischen Sozialismus«, das die SI während der 80er Jahre ausarbeitete und das die ČSSD nachahmte, das kommunistische Parteiprogramm der frühen 1990er.¹⁰

Während die KSČM-Programme 1990/91 das Konzept des »demokratischen Sozialismus« beinhalten, verschwand letzterer im Laufe der 1990er aus ihren Programmen. In ihrem ersten offiziellen programmatischen Dokument (angenommen während des 1. Kongresses im Oktober 1990, bezog sich die KSČM direkt auf die Prinzipienklärung der SI von 1989. Die KSČM betonte, dass sie die Werte, einschließlich sozialer Gerechtigkeit der SI teile (Programm, 1. Kongress, 1990, 17). Der demokratische Sozialismus wurde als ein wirtschaftlich effizientes und sozial gerechtes Gesellschaftsprinzip dargestellt, mit einem demokratischen Verwaltungssystem, in dem jeder Bürger und jede Bürgerin die gleiche Möglichkeit haben würde, seine oder ihre individuelle Persönlichkeit und Fähigkeiten (Teze ekonomického, 1990, 31) zu entwickeln. Jedoch spricht das Dritte Programm (Programm, 3. Kongress, 1993) schon über eine »moderne sozialistische Gesellschaft« statt »demokratischem Sozialismus«. Der letzte, 5. Kongress (1999) bespricht die Begriffe »Sozialismus«, »moderner Sozialismus« und »realer Sozialismus« (Zpráva, 5. Kongress, 1999). Der »moderne Sozialismus« unterscheidet sich tatsächlich inhaltlich nicht sehr vom »demokratischen Sozialismus«, aber die KSČM beabsichtigte damit, sich klar von der SI-Programmatik abzugrenzen.¹¹

10 J. Dolejš, 7.1.2003.

11 Z. Hába, 12.2.2003.

Die KSČM hat auch nie eine abgestimmte Haltung zum »Wohlfahrtsstaat« entwickelt, einem Kernelement im programmatischen Konzept der ČSSD. Während eine Sektion der KSČM, einschließlich einiger ihrer Experten, den »Wohlfahrtsstaat« als ein Konstrukt zur Glättung von Klassenunterschieden ansieht, haben andere argumentiert, dass der Sozialstaat, eine minimale soziale Verpflichtung des kapitalistischen Staates, gegen die Globalisierung verteidigt werden muss. Es ist argumentiert worden, dass die Partei »die ČSSD zwingen muss, ihr Wohlfahrtsstaatskonzept zumindest in minimaler Form zu verteidigen.« (Dolejš, 2002, 28) Tatsächlich integrierte das KSČM-Programm die Grundprinzipien des »Wohlfahrtsstaats«, ohne den Begriff selbst zu erwähnen. Das Programm spricht stattdessen von einer »sozial gerechten Gesellschaft«. Der Grund, warum der Begriff »Wohlfahrtsstaat« nicht benutzt wurde, ähnelt dem, der hinter dem Herauslassen des Begriffs »demokratischer Sozialismus« aus dem Programm steht: Aus politischen und ideologischen Gründen suchte die Partei eine Distanz von den sozialdemokratischen Parteien und der SI.¹² Die KSČM hat auch nach einem »klar unterschiedenen Konzept« gesucht, dass sich von der »sozialen Marktwirtschaft« unterscheiden würde. Der 3. Kongress führte daher das Konzept einer »sozialistischen Marktwirtschaft« ein und beschrieb sie als ein System, dass in der Lage sein wird, Chancengleichheit für alle auf der Grundlage des Prinzip der sozialen Gerechtigkeit herzustellen (Programm, 3. Kongress 1993, 52). In letzter Zeit ist der Wohlfahrtsstaat – als Zwischenarrangement – auch ein Bezugspunkt für die VertreterInnen der »Rückzugskoalition« geworden (Greibeníček, 2004). Der 6. Parteikongress verwies auf einen »beschränkten und halbdemokratischen Wohlfahrtsstaat« (Úvodní vystoupení, 2004). Der Wohlfahrtsstaat ist nichts weiter als eine »partielle Reform des kapitalistischen Systems« (Naděje, 2004).

Über den ideologischen Wettbewerb hinaus kann die *interne ideologische Differenzierung* der KSČM als ein Problem an sich gewertet werden. Es ist nicht offensichtlich, welche Strömung der Partei den entscheidenden Einfluss haben wird oder wie der Kompromiss zwischen den Strömungen ausgestritten werden wird. Tatsächlich scheint der gegenwärtige Ideenkompromiss innerhalb der KSČM ziemlich vieldeutig. So wurde z.B. der »Klassenkampf« aus dem Programm entfernt. Er ist jedoch weiterhin im Denken der Partei tief verwurzelt geblieben. Heller sieht den »Klassenkampf« als allgegenwärtig und unvermeidlich so lange wie verschiedene soziale Klassen weiter bestehen (Heller, 2003, 36). Das Politische Lexikon, auf der Webseite des Zentralkomitees publiziert und von seiner Theoretischen und Analytischen Einheit zusammengestellt, geht einen Schritt weiter. Es definiert den Klassenkampf als die »treibende Kraft der

¹² Z. Hába, 12.2.2003.

Geschichte« und sieht die »Diktatur des Proletariats« als ihren unvermeidlichen Ausgang an. Die Diktatur stellt die »höchste Form der Demokratie« dar, da »sie die Mehrheit der Gesellschaft dazu befähigt – mittels des Klassenkampfes – bei ihrer universellen Selbstentwicklung anzukommen.« (Slovníček, 2003)¹³

Die Frage der ideologischen Unterschiede zwischen dem Sozialdemokratischen und dem Kommunistischen Programm im Allgemeinen kann nicht so leicht beantwortet werden. Manche KSČM-Repräsentanten argumentieren, dass der Hauptunterschied nicht in der Form, sondern in der »praktischen Durchsetzung der Programme« liegt.¹⁴ Andere sehen das Konzept der Selbstverwaltung, das in den frühen 90ern in das kommunistische Programm eingeführt wurde, als den Hauptunterschied zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Programmen.¹⁵ Noch eine weitere Ansicht betont vielmehr die Auffassung, dass das Programm der KSČM sich in umgekehrte Richtung vom Programm der ČSSD entwickelt hat. Im Einklang mit dieser Einsicht ist die KSČM »heute zum Sozialismus zurückgekehrt.« Darüber hinaus ist es die Methode, »die wissenschaftliche Substanz unserer Haltung«, die als der Hauptunterschied zwischen KSČM und sozialdemokratischen Parteien angesehen wird – »die Langzeitorientierung und der programmatische Nachdruck.« Alle anderen linken Parteien benehmen sich einfach pragmatisch.¹⁶ Noch eine andere Sicht der Geschichte sieht den Hauptunterschied in der marxistischen Haltung zum Eigentum an den Produktionsmitteln. Die KSČM strebt eine Eigentumsstruktur an, in der 75-80% der Produktionsmittel sich nicht in privater Hand, sondern in verschiedenen Formen des Kollektiveigentums, so wie dem Arbeitnehmer Eigentums-Anteilsprogramm (ESOP) befinden.¹⁷

2.4 Die Bewertung der Geschichte

Viertens ist die *Bewertung der Geschichte* und der Geschichte der kommunistischen Bewegung insbesondere sowohl innerhalb der Partei als auch in ihren Beziehungen zu nicht-kommunistischen Akteuren ein Streitpunkt geblieben. Drei Positionen haben sich seit 1993 entwickelt. Erstens: Die Einschätzung der Periode vor 1989 durch die Neokommunisten war kritisch und stellt eine Grundlage dar, auf der die neokommunistische und nicht-kommunistische

13 Letztere wird als das zwangsläufige Resultat des Klassenkampfes angesehen und stellt die »höchste Form der Demokratie« dar, da »sie die Mehrheit der Gesellschaft dazu befähigt – durch den Klassenkampf – bei ihrer universellen Selbstentwicklung anzukommen« (Slovníček, 2003).

14 Kohlíček, 17.1.2003.

15 J. Heller, 6.1.2003.

16 V. Exner, 7.1.2003.

17 Z. Hába, 12.2.2003.

Debatte über die tschechoslowakische Geschichte entwickelt werden konnte (Ransdorf, 2001; Heller, 2003). Sogar die Neokommunisten haben jedoch keine historische Standardanalyse der Parteigeschichte produziert. Sie hätte nach einer neuen Interpretation der kontroversesten Fragen suchen müssen – so wie die »Bolschewisierung« der Partei in den 20ern und ihre ablehnende Haltung zum tschechoslowakischen Staat Mitte der 30er. Die allmähliche »Stalinisierung« der Partei und der tschechischen Gesellschaft und die Rolle der individuellen Parteiführer und Strukturen – Klement Gottwald insbesondere –, alle diese Themen erwarten eine Neubewertung. Der »Prager Frühling von 1968« und die Mechanismen der Macht während der »Normalisierungs«phase und die Haltung zur »samtenen Revolution« von 1989 wurden nicht solide analysiert, haben die Partei gespalten und eine Kluft zwischen Partei und der Mehrheit der tschechischen Gesellschaft geschaffen.

Die zweite, konservative Haltung, wie insbesondere in der Parteitageszeitung *Halo noviny* und dem Historikerklub beim Zentralkomitee praktiziert, basiert weitgehend auf der Zurückweisung jeder seriösen Analyse der Vergangenheit überhaupt. Die »sozialistische Vergangenheit« wird als die wunderbarste Periode der tschechischen Geschichte dargestellt und die demokratische Übernahme im November 1989 als ein von den Dissidenten angezettelter Coup (Červinka et al., 2004). Infolgedessen hat die »Rückzugskoalition« den Kanon des historischen Bewusstseins weitgehend unberührt gelassen.

Die dritte Position stellt einen Kompromiss zwischen der neokommunistischen Bewertung und der konservativen Kanonisierung der kommunistischen Geschichte dar. Sie wird im offiziellen Dokument der Theoretischen und Analytischen Einheit (Informace, 2003) präsentiert. Das Dokument bietet eine oft kritische Perspektive der kommunistischen Politik zwischen 1948 und 1989. Gleichzeitig schlüpft es oft in das traditionelle Schema, die Fehler der kommunistischen Herrschaft auf die externen Bedingungen zu schieben. Es vermeidet eine Analyse der fundamentalen Fragen hinsichtlich des Einflusses des damaligen »sozialistischen« Konzepts auf die wirtschaftliche und soziale Struktur der Gesellschaft, auf das Milieu der Zivilgesellschaft, auf die moralischen Maßstäbe der Gesellschaft und ihrer politischen Kultur, auf das »soziale Kapital« des Landes und ähnliche Bereiche.

Die Haltung zu den historischen Themen hat direkte politische Auswirkungen auf die Beziehungen mit der ČSSD. Die »Rückzugskoalition« hat die Vergangenheit der Partei als eine der Hauptpositivquellen ihrer Identität und als Grundpfeiler der Einheit der Partei behandelt. Daher hat sie sich nie vom traditionellen Diktum der Geschichte entfernt. Im Gegensatz zur PDS hat sich die KSČM zum Beispiel nie für die zwangsweise Vereinigung der ČSSD mit der KSČ entschuldigt. Außerdem hat es nur wenige Verfahren gegen ehemalige Partei- und Staatsfunktionäre gegeben, die mit Verbrechen oder Vergehen in

der Zeit vor 1989 zu tun hatten. Die Gerichte entließen die Angeklagten meist aus formellen Gründen, wegen hohen Alters, Mangels an Beweisen oder aufgrund der Amnestie durch Präsident Havel.¹⁸ Die moralische und politische Verantwortung dieser Individuen ist jedoch selten infrage gestellt worden. Statt zumindest eine Distanz von den Fällen zu wahren (eine minimale Geste der Neubewertung der Vergangenheit und Wiederversöhnung mit der nicht-kommunistischen Mehrheit), hat die KSČM (hauptsächlich durch ihr *Halo noviny*) die Fälle immer als politische Schauprozesse denunziert, ihre wärmste Sympathie mit den Beschuldigten klar ausgedrückt und ihnen oft Beistand gewährt. Mit ähnlicher Wirkung reintegrierte die Partei während der 90er einige öffentliche Schlüsselfiguren des früheren Regimes.¹⁹

Die Partei hatte schon im Dezember 1989 eine Entschuldigung für die Verbrechen präsentiert. Die Haltung der Partei degradierte die Entschuldigung jedoch zu einer hohlen und formalen Geste. Die Partei hat wenig Bereitschaft zu einer ernsthaften, kritischen Neubewertung ihrer Geschichte gezeigt. Sie hat nicht zu dem schwierigen Prozess der Bewältigung der Vergangenheit beigetragen, den die tschechische Gesellschaft allmählich durchlief. Im Gegenteil, die Partei forderte umfassende Zustimmung für die positiven Errungenschaften des vorigen Regimes und für die ehrliche und selbstaufopfernde Arbeit vieler ihrer Mitglieder. Gleichzeitig hatte sie jede solche Anerkennung durch ihre starre Haltung gegenüber der Vergangenheit und durch das völlige Fehlen realer Sympathie mit den Opfern des früheren Regimes behindert.

Die Haltung zum früheren kommunistischen Regime war das wichtigste Element der »Regimescheide«. Wie Kitschelt und andere argumentiert haben, spielte letztere in den Mittneunzigern eine entscheidende Rolle und hatte einen Einfluss auf die interne Entwicklung der tschechischen politischen Parteien und auf die Zusammenarbeit innerhalb der Partei. Auf wirksame Weise verhinderte sie den Aufbau von Koalitionen zwischen KSČM und ČSSD während der 90er (Kitschelt, Mansfeldová, Markowski, Tóka, 1999, S. 375). Nachdem die ČSSD an die Macht kam, erwies sich die »Regimescheide« als irrelevant für die Rolle der Partei als politische Protestpartei für die enttäuschte linke Wählerschaft.

18 Wie zu erwarten war, diskutierten die Medien umfassend den Fall von Alois Grebeníček, dem Vater des Parteivorsitzenden. Die öffentliche Meinung glaubte nicht, dass er dem Gerichtsverfahren nicht bewusst ausgewichen war. Was noch wichtiger war, er bereute niemals öffentlich die Rolle, die er als Wärter des staatlichen Polizeigefängnisses in den frühen 1950ern gespielt hatte. Die KSČM unterstützte seine Position immer voll und ohne Vorbehalte.

19 Zwei ehemalige Innenminister wurden wieder Mitglieder der Partei und konnten in *Halo noviny* publizieren. Ein früherer einflussreicher Journalist der kommunistischen Tageszeitung *Rude pravo*, der als ein Symbol der »Normalisierung« und des ideologischen Dogmatismus vor wie nach 1989 angesehen wird, wurde einer der Hauptkommentatoren in *Halo noviny* und hat Inhalt und Stil der Zeitung mitgestaltet.

Auch scheint die »Rehabilitierung« der KSČM als »normale« politische Partei durch die liberal-konservative Bürgerliche Demokratische Partei (ODS – die Partei des jetzigen Präsidenten Václav Klaus) im Jahre 2002/2003 ein Tabu in der Haltung des sozial gebeutelten Volkes gebrochen zu haben. Sie hat die Unterstützung der KSČM zu einer »politisch korrekten« Haltung gemacht. So haben ČSSD und ODS der KSČM dazu verholfen, die zweitgrößte Partei mit Wahlergebnissen von bis zu 25% zu werden und damit die ČSSD zu überholen (16,6%) (Macháček, 2003; Vacek, 2004).

2.5 Politische Hindernisse

Fünftens, es bestehen bedeutende *politische Einschränkungen*. Die KSČM und ČSSD, die auf der Skala zwischen Marktliberalismus und sozialer Sicherung nebeneinander stehen, haben sich oft auf ein *Nullsummenspiel* eingelassen: Der Verlust der einen Partei hat sich oft in Gewinne für die andere ausgewirkt.²⁰

Die beiden Parteien wählten *verschiedene politische Strategien*. Die KSČM wurde ignoriert, isoliert und in den frühen 90ern unter beträchtlichen Druck durch antikommunistische Rhetorik (zum Teil auch Praxis) gestellt, sowohl zu Hause als auch auf der internationalen Szene. Ihrerseits trug die politische Strategie der KSČM (»Strategie des linken Rückzugs«) sehr zu ihrer Isolation bei. Die Partei hat seit 1993 wenig getan, um Unterstützung über ihre loyale (weitgehend kommunistische) Stammwählerschaft hinaus zu suchen. Der Vorsitzende der Partei, Miroslav Grebeníček, ist normalerweise als die Verkörperung des bürokratischen kommunistischen Kaders alten Stils angesehen worden und ist in den öffentlichen Meinungsumfragen immer ganz weit unten angesiedelt.²¹ Die traditionelle Überzeugung, dass die Sozialdemokratie hauptsächlich eine bloße Dienerin des Kapitalismus sei, ist in der KSČM reproduziert worden. In ideologischen Begriffen ausgedrückt, ist die Regierung des Sozialdemokraten Špidla als eine dargestellt worden, die Klassenkampf gegen die unprivilegierte Mehrheit des eigenen Volkes führt (Heller, 2003, 36).

Die Rückkehr zur traditionellen Haltung gegenüber der nicht-kommunistischen Linken kann teilweise aus der Strategie der Partei erklärt werden. Wie oben erwähnt wurde, hat die Führung der KSČM, angesichts des Fundus der 100.000 disziplinierten Mitglieder, eine annehmbare Unterstützung durch das Wahlvolk genossen, einfach indem sie die Partei als nach innen geeinte und

20 Daher erhielt 1992 die KSČM 14,05% und die ČSSD 6,52%. 1996 erreichten die KSČM 10,33% und die ČSSD 26,44%, 1998 11% und 32,3% und 2002 18,5% und 30,2%. Vgl. die Wahlstatistiken on Volby v České republice.

21 Seine Popularität ist von durchschnittlichen 26% auf 29% im März 2004 gewachsen. M. Grebeníček schnitt jedoch besser ab als die unpopulärsten Minister der Regierung (Informace z výzkumu, 2004).

nach außen hin abgeschlossene Einheit darstellte. Die ČSSD, die eine viel kleinere Mitgliederbasis hat (augenblicklich 16.000 Mitglieder) und den umfassenderen soziopolitischen Trend der Bewegung Richtung Zentrum widerspiegelt, hätte sich eine solche Strategie nie erlauben können. Sie entschied sich, sich in Richtung einer »catch-all«-Partei zu bewegen und sich um die Wählerschaft im weiteren politischen Zentrum links der Mitte zu bemühen. Man könnte argumentieren, dass es den Konservativen innerhalb der KSČM zur Überraschung gereichte, dass die ČSSD – die einzige vom kommunistischen Regime vor 1989 gebannte Partei – es wieder in die nationale Politik geschafft hatte. Tatsächlich ließ die ČSSD die KSČM bei jeder nationalen Wahl seit Mitte der 90er hinter sich. Und tatsächlich fand die Wiedergeburt der ČSSD ungefähr zu der Zeit statt, als die KSČM ihre »Re«- statt eine »De-Bolschewisierung« wählte. Indem sie dies tat, half die KSČM der ČSSD indirekt, die Aufgabe auf sich zu nehmen, die umfassendere Linke zu integrieren.

Seit die ČSSD an der Regierung war, erfuhr die KSČM eine Aufwertung ihrer Position und begann, ihrem linken Mitkonkurrenten »Muskeln zu zeigen«: Ihrem Vorsitzenden Grebeníček zufolge war die ČSSD nicht mehr ernst zu nehmen. Die KSČM sei nicht bereit, Gnade gegenüber der ČSSD zu zeigen, bis diese sich verändere (Grebeníček, 2003). Dies kontrastiert mit den Angeboten der KSČM, eine lebensfähige Zusammenarbeit der »linken Parteien« zu etablieren.

Die *Haltung der Partei zu den (so genannten) sozialistischen Staaten* stellt einen anderen wichtigen politischen Testfall dar. Die Fragen sind hauptsächlich die Menschenrechtsfragen und andere demokratische Prinzipien. Das Versagen der Partei, sich zumindest von den problematischsten und inakzeptabelsten Beispielen von Menschenrechtsverletzungen und politischen Freiheiten abzusetzen, stärken das mehrdeutige Image der KSČM. Nur einige Repräsentanten (so wie M. Ransdorf) drückten zumindest ein Bedauern hinsichtlich der Prozesse gegen kubanische Dissidenten im März-April 2003 aus. Die *Halo noviny* der Partei unterstützte klar die Auffassung, dass die Urteile gegen die Dissidenten tatsächlich schärfer hätten ausfallen sollen. Entsprechend wandte sich die Führung der Partei (wie die meisten anderen linken Organisationen einschließlich der Mehrheit der ČSSD) gegen den Krieg im Irak und distanzierten sich gleichzeitig von Saddams Regime. Die Konservativen kritisierten hauptsächlich den amerikanischen Imperialismus und ließen die terroristische Diktatur Husseins zumeist beiseite. *Halo noviny* und *Naše pravda* schufen sogar oft den Eindruck, dass sie auf der Seite des Saddam-Regimes standen.

Der Fokus der Partei auf »sozialistische Staaten« suggeriert, dass das traditionelle antiwestliche Selbstverständnis der antikapitalistischen Orientierung der Partei aufrechterhalten bleibt. Die westeuropäischen Länder haben höhere durchschnittliche sozioökonomische und Menschenrechtsstandards für das

»unprivilegierte« Volk als die sozialistische Tschechoslowakei vor 1989. Dennoch hat die Partei das westeuropäische Sozialmodell (sowohl seine Vorzüge als auch seine Mängel) niemals öffentlich diskutiert. Stattdessen monopolisieren China, Nordkorea oder Kuba und »andere sozialistische« Staaten fast die »gute Presse« und die positiven Hinweise in der KSČM. Die Haltung demonstriert die Existenz weit voneinander abweichender Sichtweisen des Sozialismus innerhalb der Partei. Die Neokommunisten definieren den Sozialismus als selbstverwaltete sozioökonomische Formation, die auf selbstverwaltetem Eigentum beruht (Heller, 2003). Die unqualifizierte Bewunderung für China zeigt jedoch, dass die Mehrheit der Partei immer noch ihre Sicht des Sozialismus als Kombination zweier wesentlicher Elemente beibehalten hat: totale politische Kontrolle der Kommunistischen Partei einerseits und eine dominierende Rolle des Staatseigentums der wichtigsten Produktionsmittel andererseits. Letzteres kann mit Schaffung von Inseln des ungezügelten Kapitalismus des 19. Jahrhunderts verbunden sein. Das Programm der KSČM weist auf die weitere »Sozialisierung« des westeuropäischen politischen und sozioökonomischen Modells hin (Pro Demokratickou, 2004). Aber die Natur dieser »Vergesellschaftung« ist durch das Auseinanderklaffen zwischen dem Konzept des Sozialismus im Programm einerseits und den politischen Präferenzen andererseits verwischt worden. Letztere zeigen klar nach China. Wie der Leitkommentator von *Halo noviny* erklärt, ist das chinesische Wirtschaftswachstum ein Resultat des funktionierenden »sozialistischen Systems« und der Tatsache, dass es in China »mehr reale Demokratie gibt als in der so genannten demokratischen Welt« (Kojzar, 2003).

Die Haltungen zu EU und NATO sind wesentliche politische Themen, die die beiden linken Parteien auf verschiedene Weise angehen. Manche politischen Führer und wesentliche Teile der Mitgliedschaft auf beiden Seiten haben kompatible Meinungen zu einigen miteinander verknüpfter Themen. Jedoch unterscheidet sich die allgemeine Strategie der beiden Parteien in den Kernfragen. Offensichtlich sind sowohl EU als auch NATO hartnäckige Streitpunkte zwischen den Neokommunisten und den Konservativen innerhalb der KSČM selbst.

Die ČSSD ist in politischer Hinsicht einer der pro-europäischsten Akteure in der tschechischen Republik gewesen (Euromanifest ČSSD, 2001). Gleichzeitig erlaubt der existierende Modus vivendi zwischen den Ideenströmungen in der KSČM nicht viel mehr als einen Kompromiss zwischen dem aktivistischen (neokommunistischen) Ansatz und der negativistischen (konservativen) Grundhaltung. Das resultierende »weiche Nein« zum EU-Beitritt kontrastiert mit der Strategie der ČSSD, die in den Beitritt all ihr politisches Kapital investiert hat.

Was die NATO angeht, versucht die ČSSD, die Allianz mit den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten, selbst wenn sie die amerikanischen Ansichten zum

Multilateralismus und der Nutzung der Gewalt nicht teilt. Auf längere Sicht sind der Ausbau des Multilateralismus und die Entwicklung einer funktionierenden (nicht antiamerikanischen) europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Prioritäten der ČSSD (Základní (dlouhodobý) program ČSSD, 2003). Die KSČM hat die »NATO-Mitgliedschaft betont zurückgewiesen« und hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als eine Alternative (Slidmi, 2002, 15) gefördert. Nur die Neokommunisten kamen der ČSSD nahe, indem sie versuchten, das beste aus der tschechischen NATO-Mitgliedschaft zu machen. Das Ziel ist, die Allianz in ein Instrument präventiver Konfliktlösung und in ein kollektives Sicherheitssystem zu verwandeln. Sie argumentieren auch, dass die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik vollständiger entwickelt werden sollte.²²

3. Schlussfolgerungen

Die Beziehungen zwischen KSČM und ČSSD haben sich von gegenseitiger Ignoranz zu einer pragmatischen Zusammenarbeit auf niedrigem Niveau basierend auf hoher programmatischer Übereinstimmung entwickelt. Die Grenzen einer solcher Kooperation sind – einerseits – die Identität und das Image der KSČM und – andererseits – gegenseitiger politischer und ideologischer Wettbewerb und Verschiedenheiten gewesen. Die zwei Parteien haben Teile ihrer Wählerschaft geteilt, aber haben bis jetzt gegensätzliche Politik- und Wahlstrategien verfolgt. Die ČSSD hat die Hegemonie im Bereich zwischen Harter Linker und politischem Zentrum gesucht. Die »Strategie des linken Rückzugs« der KSČM fokussierte sich primär auf die Aufrechterhaltung ihrer traditionellen Mitgliedsbasis und Stammwählerschaft. Es war die »Rückzugskoalition« aus konservativen und traditionalistischen Strömungen, die das Bild des KSČM mehr geprägt hat, als die neokommunistischen Modernisierer es geschafft haben. Daher ist für die Mehrheit der tschechischen Gesellschaft die KSČM primär eine negativistische Partei konservativen kommunistisch/sozialistischen politischen und kulturellen Protests.

Als solche hat sie beträchtliche Unterstützung durch die Wähler gewonnen (18,5% im Jahr 2002) und die ČSSD in öffentlichen Meinungsumfragen überholt. Gleichzeitig hat sie radikalen politischen und ideologischen Protest mit utilitaristischer Kooperation mit ihren ideologischen Gegnern kombiniert. Die neokommunistischen Modernisierer, deren Positionen weitgehend mit der Linken innerhalb der ČSSD übereinstimmen, sind die treibende Kraft hinter der programmatischen Entwicklung gewesen. Obwohl sie jedoch oft von po-

22 J. Dolejš, 7.1.2003.

litikorientierten Traditionalisten unterstützt wurden, mussten sie immer noch im bestehenden Modus vivendi mit der »Rückzugskoalition operieren«. Das Resultat ist eine nur moderate programmatische Modernisierung der Partei gewesen. Während des 6. Kongresses der Partei im Mai 2004 wurde der Modus vivendi zugunsten der »Rückzugskoalition« umdefiniert.

Während der Vorbereitungen für den 6. Kongress gab der führende neokommunistische Führer Miloslav Ransdorf zu, dass es die KSČM ist, die sich verändern muss, wenn es eine lebensfähige Kooperation zwischen KSČM und ČSSD geben soll (Ransdorf 2004b). Er gibt beinahe zu, dass die KSČM die meisten westlichen sozialdemokratischen Programmpunkte nach 1989 schon übernommen hat. Die oft erklärte 70%ige Kompatibilität der Programme von KSČM und ČSSD ist nicht das Resultat einer Anlehnung der ČSSD an das kommunistische Programm. Es war das kommunistische Programm, das vertraute Postulate der kommunistischen Programmatik aufgegeben und die Eckpfeiler des sozialdemokratischen Programms angenommen hat. Die programmatische Veränderung ist von der Partei weder angenommen noch internalisiert worden – daher ihre innere Heterogenität und die vieldeutige Natur ihrer kommunistischen Identität.

Eine Veränderung der politischen Strategie der Partei von einem introvertierten/Rückzugsmodus zu einem offenen/aktiven Modus, der über die traditionalistische Stammwählerschaft hinausreichte, würde die Konkurrenz mit der ČSSD in der allernächsten Zukunft anfachen. Auf längere Sicht könnte sie jedoch in die Schaffung einer modernen »harten« Linken resultieren und eine Basis für ein allmähliches Rapprochement mit der nicht-kommunistischen Linken schaffen.

Miloslav Ransdorfs Appell für Veränderung hatte keine Chance auf Erfolg. Der 6. Kongress hat die »Strategie des linken Rückzugs« bestätigt. Der Kongress hat die wichtigsten Unterschiede in Politik und Programm von KSČM und ČSSD weder angesprochen noch beiseite geräumt. Sie werden wahrscheinlich weiterhin heikle und politisch bedeutende Fragen beinhalten wie die Haltung zur Vergangenheit, die radikale Opposition der KSČM zum augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen System, ihre Haltung zu EU und NATO, die vorbehaltlose Unterstützung für und Bewunderung für China oder Kuba. Ransdorf verlor seine Kampagne um die Parteiführung und gab seinen Posten als Stellvertretender Vorsitzender auf. Er schlug vor, für die interne Veränderung der Partei von außen zu kämpfen, vom europäischen Posten aus – als Mitglied des Europäischen Parlaments und durch sein aktives Engagement in der Europäischen Linkspartei. Jedoch stehen die Chancen, eine solche geschlossene, nach innen schauende Einheit wie es die KSČM seit 1992/1993 immer gewesen ist, zu beeinflussen, in nächster Zeit schlecht.

Das Koalitionspotential der KSČM ist auf nationaler Ebene sehr niedrig geblieben. Die ČSSD, die das anti-linke Vorurteil in der Gesellschaft erst in den

späten 1990ern überwunden hat, hat einen schmalen Manövrierraum, wenn sie eine formale Zusammenarbeit mit Kommunisten suchen wollte. Die KSČM erhielt ihre Natur einer »leninistischen Partei« aufrecht (so Fausto Sorino, ein Führer der italienischen Partei der Kommunistischen Wiedergeburt) (Bigges, 2002). Als solche hat sie die ČSSD bis jetzt wirksam von einer vollwertigen Zusammenarbeit auf nationaler Ebene abgeschreckt.

Literatur

- Biggs, Ken (2002): »All Quiet On The Eastern Front? Most Definitely Not!«, Postmark Prague No. 374, Monday 14 October, www.solidnet.org
- Červinka, A. et al. (2004): Pravda o minulosti, pravda o budoucnosti, Praha.
- Dolejš, J. (2002): »Ze společnosti se vytrácí sociální solidarita«, Alternativy (10), 26-30.
- Fiala, P./Holzer, J./Mareš, M./Pšeja, P. (1999): Komunismus v České republice, Brno.
- Frajdl, J. (2003): »O pojetí a poslání dějin KSČM«, Alternativy (15), 15-18.
- Grebeníček, M. (2003): Interview »Grebeníček: ČSSD už neberu vážně«, Lidové noviny, 6.3.
- Grebeníček, M. (2004): »Vláda neplní své programové prohlášení«, Haló noviny, 8.4.
- Grzymala-Busse, A.M. (2002): Redeeming the Communist Past. The Regeneration of Communist Parties in East Central Europe, Cambridge etc.
- Hanley, S. (2001): »Towards Breakthrough or Breakdown? The Consolidation of KSČM as a Neo-Communist Successor Party in the Czech Republic«, Journal of Communist Studies and Transition Politics 17(3), pp.96-116.
- Heller, J. (2003): »Bída analýzy aneb Co překroutrili analytici ČSSD«, Alternativy (14), 26-37.
- Informace z výzkumu STEM Trendy 3/2004. Popularita politiků: Telička jako nová politická hvězda? http://www.stem.cz/download/660_543.doc, viewed on May 31, 2004
- Ishiyama, J.T./ Bozóki, A. (2001): »Adaptation and Change: Characterizing the Survival Strategies of the Communist Successor Parties«, Journal of Communist Studies and Transition Politics 17(3), pp.33-50.
- Kitschelt, H./Mansfeldova, Z./Markowski, R./Tóka, G. (1999): Post-communist party systems, Cambridge
- Kojzar, J. (2003): »O Číně, demokracii a všem možném«, Haló noviny, 14.8.
- Macháček, D. (2003): »Další cíl komunistů: ekonomika«, Hospodářské noviny, 14.11., 1.

- Matulka, D. (2002): »O co bude boj«, Alternativy (10), 15-16.
- Ransdorf, M. (2001): »Před 80 lety vznikla komunistická strana v Československu«, Haló noviny, Praha, 14.5.
- Ransdorf, M. (2001): »KSČM 2001: Profil an projekt nové strany«, Alternativy (7), 40-49.
- Ransdorf, M. et. al. (2004): »Nová cesta. KSČM: systém řízení pro 21.století«, http://www.kscm.cz/news_detail.asp?menu=1&neclD2=230&neclD=230&newId=1410, viewed on 30th April 2004.
- Miloslav Ransdorf (2004b): »Je to Tvá věc, o kterou běží«, Haló noviny, 19.3.
- Třídní boj. Slovníček k sociální struktuře. TAP ÚV KSČM
- Vacek, L. (2002): »K příčinám úspěchu KSČM ve volbách«, Alternativy (10), 4-9.
- Vacek, L. (2004): Názory občanů ČR a členů KSČM na politiku a společnost, Praha.

Hinweise auf Dokumente und offizielle Erklärungen

- »Závěrečné slovo L.Adamce«, Dokumenty mimořádného sjezdu KSČ, 20-21.12.1989, Rudé právo, 22.12.1989,
- »Program KSČM« (1st Congress) Dokumenty I. sjezdu KSČM, 13.- 14.10.1990, Olomouc, Praha:ÚV KSČM, 14-23.
- »Teze ekonomického a sociálního programu KSČM«, Dokumenty I. sjezdu KSČM, 13.- 14.10.1990, Olomouc, Praha:ÚV KSČM, 31-35.
- »Program KSČM«, (3rd Congress), Dokumenty III. sjezdu KSČM, 26.6.1993, Prostějov, Praha:ÚV KSČM, 51-56.
- »Zpráva ÚV KSČM o činnosti KSČM v období po IV.sjezdu KSČM« (5th Congress), Dokumenty V. sjezdu KSČM, 4.-5.12.1999, Žďár nad Sázavou, Praha: ÚV KSČM, 15-68
- Dokuments of the 6th congress of the KSČM in České Budějovice, 14-15.5.2004
- »Úvodní vystoupení M. GREBENÍČKA na VI. sjezdu Komunistické strany Čech a Moravy«, 14.5.2004
- »Naděje pro Českou republiku. (politika KSČM pro období do VII.sjezdu)« http://www.kscm.cz/news_detail.asp?menu=1&neclD2=551&neclD=522&newId=1468, viewed on 24th May 2004.
- »S lidmi pro lidi«, Volební program KSČM 2002, Praha:ÚV KSČM.
- Informace o stanovisku Rady TAP ÚV KSČM k analýze vývoje mezi léty 1948-1989. 2003, Alternativy (15), 36-48.
- »Pro Demokratickou Evropu (Manifest KSČM)«, www.kscm.cz, viewed on 5.1.2004
- EUROMANIFEST ČSSD, 8.12.2001, www.cssd.cz
- Základní (dlouhodobý) program ČSSD, XXXI. Sjezd, 28-30.3.2003, <http://www.cssd.cz/>

Interviews

Dr. MILOSLAV RANSDORF, Dep. Chairman of KSČM, responsible for international relations, MP, Dep. Chairman of the Foreign Relations Committee of the House of Deputies, Czech Parliament, 6.1.2003

DR. JIŘÍ DOLEJŠ, Dep.Chairman of KSČM, responsible for programmatic and theoretical work of the Party, MP, 7.1.2003

JOSEF HELLER, expert working group, professional staff of the Central Committee of the KSČM, 6.1.2003

Ing. VÁCLAV EXNER, Dep.Chairman KSČM, responsible for economics, MP, 7.1.2003

Ing. JAROSLAV KOHLÍČEK, Head of section for international cooperation of the Central Committee, MP, 17.1.2003 and 1.4.2004

RADIM VALENČÍK, assistant to the Chairman of the KSČM, Jiří Svoboda, Deputy of the Federal Assembly of the ČSFR (1990-1992), now member of the ČSSD, 29.1.2003

Prof. Dr. ZDENĚK HÁBA, Expert working group on economics at the Centre Committee of KSČM, 12.2.2003

RS Dr. VLASTIMIL BALÍN, First Deputy Chairman of the KSČM (1999- until May, 2004), 26.3.2004

»Verworrene Beziehungen« zwischen
sozialen Bewegungen und linken Parteien:
der ungarische Fall

Ich denke, dass das Problem der Formierung einer neuen Linken einen Namen hat: Es ist der Kollaps des Realsozialismus. Vierzehn Jahre sind seither vergangen, aber wir haben immer noch nicht die neue Stimme und die neuen Allianzen gefunden, um aus der tiefen Krise der Linken herauszukommen. Es ist traurig zu sehen, dass viele Analysen des Zusammenbruchs sich auf Verschwörungstheorie und den Verrat am Sozialismus beschränken. Diese Gründe bestanden natürlich auch, aber ein starkes Regime, das vom Volk unterstützt wird, kann nicht – meiner Meinung nach – aufgrund von Verrat fallen. Wenn wir die notwendige tiefe Analyse umgehen, bringen wir uns und das Volk um das korrekte Verständnis dessen, was in der Zukunft vermieden werden muss, um nicht noch einmal in die gleichen Fallen zu geraten. Ich betrachte als den grundsätzlichen Widerspruch des Realsozialismus, den ich »primitiven Sozialismus« nenne, den Widerspruch zwischen sozialer Produktion und staatlicher Ausbeutung. Die arbeitende Bevölkerung konnte weder Kontrolle über die Unternehmen, noch über den Staat ausüben, da die Betriebe dem Staat gehörten und der sozialistische Staat durch die Partei kontrolliert wurde, die die Macht im Namen der Werktätigen ausübte – mittels der Methode des »demokratischen Zentralismus«. Der Realsozialismus kannte keine institutionalisierten demokratischen Kanäle partizipativer Demokratie. Ich denke, dass das Schicksal der sozialistischen Regime in Europa durch den Mangel an Demokratie an ihrem wirtschaftlichen Unterbau und in ihrer sozialen Superstruktur verursacht wurde. Der Mangel an demokratischen Eigentumsbeziehungen, an Rechten auf viele Freiheiten sowie kollektive Selbstorganisation hinderte nicht nur die Entfaltung kreativer Energie, sondern hat zu fürchterlichen Grausamkeiten geführt. Die »Werktätigen« haben das Interesse an der Verteidigung der »Volksherrschaft« verloren, da die Produktionsmittel den ArbeiterInnen nicht gehörten. Wenn wir in der Zukunft

etwas Besseres schaffen wollen, mit Hinblick auf kommunitäre Beziehungen, müssen wir aus diesem großen Zusammenbruch lernen und müssen verstehen, dass ein sozialistisches Regime nicht ohne Demokratie und Freiheit bestehen kann, da die Freiheiten und die Demokratie das Wesen des Sozialismus sind. Nun müssen wir die Linke und ihr Allianzsystem wieder aufbauen, damit sie eine Chance hat, im progressiven Sinne einen alternativen Weg aus den Krisen der liberalen Gesellschaften hinauszudeuten. Bei dieser Arbeit ist es wichtig zu wissen, dass die Leute die großen sozialen Errungenschaften während der Jahrzehnte des Realsozialismus nicht vergessen haben: die Sicherheit von Arbeit und Existenz, die Sicherheit hinsichtlich des morgigen Tages und dass die Menschen nun nach neuen Wegen suchen, diese zu erreichen, ohne dabei auf ein System zurückzugreifen, dessen Lebenskraft durch die Geschichte in Frage gestellt worden war. Bestimmte werden neue kollektive Gesellschaftsformen auf die erste Erfahrung folgen, da die Menschen nicht darauf verzichten wollen, in einer freieren und gerechteren Gesellschaft zu leben, aber soziale Veränderung im Sinne einer Überholung des Kapitalismus wird – meiner Meinung nach – das Ergebnis eines langen Prozesses sein, in dem wir auch die kleinen und partiellen Resultate wertschätzen müssen, sowie auch die Übergangsperioden, die wahrscheinlich wichtiger sein werden, als wir jetzt denken.

Nach dem Kollaps des Realsozialismus spalteten sich die Kommunistische und die Arbeiterparteien in ihre Teile auf: In Ungarn wurde eine Sozialistische Partei gegründet, die das neue System annahm und mit dem Konzept des neoliberalen Kapitalismus sowie auch der Eingliederung Ungarns in das Militärbündnis der NATO zufrieden war. Der ehemalige Präsident der Ungarischen Sozialistischen Partei, Gyula Horn, ein kommunistischer Verantwortlicher des ehemaligen Regimes lud die Menschen ein, »den Kapitalismus aufzubauen«. Auch eine Arbeiterpartei von Kommunisten wurde geschaffen, die bis jetzt sehr isoliert und außerhalb des Parlaments verblieben ist, nicht nur wegen der Konsequenzen des Zusammenbruchs, sondern auch wegen ihrer Nostalgiepolitik und den Schwierigkeiten der Erneuerung. Opportunismus einerseits und Sektierertum andererseits: Dies war die Situation, in der das Ungarische Sozialforum im April 2003 das Licht der Welt erblickte, mit einer klaren Botschaft, beide Orientierungen zurückzuweisen, und ein Fenster für all jene öffnete, die willens waren, im Interesse einer freieren, gerechteren und friedlicheren Welt und eines demokratischen Ungarns zu agieren. »Das Ungarische Sozialforum ist Teil des weltweiten sozialen Prozesses, der durch die Begriffe Weltsozialforum und Europäisches Sozialforum symbolisiert wird, die danach streben, den Neoliberalismus und die kapitalistische Globalisierung zu überwinden« – so heißt es im Entwurf der MSF- Charta, die – so wurde angemerkt – offen bleibt. Das Ungarische Sozialforum entstand aufgrund der Initiative von ungefähr 700 sozialen Organisationen, Bürgerbewegungen, Gewerkschaften und religiösen

Gemeinschaften. Das Interesse der Kirche an diesem Projekt wurde durch die Anwesenheit eines persönlichen Gesandten des Erzbischofs von Ungarn und der Kommission für Justitia et Pax der Katholischen Kirche ausgedrückt. Das erste Ungarische Sozialforum hat sich auf Frieden, soziale und Menschenrechte fokussiert: die Rechte auf Leben, Arbeit, Gesundheit, gesunde Umwelt, partizipative Demokratie. Was die Europäische Union anging, haben wir uns darauf geeinigt, nach Ungarns Beitritt zur Gemeinschaft für eine Soziale Union der Völker zu wirken. Wir haben die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen Bürgerbewegungen und Gewerkschaften betont, uns für die sozialen Rechte der Minderheiten, gegen Rassismus und sozialen Ausschluss ausgesprochen. Wir haben als unsere Strategie die Verteidigung grundlegender Rechte: Freiheiten, Demokratie, soziale Errungenschaften, Recht auf korrekte Information betont. Im Rahmen der partizipativen Demokratie haben wir ausgesprochen, dass der Staat, der gegenwärtig der Gesellschaft übergeordnet ist, ihr untertänig werden, ihr dienen sollte. Eine gemeinsame Erklärung wurde gegen die Privatisierung der Krankenhäuser formuliert. Unsere erklärten sozialen Ziele hängen nicht in der Luft, sondern sind uns auch Anlass zu konkreten Aktionen: wir hatten eine große Friedensdemonstration am 15. Februar 2003 in Budapest, im Rahmen des internationalen Aktionstags gegen den Irakkrieg, und wir haben andere Demonstrationen und Konferenzen gegen die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, in erster Linie der Krankenhäuser, durchgeführt.

Ein neuer Protagonist, eine neue Stimme ist somit im sozialen Leben Ungarns erschienen, der beim Volk Sympathie genießt und einen positiven Einfluss auf die Reorganisation der Linken ausübt. Ich betrachte als die erste qualitative Veränderung die Annäherung an das Ungarische Sozialforum (MSF) der Sozialen Bewegung für Demokratie und der Linken Jugendfront, zweier sozialer Organisationen mit Beziehungen zur Ungarischen Arbeiterpartei. Sie haben die Prinzipien der Charta von Porto Alegre und den Chartaentwurf des MSF angenommen, nachdem sie aktiv an der Ausarbeitung seiner Prinzipien der partizipativen Demokratie beim 1. MSF in Micolc teilgenommen hatten. Vor kurzem haben wir auch einige interessante Kontakte mit Leuten von der Ungarischen Sozialistischen Partei gehabt, obwohl diese in einer Regierung mit den Liberalen sitzen. Das zeigt, dass das MSF eine interessante politische Rolle nicht nur im Aufbau einer großen Allianz im Allgemeinen sondern auch in der Reorganisation der Linken spielt und die Kontakte und den Dialog zwischen in Wirklichkeit geteilten Kräften befördern kann. Vielleicht war das der Hauptgrund für erste politische Attacken gegen uns, die aus zwei Richtungen kamen: erstens von den Liberalen und dann von der extremen Linken.

In der Presse wurden wir von einigen liberalen grünen Organisationen angegriffen, die sich gegen die Verfassung des Forums wandten und danach plötzlich von einer kleinen Gruppe von Intellektuellen innerhalb des MSF, die die

offene Linie des MSF kritisierten und implizit, wenn nicht gar offen, die Prinzipien der Charta von Porto Alegre ablehnten. Ultralinke haben uns angeklagt, den Weg für ultrarechte Kräfte zu bahnen und die Sache der Arbeiterklasse zu verraten. Sie haben eine Verleumdungskampagne gegen Personen und Organisationen durchgeführt, die den auf dem 1. MSF vorgezeichneten Weg weiter verfolgen wollten und sie Faschisten genannt. Also waren wir gezwungen, auf zwei Fronten zu kämpfen, getreu dem Geist, der unserer Bewegung den Sinn gegeben hat. Ich denke, dass der ungarische Fall nicht der einzige dieser Art ist. Ich beobachte ähnliche Tendenzen auch auf der europäischen Ebene. Man erinnere sich an die Schwarze Block-Aktivitäten in Genua, Saloniki und Rom. An das revolutionäre Abenteuerertum einiger Organisationen aus dem Vereinigten Königreich, Spanien, Griechenland und Italien. Sie vergessen ganz, dass wir alliiert sein müssen, um die sozialen Verhältnisse verändern zu können. Vielleicht denken sie, dass sie allein stark genug sind, um eine Revolution zu machen! Vielleicht haben sie auch gar kein wirkliches Interesse daran! Allein sind wir nicht genug, und was noch mehr sagt, wir bauen die Zukunft nicht für uns selbst, sondern für die Menschen und mit ihnen. Alle, die in unserer Region leben, wissen, was das hier bedeutet, in Zentral- und Osteuropa nach dem großen Zusammenbruch, in einer Situation des Postsozialismus. Es bestehen auch Missverständnisse hinsichtlich der ganz besonderen Situation der ehemaligen sozialistischen Gesellschaften innerhalb der europäischen sozialen Bewegung. Manche Leute denken wirklich, dass die Osteuropäer auf nichts anderes warten als den Augenblick der Weltrevolution! Wenig Dialog, wenig Gemeinschaftsdenken und gemeinsame Projekte, schwache Koordination, was wesentliche strategische Fragen angeht, charakterisieren unsere Aktivität. Manchmal verlieren wir uns in den Details, manchmal kehren wir unsere Probleme unter den Teppich. Wir fühlen eine Art politische Impotenz, die sich in der alten Theorie der »Bewegung um der Bewegung willen« ausdrückt. Klassische Probleme unter neuen historischen Bedingungen. Obwohl wir es hätten wissen müssen, so schön und viel versprechend es auch sein mag, ist unsere Bewegung nur Teil der Realität und nicht die Realität selbst.

Es folgt daraus, dass um den neoliberalen Kapitalismus zu überholen, ein sehr hohes Maß an demokratischer Solidarität und ein Bündeln der Kräfte nötig ist. Die europäische soziale Bewegung braucht mehr Kraft, mehr Alliierte, mehr Vorbereitung und Organisation und weniger Pseudoradikalismus, der nur in eine Einbahnstraße führen würde. Die Mehrzahl der Teilnehmer am MSF denken, dass die wirklichen Massenreserven nicht zu unserer »Linken«, sondern zu unserer »Rechten« liegen, also müssen wir bessere Beziehungen zu den Gewerkschaften, den Arbeiterorganisationen, den im Volk vertretenen Religionsgemeinschaften und den Feministinnen, Organisationen ethnischer und sexueller Minderheiten, den für Menschen- und soziale Rechte Kämpfenden

aufbauen. Wir versuchen, diesen Weg weiterzugehen, und dabei zu vermeiden, zu schnell zu gehen. Wir wollen mit anderen Menschen gemeinsam vorwärts gehen, die bereit sind, mit uns zu gehen, aber Abenteuer, Aggressivität und die und die Philosophie des »Sozialkriegs« ablehnen.

Diese Allianzpolitik ist für uns keine taktische Erwägung, sondern eine strategische Option, weil wir etwas wirklich Neues: Freieres, Demokratischeres, Menschengerechteres bauen wollen. Wenn ich von der Realität meines Landes ausgehe, halte ich eine große, demokratische Allianz für notwendig, die es uns erlaubt, eine demokratische, radikale Alternative der Linken für die anzubieten, die ihren Kompass verloren haben und die nun dem Feld der nationalistischen und extrem rechten Kräfte Auftrieb geben. Wenn es richtig ist, dass die Geschichte immer Alternativen anbietet, müssen wir wissen, dass unsere soziale Alternative der Linken nur eine der möglichen Optionen ist.

Es besteht auch eine rechte, autoritäre Lösung, um der Krise des Liberalismus zu entrinnen. Die Politik von Präsident George W. Bush zeugt klar von den Anstrengungen einiger dominanter Finanzgruppen, die Widersprüche des Systems durch Gewalt, durch die Verletzung und Einschränkung grundsätzlicher Freiheiten, der Menschen- und sozialen Rechte zu überwinden. Aggressivität, Kriegspolitik, militärische Besatzung, Unterdrückung von Völkern wurden Methoden, die das Ziel dominierender Interessengruppen rechtfertigten, die kapitalistische Expansion zu globalisieren. Diese rechte Politik schafft in unserer Region neue Bedingungen für nationalistische und extremistische Kräfte, die an einer Art neuem »Drang nach Osten« interessiert sind. Diese rechtsgerichteten Kräfte lehnen die Europäische Union und die Globalisierung im Namen der nationalen Interessen der Völker ab und nutzen die Spannungen zwischen den Völkern, um ihren nationalsozialistischen Weg aus der Krise zu rechtfertigen. Statt der EU bieten sie den Ländern eine neue regionale Integration, die während des Krieges Territorien verloren haben: Deutschland, Österreich, Ungarn und andere. Diese antimenschlichen Tendenzen können durch nichts anderes isoliert werden als durch die antifaschistische Einheit aller demokratischer Kräfte.

Haben wir nun genug Macht, den Weg einer autoritären Lösung zu versperren, während wir gleichzeitig eine neue soziale Realität bauen? In den nächsten Jahren werden Ungarn, Polen, die Tschechische Republik und einige andere ehemalige sozialistische Länder neue Mitglieder der EU werden. Was haben wir mit diesem Wirtschaftsgiganten vor? Können wir der EU »Nein!« sagen und sie als Ganzes ablehnen, oder fangen wir bei der Realität an, um die Realität zu verändern? In Ungarn wurde der Beitritt zur EU nicht nur von der extremen Rechten, sondern auch von den linken Extremisten abgelehnt. Das MSF hat einen anderen Weg gewählt, das Projekt eines doppelten Kampfes: Es schlägt vor, die Institutionen und partizipatorischen Foren der EU zu nutzen, um in

ihnen eine politische Arbeit aufzubauen, mit dem Ziel, die neoliberale Union in eine soziale zu verwandeln und gleichzeitig mit den sozialen Bewegungen von draußen einen physisch-politischen Druck auszuüben, wegen der Grenzen des politischen Kampfes in den Institutionen.

Ich denke, wir müssen uns auf europäischer Ebene organisieren, wenn wir etwas Wichtiges tun wollen. Vielleicht müssten wir eine neue politische Kraft, eine neue progressive Partei, Front, Koalition oder Föderation schaffen, die in der Lage ist, den Transformationsprozess zu steuern. Die organisatorische Form ist m.E. sekundär. Wichtiger ist die Einheit oder eine sehr große Ähnlichkeit, was die sozialen Ziele angeht, und das breitestmögliche Allianzsystem. Das setzt Kontakte, Konsultationen, Dialoge, klare Intentionen und die Entschlossenheit voraus, auch auf den transnationalen Ebenen für die Interessen der Menschen zu agieren. Diese Arbeit hat – soweit ich weiß – schon im Hinblick auf die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament begonnen. Jedoch denke ich, dass dies nur der erste Schritt Richtung etwas Wichtigerem im sozialen und politischen Bereich ist. Was ist die Bedeutung der europäischen sozialen Bewegung darin? Ich denke, dass das Europäische Sozialforum sich nicht in eine politische Partei verwandeln kann! Aber es kann sich zum Verbündeten einer Alleuropäischen Progressiven Partei erklären, die die gleichen sozialen Ziele verfolgt. Ich hoffe, dass das Europäische Sozialforum einige Schritte Richtung eines besseren Verständnisses einer sehr verworrenen Realität tun wird. Sicherlich werden wir Frieden und soziale Rechte zu den wichtigsten Gebieten der Aktivität der Bewegung in der nahen Zukunft deklarieren. Die soziale Bewegung hat wichtige Beziehungen zu linksgerichteten politischen Kräften, und interessante neue Beziehungen werden gerade zu den Gewerkschaften geknüpft, insbesondere zum Europäischen Gewerkschaftsbund. Die Teilnahme der sozialen Bewegung am ESF von Paris St.-Denis und dem speziellen Gewerkschaftsforum am 11. November in Paris könnte auch die Gewerkschaften der ehemaligen sozialistischen Länder, die der EU beitreten, dazu anregen, sich mit den neuen Winden in Europa bekannt zu machen und die existierende Realität nicht mit Konformismus zu akzeptieren. Ich würde Euch/Sie auch gerne über eine sehr interessante Entwicklung dieser letzten Tage informieren: Die Soziale Kommission der französischen katholischen Kirche hat sich bereit erklärt, die Initiative des ESF zu unterstützen und Gläubige dazu einzuladen, gemeinsam mit uns den Weg der sozialen Gerechtigkeit zu suchen und im Geiste der Heiligen Schrift den Interessen der armen Nationen und armen Menschen der Welt Stimme zu verleihen. Wir haben Gemeinden von Gläubigen aus Mittel- und Osteuropa eingeladen, einen Appell an französische Familien lanciert und sie gebeten, ihren Pilgerbrüdern aus dem Ausland eine Unterkunft anzubieten. Die Erklärung ist vom Bischof von Saint-Denis, Monsignor Olivier de Berranger, unterzeichnet.

Wir leben in einer sehr verworrenen historischen Zeit, da der Liberalismus einige sehr wichtige Reserven erschöpft und seine Unfähigkeit demonstriert hat, Arbeit, Lebenssicherheit, soziale Sicherheit, Umweltschutz etc. zu garantieren, aber andererseits die sozialen Kräfte noch nicht bereit und reif sind, ein klares Projekt für eine neue demokratische Gesellschaft auf der Basis der Priorität der kollektiven Rechte und effektiven Menschenrechte anzubieten.

Wenn wir den Gang der Geschichte ändern wollen, müssen wir alle unsere Kapazitäten mobilisieren, um eine neue attraktive soziale Alternative anzubieten, sonst könnten wir unseren Einfluss auf die sozialen Prozesse verlieren, und das Volk könnte nach anderen Wegen im Gegensatz zu seinen objektiven Interessen suchen und z.B. nationalistische, rassistische und fremdenfeindliche Lösungen unterstützen. Unser Kampf ist nicht einfach, aber er muss gekämpft werden.

Herausforderungen der russischen Linken

Ich denke, dass es zwei Gründe dafür gibt, dass die Beziehungen zwischen der europäischen Linken und ihren russischen Partnern so wichtig sind. Der erste Grund ist, dass Russland der Schauplatz großer sozialer Experimente ist. Wir haben im letzten Jahrhundert in unserem Leben verschiedene Perioden gehabt. Wir hatten eine Geschichte von militärischen, sozialen und wirtschaftlichen Übungen aller Art. Während dieser Zeit haben wir von absoluter Monarchie, konstitutioneller Monarchie, bürgerlicher Demokratie, Totalitarismus, Militärkommunismus, Sozialismus zum Neoliberalismus umgeschaltet. Wir haben glänzende Siege und bittere Enttäuschungen miterlebt. Wir haben den Zusammenbruch des größten Weltreichs und den schnellsten Übergang nationalen Reichtums von privater in die öffentliche Hand und dann zurück erfahren, den es je gab. Infolgedessen ist unser Verständnis vieler guter Worte wie »Kommunismus«, »Liberalismus«, Sozialismus« voll und ganz kompromittiert. Sogar das Wort »Politik« ist kompromittiert. Das Hauptergebnis all der Experimente ist eine unheimliche soziale Apathie. Und wenn europäische Linke sich über den Mangel an Vertrauen der Menschen in die traditionellen politischen Institutionen beklagen, sage ich: »Leute, kommt nach Russland! Ihr werdet sehen, dass Eure Parteien von Euren Bürgern schlicht vergöttert werden!«

Es gibt in Russland keine Partei und keine Autorität, der getraut wird. Alles, was wir jetzt in unserem politischen System tun, tun wir von Null auf, da alles, was bis jetzt geschah, von oben kam, gegen den Willen der Menschen, oder zumindest ohne ihr Verständnis oder ihre Unterstützung getan wurde. Es wurde von den Leuten aufgebaut, die 1991 an die Macht kamen und es zu »der Demokratie« erklärten.

Was 1991 geschah, sieht nur wie eine Revolution aus. In Wirklichkeit hat gar keine Revolution stattgefunden, denn eine »Revolution« soll bekanntlich zu einer Auswechslung der herrschenden Klasse führen. In Russland wurde die herrschende Klasse nicht verändert, dieselben Leute blieben auf denselben

Plätzen sitzen. Herr Jelzin war Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Alle Leute, die er mit sich an die Macht brachte, waren ehemalige regionale Parteisekretäre. Nun ist die russische Politik im Großen und Ganzen ein Machtkampf zwischen den verschiedenen regionalen Parteisekretären der KPdSU und einigen Komsomolführern, jetzt Oligarchen. Normale Leute waren vor 1991 nicht an der Macht und sind es auch heute nicht.

Der zweite Grund, warum ich denke, dass Russland so wichtig ist und warum wir gute und enge Beziehungen untereinander aufbauen sollten, ist die geopolitische Situation. Das vereinte Europa ist die einzige Kraft, die dem Prozess der Globalisierung, wie er durch die Vereinigten Staaten durchgesetzt wird, Widerstand leisten kann. Wir können uns streiten, ob die Struktur der EU für die europäischen Völker gut oder schlecht ist, jedenfalls ist sie eine nicht zu leugnende Tatsache. Aber eine neu entstehende Supermacht kann es auch nicht alleine schaffen. Russland ist der potenzielle Hauptpartner für den europäischen Erfolg, denn 80% der europäischen natürlichen Ressourcen kommen aus Russland. Die Produktion von Öl und Gas in der Nordsee sinkt, während sich der Mittlere Osten im festen Griff der Vereinigten Staaten befindet, so dass der Großteil des Angebots aus meinem Land kommt.

Die USA, die im Gegensatz zu Europa eine klare Strategie in ihrer Außenpolitik haben, eine Strategie, die darauf abzielt, ihre Weltherrschaft zu sichern, nutzen alle ihre Hebel, um die Kontrolle zu ergreifen und den Fluss unserer nationalen Ressourcen in die USA, und nicht nach Europa oder China, zu leiten. Wir haben die Geschichte der großen Pipeline von Ostsibirien nach China, ein Projekt, das von Herrn Khodorkovsky, einem unserer berühmten Ölmagnaten, in die Wege geleitet wurde. Er erhielt nie eine Chance, es durchzusetzen – er wurde von Herrn Putin eingelocht, der seinerseits einen alternativen Plan einer Pipeline nach Nakhodka am Pazifik unterstützt, um von da aus anzufangen, in die USA zu exportieren. Die Tatsache, dass die Amerikaner davon abgesehen haben, Khodorkovsky zu unterstützen, ist im Lichte dieser Tatsachen kein Zufall. Ich bin immer der Überzeugung gewesen, dass, wo es Konkurrenz gibt, es Möglichkeiten zum Manövrieren gibt. Wenn es aber keinen Wettbewerb gibt, gibt es auch keinen Erfolg. Ich denke, dass es für Europa der richtige Zeitpunkt wäre, den Wettbewerb in Russland sowohl in der politischen als auch in der wirtschaftlichen Sphäre zu unterstützen – andernfalls besteht ein großes Risiko, dass jemand anders die Kontrolle über lebenswichtige Rohstoffe an sich reißen und den Europäern seinen Willen diktieren wird.

Bis jetzt waren die Beziehungen zwischen der europäischen und der russischen Linken auf episodische und persönliche Beziehungen zwischen einigen Individuen, nicht Organisationen oder Institutionen beschränkt. Um ein besseres Verständnis der augenblicklichen politischen Prozesse in Russland zu

erreichen, möchte ich Ihnen eine Vorstellung davon vermitteln, was in unserem politischen System, in der Kommunistischen Partei und im Allgemeineren in der linken Bewegung vor sich geht. Ich werde über die wichtigsten politischen Akteure und Organisationen sprechen.

Da das ganze System der zahlreichen russischen politischen Parteien und Bewegungen gänzlich künstlich ist und auf der Basis von persönlichen Sympathien statt politischer Positionen geschaffen wurde, ist es heutzutage ziemlich verworren. Natürlich sollte es möglich sein, es in den rechten und den linken Flügel aufzugliedern. Aber Tatsache ist, dass es innerhalb aller dieser Tendenzen Rechte und Linke gibt. Die erste Tendenz – die liberale – kann in zwei Gruppen aufgeteilt werden. Der Führer in der ersten Gruppe ist die Union der Rechten Kräfte (russ. Abk. SPS), die mehr oder weniger eine rechts ausgerichtete liberale Partei ist. Der Führer in der zweiten Gruppe ist Jabloko, die eindeutig eine linksliberale Partei ist. Grundsätzlich kann man sagen, dass das, was sie sagt, nichts anderes ist, als das, was die Kommunistische Partei üblicherweise sagt. Mit dem Unterschied, dass sie vor den Worten »Kommunismus«, »Sozialismus« usw. Angst haben. Aber im Allgemeinen sind ihre Ideen absolut dieselben und könnten von jedem Kommunisten in Westeuropa stammen.

Die zweite Tendenz ist die, wie ihre Vertreter sie nennen, zentristische Tendenz. Das russische Volk nennt sie anders – »Parteien der Macht«. Dieses sind vom Kreml geschaffene Strukturen, und sie ändern ihre Namen laufend, um der Laune des jeweils amtierenden Chefs der Präsidialverwaltung zu entsprechen. Nun haben wir aber zwei wichtige Organisationen, die als »Parteien der Macht« identifiziert werden können. Die eine versucht sich als rechts und die andere als links zu positionieren. Die erste nennt sich »Einiges Russland« (»Edinaia Rossiia«) und sie hat jetzt die Mehrheit im Parlament, in der Staatsduma und ist als die offizielle Partei von Präsident Putin bekannt. Die zweite ist der aufkommende Stern und heißt »Rodina« (»Mutterland«). Putins politische Technologen versuchen, das Modell des Parteiensystems in Deutschland nachzuahmen. Putin hat viele Male öffentlich wiederholt, dass er will, dass Russland eine starke rechtskonservative Partei hat wie die CDU (»Edinaia Rossiia«) und eine sozialdemokratische wie die SPD (»Rodina«). Seiner Ansicht nach sollte die Kommunistische Partei in so etwas wie die PDS verwandelt werden, aber sollte es nicht möglich sein, sie unter die Kontrolle des Kreml zu bringen, wäre es besser sie zu zerstören. Das ist seine Idee.

In einer normalen Situation wäre es unmöglich, diese postmodernen Ideen irgendwo durchzusetzen, aber in Russland, wo alle Parteien außer der KPRF von oben herab geschaffen wurden und um Volkes Gunst bangen müssen, ist alles möglich. Von jeder Regel gibt es eine Ausnahme – und mehr noch, sie erlaubt es, die Kommunisten in schlechtes Licht zu setzen als »Leute, die nicht in die moderne Welt passen«.

Was linken AktivistInnen hilft, ist die Tatsache, dass die Kremlspezialisten nicht zwischen links und rechts unterscheiden können. Anfangs haben sie versucht, eine kontrollierte Opposition aufzubauen, und dabei einen ehrgeizigen christlich-sozialistischen Wirtschaftswissenschaftler, Glaziev, als Parteiführer benutzt. Das schlug fehl, der begabte Wirtschaftswissenschaftler schaffte es nicht, ein wirklicher Politiker zu werden, und sie mussten auf den sehr starken Nationalisten und Populisten Dmitrii Rogozin umschalten, um mit ihm zu schaffen, was sie eine »sozialdemokratische Kraft« nennen – dies nur, weil er gerne über »soziale Gerechtigkeit für die Russen« redet. Er hat Leute mitgebracht, die sogar noch nationalistischer sind als er, »Russland den Russen« ist ihr Lieblingslogan.

Es überrascht nicht, dass der linke und der rechte Flügel der »Machtpartei« einander ziemlich ähnlich sehen. Sie werden im selben Kabinett des Kremls von denselben Personen kontrolliert. Die Methode ihrer Finanzierung und Kontrolle ist die gleiche: obligatorische Beiträge von großen Industriegruppen und regionalen Verwaltungen. Es werden enorme finanzielle und organisatorische Ressourcen dorthin gepumpt. Manches erinnert an den frühen Faschismus. Und das ist sehr gefährlich, denn bis ihre Meister lernen, den Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus zu begreifen, könnte die Situation sich zu einem Stadium entwickelt haben, in dem es zu spät ist.

Wenn wir nun zu dem Teil des russischen Politikfeldes kommen, der als »links« gekennzeichnet ist, wo wir aber auch rechte und linke Organisationen erkennen können, müssen wir zugeben, dass der größte Lichtblick der Verlust der letzten Wahlen durch die Kommunisten ist. Die Partei hatte schon lange von der Notwendigkeit gesprochen, sich zu erneuern, sich zu verändern, sich zu modernisieren, und was der schönen Worte mehr sind. Der Parteiführer, Genosse Zyuganov, ist berühmt für seine Reden darüber, wie wir junge Leute in Organisationen rekrutieren sollten, für neue Ideen, wie das Internet in die Parteiverwaltung eingebracht werden soll. Aber in Wirklichkeit hat sich wenig verändert, da die meisten der Parteifunktionäre das Gefühl hatten, dass wir eine starke soziale Basis hätten, die wir so leicht an niemanden verlieren könnten. Sogar umgekehrt, dass wenn die Partei ein paar schnelle Wendungen täte, das ihr Image bedeutend veränderte und diese soziale Basis verschwinden könnte. Sie sagten immerzu, dass unsere WählerInnen konservativ seien und durch Veränderungen eingeschüchert werden könnten und dass dies mehr Probleme für die Partei verursachen könnte als realen Nutzen. Aber die Wahlen haben gezeigt, dass wir in Wirklichkeit nicht viel zu verlieren hatten. Nun sind Veränderungen nicht nur eine Frage der Expansion unserer UnterstützerInnenbasis, sondern eine Frage des Überlebens als einflussreiche politische Kraft.

Also hat der Veränderungsprozess kürzlich begonnen. Das Hauptthema der Transformation ist in der Definition des neuen Gesichts der Partei. Die Kommunistische Partei war zuvor angeklagt worden, in ihrem Programm sehr eklektisch

zu sein, sie wurde in Russland sogar die »Rote und Weiße Union« genannt – die KPRF ist heutzutage tatsächlich ein Verein aus sehr verschiedenen Leuten: solchen, die Internationalisten sind, solchen, die Kommunisten sind und sogar solchen, die sich 1917 mit der Weißen Armee hätten identifizieren können. Die modernen kommunistischen Erben der Weißen Armee, die vor 80 Jahren während des Bürgerkriegs von den Bolschewiki geschlagen wurde, rechtfertigen ihre augenblicklichen politischen Ansichten mit der Tatsache, dass ihre Vorfahren nicht nur Monarchisten gewesen seien. Es habe auch viele »Republikaner«, Liberale, Demokraten, sogar Sozialdemokraten und andere gegeben – wie sie sagen »Russische Patrioten«. Darüberhinaus vereint die KPRF heute Geschäftsleute, die für Privateigentum stehen, und gleichzeitig solche, die es ausmerzen wollen. In der Partei gibt es Leninisten, Trotzisten, Stalinisten, Maoisten, orthodoxe Kommunisten. Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion desorganisiert, hat die Partei ihr politisches Gesicht verloren. Es ist gut, dass es kürzlich wieder angefangen hat zu erscheinen – wenn auch sehr langsam.

Wir erleben nun den Neuaufbau des Gesichts der Partei als klassische linke Partei. Warum? Die jüngsten Wahlen zeigten, dass die KPRF die Hauptgewinne an WählerInnen in städtischen Gegenden erzielt hat. Traditionell hatte sich unsere Partei auf ländliche Gebiete gestützt, wo die Leute sehr konservativ sind und die Kommunisten für die letzten 80 Jahre unterstützt haben. Manche Parteiführer glaubten, dass sie noch für viele weitere Jahre für uns stimmen würden, wie immer wir sein würden, was auch immer wir sagen würden und welchen Ideen auch immer wir Ausdruck verleihen würden. Aber die letzten Wahlen schienen eine ganz andere Geschichte zu erzählen. Alle ländlichen Gegenden und die meisten Rentner, eine andere KPRF-Bastion, wählten Putins »Einiges Russland«, da der Präsident angefangen hatte, »patriotische Ideen« kundzutun: starke Regierung, starkes Russland, Restaurierung des Imperiums etc. Also erwarteten die Menschen, dass Putin die Sowjetunion restaurieren würde, dass er Dinge tun würde, die normalerweise mit den Kommunisten assoziiert werden. Er ist jung und voller Energie – warum dann jemand anderen wählen? Aber statt unserer traditionellen Wählerschaft erhielten wir Stimmen aus den großen Industriegebieten – ArbeiterInnen, gebildete Fachkräfte und Intellektuelle. Die meisten Stimmen erhielt die KPRF im Dezember 2003 in Novosibirsk – der intellektuellen Hauptstadt Russlands. Wir hatten auch einen großen Zustrom junger Leute, die zu unserer Organisation kommen.

Vor den Wahlen hatten wir eine spezielle Arbeitsgruppe gegründet, um die Erfahrung der PDS zu studieren – die Umgestaltung der ehemaligen kommunistischen Partei Ostdeutschlands. Das würden wir gerne übernehmen. Nicht viele, leider – aber wir müssen eine riesige Organisation in Bewegung bringen! Was wir von der PDS übernommen haben, scheint hauptsächlich in den großen Städten zu funktionieren. Aber unsere Hauptidee ist jetzt, und darauf

konzentriere ich mich ganz besonders, diesen Veränderungsprozess für die ganze Organisation verbindlich zu machen. Er steht sowieso an, da die soziale Situation im Land sich ohnehin ändert.

Aber um die Linke erfolgreich verändern zu können, müssen wir mit vielen verschiedenen Kräften in der KPRF und mit anderen linken Organisationen zusammenarbeiten. Verschiedene Leute versuchen nun, die Opposition in verschiedene Richtungen zu ziehen. Manche rufen nach Revolution hier und jetzt; andere versuchen uns zu überzeugen, Putin taktisch in seinem Kampf gegen die Oligarchie zu unterstützen. Was haben wir bis jetzt getan? Wir haben alle linken Jugendorganisationen im Land gesammelt (wenn ich sage Jugendorganisationen, meine ich nicht nur physisch junge Leute, sondern auch ältere, die dynamisch, progressiv sind, die nicht zur Sowjetzeit zurückgehen wollen, sondern die das System verändern wollen, die Antikapitalisten, Internationalisten, demokratische Kräfte usw. sind). Wir haben ein Papier entworfen, nur ein Stück Papier, auf dem wir die Plattform für die Vereinigung unserer Kräfte aufgesetzt haben. Wir haben es geschafft, direkte Volksaktionen auf den Straßen Russlands durchzuführen – nicht nur die parlamentarischen Aktivitäten, für die die KPRF so berühmt ist, sondern wirkliche Arbeit auf der Straße.

Wir denken, dass wir jetzt in Russland einen Vorteil haben, den niemand hat. Mein persönlicher Ausbildungshintergrund liegt im Bereich der Informationstechnologien, und ich kann mich an ein Diktum eines berühmten IT-Gurus, Mr. Dvorak, erinnern. Als er Anfang der 90er Jahre nach Russland kam, sagte er: »Ich bin auf Euch Kerls eifersüchtig, da ihr keine veralteten Mainframes habt, die ihr wegschmeißen müsst, und Infrastruktur, die mühsam renoviert werden müsste. Ihr könnt von vornherein mit den allermodernsten PC-Technologien anfangen.« Die gleiche Geschichte kann auf die russische Politik angewandt werden. Wir können von vorne beginnen. Wir können von vorne beginnen und die neuen Kräfte aufbauen. Neue Kräfte, die das Land von der industriellen Ära in die neue Informationsgesellschaft führen werden. Dies ist mehr als notwendig, da Russland eine gute Basis für den Übergang hat: Wir haben eine breite Schicht von Intellektuellen, ein gutes Bildungsniveau etc. Und wir müssen uns jetzt in der KPRF darauf konzentrieren, kulturelle Veränderungen in- und außerhalb der Organisation zu provozieren, darauf, Aktionen mit Widerhall für die ganze Gesellschaft zu inszenieren. Diese mögen klein sein, an der Zahl ihrer TeilnehmerInnen gemessen; das ist verursacht durch die allgemeine Allergie gegen Politik im russischen Volk, nach all dem »demokratischen« Chaos des letzten Jahrzehnts. Heutzutage ist es wirklich schwer, Zehntausende von Leuten auf die Straße zu bringen. Unser bestes Resultat bis jetzt war der Jugendmarsch »Antikapitalismus«, der im Ganzen 70.000 Menschen im ganzen Land versammelte. In Moskau, der politisch aktivsten Stadt, war unser Maximum 10.000 Menschen bei einem Rockkonzert am 1. Mai 2003.

Was können wir mit diesen Aktionen erreichen? Hauptsächlich versuchen wir, die sozial aktiveren Teile der Gesellschaft zu mobilisieren, politisches Engagement zu restaurieren (da dies im letzten Jahrzehnt verloren ging) und den Kreml dazu zu provozieren, unangemessene politische Schritte gegen unsere Aktionen zu unternehmen. Was letzteres angeht, sind wir ziemlich erfolgreich. Während der Präsidentschaftskampagne zum Beispiel haben wir eine Aktion in St. Petersburg durchgeführt, Herrn Putins Geburtsstadt. Wir haben eine Aktion – »political flash-mob« – gemacht, mit Masken des Präsidenten, denen wir zuriefen »Putin, go home!« Es sei angemerkt, dass viele Leningrader Bürger, die uns zusahen, sagten, dass sie ihn auch nicht brauchten. Vielleicht deswegen wurden wir sofort ins Gefängnis gesteckt. Allesamt. Aber an der Aktion selbst war nichts Illegales – dennoch glaubten Polizisten mit Befehlen von ganz oben, dass, wenn sie etwas mit Putin zu tun habe, sie in jedem Fall illegal sei! Aber da sie das Gesetz gebrochen hatten, war die Resonanz enorm. Und nun wissen buchstäblich alle im Land von dieser Aktion. Sie war kostenfrei und eine sehr gute Werbung für unsere Bewegung.

Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie die bürokratische Regierungsmaschinerie auf unsere Bewegung überreagiert, die sonst nur Moskitobisse verursachen könnte. Sie können unseren Mangel an Ressourcen und den Ausschluss aus den führenden Medien dank ihrer eigenen Dummlichkeit so kompensieren. Aber das ist schwarzer Humor. Ihre Vergehen sind ein klares Zeichen, dass Russland sich sehr schnell von einer unentwickelten Demokratie zu einer gewöhnlichen totalitären zentralisierten Gesellschaft bewegt. Wir glauben, dass die neue russische Linke die einzige Kraft ist, die diesen Trend aufhalten kann. Wir versuchen ein Beispiel für unsere Seniorskollegen und Genossen, für die Führung der Kommunistischen Partei zu sein. Unsere Botschaften kommen schon durch, und die ganze Partei hat sehr langsam damit begonnen, sich in etwas, was wir für eine normale, zivilisierte Richtung halten, zu bewegen. Wenn wir es schaffen, die Bedrohung zu überwinden, die von Rogozins »Rodina« ausgeht, wenn wir den Kreml beim Aufbau dieser betrügerischen Organisationen austricksen, werden wir es schaffen, eine Grundlage für unsere Bewegung zu schaffen. Aber bis jetzt sieht diese Aufgabe wie eine mission impossible aus – unsere Ressourcen können noch nicht einmal annähernd mit denen des Kreml verglichen werden, und ich sehe keine Quellen realer Hilfe, außer vielleicht die westliche Linke.

Und wir brauchen Ressourcen, zumindest um mit unserer Verschiedenheit anders umzugehen. In einem Versuch, den Dialog unter der Mehrzahl der russischen linken Intellektuellen zu fördern, veranstalten wir eine Reihe von Foren zur »Zukunft der Linken«. In der Jungen Linksfront, der Organisation, von der ich sprach, sind die Antiglobalisten aktive Mitglieder. ATTAC darf an keiner politischen Organisation teilnehmen, da es keine politische Bewegung ist, aber in Russland ist ATTAC mehr oder weniger dasselbe wie eine politische

Bewegung, die »Sozialer Widerstand« heißt. Und der Soziale Widerstand ist Mitglied unserer Front. Also sind viele ATTAC-Mitglieder auch Mitglieder in der Jungen Linksfrent.

Wichtig ist auch die Arbeit in den ländlichen Gebieten. Wie ich bereits sagte, war die Kommunistische Partei dort sehr stark. Wir haben eine Menge Programme und Konzepte für die ländlichen Gebiete. Bei den letzten Wahlen war unser Präsidentschaftskandidat Herr Kharitonov, Mitglied der Agrarpartei. Gerade deshalb gab es bestimmte ländliche Bezirke, wo er es sogar schaffte, Präsident Putin zu schlagen. Infolgedessen erhielt er, obwohl er im Landesdurchschnitt nicht sehr bekannt war, 1% mehr Stimmen als die Partei drei Monate vorher erhalten hatte. Aber im Allgemeinen ist es wegen der sehr schlechten Kommunikation sehr schwer, eine Parteistruktur auf dem Land aufzubauen. Darüber hinaus sind die Menschen in den ländlichen Gebieten sehr stark durch die Manager der ehemaligen Kolkhozes und Sovkhozes – der Landwirtschaftsfirmen – beeinflusst. Grundsätzlich gilt, dass wen auch immer sie ihren Angestellten befehlen zu unterstützen, dieser auch gewählt wird. Bei diesen Wahlen hielt der Kreml Herrn Kharitonov für weniger gefährlich als Glaziev. Putin wollte mehr Leute zu den Wahlstationen bringen und war um das Endergebnis nicht besorgt. Aber ich bin sicher, dass wenn man ihnen gesagt hätte, sie dürften Herrn Kharitonov nicht wählen, sie nicht für uns gestimmt hätten. Also ist dies keine Frage der Parteistrategie. Es ist eine Frage der Kontrolle des Wahlprozesses.

Für die KPRF spricht, dass sie im Unterschied zur »Partei der Macht« keine engen Beziehungen zur Mafia hat. Die Ursache ist einfach: Was sind die Interessen der Mafia in der Politik? Zunächst einmal ihre Schlüsselfiguren gewählt zu bekommen, um sie gegen Strafverfolgung zu immunisieren; zweitens ihre kommerziellen Interessen im Parlament zu lobbyieren. Es ist ganz klar, dass der erste Punkt mit der KPRF völlig unmöglich ist. Was die zweite Frage angeht, im russischen und nicht nur im russischen politischen Leben gibt es eine Menge Bestechungen auf persönlicher Ebene, gewisse Abgeordnete bekommen Schmiergelder, damit sie »richtig« abstimmen. Aber in Russland sind die Hauptquelle der Abgeordnetenkorruption der Kreml und die Regierung und nicht die Unternehmer oder die Mafia. Die KPRF-Abgeordneten sind sehr viel disziplinierter, und es ist nicht so einfach, ihre Stimmen zu kaufen – sie gehorchen in jedem Fall Solidaritätsentscheidungen, indem sie mit der Fraktion abstimmen. Daher denke ich, dass Korruption kein großes Problem für uns ist. Es besteht in den Regionen, üblicherweise zwischen den ultranationalistischen Kräften, manchmal dem »Einiges Russland«, der offiziellen Bewegung des Präsidenten, mehr Interaktion mit kriminellen Zirkeln, aber wir spüren keinerlei Druck auf uns.

AutorInnen

Bertinotti, Fausto, Vorsitzender der Partito della Rifondazione Comunista (PRC) und der 2004 gegründete Partei der Europäischen Linken (EL)

Birke, Peter, Historiker, promoviert zurzeit mit einer Arbeit über die vergleichende Geschichte wilder Streiks in Dänemark und der Bundesrepublik; regelmäßige Veröffentlichungen über die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den skandinavischen Ländern für *analyse und kritik*, Hamburg, und andere Zeitschriften; birke@gmx.de

Bisky, Lothar, Vorsitzender der PDS; lothar.bisky@pds-online.de

Brie, Michael, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Leiter des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Geschichte des demokratischen Sozialismus; brie@rosalux.de

Chrapa, Michael, Direktor des FOKUS-Instituts Halle (gest. 2003); Schwerpunkte der Arbeit: Meinungsforschung, Analyse der Strategie linker Parteien und sozialer Bewegungen, Rechtsextremismus

Ettinger, Helmut, Mitarbeiter im Parteivorstand der PDS; helmut.ettinger@pds-online.de

Handl, Vladimir, Forschungsmitarbeiter des Institutes für Internationale Beziehungen (Prag), Dozent an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karlsuniversität in Prag; thematische Orientierung: deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, tschechische Außenpolitik, deutsch-tschechische Beziehungen, Transformation und Europäisierung der tschechischen und slowakischen kommunistischen Nachfolgeparteien; handl@iir.cz

Hildebrandt, Cornelia, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Politik-analyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Themenbereich: Parteien und soziale Bewegungen; hildebrandt@rosalux.de

Hough, Daniel, Dozent für Europäische Studien an der Universität Sussex; Forschungsschwerpunkte sind Parteien und Parteiensysteme, politische Korruption und postkommunistische Politik; d.t.hough@sussex.ac.uk

Martelli, Roger, Historiker, Mitglied des Nationalrats der FKP; martelli@club-internet.fr

Ponomarev, Ilya, Mitarbeiter am Institut für Globalisierungsstudien (IPROG); Mitarbeiter im Wahlkampfstab der KPRF in den Jahren 2003 und 2004

Porcaro, Mimmo, Mitglied des Nationalen Politischen Komitees der Partito della Rifondazione Comunista (PRC); Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Strategie der linker Parteien und sozialer Bewegungen; domenico.porcaro@giustizia.it

Schultz, Rainer, Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Arbeitsschwerpunkte: Zivilgesellschaft und Demokratie, Analyse staatssozialistischer Gesellschaften; RaSchultz@t-online.de

Simó, Endre, Ökonom und Journalist, Mitglied der Koordinationsgruppe des Ungarischen Sozialforums und Sprecher des Vereins von Menschen, die unter dem sozialen Minimum leben (LAET) in Ungarn; simoendre@freemail.hu

Sjöberg, Stefan, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Marxistische Studien (CMS), Schweden; Themenschwerpunkt: Wirtschaftsdemokratie; cms@cmsmarx.org

Soumela, Kalevi, Mitglied der Programmkommission der Finnischen Linksalianz; kalevi.soumela@kaapeli.fi

Spehr, Christoph, Redakteur der Zeitschrift *Alaska*, freier Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Themenbereiche: soziale Utopien, soziale Bewegungen; yetipress@aol.com

Volkens, Andrea, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Wissenschaftszentrums Berlin; Schwerpunkt: Parteilforschung im internationalen Vergleich; volkens@wz-berlin.de